

Klopp

Der
Fall des Hauses Stuart

und die

Succession des Hauses Hannover

in Groß-Britannien und Irland

im Zusammenhange der europäischen Angelegenheiten von 1660—1714.

Von

Onno Klopp.

Neunter Band.

Die Zeit der Vorbereitung und des Abschlusses der großen Allianz vom 7. September 1701 und die europäische Lage der Dinge bis zum Tode Wilhelms III., 8./19. März 1702.

18/

Wien, 1881.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.



Inhalt.

Fünfundzwanzigstes Buch.

Vom November 1700 bis zum Zusammentritte des englischen Parlamentes, 10./21. Februar 1701.

Die ersten Kundgebungen, nach der Annahme des spanischen Testamentes, von Seiten Wilhelms III., der Republik Holland, des Kaisers.

Abermalige Bemühung Wilhelms III. bei der Kurfürstin Sophie um die Zustimmung zur Thronfolge in England, Januar 1701.

Sechsundzwanzigstes Buch.

Vom Beginne des Parlamentes, im Februar 1701, bis zum Abschlusse der großen Allianz, 7. September 1701.

Das Verhalten des Parlamentes bis zur Adresse vom 21. Februar/4. März.

Die französische Antwort auf die Denkschriften vom 22. März.

Fortsetzung der Verhandlungen des Parlamentes.

Der Plan des Zuges der kaiserlichen Armee nach Italien, bis zu Ende Mai 1701.

Wilhelm III. und das englische Parlament, im Juni 1701.

Das Werden der großen Allianz, im Juli und August 1701.

Siebenundzwanzigstes Buch.

Vom Abschlusse der großen Allianz, 7. September 1701, bis zum Tode Wilhelms III., am 8./19. März 1702.

Wilhelm III. und das englische Parlament vom December 1701 bis zum Siege der Whig-Partei, im Februar 1702.

Fünfundzwanzigstes Buch.

Vom November 1700 bis zum Zusammentritte des englischen Parlamentes im Februar 1701.

Die Annahme des spanischen Testamentes in Versailles zog den Krieg nach sich, der an Dauer wie an Intensität noch sogar den vorhergegangenen übertraf, den gewaltigsten überhaupt, den bis dahin die christlichen Völker des Abendlandes in ihrer Gesammtheit wider einander geführt. Die geschichtlichen Studien bei den verschiedenen betheiligten Nationen haben sich mit regem Eifer gerade diesem Kriege zugewandt. Sie haben, mit besonderer Beachtung der eigentlich militärischen Seite, die Wendungen, die Wechselfälle desselben bis in die Einzelnheiten hinein erforscht und dargelegt. Merkwürdiger Weise jedoch hat sich die Aufmerksamkeit nicht in gleicher Weise gerichtet auch auf die Vorbereitung, auf das Werden des ungeheueren Krieges.

Denn, wenn auch allerdings das spanische Testament und die Annahme desselben in Versailles den Krieg nach sich gezogen haben: so würde es doch nicht richtig sein zu sagen, daß diese Consequenz von Anfang an als unzweifelhaft und unvermeidlich anerkannt wäre. Eben so wenig aber auch ist die von englischer Seite ausgesprochene Meinung haltbar, daß erst die Provocation, welche Ludwig XIV., im September 1701, durch die Anerkennung eines Königs Jacob III. von England verübte, in diesem Lande den Ausschlag für den Krieg gegeben habe. Es vergingen nach dem Tode Carls II. von Spanien volle zehn Monate, bis die anderen drei europäischen Großmächte sich zu Schutz und Trutz einigten; aber der Abschluß dieser großen Allianz vom 7. September 1701, die den Krieg wider das Haus Bourbon in sich trug, geschah

vor dem Tode Jacobs II., vor der Anerkennung seines Sohnes als Jacob III. von England.

Das Werden, die Vorbereitung des ungeheueren Krieges darzustellen, von dem Tode Carls II. von Spanien an bis dahin, daß auch der König Wilhelm III., nach vollbrachtem Tagewerke seines Lebens, in der Gewisheit der Fortführung desselben, die Augen schließt — das ist die Aufgabe dieses Bandes.

Daß es über das spanische Erbe zum Kriege kommen werde, war noch auf lange Zeit nach dem Tode Carls II. von Spanien, durchaus nicht gewis, nicht einmal wahrscheinlich. Es kommt dafür namentlich auf die drei Häupter an: den römischen Kaiser Leopold, die Könige Wilhelm III. und Ludwig XIV. Dieser letzte König glaubt durch die Erlangung des spanischen Erbes für sein Haus das eigentliche und wesentliche Ziel seines politischen Trachtens erreicht zu haben, und wünscht nun, die reiche Beute im Frieden zu bewahren, im Frieden seine letzten Jahre zu verleben. Er will nicht den Krieg. Der Kaiser Leopold, außer Stande dem Gegner das Erbe seines Hauses wieder zu entreißen, verlangt für sein geschädigtes Recht irgend eine Satisfaction, so jedoch daß er einen Weg des Friedens demjenigen des Krieges vorziehen würde.

Anders Wilhelm III.

Wir haben seiner Worte zu gedenken, die er, sofort auf die Nachricht der Annahme des spanischen Testamentes in Versailles, an den Rathspensionär Heinsius entsandte (Band VIII, S. 625 u. f.): „Ich bin durchaus überzeugt, daß, wenn dies Testament ausgeführt würde, England und die Republik sich in der äußersten Gefahr ihres Unterganges befänden". Das einzige Mittel aber, die Verwirklichung des Testamentes zu hindern, war der Krieg. Darum wollte Wilhelm III. den Krieg.

Und doch war dies nur die eine der wichtigen Aufgaben, die zu Ende des Jahres 1700 dem Könige Wilhelm III. oblagen. Es war nicht bloß seine Sorge es nicht dahin kommen zu lassen, daß das Haus Bourbon sich befestige in dem Besitze der spanischen Monarchie, sondern er wollte ebenso auch verhüten, daß das Haupt jenes Hauses vermöge, einen Stuart als seinen moralischen Vasallen wieder auf den Thron von England zu bringen. Beide Aufgaben sind in der Seele

Wilhelms III. untrennbar mit einander verwoben und verwachsen. Und zwar nur allein in ihm. Es darf fraglich sein, ob außer ihm auch nur Einer seiner Zeitgenossen es vermocht hat, hineinzuschauen in alle Schwierigkeiten der doppelten Aufgabe, die er sich gestellt: sicher jedenfalls ist, daß keiner der Späteren jemals sie zum Vollen erkannt hat, und aus den mangelhaften Zeugnissen, die darüber zu Gebote standen, sie auch nicht hat erkennen können. Ja die Erinnerung an die damalige Verkettung der Dinge, vor dem Ausbruche des ungeheueren Krieges, hat sich in den späteren Zeiten so sehr verdunkelt, daß der Regel nach nicht beachtet wird, wie die doppelte Aufgabe, die Wilhelm III. sich gestellt, in dem Wortlaute selbst des Vertrages der großen Allianz von 1701 ihren Ausdruck gefunden hat. Der Nachtragsartikel derselben, welchen Wilhelm III. nach langem Bemühen bei dem Kaiser Leopold durchsetzte, verpflichtet die gesammten Mächte der Allianz, einzustehen für die in England gesetzlich festgestellte Thronfolge[1]). Um des spanischen Erbes willen wäre England nur als Auxiliär-Macht in den Krieg eingetreten: um dieses Zusatzartikels willen trat es ein als Principal-Macht. Der üblich gewordene Name des spanischen Successionskrieges ist daher für die Sache nicht erschöpfend. Der Krieg ward eben so sehr geführt für die Sicherung der in England bestehenden Thronfolge.

Es ist von Wichtigkeit, dies Verhältnis, wie es in der völkerrechtlichen Urkunde des Vertrages der großen Allianz von 1701 ausgesprochen ist, hier von Anfang an mit Nachdruck hervorzuheben. Denn von diesem Gesichtspunkte aus wird manche Thatsache jener Zeit in einem anderen Lichte erscheinen müssen, als in welchem eine Geschichtsbetrachtung sie darstellt, die jenes Verhältnis nicht beachtet.

Kehren wir von da aus zurück zu der Skizze des Strebens von Wilhelm III. zu Ende des Jahres 1700.

Für die eine Aufgabe des Völkerbündnisses, welches er zu schaffen gedachte, diejenige der Sicherstellung von Holland und England gegen die Thronfolge eines moralischen Vasallen von Ludwig XIV. in dem letzteren Königreiche, bedurfte er, bevor er dem englischen Parlamente anheim gab, gemäß der Consequenz der bisherigen Gesetze von England

---

[1]) Du Mont: Corps Diplomatique t. VIII. pars I, p. 13, am Schlusse. — Auch in Hill's Diplomatic Correspondence p. 796.

das Haus Hannover auch ausdrücklich für die Thronfolge zu benennen, der Zustimmung dieses Fürstenhauses. Diese Zustimmung war ihm bisher nicht geworden. Die Aufgabe sie zu erlangen lag lediglich ihm ob. Sie wirkte bei dem Könige mit zu dem Entschlusse, die Berufung des Parlamentes hinaus zu zögern.

Augenfälliger ist die andere Seite der Aufgabe Wilhelms III. Er sieht die Freiheit von England und Holland, die Freiheit von ganz Europa gefährdet, wenn der politische Stand der Dinge, welcher durch die Erlangung der spanischen Monarchie für ein Mitglied des Hauses Bourbon geschaffen ist, bei der Fortdauer des Friedens sich befestigen würde. Darum will Wilhelm III. den Krieg, und darum ist er bereit dem Kaiser die Hand zum Bündnisse zu bieten, um mit vereinten Kräften dem Hause Bourbon, so weit es möglich, die spanische Beute wieder zu entreißen.

So das Ziel Wilhelms III. Allein der Weg zu diesem Ziele war ein unendlich schwieriger.

Ein unumschränkter Herrscher, der einen Krieg für rechtmäßig oder nützlich hält, beginnt ihn, ob mit, ob wider den Willen seines Volkes, und sucht dann sein Beginnen mit wahren oder vorgeblichen Gründen zu rechtfertigen. Nicht so konnte Wilhelm III. verfahren. Er konnte einen Krieg nur dann unternehmen, wenn die englische Nation diesen Krieg wollte, ihn dazu aufforderte, ihm dafür die Mittel anbot. Aber dieser Wille war im November 1700 nicht vorhanden. So sehr auch Viele über das spanische Testament und dessen Annahme in Versailles misgestimmt sein mochten: wir haben vernommen, daß alle Parteien einig waren in dem Rufe: kein Krieg (Bd. VIII, S. 628). Es war also die Aufgabe des Königs Wilhelm III. die englische Nation so zu führen, daß die Stimmung vom November 1700 in das gerade Gegentheil umschlug, daß dieselbe Nation, die im November 1700 dem Könige die Mittel zum Kriege verweigert haben würde, dahin gelangte, ihre Bereitwilligkeit zum Kriege ihm entgegen zu tragen, ihn zum Kriege zu drängen. Die Stellung und die Lösung dieser Aufgabe durch den König Wilhelm III. gehört zu den merkwürdigsten Vorgängen im Völkerleben, welche die menschliche Geschichte kennt.

In der Republik der Niederlande war die Geneigtheit, sich der Uebermacht des Hauses Bourbon mit den Waffen zu erwehren, von

Anfang an größer als in England. Aber die Geneigtheit ward gelähmt durch die größere Furcht des Augenblickes. Die Republik konnte nur dann handeln, wenn sie sicher war ihre Stütze an England zu haben. Darum vertraute sie ihrem Landsmanne, dem Könige dort. Er führte die zwei Nationen, mit dem Unterschiede, daß die Holländer sich vertrauend und willig seiner Führung hingaben, daß dagegen die Engländer, indem sie selbständig einherzuschreiten glaubten, nicht inne wurden, daß sie genau so gingen, wie ihr König es wünschte und verlangte.

Für die Führung der Holländer in seinem Sinne durfte Wilhelm III. rechnen auf den Rathspensionär Heinsius. Wir haben vernommen, in welcher Weise er diesem Freunde sofort auf die Nachricht der Annahme des Testamentes in Versailles das zu erstrebende Ziel darlegte. Wir werden bald zu ersehen haben, in welcher Art Heinsius der Erwartung entsprach.

Und damit sind wir dahin gelangt, den Faden der Darstellung der Vorgänge im Einzelnen wieder aufzunehmen. Wir haben zu sehen, wie nach der Annahme des Testamentes die Dinge an den verschiedenen Orten sich gestalteten, im Haag, in Wien, in Paris, in Madrid und in Rom.

Ludwig XIV. bewies geringere Eile der Republik die Annahme des Testamentes kund zu geben, als dem Könige von England. Zwar erfüllte das Benehmen des Grafen Briord gleich in den ersten Tagen nach der Todeskunde aus Madrid Jedermann im Haag mit Argwohn; doch stimmte auch Briord zu, daß die Generalstaaten auf Grund der Todesnachricht, am 15. November, nochmals an den Kaiser die Bitte um den Beitritt zu dem Theilungsvertrage entsendeten. Der Zweck dieses unwahren Verhaltens der französischen Politik kann nur gewesen sein, die Berathungen in Wien zu verwirren.

Erst am Abende des 18. November trat der Graf Briord vor den Rathspensionär, und erklärte, daß der König von Frankreich das Testament annehme und sich von dem Theilungsvertrage lossage. Heinsius entgegnete: das sei wider das gegebene Wort. Briord brach

ab mit der kurzen Erwiederung: „C'est l'affaire de mon maître, et je n'ai qu'à exécuter ses ordres“ [1]).

Die Republik verfuhr dann in derselben Weise wie Wilhelm III. Sie ließ durch ihren Gesandten Heemskerk in Paris vorstellen, daß, nach ihrer Ansicht, der Vertrag nur durch Uebereinkunft geändert oder aufgehoben werden dürfe, zumal da die Frist des Beitrittes für den Kaiser noch nicht abgelaufen sei, und die Republik eben noch den Kaiser darum ersucht habe [2]). Die Behutsamkeit dieses Schrittes ist, ebenso wie in dem Verhalten Wilhelms III., nicht zu verkennen. Man trägt Bedenken den Mächtigen durch einen eigentlichen Protest zu reizen.

Wir werden die französische Antwort auf die bescheidene Mahnung an den Theilungsvertrag später vernehmen. Der Forderung jedoch nunmehr den neuen König Philipp V. von Spanien anzuerkennen, entwanden sich die Generalstaaten einstweilen noch durch den Hinweis auf die Verfassung der Republik, die nicht gestatte in einer so wichtigen Angelegenheit vorzugehen, ohne vorher die Vota der einzelnen souveränen Provinzen zu vernehmen [3]).

Desto gewichtiger war dann die nächste Unterredung zwischen dem Grafen Goes und dem Rathspensionär. Wir haben dabei uns zu vergegenwärtigen, daß Heinsius, bereits im Besitze jenes Schreibens von Wilhelm III. vom 16. November, das Ziel des Königs kannte. Die Unterredung wird uns zeigen, wie völlig und mit welchem Geschicke Heinsius auf alle Gedanken des Königs einging. Folgen wir also dem Berichte des Grafen Goes [4]).

Als er den Rathspensionär nach jener Erklärung des Grafen Briord zum ersten Male wieder traf, erschien Heinsius nicht wenig befangen, so daß Goes meinte, ihm aufmunternd zureden zu müssen. Obwohl der Fehler nun einmal begangen, sagte er, und übelen Erfolg nach sich gezogen, dürfe man darum doch den Muth nicht sinken lassen, sondern müsse trachten, die Sache nach besten Kräften zu heilen. Die Worte machten sichtlich eine gute Wirkung, so daß Heinsius sofort mit bestimmten Fragen hervortrat. Er verlangte zunächst zu wissen, wozu

---

1) Bericht des Grafen Goes vom 19. November.

2) Lamberty t. II, p. 220. Denkschrift vom 25. November.

3) A. a. O. XI, p. 133 et suiv.

4) Vom 23. November.

der Kaiser sich entschließen würde. „Nach meiner Ansicht, erwiederte der Gesandte, wird der Kaiser, wenn er die Macht und dazu Freunde besitzt, sein Recht behaupten wollen. Fehlen ihm beide, so sehe ich nicht ab, was er Anderes thun kann als protestiren." — Heinsius fragte weiter: „Wie viele Mannschaft hat der Kaiser bereit?" — „Die verfügbare Kriegsmacht, erwiederte Goes, besteht aus etwa 80,000 Mann, ungerechnet die verschiedenen National-Truppen und die Besatzungen." — „Was vermag der Kaiser in Italien zu thun?" — fragte weiter Heinsius. Auf diese Frage wußte Goes nicht eine bestimmte Antwort. „Welche Freunde hat der Kaiser im Reiche?" fuhr Heinsius fort. Der Gesandte erwiederte: „Einige Fürsten sind dem Kaiser verbunden. Andere sucht er zu gewinnen. Ich bezweifle indessen, daß er etwas wird unternehmen können, weil die Spanier umgeschlagen und zu Frankreich übergegangen sind, und weil ich nicht weiß, was von England und Holland zu erwarten".

Hier war der Punkt gegeben, von welchem aus die beiden Männer einander näher treten konnten. Goes entwickelte, daß die Vereinigung der zwei Kronen unter das Haus Bourbon gefahrbringend sei auch für die Republik, daß der Weg zu einer Universal-Monarchie wie eröffnet vorliege. Heinsius bestritt dieses nicht. Er versetzte, daß er und andere Mitglieder der Republik die Ansicht hegten: man müsse verhindern was man könne. „Auch der König von England, sagte dann Heinsius, dürfte dieser Ansicht sich zuneigen; jedoch muß ich von dort Näheres wissen, bevor ich mich bestimmt aussprechen kann." — „Nur sagen Sie mir, fuhr er dann fort, worin eigentlich die Ansprüche des Kaisers bestehen, und ob er vorziehen wird, sich auf sein Recht zu berufen, oder auf den Theilungsvertrag." Goes hob hervor, daß zunächst Mailand und Finale Mannlehen des Reiches, über welche ein Inhaber wie der König von Spanien als Vasall des Reiches nicht zu Gunsten eines Cognaten verfügen dürfe. „Ueberhaupt aber, fuhr er fort, wird der Kaiser von dem Theilungsvertrage nichts wissen, sondern sich auf sein Recht berufen wollen. Dies wird auch aller Welt besser einleuchten, und namentlich die Spanier werden von da her weniger Grund zum Widerstande haben. Wenn England und Holland nur wollen: so sind sie durch die französische Annahme des Testamentes wieder frei, sind im Stande ihre alte Allianz, welche doch in Wahrheit

immer bestanden, wieder ins Leben zu rufen." — Heinsius wies in Betreff Spaniens die Bemerkungen nicht zurück. Er ging dann weiter. „Auch ich, sagte er, bin damit einverstanden, daß, wenn es zu etwas kommen soll, man zurückgehen muß auf die alten Rechte des Kaisers. Inzwischen jedoch handelt es sich zunächst darum, auch Freunde zu erwerben, damit wir klar sehen, auf wen sich zu verlassen. Es kommen in Betracht die Könige von Sachsen-Polen und Dänemark, die Kurfürsten von Bayern und Brandenburg, der Herzog von Savoyen."

Heinsius erörterte dann die Stellung derselben im Einzelnen mit einer überraschenden Sachkenntnis.

„August von Sachsen-Polen, sagte er, unterhandelt mit dem Kaiser, hat aber dem Könige von Frankreich versprochen, nicht mit dem Kaiser abzuschließen, bis er es jenem eine gewisse Zeit zuvor kund gethan. Demgemäß unterhandelt er zugleich auch mit Frankreich. Ja es sind sogar eine Reihe von Artikeln bereits vereinbart. Das wichtigste Hindernis ist bis jetzt der schwedische Krieg. Frankreich fordert dort den Frieden: August II. will fortsetzen. Unter den übrigen Punkten ist namentlich der eine, daß König August sich erheben soll als Haupt der Opponenten wider die neunte Kurwürde, daß er zu diesem Zwecke mit französischen Subsidien ein Heer von 30,000 Mann führen, und ferner französische Beihülfe haben soll, um in Schlesien einzubrechen."

„Es ist nicht sicher, fuhr dann Heinsius fort, ob der Kurfürst von Brandenburg sich bereits dem Könige von Frankreich zur Neutralität erboten. Aber er hat nach Versailles die Versicherung gegeben, daß die Unterhandlungen mit dem Kaiser über die Anerkennung einer preußischen Königskrone dem Könige von Frankreich in nichts zum Nachtheile gereichen sollen, in der Hoffnung, daß man ihm dann seinen Vortheil gönnen werde. Hernach will er sich weiter erklären."

„Der König von Dänemark möchte gern mit Frankreich in Beziehungen treten. Allein der Hauptpunkt ist die Subsidien-Frage, und, da Frankreich sich zu seinen Forderungen nicht verstehen will, so bleibt die Sache stecken."

„Victor Amadeus von Savoyen ist im Handel mit Frankreich über den Austausch von Savoyen und Piemont gegen Neapel und Sicilien. Allein dieser Handel wird nun durchschnitten durch die Annahme des Testamentes."

„Der Kurfürst von Bayern hat seit dem Tode seines Prinzen keine Unterhandlung mit Frankreich. Der Grund ist die Scheu in Versailles vor seinen übertriebenen Forderungen."

Nachdem Heinsius diese Charakteristik gegeben, erwiederte Goes: „Es liegt demnach vor Augen, daß, wenn nicht England und Holland vorher sich erklären, alle diese Potentaten, sowie auch andere, dem Kaiser sehr schwer beitreten werden. Aber auch sogar wenn es geschähe, so kann der Kaiser mit ihnen zusammen dennoch nicht gegen Frankreich und Spanien aufkommen. Ich muß daher wissen, was England und Holland thun wollen, ob sie geneigt sind, den Krieg wider Frankreich mit ganzer Macht zu führen."

An diesem Punkte hörte aber, wie damals die Dinge standen, auch die Kenntnis von Heinsius selber auf. Er wolle alles dem Könige berichten, sagte er. Er werde auch die Gesinnungen in der Republik zu erforschen suchen. Nur möge der Kaiser inzwischen nachdrückliche Anstalten treffen, und Allianzen suchen, oder wenigstens hindern, daß Frankreich andere Mächte an sich ziehe.

Dann jedoch kam ein besonders wichtiger Punkt: Heinsius bat um das strengste Geheimnis. Goes versprach ihm den Bericht an den Kaiser mit eigener Hand zu schreiben und so zu senden.

Am selben Abende kamen die beiden abermals zusammen. Auf den erneuerten Wunsch des Rathspensionärs, daß der Kaiser suchen möge Freunde heranzuziehen, erwiederte Goes, daß er, vor einer Erklärung von England und Holland, ein offenes Werben um Bundesgenossen nicht einmal für rathsam halte. Man könne nur vorbereiten. Heinsius gab sich damit zufrieden, und wiederholte dann seinerseits die Mahnung an das Geheimnis, an welchem alles liege. Namentlich möge man in Wien sich hüten, dem Marquis Villars einen Einblick zu gestatten.

Goes hob in seinem Berichte mit besonderem Nachdrucke hervor, wie leicht der Rathspensionär den Theilungsvertrag habe fallen lassen. Dies erschien ihm um so wichtiger, da er nun erst zu der Kunde des geheimen Artikels kam, nach welchem dem Kaiser der Beitritt frei stehen sollte noch für zwei Monate nach dem Tode Carls II., also bis zum 1. Januar 1701. Wir Spätere wissen aus dem Schreiben Wilhelms III. vom 16. November, daß für ihn das entscheidende Motiv,

den Vertrag fallen zu lassen, bestand in der Abneigung der Engländer wider den Vertrag, namentlich der Tories. Der Gedanke, England zu Gunsten des Theilungsvertrages in die Waffen zu bringen, lag als undurchführbar vor Augen.

In der Republik kam es vor allen Dingen an auf die Gesinnungen in der wichtigen Stadt Amsterdam. Der Bürgermeister Hudde schickte zu Heinsius einen Vertrauensmann mit der Meldung, daß er und noch drei andere Bürgermeister überein stimmten: die französische Annahme des Testamentes bedeute den Untergang der Republik. Daher seien sie der Ansicht, daß man zur eigenen Rettung alle Kraft aufbieten müsse. Allein ohne England sei die Last zu schwer, und darum schaue man mit Sehnsucht aus nach den Entschlüssen von dort. Jedenfalls müsse man trachten, Belgien für den Erzherzog Carl zu erlangen. Aehnliche Stimmen vernahm man aus Rotterdam [1]).

Heinsius sammelte sich alle Meinungen ein, das Für und das Wider, und meldete sie dem Könige. Mit Besorgnis indessen gewahrte Goes, daß die Zuversicht, mit welcher Heinsius am 23. November geredet, mehr und mehr nachließ. Der Rathspensionär verhehlte nicht seine Zweifel an dem Parlamente von England. Und ohne das Parlament, meinte er, sei ein Widerstand gegen die geeinigten Königreiche Frankreich und Spanien hoffnungslos.

In der That aber wurde auch in der Republik bei Vielen die Meinung täglich günstiger für das Testament. Der Graf Briord fuhr im Haag umher zu jedem einzelnen Mitgliede der Regierung und stellte vor, daß ja doch zur Erhaltung des Friedens in Europa das einzige Mittel bestehe in der Annahme des Testamentes. Er gewann für diese Meinung nicht wenige. Auch in Holland vernahm man wie in England die Rede: ob der Erzherzog Carl oder der Herzog von Anjou auf dem Throne von Spanien sitze, habe für die Republik Holland und andere Mächte ein geringeres Interesse. Der Herzog von Anjou sei jung, sei fast noch ein Kind. Er werde sich der Leitung des spanischen Staatsrathes fügen und in kurzer Zeit selbst ein Spanier werden. Eintracht dagegen unter fürstlichen Brüdern sei selten. — Die Kaufleute von Amsterdam hörten solche Reden gern. Die Kriegs-

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 26. November.

gefahr schien zu verblassen. Die Actien der ostindischen Compagnie hoben sich wieder auf den früheren Stand [1]).

Andere dagegen erwiederten, daß es sich hier nicht um Brüder handele, sondern daß der Großvater Ludwig XIV., dem alle Mitglieder seines Hauses zu unbedingtem Gehorsame gewärtig, bei 62 Jahren noch in voller Lebenskraft, daß dann auf ihn der Dauphin als Vater des Herzogs von Anjou folgen werde, und daß daher die moralische Abhängigkeit des letzteren von Frankreich, der menschlichen Wahrscheinlichkeit nach, auf Jahrzehnte hinaus sicher gestellt sei. Einige von ihnen gestanden dem Grafen Goes, daß sie die Wendung der Dinge betrachteten als die gerechte Strafe für das Abweichen von dem alten geraden Wege, oder genauer für die Untreue wider den Kaiser [2]). Es ist nicht anzunehmen, daß der König Wilhelm III. sich von solchen Erwägungen innerlich frei gefühlt habe. Der Selbst-Vorwurf klingt durch in einem seiner Briefe an Heinsius. „Man wird mich wahrscheinlich tadeln, sagt er, wie ich habe bauen können auf einen Vertrag mit Frankreich, ich, der doch aus Erfahrung hätte wissen sollen, daß Frankreich noch niemals durch einen Vertrag sich hat binden lassen. Wollte Gott, daß ich mit dem Tadel davon käme! — Aber ich habe nur allzu vielen Grund zu der Besorgnis, daß die traurigen Folgen uns Allen bald fühlbar werden" [3]).

Diese Besorgnis bezog sich zunächst auf Belgien. Die Gedanken des Königs waren dahin gerichtet ein Mittel ausfindig zu machen, um Belgien zu schützen. Und doch, wie mußte im Hinblicke darauf jener Stachel sich schärfen! — Der erste Theilungsvertrag hatte von Seiten Wilhelms III. wesentlich bezweckt, das Interesse des Kurfürsten Max Emanuel zu befördern, weil es demjenigen der Republik zu entsprechen schien. Ja sogar war dieses selbe Interesse bei dem Könige und den Holländern mächtig genug gewesen, sie hinüber zu leiten in den zweiten Vertrag. Nun saß in Brüssel Max Emanuel als spanischer Statthalter. Wie die eigenen Truppen, so unterstanden auch, gemäß dem Vertrage mit der Republik, die holländischen Besatzungen seinem Befehle. Während Wilhelm III. sich abmühete ein Mittel zu finden, um

---

1) Goes' Bericht vom 29. November.

2) Desgleichen.

3) Grovestins t. VII, p. 399.

Belgien der französischen Besitzergreifung zu entziehen, ward ihm die Kunde, daß bereits die Fäden sich woben zwischen Brüssel und Versailles. In Mailand war spanischer Statthalter der Prinz Baudemont, der in den Feldzügen des vorigen Krieges unzertrennliche Gefährte des Königs. Aber durfte dieser nun bei der unerwarteten Wendung der Dinge sich auf Baudemont mehr verlassen als auf den Kurfürsten Max Emanuel? Es war dem Könige in nicht erfreulicher Erinnerung gegenwärtig, daß er zwei Monate zuvor, im September 1700, gemäß dem Verlangen Ludwigs XIV., in Wien nachdrücklichen Protest hatte erheben lassen gegen jede Absicht des Kaisers, mit Zustimmung des Königs Carl II. seine Truppen nach Mailand zu senden. Und nun, im November, war gerade dies sein sehnlicher Wunsch.

Wohin Wilhelm III. bei diesem Umschlage der Dinge in Europa seine Blicke richten mochte: er erspähete keinen festen Punkt als den römischen Kaiser Leopold. Sein Entschluß, dem Hause Bourbon das spanische Erbe nicht gutwillig zu belassen, war ausführbar nur dann, wenn auch der Kaiser wollte. Mehrere Tage nach jener ersten Kundgebung des Entschlusses an Heinsius, am 18. November, schrieb Wilhelm III. ihm aufs neue: „Es ist augenscheinlich, daß, wenn der Kaiser sich dem Testamente fügt, wir keinen Anlaß haben uns zu widersetzen. Wir müssen daher den Entschluß des Wiener Hofes abwarten, bevor wir unsererseits definitiv einen solchen fassen können. Allein in Betracht der Strömung, die in England zur Zeit zu Gunsten des spanischen Testamentes vorherrscht, darf ich nicht einmal wagen, einen besonderen Gesandten nach Wien zu senden. Diese Meinung wird vielleicht sich ändern; denn in diesem Lande gibt es weder Beständigkeit, noch Dauer. Und unterdessen sehe ich voraus, daß die herkömmliche Langsamkeit in Wien jedem schnellen und kräftigen Entschlusse hinderlich sein wird" [1]).

Die erste Nachricht vom Tode des Königs Carl II. gelangte nach Wien durch einen Courier Sinzendorfs aus Paris, vom 9. November, zugleich mit der anderen Meldung, daß das Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou laute. Torcy habe dabei sich

[1]) Grovestins t. VII, p. 399.

geäußert: der Kaiser hätte sich eher erklären sollen. Nunmehr habe sich alles geändert, und werde nichts mehr zu thun sein. Diese Worte Torcy's vom 9. November widerlegen seine eigene, in seinen späteren Denkwürdigkeiten enthaltene Behauptung, als habe das Conseil unter dem Vorsitze von Ludwig XIV. am selben und folgenden Tage noch etwas zu berathen gehabt.

In Wien jedoch lag bis gegen Ende November die officielle Kunde der Annahme des Testamentes in Versailles noch nicht vor. Man berieth daher ausführlich und gründlich, aber von einer Basis aus, die nicht mehr bestand, nämlich daß Unterhandlungen noch zulässig sein würden. Vom 19. November ab sammelten sich täglich die Räthe um den Kaiser selbst, oder den römischen König Joseph. Am Schlusse des ersten Tages, nach der Vernehmung der Räthe, faßt der Kaiser das eigene Votum zusammen in die Worte:[1]) „Ich beklage den traurigen Fall in Spanien und die allenthalben aufsteigende Gefahr. Lassen wir jedoch den Muth nicht sinken, und thun wir, im Vertrauen auf Gott, das Mögliche. Von Spanien her ist nichts Gutes mehr zu erwarten, als nur noch etwa mehr Klarheit und Gewisheit in Betreff des Testamentes. Zu einem Widerstande besitzt Spanien weder Geldmittel, noch Mannschaft. Wir unsererseits müssen aller Orten gegen das Testament protestiren. Eine Reihe von Gesandten nach verschiedenen Orten müssen schleunigst ernannt, ihre Instructionen unverzüglich ausgefertigt werden. Mit der Republik Venedig ist zu unterhandeln über den Durchmarsch nach Mailand".

Die Worte des Kaisers ergeben, daß er, folgerecht gemäß der Haltung auch vor dem Testamente, das Festland Spanien als verloren betrachtet. Nur auf die Länder in Italien ist sein Streben gerichtet. Er ernannte Sangro und Caraffa zu seinen Agenten in Neapel. Nach Mailand entsendete er den Tyroler Castelbarco. Die Frage, ob der Prinz Eugen von Savoyen als Bevollmächtigter dahin zu entsenden, ward in den Berathungen der nächsten Tage wiederholt neu angeregt und jedes Mal zurückgewiesen mit dem Einwande, daß seine Person unentbehrlich. Der Prinz selber hatte damals noch nicht den Rang,

---

[1]) Es sind die dem Conferenz-Protokolle vom 19. November beigefügten eigenen Worte des Kaisers.

der ihn zum Mitgliede des engeren Rathes um den Kaiser befähigte. Die Unentbehrlichkeit bestand darin, daß der Kaiser vorhatte, ihm den Oberbefehl der Truppen zu geben, die er nach Mailand entsenden wollte. Die Ernennung erfolgte in den nächsten Tagen; denn bereits am 24. November erstattete der Prinz Eugen als Commandant der Truppen seinen Bericht[1]). In seinem Sinne war die Maßregel bereits diejenige des Krieges, noch nicht jedoch in demjenigen des Kaisers. Denn noch bestand der Befehl Carls II. an den Prinzen Baudemont in Mailand, kaiserliche Truppen aufzunehmen. Am selben 24. November faßt der Kaiser, nach den Berathungen seiner Minister, sein Votum zusammen in die Worte: „Die wichtigsten Verhandlungen sind diejenigen, die wir mit der Republik der Niederlande und England anzuknüpfen haben. Das beste Auskunftmittel aber wäre ein formeller Congreß" [2]).

Erst dann brachte ein Courier Sinzendorfs aus Paris die öffentliche Erklärung des Herzogs von Anjou zum Könige von Spanien. Aber zugleich lief die letzte Aufforderung der Generalstaaten ein, die, wie wir vernommen, vereinbart war mit dem französischen Gesandten Briord, daß der Kaiser dem Theilungsvertrage, an welchem Frankreich festhalten werde, noch beitreten möge. Das häßliche französische Spiel that in Wien seine Wirkung. Abermals trat am 25. November die Deputation der kaiserlichen Räthe zusammen, und wieder in den folgenden Tagen. Sie Alle kamen überein, daß, wenn noch etwas zu thun, es geschehen könne nur im Bunde mit England und der Republik. Aber sie besorgen, diese Hülfe sei zu erlangen nur durch den Beitritt zu dem Theilungsvertrage, von welchem namentlich die Republik nicht lassen werde. Abermals wurden alle Gründe für und wider den Beitritt vorgeführt, bis endlich der Schluß wieder dahin ausfiel: der Theilungsvertrag, wie er vorliege, sei unannehmbar. Der Kaiser stimmte bei. So am 27. November [3]).

Damals war der Bericht des Grafen Goes aus dem Haag mit der Meldung, daß der König und Heinsius den Theilungsvertrag fallen

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III. Supplementheft S. 5.

[2]) Protokoll der Conferenz vom 24. November.

[3]) Wortlaut des Conclusums vom 27. November: Der Zeit könne nicht resolvirt werden die tractatus prout jacent anzunehmen.

ließen, bereits auf dem Wege nach Wien, aber noch nicht eingetroffen. Die ersten Schritte in Wien, namentlich die Ausfertigung der Instructionen für die Gesandten, sowohl die neu ernannten, als die bisherigen, erfolgte daher von jener unrichtigen Basis aus, daß England und Holland an dem Theilungsvertrage fest halten würden. In so fern hatte der König von Frankreich durch jene officielle Unwahrheit des Briord im Haag abermals einen Vorsprung an Zeit gewonnen.

Die Instructionen für die Gesandten an die Reichsfürsten heben die Pflicht des Kaisers für die Gesammtheit hervor. „Der hauptsächliche Grund, sagt darin der Kaiser, weshalb ich dem Theilungsvertrage nicht habe beitreten wollen, bestand darin, daß ich mich, gemäß meiner Wahl-Capitulation, nicht unterfangen wollte, die vielen Lehen des Reiches in Italien und Lothringen, welche nach jenem Vertrage der Krone Frankreich einverleibt werden sollten, vom Reiche abzureißen und zu veräußern. Nun aber ist es bekannt, daß der verstorbene König von Spanien in seiner Todeskrankheit sich hat bewegen lassen, ein Testament zu unterzeichnen, welches, wider seine mir oft gegebene Versicherung und wider das Testament seines Vaters Philipp IV., errichtet auf Grund des pyrenäischen Friedens, sowie des Verzichtes der Infantin Marie Therese und der eidlichen Bestätigung dieses Verzichtes — den Herzog von Anjou zum Universal-Erben der spanischen Monarchie beruft. Es ist ferner bekannt, daß der König von Frankreich, mit Lossagung von jenem Theilungsvertrage, das Testament angenommen und den Herzog von Anjou zum Könige von Spanien erklärt hat. Dadurch hat wie mein Recht, so auch die allgemeine Sicherheit eine fast unheilbare Wunde empfangen. Meines Erachtens würde es mir bei den Nachkommen, bei dem Reiche und der ganzen ehrbaren Welt unverantwortlich sein, wenn ich dazu still sitzen und entweder als rechtmäßiger Erbe meinem Hause diese auf dasselbe verstammte Monarchie nehmen lassen, oder auch als römischer Kaiser zugeben würde, daß der König von Spanien als Vasall über die Reichslehen verfügt." Der Kaiser thut dann kund, daß er den Grafen Wratislaw an den König von England entsende, um zu vernehmen, ob von dort her eine Beihülfe zu hoffen, um die nun auf das gesammte übrige Europa andringende französische Universal-Herrschaft abzuwehren. Er verlangt

zugleich den Rath der Reichsfürsten [1]). Es ergibt sich demnach, daß der Kaiser einen bestimmten Plan noch nicht hatte.

Diese Unsicherheit prägt sich nicht minder aus in der Instruction für den Grafen Johann Wenzel Wratislaw als Gesandten bei Wilhelm III. Die Persönlichkeit Wratislaws wird im Laufe der nächsten Zeit oft unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Aeltester Sohn des böhmischen Statthalters Grafen Franz Christoph Wratislaw hatte der Graf Johann Wenzel nicht minder durch seine geistige Befähigung als durch die günstige Stellung von Hause aus sich rasch empor gearbeitet. Er war dreißig Jahre alt, als der Kaiser ihm diese wichtige Sendung nach London anvertraute [2]). Wir werden zu ersehen haben, daß in seinem Verhalten bei Wilhelm III. der jugendliche Eifer als ein nicht geringer Factor mitwirkte.

Die Instruction für Wratislaw enthält zunächst eine Darstellung der Sachlage. Dann spricht sie die Zuversicht aus: der König von England werde nicht gestatten, daß die gesammte spanische Monarchie an die Krone Frankreich falle, oder, was fast dasselbe, an einen französischen Prinzen, sondern er werde vielmehr der alten Bündnisse gedenken, und im Vereine mit der Republik Holland alle Kraft daran setzen, damit die auf das Erzhaus rechtmäßig verstammte Monarchie demselben nicht entzogen werde. Der Kaiser verspricht dann auch seinerseits der Krone Frankreich eine solche Diversion zu machen, daß sie genug zu thun haben werde, den vereinten Anstrengungen zu widerstehen, und um so leichter bereitwillig sein werde, sich auf gütliche und billige Bedingungen einzulassen. — Tritt hier der Gedanke des Krieges voran, so nachher, in der Bekämpfung des Theilungsvertrages, doch wieder derjenige der Unterhandlung. „Wie allezeit, sagt der Kaiser, so sind wir auch noch bereit zu einer Transaction, bei welcher das Gleichgewicht von Europa einigermaßen bestehen könnte" [3]).

Wie die früheren Gesandten nach England, so ward auch Wratislaw zum Verkehre mit den Parlaments-Mitgliedern ermächtigt, so jedoch

---

[1]) Aus dem Creditiv für den Grafen Wratislaw an Kurpfalz, vom 30. November.

[2]) Arneth: Correspondenz des Königs Carl mit Wratislaw, S. 6.

[3]) Instruction für den Grafen Wratislaw, vom 27. November.

daß er dem Könige keine berechtigte Ursache zum Mistrauen oder Argwohn gebe.

In der That war das Vertrauen auf den König Wilhelm, welches stärker noch als in der Instruction, sich in dem Beglaubigungsschreiben ausprägt, die beste Seite an der Sendung Wratislaws. Uns Späteren liegt in den Aeußerungen Wilhelms III. an Heinsius bereits vom 16. November sein Entschluß vor, für die Sache des Kaisers mit vollem Nachdrucke einzutreten. Bei der Entsendung des Grafen Wratislaw kannte Leopold diese Gesinnung noch nicht. Allein wir haben wiederholt beobachtet, daß der Kaiser, ungeachtet aller Schritte Wilhelms III. in den letzten Jahren, dennoch fester zu ihm hielt als irgend einer seiner Räthe. Demgemäß entsprach das Creditiv für Wratislaw, vom 27. November, jenem früheren Schreiben vom 5. desselben Monates, durch welches der Kaiser für den Fall einer Wendung seine Hoffnung auf den König ausgesprochen. Das Creditiv schließt mit den Worten: „Wir ersuchen Ew. Durchlaucht freundlich und brüderlich, daß Sie unseren Gesandten bald mit einer Antwort versehen werden, wie sie unserer Erwartung und den beiderseitig gemeinsamen Interessen entspricht" [1]).

Der Graf Wratislaw indessen begnügte sich nicht mit dieser allgemein gehaltenen Instruction. Er erhob den Einwand, daß er für England und Holland, im Falle daß diese Mächte sich zum Kriege entschlössen, ein Ziel desselben zeigen, einen Gegenvorschlag vorlegen müsse. Die Antwort lautete: dies sei noch nicht an der Zeit. „Denn, wenn wir die uns ehemals in dem Theilungsvertrage angebotene Portion, Spanien und Westindien, völlig verwürfen und statt dessen eine Allianz in Betreff Italiens beantragten: so würde damit das für England und Holland wichtigste Interesse, das für sie durchschlagende Motiv zur Ergreifung der Waffen aufgehoben. Dieses besteht darin, daß Frankreich sich nicht zum Meister von Spanien und Westindien mache, und dadurch ihren Handel beherrsche. An der Erhaltung von Neapel und Sicilien liegt diesen Mächten nicht so viel, daß sie sich

---

[1]) Serenitatem Vestram peramanter fraterneque requirimus, ut ablegatum nostrum responso expectationis nostrae communibusque rationibus congruo quamprimum dignari non gravetur.

deshalb in einen langwierigen und kostspieligen Krieg stürzen würden. Das Wesen der Sache für die Seemächte ist, daß Frankreich ihnen den Theilungsvertrag gebrochen hat. Dies um so mehr, da es sich, wie zuverlässige Berichte melden, dem Könige von England verbunden, nach dem Tode des Königs von Spanien noch eine gewisse Zeit unsere Erklärung abzuwarten."

„Daher hast Du darauf anzutragen, daß unsere Allianz vom 12. Mai 1689 mit dem geheimen Artikel in ihrer vorigen Kraft verbleibe, und daß demgemäß uns mit allem Nachdrucke Beistand geleistet werde. Sollte man dann vermeinen, daß dies einen ewigen Krieg nach sich ziehen, und daß es unmöglich sein würde, den geheimen Artikel zu verwirklichen: so kannst du dagegen vorstellen, daß auch wir keinen endlosen Krieg wollen und billige Friedensbedingungen nie ausschlagen werden. Wie aber diese einzurichten, hängt ab von dem Erfolge der Waffen. Unsere Absicht zielt hauptsächlich dahin, daß nur einiges Gleichgewicht in Europa erhalten werde" [1]).

Wenn dagegen der König den Beitritt zu dem Theilungsvertrage, welcher Spanien und Westindien dem Erzherzoge Carl zuweise, als unerläßliche Bedingung fordere: so soll der Gesandte erwiedern, daß die Durchführung des Vertrages eben so schwer sein werde, wie die Erlangung der ganzen Monarchie. Denn Frankreich und Spanien würden eher das Aeußerste daran setzen als zugeben, daß der Herzog von Anjou, nachdem er einmal die Huldigung empfangen, wieder hinaus getrieben werde.

Der Gedankengang der Instruction kündigt demnach abermals die Bereitwilligkeit des Kaisers an, auf Spanien und Westindien zu verzichten, wenn dafür die Länder in Italien erhalten werden können. Es ist dieselbe Grundlage, auf welcher, wie Ludwig XIV. durch Villars im Juni des Jahres 1700 wußte, der Kaiser auch mit ihm zur Transaction bereitwillig gewesen war.

Und selbst auch da noch mochte der Kaiser dem letzteren Gedanken nicht völlig entsagen. Die Instruction für den Grafen Sinzendorf in Paris enthält, daß nach dem Schritte Ludwigs XIV., den Herzog von Anjou öffentlich zum Könige von Spanien zu erklären, es

[1]) K. Rescript an Wratislaw vom 6. December.

dem Kaiser nicht mehr anstehe, Vorschläge zu einer Unterhandlung zu machen, bevor er wisse, ob Frankreich dafür Raum geben wolle. Daher soll Sinzendorf wie aus sich selber zu Torcy reden und nach den Antworten desselben beobachten, ob die Thüre zu gütlichem Vergleiche völlig geschlossen. Wenn dies nicht der Fall, so soll Sinzendorf andeuten, daß die Vorschläge von Frankreich kommen müßten, für sich selber aber die Ansicht aussprechen, daß, da sich der König von Frankreich nicht entschließen werde, dem Herzoge von Anjou den Titel und die Würde eines Königs von Spanien wieder zu entziehen, die Verhandlung über einen Ausgleich die Länder außerhalb Spaniens betreffen würde [1]).

Bemerken wir hier abermals, daß der Kaiser bereit ist dasjenige anzubieten, was nach dem unsäglichen Kriege der folgenden dreizehn Jahre durch den Frieden von Utrecht zur That geworden ist. Auch dürfte nicht gesagt werden, daß von Seiten Ludwigs XIV. das Eingehen auf Vorschläge dieser Art einer Cession gleich gekommen wäre. In Mailand wie in Neapel und ebenso in Brüssel hatte der Kaiser eine starke Partei, und beim Abfassen der Instruction lag die Kunde noch nicht vor, daß die Statthalter, Vaudemont in Mailand, Medina Celi in Neapel, der Kurfürst Max Emanuel in Brüssel, den Herzog von Anjou als den Erben der gesammten Monarchie anerkannten.

Richten wir also unsere Blicke nach Versailles.

Die Stimmung Ludwigs XIV. und seiner Umgebung gab, nach dem gelungenen Meisterstücke in Spanien, geringe Hoffnung auf irgend welche friedliche Transaction. Dies erfuhren zuerst die Holländer auf ihre immer noch so behutsame Mahnung an den Theilungsvertrag (S. 6). Der Staats-Secretär Torcy erwiederte ihnen: bei reiflicher Erwägung würden sie, vermöge ihrer erprobten Einsicht, zu dem Urtheile gelangen, daß nichts dem Vertrage mehr entgegen stehe, als den Geist desselben preis zu geben, um sich auf die Worte zu klemmen. Vielmehr müsse man in diesem Falle beides unterscheiden. Geist und Wort des Vertrages seien Eins gewesen bei Lebzeiten des Königs von

[1]) Instruction für den Grafen Sinzendorf, vom 27. November. Abgedruckt in dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen. Band III, S. 377.

Spanien: die letztwillige Verfügung und der Tod desselben haben einen solchen Unterschied hervorgebracht, daß das Eine mit dem Anderen nicht bestehe. Der Geist des Vertrages bezwecke den Frieden, der Wortlaut würde den allgemeinen Krieg entfesseln. Dieser Vergleich allein schon entscheide über die zu treffende Wahl, die ausfallen müsse gemäß dem im Eingange des Theilungsvertrages ausgesprochenen Geiste. Um des Friedens von Europa willen habe daher der König das Testament angenommen [1]).

Es ist immerhin möglich, daß der Staats-Secretär Torcy in dem Trachten irgend welchen Behelf zur Beschönigung des Vertragsbruches zu gewinnen, nicht vorher sich darüber klar geworden ist, daß dieser Behelf ein kläglicher war, und darum von Vielen aufgefaßt wurde wie eine höhnende Abfertigung. Auch gab es nicht Wenige, welche dieselbe den Holländern gönnten und den hohlen Wortschwall Torcys ansahen wie eine billige Vergeltung für das Verhalten der Republik gegenüber dem Kaiser [2]). Die Holländer hatten dann freilich zu dem Schaden noch den Spott obendrein, und zwar von demjenigen selbst, dessen Worten sie Glauben geschenkt. Diejenigen Franzosen dagegen, die damals an dem Uebermuthe des Gewaltigen ihre Freude hatten, sahen noch nicht vorher, mit welchen unendlichen Leiden in der langen Reihe der kommenden Jahre Frankreich für diesen Uebermuth zu zahlen haben werde.

Aufrichtiger wenigstens war die Antwort, welche Sinzendorf in Paris auf jene Andeutungen in Betreff eines möglichen friedlichen Ausgleiches, die er wie aus sich selber zu machen hatte, von dem Staats-Secretär erhielt. Torcy erwiederte mit einer langen Rede, deren Inhalt war: der König werde seinen Enkel in dem Besitze der gesammten spanischen Monarchie erhalten, werde ihn vertheidigen mit dem Aufgebote aller seiner Macht. Er werde immer die spanische Succession als wesentlichen und wichtigsten Punct für seine eigene Krone betrachten, und sei im Stande sie aufrecht zu halten wider jegliche Macht, die es wagen werde sie anzutasten [3]).

---

1) Die Denkschrift ist oft gedruckt, z. B. in den Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 40 et suiv., sowie bei Lamberty t. I. p. 221.

2) So Sinzendorf in seinem Berichte vom 9. December 1700.

3) Relazione di Lamberg fol. 38b.

Der Gedankengang Ludwigs XIV., jenen Aeußerungen Torcy's entsprechend, liegt entwickelt und ausgesprochen vor in einer Reihe von Schreiben an Harcourt, der fortan in Betreff Spaniens in dem Vertrauen des Königs die erste Stelle einnahm.

Nach der Erklärung des Herzogs von Anjou zum Könige ernannte Ludwig XIV. sofort den bisherigen Marquis Harcourt zum Duc. Er übertrug ihm dann die Botschaft in Spanien bei dem neuen Könige. Die dafür angegebenen Motive sind eigenthümlicher Art. „Sie haben, sagt der König, während Ihrer früheren Botschaft in Madrid meine Befehle zu meiner vollen Zufriedenheit ausgeführt. Sie haben gesehen, wie die Wendung sich vorbereitete, die mit dem Tode des Königs von Spanien hervortrat [1]). Sie sind Zeuge gewesen der aufrichtigen und einstimmigen Wünsche der spanischen Nation. Indem ich diese Wünsche erfülle, halte ich es dem Wohle meines Dienstes entsprechend, daß Sie als mein Botschafter nach Madrid zurückkehren" [2]).

Die Thatsache, daß Jemand einen Zeugen abgibt bei einem Hergange, dürfte kaum als ein ausreichendes Motiv einer so außerordentlichen Belohnung erscheinen. In der Wirklichkeit aber hatte Harcourt nicht bloß zugeschaut: er hatte auch gehandelt, und zwar mit Erfolg. Seine Berichte haben dargethan, daß es ihm gelungen war, mit der Beihülfe der Gräfin Berlepsch die leichtgläubige Königin Maria Anna durch das nebelhafte Trugbild einer zweiten Heirath mit dem Dauphin Monate lang zu bethören, und dadurch der Sache des Kaisers diejenige Stütze zu entziehen, deren sie bei seinem unentschlossenen Neffen nur allzu sehr bedurfte. Als Maria Anna zur Besinnung und zur Einsicht des Spieles kam, das Harcourt mit ihr getrieben, war es zu spät. Harcourt hatte also der Sache Ludwigs XIV. in Spanien einen sehr reellen Dienst erwiesen, nur freilich einen solchen, bei welchem dem Herrn wie dem Diener das Bewußtsein blieb, daß es ihnen besser anstehe die Sache in Schweigen zu hüllen. Dies war um so leichter, da sie ja von der anderen Seite her, von der Königin Maria Anna und der Gräfin Berlepsch, dieses Schweigens unbedingt sicher sein durften.

---

[1]) Vous avez vu préparer l'événement que la mort du roi d'Espagne a produit.

[2]) Hippeau t. II, p. 303. Vom 17. November.

Nur diese vier Personen wußten damals um das Geheimnis, und darum konnte es mit ihnen ins Grab gelegt werden und darin beruhen, bis die in unseren Tagen ans Licht getretenen Schriftzüge der handelnden Personen selber es verkünden.

Diesen neuen Duc also ersah sich Ludwig XIV. als den Mann seines Vertrauens in Spanien, und legte daher ihm die Grundsätze dar, nach welchen er verfahren wollte, im Allgemeinen wie im Einzelnen. Der Ausgangspunkt derselben ist, daß die Hoffnungen des Hauses Oesterreich völlig vereitelt sind. Es ist wichtig dies hervorzuheben, weil bei der Abfassung dieses Schreibens, am 17. November, Ludwig XIV. noch keine sichere Kunde hatte, ob die Statthalter in Brüssel, Mailand und Neapel sich dem Testamente Carls II. fügen und Philipp V. anerkennen würden. Ludwig XIV. ist nicht ohne Mistrauen gegen den Kurfürsten Max Emanuel in Brüssel, wie gegen den Prinzen Vaudemont in Mailand. Er läßt durch Harcourt der Regentschaft in Madrid, der Junta, entbieten, daß seine Truppen bereit stehen, für den Fall, daß die Junta nach irgend einer Richtung hin einer Hülfe zu bedürfen glaube, und zugleich die Versicherung geben, daß sein einziges Streben sei, alle Länder der Monarchie mit der Krone vereinigt zu erhalten. Er hebt dabei abermals Mailand und Belgien hervor. Er weist nach der anderen Seite darauf hin, daß die Ehre Spaniens die stete Bedrohung von Ceuta durch die Mauren nicht mehr dulde. Er stellt dafür seine Hülfe in Aussicht.

Der König ergeht sich in ausgiebigem Lobe für den Cardinal Portocarrero, an welchen als die hauptsächliche Person der Junta der Botschafter sich zu wenden habe. Aber zugleich soll Harcourt alle erforderliche Vorsicht beobachten, um dem Cardinal ein etwaiges Mistrauen zu benehmen, als wenn Harcourt sich in die Regierung Spaniens einmischen wolle. „Er muß sich überzeugen, sagt Ludwig XIV., und ebenso die gesammte spanische Nation, daß ich keinen Antheil haben will an der Regierung dieser Monarchie, daß ich mich in die Angelegenheiten der Spanier nur so weit einlassen werde, wie sie selber es wünschen, zu ihrem eigenen Wohle und zur Erhaltung eines dauernden Einverständnisses zwischen meiner Krone und der spanischen."

Ludwig XIV. scheint sich bei diesen Worten nicht klar darüber geworden zu sein, daß er hier sich wie dem Botschafter eine Aufgabe

stellte, die weder er selber noch jener zu erfüllen im Stande noch Willens waren.

Denn wenige Zeilen hernach schreibt er für Spanien ein politisches Verhalten nach außen in einer besonders wichtigen Richtung vor.

Von der französischen Verwechselung der Begriffe aus, welche für die Offensive der Häuser Valois und Bourbon im sechszehnten und im siebenzehnten Jahrhunderte die Defensive des Hauses Habsburg verantwortlich gemacht hat, sagt nämlich Ludwig XIV. zu Harcourt: „Sie werden dem Cardinale begreiflich machen, daß, nachdem lediglich das Hausinteresse von Oesterreich die langen und blutigen Kriege zwischen Frankreich und Spanien erregt hat, nun, nach dem Aufhören dieses Verhältnisses, die Einigkeit zwischen den Franzosen und den Spaniern nach allen Seiten sich geltend machen müsse. Diese Einigkeit ist nothwendig zwischen meinen Gesandten und den spanischen in fremden Ländern, namentlich in Rom. Bisher genügte die Thatsache einer Forderung von meiner Seite in Rom, um dort den Widerstand des spanischen Ministers dagegen wach zu rufen, auch wenn der König von Spanien gar kein Interesse dabei hatte, den Erfolg zu vereiteln. Von diesem Spalte haben lediglich die Parteigänger der römischen Curie Nutzen gezogen. Dagegen werden wir vermöge einer engen Einigung fortan große Dinge für das Wohl der Kirche verrichten, sei es bei der Papstwahl, sei es im gewöhnlichen Laufe der Dinge. Die Gesinnungen des Königs von Spanien werden um so höher in Achtung stehen, je mehr man sie in Uebereinstimmung erblickt mit den meinigen. Die Unternehmungen des Kaisers sind für den König von Spanien fortan nur noch in Italien zu fürchten. Dort aber werden die Fürsten, meiner Hülfe und derjenigen Spaniens sicher, über die zu treffende Wahl in Zukunft nicht mehr zweifelhaft sein, und ohne Bedenken mit eintreten für die Erhaltung der spanischen Monarchie".

In dem Fortgange seiner Entwickelungen kehrt Ludwig XIV. von der Besprechung Indiens aus nochmals zu dem kirchlichen Gesichtspuncte zurück, mit den Worten: „Kurz, Sie haben dem Cardinal Portocarrero hauptsächlich die sicheren Vortheile einleuchtend zu machen, welche für die Religion aus dem vollkommenen Einverständnisse beider Kronen erwachsen".

Drängen wir das Ganze auf den möglichst kurzen Ausdruck zusammen, so will Ludwig XIV. den römischen Stuhl mit den eisernen Armen seiner Macht umklammern: er will als Oberhaupt der Kirche einen Diener, ein Werkzeug des Hauses Bourbon.

Ja es ward sogar bereits eine Persönlichkeit bezeichnet. Wir vernehmen von dem Grafen Sinzendorf, der von jenen Worten Ludwigs XIV. keine Kunde haben konnte, am 1. December 1700: es gehe in Paris das Gerücht, daß die französischen und spanischen Cardinäle im Conclave in Rom ihre Stimmen vereinigen würden, und zwar auf den Cardinal Portocarrero. Dringe man auch mit ihm nicht durch: so werde doch auch schon durch die Benennung von Seiten der französischen Nation der spanischen eine Anerkennung dargebracht [1]).

Auch wenn wir absehen von dem Namen dieses Spaniers, den das an seinem todkranken Könige begangene Verbrechen brandmarkt: so ist jene Gedankenreihe Ludwigs XIV. an sich eine der wichtigsten, die in dieser Zeit der Krisis oder überhaupt jemals seiner Feder entflossen sind. Als er sie abfaßte, am 17. November 1700, war, nach dem Tode von Innocenz XII., die Papstwahl in Rom noch nicht vollzogen. Als die Wahl geschah, am 23. November, konnte keiner der Cardinäle in Rom eine Kenntnis jenes Schreibens haben. Und doch werden wir erfahren, daß sie handelten, als hätten sie es gekannt, und daß sie darum auf die Nachricht des Todes von Carl II. die Papstwahl beschleunigten. Die Worte Ludwigs XIV. vom 17. November 1700, die erst 175 Jahre später ans Licht getreten sind, enthalten die volle Rechtfertigung für jene Beschleunigung. Wir dürfen schon hier berühren, daß der damals gewählte Papst, Clemens XI., später in seiner politischen Laufbahn schwere Misgriffe begangen hat, und zwar mehr als einmal zu Gunsten des Hauses Bourbon. Dennoch war Clemens XI. nicht eine Creatur, und darum ein Werkzeug desselben, sondern das von den berufenen Vertretern frei gewählte Oberhaupt der Kirche. Und darum war seine Wahl, ungeachtet aller politischen Misgriffe, die er später beging, gleichbedeutend mit der Rettung der Freiheit der Kirche gegenüber dem Plane des Despoten

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 1. December.

von Versailles, welcher die Kirche hinabzudrücken vermeinte zur Magd seiner Politik der Lüge und der Gewalt.

Von diesem Gesichtspuncte aus thut sich uns ein Lichtblick in die damalige Zukunft auf. Wir erkennen abermals, daß, wie einst der Kaiser Heinrich IV. in Canossa, so Ludwig XIV. im Jahre 1693 bei seinem in Worten unbedingten Rückzuge von den gallicanischen Artikeln nur der Noth gewichen war, nicht dem Drange einer Ueberzeugung, daß dagegen der einstige Plan des Zwanges der Kirche unter seinen Willen noch sogar intensiver in ihm wieder auflebte, sobald die Besitzergreifung des spanischen Erbes ihm diesen Plan als durchführbar vor Augen zu legen schien. Wie daher die große Allianz von 1689, obwohl nicht zum Zwecke der Freiheit der Kirche geschlossen, dennoch, indem sie den König Ludwig XIV. in die Nothlage von 1693 brachte, thatsächlich diente, um Frankreich, wenigstens dem Principe nach, aus den Banden des Gallicanismus zu lösen: so darf vom 17. November 1700 an im Voraus gesagt werden, daß der Widerstand, welchen Ludwig XIV. gegen die Besitzergreifung der spanischen Monarchie finden würde, von welcher Seite immer er kommen mochte, der Widerstand also, der sich zusammen ballte in die zweite große Allianz vom 7. September 1701, abermals dienen würde zur Rettung der Freiheit der Kirche, nicht bloß mehr für Frankreich, sondern für Europa und für die gesammte Menschheit.

Und mit stummer Ehrfurcht beugen wir uns unter die hehre Weissagung: Et portae inferi non praevalebunt adversus eam.

Folgen wir weiter den Erwägungen Ludwigs XIV. vom 17. November 1700.

Der Schluß des dreizehnten Artikels im Testamente Carls II. sprach den dringenden Wunsch und die Mahnung aus, daß der Herzog von Anjou eine Erzherzogin heirathen möge, damit dadurch der Friede und die Einigkeit der Christenheit erhalten bleibe.

Der Wunsch und die Mahnung prägen in starker Weise die Selbsttäuschung aus, in welcher der Cardinal Portocarrero und die anderen Spanier, die mit ihm jenes Testament verfertigt, es auf sich genommen, über die Zukunft von Ländern und Völkern zu entscheiden.

Sie thaten dem Kaiser die schwere Kränkung an, allerdings, wie sie glaubten, im Interesse Spaniens, seinem todkranken Neffen die

Unterschrift zu einem Testamente abzudringen, welches, im Widerspruche mit der ihnen bekannten Gesinnung des Sterbenden, im Widerspruche mit den wiederholten Zusagen, die, wie sie wußten, er dem Kaiser gegeben, das Recht des letzteren aufhob. Und in demselben Actenstücke mutheten sie ihm zu, auf diese ihm widerfahrene Kränkung selber das Siegel zu setzen durch die Hingabe einer seiner Töchter!

Dazu trat in der öffentlichen Anregung einer solchen Sache durch das Testament noch eine besondere Unkenntnis in Betreff der Person des Kaisers. Auch der Friedensentwurf, welchen Ludwig XIV. im Beginne des Jahres 1696 dem Kaiser hatte zustellen lassen, enthielt Heirathsvorschläge zwischen Angehörigen der Häuser Habsburg und Bourbon, drei an der Zahl (Band VII, S. 216). Damals hatte der Kaiser sie sofort durchstrichen. Wer einige Kunde des Charakters von Leopold I. besaß, konnte oder vielleicht mußte wissen, daß der sittenstrenge Fürst in eine Heirath eines Mitgliedes seines Hauses mit einem Descendenten Ludwigs XIV. nicht willigen werde. Die Unkunde dieses Verhältnisses gereicht den Verfertigern des spanischen Testamentes nicht zur Entschuldigung.

So weit die Protokolle der Berathungen in Wien erhalten sind und vorliegen, ist nicht zu ersehen, daß einer der Minister jenen Vorschlag einer Heirath gemäß dem Wunsche des Cardinals Portocarrero im Testamente Carls II. einer Erwähnung gewürdigt habe.

Anders verhielt sich dazu Ludwig XIV. Er beauftragt in diesem ersten Schreiben vom 17. November 1700 den Botschafter Harcourt, dem Cardinal Portocarrero zu melden, daß von seiner Seite dem Vorschlage einer Heirath zwischen dem Herzoge von Anjou und einer Erzherzogin nichts im Wege stehe. Nicht diese Erklärung an sich fällt so schwer ins Gewicht, sondern die Voraussetzung, auf welcher sie ruht, nämlich daß der Kaiser sich in die Wendung der Dinge in Spanien fügen, daß diese einen Krieg nicht nach sich ziehen werde. Ludwig XIV. sagt dies an einer anderen Stelle desselben Schreibens ausdrücklich [1]), und darum muß auf diesen Gedanken als für den Verlauf der nächsten Monate von höchster Bedeutung, zum Beginne mit Nachdruck hin-

---

[1]) Hippeau t. II, p. 307: Comme je ne puis croire que l'événement présent excite la guerre etc.

gewiesen werden. Ludwig XIV. will das gesammte spanische Erbe nehmen, und glaubt es behalten zu können ohne Krieg. Diese beiden Gedanken, eng verbunden, dominiren in seiner Seele.

Zunächst allerdings lief die Strömung aller Orten zu Gunsten des Hauses Bourbon.

Die Ungewißheit über die Haltung, welche die spanischen Statthalter in Brüssel und Mailand beobachten würden, dauerte nur so lange, wie die Fahrten der Couriere erforderten. Am 19. November erhielt Max Emanuel in Brüssel die officielle Nachricht, daß Ludwig XIV. in Versailles Philipp V. proclamirt. Auf das Geheiß des Kurfürsten-Statthalters stimmte am Morgen des 20. der Erzbischof von Mecheln am Hochaltare von St. Gudula in Brüssel das Tedeum für den König Philipp V. an, und zugleich that der Klang der großen Glocke vom Thurme herab, wie der Donner der Kanonen von den Wällen der Bevölkerung kund, welche Wandlung über Nacht mit ihnen vorgegangen. Max Emanuel gebot Jubel und Freude. Die Bürgerschaft von Brüssel, eingedenk der Feuerkugeln und Bomben der Augusttage von 1695, verhielt sich schweigend [1]). Aber die Macht war in den Händen von Max Emanuel. Belgien hatte einstweilen dem Könige Philipp V. zu gehorchen.

Die neue Stellung des Kurfürsten Max Emanuel in Brüssel hinderte ihn nicht, auf die Aufforderung des Kaisers in Betreff der spanischen Angelegenheit einige Wochen später eine Antwort einzusenden, in welcher er für das in ihn gesetzte gnädigste Vertrauen seinen unterthänigsten Dank ausspricht, mit der Bitte, der Kaiser wolle die Sache an den Reichstag in Regensburg bringen [2]). In ähnlicher Weise handelte sein gleichgesinnter Bruder Joseph Clemens, Kurfürst von Köln [3]). Beide Brüder bezeichneten in diesen Schreiben den neuen König von Spanien als Herzog von Anjou. Aber bereits waren die Fäden ihres Bundes mit Ludwig XIV. angesponnen.

---

[1]) Coremans: Miscellanées de l'époque de Maximilien-Emanuel p. 63.
[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, S. 385. Vom 13. December.
[3]) A. a. O. Vom 12. December.

Aehnlich wie Max Emanuel in Brüssel, verfuhr, wie wir nachher bestimmter erfahren werden, Vaudemont in Mailand. Zugleich jedoch entsendete er an Ludwig XIV. einen gewissen Colmenero mit der Bitte um Hülfe gegen einen Einmarsch kaiserlicher Truppen.

Daß dies im November 1700 die Absicht des Kaisers war, wußte Ludwig XIV. auch aus den Berichten seines Gesandten Villars in Wien. Er verwandte, wie sich später uns noch klarer darstellen wird, gegen diesen Entschluß zunächst das Stratagem, in Rom und dadurch über Rom nach Wien kund zu thun, daß er keine Truppen nach Mailand senden werde, wenn der Kaiser auch seinerseits dies unterlasse. Zugleich jedoch erließ er an 40 Bataillone und 50 Schwadronen, die in der Freigrafschaft, in der Provence und im Dauphiné standen, den Befehl zum Marsche auf verschiedenen Wegen nach Mailand. Das Commando über dieselben unter Vaudemont gab Ludwig XIV. dem General Tessé, mit der Weisung, spätestens am 18. December aufzubrechen. Der Auftrag indessen ging weiter. Tessé sollte sich zuerst nach Turin begeben, um im Vereine mit dem Gesandten Phelypeaux von dem Herzoge Victor Amadeus den Durchmarsch für einen Theil dieser Truppen zu erwirken, und weiter, den Herzog zum völligen Anschlusse an Frankreich zu bewegen [1]).

Die günstigsten Nachrichten kamen dem Könige Ludwig XIV. vor allem aus Spanien selbst. Die Proclamation Philipps V. fand nirgends einen Widerstand. Wir vernehmen den Zustand der Dinge dort am zuverlässigsten von einem Augenzeugen, welcher dem Wechsel nicht geneigt sein konnte, dem Grafen Auersperg, der als Nachfolger des kaiserlichen Botschafters Alois Harrach in Madrid bereits im October eingetroffen war. „Man schmeichelt sich hier völlig mit der Hoffnung, meldet er aus Madrid am 2. December, daß die anderen Mächte die Mäßigung des Königs von Frankreich anerkennen werden, daß er hinwiederum das Testament nicht angenommen haben könne ohne die Zustimmung der Seemächte, und daß dieser Fall des Testamentes einen geheimen Artikel des Theilungsvertrages ausgemacht habe. Spanien werde diesen Mächten einige Vortheile für ihren Handel bewilligen; auch könne man gestatten, daß die holländischen Besatzungen

---

[1]) Mémoires de Tessé t. I, p. 182.

in den belgischen Städten verbleiben. Man meint, daß die italienischen Fürsten sich willig fügen werden. Immerhin möchten dort Verbindungen mit dem Kaiser bestehen, jedoch nur gegen den Theilungsvertrag, nicht gegen die geschehene Wendung der Dinge, welche im Grunde alles auf dem bisherigen Fuße belasse. Denn für Spanien ändere sich lediglich der Name des Königs: statt eines Carl regiere ein Philipp." So die Spanier. „Sie glauben nicht, fügt Auersperg weiter hinzu, welche Zufriedenheit man hier an den Tag legt. Nicht bloß ist man der Meinung im tiefen Frieden verbleiben zu können. Man versteigt sich sogar zu der Hoffnung, daß Portugal und die Republik der Niederlande bald wieder ihren alten Herrn anerkennen werden. Wenn nur das Parlament von England sich begütigen lasse, meint man, so werde der ruhmvolle König von Frankreich auf einem so wohl begonnenen Wege nicht stehen bleiben, sondern, sobald erst diese Succession in friedlicher Weise gesichert, werde er weiter gehen, und vollbringen, was er bisher nicht vermocht hat. Es geht hier bei den Spaniern ganz offen die Rede, daß es nie die Absicht Frankreichs gewesen, den Theilungsvertrag aufrecht zu halten, sondern daß der König dort von Anfang an den Plan verfolgt habe, durch denselben die Dinge in den Stand zu bringen, in welchem wir sie zur Zeit erblicken. Das ist hier die allgemeine Stimme. Ich gestehe Ihnen, daß ich mit Ungeduld der weiteren Entwirrung dieses Knotens harre. Diejenigen, die etwas weiter denken, erkennen freilich an, daß der Kaiser sich gegen diese Aenderung stemmen werde; allein sie meinen zugleich, daß er, von aller Welt verlassen, nachgeben müsse, und daß die einzige Satisfaction, die man ihm gewähren könne, bestehen werde in der Werbung um eine seiner Töchter für den König Philipp V." [1]).

Das Schreiben Auerspergs ist gerichtet an Robethon, einen der Secretäre des Königs Wilhelm III. Demnach dürfte Robethon nur die nächste Adresse sein: die eigentliche und letzte der König selbst.

Ludwig XIV. setzte die Abreise des jungen Königs nach Spanien an auf den 4. December 1700. Er gestattete den beiden Brüdern,

[1]) Der Bericht des Grafen Auersperg vom 2. December 1700, gerichtet an Robethon, befindet sich in den Robethon-Papieren des St. A. H.

dem älteren, Herzog von Bourgogne, und dem jüngeren, Herzog von Berry, ihn bis an die spanische Grenze zu geleiten. Zugleich ernannte er zu diesem Zwecke des Geleites die Herzöge von Beauvilliers und Noailles. Das Decret der Ernennung begann mit den Worten, daß an dem Glücke der Spanier nichts mehr fehle als ihren König bei sich zu sehen [1]). Der Pomp dieser Worte mochte gerechtfertigt erscheinen durch die damalige Stimmung der Spanier, wenn auch diese Stimmung der Klarheit des Blickes und des Verständnisses der europäischen Sachlage sehr ermangelte. Beauvilliers hatte zehn Jahre hindurch die Erziehung des Prinzen geleitet, und besaß den Ruf eines rechtschaffenen, ehrenwerthen Mannes [2]). Der Marschall Noailles hatte in dem letzten Kriege mehrere Jahre hindurch den Oberbefehl in Catalonien geführt, und kannte daher die Lebensweise und Sitten der Spanier, sowie die hervorragenden Familien. Das Geleite sollte nur bis Bayonne gehen. Bis dahin hatten der Botschafter Harcourt von Madrid aus und die vornehmen Spanier dem neuen Könige entgegen zu kommen.

Vor dem Scheiden übergab Ludwig XIV. seinem Enkel Philipp V. von Spanien eine von ihm selber entworfene Denkschrift über die zu befolgenden Principien der Regierung. Wir treffen darunter den Satz: „Da der König immer sein Wort halten muß, so muß er sich hüten es leicht zu geben“. Aehnliche allgemeine Sätze wechseln ab mit bestimmten Vorschriften. Eine solche ist z. B. die Weisung, die Königin-Witwe Maria Anna höflich zu behandeln, jedoch sie so bald wie möglich aus Madrid zu entfernen, ihr nicht den Aufenthalt in einem der Nebenländer, Belgien oder Mailand, zu gestatten, und ihr, wo immer sie sich befinde, einen zuverlässigen Rath beizugeben. Der junge König soll ferner nicht sich einfallen lassen, ihr eine Zuneigung zu beweisen, noch weniger sie heirathen zu wollen. [3]) — Maria Anna war damals neunundzwanzig Jahre alt, Philipp von Anjou siebenzehn.

In diesen Worten für Philipp V. erblicken wir den Anfang des scharfen Auftretens von Ludwig XIV. gegen diese Königin. Eingedenk seines Verfahrens ihr gegenüber in dem Winter zuvor hatte er nach

---

1) Hippeau t. II, p. 330.

2) Finalbericht des Grafen Sinzendorf, herausgegeben von Arneth, S. 10.

3) Mémoires de Louville t. I, p. 34.

der Wendung in Spanien mit dem Befehle an Blecourt um eine Audienz nachzusuchen, zugleich den Zweifel ausgesprochen, ob die Königin sie gewähren würde [1]). Maria Anna stellte sich nicht auf diesen Fuß. Demgemäß mochte bei Ludwig XIV. eine andere Besorgnis empor wachsen, aus welcher dann jene Mahnung floß. Es ist merkwürdig zu sehen, wie sehr eine Meldung Blecourts aus Madrid vom 25. November, welche also Ludwig XIV. bei der Abfassung der Denkschrift noch nicht kennen konnte, jener Mahnung in derselben entspricht. „Die Königin, berichtet Blecourt, ertheilt unablässig Befehle. Sie hat sich in den Kopf gesetzt, dem neuen Könige gefallen zu wollen, und somit immer eine Partei zu haben" [2]). — In denselben Tagen richtete Maria Anna an Ludwig XIV. und Philipp V. Klagebriefe, daß ihr nicht die gebührende Rücksicht gezollt werde [3]). Wir werden erfahren, daß die Antwort nicht nach ihrem Wunsche ausfiel.

Ebenso wie von einer Heirath mit der Königin Maria Anna mahnt Ludwig XIV. seinen Enkel ab von einer solchen mit einer Erzherzogin, obwohl das Testament Carls II. sie wünschte. Er dehnt sogar diese Abmahnung aus auch auf die nächste Generation. Demnach war in dieser Richtung mit der Ansicht Ludwigs XIV. seit dem 17. November, wenn die damals dem Botschafter Harcourt und durch diesen dem Cardinal Portocarrero ausgesprochenen Worte aufrichtig gemeint waren, ein rascher Wechsel vorgegangen [4]).

Geblieben jedoch war eine Ansicht, die sich ausprägt in der Mahnung: „Der König muß festhalten an dem gefaßten Entschlusse, einen langen Frieden zu bewahren, um thätig sein zu können für die Herstellung der Monarchie". Diese Mahnung erstreckt sich noch weiter: „Er darf niemals einen ungerechten Krieg erregen. Auch einen gerechten Krieg darf er nicht führen, sobald er ihn ohne Schande vermeiden kann. Denn im anderen Falle wäre er der Mörder seiner Unterthanen und der Mitschuldige alles Unheils, welches der Krieg nach sich zieht".

---

[1]) Hippeau t. II, p. 301.

[2]) A. a. O. p. 315.

[3]) Die Schreiben a. a. O. p. 326 et suiv.

[4]) Mémoires de Louville t. I, p. 34 et suiv.

So Ludwig XIV. zu Ende November 1700, und an der Aufrichtigkeit seiner Gesinnung beim Niederschreiben dieser Worte für seinen Enkel dürfte nicht zu zweifeln sein. Er wollte damals keinen Krieg. Er wollte das, wie immer, Gewonnene in Frieden und Ruhe behalten und genießen. Und wenn daher Jemand sich erhob, um das, wie immer, Gewonnene ihm zu nehmen, so trug nach dieser Dialektik Ludwigs XIV. nicht er die Schuld des Krieges, der daraus entbrennen würde, sondern jener Andere. Damals indessen, zu Anfang December 1700, war ja dem Auge Ludwigs XIV. eine solche Gefahr kaum vorhanden. Er vermeinte nach allen Seiten dem Einbrechen des Krieges den Riegel vorgeschoben zu haben. Die Tage seines Alters schienen glückverheißend vor ihm zu liegen.

Dieser Hoffnung Ludwigs XIV. entsprach sein Verhalten am Tage des Abschiedes. Der Eindruck malt sich sichtlich in den Worten, die Dangeau darüber am Abende dieses 4. December 1700 in sein Tagebuch schrieb: Le roi ne nous a jamais paru rien faire avec plus de dignité, plus de bonne grâce que tout ce qu'il a fait aujourd'hui; il n'a jamais marqué tant de tendresse, et jamais il ne nous a paru si grand et si aimable [1]).

So der Hofmann Dangeau. Andere waren der Ansicht, daß die höchste Freude Ludwigs XIV. an diesem Tage darin bestanden habe, daß der Mitwelt und der Nachwelt sein Thun und Walten gegenüber Spanien in ähnlicher Weise verkündet wurde, wie einst dasjenige des Kaisers Nero gegenüber den Parthern. Wie eine Medaille Neros die Inschrift trug: Rex Parthis datus, so diejenige Ludwigs XIV. zum 4. December 1700 die Worte: Rex Hispanis datus [2]).

Dennoch ist es merkwürdig, daß beim Aufbruche des jungen Königs bei den betheiligten Personen die Trauer alle anderen Gefühle überwog. „Ich weiß nicht, meldet die Herzogin von Orleans am nächsten Tage, ob die Musik alle Herzen so sehr rührte; aber bei dem Hochamte vor der Abfahrt kam Jedermann das Weinen an" [3]). Der Hof von Versailles gab dem jungen Könige das Geleite bis zum

---

1) Dangeau t. VII, p. 448.
2) Sinzendorfs Finalbericht S. 9.
3) Die Herzogin von Orleans an die Kurfürstin Sophie, 5. December 1700.

Schlosse Sceaux, das dem Herzoge von Maine gehörte. In der langen Avenue, die zu dem Schlosse führte, fanden sich in drei Reihen hinter einander aufgestellt an zweitausend Kutschen, deren Insassen die königliche Familie in ihrer Gesammtheit zum letzten Male vorüber fahren sehen wollten. Die Mitglieder befanden sich sämmtlich in Einem Staatswagen, acht an der Zahl, und zwar drei Generationen: Ludwig XIV., der Dauphin, dessen drei Söhne, der Herzog von Bourgogne, der Herzog von Anjou, fortan König Philipp V. von Spanien, und der Herzog von Berry, dazu der Herzog und die Herzogin von Orleans, und endlich des ersteren Enkelin, Marie Adelaide von Savoyen, vermählt mit dem Herzoge von Bourgogne. Der Dauphin machte für gewöhnlich den Eindruck der Gleichgültigkeit. Als jedoch der Aufbruch auch von Sceaux weiter erfolgen sollte, umfaßte er seinen für immer scheidenden Sohn mit solcher Leidenschaft, daß die Erinnerung daran auch noch am folgenden Tage der Herzogin von Orleans Thränen entlockte. Die übliche Rede der Mitglieder des königlichen Hauses war, daß ein Unheil, ein Krieg nicht zu befürchten stehe [1]), und dennoch scheint es fast, als habe auf dem Abschiede die Ahnung des Jammers der kommenden Zeiten gelegen.

Die Reise ging langsam von statten. Die Ankunft des jungen Königs Philipp V. in Madrid verzog sich bis in den Monat Februar des Jahres 1701. Folgen wir der Fahrt mit den Gedanken Ludwigs XIV.

Zunächst ist hervorzuheben, daß er erst nach der Abreise seines Enkels mit einem Stratageme hervor trat, welches, wenn es gelang, mit vollendeter Meisterschaft darauf berechnet war, die Gewissen der Menschen zu verwirren und dadurch seinem Plane auf die spanische Monarchie günstig zu stimmen.

Am 8. December 1700 nämlich schrieb der Hofmann Dangeau zu Marly in sein Tagebuch: „Der König Carl II. von Spanien hatte einige Monate vor seinem Tode den vorigen Papst Innocenz XII. über den Entschluß befragt, den er für die Thronfolge zu fassen habe. Denn es war sein Wille zugleich gerecht zu handeln und nach Kräften

[1]) Der Duc du Maine an Harcourt, 29. November, bei Hippeau t. II, p. 317: Il ne peut rien arriver de mal.

den Frieden Europas zu sichern. Der Papst Innocenz XII. erwiederte: die Gerechtigkeit verlange, daß der König von Spanien alle seine Königreiche den Söhnen des Dauphins hinterlasse. Dadurch werde er die Monarchie in ihrer Gesammtheit und für Europa den Frieden bewahren". „Niemals, fügt dann Dangeau hinzu, hat der Papst sich hier dessen gerühmt, einen so weisen und für uns vortheilhaften Rath gegeben zu haben" [1]).

Die Verwunderung des Dangeau dürfte erscheinen wie ein schwacher Ansatz von Kritik. In der That lagen aber auch andere Momente des Zweifels nahe genug. Wenn die Sache sich wirklich so verhielt, warum verkündete dann nicht Ludwig XIV. diesen Rath des Papstes Innocenz XII., anstatt nur in der Zurückgezogenheit des Schlosses Marly, in welche keinem fremden Gesandten der Zutritt gestattet wurde, laut und offen vor aller Welt? — Warum nicht namentlich bei der Feierlichkeit des Aufbruches von Philipp V. nach Spanien und besonders für die Spanier? Er hätte doch dadurch, wenn die Sache sich so verhielt, namentlich dem Cardinal Portocarrero eine mächtige moralische Stütze gegeben.

Allein hier eben lag das Hindernis. Wenn dieser angebliche Rath des Papstes Innocenz XII. an Carl II. auf Wahrheit beruht hätte: so war es undenkbar, daß er dem Cardinale Portocarrero und seiner Partei nicht damals gleich, im Sommer des Jahres 1700 und vor dem Tode Carls II., hätte bekannt werden sollen. Ein solcher Rath des Papstes Innocenz XII. wäre für den Cardinal Portocarrero und seine Partei gegenüber ihrem sterbenden Könige das stärkste moralische Druckmittel gewesen. Aber kein Originalbericht über die Octobertage des Jahres 1700 in Madrid enthält eine Meldung solcher Art. Portocarrero und seine Partei hatten von einem solchen Rathe des Papstes Innocenz XII. an Carl II. keine Kunde. Wenn nun Ludwig XIV. im December 1700 das Gerücht von einem solchen Rathe laut und offen in die Welt ergehen ließ: so war er nicht sicher vor einem Widerspruche gerade von Spanien her. Das Gerücht sollte allerdings ausgehen in die Welt, aber langsam, allmählich, zunächst dort, wo ein Widerspruch nicht zu befürchten stand. Darum verkündete Ludwig XIV.

[1]) Dangeau t. VII, p. 452.

es zuerst nur in dem geschlossenen kleinen Kreise seines Hofes von Marly, wo das offene Aussprechen eines Zweifels an der Wahrheit seiner Worte moralisch unmöglich war, und harrte für die weitere Ausbreitung der günstigen Gelegenheit.

Weil aber in dem Journal des Dangeau, welches die Ereignisse am Hofe Ludwigs XIV. genau von einem Tage zum anderen verbucht, die Fiction eines solchen Rathes von Innocenz XII. an Carl II., die beide nun im Grabe ruheten, am 8. December 1700 zum ersten Male auftritt: so ist dieser Tag anzusehen als derjenige des Ursprunges dieser Lüge.

Sehen wir dagegen, welche Kundgebungen Ludwig XIV. in der Wirklichkeit nach Spanien hin erließ.

In seiner ersten Instruction an Harcourt, vom 17. November, hatte Ludwig XIV. sich den in dem spanischen Testamente ausgesprochenen Wunsch, daß Anjou eine Erzherzogin heirathen möge, noch gefallen lassen. Bereits am 5. December erklärt er sich offener. „Man muß die abgeneigte Haltung des Kaisers benutzen, schreibt er an Harcourt, um in den Spaniern den Wunsch zu erregen, daß ihr König sich eine andere Prinzessin zur Gemahlin erwähle als eine der Töchter des Kaisers. Nach meiner Ueberzeugung verlangt sein Interesse durchaus die völlige Ausschließung des Hauses Oesterreich, und niemals wird sich dazu eine so günstige Gelegenheit darbieten wie zur Zeit, wo der Haß gegen die Deutschen in Spanien so stark sich regt" [1]).

Die Worte ergeben, daß der in dem Testamente Carls II. ausgesprochene Wunsch einer solchen Heirath von Anfang an für Ludwig XIV. als eine lästige Zugabe erschien. Aber das Testament war die Arbeit Portocarreros. Es war daher eine allzu schwere Aufgabe, diesem Cardinal von Anfang an offen auszusprechen, daß ein Stück an seiner Arbeit misfiel. Ludwig XIV. harrte einer besseren Gelegenheit. Und diese schien jetzt sich ihm zu bieten, oder vielmehr er suchte sie zu schaffen. Daß der Kaiser über das Testament Carls II. misgestimmt sein mußte, war bei Freund und Feind mit Sicherheit vorauszusehen. Indem Portocarrero diese Verstimmung als unvermeidlich voraussah, hatte er von seinem Standpunkte aus und nach seiner

[1]) Hippeau t. II, p. 343.

Schätzung der menschlichen Dinge, gesucht sie zu begütigen durch den Vorschlag jener Heirath. Ludwig XIV. drehte die Sache um. Die Thatsache der Misstimmung des Kaisers diente ihm als Vorwand, den Vorschlag einer solchen Heirath zum Falle zu bringen.

Da bei der Gesinnung des Kaisers der Vorschlag in dem Testamente ein in sich werthloses Ornament bleiben mußte: so war der Scharfsinn des Cardinals in der Ausklügelung eines solchen Auskunftsmittels, wie derjenige Ludwigs XIV. in der Beseitigung, gleich vergeblich aufgewendet.

Praktisch jedoch ging Ludwig XIV. sofort einen Schritt weiter. Er wartete nicht die Antwort Portocarreros oder überhaupt der Spanier ab, ob sie geneigt sein würden, jenen Punkt des Testamentes fallen zu lassen, sondern handelte sofort nach einer anderen Richtung. Es lag ihm viel daran, zum Zwecke der Sicherung von Mailand den Herzog Victor Amadeus von Savoyen vollständig zu gewinnen. Er hatte bereits den Durchmarsch seiner Truppen verlangt. Victor Amadeus zauderte noch. Aber auch der Statthalter Vaudemont in Mailand drängte, daß der Herzog sich erklären müsse. Ludwig XIV. ging weiter. Seine Absicht war, aller Welt klar zu legen, daß, wenn der Friede gestört werde, die Schuld lediglich dem Kaiser zur Last falle. Deshalb strebte er die sämmtlichen Mächte Italiens zu einem Bunde zu einigen zum Zwecke ihrer gemeinsamen Sicherheit. Er glaubte, daß diesem Bunde gegenüber der Kaiser nicht wagen werde etwas in Italien zu unternehmen. Zu diesem Bund aber war namentlich erforderlich der Beitritt von Victor Amadeus, vorher also die Lösung desselben von dem Kaiser. Ludwig XIV. ging von der Ansicht aus, daß für die Annäherung des Herzogs zu dem Kaiser in der letzten Zeit das wichtigste Motiv bestehe in der Hoffnung, der Erzherzog Carl werde die zweite Tochter von Victor Amadeus heirathen. Ludwig XIV. suchte daher zuvorzukommen. Er bot dem Herzoge Victor Amadeus für diese zweite Tochter die Hand seines Enkels, des jungen Königs von Spanien, Philipp V. [1])

---

[1]) Der König an Phelypeaux in Turin, 12. December, bei Hippeau t. II, pag. 346 et suiv. — Nach den Schlußworten pag. 353 war eine andere Depesche, den Vorschlag der Heirath betreffend, bereits vorangegangen.

Der Vorgang ist vielleicht einzig in seiner Art. Daß Souveräne über die Heirathen ihrer Kinder oder auch ihrer Enkel im voraus verfügen, ohne diese um ihre Neigung oder ihren Willen zu befragen, ist zu allen Zeiten vorgekommen. Aber hier lag die Sache anders. Der Herzog von Anjou war nicht bloß der väterlichen und großväterlichen Gewalt entlassen, sondern er war von eben diesem Großvater als König, als Souverän proclamirt. Die Adresse, unter welcher er fortan an Ludwig XIV. zu schreiben hatte, lautete: Au roi, mon frère et mon grand-père [1]). Die Gleichstellung also als König stand dem verwandtschaftlichen Verhältnisse voran. Dennoch verfügte nun Ludwig XIV. über diesen Souverän für den wichtigsten Act des persönlichen Lebens in einer Weise, welche auch im Privatleben als ein schwerer Eingriff in das Recht und die Freiheit des Individuums erscheinen müßte. Er fühlte sich sicher, daß er Gehorsam finden werde.

Und nicht einmal beeilte sich Ludwig XIV. als Großvater dem Enkel wenigstens sofort von diesem Schritte Kunde zu geben. Er zeichnete am 15. December die Beglaubigung für Harcourt als Botschafter bei dem neuen Könige. Das Creditiv ist ausgestellt in der völkerrechtlichen Form, von Souverän zu Souverän. Es beginnt: Très-haut, très-excellent et très-puissant prince, notre très-cher et très-aimé bon frère et petit-fils [2]). Zugleich jedoch verfaßt Ludwig XIV. eine besondere Instruction für Harcourt in Betreff des jungen Königs persönlich. „Ich halte es für erforderlich, sagt er, Sie in Kenntnis zu setzen, daß die Intentionen des Königs von Spanien gut sind. Er will das Rechte. Er wird es thun, wo er es erkennt; aber diese Erkenntnis mangelt ihm in vielen Dingen. Er ist wenig unterrichtet, weniger selbst als es für sein Alter sich gebührt. Es wird leicht sein ihn zu lenken, wenn Sie vom Beginne an die erforderliche Aufmerksamkeit beweisen, um die Eindrücke, die man suchen wird ihm beizubringen, zu überwachen. Sie können mir zur Zeit nicht einen größeren Dienst erweisen als durch Ihre Thätigkeit in dieser Richtung. Er wird Ihnen Vertrauen beweisen und Ihre Rathschläge befolgen.

---

1) Dangeau t. VII, p. 453.

2) Hippeau t. II, p. 353.

Ich zweifele nicht, daß Sie ihm gute geben. Bedenken Sie, daß ich mich darin völlig auf Sie verlasse" [1]).

Wir sehen, die Instruction lautet etwa wie diejenige für die Erziehung eines jungen Prinzen. Dagegen bemerken wir darin für Harcourt auch nicht eine leise Andeutung, daß Ludwig XIV. bereits jene Fäden in Turin angesponnen hatte, durch welche er über das persönliche Leben seines Enkels verfügte. Diese Mittheilung erfolgt nebenher, dadurch, daß Ludwig XIV. einem anderen officiellen Schreiben an Harcourt eine Abschrift des Auftrages an Phelypeaux in Turin beischließen läßt, ohne weitere Bemerkung noch Erörterung [2]). Wenn Wilhelm III. und Heinsius in diese Beziehungen hätten einblicken können: so lag darin allein der Beweis vor, daß fortan, nach der Intention Ludwigs XIV., Frankreich und Spanien für Europa nur noch zu betrachten seien wie eine und dieselbe Macht, beherrscht durch seinen Willen.

Dieser Wille aber war völlig gerichtet auf die Sicherung des Erworbenen, auf die Beseitigung der Hindernisse, welche den Besitz stören können. Als ein solches Hindernis erschien für Ludwig XIV. mehr und mehr die Königin-Witwe Maria Anna. Auf ihre Klageschreiben über den Mangel an Deferenz vor ihr in Spanien erhielt sie eine kurze, trockene Antwort. Dagegen schrieb Ludwig XIV. an Harcourt, am 15. December: „Auch abgesehen von den Nachrichten, die mir aus Spanien über die Königin zukommen, erbringt ihr früheres Verhalten den genügenden Beweis, daß ihr Verbleiben in Madrid nicht statthaft ist, und daß man ihr eben so wenig erlauben darf, Spanien zu verlassen." Die Worte lassen erkennen, was Maria Anna für die Thorheit und Leichtgläubigkeit, mit welcher sie, im vermeintlich eigenen Interesse, in der Wirklichkeit für die Plane Ludwigs XIV. gedient, zu erwarten hatte. Nur war Ludwig XIV. sich noch nicht klar über die Form, in welcher die Verweisung der Königin in irgend eine spanische Landstadt auszuführen. Er erwartete darüber das Gutachten des Cardinals Portocarrero [3]). Wir werden bald die beiderseitigen Wünsche reifen sehen.

---

1) Hippeau t. II, p. 354.
2) A. a. O. p. 361: Je vous envoie la copie de celle que je lui écris.
3) A. a. O. p. 359. Vom 15. December 1700.

Unterdessen war der Botschafter Harcourt in Madrid eingetroffen. Er meldete am 15. December, daß in Spanien alles verlaufe zu seiner Befriedigung. Wenn seinen Worten völliger Glaube beigemessen werden darf: so ging der Cardinal Portocarrero willfährig auf alle Vorschläge ein. Er ließ den im Testamente Carls II. ausgesprochenen Wunsch, daß Philipp V. eine Erzherzogin heirathen möge, sofort fallen. Aber er wünschte, der junge König möge bereits verheirathet in Madrid ankommen, etwa mit einer französischen Prinzessin. Harcourt schlug dann diejenige von Savoyen vor. Portocarrero war einverstanden. Er erklärte sich bereit an Ludwig XIV. die Bitte zu schreiben, daß er die Unterhandlung darüber beginnen möge. Die Frage, ob Ludwig XIV. eine Ermächtigung solcher Art abwarten würde, scheint, nach dem Berichte Harcourts, dem Cardinal nicht in den Sinn gekommen zu sein [1]).

Einer der hauptsächlichen Gedanken, die Harcourt in Madrid geltend zu machen hatte, war derjenige, daß es der Macht Spanien obliege, selber zu ihrer Vertheidigung beizutragen. Der allgemeine Satz ward anerkannt. Zu diesem Zwecke aber bedurfte man der Reformen, um Mittel verfügbar zu machen. Auch dieser allgemeine Satz fand keinen Widerspruch. Dann jedoch kam der weitere Gedanke, daß diese Reformen am spanischen Hofe zu beginnen hätten. Dieser Satz leuchtete in so weit ein, daß ein Jeder eine Reform als wünschenswerth erkannte, mit Vorbehalt jedoch seines eigenen Interesses [2]).

Ja es scheint, daß der Ernst der Lage, in welche die europäischen Angelegenheiten durch die Annahme des Testamentes gerathen, am wenigsten den Spaniern, oder doch dem spanischen Hofe aufgegangen sei. Es verbreitete sich in Madrid das, wie wir wissen, nicht begründete Gerücht, daß der junge König einen Theil seiner französischen Dienerschaft mit sich bringen würde. „Man ist darüber hier mehr in Unruhe, meldet der Nuntius Archinto, als wenn die Nachricht einträfe, daß die Seemächte sich zum Kriege wider Spanien verbündet hätten“ [3]).

Wir sehen demnach, daß die Spanier von französischer Herrschaft frei zu bleiben glaubten, wenn nur ihr König nicht französische Lakaien

[1]) Hippeau t. II, p. 380.

[2]) Bericht Harcourts vom 20. December, bei Hippeau t. II, p. 381.

[3]) Vom 17. December, a. a. O. p. 374.

hätte. Daß in der Wirklichkeit Ludwig XIV. allein über die Geschicke der politischen Macht Spanien verfügte, ward ihnen nicht klar.

Der Faden, durch welchen dieser König einstweilen, bis zum Eintreffen Philipps V. in Madrid, die Junta dort lenkte, ging durch Harcourt. Er brachte die ihm von Versailles aus ertheilten Befehle in die Form einer Denkschrift. Er übergab sie dem Cardinal. Der Cardinal legte sie der Junta vor. Und demgemäß beschloß die Junta.

Vermöge dieser Beschlüsse ward zunächst über Belgien verfügt. Die Junta ersuchte den König von Frankreich, in Belgien zu befehlen wie im eigenen Lande. Sie wies zugleich den Kurfürsten Max Emanuel als Statthalter in Brüssel an, daß er in allen Dingen dem Könige von Frankreich zu gehorchen habe wie dem Könige von Spanien. Der König von Frankreich werde in Belgien verfügen über das gesammte Kriegswesen, die Rechtspflege, die Finanzen. Der Kurfürst habe also nicht nöthig eine Anfrage darüber nach Madrid zu richten, sondern nach Versailles. — Der Beschluß fand am französischen Hofe volle Anerkennung. „Indem die Spanier, sagte man, dem Könige dies unbedingte Vertrauen bezeigen, erweisen sie seiner Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit die gerechte Anerkennung und thun für ihre Monarchie das Vernünftigste was sie können“ [1]).

Mit diesem Urtheile in Versailles standen dann freilich diejenigen im Haag und in London über dieselbe Sache in scharfem Widerspruche.

Die Beschlüsse der spanischen Junta im Sinne Ludwigs XIV. beschränkten sich nicht auf die eigenen Länder, sondern betrafen eben so sehr die auswärtigen Angelegenheiten, und gingen darin sehr weit, namentlich gegen den Kaiser.

Wir haben bereits im November die Warnung vernommen, die der Rathspensionär dem kaiserlichen Gesandten Goes aussprach, in Betreff des Kurfürsten-Königs August II. von Sachsen-Polen. Die Verhandlungen Ludwigs XIV. mit diesem Fürsten gingen fort. „Er verpflichtet sich, meldet Ludwig XIV. an Harcourt, am 15. December, bei meiner ersten Aufforderung in die Erblande des Kaisers einzubrechen. Ich zahle ihm Subsidien, für die er eine Armee von wenigstens 30,000 Mann errichten muß. Ich sende Ihnen die Artikel des Ver-

---

[1]) Dangeau t. VII, p. 467.

trages, und mit denselben in der Hand werden Sie den Cardinal Portocarrero überzeugen, wie sehr ich mir die Erhaltung des Friedens und die Sicherung der Nebenländer der spanischen Krone angelegen sein lasse"[1]).

Da nun aber der beabsichtigte Einbruch in Schlesien oder Böhmen den Zweck hatte, die Streitkräfte des Kaisers dort zu beschäftigen, die Verwendung derselben in Italien gegen Mailand zu verhindern: so verlangte Harcourt, daß die spanische Junta ihren Antheil an dem Sölde für August II. übernehme. Und demgemäß beschloß die Junta[2]).

Hier liegt der ungeheuere Unterschied gegen früher grell zu Tage. Wie so oft hatte früher spanisches Geld die Kaiser aus dem Hause Habsburg unterstützt gegen die Aggressiv-Mächte des siebenzehnten Jahrhunderts! Nun war es anders geworden. Spanisches Geld sollte dienen als Sündenlohn für einen Einbruch in Oesterreich.

Ludwig XIV. ließ durch Harcourt noch andere Plane zur Begünstigung von Felonien in Deutschland an die spanische Junta bringen. Es war seine Absicht dem Kaiser zugleich einen Brand im Reiche zu erregen. Der Zunder war hier die neunte Kurwürde. Es kam darauf an, die Opponenten derselben mit Geld zu unterstützen. Zu diesem Zwecke sollte also auch Spanien beitragen. Aber es stand das Hindernis entgegen, daß Carl II. von Spanien die neunte Kurwürde anerkannt hatte. Ludwig XIV. löste diese Schwierigkeit in seiner Weise. „Der vorige König, sagte er, war durch das Hausinteresse von Oesterreich zu dieser Anerkennung genöthigt. Da nun dies Interesse sich glücklicher Weise geändert, so muß man sich von Seiten der Krone Spanien anders erklären, und den Gesandten für den burgundischen Kreis am Reichstage die Befehle ertheilen, gemeinsam mit Don Quiros zu handeln. Weigert sich der letztere aus Vorliebe für den Kaiser: so muß schleunigst ein Anderer ernannt werden. Denn es kommt alles darauf an zu hindern, daß das Reich für den Kaiser einstehe und etwa den Krieg, den der Kaiser lediglich für sein Hausinteresse zu unternehmen trachtet, als eine allgemeine Reichssache ansehe[3]).

---

1) Hippeau t. II, p. 362. Vom 15. December 1700.

2) A. a. O. p. 389. Bericht Harcourts vom 27. December.

3) A. a. O. p. 363.

Harcourt entwickelte dem Cardinal Portocarrero diese Logik Ludwigs XIV. Und demgemäß beschloß die Junta, die Anerkennung der neunten Kurwürde zurück zu nehmen [1]).

Ja Harcourt ging über die Forderungen Ludwigs XIV. noch hinaus. Dieser verlangte, daß die spanischen Gesandten in fremden Ländern handelten im Einverständnisse mit den französischen. Harcourt ließ die Junta den Beschluß schärfer fassen. Alle Statthalter und Gouverneure der spanischen Krone erhielten den Befehl, dem Könige von Frankreich zu gehorchen gleich demjenigen von Spanien. Zugleich wurden alle spanischen Botschafter und Gesandte angewiesen, dem Könige von Frankreich ihre Berichte einzusenden, sich in Verbindungen einzulassen, Verträge abzuschließen nach dem Rathe des Königs von Frankreich, mit Einem Worte seine Befehle einzuholen und auszuführen, gleich als wären sie Diener der französischen Krone. — Und abermals jubelte man in Versailles. „Für den König, sagte man, kann nichts ehrenhafter sein als dies Verfahren der Spanier, und diese selbst können für die Erhaltung der Monarchie nicht bessere Sorge tragen, als indem sie sich so völlig dem Könige anvertrauen" [2]).

In der That mußte ja in den Augen aller dieser Menschen, die den Jammer der kommenden Zeiten noch nicht ahnten, Ludwig XIV. im Winter 1700/1 dastehen auf dem Gipfel der Macht, des Ruhmes, des Glanzes. Dieser Meinung entsprachen die ihm dargebrachten Huldigungen. Er bedrohte damals die Stadt Danzig mit einem Bombardement, weil sie sich gegen den Prinzen Conti als Bewerber um die Krone Polen feindselig verhalten. Eine Deputation dieser Stadt erschien vor ihm in Versailles. „Sie redeten mit aller gebührenden Unterwürfigkeit, sagt Dangeau als Augenzeuge: sie dachten nicht daran sich zu rechtfertigen und waren nur gekommen, um Verzeihung zu erbitten. Der Wortführer sagte, daß, je mehr er den König wie eine Gottheit anschaue, desto eher wage er zu hoffen, daß eine aufrichtige und brennende Reue vor ihm Gnade finden werde. Der König war sichtlich gerührt" [3]).

---

[1]) Hippeau t. II, p. 389. Vom 27. December 1700.
[2]) Dangeau t. VIII, p. 10.
[3]) A. a. O. t. VII, p. 454.

Die Vertreter von Danzig hatten für die unwürdige Rede, welche die Furcht ihnen auspreßte, eine Entschuldigung an der Erinnerung des Jammers, welchen der Machtbefehl Ludwigs XIV. einst über die Städte Genua und Brüssel gebracht. Für die Junta von Spanien ist es schwer, irgend welche Entschuldigung zu finden, es wäre denn diejenige der Unkunde der europäischen Dinge. Sie vermeinten, um so sicherer gegen einen Krieg zu sein, je tiefer sie sich beugten unter den Willen des Gewaltigen von Versailles, und es ward ihnen dabei nicht klar, daß gerade diese ihre Unterwürfigkeit, indem sie den Beweis erbrachte, daß nur Ein Wille beide Monarchien beherrschte, die Kriegesgedanken in England und Holland um so lebhafter anfeuerte.

Nicht solche Dinge wurden in der Junta von Spanien erwogen; aber die Frage, welche Persönlichkeiten an die Grenze gesendet werden sollten, um dort den jungen König zu empfangen, rief einen heftigen Sturm hervor. Portocarrero nahm seine Zuflucht zu Harcourt. Dieser verfaßte über die Angelegenheit ein Schreiben an Portocarrero. Der Cardinal nahm es mit in die Versammlung der Junta und verlas es. Seine Gegner blieben stumm [1]). — So berichtet Harcourt.

Ja er faßt die Erbärmlichkeit dieser Menschen noch tiefer. Er fügt seinem Berichte seine Ansicht hinzu, die er, wie er sagt, bereits zum zweiten Male ausspricht: man habe in Spanien keine Besorgnis vor der Herrschaft des Königs von Frankreich dort. Bisher, fährt Harcourt fort, habe der König durch seine Freundlichkeiten den Spaniern allzu sehr geschmeichelt: es sei an der Zeit, daß er die ihm gebührende Sprache der Autorität aufnehme. „Ich sehe alles so sehr in der Nähe, fügt Harcourt bei, daß ich es wage, diesen Rath zu geben" [2]).

Etwas anders drückt der französische Gesandte Blecourt, der damals noch in Madrid weilte, denselben Gedanken aus. „Es steht zu besorgen, meldet er, daß die Mehrzahl der Granden, die unter der vorigen Regierung es angenehm gefunden haben, als eben so viele Königlein zu leben und zu walten, dahin trachten, auch unter der neuen Regierung dieses Leben fortzuführen. Ich bitte Ew. Majestät

[1]) Hippeau t. II, p. 388.
[2]) A. a. O. p. 390. Vom 27. December.

mir diese Bemerkung zu gestatten, damit Maßregeln der Vorsicht dagegen getroffen werden können" [1]).

Noch bevor Ludwig XIV. diese Mahnungen erhielt, that er in dieser Richtung der Herrschaft über Spanien einen erheblichen Schritt vorwärts. Er betraf die Königin Maria Anna. Verfolgen wir diese Angelegenheit im Zusammenhange.

So willig die Junta der Regentschaft in Madrid dem Könige von Frankreich zu Dienste war, in derselben befand sich auch Maria Anna, und zwar hatte sie, gemäß dem Testamente Carls II., den Vorsitz. Sie konnte darum die Beschlüsse derselben nicht hindern; aber sie kannte nicht bloß diese selbst, sondern auch die Fäden, von welchen diese Beschlüsse abhingen, und machte darüber Mittheilungen auch nach außen hin, wie z. B. an den Kurfürsten von Bayern in Brüssel [2]). Ludwig XIV. hebt dies hervor als einen Beweis, daß ihr ferneres Verbleiben in Madrid nachtheilig wirken werde. Allein es trat dazu noch ein anderer wichtiger Umstand. Wir haben aus dem Berichte Portocarreros vom 3. November 1700 vernommen, daß die Königin, der Groß-Inquisitor Mendoza und der Beichtvater de las Torres sich über die Entstehung des Testamentes von Carl II. offen aussprachen (Bd. VIII, S. 609). Daß diese Angelegenheit überhaupt nicht ein undurchdringliches Geheimnis war, haben wir aus dem Berichte des Holländers Schonenberg vernommen (Bd. VIII, S. 604).

Ueber die Zweckmäßigkeit, die Königin aus Madrid zu entfernen, waren Ludwig XIV., Harcourt, Portocarrero bald unter sich einig. Aber es war schwer ihr beizukommen, weil das Testament Carls II., auf welches die französische Besitzergreifung sich gründete, doch auch der Königin zum festen Stützpunkte diente. Die Andeutungen Harcourts in seinen ersten Audienzen schien Maria Anna nicht zu verstehen, und auf seine bestimmtere Rede erwiederte sie entschieden ablehnend. Sie hoffe, sagte sie, man werde ihr diesen Affront nicht anthun. Wenn aber doch, so werde sie Klage erheben vor Gott und den Menschen [3]).

Es lag Ludwig XIV. namentlich daran, daß die Königin sich vor der Ankunft seines Enkels aus Madrid entferne. Da es in

---

[1]) Hippeau t. II, p. 401. Vom 30. December.

[2]) A. a. O. p. 415.

[3]) A. a. O. p. 387. Harcourts Bericht vom 27. December 1700.

gütlicher Weise nicht geschah, so griff er zu einem anderen. Er ließ ein Schreiben abfassen, welches Philipp V. noch von der Reise aus an die Königin richten und durch den Cardinal Portocarrero ihr überreichen lassen sollte. Der neue König hatte nur diesen Brief eigenhändig abzuschreiben. Ludwig XIV. seinerseits meldete gleichzeitig an Maria Anna: er werde froh sein, wenn er eine Gelegenheit finde beizutragen zu ihrer Zufriedenheit [1]). Philipp V. dagegen mußte schreiben: er habe vernommen, daß man Mittel in Bewegung setze, um das wünschenswerthe gute Einvernehmen zwischen ihm und der Königin zu trüben. Er wolle bis zu näherer Prüfung über den Grund oder Ungrund dieser Nachrichten nicht entscheiden, halte aber für die Ruhe der Königin erforderlich, daß sie zu ihrem ferneren Aufenthalte eine von vier seinerseits vorgeschlagenen Städten in Spanien erwähle [2]).

So das Dictat Ludwigs XIV. für seinen Enkel. Als dasselbe sich bereits in den Händen Philipps V. befand, gelangte an ihn während seines Aufenthaltes in Ernani ein Bericht des Cardinals Portocarrero über die Gefährlichkeit des Paters de las Torres und der Königin, mit der Bitte, die letztere aus Madrid auszuweisen und den Pater de las Torres nachdrücklich zu bestrafen [3]). Darauf hin schrieb Philipp V. das Dictat des Großvaters ab, und übersandte das Actenstück dem Cardinal zur Beförderung an die Adresse.

So sehr abgeneigt auch viele spanische Granden der Königin Maria Anna sein mochten: so ist doch kaum anzunehmen, daß einer von ihnen den Cardinal um den nicht chevaleresken Auftrag beneidet habe. Portocarrero indessen führte ihn aus. Die Königin Maria Anna fügte sich, jedoch mit dem Einwande, daß nach dem Testamente Carls II. ihr nicht ein Wohnort vorgeschrieben werden dürfe, sondern daß die Wahl ihr frei stehe. Sie erklärte, daß sie sich nicht nach einer der vier ihr vorgeschlagenen Städte begeben werde, sondern nach Toledo. Und auch dafür verlangte sie Aufschub.

---

[1]) Hippeau t. II., p. 410. Vom 4. Januar 1701.

[2]) A. a. O., p. 418. Vom 5. Januar 1701.

[3]) Das Schreiben Portocarreros deutsch im Theatrum Europaeum Bd. XIV, S. 400. Gegen die Echtheit liegt ein Grund nicht vor, zumal im Vergleiche mit dem Schreiben Harcourts, vom 27. Januar, bei Hippeau t. II, p. 446. Nur fällt es auf, daß Hippeau es nicht selber auch im Originaltexte gebracht.

Portocarrero und Ludwig XIV. waren noch ihrer Sache nicht sicher. Der Erstere gab den Rath, daß, wenn die Königin nicht aus Madrid weiche, Philipp V. erklären möge: nicht eher werde er die Stadt betreten, als bis die Königin sie verlassen. Ludwig XIV. hieß den Rath willkommen, mit dem Beifügen, daß der Pater de las Torres weggejagt werde [1]). Harcourt war wegen des Aufsehens, welches der erstere Schritt machen würde, dazu nicht geneigt. Auch ließe sich, meinte er, die Sache machen ohne einen solchen Lärm.

Demnach ward der Rath Portocarreros thatsächlich in so weit ausgeführt, daß Philipp V. seine Reise so langsam anzustellen hatte, daß er in Madrid erst eintraf, nachdem die Königin Maria Anna die Stadt verlassen hatte. Die Königin zögerte ihren Aufbruch hin bis in den Monat Februar. Philipp V., der am 4. December 1700 von Versailles abgereist war, traf in Madrid ein im Februar 1701.

Dagegen erhielt der frühere Beichtvater Carls II., Pater de las Torres, Provincial der Dominikaner, bereits am 27. Januar von Arias, dem Präsidenten von Castilien, den Befehl, sich binnen vierundzwanzig Stunden in sein Kloster zu begeben. Nach der Meinung des Blecourt, der noch in Madrid weilte, hätte der Pater für seine nachtheiligen Reden eine härtere Strafe verdient. Aber Blecourt sagt nicht, daß diese Reden der Wahrheit zuwider liefen. Arias handelte, wenn auch nicht gerechter, doch klüger. Denn die Besorgnisse der gewichtigsten Persönlichkeiten, des Cardinals Portocarrero und Ludwigs XIV., sind der Maßstab, an welchem wir die Stärke der Partei der Königin zu bemessen haben. Portocarrero verlangte von dem jungen Könige ein Decret der Verbannung über das andere gegen hervorragende Persönlichkeiten: gegen den Groß-Inquisitor, den Grafen Aguilar, dann wieder gegen einen Kammerdiener des verstorbenen Königs, und Andere [2]). Dahin also war es gekommen, daß dieser erste Kirchenfürst von Spanien, aus Furcht, daß sein an seinem todkranken Könige begangenes Verbrechen offenkundig werde, nun dasselbe Mittel der Herrschaft, welches einst der Königin zum Vorwurfe

---

[1]) Hippeau t. II, p. 452 und 455.

[2]) A. a. O. p. 453. Vom 27. Jänuar. — Man vgl. Coremans: Miscellanées de l'époque de Maximilien-Emanuel, p. 118. — Dangeau t. VIII, p. 41.

gereicht, dem fremden jungen Könige bis zu seinem und seines Mentors Harcourt Ueberdrusse entgegen trug [1]).

Es ist eine merkwürdige Erfahrung, daß mit dem Dienste Fremder für die Politik Ludwigs XIV. sich für die betreffenden Personen selten ein Glück verband. Die einstigen ungarischen Verschwörer, Zriny und seine Gefährten, endeten unter dem Schwerte des Henkers. Die Türken büßten die Willigkeit, auf seine Mahnung und zum Theile für sein Geld gegen den Kaiser ins Feld zu ziehen, mit einer langen Reihe von Niederlagen, auf die der Friedensschluß von Carlowitz das Siegel setzte. Jacob II. brachte seinem Diensteifer für Ludwig XIV. seine Kronen zum Opfer. Maria Anna erlitt für die Willfährigkeit, welche sie vom Sommer 1698 an bis zum März 1700 für den Dienst Ludwigs XIV. negativ bewiesen hatte, ein freundloses Exil. Der Unterschied ist, daß in jenen ersteren Fällen Andere die Strafe der Thorheit vollzogen, daß in diesem letzten Falle der König, der die Welt erfüllen ließ mit dem Rufe seiner Großmuth, selber sie verhängte, und zwar über eine mit seiner Autorisation, wenn auch nicht ohne ihre eigene Schuld, betrogene Königin und Witwe.

Portocarrero und seine Partei hatten eine solche Härte ursprünglich nicht gewollt: sie hatten das Testament Carls II. so eingerichtet, daß es die Witwe ihres Königs auch fortan königlich stellte. Aber nachdem Portocarrero und seine Partei in den Willen Ludwigs XIV. eingegangen, hatten sie ihm zu dienen wie er es wollte, und nicht nach eigenem Ermessen. Sie waren bereits in einer anderen Angelegenheit darüber zur Klarheit gekommen.

Das Testament, welches jene Partei ihrem sterbenden Könige abgedrungen, hatte für Ludwig XIV. nun seinen Dienst gethan. Am letzten Tage des Jahres 1700 noch gab er der Welt zu erkennen, wie er es halten wolle mit denjenigen Bestimmungen des Testamentes, die nicht seinem Willen entsprachen.

Die Basis jenes Testamentes war die hier folgende Gedankenverbindung. Der Grund, von welchem aus man den Verzicht der Infantinnen Donna Anna und Donna Marie Therese auf die Succession dieser Königreiche verlangt hat, bestand in der Gefahr ihrer

---

[1]) Bericht Harcourts vom 29. Januar, bei Hippeau t. II, p. 454.

Vereinigung mit der Krone Frankreich. Da nun dieser hauptsächliche Grund nicht mehr besteht: so tritt das Recht des nächsten Blutsverwandten in Kraft, und darum beruft das Testament als Erben den Herzog von Anjou.

Am 16. November 1700 hatte Ludwig XIV. die Annahme dieses Testamentes verkündigt. Am 31. December 1700 erließ er ein Patent, durch welches er, vermöge seiner höchsten königlichen Autorität, dem Könige Philipp V. von Spanien alle Rechte seiner Geburt vorbehielt, so daß, wenn dessen älterer Bruder, der Herzog von Bourgogne, ohne männliche Leibeserben hinweg falle, Philipp V. von Spanien zu betrachten sei als der wahre und rechtmäßige Nachfolger auf dem französischen Throne [1]).

Der schneidende Widerspruch dieses Patentes mit dem Testamente, welches allein dem Herzoge von Anjou ein vermeintliches Recht auf Spanien verlieh, liegt vor Augen. Im Hinblicke auf den folgenden furchtbaren Krieg haben daher viele spätere Franzosen dem Könige Ludwig XIV. den Erlaß des Patentes zum Vorwurfe gemacht. Der Vorwurf ist in so weit nicht zutreffend, daß er ein einzelnes Stück, einen einzelnen Zug aus dem Charakter Ludwigs XIV. herausreißt und für sich gesondert betrachtet. Ludwig XIV. dagegen handelte bei dem Erlasse des Patentes von derselben Basis aus, wie bei der Annahme des Testamentes, und wir haben erfahren, daß, freilich nicht nach dem Berichte, welchen Torcy lange nachher fingirte, sondern in der Wirklichkeit als ein gewichtiger Grund für die Annahme des Testamentes am 9. und 10. November geltend gemacht wurde die nicht unwahrscheinliche Aussicht, daß, im Falle des söhnelosen Todes des Herzogs von Bourgogne, der Herzog von Anjou beide Monarchien vereinigen werde (Bd. VIII, S. 619). Dann war es dem Enkel Ludwigs XIV. beschieden, das Ideal der jugendlichen Mannesjahre des Großvaters zur Verwirklichung zu bringen. Demnach verhält sich der Erlaß des Patentes vom 31. December zu der Annahme des Testamentes am 16. November wie die Ergänzung, die Vollendung des Planes, welcher begonnen hatte mit der spanischen Heirath Ludwigs XIV. Nicht ein einzelnes Glied in dieser langen Kette verdient mehr als ein anderes hervorgehoben

---

[1]) Das Patent, oft gedruckt, bei Hippeau t. II, p. 404.

zu werden als thöricht oder ungerechtfertigt: sie sämmtlich sind erwachsen aus demselben Boden der Untreue und der Falschheit. Und diesem Boden entsprachen die Früchte, die von dorther reiften für die Völker Europas.

Andererseits aber vergessen diejenigen Franzosen, welche geneigt sind, dem Könige Ludwig XIV. für den Erlaß des Patentes vom 31. December den Vorwurf der Thorheit zu machen, daß sie urtheilen nach den späteren Ereignissen, daß jedoch für Ludwig XIV. die Consequenzen seines Thuns noch in dem Schleier der Zukunft verhüllt lagen. Damals als Ludwig XIV. jenes Patent vom 31. December 1700 erließ, erschien der Besitz der spanischen Monarchie für den Herzog von Anjou noch nirgends und in keiner Weise gefährdet.

Dies ist von nicht geringer Wichtigkeit namentlich auch für das Verhalten des päpstlichen Stuhles gegenüber der spanischen Umwälzung. Wir haben dies Verhalten im Zusammenhange zu überblicken.

Das Gutachten der drei Cardinäle Spada, Albani, San Cesareo, welches der Papst Innocenz XII., im Juli 1700, auf die Anfrage Carls II. ihm eingesendet (Band VIII, S. 510), konnte keine der beiden Richtungen der National-Spanier befriedigen. Dem Königspaare, das auf eine günstige Antwort aus Wien und die Sendung des Erzherzogs Carl hoffte, mußte es misfallen als zu sehr französisch; dem Cardinal Portocarrero und seiner Partei war es nicht französisch genug.

Innocenz XII. überlebte diesen Rath nur um wenige Wochen. Er starb am 27. September 1700.

Das Conclave zog sich längere Zeit hin [1]). Der Kaiser ward in Rom vertreten durch den Grafen Lamberg, Carl II. von Spanien durch den Herzog von Uzeda, Ludwig XIV. durch den Fürsten von Monaco. Dazu trugen viele der Cardinäle auch die politische Färbung ihrer Heimat, und namentlich die französischen Cardinäle durften angesehen werden mehr als Diener Ludwigs XIV. denn als Kirchenfürsten.

[1]) Für das Folgende hauptsächlich die Relazione del conte di Lamberg, und die Relazione finale di Erizzo, amb. Veneto, beide im k. k. Archive.

Dies ging so weit, daß der Cardinal von Bouillon, obwohl bei Ludwig XIV. in Ungnade, sich für jeden seiner Schritte die Instruction einholte bei dem mit den Intentionen des Königs genauer bekannten Cardinal Janson Forbin.

In dieser Zwischenzeit geschah es, daß dem Fürsten von Monaco in seinem Charakter als Botschafter eine Kränkung widerfuhr, für welche er mit dem Vollmaße des Zornes seines Königs drohete. Das Cardinal-Collegium war zu einer Satisfaction erbötig; aber auch die französischen Cardinäle blieben dabei, daß zuvor die Befehle des Königs eingeholt werden müßten. In Rom erhob sich die Furcht, daß die einstigen Forderungen des Crequi zum Muster dienen würden. Aber Ludwig XIV. hatte ein Maß für seinen Zorn an seinem Interesse, dem es nicht entsprach, die Cardinäle zu erbittern, und dadurch vielleicht eine ihm ungünstige Wahl zu befördern. Die Sache des Fürsten Monaco kam ihm also sehr ungelegen: er ließ sie fallen [1]).

Nachdem wiederholt die Stimmen des Conclave sich zersplittert, richtete sich im Beginne des Monates November die Aufmerksamkeit Vieler auf den Cardinal Albani, einen der drei, die Innocenz XII. im Juli mit der Berathung des Schreibens von Carl II. betraut hatte. Die Gesandten des Hauses Habsburg — denn bis zur Kunde der Annahme des spanischen Testamentes durch Ludwig XIV. ging Uzeda mit Lamberg zusammen — waren der Ansicht, daß eine Wahl nach ihrem Wunsche, nämlich die des Cardinals Marescotti, nicht zu erlangen sei, und daß es darum für sie sich nur darum handele, eine mindest nachtheilige Wahl zu befördern.

Zu Ende des Monates October, wo der Cardinal Albani noch nicht im Vordergrunde stand, berichtete der Graf Lamberg über ihn an den Kaiser: „Albani hat viele Freunde unter den jüngeren Cardinälen, ist höflich, verspricht alles und hält nichts, in der Meinung, die Parteien werden sich mit dieser Höflichkeit und der guten Hoffnung zufrieden geben. Er ist von geringer Herkunft, empor gekommen im

---

[1]) Erizzo: mà il Rè occupato da più altri pensieri mirando unicamente al gran punto della congiuntura che poco doppo successe, giudicò opportuno di preferire l' interesse al decoro, onde abbandonò il Ministro per timore che i Cardinali precipitassero l' elettione in soggetto poco favorevole a suoi vasti disegni.

Hause Barberini und durch die Gönnerschaft des Cardinals Medici. Der verstorbene Papst, welcher allen Cardinälen Beinamen zu geben pflegte, hat ihn bezeichnet als Romanesco, nicht mit Unrecht; denn er versteht meisterlich die Kunst einen Anderen hinter das Licht zu führen. Er ist einundfünfzig Jahre alt, und darum sehen Viele ihn an als zu jung für die päpstliche Würde, obwohl er behauptet, daß er bei seinem Gesundheitszustande sich als einen Alten betrachten müsse" [1]).

Für den Cardinal Albani ward von Vielen geltend gemacht, daß er nicht als Unterthan eines weltlichen Fürsten, sondern im Kirchenstaate geboren und erzogen war.

Bis tief in den Monat November hinein kam das Conclave zu keiner Entscheidung. Am 19. traf die Nachricht vom Tode Carls II. von Spanien ein. Sie bewirkte, wie Lamberg und Erizzo melden, in dem Conclave eine große Consternation [2]). Aus derselben rang sich die fast allgemeine Ueberzeugung hervor, daß nun ohne weiteren Zeitverlust eine Persönlichkeit gewählt werden müsse, welche befähigt sein würde, das Recht und die Freiheit der Kirche und des römischen Stuhles zu wahren. Beim nächsten Scrutinium erfanden sich einundvierzig Stimmen für den Cardinal Albani. Die Wahrscheinlichkeit seiner Wahl lag damit vor Augen.

Der Kaiser hatte den Grafen Lamberg durch ein Handschreiben ermächtigt, der Wahl Albanis nicht entgegen zu sein. Der Botschafter ließ es durch seinen Vetter, den Cardinal Lamberg, ihm überreichen. Albani erwiederte, daß er die Geneigtheit des Kaisers in seinem bisherigen Posten als Secretär der Breven verdienen werde: der Bürde des Papstthumes sei er nicht gewachsen. Auch Anderen gegenüber versicherte Albani mit Weinen und Schluchzen seine geringe Befähigung. Besser als auf den Thron zu steigen, schicke es sich für ihn, in einer Höhle zu wohnen und seine Sünden zu betrauern. Das Papstthum erfordere einen starken Mann, nicht jedoch Einen wie ihn, der nicht vermöge etwas abzuschlagen, der viele Verwandte habe und sie alle mit warmer Liebe umfasse. Das Weinen und Schluchzen stieg bei ihm bis

---

[1]) Lambergs Bericht vom 24. October.

[2]) Desgleichen vom 23. November. — Erizzo: li animi dei Cardinali furono visibilmente toccati dalla mano di Dio.

zum Krampfe. Es wirkte nicht zu Ungunsten Albanis. Der Cardinal Lamberg, ein Vetter des Botschafters, that diesem kund: „Ob gern, ob ungern, Albani wird auch wider den Willen der Franzosen zum Papste erwählt werden, und wir sind unserer Sache so sicher, daß die Franzosen, auch wenn sie wollten, nicht wagen würden, sich der Wahl zu widersetzen" [1]). Das nächste Scrutinium ergab dreiundfünfzig Stimmen für den Cardinal Albani: er war Papst.

Die später oft ausgesprochene Behauptung, daß bei der Wahl Albanis die französische Partei die Oberhand gehabt habe, ist demnach nicht richtig. Dagegen ward damals gleich die Ansicht ausgesprochen, daß das Widerstreben Albanis vorher den Zweck gehabt habe, jegliche Bedingung sich fern zu halten [2]). Die Ansicht ward befestigt durch das Verhalten Albanis nach der Wahl. Auf die Frage, welchen Namen er tragen wolle, erwiederte er, um seine Unabhängigkeit von den verschiedenen, auf ihn hoffenden Parteien darzuthun: „Wir feiern heute das Fest des heiligen Clemens, des Papstes und Märtyrers, und darum wollen wir diesen Namen tragen".

„So gereichte, sagt Lamberg, das Unglück Europas in dem Tode Carls II. zur Erhebung des Papstes Clemens XI. Denn nur, weil jene Nachricht auf die Cardinäle wirkte wie ein betäubender Blitzschlag, einigten sich alle zu dieser Wahl. Sie beeilten dieselbe, damit nicht die bevorstehende Einigung der beiden Mächte Frankreich und Spanien die Freiheit der Cardinäle beschränken und das Gesetz der Wahl vorschreiben möge" [3]).

Aehnlich berichtet der Cardinal Medici dem Kaiser: „Die am 19. November hier eingetroffene Nachricht aus Spanien gab den

---

[1]) Et nolens volens invitis Gallio in Papam eligetur, adeoque certi sumus de hac electione, ut, licet Galli velint, non audeant electioni resistere.

[2]) Lambergs Bericht vom 23. November 1700: „Damit ihm von keinem Menschen pacta zu unterschreiben proponirt werden möchte". — Stärker sagt Erizzo: Pareva cercasse l' occasione di dare un esempio della sua sollecitudine per abbassare li Principi ed i loro Ministri.

[3]) Relazione di Lamberg p. 28ᵃ: i sconvolgimenti, che sovrastavano alla Europa, fecero correre a gran passi per accelerare la terminazione del Conclave ad effetto, che queste due Potenze unite non avessero tempo di coartare la libertà dei Cardinali, e dare legge alla elezione.

Impuls zur Beschleunigung der Wahl. Denn es lag die Nothwendigkeit vor Augen, daß unter den jetzigen Umständen ein Papst da sein müsse, der durch seine Autorität und seine Umsicht es vermögen würde, den so wünschenswerthen Frieden unter den christlichen Fürsten aufrecht zu halten" [1]).

Als die Flügelthüren sich öffneten, und der neue Papst, weiß gekleidet, den Augen auch der Weltlichen sichtbar wurde, hatte er zu seiner Rechten den Vice-Decan des Collegiums, den Cardinal Bouillon, zu seiner Linken den Cardinal d'Estrees. So entsprach es der Ordnung, und dennoch erschien dieser Zufall selbst vielen Anwesenden wie ein Vorzeichen für die künftige Haltung des Papstes Clemens XI. Als dagegen der Botschafter Lamberg vor ihm niederkniete, hob der Papst ihn empor und sprach: er erkenne sehr wohl sich dieser höchsten Würde nicht gewachsen. Daß sie dennoch auf ihn gekommen, dafür sei er der höchsten Güte des Kaisers verpflichtet, und niemals werde er dessen uneingedenk sein.

Einige Tage später legte der Cardinal Lamberg in einer Audienz dem Papste die politische Ansicht des Kaisers dar. Der Kaiser hoffe, sagte er, daß der Papst als Oberlehnsherr von Neapel und Sicilien mit der Belehnung behutsam verfahren werde. Clemens XI. fiel ihm in die Rede: „Wir haben die Sache bereits überlegt, und Sie dürfen versichert sein, daß, wie uns Gott die Gnade erwiesen, uns unwürdig auf diesen Stuhl zu setzen, ohne einige Bedingung gegenüber wem es auch sei, so werden wir auch in einer so wichtigen Angelegenheit uns nicht die Autorität beilegen, allein darüber zu urtheilen, sondern werden handeln in Uebereinstimmung mit dem gesammten Collegium der Cardinäle" [2]).

Das Glückwunschschreiben des Kaisers an den Papst athmet volles Vertrauen. „Wir hegen keinen Zweifel, sagt er darin, daß uns, der wir als der erstgeborene Sohn der Kirche [3]) das Heil und den Frieden der Christenheit uns immer haben angelegen sein lassen,

---

[1]) Der Cardinal Medici an den Kaiser, 23. November.

[2]) Bericht des Cardinals Lamberg vom 27. November.

[3]) Tamquam Primogenitus Ecclesiae. Schreiben des Kaisers vom 4. December 1700.

die Autorität des päpstlichen Stuhles gern und willig zur Seite stehen wird."

Das Verhalten des Papstes Clemens XI. schien völlig der Erwartung zu entsprechen. Der Graf Lamberg ließ die früher gehegten Zweifel schwinden. An demselben Tage, an welchem der Kaiser jenen Glückwunsch abfaßte, am 4. December, berichtet er: „Es ist nicht möglich ein anderes Urtheil zu fällen, als daß der Papst sich als gemeinsamen Vater der Christenheit erweisen werde".

Voll dieses Vertrauens trat der Botschafter vor den Papst, um ihm die Auffassung der Dinge in Wien auszusprechen. „Ein Testament, sagte er, welches einem todtkranken, und in diesem Zustande zur Erwägung einer so wichtigen Sache notorisch nicht fähigen Manne durch listige Künste abgedrungen wird, vermag nicht den gültigen Rechtsbestand abzuändern" [1]). Dann entwickelte er diesen. Der Papst vernahm die Rede mit gespannter Aufmerksamkeit. Dann erwiederte er: „Herr Botschafter, das Alles ist mit Wahrheit begründet. Indem der Kaiser weigerte bei Lebzeiten des Königs von Spanien sich auf den Theilungsvertrag einzulassen, hat er gehandelt — verstatten Sie uns den für ein so hohes Haupt vielleicht nicht passenden Ausdruck — als Cavalier, und er wird unzweifelhaft den Ehrenpunct auch ferner festhalten. Unsere Aufgabe ist, wie wir dem Cardinal Lamberg bereits ausgesprochen, uns als gemeinsamen Vater der Christenheit zu beweisen. Man hat von der anderen Seite unterdessen uns bedroht. Dies wird uns nicht schrecken. Gott hat uns Unwürdigen zu diesem Amte berufen, vielleicht weil wir die Kraft besitzen, demselben vorzustehen, Reisen zu ertragen und, wenn es Noth thut, die christlichen Potentaten knieend um den Frieden zu bitten. Wir haben gestern mit den vornehmsten Cardinälen Congregation über Staatssachen gehalten, und darin den Beschluß gefaßt, durch Couriere an den Kaiser und den König von Frankreich unsere Friedensmahnung zu entsenden — denn von einem Könige von Spanien wissen wir noch nichts — alsdann Nuntien abzuschicken, um unsere Vermittelung zum Frieden anzutragen,

---

[1]) In dem Handschreiben des Kaisers an den Papst: Testamentum e semimortuo atque ad tanti ponderis rem discutiendam tum temporis notorie incapace Rege (incertum quibus artibus) extortum.

im Uebrigen aber eher unser Leben aufzuopfern als eine Ungerechtigkeit zu begehen. Wir getrauen uns nicht ein solches Werk allein auf unsere Schultern zu nehmen, und deshalb haben wir zehn nicht betheiligte, dem Kaiser wohlgeneigte Cardinäle herzugezogen, damit wir handeln können mit allgemeiner Zustimmung. Dies kann der Herr Botschafter in unserem Namen dem Kaiser versichern" [1]).

Wir sehen also, daß Clemens XI. sich eine der höchsten und würdigsten Aufgaben des Papstthums stellt, diejenige der Vermittelung und Versöhnung der weltlichen Häupter, um den Völkern den Frieden zu bewahren. Es fragte sich dann, ob bei der ungeheueren Schwierigkeit dieser Aufgabe gerade damals seine Persönlichkeit ihr gewachsen war.

In dem weiteren Verlaufe des Krieges, als die Seemächte den Wiedergewinn auch des eigentlichen Königreiches Spanien selbst für das Haus Habsburg auf sich genommen und Jahr auf Jahr dies als ihre feste Absicht verkündeten, ist dem Papste Clemens XI. der Vorwurf gemacht worden, daß es vor dem Beginne des Krieges seine Pflicht gewesen wäre, sich in nachdrücklicher Weise für das Recht des Hauses Habsburg auf die gesammte spanische Monarchie auszusprechen. Der betreffende Gedankengang, wie er in England fixirt wurde, ist wie folgt [2]).

„Wenn in irgend einem Falle es das Amt des Papstes sein kann, vom Standpuncte der geistlichen Dinge aus über weltliche Angelegenheiten sein Urtheil zu fällen: so hätte niemals ein Anlaß dazu ihm so nahe gelegen als derjenige des Anspruches des Hauses Bourbon auf die spanische Monarchie. Dieser Anspruch war offenbar nur möglich durch den Bruch der Verträge und der Verzichte, die errichtet und ausgesprochen waren in der denkbar feierlichsten Form. Ludwig XIV. hatte vor dem Altare, in Gegenwart der Gottheit und vor allen Betheiligten, gelobt und beschworen, daß er für sich und seine Nachkommen für immer verzichte auf die spanische Monarchie. Dennoch hatte nun dieser selbe Ludwig XIV. durch Lug und Trug seinen Enkel auf den Thron von Spanien gebracht. Andere Potentaten konnten

---

1) Lambergs Bericht vom 23. December.

2) Im Daily Courant vom 26. October 1708. Also aller Wahrscheinlichkeit nach von einem Protestanten.

nach ihrer politischen Klugheit ermessen, ob sie den Herzog von Anjou als König von Spanien anerkennen wollten. Aber sicherlich lag es dem Statthalter Jesu Christi ob, den inneren Werth einer Sache abzuwägen, die lediglich von der Frage abhing, ob Jemand, in schimpflicher Verachtung seines göttlichen Herrn, die heiligsten Bande der Religion wie ein Spinngewebe zerreißen dürfe, und kurz, ob ein Meineid ein Recht schaffen könne."

Die hier gegebene Beweisführung ließe sich noch verstärken. Der päpstliche Stuhl besaß in diesem Falle nicht blos ein ideales Recht, als der Vertreter der Eidespflicht und der Wahrhaftigkeit seine Stimme zu erheben, sondern auch ein positives, von den vertragschließenden Parteien ausdrücklich ihm zuerkanntes Recht. Der König Philipp IV. von Spanien hatte in die Heirath seiner Tochter Marie Therese mit Ludwig XIV., zur Besiegelung des pyrenäischen Friedens, eingewilligt gegen den Verzicht der Infantin für sich und ihre Descendenz. Auf Grund dieses Vertrages war der Papst Alexander VII. um die Dispensation von dem Ehehindernisse der Verwandtschaft und um seinen apostolischen Segen für den Vertrag überhaupt ersucht und hatte er sie gegeben [1]). Dann aber enthielt die Eidesformel des Verzichtes von Seiten der Infantin Marie Therese die Bitte an den Papst, daß er mit der Autorität seiner apostolischen Bestätigung die Kraft und das religiöse Band dieses Eides stärken wolle [2]).

Wenn demgemäß der Papst Clemens XI. nach dem Tode Carls II. seine Stimme für die Heilighaltung der Eide von 1659 hätte erheben wollen: so hätten auch die Gegner sein positives Recht dazu nicht verneinen können.

Indessen nicht auf diesen Standpunct stellte sich Clemens XI. Es dürfte fraglich sein, ob auch nur der Gedanke es zu können, ihn lebhaft beschäftigt hat. Eine Reihe von Motiven in ihm und außer ihm wirkte entgegen.

---

1) Man vgl. die Schrift: Synopsis quorundam jurium Austriacorum in Successionem Hispanicam, bei Lamberty t. XI p. 190 sqq.

2) Ut autoritate Apostolicae suae confirmationis vim quoque seu robur augere dignetur vinculi et religionis hujus mei Sacramenti. — Die beste Schrift über die Sache überhaupt ist: Jus Austriacum in Monarchiam Hispanicam assertum. Viennae Austriae. Typis Joannis Jacobi Kürner. Ao 1701.

Clemens XI. hatte den Standpunct, welchen der päpstliche Stuhl gemäß den Thatsachen von 1659 moralisch wie formell festzuhalten berechtigt war, auch vor dem Todfalle in Spanien bei sich schon aufgegeben. Dem Gutachten vom Juli 1700, an welchem er Theil genommen, lag der Gedanke zu Grunde, daß das eigentliche Königreich sich der Macht Ludwigs XIV. nicht erwehren könne, und darum fügen müsse.

Der Gang der Dinge, wie er im Winter 1700/1 vorlag, schien diese Ansicht durchaus zu bestätigen. Philipp V. sandte auf der Reise nach Spanien dem Papste die Notification seiner Thronbesteigung ein. Clemens XI. antwortete mit seiner Anerkennung Philipps V. als des Königs von Spanien. Als im Jahre 1708 mit vielen anderen Vorwürfen gegen die politische Haltung des Papstes Clemens XI. auch derjenige erhoben wurde, daß er durch diese voreilige Anerkennung das volle Gewicht seiner Autorität in die Wage des Hauses Bourbon geworfen habe, wiesen die Schriftsteller, welche für Clemens XI. zur Feder griffen, hin auf den damaligen Zustand der Dinge. Das Testament Carls II., das den Herzog von Anjou berufen, sei in Spanien mit allgemeinem Jubel vernommen, vom Adel und vom Volke, von Geistlichen und Laien, ohne Widerspruch. Die Spanier insgesammt hätten dem neuen Könige Philipp V. gehuldigt. Diesem allgemeinen Willen der spanischen Nation habe auch der Papst zustimmen müssen. Durch die Anerkennung, die sich auf das Land Spanien beschränke, habe der Papst Niemandem ein Unrecht zugefügt [1]).

Es kam dazu, daß im Winter 1700/1 der Kaiser jener Ansicht des Papstes nicht so sehr fern stand. Der Kaiser, der sich nicht verhehlte, daß seine Weigerung im Sommer 1700, seinen Sohn Carl dem Wunsche des Königspaares gemäß nach Spanien zu entsenden, indirect einem thatsächlichen Verzichte auf das Land Spanien gleichkam, verlangte nicht, daß der Papst Clemens XI. der Macht der Thatsachen von 1700 gegenüber den Rechtszustand von 1659 geltend machen solle. Die Anerkennung eines Königs von Spanien betraf dem Wortlaute nach die italienischen Länder Carls II. nicht mit. Um diese zu erlangen, hoffte der Kaiser auf die Mitwirkung, die Vermittelung des Papstes Clemens XI., und ersuchte ihn als Oberlehnsherrn von Neapel und Sicilien um die Belehnung.

[1]) In den Romanis des k. k. Archivs von 1708.

Wie die Dinge im Winter 1700/1 lagen, hätte ein energisches Auftreten gegen den Anspruch des Hauses Bourbon auf Spanien einen Mann von höchster Kraft und Energie erfordert, der, vor allen Dingen, keine Furcht kannte. Eine Kraft so ungewöhnlicher Art fand sich nicht in Clemens XI. Der kaiserliche Botschafter Lamberg, der im Winter 1700/1 an dem guten Willen und der Aufrichtigkeit der Gesinnung des Papstes Clemens XI. für den Kaiser keinen Zweifel hegte, fügte doch seinen Berichten gelegentlich die Bemerkung hinzu: „Der Papst ist furchtsam".

Und hier tritt vor allen Dingen die doppelte Qualität des Papstes uns vor Augen als des Hauptes der Kirche und des italienischen Landesfürsten. In der ersteren wollte sich Clemens XI., wie er gesagt, als den gemeinsamen Vater der Christenheit erweisen, vermittelnd, Frieden stiftend, über den Parteien stehend. Als italienischer Landesfürst dagegen erkannte Clemens die Gefahr, in einen etwaigen Krieg als Mitleidender verwickelt zu werden. Von der einen Seite her fürchtete er, wie er dem Venetianer Erizzo sich aussprach, die Gewaltsamkeit, die Kühnheit, den Stolz der Deutschen, von der anderen die Leichtfertigkeit, den Uebermuth, die Heftigkeit der Franzosen, und vor allem ihre gallicanischen Grundsätze. Es war daher dem Papste politisch zunächst darum zu thun, eine Liga der italienischen Mächte zu Stande zu bringen, einen Bund der bewaffneten Neutralität zum Zwecke der gemeinsamen Vertheidigung. Der Plan zerging sofort an der Nicht-Bereitwilligkeit der anderen Mächte in Italien. Es blieb daher nur der Entschluß der nicht bewaffneten Neutralität. Aber es blieb zugleich die bei Clemens XI. wohl erkennbare Furcht. Und in dieser Furcht lag die Gefahr, daß je nach Umständen die Qualität des italienischen Landesfürsten in Clemens XI. hinauswachsen könne über die Qualität des gemeinsamen Vaters der Christenheit. Um diese Gefahr zu vermeiden, suchte sich Clemens XI. so zu verhalten, daß die Vertreter sowohl des Kaisers als des Königs von Frankreich, der Graf Lamberg und der Cardinal Janson Forbin, ihn für die eigene Sache als geneigt ansahen, so sehr, daß sie sich beide darüber in diesem Sinne zu dem Venetianer Erizzo aussprachen [1]).

---

[1]) Erizzo: Attratti da cosi fine lusinghe li Ministri Cesareo e delle Corone l' hanno sempre creduto in secreto portato al loro interesse.

Clemens XI. fürchtete beide Parteien; aber als Römer fürchtete er mit seinen Landsleuten den König von Frankreich mehr als den Kaiser. „Ew. K. Majestät, meldet der Graf Lamberg in seinem Berichte vom 23. December 1700, können nicht genugsam glauben, wie sehr bei dieser unwissenden Nation Ihr Name erloschen ist. Die Leute hier halten wenig von der kaiserlichen Macht, betrachten dagegen die feindliche als unüberwindlich. Sie wünschen den Frieden erhalten zu sehen und erwägen nicht, daß dies nur auf die Gefahr ihrer Freiheit möglich sein würde. Die National-Spanier, die sich hier aufhalten, gehen darin voran. Sie legen über das Testament für den Herzog von Anjou eine Freude an den Tag, wie etwa die Juden thun würden, wenn ihnen der ersehnte Messias erschiene."

Ein Beispiel dessen war vor Allen der spanische Botschafter in Rom, Uzeda. Da ihm die eigentliche Gesinnung Carls II. bekannt, so hatte er noch am 30. October in einem langen Schreiben dem Kaiser seine Loyalität betheuert, mit der Versicherung, daß die Interessen beider Linien des Erzhauses ganz dieselben [1]). Er war mit Lamberg zusammen gegangen in den Berathungen über die Papstwahl. Nach dem Eintreffen jedoch der Nachricht über die Annahme des spanischen Testamentes in Versailles schien der Spanier sogar die Formen der gewöhnlichen Höflichkeit vergessen zu haben. Als Lamberg ihn zur Rede stellen ließ, erwiederte Uzeda: sein Verhalten richte sich nicht gegen die Person des Botschafters, sondern gegen den kaiserlichen Hof, der ihn verächtlich behandelt habe [2]). „Die Spanier insgesammt hier, fügt Lamberg hinzu, benehmen sich den Franzosen gegenüber, als seien sie von je her die besten Freunde gewesen." Auch Clemens XI. selber konnte sich gelegentlich einer ironischen Bemerkung über den Lerneifer der Spanier nicht enthalten.

Anders war die Gesinnung in Mailand, Neapel, Sicilien. Sie war vorwiegend kaiserlich. Allein Lamberg sagt mit Bestimmtheit vorher, daß dort Keiner sich rühren werde, wenn nicht der Kaiser zuvor eine Armee hinsende.

---

[1]) Siendo tan unos los intereses.

[2]) Lambergs Bericht vom 31. December 1700.

Dieselbe Nachricht gelangte damals direct von dort her nach Wien. In Neapel hatte der Statthalter Medina Celi noch vor der Ankunft der kaiserlichen Gesandten Sangro und Caraffa den König Philipp V. proclamirt. Bei dem feierlichen Acte warf er mit vollen Händen Geld aus. Das Volk griff danach und rief, nicht freilich wie Medina Celi hoffte: Evviva il rè Philippo V — sondern: Buttate, buttate! (Werft mehr!) — Andererseits aber auch wagte es Niemand den Kaiser oder den Erzherzog auszurufen [1]).

In Mailand war unterdessen der Graf Castelbarco eingetroffen. Auch dort hatte der Statthalter Prinz Vaudemont bereits den König Philipp V. proclamirt. Dennoch gedachte Castelbarco den Versuch zu machen.

Nach seiner Ankunft in Mailand, am 5. December, ersuchte er den Prinzen Vaudemont um eine Audienz. Nach langer Berathschlagung mit seiner Umgebung willigte Vaudemont ein. Nachdem er die Rede Castelbarcos vernommen, ließ er zwei Secretäre eintreten und dictirte ihnen in spanischer Sprache seine Antwort. Die Substanz derselben war, daß er das Testament Carls II. bis zum letzten Blutstropfen, wie er sagte, aufrecht halten werde. Auf die Gegenvorstellungen Castelbarcos zuckte Vaudemont die Achseln. „Ich weiß, sagte er, der Kaiser ist hinter das Licht geführt, ist verrathen worden; aber die Dinge sind nun einmal dahin gekommen. Es bleibt nur noch übrig, aus der Noth eine Tugend zu machen. Denn es wäre doch nicht zu rathen, daß daraus ein Krieg entbrenne, zumal da ja noch Mittelwege offen stehen."

Er fragte weiter, ob Castelbarco noch andere Aufträge habe als an ihn. Jener bejahte und nannte die Namen. Vaudemont rieth ihm lieber abzureisen. „Nicht eher, erwiederte Castelbarco, als bis ich meine Aufträge ausgeführt."

Bei dem Aufbruche Castelbarcos nach Mailand, zu Ende November 1700, war die Truppensendung nach Mailand in Wien eine beschlossene Sache gewesen. Mit Bezug darauf erstattete Castelbarco seinen Bericht. „Wenn die Truppen Ew. K. Majestät, sagte er, hier so bald wie nur möglich anlangen, ist nichts Anderes als alles

---

[1]) Castelbarcos Bericht vom 13. December. Auch für das Folgende.

Gute zu hoffen. Denn Alle insgesammt sind wohlgesinnt; aber sie dürfen nicht wagen sich zu erklären, weil die festen Plätze sich in den Händen der Gegner befinden. So bald die Hoffnung aufgeht an den Truppen Ew. K. Majestät einen Schutz zu haben, wird man sie mit Freuden herbeirufen, wie man andererseits, wenn Frankreich zuvorkommt, nothgedrungen sich fügen wird. Es liegt daher alles an dem schleunigen Marsche der kaiserlichen Truppen. Treffen sie eher hier ein als die französischen: so ist das die Siegeserklärung."

Allein bei dem Eintreffen dieser Mahnung in Wien hatten dort bereits andere Gründe überwogen.

Zunächst ist es nach dem eigenen Berichte des Prinzen Eugen, vom 24. November sehr fraglich, ob damals eine Armee von 30.000 Mann marschfertig war[1]). Ferner hatte man das schwere Bedenken, sich allein in einen Krieg mit dem übermächtigen Frankreich einzulassen, ohne der Hülfe der Seemächte versichert zu sein. Dazu bot nun der Papst Clemens XI. seine Vermittelung an. Sowohl der Respect des Kaisers vor dem päpstlichen Stuhle an sich, als in diesem Falle das Vertrauen auf die Kundgebungen des Papstes Clemens XI., ließen es nicht zu, darüber hinwegzugehen. Die Hoffnung einer friedlichen Lösung schien noch nicht geschwunden, und auch sogar eine Verzögerung nicht unmittelbar eine Gefahr zu bringen. Denn Ludwig XIV. wandte sofort dasjenige Mittel seiner Politik an, welches ihm so oft bereits gelungen war, nämlich das Gegentheil dessen zu versprechen, was er vor hatte. Er ließ in Rom eröffnen: wenn der Kaiser versichere, keine Truppen nach Italien zu senden: so werde auch er es unterlassen. Der Cardinal Paulucci that im Namen des Papstes dies dem Botschafter Lamberg kund[2]). — Während Ludwig XIV. so reden ließ,

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Band III. Supplementheft S. 4 u. ff.

[2]) Da dies auffallend klingt, so hebe ich zum Beweise hervor, daß der Botschafter Lamberg mindestens zweimal später die Sache vor Clemens XI. persönlich in Audienzen zur Sprache gebracht hat, am 14. Februar 1701 und am 1. Januar 1702. Das letztere Mal mit folgenden Worten: „Da hiebevor auf H. Cardinal Paulucci beschehene Versicherung, wenn keine kaiserliche Völker in Italien kämen, alsdann auch Frankreich die seinigen nicht wollte hineinrücken lassen, E. K. M. den Anmarsch bona fide contremandirt, der König in Frankreich aber wie bisher noch alle Zeit datam fidem gebrochen" u. s. w.

befanden sich in der Wirklichkeit seine Truppen bereits auf dem Marsche nach Mailand.

Vor der Gesammtheit jener Erwägungen sank in der Hofburg in Wien der bereits gefaßte Entschluß, den Prinzen Eugen mit einem Heere noch im Winter nach Mailand zu entsenden, wieder unter. Dagegen ging der Kaiser ein auf das päpstliche Erbieten zur Vermittelung, so jedoch, daß er sich die Verständigung mit den Seemächten offen erhielt. Zu diesem Zwecke fügte er dem Eingehen seine Bedingungen hinzu. Er hoffe, sagte er in seiner Antwort, der heilige Vater werde nicht misbilligen, daß der Kaiser sich vorbereite, für die gerechten Ansprüche seines Erzhauses wie des Reiches so einzutreten, wie die ausdrückliche Pflicht es fordere: der Papst werde vielmehr für diese seine Gründe ihm ein geneigtes Ohr schenken. Die Wünsche des Kaisers seien gerichtet auf einen friedlichen Congreß mit Frankreich; aber als Vorbedingung desselben verlange er, daß der Papst als Oberlehnsherr die Königreiche Neapel und Sicilien in Sequester nehme, daß mit den Reichslehen Mailand und den spanischen Niederlanden ähnlich verfahren werde, sei es durch den Kaiser selbst oder eine andere Macht [1]).

Die Räthe des Kaisers machten sich darüber kein Hehl, daß Ludwig XIV. in diese Bedingungen nicht willigen werde. Sie ließen dies durch die Gesandten im Haag und in London offen aussprechen [2]). Jedenfalls aber glaubte man in Wien Zeit gewonnen zu haben für die weitere Verständigung mit den Seemächten. Daß unterdessen die Franzosen in Mailand zuvorkommen würden, wußte man noch nicht.

Clemens XI. nahm das Eingehen des Kaisers auf sein Erbieten mit freudigem Danke entgegen. Allein auch er hob sofort die Schwierigkeit der von kaiserlicher Seite gestellten Bedingung hervor. Er wolle den Vorschlag nach Versailles hin machen; aber er erwarte davon nicht viel. Denn die erste Antwort, die er von Versailles her durch Janson Forbin auf seinen Antrag einer Mediation erhalten, habe gelautet: der Papst möge lieber eine Interposition versuchen. Auf die weitere

---

[1]) Handschreiben des Kaisers an den Papst vom 28. Januar 1701.

[2]) Conferenz-Protokoll vom 28. Januar 1701, abgedruckt in: Feldzüge des Prinzen Eugen Band III. S. 339.

Frage, was dies Wort bedeuten solle, habe Janson Forbin erwiedert: eine Mahnung an den Kaiser, daß er sich in die geschehenen Dinge füge und keinen Krieg errege[1]).

Die Antwort führt uns zurück zu der Position Ludwigs XIV. nach seiner Annahme des spanischen Testamentes.

Der Gedanke, daß der Kaiser dennoch versuchen werde, mit den Waffen sein Recht zu fordern, störte im Winter 1700/1 immer wieder aufs neue die Friedenshoffnung Ludwigs XIV. Er kannte freilich genau genug das besondere Hindernis in Wien gegen kriegerische Absichten, die schweren Mängel der Finanzverwaltung. Eines Tages im Januar 1701 brachte er diese in drastischer Weise an seinem Hofe zur Sprache. Der römische König Joseph, sagte er, habe sich öffentlich geäußert: der Kaiser, sein Vater, habe gar nicht nöthig wegen des Geldes in Sorge zu sein. Es gebe ein sicheres Mittel es zu beschaffen. Dies bestehe darin, die eine Hälfte der Minister aufzuhängen, die andere wegzujagen. — Er habe dies, fügte der König hinzu, nicht von seinem Gesandten Villars, sondern aus einer anderen sicheren Quelle[2]).

Die Form, in welcher die Mittheilung überliefert ist, läßt erkennen, daß in Versailles nicht die Absicht herrschte, etwas zum Lobe des römischen Königs zu sagen. Die Frage nach der Thatsache darf man auf sich beruhen lassen. Diese ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil, selbst wenn der König Joseph einige der Minister im besonderen Verdachte gehabt hätte, er doch auch sicher wissen mußte, daß das Uebel der ungetreuen Verwaltung sich nicht auf wenige Personen beschränkte, sondern vielmehr das ganze Staatswesen durchzog, und daß gerade darin die hauptsächliche Krankheit der Monarchie bestand. — Von der anderen Seite läßt die Rede die Besorgnis Ludwigs XIV. erkennen, daß einmal eine scharfe und sichere Hand jenen Krebsschaden ausschneiden werde.

In jedem Falle blieb immer die Furcht Ludwigs XIV., daß der Kaiser zu den Waffen greifen werde. Er trachtete dies schwer oder

---

[1]) Lambergs Bericht vom 29. Januar 1701.

[2]) Dangeau t. VIII p. 25.

unmöglich zu machen durch die Hindernisse, die er in den Weg zu wälzen suchte. Wir haben einige derselben bereits kennen gelernt in Anlaß der Anforderungen, die Ludwig XIV. an die spanische Junta stellte, auch ihrerseits dafür zu zahlen, daß dem Kaiser ein Feuer im eigenen Hause auflodere. Aber es gab noch mehr Plane solcher Art.

Der nächste derselben war, die italienischen Mächte in die Waffen zu bringen, nicht freilich in dem Sinne der bewaffneten Neutralität, wie der Papst Clemens XI. es vorgehabt hatte, sondern zu Gunsten Frankreichs. Die italienischen Mächte, hieß es in Versailles, sollten sich einigen, einen Krieg auf ihrem Boden nicht zu gestatten. Deshalb erhielt der Cardinal d'Estrees den Befehl, sofort von Rom aufzubrechen und bei den Mächten Italiens rundzureisen. Das wesentliche Mittel Ludwigs XIV. für seine Absicht war der Druck der Furcht. „Es ist leicht, schrieb er an d'Estrees, den Jammer vorherzusehen, den ein Einmarsch der Deutschen über Italien bringen würde; aber die ungemeine Furcht, welche die Fürsten dort immer vor dem Kriege haben, wird dennoch diesen mit allem Unheile über sie heraufbeschwören, wenn sie nicht die bisher in solchen Fällen bei ihnen übliche Zaghaftigkeit überwinden." Mit anderen Worten, die italienischen Fürsten sollen, um den Krieg sich fern zu halten, sich selber in Kriegsbereitschaft setzen, und zwar zu Gunsten des Hauses Bourbon wider den Kaiser. Vor allen Dingen soll der Cardinal die Kraft seiner Rede bei dem Papste Clemens XI. geltend machen; denn dieser müsse das Beispiel geben. Ludwig XIV. weiß, daß der Plan in Wien darauf gerichtet ist, sich einen Weg nach Mailand durch das venetianische Gebiet zu erzwingen. Gegen einen solchen Versuch soll der Papst eine Allianz eingehen mit den Königen von Frankreich und Spanien, mit der Republik Venedig und allen anderen Mächten Italiens. D'Estrees soll dem Papste kund thun, daß er zu diesem Zwecke auch nach Venedig gehen werde. Wenn er die Häupter der Republik zu einer Rüstung bewegen kann: so soll er ihnen als Preis dafür das Trentino in Aussicht stellen. Wenn die Venetianer diese Eroberung an dem Gebiete des Kaisers machen: so will Ludwig XIV. ihnen den bleibenden Besitz desselben verbürgen [1]).

---

[1]) Hippeau t. II p. 370. An den Cardinal d'Estrees, 15. December.

Der Cardinal d'Estrees brach sofort von Rom auf; aber es folgte ihm auf dem Fuße der Cardinal Lamberg. Da das letztere mit dem Vorwissen und der Zustimmung des Papstes Clemens XI. geschah: so lag schon darin für den Kaiser die Gewähr, daß eine italienische Liga zu Gunsten Frankreichs nicht zu Stande kommen würde. — Wichtiger als diese Bemühungen Ludwigs XIV. in Italien blieb für den Kaiser die Thatsache, daß seine Truppen nicht anders nach Italien hinein gelangen konnten als über das Gebiet der Republik Venedig.

Ludwig XIV. war weiter beflissen, seine Fürsorge für den Frieden, wie er der spanischen Junta gegenüber es benannte, dadurch zu bethätigen, daß er, wo und von welcher Seite es immer möglich schien, dem Kaiser einen Brand im eigenen Hause anzuzünden trachtete.

Es schien sich ihm dafür, noch vor dem Ende des Jahres 1700, eine geeignete Persönlichkeit zu bieten in dem ungarischen Grafen Franz Rakoczy.

Rakoczy glaubte von seinen Vorfahren her Ansprüche auf Siebenbürgen zu haben. Sein Großvater war in dem Kampfe um diese Ansprüche gefallen. Sein Vater dagegen, erst verwickelt in die Verschwörung von Nadasdy und Zriny, hatte sich dann auf den Rath seiner Frau, die selber dem Hause Zriny angehörte, davon losgesagt. Nach dem baldigen Tode des Gemahles hatte die Witwe den Emerich Tököly geheirathet, den nachherigen Wegweiser der Türken vor Wien. Demnach war Franz Rakoczy der Stiefsohn Tökölys, an Gesinnung jedoch sein voller Erbe.

Er hatte eine Tochter aus dem deutschen Fürstenhause Hessen-Rheinfels geheirathet, und dann auch für sich bei dem Kaiser den Fürstentitel gesucht. Aus dem Verdrusse über den Abschlag keimte der Plan der Empörung [1]).

Allein es fehlten die Mittel, und diese sollte Frankreich hergeben. Rakoczy wendete sich zu diesem Zwecke nicht an den Gesandten Villars in Wien, sondern zog es vor, direct mit Versailles anzuknüpfen. Er entdeckte sich seinem Hausverwalter, einem Lothringer, Namens Longueval, und fand ihn anscheinend bereit, die Sendung zu übernehmen.

---

[1]) Wagner t. II p. 737.

Longueval erhielt ein eigenhändiges Schreiben des Rakoczy an Ludwig XIV. mit. Rakoczy rühmt darin die von der Krone Frankreich seinen Vorfahren erwiesenen Wohlthaten. Er klagt über die Unterdrückung des Königreiches Ungarn. Er berichtet, daß die gesammte Nation ihr Vertrauen auf ihn setze. Darum wende er sich an den König von Frankreich wie an seinen Vater, Beschützer, Erlöser. Er entwickelt die günstige Lage der Dinge, die einstimmige Neigung der Stände von Ungarn zu Gunsten der Krone Frankreich. Wenn daher diese sich der Errettung Ungarns annehmen wolle, so werde die Sache besser als jemals zuvor von statten gehen. Rakoczy selber verspricht alles aufzuwenden, um zu zeigen, daß seine von den Vorfahren ererbte Gesinnung gerichtet sei auf den Nutzen und die Ehre der Krone Frankreich. — Er fügte ein anderes Schreiben im selben Sinne hinzu für den Minister Barbesieux. Beide Schreiben waren datirt vom 1. November 1700, dem Todestage Carls II. von Spanien [1]).

Longueval jedoch begab sich mit diesen beiden Schreiben nicht nach Versailles, sondern nach Wien. Er brachte sie vor den Rath des Kaisers. Er erhielt von da her die Aufforderung die Sache weiter zu führen, sich nach Versailles zu begeben und die etwa erlangte Antwort wieder zu bringen. Es geschah.

Die Antwort des Ministers Barbesieux, vom 18. December 1700, enthielt die Versicherung, daß das Erbieten Rakoczys günstig angehört sei, so wie das Versprechen, seine Absicht zur geeigneten Zeit zu unterstützen. Aber man verlange eine Vollmacht von Seiten der ungarischen Häupter. — Longueval legte diese Antwort dem kaiserlichen Rathe in Wien vor. Die Minister beschlossen, daß er das Spiel fortsetzen solle, und entließen ihn zu Rakoczy.

Dieser konnte die gewünschte Vollmacht nicht beschaffen. Statt derselben sandte er weitere Entwürfe ein, wie Polen mit zu betheiligen, welches Verfahren den Türken gegenüber inne zu halten sei. Er verlangte französische Offiziere, Ingenieure und Minirer.

---

[1]) Der Inhalt ist wiedergegeben in dem bei Rink: Leopolds des Großen u. s. w. S. 1025 u. f. abgedruckten Urtheile. — Man vgl. den Bericht von Rakoczy an Ludwig XIV., vom April 1713, in Fiedlers Actenstücken zur Geschichte des Franz Rakoczy, Band II, S. 495. (Band XXII der Fontes rerum Austriacarum.)

Dem Könige Ludwig XIV. dagegen war es, weil Rakoczy mit allen seinen Ansprüchen dennoch immer nur ein einzelner Privatmann war und blieb, zunächst und hauptsächlich um die Vollmacht der Häupter der ungarischen Stände zu thun. Dafür stellte er die Sendung von zwei Millionen Livres über Hamburg und Danzig in Aussicht, für Rakoczy speciell 200.000 Thaler zum Unterhalte seiner Truppen. — Rakoczy seinerseits erwiederte mit einem Plane zum Ueberfalle der kaiserlichen Besatzung in Munkacs.

Und damit schien es dem Rathe des Kaisers genug zu sein. Rakoczy ward festgenommen und nach Wiener Neustadt gebracht.

Ob oder in wie weit die Beschwerden, welche Rakoczy und seine Partei, oder auch andere Ungarn gegen ihren König Leopold erhoben, berechtigt waren oder nicht, ist gegenüber einem solchen Plane des Hochverrathes eine müßige Frage. Nicht anders urtheilte Ludwig XIV. öffentlich selbst über Persönlichkeiten solcher Art, auch wenn oder nachdem er sie gebraucht hatte, wozu sie ihm gut waren. Es ist von Interesse dies besonders in diesem Falle näher darzuthun.

Rakoczy selber beginnt sein Schreiben an Ludwig XIV., vom 1. November 1700, mit dem Preise der Wohlthaten, welche die Krone Frankreich seinen Vorfahren erwiesen. Er erwähnt in einer späteren Denkschrift vor Ludwig XIV., indem er ausgeht von der notorischen Anhänglichkeit seiner Ahnen an Frankreich, daß sein Großvater von mütterlicher Seite, der Graf Zriny, das Haupt auf dem Schafotte eingebüßt [1]). Die Thatsache ist bekanntlich sehr richtig: es fragt sich nur, wie sie sich in den Augen Ludwigs XIV. ausnahm.

Im Jahre 1667 hatte Ludwig XIV. in seinen Denkschriften für seinen Sohn, den Dauphin, mit sichtlichem Wohlgefallen aufgezeichnet, daß er damals, zur Zeit seines Friedens mit dem Kaiser, mit seinem Golde den Grafen Zriny zur Rebellion angefeuert habe [2]). Aber die Dinge schlugen um. Die Verschwörung Zrinys und seiner Genossen ward entdeckt. Das Haupt Zrinys fiel auf dem Blutgerüste. Dann beeilte sich Ludwig XIV. nach einer anderen Seite eine andere

¹) Fiedler Band II, S. 495.

²) Oeuvres de Louis XIV. t. II, p. 35: J'entretenais aussi une secrète intelligence avec le comte de Serini, pour faire naître quelque émotion dans la Hongrie, si j'entrais en guerre avec l'Empereur.

Gesinnung kund zu geben. Einige Wochen nach dem Tode Zrinys, am 24. Juni 1671, sprach er in einem Handschreiben an den Kaiser Leopold seine Zustimmung aus, daß die ungarischen Verschwörer in so gerechter Weise bestraft seien für ihre abscheulichen Verbrechen [1]).

Rakoczy mochte dies andere Urtheil Ludwigs XIV. über seinen Großvater Zriny nicht kennen. Aber er hätte in Erfahrung bringen können, wie jener König, bei aller Willfährigkeit, ihn für sein Beginnen mit Geld zu unterstützen, dennoch auch über ihn selber sich verlauten ließ.

Durch die Verhaftung Rakoczys im April 1701 ward die Thatsache eines Hochverraths-Planes mit französischer Hülfe öffentlich kund. Der Verdacht der Bevölkerung in Wien lenkte sich auf den Gesandten Villars, und äußerte sich ihm gegenüber in unverhohlener Weise [2]). Auf seine Berichte darüber erwiederte Ludwig XIV.: „Ihre Haltung muß Jedermann überzeugen, daß Sie an den Ereignissen in Ungarn keinen Antheil haben, auch selbst wenn man zweifeln könnte an der Abneigung, die ich jederzeit beweisen werde, die Rebellion von Unterthanen gegen die rechtmäßige Autorität ihres Souveräns zu unterstützen. Ich habe Grund anzunehmen, daß der Kaiser meine Gesinnung in dieser Beziehung nicht in Frage stellt" [3]).

Ludwig XIV. handelte also in dem Falle des Rakoczy nach demselben Grundsatze, wie einst in demjenigen des Zriny. Wenn, wie allerdings zu vermuthen, Ludwig XIV. die näheren Umstände der Entdeckung der Plane Rakoczys nicht kannte, also nicht wußte, daß die auf seinen Befehl von Barbesieux abgefaßten Antworten an Rakoczy den Augen des Kaisers und seiner Minister vorgelegen hatten: so mochte er immerhin hoffen, für seine Ableugnung der Thatsachen Glauben zu finden. Bei dem Marquis Villars, der in der That unbetheiligt gewesen war und daher in gutem Glauben redete, trat zu dem Auftrage des Königs noch das Interesse der eigenen Ehre, den Verdacht einer solchen Infamie von sich zu wälzen, so daß nicht bezweifelt werden darf: er habe dafür gethan was ihm möglich. Er brachte es dahin,

---

[1]) Oeuvres de Louis XIV. t. V, p. 497: qui ont été si justement punis de leurs détestables crimes.

[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 88 et suiv.

[3]) Oeuvres de Louis XIV., t. VI p. 57.

daß die kaiserlichen Minister öffentlich erklärten: der Marquis Villars sei bei der Verschwörung in Ungarn nicht betheiligt. — Ueber den König in Versailles hatte man keine Erklärung abzugeben.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Protestationen des Marquis Villars nicht zur Kunde des Rakoczy gekommen sein sollten. Wenn ihm also auch das Nähere über seinen Großvater Zriny nicht bekannt war: so konnte er sich auch aus den Reden des Marquis Villars über ihn selber die Consequenz ziehen, in welcher Weise auch in Zukunft Ludwig XIV. ihn ansehen und behandeln werde, wenn er beharre.

Einstweilen freilich saß er in Haft in Wiener Neustadt. Nicht jedoch ward ihm als Hochverräther das Urtheil gesprochen. Der Kaiser hatte das Gewissensbedenken, daß doch Rakoczy eher verrathen als Verräther gewesen sei [1]). Es mochte ihm genug scheinen, durch die Haft ihn unschädlich gemacht zu haben. So blieb der unheilvolle Mann erhalten, zum späteren Verderben für Unzählige und namentlich für sein eigenes Vaterland.

Für damals allerdings, für das Jahr 1701, zerging der Plan Rakoczys mit seiner Verhaftung.

In Versailles jedoch hatte man den Plan, den Kaiser durch einen Brand im Osten zu lähmen für die Angelegenheiten im Westen, bereits weiter ausgesponnen.

Ein gewisser Poussin, bis dahin als Secretär unter dem Cardinal Bouillon in Rom beschäftigt, ward nach Constantinopel entsendet, um für die Unterstützung einer etwaigen Erhebung in Ungarn thätig zu sein [2]). Die Lage der Dinge in der Türkei war indessen für französische Wünsche nicht günstig. Auf den früheren Botschafter Chateauneuf war ein anderer gefolgt, Namens Ferriol. Er wollte zur Audienz bei dem Sultan Mustapha mit umgegürtetem Degen erscheinen, wider die türkische Sitte. Die Vorstellungen, die Reden der Türken hatten bei dem Botschafter keinen Erfolg. Es kam im Vorzimmer des Sultans zu Thätlichkeiten gegen die Person des Botschafters. Er stand ab von dem Wunsche der Audienz. — Ludwig XIV. verhielt sich bei der Angelegenheit wie einst bei derjenigen seines Botschafters La Haye

---

[1]) Finalbericht des Venetianers Dolfin S. 17.

[2]) Relazione del conte di Lamberg f. 38b.

eben dort, anders also als ein Jahr zuvor in der Angelegenheit des Marquis Villars in Wien. Es war nicht sein Interesse sich mit der Pforte weiter zu verwickeln: er nahm das Geschehene hin [1]).

Der Erfolg indessen war jedenfalls ein minder freundliches Verhältnis, eine Ungeneigtheit der Türken auf französische Rathschläge zu hören, und daran konnten die Bemühungen des Agenten Poussin nichts ändern. Ferriol blieb noch zehn Jahre in Constantinopel, ohne jemals eine Audienz bei dem Sultan zu erlangen. Dies Verhältnis darf und muß als eine mitwirkende Ursache dafür angesehen werden, daß die Türken sich in den Kampf Westeuropas in den folgenden Jahren nicht einmengten, die Bedrängnis des Kaisers nicht sich zu nutze machten.

Allein wir sind mit den Entwürfen von Versailles, dem Kaiser den Beginn eines Krieges schwer oder unmöglich zu machen, noch nicht zu Ende. Der kaiserliche Botschafter Lamberg in Rom meldete dem Kaiser noch einen anderen Plan, den wir zu vernehmen haben mit seinen eigenen Worten. Lamberg berichtet wie folgt. „Ein hier wohnender Franzose, der sich eines ehrenhaften Rufes erfreut, hat mir durch eine dritte Person kund thun lassen: Se. M. der römische König möge sich vor Gift hüten, mit dem Hinzufügen, daß er nicht ohne erhebliche Beweggründe diese Warnung ausspreche. Obwohl sein König derartige Frevel verabscheue, so hätten doch dessen Minister keine Bedenken, wenn sie dadurch ihr Ziel erreichen könnten." — So der Bericht, dem der Botschafter seine eigenen Erwägungen anschließt mit den folgenden Worten: „Verdient die Treue eines Unterthans, der in gebührender Weise von seinem Souverän redet, alle Anerkennung: so ist doch von der anderen Seite zu erwägen, daß ein Plan solcher Art, dem ersten Fürsten der Christenheit mit Gift nachstellen zu wollen, eben so schwer ausführbar wie fluchwürdig ist, und darum viele Ausgaben erfordert. Da nun Frankreich in Betreff seiner Ausgaben, auch sogar der geringsten, so wohl geordnet ist: so ist nicht abzusehen, wie die Minister einen kostspieligen Plan dieser Art ins Werk setzen könnten ohne die Zustimmung desjenigen, der, wie sein Unterthan sagt, vor solchen Missethaten einen so großen Abscheu empfindet. Wenn während

[1]) Hammer: Geschichte der Osmanen Band IV, S. 24.

des Friedens die Meldung einer so böswilligen Absicht Frankreichs an uns gelangte: so würde ich derselben keinen Glauben beimessen können. Aber da wir feindselig einander gegenüber stehen: so kann und darf ich daran nicht zweifeln. Gott verzeihe Dem, welcher sich mit solchen nichtswürdigen Entwürfen trägt und breite nach wie vor seinen höchsten Schutz über das Erzhaus!"

So der Graf Lamberg in seinem späteren Rückblicke auf die Zeit seiner Botschaft in Rom [1]). Ein weiteres Actenstück über die Sache liegt nicht vor.

Alle diese Plane Ludwigs XIV. gegen den Kaiser, im Winter 1700/1, blieben erfolglos, auch sogar, wie wir später genauer sehen werden, derjenige eines Einbruchs in die kaiserlichen Erblande von Seiten des Kurfürsten-Königs August II. von Sachsen-Polen.

Die übrigen französischen Versuche im Reiche gegen den Kaiser waren negativer Art.

Ludwig XIV. ließ bei den Reichsfürsten und den Gesandten derselben in Regensburg namentlich hervorheben, daß die Ansprüche des Kaisers an das spanische Erbe lediglich das Hausinteresse von Oesterreich angingen. Es ist das bekannte Wort französischen Ursprunges, welches je zu Zeiten auch diejenigen Reichsfürsten sich aneigneten, die ihren eigenen Vortheil suchten auf Kosten des Rechtes und der Freiheit der Gesammtheit. Dagegen ließ Ludwig XIV. als den wichtigsten Grund für seine Annahme des spanischen Testamentes geltend machen, daß der Kaiser bis zum Tode des Königs von Spanien sich geweigert habe, dem Theilungsvertrage beizutreten. Er berührte nicht, daß er sich durch einen geheimen Artikel dieses Vertrages den Seemächten gegenüber verpflichtet hatte, noch zwei Monate über jenen Tod hinaus die Entscheidung des Kaisers abzuwarten. Wie der Republik Holland, so ließ er auch diesen deutschen Fürsten verkünden, daß die Annahme des Testamentes den Frieden verbürge, weil die Krone Frankreich dadurch nichts gewinnen, die beiden Monarchien dagegen dem Testamente gemäß unvereinigt neben einander bestehen und daß somit das Gleichgewicht in Europa erhalten würde. — Die Antworten der reichsfürstlichen Gesandten auf diese Reden wurden dem kaiserlichen Commissär

[1]) Relazione del conte di Lamberg fol. 65.

nicht kund; „denn, fügt er hinzu, die Vertraulichkeit etlicher derselben mit dem französischen Bevollmächtigten ist gar groß“ [1]).

Die Reihe derjenigen Reichsfürsten, welchen Ludwig XIV. den Glanz seines Goldes in die Augen leuchten ließ, um sie zur Felonie gegen Kaiser und Reich anzuspornen, war ja allerdings, wie wir aus seinen eigenen Worten an Harcourt vernommen haben, nicht gering. Durchweg jedoch war im Winter 1700/1 die Haltung der Reichsfürsten eine abwartende. Diejenige Einzelner, namentlich der mächtigeren Kurfürsten, werden wir je nach ihrem Hervortreten ins Auge zu fassen haben. Für die eigentliche Frage, ob es zum Kriege um das spanische Erbe kommen werde, ob nicht, waren sie sämmtlich von secundärer Bedeutung. Die Entscheidung über diese Frage kam, neben und mit dem Kaiser, vor Allem an auf das Verhalten der Seemächte. Und damit gelangen wir an eine der merkwürdigsten Entwickelungen in der europäischen Völkergeschichte.

Zeichnen wir, bevor wir auf die Einzelnheiten eingehen, nochmals die Stellung der beiden Könige, Wilhelms III. und Ludwigs XIV., zu einander in großen Zügen.

Wir haben die Worte Wilhelms III. vernommen, daß er als das alleinige Rettungsmittel für die Seemächte betrachtet den gemeinsamen Krieg im Bunde mit dem römischen Kaiser wider die Uebermacht des Hauses Bourbon. Wir haben dagegen aus den Worten Ludwigs XIV. vernommen, daß er hofft und glaubt, die erlangte reiche Beute im Frieden zu bewahren. Er will daher nicht einen Anlaß zum Kriege geben. Wilhelm III. aber will nicht bloß einen solchen Anlaß finden, sondern er will mehr als das: er will die englische und die holländische Nation so führen, daß sie die Nothwendigkeit des Krieges wider Frankreich anerkennen, daß sie diesen Krieg von ihm verlangen. Jeder Schritt, jedes Wort der beiden gewichtigen Persönlichkeiten in diesem Kampfe erfordert daher unsere Aufmerksamkeit.

Ludwig XIV. beobachtete beide Länder, die Republik wie England, mit scharfem Blicke.

---

[1]) Bericht aus Regensburg, vom 7. December, in dem Werke Feldzüge des Prinzen Eugen Band III, S. 383.

„Gemäß den Nachrichten, die ich über die Holländer erhalte, meldet er am 5. December an Harcourt, würde ihr Verdruß fähig sein, sie zu sehr schlimmen Entschlüssen zu reizen. Außer den Berichten Briords erfahre ich auch von anderer Seite, daß die Anhänger des Königs von England in der Republik das Gerücht verbreiten: nach der Vereinigung der spanischen Macht mit der meinigen müsse man dort nothwendig auf den Krieg gefaßt sein. Weil es daher unmöglich, ihn zu vermeiden, so sei es besser ihn anzufangen, und zwar rechtzeitig, so lange noch die holländischen Besatzungen sich in den belgischen Plätzen befinden, als abzuwarten, bis durch das Hinausschaffen derselben dieser Vortheil verloren gehe."

Es handelt sich hier um die zweiundzwanzig holländischen Bataillone, welche, gemäß dem Vertrage der Republik mit Max Emanuel als spanischem Statthalter noch im Jahre 1697, in eine Reihe von belgischen Städten eingelegt waren.

„Diese Reden, fährt Ludwig XIV. fort, sind zur Zeit in Holland so allgemein, daß ich aus diesen wie aus anderen Gründen zu der Ueberzeugung komme: die holländischen Truppen müssen aus den belgischen Städten unverzüglich hinausgeschafft werden."

„Sie werden dem Cardinal Portocarrero diese Nothwendigkeit vorstellen und ihn bewegen, die erforderlichen Befehle an den Kurfürsten von Baiern so wie an den Marquis Bedmar in Brüssel ergehen zu lassen. Sie werden mich davon in Kenntnis setzen, damit gemeinsam gehandelt werden kann, und damit, im Falle die Spanier meiner Hülfe bedürfen, diese bereit steht. Unzweifelhaft gibt das Verhalten der Holländer genügenden Grund ihre Truppen in spanischen Plätzen nicht mehr zu dulden, und es würde nicht der Vorsicht entsprechen, wenn man ihnen die Obhut dieser Plätze noch belassen wollte zu einer Zeit, wo sie zaudern den König anzuerkennen, dem sie gehören."

Die Angelegenheit dieser Besatzungen ist von besonderer Wichtigkeit; denn von hier aus beginnt sich der Knoten zu schürzen.

Wir haben daher, bevor wir dem Könige Ludwig XIV. in seinen Betrachtungen auch über England folgen, zu vergleichen, wie sich andere Berichte aus der Republik damals zu seinen Erwägungen verhalten.

Aus den eigenen Worten Wilhelms III. und des Rathspensionärs kennen wir das Ziel, das ihnen vorschwebte, zugleich aber auch die

Vorsicht, welche sie beobachteten, dasselbe nicht vor der Zeit kund werden zu lassen, sondern die Gemüther allmählich dahin zu führen. Daher konnte der französische Gesandte Briord im Haag die kriegerischen Reden, von denen Ludwig XIV. in dem Berichte an Harcourt Meldung thut, nicht von officieller Seite her vernommen haben, sondern nur von Privatpersonen. Diesen pflegte er mit der Erwiederung entgegen zu treten: so bald sein König irgend eine feindselige Absicht verspüre, werde er abermals wie 1672 seine Armee bis an die Thore von Utrecht marschieren lassen. Um so mehr also waren die officiellen Personen vor ihm auf ihrer Hut. Das Einzige, was überhaupt damals geschah, war die Einberufung der Offiziere zu ihren Regimentern, in aller Stille, aber bei Strafe der Cassation [1]).

Die Generalstaaten wandten dagegen sich eben damals an den König von England mit einer vertraulichen Anfrage, wie sie bei der schwierigen Lage sich zu verhalten hätten. Die Antwort lautete im Wesentlichen: abwarten, bis sich klar herausstelle, was der Kaiser thun werde. Die Wirkung dieses Rathes ist sofort sichtbar. Heemskerk in Paris ersuchte um eine Audienz, und redete darin so, daß in Versailles die Meinung überwog: die Generalstaaten seien nur darauf bedacht, im Frieden zu verharren [2]). — Andererseits aber erkundigte man sich über die Absicht des Kaisers bei seinem Gesandten Goes. In dem Berichte darüber kennzeichnet dieser die Stufenfolge der Meinungen in der Republik mit den Worten: „Die Meisten sind der Ansicht, daß, wenn die Republik die Bewahrung ihrer Barriere vermöge der spanischen Niederlande erhalte, dies ihr genügen müsse. Einige gehen mit ihren Gedanken auf den Wiedergewinn von Mailand. Neapel und Sicilien werden nur gelegentlich nebenher erwähnt, und vom Wieder-Nehmen der ganzen spanischen Monarchie redet kein Mensch". — Goes meldet ferner, am 7. December, wie sich die persönliche Ansicht des Rathspensionärs, seit jenem ersten Ergusse seiner Gedanken im November, bestimmter gestaltet habe. Um Mailand und die Niederlande, sagte Heinsius, sei zu streiten: auf Neapel und Sicilien sei dann zu hoffen: den Herzog von Anjou dagegen wieder zu entthronen, sei

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 30. November.

[2]) Dangeau t. VII, p. 457. Vom 14. December.

unmöglich. Er faßte den Standpunct Wilhelms III. zusammen in die Worte: der König erkenne und begreife völlig die große Gefahr, in der Europa und zunächst die Republik der Niederlande sich befinde. Er sei willig und bereit für die Rettung der allgemeinen Freiheit einzutreten. Allein, da der Kaiser in den Theilungsvertrag nicht gewilligt, so fehle dem Könige von seinem Standpuncte aus der Rechtstitel, in dieser Richtung etwas zu beginnen. Er müsse die Aufforderung des Kaisers erwarten, so wie die Darlegung der Rechtsgründe, welche ihn in den Stand setzen würden, das englische Parlament, dessen Zustimmung sein Auftreten bedinge, zu den erforderlichen Beschlüssen zu bewegen [1]).

Der Gedanke, daß die Republik der Niederlande sich an England anlehnen müsse, fand einen besonderen Ausdruck in einer bildlichen Darstellung. Auf derselben gewahrte man den König von England im Ornate mit Scepter und Krone, dem Rathspensionär zeigend, wohin er den Karren zu schieben habe. Heinsius, der Weisung folgend, schiebt den Karren in den Sumpf. Er spannt dann die sieben Provinzen an, und treibt sie mit der Peitsche, den Karren wieder heraus zu ziehen. Sechs von ihnen setzen alle Kraft an, nur die eine, Holland, anstatt mitanzuziehen, wendet das Gesicht nach England, gleichsam fragend, ob man dort mitthun werde. — Die Darstellung war, nach dem Urtheile der Kundigen, in so weit richtig, daß die Provinzen Seeland, Geldern, Utrecht, Friesland, und, in der Hauptsache auch Groningen und Over-Yssel zum Kriege willig waren, daß jedoch Holland schwankte, namentlich die Stadt Amsterdam. Nicht nur die Kaufleute dort sämmtlich, sondern auch einige der Bürgermeister redeten für die Erhaltung des Friedens, wenigstens auf einige Jahre, während deren man sich nach guten Allianzen umsehen und zum Kriege vorbereiten könne. Die gewichtigsten Persönlichkeiten indessen auch dort waren überzeugt von der allgemeinen Gefahr, von der Pflicht dagegen alles aufzubieten, und eben so bereit sich dafür auszusprechen, wenn sie nur der Stütze von England her sicher sein könnten [2]).

Mithin sehen wir, gemäß den Berichten des Grafen Goes, daß Ludwig XIV. in jenem Schreiben an Harcourt einerseits den Eifer

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 7. December.

[2]) Desgleichen vom 14. December.

der Holländer für den Krieg überschätzte. Denn von einer Absicht, sich Belgiens zu bemächtigen, dort vermittelst der holländischen Besatzungen in den Städten den Krieg zu beginnen, ist in den Berichten des kaiserlichen Gesandten mit keinem Worte die Rede. Fassen wir dieses merkwürdige Verhältnis nochmals kurz zusammen.

Die leitenden Staatsmänner der Republik sehen den Krieg als unvermeidlich an. Sie sind innerlich entschlossen. Aber sie wollen den Krieg nur im Vereine mit zuverlässigen Bundesgenossen. Sie hüten sich demnach, einen voreiligen Schritt zu thun, der die gehofften Bundesgenossen scheu macht, den Feind dagegen reizt. Sie lehnen ab, zögern hin, warten ab. — Ludwig XIV. will nicht den Krieg. Aber die Holländer, meint er, haben schlimme Absichten. Sie sinnen auf Krieg. Man muß daher ihnen die Mittel nehmen. Das nächste Mittel besteht in den holländischen Besatzungen in belgischen Städten. Man muß daher die Besatzungen austreiben. So Ludwig XIV. an Harcourt. Mit anderen Worten: er, der den Krieg nicht will, meditirt vom Beginne December an bei sich den ersten Act der Feindseligkeit wider die Republik.

Erblicken wir so einerseits die Aufmerksamkeit Ludwigs XIV. gerichtet auf Puncte, von denen aus ihm keine Gefahr drohte: so erkannte er andererseits nicht, daß die reellen Kriegsgedanken in der Republik weit über Belgien hinausgingen. Briord immerhin konnte nicht berichten, was er selber nicht wußte, noch erfuhr.

So in Betreff Hollands. Die Frage ist dann, ob Ludwig XIV. genauer unterrichtet war über England.

„Ich zweifele nicht, sagt er weiter in jenem Schreiben an Harcourt, vom 5. December 1700, daß der König von England zur Zeit den Krieg als das einzige Mittel betrachtet, um seinen Credit in England und überhaupt in Europa herzustellen. Aber, wenn er den Krieg sehnlich wünscht, so denken die Engländer ganz anders. Die ganze Nation, sowohl aus Opposition wider diesen Fürsten, als aus Sorgfalt für die eigenen Interessen, zieht der Verwirklichung des Theilungsvertrages die Annahme des Testamentes vor."

„Diese allgemeine Ansicht der Nation liegt so offen zu Tage, daß der König dort, wohl erkennend, daß die Haltung des Parlamentes seinen Wünschen nicht entsprechen würde, es auf den 27. Januar

vertagt hat. Sein Plan scheint sogar dahin zu gehen, es lieber aufzulösen und ein neues zu berufen, wenn er die Aussicht hätte, daß die Neuwahlen ihm besser gefügige Deputirte bringen würden. Wahrscheinlich jedoch wird er alle Bemühungen aufbieten, um zuerst den Kaiser zu verwickeln. Allein, wenn dann die Engländer und Holländer Theil nehmen wollen: so wird es dem Könige von Spanien leicht werden, ihren Handel völlig zu vernichten, zu Gunsten desjenigen seiner Unterthanen. Es wird genügen, diesen beiden Nationen alle Häfen seiner Monarchie zu verschließen, sowohl in der alten, wie in der neuen Welt. Und nicht mehr würden dann die spanischen Niederlande der Schauplatz des Krieges sein: man würde ihn direct auf das holländische Gebiet tragen" [1]).

An diesem Gedanken jedoch bricht dann Ludwig XIV. ab. Es ergibt sich, daß er nicht die Absicht hat, etwas zu unternehmen, sondern nur seine Schritte andeutet für den eventuellen Fall.

Die Gesinnung Wilhelms III. erkennt er in der Hauptsache richtig; aber es fragt sich, ob auch diejenige der Engländer. Vergleichen wir also mit seinen Worten das Urtheil eines kundigen Beobachters an Ort und Stelle aus denselben Tagen.

„Vom Hofe aus, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann am 10. December, unterläßt man nicht, die bevorstehende allgemeine Gefahr vor Augen zu stellen. Auch ich meinerseits lasse es daran nicht fehlen, und suche zu diesem Zwecke die Gesellschaft der hier anwesenden Mitglieder des Parlamentes. Diese bezeigen durchweg eine ganz ungemeine — ich will nicht sagen Zuneigung, sondern eine — herzliche Ergebenheit für E. K. M. Dienst und Interesse. Allein sie sind auch zugleich der Ansicht, daß sie sich noch keineswegs in einen neuen Krieg einlassen können, wohl aber, daß wenn E. K. M. zur Behauptung Ihres Rechtes etwas beginnen, sie rechtzeitig mit eintreten wollen, um die Wage zu Gunsten E. K. M. zu senken."

Einige Tage später meldet er: „Es thun sich noch keine Anzeichen hervor, daß diese Nation sich wider Frankreich regen werde, es wäre denn, daß Frankreich sich Belgiens bemächtigte. Sonst sehe ich keine Aussicht, wenn nicht die Dinge hier völlig umschlagen. Dies

[1]) Hippeau t. II, p. 343.

Letztere freilich muß man bei einem Urtheile über diese unbeständige Nation immer sich vorbehalten" [1]).

Die Ansicht Hoffmanns, in der Hauptsache für damals von derjenigen Ludwigs XIV. nicht sehr verschieden, fordert doch für einen besonderen Punct unsere Aufmerksamkeit. Die Engländer sind verletzbar an eben derselben Stelle, wo die Holländer. Diese Stelle ist Belgien. Ludwig XIV. vermeint, gerade um des Friedens willen, die holländischen Besatzungen in Belgien nicht dulden zu dürfen. Er will sie hinausweisen. Wir sehen voraus, daß er dadurch nicht bloß die Holländer aufreizen wird, sondern ähnlich auch die Engländer.

Einstweilen freilich war dies auch bei Ludwig XIV. nur erst ein Gedanke, der noch der Verwirklichung harrte. Allein er spinnt ihn weiter in Verbindung mit dem anderen, daß die Republik zaudert, den Herzog von Anjou als König Philipp V. von Spanien anzuerkennen. Er ergeht sich darüber aufs neue am 15. December in einem Schreiben an Harcourt. Er will nicht feindselige Maßregeln. So übel der holländische Resident Schonenberg in Madrid gesinnt ist, er soll nicht fortgeschickt werden; aber die Junta soll ihm in starken Ausdrücken vorhalten lassen, daß die Generalstaaten zaudern, den neuen König von Spanien anzuerkennen und ihm Glück zu wünschen. Eben aber wegen dieses Zauderns werden jene Besatzungen verdächtig. Deshalb soll der spanische Gesandte im Haag, Don Quiros, dem von ihm geäußerten Wunsche gemäß neue Creditive von Philipp V. erhalten, und dann die Gelegenheit der Ueberreichung derselben im Haag benutzen zugleich für eine Denkschrift. Durch diese soll er im Namen Philipps V. den Generalstaaten kund geben, daß, da nun jeder Grund zu einer Besorgnis für seine belgischen Plätze geschwunden, er mit dem Danke für die bisherige Willfährigkeit, welche die Republik durch die Besatzungen dem verstorbenen Könige erwiesen, zugleich die Bitte ausspreche, die nunmehr überflüssig gewordenen Truppen abzuberufen. Don Quiros soll im Namen Philipps V., Betheuerungen seiner freundschaftlichen Gesinnung für die Republik hinzufügen.

Dann jedoch folgt noch eine besondere Weisung. „Bevor die Denkschrift übergeben wird, sagt Ludwig XIV., müssen alle Anstalten

---

[1]) Die Berichte Hoffmanns vom 10. und 12. December.

so getroffen sein, daß man, im Falle der Weigerung der Generalstaaten, im Stande ist, ihre Truppen sofort mit Gewalt hinaus zu schaffen." „Bereits habe ich, fügt er dann hinzu, die erforderlichen Befehle meinerseits gegeben" [1]).

Er überblickt dann noch einmal die Stellung aller drei wichtigen Mächte zu ihm. „Der Kaiser, sagt er, setzt seine Vorbereitungen fort, um eine Armee in Italien einmarschiren zu lassen. Deshalb muß man alle Fürsorge treffen, um dieser Armee den Eintritt zu wehren, und die Mittel der Subsistenz dort abzuschneiden. Der König von England hat sich noch nicht erklärt; dennoch ist es nicht schwer, seine und der Generalstaaten wahre Gesinnungen zu errathen. Eben daher liegt es klar vor Augen, wie gefährlich es wäre, die Truppen einer Nation, deren Gesinnungen wir als feindselig kennen, in den festen Plätzen des Königs von Spanien zu belassen."

Die Neigung zur Gewalt gegen die Holländer war also bei Ludwig XIV. da, nicht jedoch der Entschluß zur sofortigen, nachdrücklichen Ausführung. Es ist nun sehr merkwürdig, daß der Botschafter Harcourt nicht bloß in Betreff dieses einzelnen Momentes, der holländischen Besatzungen in Belgien, sondern im allgemeinen, der abwartenden Haltung Ludwigs XIV. in Betreff der Seemächte nicht zustimmt. Er macht durch Torcy den Vorschlag, daß Ludwig XIV., sobald Philipp V. sich auf spanischem Boden befinde, jenen beiden Mächten die bestimmte Anfrage stelle, was von ihnen zu erwarten, daß er zu diesem Zwecke ihnen einen Termin setze, innerhalb dessen sie den Herzog von Anjou als rechtmäßigen König von Spanien anzuerkennen haben, und daß er, im Falle dieser Forderung nicht entsprochen werde, sofort ihnen den Krieg ankündige. Harcourt entwickelt dann eingehend die Vortheile, die, nach seiner Ansicht, aus diesem raschen und energischen Vorgehen für Frankreich erwachsen würden. Der hauptsächliche dieser Gründe ist, daß dann die Seemächte nicht die Zeit haben, einen Erfolg der ersten Schritte des Kaisers abzuwarten, um danach ihre Entschlüsse zu bemessen, sondern sofort sich erklären müssen. Entweder stehen sie dann völlig von ihrem Vorhaben des Krieges ab, oder, wenn nicht, so haben Frankreich und Spanien die Mittel in Händen, den See-

[1]) Hippeau t. II, p. 361. Vom 15. December.

handel der beiden Nationen sofort zu lähmen und dadurch ihnen die Mittel zum Kriege zu entziehen. So Harcourt am 22. December 1700 [1]).

Sein Rath betrifft den Kern der europäischen Verwickelung, eine Frage, die damals an den wichtigsten Stellen vielfach erörtert wurde, und darum eine besondere Aufmerksamkeit beansprucht.

Bevor noch der Rath Harcourts an Ludwig XIV. gelangte, legte dieser dem Botschafter aufs neue seine Ansichten dar, welche, wenn auch demnach noch nicht eine Antwort, doch erkennen lassen, wohin die Antwort ausschlagen wird.

Der König schreibt am 27. December: „Meine Nachrichten aus Holland legen dar, daß die Anhänger des Königs von England dort, die sicherlich die Mehrheit ausmachen, nichts unterlassen um die Menschen zum Kriege aufzureizen. Bisher indessen trifft der Entschluß noch auf große Schwierigkeiten. Man ist sich der Gefahr desselben bewußt. Man sieht die unheilvollen Folgen eines neuen Krieges vorher. Nur der Druck der Furcht vor einem noch größeren Uebel würde die Holländer und Engländer bewegen, sich darauf einzulassen. Daher bemüht man sich sie zu überreden: meine Absicht gehe dahin, mich der belgischen Plätze zu bemeistern, und, vermöge der neuen Einigung meiner Krone mit der spanischen, den Handel von Holland und England völlig zu Grunde zu richten".

„Bis zur Stunde macht diese Furcht stärkeren Eindruck auf die Holländer als auf die Engländer. Nach meiner Ansicht ist es nothwendig, diese Furcht zu zerstreuen. Ich habe daher nicht bloß dem Grafen Briord, sondern allen meinen Gesandten im Auslande den Auftrag gegeben, zu verkünden, daß es meine Absicht ist, den Frieden aufrecht zu halten, und daß ich keinen Schritt vorhabe, der ihn stören könnte. Der schwedische Botschafter im Haag, Lilienroth, hat darauf die Frage gestellt, ob ich geneigt sein würde, mit dem Könige von England und der Republik einen Allianz-Vertrag einzugehen zur Abwehr gegen jede Friedensstörung von irgend einer Seite her. Aus den Beziehungen Lilienroths zu dem Könige von England und der Republik schließe ich, daß seine Anfrage hervorgegangen ist aus einer Verab-

[1]) Hippeau t. II, p. 383.

redung mit dem Rathspensionär. Zugleich verlangt er, ich solle mich verpflichten, meine Truppen nicht in die spanischen Plätze der Niederlande einmarschiren zu lassen. Ich habe darauf antworten lassen, daß ich alle Versicherungen für den Frieden wiederhole, daß auch nach meiner Ansicht die Allianz ein gutes Mittel und daß ich zum Eintritte bereit sei, ferner daß ich einwilligen würde, meine Truppen nicht in die belgischen Plätze einmarschiren zu lassen, wenn die Generalstaaten auch die ihrigen von dort zurückzögen, weil ihr Aufenthalt, dort überflüssig geworden, nur noch dazu diene ein beständiges Mistrauen zu erregen. Wenn aber der katholische König, nach dem Vorschlage Lilienroths, selber mit in die Allianz eintritt: so hätte er keine Feinde dort mehr zu befürchten und könnte die Plätze durch seine eigenen Truppen verwahren lassen" [1]).

So Ludwig XIV. über den Thatbestand. Nach den schwedischen Berichten färbt derselbe sich etwas anders. Der Gesandte Palmquist in Paris sagte zu Torcy: „Sie lassen durch Briord im Haag Ihre Friedensneigung betheuern; aber, weil Frankreich von dem Theilungsvertrage abgewichen, den doch die Holländer hauptsächlich für ihre eigene Sicherheit gemacht, nämlich, um ihre Barriere in Belgien zu behalten: so verlangen die Holländer jetzt eine reelle Garantie. Deshalb zaudern sie mit der Anerkennung Philipps V." — „Aber wie denn? rief Torcy: die Holländer dürfen doch nicht meinen, daß der König Eroberungen an seinem Enkel machen will? — Die Holländer müssen ihre Truppen herausziehen. Da aber die spanischen für die Besetzung nicht ausreichen: so kann der König nicht die Plätze dem Erstkommenden preis geben, sondern muß die seinigen einrücken lassen." — „Eben diese Absicht aber, entgegnete Palmquist, ist der Grund des Mistrauens der Holländer, und darum würde man den Friedensworten einen ungleich stärkeren Nachdruck geben, wenn man diesen Grund des Mistrauens hinwegnähme" [2]).

Demgemäß stand den Holländern auf alle Fälle der Einmarsch französischer Truppen in die belgischen Plätze in Aussicht.

---

[1]) Hippeau t. II, p. 392.

[2]) Eine Reihe von Berichten des schwedischen Gesandten Palmquist aus dem December 1700, in den Robethon-Papieren. St. A. H.

Dieser Unterschied in der Auffassung der Dinge ist indessen weniger gewichtig als das Urtheil, welches Ludwig XIV. über die Sachlage fällte. Dasselbe lautet: „Die Vorschläge des schwedischen Botschafters, der Wunsch der Generalstaaten, von mir eine Garantie dafür zu erhalten, daß meine Einigung mit Spanien ihnen keinen Nachtheil bringen werde, ferner die von ihnen kund gegebene Kriegesfurcht, kurz alle ihre Schritte können eben so viele Kunstgriffe sein, die mich hindern sollen, ihnen zuvorzukommen und ihre Vorbereitungen für den Krieg zu durchkreuzen, sei es daß sie Allianzen anknüpfen, sei es daß sie einen der festen Plätze in Belgien überraschen wollen".

Unterbrechen wir hier kurz den Gedankengang Ludwigs XIV. mit der Klarstellung der Thatsache. Seine Combination traf durchaus das Richtige. Der Rathspensionär Heinsius suchte die Dinge lediglich hinzuziehen, um Zeit zu gewinnen für die Vorbereitung zum Kriege. Seine Schritte waren indessen derartig, daß auch dem Grafen Goes, ungeachtet der gewichtvollen Rede, durch welche der Rathspensionär bereits am 23. November seine und des Königs von England Entschlüsse vertraulich angekündigt (S. 7 u. f.), dennoch wieder der Zweifel aufstieg, wessen er sich von Holland her zu versehen. „Ich bitte Sie, sagte daher der kaiserliche Gesandte, aufrichtig mit mir umzugehen. Der Kaiser ist das erste Mal genug gekränkt und hat zu viel verloren, als daß er allein, ohne Bundesgenossen, alles wagen darf. Kann er sich daher auf Holland und England nicht verlassen, so ist es besser nicht anzufangen." Heinsius betheuerte abermals, daß der Kaiser auf die Republik bauen könne, und verbürgte sich für den König von England. „Aber, fuhr er dann fort, die Republik darf keine Unterhandlungen anfangen, keine Werbungen anstellen. Sie darf sich weder erklären, noch sich vorbereiten. Denn in diesem Falle stürzt Frankreich sich mit aller Macht auf uns und drückt uns zu Boden, ehe Jemand uns zu Hülfe kommen kann" [1]).

Dies führt uns zurück zu dem Urtheile Ludwigs XIV. Es ist die Frage, ob er, indem er das eigentliche Ziel des Rathspensionärs richtig vermuthete, auch dagegen die von diesem gefürchtete Absicht hegte.

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 14. December.

„Allein, fährt Ludwig XIV. in jenem Schreiben an Harcourt fort, wie es nicht wohl überlegt sein würde, sich auf fingirte Vorschläge einzulassen: so entspricht es auch der Besonnenheit und der Fürsorge für das Gemeinwohl, nichts zu überstürzen. Wir würden durch einen voreiligen Schritt England in die Lage bringen sich zu erklären, und dem Könige die Truppen und die Autorität wieder zu geben, welche das Parlament ihm genommen hat."

Es ist demnach nicht ein Rechtsgrund, der Ludwig XIV. abhält, sich auf die Republik zu werfen und sie zu erdrücken. Wie auch dürfte man einen Rechtsgrund bei einer Politik erwarten, deren Mittel dem Kaiser gegenüber wir aus den eigenen Worten des Königs kennen gelernt haben! Vielmehr ist das Hindernis für Ludwig XIV. der Hinblick auf das im Hintergrunde stehende England. Ludwig XIV. täuscht sich nicht über die Gesinnung des Königs dort, den er im Angesichte von ganz Europa betrogen hat. Aber diese Gesinnung ist zur Zeit machtlos. Die offene Gewalt gegen Holland würde ihr die Waffen geben, und dann hätte Ludwig XIV. den König dort am allermeisten zu fürchten. Vor dieser Furcht steht er still.

Wir erkennen den großen Unterschied der Jahre 1672 und 1700. Damals stürzt Ludwig XIV. sich auf die Republik, weil, nach dem Worte von Louvois, der Weg für Frankreich nach Belgien geht über Holland. Er will das Nest ausnehmen, in welchem die Allianzen wider ihn ausgebrütet werden. Aber er kann diesen Versuch nur wagen, weil auf dem Throne von England Carl II. sitzt und im Vereine mit der Dame Portsmouth beifällig ihm zulächelt. Und selbst damals mislingt der so wohl berechnete, so schlau ausgedachte Plan. Er mislingt gegenüber der Erhebung des damals jugendlichen Oraniers. Im Jahre 1700 aber sitzt nicht ein Carl II. auf dem englischen Throne, sondern dieser selbe Oranier, in der Vollreife der geistigen Kraft, harrend der Stunde, in welcher er mit dem Schwerte Genugthuung fordern kann für das Spiel Ludwigs XIV. mit Manneswort und Königsehre.

Dazu kam, daß auch mit Ludwig XIV. persönlich eine Wandlung vorgegangen war. Im Jahre 1672 war er selber ausgezogen, vierunddreißigjährig, ruhmesdurstig und noch mehr begierig, diesen Ruhm der Frau von Montespan zu verkünden. Nun hatte er das zweiundsechszigste Jahr zurück gelegt. Er und die Frau von Maintenon

wünschten, nachdem so viel gewonnen, die alten Tage im Frieden zu verbringen. Demgemäß fiel sein Beschluß aus.

„Um die rechte Mittelstraße zwischen den beiden Extremen einzuschlagen, fährt er in seinem Schreiben an Harcourt fort, am 27. December, habe ich meine Truppen bis nach Dietenhofen und Longwy vorrücken lassen, und halte sie dort bereit auf den ersten Wink des Kurfürsten von Bayern in Brüssel." Ludwig XIV. lobt das Verhalten dieses Fürsten. Er weiß freilich sehr wohl, daß weder Max Emanuel, noch sein Bruder Joseph Clemens von Köln nur für gute Worte handeln. Er kündigt an, daß er deshalb ihnen durch besondere Verträge ihren Lohn zuweisen wolle.

Allein gegen die Holländer in den belgischen Festungen mit Gewalt vorzugehen, hält er abermals noch nicht an der Zeit. Er will abwarten, welche Antwort sie auf die erneute Anzeige und Mahnung an die Thronbesteigung Philipps V. geben [1]).

Wir erinnern uns, daß auf den Befehl Ludwigs XIV. die Junta in Madrid den Gesandten Don Quiros im Haag mit einem neuen Creditiv im Namen Philipps V. ausgestattet. Darauf beziehen sich jene letzten Worte Ludwigs XIV. an Harcourt. Eben damals eilte Quiros mit dem Schreiben zu Heinsius. Dieser lehnte als Rathspensionär die Annahme ab. Dem Präsidenten der Generalstaaten stand nicht eine solche Ausflucht zu Gebote; aber die Verfassung der Republik, nach welcher das Schreiben zunächst an die souveränen Provinzen zu leiten war, stellte wenigstens noch einen Aufschub in Aussicht. „Was aber wird das Ende sein?" — fragte der kaiserliche Gesandte den Rathspensionär. Heinsius erwiederte: „Bereits stehen 10,000 Mann bei Dietenhofen, mit der unverkennbaren Absicht, bei erster Gelegenheit auf Luxemburg und Namur zu marschiren, und unsere Besatzungen dort gefangen zu nehmen. Ich sehe also nicht, wie wir die Anerkennung des Herzogs von Anjou vermeiden können." — „Aber das, erwiederte Goes, ist die Entscheidung. Hat man einmal dadurch die Usurpation gebilligt, so ist nichts mehr zu thun." — „Nicht doch, erwiederte Heinsius, die Anerkennung ist nach meinem Urtheile sowohl unschädlich wie für uns nöthig." Die beiden Staatsmänner konnten sich darüber

---

[1]) Hippeau t. II, p. 393.

nicht einen. „Wenn Sie wollen, sagte endlich Heinsius, so würden wir uns entschließen können, um Ihnen allen Zweifel an uns zu benehmen, vorher mit Ihnen eine geheime Allianz zu schließen.“ — „Ich sehe nicht ab, erwiederte Goes, welche Frucht dem Kaiser aus einer Allianz erwachsen soll, die wir verhehlen müssen“ [1]).

Der Standpunct nicht bloß dieser beiden Persönlichkeiten, sondern der Mächte selber, welche sie vertreten, liegt in diesen Worten klar zu Tage. Der Kaiser allein und demgemäß seine Gesandten wandelten den geraden Weg einer Politik, über deren Ziele Niemand in Zweifel sein konnte. Demgemäß auch erfaßten sie die Worte in ihrer wahren Bedeutung. Die Anerkennung Philipps V. war in ihren Augen die Anerkennung des gesammten Besitzstandes, wie er durch das Testament Carls II. dem Herzoge von Anjou zugesprochen war. — Heinsius dagegen, und, fügen wir das gleich hinzu, eben so damals auch Wilhelm III., legten der Anerkennung nicht diese umfassende Bedeutung bei. Sie waren der Ansicht, daß sie auch nach der Anerkennung Philipps V. dennoch seinen Rechtstitel auf die einzelnen Theile der Monarchie in Frage stellen dürften.

Die Realität der Dinge indessen war die, daß weder Heinsius, noch Wilhelm III. in völliger Freiheit handelten, sondern daß sie in Betreff der Anerkennung dem übermächtigen Strome der Meinungen in Holland und England nachgeben mußten. Heinsius selbst drückt dies dem Könige gegenüber mit den Worten aus: „Um die Wahrheit zu sagen, so finde ich als den eigentlich treibenden Beweggrund hier wie in England das gegenwärtige Interesse der Kaufleute. Ist erst dieses in Sicherheit gebracht: so liegt ihnen wenig an den Wagnissen der Zukunft“ [2]).

Für die Republik trat indessen noch jener andere Beweggrund hinzu. Gegenüber der drohenden Stellung der französischen Bataillone bei Dietenhofen erschien das Nachgeben auf die Forderungen Ludwigs XIV. als das einzige Mittel, die holländischen Truppen in Belgien zu retten, und es blieb nur noch übrig, diese Anerkennung Philipps V. so lange wie möglich hinauszuziehen.

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 31. December.
[2]) Grovestins t. VII, p. 426.

Es liegt vor Augen, daß es der Zweck dieser Politik war, den König von Frankreich über die wahre Gesinnung der Lenker der Republik wider ihn zu täuschen. Erscheint dies Bestreben nicht als ein löbliches: so würde es doch nicht gerecht sein, an die holländischen Staatsmänner für dieses ihr Verhalten nach der französischen Annahme des Testamentes denselben Maßstab legen zu wollen, wie an Ludwig XIV. bei seinem Verfahren, um den Theilungsvertrag zu Stande zu bringen. Damals hatte er, der Starke, die Schwächeren planmäßig umstrickt und irre geführt, und zwar unter Verpfändung seines Königswortes durch einen Vertrag, nicht um sich aus einer Noth zu retten, sondern um seinen Gewinn größer zu machen. Die Holländer dagegen als die Schwächeren, sannen im Winter von 1700/1 auf ein Mittel den drohend erhobenen Arm des Starken aufzuhalten, sich dadurch der Wucht des ihm möglichen Schlages zu entwinden. Und doch hatte ja auch Ludwig XIV. als der Starke für dieses sein Drohen keinen Rechtsgrund irgend welcher Art, sondern lediglich das Bewußtsein seiner überlegenen Macht. Vor dieser freilich beugten sich einstweilen die durch sie Bedroheten.

Es war zunächst die Frage, ob Ludwig XIV. sich durch die Fügsamkeit der Holländer begütigen ließ. Sie hatten noch nicht die Anerkennung Philipps V. ausgesprochen; aber im Beginne des Jahres 1701 ward die Willigkeit erkennbar. Eben damals hatte Ludwig XIV. auch den Rath Harcourts vom 22. December zum nachdrücklichen Auftreten wider die Republik erhalten. Wir haben also seine Antwort zu vernehmen.

„Obwohl es zu wünschen wäre, schreibt er am 4. Januar 1701, daß die holländischen Truppen bald aus den belgischen Städten abzögen: so bleibe ich doch bei meiner neulich Ihnen dargelegten Ansicht, daß wir diesen Abzug bei den Generalstaaten zur Zeit noch nicht erzwingen dürfen. Lassen wir ihnen noch ein wenig Zeit, so werden wir ihnen den Abzug begreiflich machen als eine unerläßliche Bedingung des Friedens, welchen die Holländer zu wünschen scheinen. Wenn ich dagegen stark in sie drängte und zur Zeit Drohungen anwendete, um sie zu dieser Abberufung zu nöthigen: so würden sie meinen, daß ich im Vereine mit dem Könige von Spanien auf einen Vorwand ausginge, um ihnen den Krieg zu erklären. Der König von England

würde sich das zu Nutze machen, um sein Parlament für den Krieg zu stimmen. Weil dagegen die englische Nation weiß, was sie im Kriegsfalle durch die Unterbrechung des Handels mit Spanien verlieren würde: so ist es wahrscheinlich, daß sie sich allen Beschlüssen, die den Krieg hervorrufen könnten, widersetzen wird, so lange die Vorwände fehlen, welche angewandt werden könnten, ihnen die Besorgnis einzuflößen, daß die bisher aus dem Handel mit Spanien ihnen erwachsenden Vortheile ihnen versperrt werden sollen."

Ludwig XIV. beharrt also dabei, seine Truppen an der Grenze bereit zu halten, will jedoch nicht Thätlichkeiten beginnen. Er will auch nicht für die Anerkennung Philipps V. einen Termin setzen. „Wenn ich das thäte, sagt er, so würde der König von England dies beim Parlamente benutzen. Er würde dort behaupten, daß die eigenen Ansichten des Königs von Spanien gar nicht in Frage kommen, daß die spanische Monarchie sich nur nach meinen Befehlen richte, und demgemäß würde er durch den also gestellten Termin das Parlament stacheln, so daß es sich mitbetheiligen würde an dem Verdrusse, den dieser Fürst, ungeachtet der Gleichgültigkeit, die er zur Schau zu tragen sucht, dennoch nicht verhehlen kann. Es genügt daher die Mittel anzusammeln, alles bereit zu halten, um für den Fall, daß die Engländer und Holländer zum Entschlusse des Krieges kämen, ihnen denselben zu verleiden. Allein es ist für uns nicht rathsam die ersten Schritte zu thun, die einen Bruch nach sich ziehen können, und darum werde ich von den Befehlen, welche die Junta von Spanien an den Kurfürsten in Brüssel hat ergehen lassen, zunächst keinen Gebrauch machen" [1]).

Die Worte Ludwigs XIV. lassen demnach ersehen, daß er das Vorschieben seiner Truppen bis Dietenhofen, welches die Staatsmänner im Haag mit Schrecken und Sorge für ihre Besatzungen in Luxemburg und Namur erfüllte, nicht als eine unmittelbare Drohung, noch viel weniger als eine Thätlichkeit gegen die Republik betrachtete. — So der König am 4. Januar 1701.

Mit anderem Auge sah Harcourt von Madrid aus die Lage der Dinge an. Noch bevor diese Darlegung des Königs ihm zukam, drang er am 8. Januar aufs neue auf die Ausschaffung der Holländer aus

[1]) Vom 4. Januar 1701. Bei Hippeau t. II, p. 411 et suiv.

den belgischen Festungen. Nach seiner Ansicht war eine Forderung dieser Art so gerecht, daß sie für die Engländer keinen Vorwand zum Bruche hergeben konnte. Dann erhielt Harcourt jenes Schreiben vom 4. Januar. Erst darauf hin faßt er seine Vorstellungen, im Vereine mit Beauvilliers, nochmals in nachdrücklicher Weise zusammen.

„Von einem längeren Aufenthalte der holländischen Truppen in Belgien, schreibt Harcourt am 17. Januar 1701, ist alles zu fürchten. Von dem bösen Willen dieser Nation wider uns darf man zur Genüge überzeugt sein. Die Holländer können nicht anders als mit wohl begründeter Beklemmung ansehen, daß nicht bloß ihre Größe, sondern auch ihre Freiheit in unserer Hand steht. Wenn sie ihren wahren Interessen folgten und in voller Freiheit sich bewegten: so würden sie nur zu dem Schutze Ew. Majestät ihre Zuflucht nehmen. Aber da die Lenker dieser Republik seit langem durch den König von England gewonnen sind: so vermögen es diese Persönlichkeiten, das Interesse des eigenen Vaterlandes der Leidenschaft jenes Fürsten zum Opfer zu bringen. Um daher ihren Absichten zuvorzukommen, muß man sie demgemäß betrachten und behandeln. Nach meiner Ansicht also ist das Zaudern der Republik mit der Anerkennung des Königs von Spanien, so wie mit einer Antwort auf den Vorschlag, die belgischen Plätze zu räumen, endlich das durch den schwedischen Botschafter gemachte Anerbieten eines Vertrages — alles nur Schachzüge, um inzwischen die Vorbereitungen zu treffen. Wenn Ew. Majestät ihnen Zeit lassen, so gewähren Sie ihnen damit auch die Muße für ihre Maßregeln. Wenn Ew. Majestät dagegen in sie dringen, so nehmen Sie ihnen diese Zeit. Ist aber der Krieg unvermeidlich, so ist es besser heute als morgen. Der Aufschub kommt den Feinden zu gute. Er beläßt ihnen die Mittel anzufangen, wann es ihnen zweckmäßig erscheint. Sie haben die erforderliche Zeit, ihre Schiffe aus dem Mittelmeere abzuberufen, die Ladungen in Sicherheit zu bringen. Der Vortheil, den sie dadurch erhalten, reicht auf einige Zeit für den Krieg aus. Wird er ihnen genommen, so vermögen sie nicht einmal anzufangen."

„Ja ich wage sogar zu sagen, daß ein bei der jetzigen Sachlage unternommener Krieg, der nur kurz sein könnte, Ew. Majestät vortheilhafter sein würde als die gegenwärtige Friedenslage, und zwar darum, weil der Krieg Sie in den Stand setzen würde, einen Frieden

vorzuschreiben nach Ihrem Willen. Gestatten Sie mir, diese Sachlage vorzuführen, obwohl sie Ew. Majestät besser bekannt als mir" [1]).

Es würde überflüssig sein in Erörterungen einzugehen, die keinen Erfolg gehabt haben. Harcourt sprach darin namentlich seinen Zweifel an der Zuverlässigkeit des Kurfürsten Max Emanuel aus. Seine Bedenklichkeiten für damals waren begründet. Max Emanuel hatte weder mit Wien abgebrochen, noch viel weniger mit dem Könige von England. Noch für längere Zeit schaute er aus nach allen Seiten, berechnend und abwägend, von wo ihm der größere Vortheil winke. Eben auch in Bezug auf diese Unzuverlässigkeit drängte Harcourt. Niemals, sagt er, sei ein schneller und kühner Entschluß so nothwendig gewesen wie bei dieser Sachlage. Fünfzehn französische Linienschiffe lagen damals bereit zur Abfahrt nach Indien, acht waren bestimmt für die Meerenge von Gibraltar. Harcourt gab den Rath, daß Ludwig XIV., sobald diese Abfahrt erfolgt, und zugleich zu Lande alles vorbereitet sein würde, im Haag und in London kategorisch seine Anfrage über Krieg und Frieden zu stellen habe. „Niemals, schloß er, wird für Ew. Majestät eine günstigere Gelegenheit winken, Ihren Völkern einen so vortheilhaften, so soliden Frieden zu sichern" [2]).

So Harcourt am 17. Januar 1701. Es wird sich uns einige Wochen später ergeben, daß derselbe Gedanke, den er hier als Hoffnung aussprach, in der Republik sehr lebendig war als Furcht. Eben derselbe Gedanke ward aber auch noch an anderen Orten getheilt. „Es ist gewis, sagte zwei Jahre später, im Rückblicke auf den Winter von 1700/1, der Graf Lamberg zu dem Kaiser Leopold, daß, wenn Frankreich die Ueberlegenheit seiner Macht besser erkannt und mit Nachdruck sie in Anwendung gebracht hätte, der Todesstreich für uns unabwendbar gewesen wäre. Dann würde zur Zeit die gesammte Welt unter der französischen Knechtschaft seufzen" [3]). Ja man befürchtete, daß Ludwig XIV. als Vorwand zur Niederwerfung der Republik zu Gunsten

---

[1]) Hippeau t. II, p. 432 et suiv. Vom 17. Januar 1701.

[2]) A. a. O. p. 435.

[3]) Relazione del conte di Lamberg, fol. 30^{b}: Certo è che se la Francia avesse meglio pesate le sue forze, conosciuta la prepotenza di esse, avesse proseguite le sue imprese, il colpo sarebbe stato inevitabile, ed il Mondo tutto gemerebbe a quest' ora sotto la sua schiavitudine.

seines Enkels den einstigen Abfall derselben von Philipp II. benutzen könne.

Es geschah nicht. Die nachdrückliche Rede des Botschafters Harcourt vermochte nicht die vorher gefaßte Meinung Ludwigs XIV. zu erschüttern. Er wußte, daß Wilhelm III. damals das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. „Der König von England, sagt er, schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß ein neugewähltes Unterhaus ihm günstiger sein werde. Aber die Erfahrung zeigt, daß die Könige von England sich in solchen Hoffnungen oft getäuscht haben. Meine Nachrichten von dort melden eine so allgemeine Abneigung der Nation wider die Nachtheile eines neuen Krieges, daß man mit Sicherheit auf einen starken Widerspruch des Unterhauses gegen Plane solcher Art zählen kann" [1]).

Dies ist der eigentliche Kern der Erwägungen Ludwigs XIV. Ohne die Zustimmung des englischen Parlamentes blieb aller Zorn Wilhelms III. wider ihn machtlos. Ohne die Hülfe von England mußte aber auch die Republik Holland sich in alles fügen. Ohne die Hülfe der Seemächte konnte endlich auch der Kaiser nichts mit Nachdruck unternehmen.

Harcourt drängte noch einmal alle seine Gründe in einen Satz zusammen. „Ich wiederhole, sagte er, daß, wenn Ew. Majestät Krieg haben sollen, es besser ist heute als morgen" [2]). Der König dagegen beharrte mit den Worten: „Ich will alle Mittel bereit halten, zu Lande wie zu Wasser, um die Plane des Königs von England und der Republik durchkreuzen zu können; aber ich will zur Zeit mit der Forderung, den König von Spanien anzuerkennen, nicht weiter in sie dringen. Wenn der König in seiner Hauptstadt eintrifft: so ist für ihn die Zeit gekommen, aller Welt seine Thronbesteigung kund zu thun. Dann ist kein Vorwand zum Ausweichen mehr gestattet" [3]).

Demnach gewährte Ludwig XIV. aus sich das, was bei der Lage der Dinge Wilhelm III. und Heinsius am sehnlichsten wünschten, Aufschub und demgemäß Zeitgewinn.

---

[1]) Hippeau t. II, p. 427. Vom 14. Januar. — Man vergleiche Dangeau t. II, p. 12.

[2]) Vom 20. Januar, Hippeau t. II, p. 438.

[3]) A. a. O. p. 428.

Für alle Betheiligten aber, ob freundlich, ob feindlich, war England der Kern aller Hoffnungen und aller Befürchtungen. Dahin also haben wir unsere Blicke zu lenken.

Die Schwierigkeiten der Lage des Königs Wilhelm waren groß, mehr verwickelt sogar als damals irgend ein Mensch außer ihm erkannte. Denn ein besonderes Geheimnis trug nur er bei sich allein, so sehr, daß es auch in seinen Briefen an Heinsius nicht zu Tage tritt. Dies war sein Plan der Feststellung der englischen Thronfolge auf das Haus Hannover. Die Kurfürstin Sophie zwar hatte durch ihre Antwort an Stepney (Band VIII, S. 567 u. f.), so wie bei den folgenden persönlichen Zusammenkünften mit Wilhelm III. in Loo und im Haag sich als jacobitisch gesinnt bewiesen; dennoch gab der König die Hoffnung nicht auf, durch seinen alten Freund, den Herzog Georg Wilhelm in Celle, den Schwager der Kurfürstin, eine geneigtere Antwort zu erlangen. Wir werden den Versuch zu diesem Zwecke, so wie das Ergebnis später kennen lernen. In England bedurfte Wilhelm III. für die Feststellung der Thronfolge in diesem Sinne der Tory-Partei. (Man vergl. Bd. VIII, S. 557.) Eben diese Partei aber hatte ihre Abneigung gegen den Theilungsvertrag, ihre Freude über das spanische Testament und über die Annahme desselben offen kund gegeben. Sie war durchaus nicht kriegesgeneigt. Und doch haben uns die eigenen Worte Wilhelms III. an Heinsius kund gethan, daß er nach der Annahme des Testamentes den Krieg wider die bourbonische Macht im Interesse der Selbsterhaltung von England und Holland für nothwendig erachtete, daß er dahin diese beiden Völker führen wollte. Das Hinüberlenken zu den Tories gerade damals erschien vielen Zeitgenossen wie ein unlösbares Problem [1]). Mit um so schärferer Aufmerksamkeit haben wir also die Schritte des Königs zu verfolgen, der zwei, anscheinend divergente Ziele zugleich zu erreichen strebt, und haben vor allen Dingen zu lauschen auf jedes seiner eigenen Worte.

Im Laufe des Monates December 1700 erregte es in England Aufsehen, daß Ludwig XIV. zur selben Zeit, wo er im Haag das Ver-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. Januar 1701.

langen nach der Anerkennung des neuen Königs von Spanien in vielfacher Weise kund gab, in England zu diesem Zwecke gar keine Schritte that. Man vermuthete, daß Ludwig XIV. nach der Kränkung, die er durch die Lossagung von dem Theilungsvertrage dem Könige Wilhelm angethan, jeden Versuch dieser Art für erfolglos halten möge, oder auch, daß er, bei der abgeneigten Haltung des Parlamentes, Wilhelm III. nicht fürchte[1]). Allerdings legte ja Ludwig XIV., wie er sich zu Harcourt darüber aussprach, auf diese abgeneigte Haltung großes Gewicht. Gerade darum aber erwartete er, daß von den Engländern selber her die Anforderung der Anerkennung an den König herantrete. Diese Ansicht war richtig. Bereits am 4./14. December schrieb Wilhelm III. an Heinsius: „Alle Welt dringt hier auf die Anerkennung des neuen Königs von Spanien, und, da ich weder mit diesem selbst, noch mit den Spaniern eine Differenz habe, so sehe ich nicht ab, wie es mir möglich sein wird, sie noch lange hinaus zu schieben" [2]).

Einige Tage später traf der Botschafter Tallard wieder in London ein. Er hatte einst den Theilungsvertrag in gutem Glauben unterhandelt, und war dann über die Annahme des Testamentes so sehr betroffen, daß er seinen Freunden fast wie geistig gestört erschien[3]). Er trat nun wieder vor Wilhelm III. Der einst so rasche Fluß seiner Rede stockte völlig. Er überreichte das Schreiben seines Königs, ohne auch nur Ein Wort hervorzubringen. Wilhelm III. nahm das Schreiben und las. Dann sprach er: „Vielleicht habe ich einen allzu lebhaften Eifer für die Erhaltung des Friedens gezeigt: meine Neigung indessen in dieser Richtung hat sich nicht geändert". — Tallard erwiederte: „Der König, mein Herr, glaubt einen ähnlichen Beweis seiner Friedensneigung gegeben zu haben durch die Annahme des Testamentes". Dann machte er seine Verbeugung und zog sich zurück[4]).

Unterdessen ward von Tage zu Tage mehr sichtbar, daß der König sich zu den Tories neigen wolle. Der Graf Rochester und Lord Godolphin, die als Häupter derselben angesehen wurden, traten fast täglich bei ihm ein. Montague, der Kanzler der Schatzkammer, hoch

---

1) Hoffmanns Bericht vom 7. December 1700.
2) Grovestins t. VII, p. 403.
3) St.-Simon hat dies ausgemalt, Mémoires t. II, p. 137.
4) Grovestins t. VII, p. 404.

verdient als Finanzmann, beim Könige beliebt, aber als Whig den Tories verhaßt, schied aus dem Rathe des Königs. Daß nicht eine Ungnade der Grund, ward ersichtlich aus seiner gleichzeitigen Ernennung zum Baron Halifax. Am 10./21. December traten die Lords Rochester und Godolphin, der erstere als Statthalter von Irland, der andere als erster Lord-Commissär des Schatzamtes, in den Cabinetsrath ein. Dadurch lag es offen vor, daß fortan im Cabinet die Tory-Partei, unter der Führung jener beiden Lords, die Oberhand haben sollte. Es folgte die Auflösung des Parlamentes, die Ausschreibung von Neuwahlen. Bei der Mittheilung im großen geheimen Rathe gab der König als die Ursachen an: den Tod des Herzogs von Glocester mit den Consequenzen und den Zustand der Dinge in Europa. — So in den letzten Tagen des Jahres und Jahrhunderts.

Es ward beobachtet, daß die Stimmung der Engländer über die Wandlung in Spanien im December 1700, nicht mehr eine so befriedigte war, wie einige Wochen zuvor, daß allerlei Besorgnisse für die Zukunft laut wurden. Man erzählte: der König habe sich geäußert: wenn er den Herzog von Anjou nicht anerkenne und der Handel dadurch leide, so werde das Parlament nicht ermangeln, ihm diesen Uebelstand beizumessen. Erkenne er aber an und suche zugleich die alten Verträge zu erneuern: so habe er zu besorgen, daß Anjou sich darauf nicht einlasse, wenn nicht zugleich England sich verpflichte, dem Feinde des neuen Königs keinen Beistand zu leisten. Dieser Feind aber sei der Kaiser, von welchem er als König von England sich nicht trennen wolle [1]).

Es liegt nahe, daß Wilhelm III. diese Aeußerung mit Absicht hatte ausgehen lassen, um die Schwierigkeit seiner eigenen Position in die Seele jedes Engländers zu verpflanzen.

Bis dahin jedoch, bis in den Beginn des Jahres 1701, hatte Wilhelm III. noch keine authentische Nachricht über die Gesinnungen und die Plane des Kaisers. Der Graf Wratislaw, längst nach London ernannt, hatte zugleich die Aufgabe auf seiner Reise dahin namentlich auch bei dem durchaus kaiserlich gesinnten Kurfürsten von der Pfalz in Düsseldorf vorzusprechen. Dann erneuerte er, im Vereine mit dem Grafen Goes, im Haag bei dem Rathspensionär die Vorstellungen

---

[1]) Die Berichte Hoffmanns vom 21. December 1700, 4. und 11. Januar 1701.

gegen eine Anerkennung des Herzogs von Anjou. Erst am 8. Januar n. St. traf er in London ein. Er erfuhr von Hoffmann, daß, welche Räthe auch immer der König um sich berufe, als sein eigentlicher Vertrauensmann nur Graf Albemarle betrachtet werden dürfe. Bei diesem fand der Gesandte freundliche Willfährigkeit. Albemarle machte sein früheres Verhältnis zu dem kaiserlichen Gesandten Auersperg als Beweis seiner Gesinnung geltend. Er führte den Grafen Wratislaw nach Hamptoncourt, wo Wilhelm III. der Ankunft desselben bereits mit einiger Ungeduld harrte [1]).

Der König selber begann sofort dem Gesandten seine Stellung darzulegen. „Wenn etwa, sagte er, bisher zwischen dem Kaiser und mir Misverständnisse sich entsponnen: so kann ich Ihnen mit Wahrheit sagen, daß ich allemal innerlich darunter gelitten habe und niemals in Ruhe gewesen bin, bis die Dinge sich wieder in den früheren Stand gefügt. Zwar weiß ich, daß der letzte, mit Frankreich geschlossene Vertrag am kaiserlichen Hofe sehr übel aufgenommen worden ist. Er besteht nun allerdings nicht mehr, und es wäre demnach überflüssig, da, wo die Gegenwart uns erfordert, von vergangenen Dingen noch weiter zu reden. Auch dürfte es fraglich sein, ob es dem Interesse des Kaisers nicht förderlicher gewesen wäre, wenn er den Vertrag angenommen hätte. Jedoch muß ich zu meiner eigenen Beruhigung und zur Bezeugung des Vertrauens, welches ich in Sie als Gesandten des Kaisers setze, Ihnen aussprechen und versichern, daß das stärkste Motiv für mich die Wahrnehmung war, daß die englische und die holländische Nation zum Kriege weder Muth noch Neigung hatten. Von daher entsprang für mich die Besorgnis, daß der Kaiser und sein Haus noch weniger erhalten würden, als der Theilungsvertrag ihnen zuwies. Dazu auch war es mein persönliches Interesse den Krieg zu vermeiden. So bin ich zu dem Theilungsvertrage gekommen, in der Hoffnung daß dadurch das Gleichgewicht in Europa wenigstens einigermaßen erhalten werden könne."

„Wie nun zur Zeit die Dinge in Europa stehen, hätte der Kaiser sein Vertrauen Niemandem besser zuwenden können als mir. Ich kenne das Unrecht Frankreichs gegenüber dem Kaiser. Ich sehe die Gefahr

---

[1]) Die Berichte Hoffmanns und Wratislaws vom 11. Januar.

Europas, für die Einzelnen wie für Alle. Ich weiß, daß dies Königreich und die Republik nicht bloß für ihren Handel zu fürchten haben, sondern auch für ihre Freiheit. Ich bin endlich völlig überzeugt, daß ich persönlich so sehr exponirt bin wie irgend Einer. So gut daher mein Wille mit dem Kaiser zu gehen, ihm beizustehen: so ist ihm doch auch bekannt, daß ich, obwohl König hier, ohne das Zutreten des Parlamentes dem Kaiser eine sichere Hülfe nicht zu versprechen vermag. Wenn die englische Nation die Dinge mit denselben Augen anschauete wie ich: so würde sie erkennen, daß zur Zeit Frankreich und Spanien nur dem Namen nach zwei Monarchien darstellen, in der That und Wirklichkeit nur eine einzige sind. Auch liegt dies ja aus den neuesten Schritten des Königs von Frankreich klar vor Augen. Um jedoch zu Ihnen mit völligem Vertrauen zu reden, weil ja dem Kaiser mit Worten ohne Realitäten nicht gedient ist, muß ich Ihnen offen sagen, daß hier in England die Gefahr bisher nicht zur Genüge begriffen wird. Der Reichthum, den das Land aus dem Handel mit Spanien zieht, hält die Engländer derartig verblendet, daß sie den Verlust, welchen der Krieg ihnen bereiten würde, über alle Maßen fürchten. Ich für meinen Theil werde weder Fleiß noch Mühe sparen, das Parlament dahin zu führen, daß es mich in den Stand setzt, meinen guten Willen für den Kaiser auch durch Werke zu bethätigen, und bitte Sie, dies in meinem Namen dem Kaiser positiv zu versichern."

„Die Generalstaaten, fuhr der König fort, begreifen die ihnen drohende Gefahr sehr wohl. Allein es überwiegt bei ihnen die Furcht, welche die französische Uebermacht an ihrer Thüre ihnen einflößt. Um diese Furcht ihnen zu benehmen, werden wir vieler Zeit und geschickter Unterhandlungen bedürfen."

Der Graf Wratislaw sprach seinen Dank aus, und zugleich seine Hoffnung, daß, da nun der Theilungsvertrag nicht mehr bestehe, die Allianz vom 12. Mai 1689 wieder in volle Kraft trete. Er wies hin auf die Untreue des Königs von Frankreich. Wilhelm III. fiel lachend ein: „Niemand mehr als der Kaiser und ich haben erfahren, in wie weit man sich auf Verträge mit Frankreich verlassen darf. Ich versichere Ihnen, daß, wenn mein Können hier so absolut wäre, wie mein Wille gut: so würde ich noch heute mit Ihnen abschließen und versprechen, daß ich jegliche Forderung des Kaisers unterstützen will.

Aber ich will aufrichtig mit ihm handeln, nicht schöne Worte reden, welche ich durch die That nicht gut machen könnte. Da also mit Worten dem Kaiser nicht gedient ist, so müssen wir uns in Geduld fassen, bis ich dem Kaiser etwas Zuverlässiges in Aussicht stellen kann."

Wratislaw bemerkte dann: es sei sein besonderer Auftrag dem Könige das höchste Vertrauen zu beweisen, und, ohne seine Genehmigung, weder mit einem englischen Minister, noch mit einem fremden Gesandten in Beziehungen zu treten. Er bat daher, ihm die Persönlichkeiten zu benennen, denen der König sein Vertrauen schenke. Wilhelm III. erwiederte: „Sie können sich an Niemanden besser wenden als an mich selber. Ich werde Sie jederzeit gern anhören. Auch mit Lord Albemarle dürfen Sie alle geheimen Dinge bereden" [1]).

Wie Wratislaw dem Kaiser seinen Bericht über diese erste Audienz abstattete: so machte auch Wilhelm III. darüber sofort eine kurze Mittheilung an Heinsius. „Ich habe, meldet er, heute dem Grafen Wratislaw die Lage der Dinge hier zu Lande klar dargestellt, demgemäß auch die Unmöglichkeit für mich, bei allem guten Willen, für den Kaiser den Krieg anzufangen. Ich hielt es für besser mich ohne Umschweife darüber zu erklären, und ihn nicht in eitle Hoffnungen einzuwiegen. Auch schien ihn das zufrieden zu stellen. Ich habe es nicht für geeignet gehalten, ihm, gleich bei dieser ersten Zusammenkunft, zu eröffnen, daß es für uns unvermeidlich ist, den neuen König von Spanien anzuerkennen. Indessen ich werde bald dazu kommen müssen" [2]).

Zu diesem Zwecke schob der König den Grafen Albemarle vor. Dieser näherte sich vertraulich dem Residenten Hoffmann. Der König, sagte er, sei in den letzten Wochen sehr gedrängt, den Herzog von Anjou anzuerkennen, verschiebe es aber unter dem Vorwande, daß er zuvor die Gesinnung des Kaisers kennen müsse. Hoffmann erwiederte rasch: „Die Anerkennung würde der Sache des Kaisers den Todesstreich versetzen" [3]).

Demnach mußte Albemarle eine gleich ungünstige Antwort von dem Grafen Wratislaw erwarten. Er begab sich zu diesem. Albemarle

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 11. Januar 1701.

[2]) Grovestins t. VII, p. 425.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 14. Januar.

erkannte an, daß der Theilungsvertrag von französischer Seite als das Mittel benutzt sei, die Spanier zu dem verzweifelten Entschlusse der Hingabe an Frankreich zu bringen. Er redete zu Gunsten des Kurfürsten von Bayern, den man zu gewinnen trachten müsse. Er fragte dann, was die Anerkennung des Herzogs von Anjou viel schaden würde. Wratislaw erwiederte wie Hoffmann: „Sie würde der Ruin der Sache des Kaisers sein. Eine Anerkennung des Herzogs von Anjou durch England und die Republik wirkt entscheidend". Albemarle entgegnete mit Nachdruck: „Der Kaiser kann versichert sein, daß der König seine Sache nicht verlassen wird" [1]).

Nach langem Reden hin und wider schlug Albemarle ein merkwürdiges Verfahren vor. Wratislaw möge sich zu Rochester und Godolphin begeben, um sich bei ihnen über das Verhalten des Königs in Betreff der spanischen Sache zu beschweren. Es ist undenkbar, daß Albemarle einen solchen Vorschlag gemacht haben könne ohne Auftrag des Königs. Wratislaw ging sofort ein.

Er begab sich zu Godolphin. Er berichtete über seine erste Audienz bei dem Könige, nicht freilich gemäß der Wahrheit, sondern gemäß der Verabredung mit Albemarle. In Erinnerung an die Hülfe, welche der Kaiser im Jahre 1673 dem Oranier als Erbstatthalter der Republik geleistet, und ferner derjenigen von 1689, wo der Kaiser seine eigenen Vortheile gegen die Türken hintangesetzt, um einzutreten für die Freiheit von England und die Befestigung des neuen Thrones, habe der Kaiser sich in Betreff der spanischen Angelegenheit völlig auf den König verlassen. Aber nun habe der König sehr kühl erwiedert: er sei dem Kaiser für das Vertrauen sehr verpflichtet. Was aber die Hülfeleistung betreffe, so habe er das Parlament berufen. Er werde den Rath desselben in Betreff des Interesses der Nation vernehmen und demgemäß handeln. Auch die Berufung auf die Allianz von 1689, auf den geheimen Artikel derselben, habe von Seiten des Königs lediglich dieselbe Antwort hervorgerufen: er werde das Parlament darüber hören. Dann habe Albemarle sogar gesprochen von der Anerkennung des Herzogs von Anjou. Diese Anerkennung würde für die Sache des Kaisers noch sogar nachtheiliger sein als die Annahme des spanischen Testamentes

[1]) Wratislaws Bericht vom 14. Januar.

durch Ludwig XIV. Durch diese Annahme habe der Kaiser zwar einstweilen die spanische Nation eingebüßt, nicht jedoch auch die Hoffnung, sie wieder zu gewinnen: in Folge der Anerkennung dagegen würde er nicht bloß die Bundesgenossen England und Holland verlieren, sondern nach dem Beispiele derselben auch die Fürsten in Deutschland und Italien. Dann bliebe dem Kaiser nichts übrig, als auf irgend eine Weise sich mit dem Feinde selber abzufinden, eben dadurch aber auch sich für immer von England loszusagen und für die Freiheit desselben niemals wieder eine Hülfe zu leisten.

„Um dieses Unheil zu verhüten, fuhr Wratislaw fort, wende ich mich an Sie, so wie an andere hervorragende Mitglieder des Parlamentes, mit der Bitte, dem Könige bessere Intentionen einzurathen und der Nation anzudeuten, daß, wenn sie dies Mal den Kaiser verläßt, wo es sich nicht um eine Stadt oder eine Provinz, sondern um Königreiche handelt, sie auch ihrerseits in Zukunft sich keiner Assistenz vom Kaiser zu getrösten haben wird."

Die Rede blieb nicht ohne Wirkung [1]). Godolphin versprach mit dem Könige zu reden, auch dem Parlamente die Gründe Wratislaws für eine Unterstützung der Sache des Kaisers vorzutragen. „Harren Sie in Geduld, sagte er, bis das Parlament zusammen tritt; denn vielleicht dürfte von dort her noch viel Gutes zu hoffen sein. Verwundern Sie sich nicht über den Kaltsinn des Königs; denn dies ist seine natürliche Weise. Auch gestattet ihm seine Besonnenheit nicht, sich in eine Sache hinein zu engagiren, welche er ohne das Zutreten des Parlamentes nicht ausführen könnte". Wratislaw benutzte seinen Erfolg. „Ich habe, fuhr er fort, von dem Könige nicht verlangt, daß er vor dem Zusammentritte des Parlamentes sich positiv engagiren solle, sondern lediglich die Zusage erbeten, daß er auf das Parlament zu Gunsten der Sache des Kaisers einwirken wolle. Sein Ausweichen ist mir um so auffallender, weil man hier und in Holland das Gerücht aussprengt: der König sinne auf Krieg. Ich habe bei ihm nicht die geringste Disposition dazu gefunden. Auch die Haltung des französischen Botschafters ist mir verdächtig. Früher lauter Beweglichkeit,

---

[1]) Wratislaw im Berichte vom 7./18. Januar: „Diese meine mit Mylord Albemarle concertirte Beklagung hat keine übeln Effecten gemacht".

aus sich selber lebhafter Art, verharrt er nun, wo seinem Könige an den Entschlüssen von England so sehr viel liegen muß, in stiller Zurückgezogenheit vom Hofe. Dies bringt mich auf den Gedanken, daß vielleicht ein heimlicher Weg oder auch ein Vertrag existirt, der ihm die Sicherheit gewährt, daß der König hier nicht mit Frankreich brechen will. Ich halte daher das Gerücht von der Intention des Königs zum Kriege für einen Kunstgriff, dessen eigentlicher Zweck ist, daß das Parlament dieser Intention entgegentreten soll, damit der König sich vor dem Kaiser und der ganzen Welt mit der Berufung auf den Mangel an Geneigtheit des Parlamentes entschuldigen könne. Innerlich aber verlangt der König vielleicht nichts Anderes als in Ruhe seine Tage hinzubringen, und kümmert sich, selber erblos, wenig um das was nach ihm kommen wird."

Godolphin hörte mit gespannter Aufmerksamkeit. Dann erwiederte er: „Ich bitte doch, von dem Könige nicht vor der Zeit einen nachtheiligen Verdacht zu fassen, noch weniger dem Kaiser auszusprechen. Ich kann unmöglich glauben, daß der König im Herzen französisch sein sollte. Es ist richtig, daß er keine Succession hat; allein es wird die Aufgabe des Parlamentes sein, in dieser Beziehung Sorge zu tragen. Auch wird das Parlament sich dem Kaiser gegenüber so verhalten, daß England auch in künftigen Zeiten auf seine Hülfe bauen darf".

Dann begab sich Wratislaw zu Rochester, und redete dort im selben Sinne. Die Wirkung war noch stärker. Rochester versprach, daß er die gegen die Anerkennung des Herzogs von Anjou vorgeführten Gründe bei dem Könige geltend machen werde.

Uns Späteren liegt vor Augen, daß die von Wratislaw, gemäß der Verabredung mit Albemarle, vor Godolphin und Rochester entwickelte Darlegung, in so weit sie den König Wilhelm III. betrifft, durchweg im Widerspruche mit der Wahrheit steht. Wratislaw diente hier — und er war sich darüber völlig klar — als Werkzeug für die innere Politik des Königs in Bezug auf die Tory-Partei. Aber für ihn hatte die Sache noch eine andere Seite. Er war sich selber nicht klar darüber, ob er denn auch wirklich völlig der Wahrheit zuwider geredet [1]).

---

[1]) Aus dem Berichte Wratislaws vom 18. Januar: Aus diesem Allen ersehen E. K. M., von was für einer gefährlichen und verwirrten Negotiation dieses

Sein Mistrauen, welches durch die erste Audienz bei Wilhelm III. geschwunden schien, wuchs durch die Angelegenheit der Anerkennung von Anjou wieder empor. Er machte in der zweiten Audienz daraus kein Hehl.

Der König ließ ihm durch Albemarle kund thun, daß er mit ihm zu reden wünsche. Wratislaw begab sich also wieder nach Hamptoncourt, am 7./18. Januar. „Ich bin, begann er zu dem Könige, ganz befriedigt aus der ersten Audienz geschieden; denn ich hatte ja den Befehl Ew. Majestät, dem Kaiser zu versichern, daß Sie alles aufbieten würden, das Parlament dahin zu führen, daß es für das Recht des Kaisers eintreten werde. Dem Befehle Ew. Majestät gemäß, habe ich dann mich an den Grafen Albemarle gewendet. Allein zu meiner Bestürzung mußte ich vernehmen, daß er von der Anerkennung des Herzogs von Anjou zu reden begann. Ich zweifele nicht, daß er meine Erwiederungen darauf Ew. Majestät berichtet haben wird, und hoffe, daß Ew. Majestät niemals zu einem für das Recht des Kaisers so nachtheiligen Entschlusse kommen werden.“ Dann erstattete Wratislaw Bericht über seine Unterredungen mit Godolphin und Rochester, und benutzte die Antworten derselben, um jene seine Hoffnung abermals geltend zu machen.

Der König erwiederte: „Ich habe den Bericht Albemarles vernommen, und darum gewünscht mit Ihnen zu reden, so unlieb es mir auch ist, Ihnen etwas zu sagen, was Sie ungern hören, ich ungern ausspreche. Ich würde zu der Anerkennung Anjous nicht schreiten, wenn ich nicht von der Nation wie dazu gezwungen würde. Ich erneuere mein Versprechen, alles aufzubieten, um diese zwei Nationen so zu führen, wie der Kaiser es wünscht. Aber direct vermag ich es nicht. Diese beiden Nationen würden nicht fassen, wie man darauf ausgehen könne, einen König wieder zu entthronen, der mit der Zustimmung der ganzen Nation zur Krone berufen worden ist. Ich muß daher zunächst

---

ganze Werk dependirt, und kann gar wohl sein, daß unter den fictis, so ich denen zwei Lorden vorgebracht, gar viel Wahres sein kann, indem bei diesem Hof, ausgenommen einige Conjecturen, nichts zu penetriren ist. Doch will ich hoffen, daß dieser König, wie er mir saget, es mit E. K. M. aufrichtig meinet, und sich aller dieser Wege gebrauchen muß, um diese Leute zu seinem Zwecke zu bringen, zu welchem ich als ein Instrument diene.

ihn anerkennen, und zwar aus zwei Gründen. Zuerst muß das Parlament den Verdacht fahren lassen, daß ich beabsichtige, England in Krieg zu verwickeln. Dann muß ich Zeit gewinnen, um diese beiden Nationen zu bewaffnen. Sind sie es einmal, so werden sie durch sich selber und durch die Nothwendigkeit der europäischen Verkettung in den Krieg geführt, und dann wird man den Krieg so weit zu treiben haben, wie das Glück der Waffen es zuläßt."

Die Entgegnung befriedigte den Gesandten nicht. Er entwickelte die Consequenzen der Anerkennung in derselben Art wie vor Godolphin. Er mahnte noch stärker an die Entschlüsse des Kaisers von 1688. Damals habe der Kaiser mit Hintansetzung seines eigenen Interesses die Allianz geschlossen, von welcher die Sicherung der Freiheit, deren England zur Zeit genieße, zum erheblichen Theile abgehangen.

Unterbrechen wir hier die Rede des Grafen Wratislaw, um zuerst uns die Frage zu beantworten, ob die von ihm darin ausgesprochene Ansicht in dem damaligen England eine Zustimmung finden konnte. Wir müssen sagen: in dem damaligen England. Denn allerdings hat in der späteren Zeit die englische Neigung, die Folgen des Contactes mit dem übrigen Europa geringer anzuschlagen als sie der Wirklichkeit entsprachen, so sehr überwogen, daß jene Rede um hundertachtzig Jahre später vielleicht mit Zweifel aufgenommen wird. Es ist daher erforderlich, aus den Worten eines Engländers selbst, der mitten in jener Zeit stand, den Beweis zu führen, daß es damals nicht wenige Personen in England gab, welche mit jener Rede übereinstimmend dachten.

Eines der wenigen englischen Tagesblätter damaliger Zeit schreibt nämlich über das politische Verhalten des Kaisers Leopold wie folgt [1]).

„Als der König von Frankreich erfuhr, im Anfange September 1688, daß Belgrad nahe daran sei, in die Hände der Kaiserlichen zu fallen, ließ er, im Widerspruche mit dem Waffenstillstande von 1684, welcher errichtet war nach seinen abscheulichen Einbrüchen in den Nymeger Friedensvertrag, seine Truppen auf den Rhein marschiren und Philippsburg belagern. Man sollte nie vergessen, daß Groß-Britannien für die Grundlage der Freiheit, deren es sich heute erfreut, verpflichtet

[1]) Daily Courant. Monday, the 26th July 1708.

ist dem eingewurzelten Hasse des Königs von Frankreich wider den Kaiser, so wie seinen rastlosen Anstrengungen das Interesse des Kaisers zu Grunde zu richten. Denn es ist ganz augenscheinlich, daß, wenn der König von Frankreich, anstatt im September 1688 das Reich mit Krieg zu überfallen, seine Armee an die Grenze der Republik der Niederlande geschickt hätte, nur um sie mit Krieg zu bedrohen, die Generalstaaten weder den Prinzen von Oranien, noch ihre Truppen hätten entsenden dürfen, um diese Nationen zu befreien. So geschah es, daß der allerchristlichste Monarch seinen getreuen und ergebenen Freund und Verbündeten, den König Jacob, zum Opfer brachte. Denn es ist nicht denkbar, daß dieser die Einfalt oder die Thorheit besessen habe, in diesen Ländern die katholische Religion und die Willkürherrschaft aufrichten zu wollen ohne die Zusicherung einer auswärtigen Hülfe, und diese auswärtige Hülfe konnte von Niemandem anders ihm kommen, als von seinem Bruder von Frankreich. Aber dieser, wiederhole ich, brachte den König Jacob zum Opfer dar, um diejenigen Freunde zu erleichtern, die er höher schätzte, nämlich die Türken, welche selber als Angreifer die rächenden Waffen der Christen über sich heraufbeschworen hatten — und zugleich, um seiner Leidenschaft genug zu thun und den Neid zu befriedigen, welchen die großen Erfolge der gerechten Waffen des Kaisers in ihm erregt hatten, so wie endlich, um auch noch andere Absichten zu erreichen. Bei diesem Anlasse stellte der Kaiser Leopold das Gemeinwohl von Europa höher als sein eigenes Interesse. Er hemmte freiwillig den Lauf seiner Siege, und setzte sich außer Stande, von den errungenen Vortheilen über die Türken Nutzen zu ziehen. Dagegen schloß er mit dem Könige Wilhelm III. im Mai 1689 den Vertrag der großen Allianz wider Frankreich, und zog einen beträchtlichen Theil seiner siegreichen Truppen aus Ungarn nach dem Rheine. Die unvermeidliche Folge war der Verlust von Belgrad und von Nissa, so wie die beständige Gefahr, in Einem Feldzuge wieder zu verlieren, was im Laufe einer Reihe von Jahren mit dem Aufwande von so vielem Blute und Gelde errungen war. Der Kaiser hielt nach Westen aus bis zum Frieden von Ryswyck, und, obwohl er in Ungarn an Boden verlor, so behauptete er sich dennoch, bis der Prinz Eugen durch den Sieg bei Zenta das Siegel drückte auf die lange Kette der früheren, und dadurch den Frieden von Carlowitz erzwang."

Die Auffassung und Darlegung dieses Engländers von 1708 entspricht, wie die Thatsachen (in Band IV dieses Werkes) uns dargelegt, durchaus der geschichtlichen Wahrheit.

Kehren wir nach dieser Abschweifung zurück zu der Rede Wratislaws vom 18. Januar 1701 vor Wilhelm III.

Wenn man nun, fuhr er fort, das dem Kaiser durch die Allianz von 1689 Versprochene nicht halte: so liege dadurch die Erfahrung vor, daß der Kaiser sich auf keine Allianz mehr zu verlassen habe. Damit werde das Gleichgewicht Europas aufgehoben, das einigende Band der Völker zerrißen, und fortan bleibe nur noch jeder einzelnen Macht übrig zu versuchen, wie sie für sich allein sich der französischen Uebermacht erwehre.

Der König zuckte die Achseln. „Wenn es möglich wäre, erwiederte er, gleich anfangs diese beiden Nationen in den Krieg zu bringen: so würden die von Ihnen vorgebrachten Gründe völlig durchschlagend sein. Ich leugne gar nicht, daß ich durch die Anerkennung des Herzogs von Anjou dem Kaiser ein schweres Leid zufüge. Ich weiß auch, daß ich dem Kaiser alles schuldig bin. Eben aber, um nicht alles zu verlieren, thue ich diesen in sich dem Kaiser so schädlichen Schritt. Ich bitte nun, der Kaiser wolle darum mir sein Vertrauen nicht entziehen, wolle vielmehr meinem Rathe folgen, und mit gefaßtem Muthe und dem Aufgebote aller möglichen Kraft wenigstens das erste Jahr den Krieg anfangen. Ich kann dem Kaiser mit moralischer Gewisheit versichern, daß, ehe dieser Feldzug zu Ende, ja vielleicht ehe er recht begonnen, diese beiden Nationen mich zum Kriege gleichsam zwingen werden. Dies jedoch würden sie nicht thun, wenn sie mich zum Kriege geneigt erblickten. Es ist ja doch dem Kaiser mit meiner Person allein nicht gedient. Man zweifele nur nicht an meinem Willen, welcher jedoch im tiefsten Geheimnis zu halten ist. Man lasse mir nur die Zeit, diese beiden Nationen allgemach hineinzubringen: sie laufen dann vielleicht geschwinder hinein als man zur Zeit sich vorstellt" [1]).

Wie diese merkwürdigen Worte des Königs Wilhelm III. vom 7./18. Januar 1701 im voraus die Geschichte des nächsten Jahres spiegeln: so zeigen sie zugleich ihn in dem Vollbewußtsein seiner Kraft

[1]) Anlage I.

und Ueberlegenheit. Er selber hat hier klarer noch als zuvor die Aufgabe gezeichnet, die er sich stellte. Wir werden seinen Schritten nachzugehen haben, um zu ersehen, wie er sie löste.

Dagegen ist es kaum zu verwundern, wenn die Worte des Königs bei dem Gesandten nicht ein gläubiges Ohr fanden. Wratislaw hielt namentlich entgegen, daß inzwischen die verschiedenen kleineren Fürsten, wenn ohne Aussicht einer Hülfe von den Seemächten, sich mit Frankreich einlassen würden. „Vielleicht, erwiederte der König, ist auch dies Uebel nicht so groß, wie Sie es sich vorstellen. Denn ich werde unterdessen nicht ermangeln auf die Reichsfürsten einzuwirken. Für das Haus Braunschweig-Lüneburg, für Brandenburg und Hessen-Kassel darf ich fast gut sagen." — „Mit diesen Fürsten allein, versetzte Wratislaw, ist dem Kaiser nicht geholfen. Um einen Reichskrieg zu machen, bedarf er der Mehrheit der Stimmen, welche ihm jene Fürsten nicht verbürgen. Leider gibt sogar die Erfahrung, daß gerade die mächtigsten Reichsfürsten dem Kaiser eher lästig als nützlich sind. Dagegen sind die Schwächeren, nämlich die geistlichen Kurfürsten, die Kreise Franken und Schwaben, so sehr bloß gestellt, daß sie, eingeschüchtert durch einen solchen Schritt der Seemächte, bereit sein würden zur Neutralität. Wenn also Ew. Majestät dem Kaiser nicht helfen können: so bitte ich wenigstens, durch den Schritt der Anerkennung ihm nicht schaden zu wollen." Wilhelm III. erwiederte: „Wenn Sie mein Herz sehen könnten, so würden Sie finden, daß ich dem Kaiser helfen will. Die Thatsachen werden zeigen, wie gut ich es mit dem Kaiser vorhabe; allein es steht mir zur Bethätigung meiner Gesinnung kein anderer Weg zu Gebote, als der, welchen ich nach reiflicher Erwägung gewählt".

Wratislaw erkannte, daß er den Entschluß des Königs in der Hauptsache nicht zu erschüttern vermöge. Er wandte sich zu einem Nebenpuncte. „Mit welchem Fug, fragte er, darf ich dem Kaiser anrathen, allein einen Krieg wider einen Feind anzufangen, vor dem man sich hier und aller Orten fürchtet? Würde nicht das Heilmittel ärger sein als das Uebel? — Zwar ist die kaiserliche Armee in gutem Stande, waffengeübt; aber man weiß doch auch an unserem Hofe sehr wohl, wie weit Frankreich uns an der Zahl der Truppen überlegen. Dazu kommt der Zustand der Länder. England und Holland haben über die Last des vorigen Krieges geklagt. Und doch hatten sie nur den

einen Krieg wider Frankreich, während dessen ihr Handel blühete. Die kaiserlichen Erblande dagegen trugen die Last des doppelten Krieges nach Ost und nach West, und zwar den türkischen Krieg viel länger. Der Feind stand auf unserem Boden. Er hatte Ungarn und Nieder-Oesterreich verheert und verbrannt. Wir besitzen nicht das Mittel des Handels zu unserer Erholung, nicht den raschen Umlauf des bei uns weniger häufigen Geldes. Dennoch sind diese Erblande willig, nach allem Vermögen für den Kaiser einzutreten, wenn sie nur auch eine Hülfe von anderen Mächten her gewahren würden. Aber allein? Die Aufgabe ist gar zu schwer." — Der König erwiederte: „Nur für den Anfang; denn wir werden folgen. Im schlimmsten Falle wagt der Kaiser nichts mehr, als daß seine Armee etwas leiden wird. Denn Frankreich wird gar zu froh sein, wenn es die Dinge im jetzigen Stande erhalten kann. Es wird sich hüten, den Kaiser mit gesammter Macht anzugreifen, weil es uns beobachten muß. Dagegen hangt für den Kaiser alle Aussicht auf unsere Hülfe ab von seinem Beginne. Möge er sich nur auch bemühen das Reich mit heranzuziehen, und dafür will ich fleißig mit arbeiten".

Auch an diesem Puncte zurückgewiesen, machte Wratislaw noch einen anderen Versuch. „Wenigstens, sagte er, bitte ich den Schritt der Anerkennung nicht vor dem Zusammentritte des Parlamentes zu thun." Wilhelm III. erwiederte: „Ich darf nicht bis dahin warten, weil es geschehen würde zum Nachtheile des Kaisers. Denn ich sehe mit Sicherheit voraus, daß das Parlament diesen Schritt verlangen würde. Dann aber würde nicht ich mehr der Meister sein. Vielmehr würde man mir noch andere gefährliche Consequenzen aufdringen. Dagegen bin ich eben so moralisch sicher, daß, wenn ich den Schritt vorher thue, das Parlament ihn nicht gut heißen und dadurch mir Gelegenheit geben wird, dem Interesse des Kaisers reelle Dienste zu leisten" [1]).

So der Bericht des Grafen Wratislaw über diese merkwürdige Unterredung vom 18. Januar 1701. Wir haben mit demselben zu vergleichen denjenigen Wilhelms III. an den Rathspensionär, oder, um es richtiger zu bezeichnen, an die Republik Holland.

---

[1]) Anlage II.

„Ich danke Ihnen, schreibt der König an Heinsius, für den genauen Bericht über die Verhandlungen in Betreff der Anerkennung des neuen Königs von Spanien. Nach meiner Ansicht, wie ich Ihnen bereits mitgetheilt, wäre es vorzuziehen, die Anerkennung einfach auszusprechen, ohne alle Unterhandlung über Vorsichts-Maßregeln, die mir an sich illusorisch erscheinen, und heute noch mehr als je zuvor, weil sich Spanien rückhaltlos an die Macht Frankreich hingegeben. Das Eingehen in irgend welche Unterhandlung zu diesem Zwecke ruft für uns die Gefahr großer Verlegenheiten hervor, aus denen wir uns zu entwinden keine Aussicht haben. Denn eine Unterhandlung mit Frankreich versperrt uns den Weg zur Allianz mit dem Kaiser, während die einfache Anerkennung des Königs von Spanien uns alles offen läßt, so daß wir dem Kaiserhofe gegenüber jede Verbindlichkeit eingehen können, nur freilich nicht diejenige des sofortigen Krieges. Nun ist es aber nicht zweifelhaft, daß Frankreich selber uns bald die Gelegenheit bieten wird, uns mit zu betheiligen, wenn nur der Kaiser es auf sich nehmen will, mit Nachdruck den Anfang zu machen."

„Ich habe versucht, dies alles dem Grafen Wratislaw klar zu machen. Aus seinen Antworten indessen habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß der Wiener Hof unser sofortiges Mit-Eintreten verlangt. Ich habe dem Gesandten sehr bestimmt ausgesprochen, daß man sich darauf keine Hoffnung machen dürfe, daß England und Holland durchaus noch nicht so weit seien. Dies schien ihn sehr zu verstimmen. Demnach ist anzunehmen, daß der Kaiser seinerseits den Krieg nicht anfangen will, bis ihm eine Offensiv-Allianz das Miteingreifen von England und Holland sichert. Das ist ein großer Uebelstand; denn unser Interesse verlangt das Vorangehen des Kaisers. Dies gäbe uns eine Bürgschaft der Zuverlässigkeit von dort her, während doch, wenn einmal der Krieg begonnen hat, England und die Republik nicht zurückbleiben können."

„Indem ich den Grafen Wratislaw von der Wahrheit des Gesagten zu überzeugen suchte, hob ich zugleich hervor, daß eine Anerkennung des Herzogs von Anjou das Wesen der Frage nicht verändere. Allein ich bezweifele, daß bei diesem ungewissen Stande der Dinge der Kaiser den Entschluß zum Kriege faßt. Es scheint mir sogar, daß die Vorbereitungen in Wien nur matt betrieben werden, durchaus nicht so,

daß sie einen festen Entschluß beweisen. Ich besorge auch, daß der Hof dort zu demselben Verfahren zurückkehre wie früher, und schon jetzt dahin trachte, die ganze Last des Krieges auf England und Holland abzuwälzen. Ich habe diese Besorgnis dem Grafen Wratislaw ohne Umschweif ausgesprochen."

„Sein hauptsächlicher Einwand wider die Anerkennung — und allerdings nicht ohne Grund — besteht darin, daß sie auf die anderen Fürsten entmuthigend wirken, sie abhalten wird, sich dem Kaiser anzuschließen. Aber ich habe ihm erwiedert, daß es doch nur von dem Kaiser abhange, durch seine feste Haltung, durch seinen Hinweis auf unsere gute Gesinnung für ihn, diesen übelen Eindruck zu verwischen, während wir unsererseits nicht ermangeln würden uns zu unseren Freunden und Bundesgenossen auszusprechen, in welchem Sinne wir die Anerkennung verstanden wissen wollen."

„Das ist, mit kurzen Worten, der Gesichtspunct, von welchem aus ich diese Frage betrachte, indem ich sie jedoch dabei immer der gegenwärtigen Stimmung unterordne, sowohl in England, wie in Holland. Denn, wenn man nicht ausführen kann, was man möchte, so bleibt nur noch übrig sich so einzurichten, daß man das möglichst Beste thue. Theilen Sie dies den Generalstaaten als meine Ansicht mit; denn, obwohl sie sich um meine Meinung an mich gewandt, so werden Sie mir Recht geben, daß ich, bei der jetzigen Lage der Dinge, mich nicht schriftlich direct ihnen gegenüber aussprechen kann."

„Ich bin erfreut zu vernehmen, fügt der König hinzu, daß die Besorgnisse in der Republik ansteigen; denn damit wächst zugleich die Hoffnung, daß man Vorbereitungen treffen werde, sowohl das eigene Land zu schützen als den Bundesgenossen zu helfen. Man muß daher eilig neue Werbungen anstellen. Allerdings sehe ich voraus, daß die Herren in Amsterdam dagegen Einspruch erheben werden. Aber gerade die Vermehrung der Armee ist unerläßlich, weil, im Falle es nicht geschieht, die Republik, bei der geringen Anzahl ihrer Truppen, der Gefahr einer Invasion ohne Widerstand bloßgestellt ist" [1]).

Wir haben von anderer Seite her erfahren, wie sehr richtig diese Ansicht Wilhelms III. war, und daß damals das beste Bollwerk für

[1]) Grovestins t. VII, p. 427 et suiv.

die Republik bestand in dem Wunsche Ludwigs XIV., die große Beute in Frieden heimzutragen, und demgemäß in seiner Erwägung, nicht selber durch einen Act offener Gewalt den Anlaß zu einer Störung dieses Friedens zu geben.

Aus dem Vergleiche beider Schreiben vom 18. Januar, des Grafen Wratislaw an den Kaiser, des Königs von England an Heinsius, ergibt sich der damalige Stand der Dinge bei den maßgebenden Persönlichkeiten in London, dem Haag und in Wien. Im Haag fand die Mahnung Wilhelms III. Gehör und rief entsprechende Beschlüsse hervor. Aber auch sein Urtheil über die Vorbereitungen in Wien war in der Hauptsache durchaus zutreffend. Der ursprüngliche, noch im November 1700 gefaßte Entschluß, eine Truppenmacht nach Mailand zu entsenden, war, wie wir gesehen haben, aus verschiedenen Gründen aufgegeben. Inzwischen waren nun die französischen Truppen dort zuvorgekommen. Es handelte sich also für den Kaiser nicht mehr um die Erhaltung, den Schutz, sondern um den Wiedergewinn von Mailand mit bewaffneter Hand. Und zwar lagen die Dinge so, daß die Aufgabe, welche im Beginne für 6000 Mann kaiserlicher Truppen leicht zu lösen gewesen wäre, nun als eine schwierige erschien für eine Armee von 50,000. Die Vorbereitungen für diese Aufgabe waren damals, als Wilhelm III. jene Worte sprach, noch lange nicht getroffen. Ein Bericht des Prinzen Eugen vom 29. Januar entwickelt, wie viel ihm daran noch fehle [1]). Und wie sich aus den Erwägungen der kaiserlichen Räthe in denselben Tagen ergibt, ward der Gedanke, daß der Kaiser zuerst und allein in offenem Kriege gegen Frankreich vorgehen möge oder könne, dort noch gar nicht ausgesprochen [2]).

Wenden wir unsere Blicke zurück nach England: so steht im Vordergrunde unseres Interesses die eine wichtige Seite des Planes des Königs, das Geheimnis. Wilhelm III. will den Krieg gegen Frankreich. Das Parlament, oder namentlich die Tory-Partei, ist voraussichtlich nicht geneigt zum Kriege. Aber der König will dies Parlament so führen, daß er von dort her zum Kriege aufgefordert, ja gedrängt

---

1) Der Bericht in: Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III. Supplementheft S. 11 u. ff.

2) Conferenz-Protokoll vom 28. Januar 1701. Abgedruckt in: Feldzüge des Prinzen Eugen. Band III, S. 336 u. ff.

wird. Die wesentliche Bedingung für diese Führung ist, daß kein Engländer, auch nicht die Minister, oder vielmehr namentlich nicht die Minister, das eigentliche Ziel des Königs kennen. Der König geht anscheinend mit der Tory-Partei; aber die Häupter derselben, Rochester und Godolphin, indem sie vermeinen, den König nach ihrem Rathe zu führen, sollen nicht erkennen, daß sie geführt werden gemäß seinem Willen.

Die Reden des Königs zu Wratislaw haben uns gezeigt, daß er selber dies Geheimnis über seine eigentliche Absicht als bestehend annahm, und das Festhalten desselben von dem Gesandten verlangte. Es ist daher zunächst die Frage, ob sich auch von anderer Seite her die Thatsache dieses Geheimnisses ergibt.

Nach den Berichten des landeskundigen Residenten Hoffmann, der, wie Wratislaw meldet, nach seinem langjährigen Aufenthalte dort wie ein Engländer angesehen wurde, muß diese Frage bejaht werden. Dies um so mehr, da Hoffmann selber damals in den Irrthum über den König mit einging. Bei den in London weilenden Mitgliedern des Parlamentes stand nämlich die Ansicht fest, daß der König mit Frankreich nicht brechen wolle. „Verlassen Sie sich darauf, sagte einer derselben zu Hoffmann, daß alles, was vom Hofe aus dem Kaiser versichert wird, nur Grimasse ist." Man zählte dafür verschiedene Gründe auf. Der König wolle nicht für Frankreich einen Anlaß bieten, abermals etwas zu Gunsten des Königs Jacob gegen England zu unternehmen. Ferner nehme die Gesundheit des Königs ab. Seine Günstlinge wünschen aber sein längeres Leben. Aehnlich daher, wie die Frau von Maintenon auf Ludwig XIV. für den Frieden von Ryswyck eingewirkt, sei die Umgebung Wilhelms III. beflissen zu reden für die Anerkennung des spanischen Testamentes. Dazu sei England in die großen Parteien zerklüftet, und der König keiner derselben sicher. Er müsse vielmehr voraussehen, daß keine von ihnen die Mittel für eine Landarmee bewillige. Selbst aber auch, wenn das geschähe, so sei für den König noch ein Anderes zu besorgen. Denn, da die Erfahrung des vorigen Krieges, und namentlich die schwere Schuld, die von damals her dem Lande geblieben, Zeugnis ablegen für die schlechte Verwaltung der Mittel: so werde das Parlament von daher den Anlaß nehmen, die Verwaltung für sich zu verlangen. Der König aber, um diesen

neuen Einbruch in seine Prärogative zu vermeiden, werde es darauf nicht ankommen lassen. Er habe für sein Leben Ruhm genug erworben: er werde ihn nicht weiter aufs Spiel setzen wollen[1]).

„Alle diese Motive jedoch, fügt Hoffmann hinzu, entschuldigen nicht den Hof, daß er mit der Anerkennung von Anjou vorgehen will, ohne erst das Parlament abzuwarten.“ Wir haben dagegen den wahren Grund Wilhelms III. aus seinen Worten zu Wratislaw vernommen.

Hoffmann trieb bei einer Unterredung über die Frage der Anerkennung den neuen englischen Staats-Secretär Hedges so sehr in die Enge, daß dieser, um sich los zu machen, mit dem Geständnisse hervortrat: er müsse bekennen, daß er von diesen Geschäften erst geringe Kunde habe[2]).

Die Thatsache des Geheimnisses für die Engländer dürfte demnach unzweifelhaft vorliegen. Sie tritt uns in der Regierung Wilhelms III. nicht als neu entgegen. Denn wir erinnern uns, wie Shrewsbury als Staats-Secretär, reich ausgestattet mit königlichen Gnaden und darum anscheinend der Mann des Vertrauens, dennoch in die auswärtigen Angelegenheiten sehr wenig eingeweiht wurde. Wir haben dieselbe Beobachtung gemacht bei den Verhandlungen über die Theilungsverträge. Niemals jedoch hat Wilhelm III. sich über den Grund dieses seines Verhaltens so klar und bestimmt ausgesprochen, wie gegenüber dem Grafen Wratislaw. Dieser Grund war der eigenthümlich nationale Zug der Engländer, über politische Geheimnisse, die das Ausland betrafen, vor den Landsleuten nicht zu schweigen. Nachdem schon der König und Albemarle den Grafen Wratislaw darauf hingewiesen, ließ der König ihm durch den cellischen Gesandten Schütz noch ausdrücklich den Satz wiederholen: „Ein Engländer macht in Betreff auswärtiger politischer Angelegenheiten alles seinen Landsleuten kund“. Demgemäß legt der Graf Wratislaw die Richtschnur seines Verhaltens dem Kaiser dar mit den Worten: „Wenn man einem Engländer über den guten Willen des Königs auch nur das Geringste sagen wollte: so würde dies Geheimnis, welches für die Sache Ew. K. Majestät noch einigen Nutzen schaffen kann, alsbald hier landesbekannt werden“. Es

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. Januar.

[2]) Wratislaws Bericht vom 21. Januar.

wußten demnach um dies Geheimnis der eigentlichen Intentionen Wilhelms III. in England nur die vier Personen: der König selbst, Lord Albemarle, der Graf Wratislaw, und der hannöverisch-cellische Gesandte Freiherr von Schütz, sämmtlich Nicht-Engländer.

Zugleich aber lag die Thatsache vor Augen, daß die Stimmung der Engländer, wie durchweg in jenen Zeiten, dem Kaiser geneigt war. „So oft ich mit einem Mitgliede des Parlamentes zusammentreffe, meldet Hoffmann, erhalte ich die Frage, wohin die Absicht Ew. K. Majestät gerichtet. Sie seien geneigt, dieselbe zu befördern: nur müßten sie wissen, worin sie bestehe. Wenn die Intention dahin gehe, den Herzog von Anjou zu entthronen: so sei darauf keine Aussicht. Verlange aber Ew. K. Majestät einen Theil: so müsse man sich darüber erklären. Ich pflege dann zu erwiedern, daß ich von ihnen her ja so oft vernommen: sie würden lieber das Hemd vom Leibe verkaufen als zugeben, daß Frankreich in Spanien herrsche. Ja, heißt es dann, die Anerkennung des Herzogs von Anjou in Spanien hat das alles geändert." Demgemäß aber hieß es vom Hofe Wilhelms III. aus: die Nicht-Anerkennung des Herzogs von Anjou würde eine Geneigtheit des Königs Wilhelm zum Kriege gegen Frankreich und Spanien an den Tag legen, und daher müsse auch der König von England anerkennen.

Auf diese Thatsache der dem Kaiser geneigten Gesinnung in England baute der Graf Wratislaw den Plan seines ferneren Verfahrens.

Die Wahrnehmung des Königs, daß dieser Gesandte sehr verstimmt von ihm gegangen, war durchaus richtig. Wratislaw seinerseits fühlte, daß er in seinen Vorwürfen vor Wilhelm III. persönlich sehr weit gegangen. Er fügte seinem Berichte hinzu: der Kaiser werde es hoffentlich nicht übel aufnehmen, daß er dem Könige hart zugesetzt und Undankbarkeit vorgeworfen habe. Er habe geglaubt, in diesem Falle dazu befugt gewesen zu sein, obwohl es ihm vorgekommen, daß der König auch in seinem eigenen Herzen sich diese Vorwürfe gemacht [1]. Jedenfalls ließ der König ihm gegenüber keine Empfindlichkeit spüren. Wilhelm III. schickte sogar am nächsten Tage den hannöverisch-cellischen Gesandten Schütz, um abermals mit Wratislaw zu reden. Es ergab

[1] Ich kann zwar nit anders sagen, (als) daß mich gedünket, daß Er es ihm in seinem eigenen Herzen selber gemacht hat.

sich bald, daß der König diesem Gesandten seines alten Freundes, des Herzogs Georg Wilhelm zu Celle, den ganzen Verlauf der lebhaften Audienz mitgetheilt hatte. Aber auch Schütz vermochte nicht, den Grafen Wratislaw dem Plane des Königs geneigter zu machen. Als am anderen Tage Wratislaw sich wieder nach Hamptoncourt begab, glaubte er zu bemerken, daß der König in dem damals üblichen Cercle der Gesandten ihn mit besonderer Höflichkeit behandelte, wiederholt das Wort an ihn richtete, namentlich ihn dem Grafen Tallard vorzog [1]).

Das alles indessen hob nicht das damalige Mistrauen des Gesandten wider den König. Seine Hoffnung auf eine Hülfe desselben für den Kaiser war gering. Demgemäß nahm er sich vor, in der durch Albemarle im Auftrage des Königs ihm auferlegten fictiven Rolle zu beharren, nämlich sich über den Kaltsinn des Königs für die Sache des Kaisers bei den Engländern zu beschweren. Der Eindruck, den sein Hinweis, daß der Kaiser fortan England bei etwaigen Gefahren ohne Hülfe lassen werde, auf Rochester und Godolphin gemacht, bürgte ihm dafür, daß dies Mittel auch fernerhin nicht erfolglos sein werde. Es war dabei nur der Unterschied, daß die Beschwerde im Sinne des Königs lediglich fictiv war, im Sinne des Gesandten in mehr als einer Beziehung ernstlich gemeint.

Wratislaw begab sich abermals zu Rochester, und erging sich vor diesem in schweren Klagen über den König. „Der Kaiser, sagte er, hat im Jahre 1688 die Vortheile ausgeschlagen, welche Frankreich ihm bot, wenn er nicht mit den Seemächten sich verbünden wollte. Er hat die Allianz mit ihnen geschlossen. Er hat dadurch Belgrad und Nissa eingebüßt. England dagegen besitzt in Folge dieser Allianz die Freiheit, deren es heute genießt. Nun kommt es auf die Gegenleistung an, die der Allianz-Vertrag von 1689 dem Kaiser verheißt, auf den Beistand zur Erlangung des spanischen Erbes. Aber dieser Beistand wird versagt. Und nicht bloß dies. Der König ist Willens durch die Anerkennung des Herzogs von Anjou der Sache des Kaisers den Todesstreich zu versetzen, und das Odium seiner Undankbarkeit auf die englische Nation abzuwälzen. Ich weiß, daß die englische Nation guten Willen für den Kaiser hat. Aber der König hat ihn nicht, und wird

[1]) Wratislaws Bericht vom 21. Januar.

den guten Willen der Nation nicht zur That werden lassen. Er läßt hier und in Holland das Gerücht aussprengen, daß er den Krieg wolle. Er will ihn nicht." Dann zählte Wratislaw alle die Gründe auf, welche nach der landläufigen Meinung der Engländer selbst den König vom Kriege abhielten. „Der Zweck jenes Gerüchtes, sagte er, ist lediglich das Gegentheil dessen was es sagt, weil ja vorauszusehen ist, daß, wenn der König wirklich die Absicht des Krieges hätte, die Nation ihm darin nicht beifallen würde." „Es thut mir leid, fuhr Wratislaw fort, daß Männer wie Sie und Godolphin, in diese Falle eingegangen sind. Viele Andere mit mir wissen, daß Sie beide dem Könige eingerathen, den Herzog von Anjou anzuerkennen. Sie beide haben ihm dadurch eine große Freude bereitet; denn er wird dem Parlamente gegenüber Sie als seine Rathgeber benennen. Nach meiner Ansicht indessen läßt der Streich sich noch abwehren, wenn Sie dem Könige sagen, ich hätte Ihnen so viele Gründe wider die Anerkennung vorgebracht, daß Sie Sich genöthigt sehen, das Votum für dieselbe zurückzunehmen. Sie würden dadurch dem Kaiser einen großen Dienst erweisen, andererseits sich der schweren Verantwortlichkeit vor dem Parlamente entheben."

Die scharfe Rede Wratislaws schlug ein. Rochester bat ihn, sich zu Godolphin zu begeben und auch diesem dieselben Gründe zu entwickeln [1]). Es geschah. Auch Godolphin ging in derselben Weise ein.

„Ich habe kein Bedenken getragen, fügt Wratislaw seinem Berichte hinzu, den König bei der Nation suspect zu machen, erstlich weil es der Hof mir selbst so angegeben, und dann, weil, wenn er im Herzen es ehrlich meint, dies seinem Zwecke nur förderlich sein kann. Wenn er aber nicht aufrichtig verfährt, so sehe ich nicht ab, weshalb ich, als der ich Ew. K. Majestät Interesse hier zu fördern verpflichtet bin, ihn schonen sollte" [2]).

Dem Kaiser indessen war ein solches Auftreten eines seiner Gesandten neu. Wratislaw erhielt den Bescheid: „Du hast den Parlaments-Mitgliedern gegenüber die Vorsicht und Mäßigung zu gebrauchen, daß die Person des Königs jederzeit geschont wird, auch in Deine

[1]) Wratislaws Bericht vom 10./21. Januar: Indem er mir motu proprio gerathen, zu Godolphin zu fahren.

[2]) Desgleichen.

Reden nichts einfließen zu lassen, was S. L. zur Empfindlichkeit Anlaß geben könnte" [1]).

Der Eindruck, den die Reden Wratislaws auf Rochester und Godolphin gemacht, ward in den nächsten Tagen verstärkt [2]) durch die Nachricht, daß der Papst und die Republik Venedig in Versailles ihre Vermittelung angeboten, so wie durch diejenige der Entsendung des Herzogs von Berwick nach Rom.

Fassen wir zunächst kurz diese Thatsachen ins Auge.

Wir erinnern uns des Angebotes der päpstlichen Vermittelung und der bedingten Annahme derselben von Seiten des Kaisers, in so weit nämlich, daß diese Annahme den Weg zur Einigung mit den Seemächten nicht versperrte. Gerade damals, als in London sich jenes Gerücht der Sendung Berwicks nach Rom verbreitete, legte der Graf Lamberg im Auftrage des Kaisers dem Papste Clemens XI. die Frage vor, ob es noch eine Möglichkeit gebe, Italien vor der Geißel des Krieges zu bewahren. Der Kaiser habe keinen Mann dort einrücken lassen. Der König von Frankreich dagegen, ungeachtet seines gegebenen Wortes, keine Neuerung vorzunehmen, erfülle Mailand mit seinen Truppen. Der Kaiser rufe daher den Papst an seine Mahnung geltend zu machen. Clemens XI. erwiederte: er habe mit dem spanischen Botschafter Uzeda geredet, und ihn maßvoll und discret gefunden. Dagegen sei der Cardinal Janson Forbin ihm schroff und unbeugsam gegenüber getreten. Ja dieser habe, um freier sich loszulassen, sich zu dem Staats-Secretär gewendet und feierlich protestirt, daß nicht die Rede sein könne von Vermittelung, noch von einem Vertrage. Niemals werde Frankreich um des Friedens willen einen Fußbreit Erde der spanischen Monarchie abtreten [3]). Sein König ermangele weder der Soldaten, noch des Geldes, um sie zu behaupten. Dann habe Janson aufs neue sich dem Papste zugewendet mit den Worten: entweder die päpstliche Vermittelung zu dem Zwecke, daß der Kaiser sich ruhig verhalte, oder Eintritt des Papstes als Haupt in ein Bündnis mit den

[1]) Kaiserliches Rescript vom 15. Februar, in Antwort auf die Berichte vom 11., 14., 18. und 21. Januar.

[2]) Wratislaws Bericht vom 25. Januar.

[3]) Relazione del conte di Lamberg f. 44ª: Che la Francia mai averebbe ceduto un palmo di terreno della Monarchia di Spagna, per conseguire la pace.

zwei Kronen. Und zuletzt sei Janson mit Dreistigkeit in die Worte ausgebrochen: „Ew. Heiligkeit werden eines Tages zum Zwecke dieses Bündnisses den Cardinal Janson suchen und ihn nicht finden“ [1]). Clemens XI. schloß seine Rede zu dem Grafen Lamberg mit den Worten: „Herr Botschafter, schreiben Sie von unserer Seite dem Kaiser, daß er seine Maßregeln für die Rechte, die ihm gebühren, wohl treffe; denn wir wollen nicht ihn glauben machen, daß wir unsere Vermittelung mit der Nebenabsicht angeboten, um ihn einzuschläfern und zu seinem Nachtheile Zeit zu gewinnen“ [2]).

Die Sendung des Herzogs von Berwick nach Rom hatte einen ähnlichen Zweck, wie die Reden des Cardinals Janson. Berwick bot im Auftrage seines Vaters, des Königs Jacob, dem Papste seine Dienste an als General der päpstlichen Truppen. Clemens XI. erwiederte mit vielem Danke: er habe bereits seine eigenen Verfügungen mit seinen Vasallen getroffen [3]).

Demnach verliefen die Dinge in Rom keineswegs nach den Wünschen Ludwigs XIV. Aber diese Thatsachen lagen den Engländern nicht vor. Man kannte nur diejenige des Angebotes der päpstlichen Vermittelung und der Reise Berwicks. Aus den Gerüchten darüber erwuchs die Besorgnis, daß eine Verständigung zwischen dem Kaiser und dem Könige von Frankreich gelingen, und daß das Schwergewicht einer solchen Einigung auf die Nicht-Katholiken in Europa fallen werde. Es ging in London eine Schrift um, des Inhalts: wenn man dem Kaiser nicht helfen wolle wegen der Gefahr für den Handel von England, noch zum Zwecke der Sicherung von Belgien: so möge man es thun um der Religion willen, nämlich um den Kaiser zu trennen oder getrennt zu erhalten von der bourbonischen Macht; denn im anderen Falle sei der Untergang des Protestantismus unvermeidlich [4]).

---

[1]) Ed in somma gli aveva detto con baldanza: V. S. cercherà un giorno il Cardinale Giansone per questa lega, e non lo potrà trovare.

[2]) Signore Ambasciatore scriva da nostra parte all' Imperatore che prendo bene le sue misure per gli diritti che gli competono, perche non vorressimo fargli credere di avere offerta la nostra mediazione con il secondo fine di addormentarlo a guadagnare tempo a suo pregiudizio.

[3]) Relazione del conte di Lamberg f. 48ª. — Mémoires de Berwick t. I, p. 108.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 28. Januar.

Diese Ansicht ist in den späteren Jahren für den Krieg in England oft und vielfach geltend gemacht. Sie mochte subjectiv wahr sein; dennoch erreichte sie nicht das Wesen der Dinge. Wir haben aus den Worten Ludwigs XIV. zu seinem Enkel vernommen (S. 23), daß fortan die Papstwahl geschehen müsse nach ihrem Willen. Wenn daher der römische Kaiser Leopold sich fügte in eine Verständigung, die nach dem Willen Ludwigs XIV. nur auf Grund der Anerkennung des Thatbestandes möglich und demnach gleichbedeutend war mit der reellen Unterordnung des Kaisers: so erhob sich für die gesammte Christenheit die Gefahr, daß jene Absicht Ludwigs XIV. erreicht wurde, daß demnach fortan das Haus Bourbon den päpstlichen Stuhl besetzte nach seinem Willen. Dann war es um die Freiheit der Kirche geschehen. Denn eine Kirche, deren Oberhaupt gesetzt wird von einer weltlichen Macht, wird eben dadurch abhängig, wird zur Dienerin dieser weltlichen Macht. Die Freiheit also der katholischen Kirche ward bedroht durch die Macht des Hauses Bourbon. Darum, wer immer sich dem Ueberwachsen dieser Macht entgegen stemmte, und aus welchen Motiven immer es geschah, ob aus dem vermeintlichen des Protestantismus, oder irgend einem anderen, ob der Kaiser, ob Wilhelm III., ob die Republik der Niederlande: sie alle erhoben zugleich, ob absichtlich, ob unabsichtlich, ob wissentlich, ob unwissentlich, das Schwert für die Unabhängigkeit der Kirche von weltlicher Gewalt, für das Bollwerk aller sittlichen Freiheit auf Erden.

Den englischen Tories jener Zeit lagen allerdings solche Erwägungen fern. Sie fürchteten für die englische Hochkirche. Wratislaw erkannte diese Besorgnis und nutzte sie aus. Wenn alle Welt das Interesse des Kaisers preis geben wolle, sagte er ihnen, so werde auch dem Kaiser nur noch übrig bleiben, sich mit möglichst geringem Schaden aus der Sache zu ziehen [1]).

Rochester und Godolphin begaben sich zum Könige. Sie eröffneten, daß und aus welchen Gründen sie ihr Votum für die Anerkennung des Herzogs von Anjou als Königs von Spanien vor dem Zusammentritte des Parlamentes zurücknähmen. Der König erwiederte, daß er diesem Rathe gemäß damit noch anstehen werde. Er ließ diese

[1]) Wratislaws Bericht vom 14. 25. Januar.

Wendung und seine Befriedigung darüber dem kaiserlichen Gesandten durch Albemarle kund thun. Der Letztere warf die Aeußerung hin: Wratislaw werde jene beiden Minister durch Geld umgestimmt haben. Wratislaw verneinte. „Ich vernehme auch sonst die Meinung, erwiederte er, daß ich über Geldmittel verfüge. Dies ist nicht richtig. Ich besitze sie nicht. Ich habe jene beiden Persönlichkeiten lediglich einzuschüchtern gesucht, indem ich ihnen in Aussicht stellte, daß, im Falle der Anerkennung, der Kaiser mich sofort abberufen, und daß dann die Verantwortung dafür vor dem Parlamente auf sie fallen würde" [1]).

Wir haben auch früher oft bemerkt, daß niemals ein Gesandter des Kaisers Leopold mit den Mitteln ausgerüstet wurde, seiner Rede durch einen Goldklang Nachdruck zu geben. Burnet versichert dagegen, daß in dem Winter von 1700/1 eine Fluth französischen Goldes sich durch England ergoß [2]).

Der König ließ dem Gesandten Wratislaw zum Beweise seiner aufrichtigen Gesinnung zugleich kund thun, daß er sich einige Zeit vor dem Beginne des Parlamentes von Hamptoncourt nach Kensington begeben werde, um auf die ankommenden Mitglieder des Parlamentes persönlich einzuwirken. Dann wies er darauf hin, daß aus den Reden des Gesandten bisher sich nicht ergebe, wie weit die Absicht des Kaisers gehe. Auf den Wiedergewinn der ganzen spanischen Monarchie werde England sich nicht einlassen. Daher verlangte der König, daß Wratislaw mit einer bestimmten Instruction hervortrete [3]).

Am selben Tage ward in Wien unter dem Vorsitze des Kaisers diese Frage erörtert. Die Erwägung der gesammten europäischen Sachlage brachte immer wieder dasselbe Ergebnis, daß man nur im Vereine mit den Seemächten etwas vermöge. Aber Spanien und Westindien wurden kaum genannt. Demnach waren auch der Kaiser und seine Räthe über das Vorhaben bei den Seemächten, Philipp V. anzuerkennen, nicht in dem Maße erregt wie die Gesandten, Goes im Haag und Wratislaw in London. Kaunitz beantragte, daß, da es schwer sei, auf die alte Allianz von 1689 zurückzugehen, man den Seemächten

[1]) Wratislaws und Hoffmanns Berichte vom 17./28. Januar.

[2]) A vast flood of French gold was visible among us, ad a. 1701.

[3]) Wratislaws Bericht vom 28. Januar.

dasselbe eröffnen möge wie dem Papste, demnach verlangen solle die spanischen Länder in Italien und Belgien [1]). Darüber ward nicht ein eigentlicher Beschluß gefaßt, jedoch auch nicht ein Widerspruch dagegen geltend gemacht. Demnach bleibt diese Forderung die Basis, auf welcher die kaiserliche Politik steht.

Zugleich jedoch erneuerte Wilhelm III. durch Albemarle bei dem Gesandten Wratislaw mit Nachdruck den Wunsch, daß der Kaiser beginnen möge, wenn es geschehen könne, noch im Winter. Albemarle hob hervor, daß der Verdacht bestehe, der Kaiser gehe darauf aus, die Seemächte in den Krieg zu bringen und dann, wie im vorigen, die Last desselben auf sie abzuwälzen. Eben dieser Verdacht sei eine wichtige Handhabe für die französisch Gesinnten. Nur ein thatsächliches und energisches Vorgehen der kaiserlichen Waffen, sei es in Italien, sei es am Rheine, könne diesen Verdacht zerstreuen [2]).

Inzwischen wurden die Wahlen für das Unterhaus vollzogen. Die allgemeine Annahme war, daß die Whig-Partei die Mehrheit haben würde. Dies war, nach der Ansicht Hoffmanns, zum Theile eine Folge des Hinüber-Lenkens von Wilhelm III. zu den Tories. „Denn, sobald sich der König für eine Partei erklärt, wie er es letzthin für die Tories gethan: so findet dieselbe, so stark sie auch vorher gewesen sein mag, nicht bloß einen Widerstand, sondern einen überwältigenden" [3]). Für die Angelegenheit des Krieges dagegen erschien dies nicht als ein Nachtheil. Die Whig-Partei, die überhaupt als rühriger, thätiger, in sich fester geschlossen galt, hatte den König durch den vorigen Krieg getragen. Sie erschien auch dies Mal geneigter, die Sache aufzunehmen, als die Tories. Lord Peterborough, der drei Jahre zuvor in Folge seines Auftretens im Processe Fenwick sich von dem öffentlichen Leben hatte zurückziehen müssen, tauchte in dieser Partei wieder empor und versicherte dem kaiserlichen Gesandten ihre völlige Bereitwilligkeit. Der König dagegen erschien nach wie vor völlig indifferent [4]).

„Meine Hoffnung ist, meldet Wratislaw, daß die Franzosen, des Wartens müde, in den spanischen Niederlanden solche Schritte thun

---

[1]) Notate für das Conferenz-Protokoll vom 28. Januar.

[2]) Wratislaws Bericht vom 21. Januar/1. Februar.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 24. Januar/4. Februar.

[4]) Wratislaws Bericht vom 21. Januar/1. Februar.

werden, welche diese beiden Nationen unfehlbar in den Krieg verwickeln müssen" [1]).

Es kommt demnach darauf an uns klar zu machen, in wie weit der Zustand der Dinge in Belgien damals, zu Ende Januar 1701, eine Ansicht solcher Art hervorrufen konnte.

Aus den gegenseitigen Aeußerungen von Ludwig XIV. und Harcourt bis tief in den Monat Januar hinein haben wir ersehen, wie die Ansichten zu einander sich verhielten. Harcourt drängte auf ein rasches Vorgehen, um die feindselig gesinnte Republik unschädlich zu machen. Ludwig XIV. wollte alles bereit halten für den etwaigen Fall. Aber er vertraute auf die Friedensneigung des Parlamentes von England. Er wollte nicht dem Könige Wilhelm III., den er schärfer durchschaute als die Engländer, eine Handhabe bieten, an der er das Parlament nach seinem Willen leiten könnte.

So Ludwig XIV. noch am 14. Januar 1701.

Etwas anders jedoch gestaltete sich seine Ansicht in der zweiten Hälfte des Monates. Er erhielt auf seine Friedensversicherungen nach dem Haag hin keine Antwort.

Wir erinnern uns, daß bereits im December 1700 der Rathspensionär dem kaiserlichen Gesandten die Anerkennung Philipps V. als für die Republik unvermeidlich hinstellte. Dennoch wollte die Republik nicht vorgehen ohne den König von England. Da von London her diese Anerkennung ausblieb, so erfolgte sie auch nicht im Haag.

In voller Würdigung dagegen ihrer bedrohten Lage faßten die Generalstaaten, am 15. Januar 1701, den Beschluß, dem Könige von Frankreich Beredungen zum Zwecke der Erhaltung des Friedens anzubieten [2]). Allein es traf sich, daß die beiderseitigen Gesandten durch deren Hände dies Schreiben gehen mußte, Briord im Haag und Heemskerk in Paris, gleichzeitig erkrankten. In Folge dessen hatte Ludwig XIV. volle zehn Tage nach jenem Beschlusse, am 25. Januar,

---

[1]) Bericht vom 28. Januar.

[2]) Lamberty t. I, p. 370. Der Beschluß vom 29. Januar, p. 371, ist lediglich eine stärkere Wiederholung. — Man vgl. Lamberty t. XI, p. 270.

noch keine Kunde desselben. Daher wuchs sein Verdacht empor und reifte zu einem Entschlusse.

Er spricht sich darüber zu Harcourt aus am 25. Januar: „Nicht bloß geben die Holländer keine Antwort, sondern man darf auch für gewis annehmen, daß sie, unter dem Vorwande die Ansicht des Königs von England und die Beschlüsse des Parlamentes abzuwarten, die Zeit benutzen, um Verbindungen anzuknüpfen, sei es mit dem Kaiser oder mit denjenigen Reichsfürsten, welche ihnen als willig erscheinen sich in einen neuen Krieg einzulassen".

Ludwig XIV. legt dann die Unzuverlässigkeit des Kurfürsten Max Emanuel in Brüssel dar, welcher von ihm die Erlaubnis zur Besetzung der Plätze in Geldern verlangt, und zugleich nach verschiedenen Seiten unterhandelt. Aber Ludwig XIV. bedarf dieses Kurfürsten zu einem wichtigen Zwecke wider die Holländer. Darum unterdrückt er seinen Verdruß, und sieht als das geringere Uebel an, die Forderung des Kurfürsten mit anscheinendem Vertrauen zu gewähren. Diesen wichtigeren Zweck gibt er dem Duc d'Harcourt an mit den Worten: „Es handelt sich darum, mit dem Kurfürsten alle Maßregeln so zu verabreden, daß meine Truppen, wenn möglich, bald und gleichzeitig Besitz ergreifen von allen den festen Plätzen in Belgien, in denen die Holländer zur Zeit Besatzungen haben. Denn es wäre gefährlich sie noch länger zu schonen, und, wenn man den Krieg vermeiden kann, so ist es nur möglich dadurch, daß man ihnen die Vortheile benimmt, welche sie nach ihrer Meinung haben, um ihn zu beginnen. Ich habe zugleich den Marschall Boufflers nach Lille entsendet, damit er dort die für den Marsch der Truppen erforderlichen Befehle ertheilen kann" [1]).

Ludwig XIV. tritt demnach mit diesem Entschlusse den Anschauungen des Harcourt etwas näher, nur, seiner Ansicht nach, nicht im Principe. Harcourt will durch einen raschen Offensiv-Krieg die Republik erdrücken. Ludwig XIV. will das nicht. Er will den Frieden erhalten. Das Mittel dazu ist in seinen Augen, durch einen Gewaltstreich die Holländer zu überraschen und zu schrecken. Er rechnet also auf die Furcht der Holländer. Er fügt hinzu, daß er die Absendung

[1]) Hippeau t. II, p. 442 et suiv.

von Kriegsschiffen nach Indien abhangen lassen will von der Haltung, welche die Holländer und Engländer auf die Ausführung seines Vorhabens in Belgien beobachten werden.

Erst nach der Absendung dieses Schreibens an Harcourt erhält Ludwig XIV. die Kunde des Beschlusses der Generalstaaten vom 15. Januar, so wie Nachrichten aus England, daß dort auch eine andere Strömung sich geltend mache als diejenige des Friedens. Er spricht sich darüber aus in einem neuen Schreiben an Harcourt, vom 27. Januar. „Meine Nachrichten aus England, sagt er, ergeben, daß die Nation, erregt durch die Reden und Schriften, welche der König dort verbreiten läßt, beginnt den Krieg als für die eigene Sicherheit nothwendig anzusehen. Es scheint, daß die Geltung dieses Fürsten dieselben Meinungen auch in Holland hervorruft. Nun haben die Generalstaaten in diesen Tagen an mich die Bitte gelangen lassen, daß mein Gesandter dort, oder ein Anderer, den ich bevollmächtigen würde, mit Deputirten von ihrer Seite in Beredungen zum Zwecke des Friedens eintrete. Dieser allgemeine Vorschlag, ohne jegliche Erwähnung eines bestimmten Objectes, bestätigt, daß ihre Absicht lediglich darauf gerichtet ist, Zeit zu gewinnen und sich besser als bisher für den Beginn des Krieges vorzubereiten. Deshalb habe ich an den Ihnen bekannten Befehlen für Boufflers nichts geändert. Um jedoch kund zu thun, daß es wirklich meine Absicht ist, den Frieden aufrecht zu erhalten, sende ich, bei der Erkrankung des Grafen Briord im Haag, den Grafen d'Avaux nach Holland, damit er die Vorschläge der Generalstaaten entgegen nehme und mir darüber berichte. Im Uebrigen bin ich mit ihnen zu nichts engagirt. Wenn daher der König von Spanien über seine festen Plätze in Belgien völlig Herr sein wird: so steht ihm nichts im Wege, wenn er es nöthig findet, meine Truppen dort zu behalten [1]).

Dennoch drängt sich ihm selber dann die Erwägung auf, daß der Schritt, den er vorhat, nämlich die holländischen Besatzungen in den belgischen Städten alle zugleich zu überraschen, ein feindseliger Act sei. Er beantwortet sie sich mit den folgenden Worten: „Ich habe es nicht für geeignet gehalten, nach den verschiedenen Mahnungen, welche die Generalstaaten erhalten haben, bei ihnen noch weiter irgend einen

---

[1]) Hippeau t. II, p. 448.

Schritt zu thun, um sie zu nöthigen, meinen Enkel als König anzuerkennen und ihre Truppen aus den belgischen Städten abzuberufen. Es ist zweckmäßiger, zuerst entschieden vorzugehen und dann die Vorschläge anzuhören, welche sie zu machen haben" [1]).

Wir sehen also Ludwig XIV. der Republik Holland gegenüber einen ähnlichen Weg einschlagen wie im Jahre 1688 gegen den Kaiser. Er hatte damals keinen eigentlichen Krieg beabsichtigt. Er hatte nur bis an die Grenze dessen gehen wollen, was Andere sich gefallen ließen, um durch Furcht und Schrecken von ihnen heraus zu pressen, was er verlangte. Aber er überschritt die Grenze, und dann wandten sich Alle wider den Friedensstörer. — Im Jahre 1701 lagen die Dinge von Anfang an weniger günstig für ihn als im Jahre 1688. Er täuschte sich nicht über den Willen des Kaisers, das reiche spanische Erbe ihm streitig zu machen. Er durchschaute nicht minder den anscheinend gleichgültigen Oranier. Er errieth eben so die Gedanken des Rathspensionärs. Er wußte, daß an den drei wichtigen Puncten, in Wien, im Haag, in London, bei den maßgebenden Persönlichkeiten der Wunsch der Vereinigung wider ihn in gleicher Weise lebendig war, und daß diese Häupter, namentlich in London und im Haag, nichts so sehnlich verlangten, als daß er selber ihnen den Anlaß biete, einen solchen Bund wider ihn vor ihren Völkern als wünschenswerth und als nothwendig erscheinen zu lassen. Er aber wollte die Fortdauer des Friedens. Er wollte über die Fortdauer des Friedens unterhandeln. Und indem er dies wollte, hielt er dennoch zugleich fest an dem Entschlusse, einen Gewaltstreich zu verüben, welcher der Republik im voraus dasjenige wegnahm, was sie als Bürgschaft ihrer Sicherheit vor ihm ansah. Und damit betrat er die ähnliche Bahn wie 1688.

Es ist daher von besonderer Wichtigkeit diesem Gange der Dinge genau zu folgen.

In den ersten Tagen des Monates Februar liefen in Holland Briefe aus Spanien um. Der König von Frankreich, hieß es darin, habe der Junta in Madrid die Zusicherung gegeben, die spanische Monarchie mit aller Macht vertheidigen zu wollen, und auch nicht

---

[1]) Hippeau t. II, p. 449: Il est plus à propos d'exécuter et d'écouter ensuite etc.

einen Fußbreit Erde weder gütlich abzutreten, noch hoffentlich durch die Waffen zu verlieren. Er habe die Junta ermahnt, sich gleichfalls vorzubereiten und unverzüglich nach Westindien die Befehle ergehen zu lassen, daß fortan die französischen Schiffe dort gleich den spanischen behandelt, dagegen weder englische noch holländische Schiffe in die Häfen zugelassen würden. Es verlauteten ferner vertrauliche Aeußerungen des Grafen Briord im Haag, daß sein König sich werde genöthigt sehen, dem übelen Willen der Republik zuvorzukommen, und, weil dort das Geld und der Credit, zunächst sie über den Haufen zu werfen. Das Volk in Amsterdam, Rotterdam und in den anderen Städten murrte, daß die Regierung keine Anstalten zur Vertheidigung treffe [1]).

In London gingen dieselben Nachrichten um. Man vernahm dort auch von denen, welche einem Kriege abgeneigt waren, die Aeußerung, daß England gut thun würde sich für seine eigene Sicherheit in die erforderliche Verfassung zu setzen. Der König ließ dem Gesandten Wratislaw sagen, daß er die Stimmung der Nation besser finde, als er erwartet habe. Wratislaw seinerseits nahm in seinem Berichte an den Kaiser jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit des Königs ausdrücklich zurück. Bereits versprach er sich von England her viel Gutes, obwohl vor der Eröffnung des Parlamentes darüber nichts Gewisses vorliege. Es kam die Nachricht ein, daß auf die Ankunft von Boufflers in Lille, die Truppen dort in Bewegung geriethen. „Es steht zu erwarten, meldet Wratislaw, ob die Franzosen den holländischen Besatzungen in Belgien gegenüber sich verschnellen, was sehr zu wünschen wäre“ [2]).

Der Marschall Boufflers und der Kurfürst Max Emanuel in Brüssel trafen unterdessen die Maßregeln für die Ausführung des Planes. Sie ward angesetzt auf den Sonntag, den 6. Februar.

In der Frühe dieses Tages, vor Sonnenaufgang, erschienen zugleich vor allen Thoren der Städte, in denen holländische Besatzungen lagen, die französischen Bataillone. Die Commandanten der Festungen, als diejenigen des Königs von Spanien, unter dem Befehle des Statthalters, des Kurfürsten Max Emanuel, öffneten die Thore. Die

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 4. Februar.

[2]) Die Berichte des Grafen Wratislaw vom 4. und 8. Februar.

Franzosen marschirten ein. Während dies geschah, erging die Mittheilung an die überraschten holländischen Befehlshaber, von denen viele sich noch im Bette befanden. Es ward ihnen zugleich versichert, daß dieser Einmarsch nicht einen Act der Feindseligkeit bedeute. Unmuthig und besorgnißvoll schauten die Holländer darein.

Am Hofe in Versailles war große Freude über den gelungenen Streich. Man erzählte mit Behagen, daß der holländische Commandant in Namur, durch die Meldung des Einmarsches aus dem Schlafe geweckt, erwiedert habe: wenn er vorher eine Kunde gehabt, so würde er sich mit Nachdruck zur Wehre gesetzt haben — und dann wieder eingeschlafen sei [1]. — Besonders ward am französischen Hofe der Kurfürst-Statthalter Max Emanuel gepriesen. Die Hochschätzung, sagte man, die er sich bei diesem Anlasse durch seine Geradheit und seine Treue erworben, sei nicht mehr zu steigern. Er handele als der rechtschaffenste Mann der Welt [2]. — Das Urtheil der Holländer, welche diesem Kurfürsten drei Jahre zuvor das Commando ihrer zweiundzwanzig Bataillone anvertraut, um dadurch einen Schutz wider Frankreich zu haben, mochte anders lauten.

Spät am Abende des 6. Februar traf ein Courier des Kurfürsten mit der Meldung des Einmarsches bei Don Quiros im Haag ein. Am anderen Morgen eröffnete dieser mündlich dem Rathspensionär: am Tage zuvor seien französische Truppen in die belgischen Plätze eingerückt, und würden mit den Holländern dort auf freundschaftlichem Fuße leben, bis man weiter sich verständige. Quiros reichte dann den Generalstaaten eine Denkschrift darüber ein [3]. Nach einer Reihe von Vorwürfen über die Lässigkeit der Republik, dem friedlichen Entgegenkommen des Königs von Frankreich zu entsprechen, über das Gerücht dagegen von Kriegesrüstungen der Republik, folgte darin als hauptsächliches Motiv des Einmarsches der französischen Bataillone in die festen Plätze von Belgien die Bemerkung, daß der König von Spanien seine Städte nicht im Besitze einer Macht belassen dürfe, welche zaudere ihn anzuerkennen, und daß darum, auf die Bitte des Königs

---

[1] Man vgl. Lamberty t. XI, p. 277. — Dangeau t. VIII, p. 32.

[2] Dangeau t. VIII, p. 32 und p. 36.

[3] Bericht des Grafen Goes vom 8. Februar. — Die Denkschrift bei Lamberty t. I, p. 374.

von Spanien, der König von Frankreich seine Truppen habe einrücken lassen.

Die Generalstaaten versammelten sich und beriethen. Sie erließen an Don Quiros eine Antwort, welche ihre Verlegenheit, ihre Verwirrung wiederspiegelt. Sie seien sich bewußt, sagen sie darin, nichts gethan zu haben, was zu Kriegesgerüchten oder zu einer ungünstigen Meinung von ihnen Anlaß geben könne. Sie erwarten mit Ungeduld die Ankunft des Grafen d'Avaux, um in den Conferenzen mit ihm ihre aufrichtigen Gesinnungen für den Frieden an den Tag zu legen. Aber sie bitten dringend den Gesandten und durch ihn den Kurfürsten, die Entlassung ihrer Bataillone zu erwirken, wie sie dieselbe schon vorher bei ihm nachgesucht [1]).

Diese letzte Angabe entsprach besser der Wahrheit als die Versicherungen vorher.

In der That hatte die Frage, was mit diesen Truppen in Luxemburg, Namur und anderen Plätzen geschehen solle, die Staatsmänner im Haag, wie den König Wilhelm bereits seit vielen Tagen beschäftigt. Die Schwierigkeit dieser Frage drängt sich zusammen in die Worte des Königs Wilhelm vom 1. Februar: „Das Belassen der Truppen in den belgischen Festungen heißt eben so viel wie sie verloren geben, wenn nicht sie sich einiger Plätze völlig bemächtigen. Das aber wäre der Krieg. Sie abberufen dagegen ist gleichbedeutend mit der Auslieferung Belgiens an Frankreich" [2]).

Als der König in Hamptoncourt diese Worte schrieb, war ihm nur erst etwa bekannt, daß der Marschall Boufflers in Lille eingetroffen war. In den folgenden Tagen jedoch gelangten die Nachrichten über die Bewegungen der französischen Truppen nach dem Haag, und riefen dort lebhafte Besorgnisse hervor, daß es auf die holländischen Besatzungen abgesehen sei. Bei dieser Lage der Dinge galt es den schleunigen Abzug derselben. Die Generalstaaten schickten daher, am 5. Februar, einen Courier an ihren General Heukelom, der sich in Brüssel befand, damit er mit dem Kurfürsten den Abmarsch der Holländer vereinbare. Bei der Sachlage kam der Auftrag bereits zu spät.

---

[1]) Die Denkschrift der Generalstaaten bei Lamberty t. I, p. 376.

[2]) Grovestins t. VII, p. 432.

Max Emanuel zwar war auch da noch geneigt zu willfahren; allein der französische General Puysegur, eben von Paris angekommen, legte ihm ein Schreiben des Staats-Secretärs Torcy vor, des Inhalts, daß über den etwaigen Wunsch der Generalstaaten, ihre Truppen abziehen zu lassen, erst nach Paris berichtet werden müsse. Der Courier mit diesem Bescheide traf am 9. wieder im Haag ein.

Der Schlag dieser Antwort fiel schwer auf die Holländer, nicht jedoch in dem Sinne Ludwigs XIV. Nicht bloß sahen sie ihre zweiundzwanzig Bataillone als kriegsgefangen an: sie glaubten bereits die französischen Truppen weiter auf dem Marsche an ihre Grenzen. Eben darum aber wandten sie sich an den Kaiser. Zuerst Heinsius aus sich, dann Dykvelt im Namen der Generalstaaten, eilten zu dem Grafen Goes, und stellten vor, wie sehr der gemeinen Wohlfahrt von Europa und insbesondere dem Kaiser daran liege, daß nicht die Republik auf einmal zu Boden getreten werde. Brandenburg schulde dem Kaiser 8000 Mann, Hannover 2000: sie baten, daß der Kaiser sofort diese Truppen nach Holland in Marsch setzen wolle, auch den Kurfürsten von der Pfalz zur Hülfe aufforderе. Goes versprach die sofortige Entsendung eines Couriers [1]).

Ludwig XIV. hatte nicht die Absicht, welche die Holländer ihm beimaßen. Er hatte inzwischen das Schreiben der Generalstaaten vom 29. Januar erhalten, durch welches sie das Angebot vom 15. erneuerten. Wilhelm III. seinerseits ließ durch Manchester in Paris melden, daß er diesem Beschlusse der Generalstaaten zustimme, daß er zur Erhaltung des Friedens beitragen wolle, und aufrichtig wünsche, daß nichts ihn stören möge. Die Meldung ward in Versailles mit Behagen aufgenommen [2]).

Wir Spätere wissen, daß diese Worte Wilhelms III. nicht der Wahrheit entsprachen. Und dennoch ist es dann merkwürdig zu sehen, daß Ludwig XIV., der vorher, in dem Bewußtsein des eigenen Wortbruches wider den Oranier, über die eigentliche Absicht desselben nicht zweifelt, nun durch diese Worte ins Schwanken darüber geräth. Wie

[1]) Bericht vom 10. Februar.

[2]) Ludwig XIV. an Harcourt vom 7. Februar, bei Hippeau t. II, p. 466. — Man vgl. Dangeau t. VIII, p. 30.

bei der Verhandlung über den Theilungsvertrag das stärkste Motiv für den Oranier an die Ehrlichkeit Ludwigs XIV. zu glauben, bestand in dem Wunsche, daß diese Ehrlichkeit in der That sich finden möge: so lag nun die Sache umgekehrt. Ludwig XIV. neigte sich dahin, den Worten des Oraniers Glauben beizumessen, weil diese Worte seinem Wunsche entsprachen, den Thatbestand zu sichern durch die Erhaltung des Friedens.

Wir haben die eigene Erwägung Ludwigs XIV. ins Auge zu fassen.

„Diese Schritte der Republik und des Königs von England, sagt er, so verschieden von dem Schweigen, welches sie seit dem Monate November beobachten, sind den geringen Vorbereitungen zuzuschreiben, welche man für den Beginn des Krieges bisher in England und Holland getroffen. Ich habe demgemäß den Grafen d'Avaux nach dem Haag entsendet, damit er die Vorschläge der Generalstaaten anhöre und mir darüber berichte. Vor seiner Ankunft jedoch werden meine Truppen sich in den Besitz der Plätze in Belgien gesetzt haben, und, nach allem Anscheine, werden dann die Bemühungen der Holländer um den Frieden um so dringender werden."

So Ludwig XIV. am 7. Februar, bevor er die Nachricht des Einmarsches seiner Truppen vom 6. erhalten. Er beharrt also bei dem Gedanken, daß dieser Einmarsch ein Friedensmittel sei. Dann erhält er die Nachricht, daß sein Auftrag vollzogen, und schreibt darauf an Harcourt, am 11. Februar: „Sie werden den König von Spanien davon in Kenntnis setzen. Sie werden ihm zugleich eröffnen, daß, da der König, sein Vorgänger, den Generalstaaten versprochen, ihnen den Abmarsch ihrer Truppen nach ihrem Belieben zu gestatten, ich es nicht für schicklich gehalten habe, ihnen bei der jetzigen Sachlage diese Freiheit zu benehmen. Allerdings könnte man erwiedern, daß weder ich, noch der König, mein Enkel, in irgend einer Weise durch die Versprechungen des verstorbenen Königs von Spanien gebunden sind, daß sogar auch in diesem Falle die Haltung der Generalstaaten dem katholischen Könige genügenden Grund gibt, dies Versprechen nicht zu erfüllen, weil ja die Holländer noch sich weigern, ihn anzuerkennen; aber er muß zu Anfang seiner Regierung streben, durch seine Vertragstreue einen guten Eindruck zu machen, und es entspricht nicht diesem Streben,

sich den Vortheil zu nutze zu machen, den er dadurch haben würde, daß er zu einer Zeit, wo die Generalstaaten sich zum Kriege vorzubereiten scheinen, zweiundzwanzig ihrer Bataillone zurück behält und sie derselben beraubt. Deshalb habe ich dem Marschall Boufflers kund thun lassen, in meinem Namen wie in demjenigen meines Enkels, daß die holländischen Truppen die volle Freiheit der Rückkehr haben sollen. Ich nehme nicht einmal die Wallonen darunter aus."

„Wir werden bald die Wirkung dieses Ereignisses in der Republik wahrnehmen. Die Nachrichten vorher von dort redeten von starker Geneigtheit zum Kriege. Aber es könnte geschehen, daß in Folge der Wegnahme eines so großen Vortheiles, wie derjenige der Uebermacht in den belgischen Plätzen war, diese Geneigtheit nachlassen, und daß die Generalstaaten, die fortan für ihr eigenes Land zu fürchten haben, mit regerem Eifer nach Mitteln suchen würden, um den Frieden zu erhalten" [1]).

Wir haben bereits beobachtet, daß diese Erwartung nicht richtig war, daß vielmehr die Holländer, unter dem Drucke des Schreckens, sofort sich an den Kaiser um Hülfe wandten, daß darum jener Schritt Ludwigs XIV., der nach seiner Meinung zum Frieden dienen sollte, erst recht zum Kriege diente.

Es ist merkwürdig zu sehen, wie sich gegenüber der Ansicht, welche Ludwig XIV. seinem Diener Harcourt über diese Angelegenheit ausspricht, die fast gleichzeitige des Königs Wilhelm III. in einem Schreiben an seinen Vertrauten, Heinsius, verhält. Das Schreiben, vom 8. Februar, betrifft zunächst den Widerstand der Stadt Amsterdam gegen die verlangten Rüstungen.

„Ich war wohl gefaßt, sagt der König, auf die Schwierigkeiten, welche die Stadt Amsterdam gegen die Rekrutirung erheben würde; aber ihre Einwände sind so matt, daß sie vor der Dringlichkeit der Gründe hoffentlich zusammenfallen. Denn es handelt sich ja nicht darum, einen Krieg zu beginnen, sondern für die eigene Sicherheit zu wachen, und es ist lächerlich zu vermuthen, daß dies für Frankreich einen Vorwand mehr bieten werde, sich auf die Republik zu stürzen. Man muß unablässig um ihre Zustimmung in sie dringen, ohne Zeitverlust. Wenn unsere Truppen zur Zeit die belgischen Plätze geräumt

---

[1]) Hippeau t. II, p. 469.

haben, wie ich vermuthe, und wenn sie nicht wider ihren Willen dort zurück behalten werden, was ich hoffe: so scheint mir, daß dies eben so wichtige wie beunruhigende Ereignis dem Zaudern von Amsterdam in Betreff der Rekrutirung ein Ziel setzen werde. Ihre Abschätzung, daß die Zahl derselben für die Landesvertheidigung nicht ausreicht, und daß man deshalb nach allen Seiten sich um Truppen umsehen muß, ist durchaus richtig."

„Ich glaube wohl, daß ich der Republik einige Regimenter schottischer Infanterie, auch vielleicht einige Truppen aus Irland überlassen könnte; aber ich bin dessen noch nicht sicher."

„Es wäre gut die dänischen Truppen anzunehmen, die jetzt in Sachsen stehen — und vielleicht wäre dies das einzige Mittel, Dänemark von Frankreich zu trennen — und zugleich sich den König von Schweden zu verpflichten, indem man die Truppen von Holstein-Gottorp nimmt."

„Ich fürchte die Ueberkunft des Grafen d'Avaux. Er kann sehr schlimm wirken, einerseits durch seine glatten Reden, andererseits durch seine Drohungen."

„Nach meiner Ansicht muß die Unterhandlung mit ihm an dem Puncte abgebrochen werden, wo wir die Zuziehung des kaiserlichen Gesandten verlangen. Wir müssen sie fordern, und Frankreich wird darein nicht willigen, weil sein hauptsächlicher Zweck ist, uns von dem Kaiser zu trennen. Wenn aber dies geschieht, so sind wir verloren."

„Ich habe in meinem letzten Briefe Ihnen schon bemerklich gemacht, welche Veränderung hier mit der öffentlichen Meinung in Rücksicht auf den Krieg vorgegangen ist. Nach meiner Ansicht wird der Einmarsch der Franzosen in die spanischen Niederlande noch mehr Leute in Unruhe bringen, und ihnen die Nothwendigkeit zeigen sich in Vertheidigungsstand zu setzen."

„Sie können Sich leicht vorstellen, wie dies Ereignis mich bekümmert. Denn es sind ja nun achtundzwanzig Jahre, daß ich, ohne Scheu vor Gefahren und Mühen, unablässig arbeite, um der Republik diese Barriere zu bewahren, und nun ist alles hin an einem einzigen Tage, ohne Schwertstreich!" [1])

---

[1]) Grovestins t. VII, p. 435.

So Wilhelm III. am 8. Februar. Das Schreiben mochte im Haag eintreffen am 11. Februar, also am selben Tage, an welchem Ludwig XIV. an Harcourt berichtete, daß er dem Marschall Boufflers den Befehl ertheilt, die zweiundzwanzig Bataillone Holländer zu entlassen. Er mag sich nicht klar darüber geworden sein, wie viel daran lag, daß diese Freilassung nicht sofort geschah. Am selben 11. Februar nämlich traf im Haag ein Courier des holländischen Generals Heukelom aus Brüssel ein mit einem Berichte, der die Meinung auszuprägen schien: die zweiundzwanzig auserlesenen Bataillone seien für die Republik verloren. Den Eindruck auf die Staatsmänner im Haag faßt der Gesandte Goes in die Worte: „Das Wasser steigt ihnen in den Mund". Man dachte an die ungeheueren Verluste, welche im Falle des Krieges der Republik bevorstanden. Die Stadt Amsterdam allein hatte in spanischen Effecten einen Werth von sechszig Millionen Gulden stecken. Daher hauptsächlich rührte ihr Widerstand gegen die Rüstung, über welchen Wilhelm III. sich beklagte. Aber die Furcht vor der völligen Vernichtung der Republik preßte den Entschluß heraus sich zu wehren, und Hülfe zu suchen, wo immer möglich. An jede der souveränen Provinzen erging die Aufforderung, Werbungen zu beschließen. Die Rathschläge in dem Schreiben Wilhelms III. wurden sofort befolgt. Der König von Dänemark hatte seine Willfährigkeit angekündigt, mit dem Kaiser und den Seemächten zu gehen. Ein Courier enteilte nach Kopenhagen. Der Herzog von Württemberg als General im Dienste der Republik, erhielt die Vollmacht mit Dänemark abzuschließen über 16,000 Mann. Ein Vertrag mit dem Gesandten des Herzogs von Holstein-Gottorp über die Stellung von 3000 Mann ward sofort geschlossen [1]).

Wenn Ludwig XIV. gewollt hätte, so durfte es die Frage sein, ob alle diese Maßregeln noch etwas fruchten konnten. Der Herzog von Württemberg sagte dem kaiserlichen Gesandten, daß die Franzosen bis Utrecht marschiren könnten, ohne auch nur einen Widerstand zu finden. „Wenn die Franzosen wüßten, was ich weiß, fügte er hinzu, so könnten sie sich binnen sechs Wochen der ganzen Republik bemächtigen" [2]). Uns Späteren liegt vor, daß Harcourt diesen Rath gegeben,

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 11. Februar.

[2]) Desgleichen vom 15. Februar.

daß Ludwig XIV. ihn nicht angenommen, daß er auch von Anfang an nicht die Absicht hatte, die zweiundzwanzig Bataillone kriegsgefangen zu behalten. Aber bis dies kund wurde, stieg die Besorgnis in der Republik mit jedem Tage. Dem entsprachen die Beschlüsse. Die Antworten der souveränen Provinzen auf die Anfragen über die Werbungen erfolgten sofort. Sie wurden einhellig bewilligt [1]). Die Stadt Amsterdam jedoch fügte eine sehr wichtige Bedingung hinzu: diejenige der sofortigen Anerkennung Philipps V. von Spanien.

Unterdessen war der Graf d'Avaux am Abende des 12. Februar im Haag eingetroffen. Er trat zu dem Rathspensionär und meldete, daß seine Hände gefüllt seien mit den Oelzweigen des Friedens. Er überreichte eine Denkschrift im gleichen Sinne, und abermals eine zweite [2]). Er sprach sich eben so zu Anderen mündlich aus: sein König werde für den Frieden thun was möglich, werde die zweiundzwanzig Bataillone frei entlassen.

Es traf sich, daß bei dieser Lage der Dinge die Republik keinen Rath vom Könige Wilhelm erhalten konnte. Als ihm mehrere Posten nach einander von Holland ausblieben, schrieb er am 18. Februar an Heinsius die Worte: „Wir sind hier in der lebhaftesten Unruhe, daß wir keine Briefe aus Holland erhalten. Drei Posten von dort sind rückständig. Dieser unangenehme Zwischenfall hat mich genöthigt, das Parlament, welches heute zusammen treten sollte, auf den nächsten Montag zu vertagen. Bis dahin hoffe ich auf Nachrichten von Ihnen, um demgemäß meine Thronrede abzufassen. Die Mehrzahl der Mitglieder ist angekommen, und es stehen heftige Parteikämpfe bevor. Die eine Partei will den Krieg, die andere den Frieden. Wenn jedoch die Republik angegriffen oder die Truppen in den belgischen Städten mishandelt würden: so würde nach meiner Ansicht die Mehrheit sich für ein Einschreiten zu Gunsten der Republik erklären. Was man besonders fürchtet, ist ein Beschluß der Schwäche von Seiten der Republik, aus Furcht vor der sie bedrohenden Gefahr. Gott wolle uns davor behüten!" [3])

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 15. Februar.
[2]) Die Denkschriften bei Lamberty t. I, p. 391 et suiv.
[3]) Grovestins t. VII, p. 438.

Dieser Beschluß der Schwäche, den der König fürchtet, war derjenige der Anerkennung Philipps V. Denn, nachdem einmal seine Tory-Minister Rochester und Godolphin von dem Rathe für die Anerkennung zurück getreten waren, entfernte er selber sich um so mehr davon.

Allein am selben Tage, an welchem er jene Worte schrieb, am 18. Februar, ward auch im Haag von den leitenden Persönlichkeiten diese Frage verhandelt.

Es bestand in der Republik eine besondere Deputation für die geheimen Angelegenheiten. Bei dem Gange der Dinge in den letzten zehn Jahren, bei der Leitung aller wichtigen Angelegenheiten durch den König und den Rathspensionär, war diese Deputation wie eingeschlummert. Nun jedoch, bei der drohenden Gefahr für die Republik, bei dem Ausbleiben einer bestimmten Weisung von Seiten des Königs Wilhelm, trat sie wieder ins Leben. Sie forderte den Bericht des Rathspensionärs. Heinsius entsprach dem Verlangen. Er verhehlte nicht die Einzelnheiten der Gefahr, die noch niemals so drohend gewesen. Diese Gefahr im allgemeinen stand freilich vor Aller Augen. Es ward auch unter diesen Deputirten die Ansicht laut, daß es nur von dem Willen der Franzosen und vielleicht von der Gunst oder Ungunst der Witterung für sie abhange, die Republik über den Haufen zu werfen [1]). In fünfstündiger Berathung gingen die Meinungen hin und wieder. Der erste Beschluß betraf die Rüstung zur See. Man glaubte binnen kurzer Zeit fünfzig Capitalschiffe fertig stellen zu können. Dann wurden die Rüstungen zu Lande erörtert. Waren diese Maßregeln kriegerisch, so folgte dann ein friedlicher Vorschlag. Er betraf die, namentlich von der Stadt Amsterdam geforderte, sofortige Anerkennung Philipps V. Heinsius berichtete die Einwände von kaiserlicher Seite. Sie wurden als berechtigt und erheblich anerkannt; allein die Noth kenne kein Gesetz. Es komme vor allem darauf an, Zeit zu gewinnen, um den König von Frankreich hinzuhalten, um zu retten, was man vermöge. Dykvelt erhielt den Auftrag dem Grafen Goes dies kund zu thun.

Die moralische Ueberlegenheit der Position des kaiserlichen Gesandten beim Anhören dieses Auftrages liegt vor Augen. Wenige

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 22. Februar.

Tage zuvor hatte die Republik durch ihn den Kaiser um Hülfe ersuchen lassen, und sofort die Zusage empfangen. Nun trat man abermals vor ihn mit dem Verlangen, daß er keinen Protest erhebe gegen einen Beschluß, der, so oft und so nachdrücklich von ihm bekämpft, dem Interesse und dem Rechte des Kaisers einen schweren Schlag versetzen würde. Es gelang dem Dykvelt nicht, ihn umzustimmen, und eben so wenig dem Rathspensionär. Diesen erinnerte Goes an die Rede vom 23. November 1700. In Wahrheit jedoch redete dies Mal Heinsius für die Anerkennung weniger aus sich, als im Auftrage. Es erschien ein anderer Deputirter, Odyk. Er betheuerte die Geneigtheit der Republik, für den Kaiser einzutreten, wenn nur auch England mitthue. Er bat nur: der Gesandte möge nicht gegen die Anerkennung protestiren, sondern sie mit Schweigen hinnehmen, damit nicht die Holländer auf den Gedanken kommen, daß der Kaiser sie verlassen wolle [1]). Der Gesandte sah, daß es nicht in seiner Macht stehen würde, die Sache zu verhindern. Er gab schweigend der Bitte nach. Er verlangte, daß man wenigstens nur noch so lange warte, bis die Ansicht des Königs von England vorliege. Auch das glaubten die holländischen Staatsmänner nicht zugestehen zu dürfen [2]).

Die Vermuthung des kaiserlichen Gesandten dagegen war richtig. Als er, im Laufe des 21. Februar, jenes Verlangen stellte, befand sich ein Schreiben des Königs, vom 20. Februar, eine dringende Abmahnung enthaltend, bereits auf dem Wasser. „Mit Bedauern sehe ich, sagt darin der König zu Heinsius, welche Bestürzung über das Land hereingebrochen ist; aber was ich über alles fürchte, das ist die auffallende Haltung der Stadt Amsterdam. In den ersten Wochen nach dem Tode Carls II. von Spanien hielt auch ich die Anerkennung des gegenwärtigen Königs nicht für einen großen Uebelstand. Die seitdem angeknüpften Unterhandlungen haben jedoch die Sachlage so völlig verändert, daß ich zur Zeit diese Anerkennung als verderblich betrachte.

---

[1]) Sonsten bat er mich, ich möge mit Anderen nicht davon reden, und nach geschehener Sach keinen merklichen Unwillen zeigen, sonsten würde ich diesen Leuten eine impression geben, daß Ew. K. Majestät sie verlassen wollen.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 22. Februar: Ich habe nicht einmal erhalten können, daß die Resolution so lange bis die Briefe aus England eingetroffen wären, möchte verschoben werden.

Ich entsende daher diesen Brief an Sie durch einen Courier, in der Hoffnung, daß er zu Ihnen gelangt, bevor die Generalstaaten einen endgültigen Beschluß gefaßt haben. Uebrigens bin ich auch der Ansicht, daß, nachdem ich meinen Willen ausgesprochen, an den Verhandlungen Theil zu nehmen, ein solcher Beschluß, ohne mein Vorwissen und wider meine Zustimmung gefaßt, eine Kränkung für mich enthielte. Unzweifelhaft ist die Gefahr für die Republik groß; aber sie ist nicht so unmittelbar drohend, wie einige Persönlichkeiten, auch selbst einige General-Offiziere, sie sich vorstellen. Wenn nicht die Mitglieder des Parlamentes bereits alle versammelt wären, so würde ich mich hinüber begeben. Ich bilde mir ein, daß meine Gegenwart dort doch vielleicht vermögen würde, die Gemüther aufzurichten. Ich zweifle nicht, Ihnen Truppen aus Irland und Schottland zur Hülfe schicken zu können. Die Stadt Amsterdam aber trüge die Verantwortung vor Gott und der Welt, wenn sie ihre Einwilligung zu der allgemeinen Last beizutragen, abhängig machen wollte von irgend einer Bedingung" [1]).

Bevor dies Schreiben des Königs Wilhelm im Haag eintraf, ward dort am 21. Februar die Fassung der Antwort an den Botschafter Avaux festgestellt. Am Abende desselben Tages begaben sich die Mitglieder der Generalstaaten insgesammt zu ihm, um es zu überreichen [2]).

Die Antwort prägt wie die Sache selbst das Beugen unter die Umstände aus. Jener Rath des Königs von England, die Herbeiziehung des kaiserlichen Gesandten zu den Verhandlungen zu verlangen, war darin nicht befolgt. Es kam den Holländern zunächst alles darauf an, den Frieden hinzuhalten. Die Antwort sprach daher abermals die Bereitwilligkeit aus, mit dem Botschafter in Verhandlungen einzutreten. Da aber diese sich hinzögern könnten, um so mehr, da auch der König von England als Mitunterzeichner des Theilungsvertrages, so wie andere Mächte dabei betheiligt sein würden: so sei die Republik bereit, zum Beweise ihres guten Willens sofort den Herzog von Anjou als König Philipp V. von Spanien anzuerkennen. — Der Botschafter nahm das Schreiben mit Befriedigung entgegen, und dann ergingen sich die Deputirten mit ihm noch über eine Stunde in vertraulicher

---

[1]) Grovestins t. VII, p. 438.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 22. Februar.

Unterhaltung. Am anderen Tage erfolgte das Glückwunsch-Schreiben für den neuen König [1]).

Es ist wichtig zu beobachten, wie unter diesen Umständen die Lage der Dinge in Paris aufgefaßt wurde. „Seit der Besetzung der festen Plätze, sagt Torcy in einem Schreiben an Louville, sind die Herren Holländer nicht mehr Meister über Belgien. Die Ankunft unserer Truppen dort hat ihren Ton heruntergestimmt. Was den Kaiser betrifft, so spielt er den Erzürnten. Er bringt seine Truppen noch nicht zum Vorschein; aber er hat eine große Anzahl. Wird das Parlament von England für sie zahlen wollen? In diese Frage drängt sich alles zusammen. Nun aber ist Ihnen bekannt, daß man in London den Grafen Portland wegen des Theilungsvertrages in Anklage setzen will" [2]).

Demnach sah Torcy den gegen die Republik geführten Streich an als wirksam für die Erhaltung des Friedens. In ähnlicher Weise verzeichnet Dangeau die Stimmung des Hofes von Versailles in sein Tagebuch. Es beunruhigt ihn freilich wieder die Nachricht, daß die Republik dennoch nicht abläßt, Truppen zu werben. „Aber, meint er dann wieder, daß sie Krieg wolle, ist dennoch nicht anzunehmen, weil sie ja den König von Spanien anerkannt hat" [3]).

Unterdessen verharrte noch Wilhelm III. in der Hoffnung, daß seine Mahnung an die Republik Erfolg haben würde. Am selben Tage, an welchem die Republik die Glückwünsche für den neuen König dem Grafen d'Avaux und dem Spanier Don Quiros überreichen ließ, schrieb der Oranier abermals an Heinsius: „Ich betrachte noch immer den Schritt der Anerkennung als durchaus verderblich. Die Unterhandlung ist dadurch auf einmal zu Ende. Außer daß man hier zu Lande Gewicht legt auf die Fortsetzung derselben, wäre sie für mich das Mittel das Parlament weiter zu leiten zu einem entschlossenen Schritte. Wenn Frankreich seinen Wunsch erreicht hat, wenn es sich im Besitze der spanischen Niederlande sieht: so wird man in Versailles lachen über

[1]) Die Schriftstücke bei Lamberty t. I, p. 394 et suiv.
[2]) Mémoires secrets du marquis de Louville t. I, p. 112.
[3]) Dangeau t. VIII p. 44.

uns und unsere Reclamationen. Denn es liegt zu Tage, daß wir weder hier, noch in Holland zu einem Angriffe auf Frankreich vorbereitet sind, und demgemäß in dieser schrecklichen Ungewißheit verharren müssen" [1]).

Demnach beklagt Wilhelm III. die Bereitwilligkeit der Republik zum Nachgeben hauptsächlich deshalb, weil er gehofft hat, durch den Hinweis auf die Gefahr für die Republik das Parlament von England zu entscheidenden Beschlüssen zu bewegen.

Es kommt daher zunächst darauf an zu erfahren, ob auch von anderer Seite die damalige Stimmung der Engländer in dieser Weise aufgefaßt wurde.

Die Nachrichten über das Vorgehen von französischer Seite wider die holländischen Besatzungen in Belgien trafen in London ein am 9. Februar und in den folgenden Tagen.

„Wenn etwas, meldet Hoffmann am 11. Februar, geeignet ist, die Engländer in die Waffen zu bringen, so ist es dieser Schritt des Königs von Frankreich. Er mag ihn gethan haben, entweder um diese beiden Mächte zu einem Abkommen mit ihm zu zwingen, oder, weil er den Bruch als unvermeidlich angesehen hat, und darum im voraus sich sicher stellen will. Welches Motiv das stärkere, kann man noch nicht wissen, weil Tallard behauptet, ohne Nachricht darüber zu sein. Hat das erstere Motiv vorgewaltet, so dürfte der König von Frankreich auch dies Mal wieder, wie ja schon öfter geschehen, sein Interesse überstürzt, und, anstatt den Krieg zu vermeiden, ihn befördert haben. Hat aber das zweite Motiv vorgewaltet, nämlich die Meinung, daß der Krieg so wie so unvermeidlich: so ist er über die hiesigen Zustände nicht der Wahrheit gemäß unterrichtet. Die meisten Landedelleute, die sich nach und nach zum Parlamente hier einfinden, kommen an, erfüllt mit Friedensgedanken. Sie würden anscheinend darin verharrt haben, wenn nicht diese Gewaltthätigkeit gekommen wäre. Ich sage damit nicht, daß sie sämmtlich die Friedensgedanken fallen lassen; aber jedenfalls ist die Zahl derer, die den Krieg für unvermeidlich erachten, sehr gestiegen. Nur die Rücksicht auf das mannigfache englische Eigenthum im spanischen Bereiche hält noch Manche zurück" [2]).

---

[1]) Grovestins t. VII, p. 444. Vom 22. Februar.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 11. Februar.

Das Urtheil Hoffmanns ist mit demjenigen des Königs Wilhelm wohl vereinbar. Der Erstere meldet den Eindruck, den der Gewaltschritt Ludwigs XIV. in England gemacht: der König beklagt, daß die Anerkennung ihm die Gelegenheit nehme, diesen Eindruck für seinen Plan zu verwerthen.

Der Berichterstatter Hoffmann war in das Geheimnis der eigentlichen Intention des Königs nicht eingeweiht. Dennoch mochte seinem klaren Blicke die Ahnung desselben aufgegangen sein. „Der Hof, fügt er hinzu, verharrt in seiner äußerlichen Indifferenz gegen den Krieg. Ist er wirklich dazu geneigt, so spielt er meisterlich."

So am 11. Februar. Aber bei der Richtung, die damals die Dinge zu nehmen schienen, hielt es der König nicht einmal mehr für erforderlich, seine eigentliche Gesinnung so völlig zu verbergen. Der Botschafter Tallard hatte seine Abberufung nachgesucht und sie erhalten. Er erschien am 3./14. zur Abschieds-Audienz. Wilhelm III. entließ ihn mit den Worten: „Vous pouvez rendre témoignage auprès du roi votre maître de quelle manière j'avais voulu vivre en bonne intelligence avec lui". Der Wortlaut ward von allen Umstehenden vernommen und in gleicher Weise ausgelegt [1]).

Ungleich günstiger noch als der vorsichtige Resident Hoffmann, sah der eifrige Gesandte Wratislaw die Stimmung der Engländer an. Dies um so mehr, da Albemarle im Auftrage des Königs in gleichem Sinne zu ihm redete. Am 4./15. Februar erschien abermals Albemarle. Die Stimmung der englischen Nation, eröffnete er, hebe sich von Tag zu Tag. Der König wolle daher Commissarien ernennen, lauter Engländer, welche mit Wratislaw die Puncte einer Allianz feststellen würden. „Wozu ein neuer Allianz-Vertrag, fragte der Gesandte, wo derjenige von 1689 in Kraft besteht?" — „Dieser Vertrag, erwiederte Albemarle, ging auf die gesammte spanische Monarchie. Auf den Wiedergewinn derselben werden England und Holland sich nicht einlassen. Der Kaiser bedarf dieser Mächte. Er muß sie daher nehmen, wie er sie bekommen kann. Bedenken Sie, daß der Eifer der

---

[1]) So ausdrücklich Hoffmann, mit dem Zusatze: „unter denen auch ich", im Berichte vom 15. Februar. Die Thatsache berichtet selbständig auch Wratislaw, 15. Februar.

Engländer gar oft einem Strohfeuer gleicht, schnell auflodernd, nicht dauernd." Dann warf Albemarle wie aus sich selber hin, ob nicht der Kaiser mit Mailand und Belgien zufrieden sein würde.

Die Abneigung des Königs auf den Allianz-Vertrag von 1689 zurückzugehen, hatte jedoch noch einen anderen Grund. Einige Tage später schickte er dem Gesandten den Staats-Secretär Vernon zur Verhandlung. Dieser begann mit den Worten: er hoffe, der Gesandte werde die erforderlichen Instructionen für einen Allianz-Vertrag besitzen. Wratislaw entgegnete: „Der Kaiser hat mich gesendet, um die Ausführung der Allianz von 1689 zu begehren. Wie der Kaiser sein Versprechen gehalten: so wird man es auch ihm halten müssen". Vernon erwiederte: „Es bedarf einer neuen Vollmacht. Denn das Parlament hat von einem Vertrage von 1689 keine Kenntnis, und darum wird es ihn nicht ausführen wollen" [1]).

Der König persönlich sprach sich zu Wratislaw in ähnlichem Sinne aus: die Allianz von 1689 könne aus vielen Gründen nicht mehr als bestehend angesehen werden. Darum freilich blieben in einer anderen Beziehung seine Gedanken nicht hinter denen Wratislaws zurück, sondern eilten ihnen voraus. „Ich will, sagte er, einen Vertrag für die Gegenwart und die Zukunft; denn daran ist dem Kaiser wie mir alles gelegen. Einerseits die Zuneigung, die ich im Herzen für den Kaiser trage, andererseits die Nothwendigkeit mich mit ihm mehr als zuvor zu verbinden, sind meine Motive" [2]).

Wir haben hier einen merkwürdigen Fortschritt in der Seele Wilhelms III. klar zu stellen.

Der Gedanke eines immer währenden Bündnisses zwischen dem Kaiser und England ist in der kaiserlichen Politik schon früher uns entgegen getreten. Es erschien damals dazu erforderlich der Beitritt des Parlamentes zu der Allianz vom 12. Mai 1689. Wir erinnern uns, mit welcher Behutsamkeit der Graf Auersperg im Jahre 1695 seinen Auftrag in dieser Richtung dem Könige nahe brachte, nicht durch einen Engländer, sondern durch den Holländer Dykvelt (Band VII, S. 112). Wilhelm III. ging damals nicht ein. Er hielt fest an

[1]) Wratislaws Bericht vom 18. Februar.
[2]) Desgleichen vom 22. Februar.

der Prärogative der Krone in Betreff der Verträge mit den auswärtigen Mächten. Er legte dem Parlamente den Allianz-Vertrag vom 12. Mai 1689 nicht vor.

Die Lage der Dinge im Jahre 1701 war eine andere. Der Gedanke, etwa wie im Jahre 1689, durch die Republik Holland einen Vertrag mit dem Kaiser schließen zu lassen, und als König von England demselben beizutreten, kam nicht mehr auf. Wilhelm III. konnte dies Mal sein Ziel nur dadurch erreichen, daß, formell betrachtet, nicht er die Initiative ergriff, sondern daß die Aufforderung eine solche Allianz zu schließen, an ihn gelangte von dem Parlamente aus. Und darauf war der Plan seiner Führung desselben angelegt. Indem er zu folgen schien, wo er in der Wirklichkeit führte, verließ er dennoch thatsächlich die Prärogative der Krone. Darum blieb der Allianz-Vertrag vom 12. Mai 1689, den er allein, ohne Zuziehung eines Ministers, gezeichnet, der letzte dieser Art, der letzte eines Königs von England ohne sein Parlament.

Fassen wir also diesen Zustand der Dinge in England, im Februar 1701, kurz zusammen: so war nach den Urtheilen auch der kaiserlichen Gesandten die Hoffnung des Königs, durch den Hinweis auf die Gefahr der Republik Holland das Parlament zu nachdrücklichen Entschlüssen zu bringen, nicht unbegründet. Diese Hoffnung schien durch das Nachgeben der Republik dem Könige Wilhelm III. benommen zu werden.

Seiner Klage über diese Sachlage entsprach die Freude Ludwigs XIV. Wir Spätere wissen aus seinen eigenen Worten an Harcourt, daß es durchaus nicht seine Absicht gewesen war, weiter zu gehen als er gegangen war, daß namentlich ein Angriff auf die Republik, das Niederwerfen derselben, seinen Gedanken fern lag. Vom 18. Februar an wurden die holländischen Bataillone in Abtheilungen aus den belgischen Plätzen entlassen, so jedoch, daß französische Truppen ihnen zuvoreilten, damit alle Festungen gegen die Republik eher von den Franzosen besetzt würden, als die Holländer ihre Grenze decken könnten. So war es der Befehl Ludwigs XIV. [1])

In späterer Zeit, nach dem Wechsel der Dinge, haben viele Franzosen diese Entlassung der zweiundzwanzig holländischen Bataillone

---

[1]) Mémoires militaires etc. publiés par Pelet. t. I, p. 22.

bezeichnet als einen Act übertriebener Großmuth. Von der Whig-Partei in England dagegen ist später in Flugschriften gegen die Tory-Partei die Anklage erhoben, daß sie dem Könige Ludwig XIV. zu dem Acte der Ueberraschung vom 6. Februar vorher ihre Zustimmung gegeben, unter der Bedingung, daß er die holländischen Besatzungen nicht als kriegsgefangen zurückbehalte [1]). Die rechte Würdigung des Verfahrens von Ludwig XIV. liegt jedenfalls in jenen Worten Wilhelms III. an Heinsius, vom 8. Februar: „Wenn unsere Truppen zur Zeit die belgischen Plätze geräumt haben, wie ich vermuthe, und wenn sie nicht wider ihren Willen dort zurückbehalten sind, was ich hoffe". Die drei letzten Worte deuten an, daß in diesem Falle England sofort zum Kriege bereit gewesen wäre. Dies wußte aber auch Ludwig XIV., und aus dieser Kenntnis stammte das was die Franzosen seine Großmuth nennen.

Das gesammte Belgien befand sich demnach ohne Schwertstreich in seinen Händen. Und zu diesem an sich schon so weittragenden Erfolge kam nun noch die Anerkennung Philipps V. von Seiten der Republik ohne jegliche Bedingung, vor aller Verhandlung. Die Antwort Ludwigs XIV. an die Republik, vom 3. März, athmet in jeder Zeile seine volle Genugthuung [2]).

Eine andere Frage war die, ob denn nun damit alles beendet war. Wir haben die unmuthige Aeußerung des Königs Wilhelm, vom 22. Februar, als dies bejahend vernommen. Anders jedoch faßten die Holländer die Sache, und ihre Antwort an Avaux ließ dies deutlich durchblicken, indem sie von ferneren Unterhandlungen sprach, in Gemeinschaft mit dem Könige von England und anderen betheiligten Mächten. Der Botschafter Avaux hatte auf die Ueberreichung des Schriftstückes an ihn nur Worte des Friedens im Munde geführt; zu Anderen äußerte er sich: die Fassung sei captiös, mysteriös, berechnet auf Zeitgewinn [3]). — Der spanische Gesandte Don Quiros erwiederte auf die Mittheilung: Spanien werde, wie bisher, immer der getreue Bundesgenosse der Republik sein. Ein wahrhafter Spanier

[1]) Eine Flugschrift vom Jahre 1705. Der Verfasser ist Robethon, im Jahre 1701 Secretär Wilhelms III.

[2]) Bei Lamberty t. I, p. 396.

[3]) Bericht des Grafen Goes vom 25. Februar.

könne nicht anders denken. Wenn aber, wie wahrscheinlich, der Hinweis auf andere betheiligte Mächte den Kaiser bedeute: so würden die Verhandlungen sich sehr in die Länge ziehen [1]).

Dies war richtig. Wie aber, wenn bei der Lage der Dinge, in der man sich befand, eben auch nur dies der wesentliche Zweck der Holländer war? Jene Privatäußerungen des französischen Botschafters waren besser begründet, als die Genugthuung, die er officiell zur Schau trug. Es war den Holländern alles darum zu thun, Zeit zu gewinnen, sich vorzubereiten. Nun besagte die Instruction des Botschafters Avaux: „Wie Se. Majestät keine Forderung an die Republik stellt: so hat er auch seinerseits ihr ein Anerbieten nicht entgegen zu bringen" [2]). Wenn aber dennoch Ludwig XIV. sich durch Avaux in eine Unterhandlung einließ, in der er seinerseits nichts bewilligen wollte, und sich einließ mit denen, welchen es hauptsächlich darum zu thun war, Zeit zu gewinnen, um dadurch ihre Position zu bessern und zu stärken: so folgt, daß die Ueberlegenheit der List in diesem Falle nicht auf Seiten Ludwigs XIV. war.

Nur das Wort der List allerdings kennzeichnet das Verfahren der Staatsmänner der Republik. Aber sie waren die Schwächeren. Sie erkannten, daß nach der Besetzung von Belgien das Schicksal ihres Vaterlandes in der Hand Ludwigs XIV. stand, der von heute auf morgen den Untergang verhängen konnte. Sie waren an diesen Rand des Abgrundes dadurch gekommen, daß sie durch ihre Friedensneigung sich von dem übermächtigen Könige hatten kirren lassen zu dem Theilungsvertrage, dessen hauptsächlicher Zweck für sie war, ihnen Belgien als die Barriere ihrer Heimat, als das Unterpfand ihrer Freiheit gegenüber Frankreich zu sichern, der dagegen für Ludwig XIV. das Mittel war zu dem Zwecke, das ganze spanische Erbe zu nehmen. Und ferner waren sie dadurch dahin gekommen, daß er dann abermals, während sie noch unschlüssig standen, mit List und mit überlegener Gewalt sie überraschte und ihnen ihre Barriere nahm. Nun, nachdem er auch diesen Zweck erreicht und darum den Frieden wünschte, um dadurch den erworbenen Besitz zu befestigen, gewährte dieser sein Friedenswunsch

---

[1]) Grovestins t. VII, p. 444. Schreiben des Rathspensionärs vom 22. Februar.
[2]) A. a. O. p. 441.

den holländischen Staatsmännern das Mittel, durch Concessionen an diesen Wunsch den König zu täuschen über ihre wahre Absicht des Krieges wider ihn, um durch den Krieg, zum Zwecke ihrer eigenen Sicherheit, zunächst ihre Barriere, das Bollwerk ihrer Sicherheit, wieder zu gewinnen, oder auch, wenn es gelang, das spanische Erbe ihm wieder zu entreißen.

Ludwig XIV. mochte beim Abfassen seines Schreibens an die Republik, vom 3. März 1701, sich auf der Höhe seines Glückes wähnen. Nicht bloß hatte er seinem Enkel einen Thron gegeben, sondern aus der Reihe seiner Widersacher anscheinend einen an Geldmitteln reichen, und darum mächtigen gelöst, das Bindeglied, ohne welches die Kette einer Allianz wider ihn nicht zu schließen war. Der neue Besitz schien gesichert, das Ziel erreicht, nach welchem erst sein Führer Mazarin und dann er selber ein halbes Jahrhundert hindurch mit einem solchen Aufwande von Mitteln aller Art gestrebt.

Anders rechneten die Staatsmänner im Haag. Indem Heinsius dem Könige Wilhelm die geschehene Thatsache meldet, fügt er hinzu: „Wir sind dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß eine einfache Anerkennung uns weiter nicht verpflichtet, und daß wir für die Folgezeit immer die Freiheit haben zu verhandeln, im Vereine mit Eurer Majestät und anderen bei dieser Frage betheiligten Mächten" [1]).

So Heinsius zu Wilhelm III., nicht jedoch zu Ludwig XIV. Das Verhalten des Rathspensionärs zu der Anerkennung Philipps V. hat demnach eine gewisse Aehnlichkeit mit demjenigen Ludwigs XIV. um vier Monate früher zu dem Theilungsvertrage. Wie Ludwig XIV. aus dem Vertrage selbst den Vorwand her nahm, ihn nicht zu halten: so schien für Heinsius aus der allgemeinen Fassung der Anerkennung das Recht hervorzugehen, ihr im Einzelnen zuwider zu handeln.

Der Unterschied war, daß Heinsius darin nicht handelte nach eigenem Willen, sondern als das Organ des Gemeingefühls der Republik, die vor allen Dingen ihre Schwäche zu verbergen suchte. Er spricht sich darüber bestimmter aus in einem folgenden Schreiben. „Wir haben, sagt er, diese ganze Angelegenheit im tiefsten Geheim verhandelt, damit nicht Frankreich dahin gelange, unsere Schwäche zu

---

[1]) Grovestins t. VII, p. 444. Vom 22. Februar.

durchschauen. Dies würde die Agenten dieser Macht angetrieben haben, Verwirrung und Zwietracht im Lande zu verbreiten, deren Keime leider auch so schon bemerkbar sind. Ich muß jedoch auch aussprechen, daß ich, nach geschehener Anerkennung, mehr Eintracht, Kraft und Festigkeit wahrnehme: man ist im allgemeinen ruhiger. Denn man sagt, daß, nachdem dieser Stein des Anstoßes entfernt, im Falle daß dennoch der Krieg ausbreche, Frankreich daran die Schuld trage" [1]).

Dieses Urtheil des Rathspensionärs wird bestätigt durch die Wahrnehmung des Grafen Goes. Auch er sah mit Befriedigung eine größere Einigkeit in den Berathungen, mehr Kraft in den Beschlüssen, als man vor dem Acte der Anerkennung verspürte [2]).

Einer der wichtigsten Beschlüsse dieser Art war derjenige, mit der officiellen Mittheilung des Geschehenen an den König von England die Aufforderung zu verbinden, gemeinsam mit den Generalstaaten in die Unterhandlung mit Frankreich einzutreten, und für den Fall, daß diese Unterhandlungen ohne Ergebnis zergingen, der Republik die vertragsmäßige Hülfe zu leisten.

Wilhelm III. empfand es schwer, daß die erste günstige Chance, die sich zum Zusammenfassen aller Kräfte, zur Bildung einer allgemeinen Allianz wider Frankreich dargeboten, in Folge des Nachgebens der Republik bereits verloren war. Jener Beschluß dagegen diente wie ein Ersatz dafür, und wir werden zu ersehen haben, wie sich Wilhelm III. dieses Beschlusses bediente, um dennoch das Parlament nach seinem Willen zu führen.

Die Mitglieder des Parlamentes hatten unterdessen sich in London angesammelt. Wir haben aus den Worten des Königs an Heinsius vernommen, daß er die ursprünglich auf den 6./17. Februar angesetzte Eröffnung, um die Beschlüsse der Republik abzuwarten, hinausgeschoben hatte auf den 10./21. Februar. Entsprach der Gang der Dinge in der Republik nicht seinen Wünschen: so war er dagegen in der anderen überaus wichtigen Angelegenheit, der Feststellung der Thronfolge in England auf das Haus Hannover, seinem Ziele um einen bedeutenden Schritt näher gekommen.

---

[1]) Grovestins t. VII, p. 444. Vom 25. Februar.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 8. März.

Die Meinungen, die gleich nach dem Tode des Herzogs von Glocester über die Frage der Thronfolge in England laut geworden waren, zeigen sich als wesentlich dieselben auch noch im Februar 1701, bei dem Zusammentritte des Parlamentes. Der Gesandte Wratislaw nahm drei Parteien wahr: die eine und zwar die stärkste sei für den Kurprinzen Georg August von Braunschweig-Lüneburg, jedoch mit der Bedingung, daß er sich sofort nach England begebe und auf seine Rechte und Ansprüche in der Heimat verzichte. Eine andere Partei sei für den Sohn des Herzogs von Monmouth, also einen Enkel Carls II. Auch diese Partei sei nicht gering. Eine dritte Partei sei für den Sohn Jacobs II., unter der Bedingung, daß er zur anglicanischen Kirche übertrete. Diese Partei sei die schwächste [1]).

Die Reden dieser Art thun dar, daß die eigenthümliche Schwierigkeit der Successions-Frage, nämlich die ablehnende Haltung der Kurfürstin Sophie in Hannover, den Augen der Engländer jener Zeit völlig verborgen war. Ein Einblick in jedes spätere englische Geschichtsbuch zeigt, daß diese Unkenntnis des Sachverhaltes seitdem geblieben ist. Es gab in England damals nur eine einzige Persönlichkeit, welche das Verhältnis genau kannte, den König Wilhelm III. selbst. Und es ist bisher keine Spur vorhanden, daß er auch nur Einen Engländer zum Mitwisser gehabt, als den Diplomaten Stepney, durch den er im September 1700 an die Kurfürstin Sophie hatte schreiben lassen.

Wir erinnern uns der Ablehnung der Kurfürstin in ihrer zu Gunsten des Sohnes von Jacob II. gegebenen Antwort. (Band VIII, S. 567 u. f.) Wir erinnern uns ferner, daß dann auch die mündlichen Beredungen des Königs mit der Kurfürstin im Schlosse Loo und zuletzt im Haag nicht ein anderes Ergebnis gebracht hatten. Und in die Ablehnung der Mutter stimmte folgerecht mit ein ihr Sohn, der Kurfürst Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg in Hannover. Eben darum liegt es vor Augen, daß jene Partei in England, welche ihre Augen auf den Kurprinzen Georg August wendete, und sogar Forderungen an ihn stellen wollte, das eigentliche Verhältnis nicht

[1]) Wratislaws Bericht vom 14./25. Januar.

kannte. Georg August war der einzige Sohn seines Vaters: es stand nicht zu erwarten, daß der Vater dem Sohne gestatten würde, mit Hintansetzung des eigenen Erbes eine Krone anzunehmen, an die er ein Anrecht nur durch den Vater und durch die Großmutter besaß, welche beide dies Anrecht nicht als vollgültig und unzweifelhaft anerkannten.

Anders als jene Parteien in England, sah der König Wilhelm III. die Sache an. Nicht auf den Kurprinzen oder den Kurfürsten war sein Auge gerichtet, sondern nach wie vor auf die nächste Trägerin des Erbrechtes, auf die Kurfürstin Sophie. Und bei ihr hatte er einen Verbündeten an seinem alten Freunde, dem Herzoge Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg in Celle, der selber mit betheiligt war durch den beiderseitigen Enkel, den Kurprinzen Georg August. Und wiederum hatten die beiden Fürsten bei der Kurfürstin im gegebenen Falle einen Fürsprecher für ihren Wunsch an dem Freunde der Kurfürstin, an Leibniz. Er hatte ja bereits zweimal, im October 1696 und wieder 1698, in dieser Richtung zu wirken gesucht, beide Male erfolglos. In dem Schreiben vom 21. September 1700 hatte Stepney, das heißt, der König Wilhelm, in dessen Auftrage der Diplomat schrieb, Leibniz ausdrücklich als denjenigen benannt, durch welchen er eine Antwort wünschte.

Damals, im Sommer 1700, befand sich Leibniz nicht, wie der König und Stepney muthmaßten, in der Umgebung der Kurfürstin, sondern in Wien. Gegen Ende December 1700 traf er wieder in Hannover ein. In den Augen der Kurfürstin erschien damals die Angelegenheit der Thronfolge in England für sie erledigt. Indem sie wohl wußte, wie Leibniz über diese Sache dachte, und voraus sah, wie nachdrücklich er die von Stepney dargelegten Ansichten vertreten würde, zog sie vor, jenes Schreiben, obwohl sein Name darin genannt war, ihm gegenüber nicht zur Sprache zu bringen [1]).

Allein es gelangten von England aus nach Hannover auch andere Schreiben, welche die Sachlage dort, die günstige Stimmung für die Succession des Hauses Hannover darlegten, und zu Schritten in dieser Richtung aufforderten. Der geheime Rath des Kurfürsten überwies

---

[1]) Man vergleiche zu der ganzen Darstellung hier meine Einleitung zum achten Bande der Werke von Leibniz, S. XXXI u. f., so wie die dort mitgetheilten Actenstücke.

eins dieser englischen Schriftstücke an Leibniz zum Berichte. Er benutzte diesen Anlaß, um mit Nachdruck seine Ansicht geltend zu machen. „Ich habe immer dafür gehalten, beginnt er, daß man hier diese Angelegenheit reiflich zu erwägen habe, und es hat mich sehr unangenehm berührt, wenn es mir schien, daß man sie kühl behandelte; denn das gesammte Europa, die Religion, das Gemeinwohl, und besonders der Ruhm und die Wohlfahrt des durchlauchtigsten Hauses sind dabei außerordentlich betheiligt."

Jene englische Schrift war abgefaßt vor dem Tode des Königs von Spanien. Leibniz wies mit besonderem Nachdrucke darauf hin, daß durch diesen Tod, das Testament Carls II. und die Annahme desselben in Versailles, die Lage der Dinge in Europa, und besonders auch für England sich völlig verändert habe. Jene englische Schrift schilderte die republikanische Partei in England als stark. Leibniz erwiederte: „Wie immer auch vorher es sich mit den Wünschen der republikanischen Partei in England verhalten haben möge, gegenüber der Einigung der beiden Monarchien Frankreich und Spanien sind sie undurchführbar. Denn, wenn nicht das gesammte übrige Europa sich dieser Einigung entgegenstemmt, so gibt es, nach menschlicher Voraussicht, kein Mittel, die Herstellung Jacobs II. oder seines Sohnes zu verhindern. Die anderen Mächte Europas aber werden Bedenken tragen, ein Bündnis einzugehen mit einer werdenden, einer noch formlosen Republik: dagegen wird man bereitwillig sein abzuschließen mit einem der angesehensten Fürstenhäuser, dessen Rechte nach den englischen Gesetzen unbestreitbar sind". Leibniz folgert daher, daß die Kurfürstin sich nicht bloß für die Annahme der Succession erklären, sondern auch für die Geltendmachung ihres Rechtes selber Schritte thun müsse.

Jedenfalls war dadurch die Sache in Hannover, im Januar 1701, aufs neue angeregt. In die Erörterungen darüber traf hinein ein Bericht des hannöverschen Residenten Bezrie in London. Er meldete, daß der König das Parlament aufgelöst und ein neues ausgeschrieben habe. Die Proclamation enthalte die ungewöhnlichen Worte: wegen Angelegenheiten von höchster Wichtigkeit. Nach der allgemeinen Ansicht seien darunter zu verstehen die Feststellung der Thronfolge in England, so wie die Veränderung der Dinge in Spanien in Folge des Testamentes von Carl II. Bezrie hob hervor, daß nach seiner

Ansicht das hauptsächliche Ziel des Königs sein würde, die Erblichkeit der Krone zu bewahren, und daß, gemäß den Gesetzen von England, dies Recht der Erblichkeit nach der Prinzessin Anna zunächst die Kurfürstin Sophie berufe. Welche Gesinnung der König für die Kurfürstin hege, sei ihr selber aus eigener Erfahrung am besten bekannt. — Das Schreiben Vehries entspricht so sehr dem Sinne des Königs, daß die Vermuthung nahe liegt, es sei nicht ohne sein Vorwissen abgefaßt [1]).

In der ersten Hälfte des Monates Januar 1701 wurde diese Angelegenheit in Hannover hin und her erwogen. Erst dann übergab die Kurfürstin Sophie an Leibniz das Schreiben Stepneys, vom September 1700.

Zur selben Zeit trat ein anderer Factor mitwirkend ein, der alte Herzog Georg Wilhelm in Celle. Die Kurfürstin Sophie folgte einer Einladung dieses ihres Schwagers nach seinem Schlosse in Celle. Dies Mal war Leibniz in ihrem Gefolge. In Celle befand sich damals auch der englische Gesandte Cresset, der für gewöhnlich seinen Aufenthalt in Hamburg hatte. Er hatte auch im Herbste 1698, zur Zeit des Besuches des Königs in Celle, dort sich eingefunden, und wußte von damals her um die Intentionen des Königs. Es ist daher mit Grund anzunehmen, daß im Januar 1701 ihm auch mitgetheilt ist, was im Herbste 1700 vorgegangen war, also der Brief Stepneys und die Antwort der Kurfürstin, so wie der Inhalt der Unterredungen im Schlosse Loo oder in Dieren, an denen der Herzog Georg Wilhelm Theil genommen.

Die Kurfürstin Sophie, der Herzog Georg Wilhelm, Leibniz und Cresset traten im Schlosse zu Celle zu einem Conseil zusammen. Sie beriethen zwei Tage. Die Berathung brachte kein Ergebnis.

Der Kurfürst Georg Ludwig, der spätere König Georg I., auf den es nach seiner Mutter zunächst ankam, hatte sich nicht mit nach Celle begeben. Demnach lag ihm der Gedanke fern, daß dort ein Schritt geschehen könnte, dessen Consequenzen sich auch auf ihn erstrecken würden. Und eben so wenig konnte es die Absicht seiner Mutter sein, zu handeln ohne ihn. Daß er nicht geneigt war, sich auf die Thronfolge

[1]) Es befindet sich im handschriftlichen Nachlasse von Leibniz, in der k. Bibliothek zu Hannover.

in England einzulassen, hat sich aus den Worten der Kurfürstin über ihn ergeben. (Band VIII, S. 568.) Eben dasselbe tritt abermals hier hervor. Indem Leibniz die in dem Conseil vorgebrachten Gründe nochmals schriftlich zusammenfaßt, beginnt er mit den Worten: „Die Zeitlage erfordert, ernstlich daran zu denken, das Recht der Erbfolge des Hauses Braunschweig-Lüneburg in England zu sichern, um so mehr da der König, die Kurfürstin, und der Herzog in Celle, sich alle drei noch in voller Lebenskraft befinden und darum das Gelingen um so sicherer erscheint". Das Nicht-Nennen des Kurfürsten läßt keine andere Deutung zu als die Voraussetzung, daß er nicht mitwirken werde.

Für die Sache waren also der König Wilhelm von England und der Herzog Georg Wilhelm: es handelte sich darum, auch die Kurfürstin Sophie zu einer Erklärung der Geneigtheit zu bewegen. Leibniz legte seine Denkschrift, in welcher er die in der Verhandlung vorgekommenen Gründe zusammenfaßt, der Kurfürstin vor. Von besonderer Wichtigkeit ist darin die Rechtsfrage.

„Man darf, sagt Leibniz, dem Hause Braunschweig-Lüneburg nicht einen Vorwurf in Betreff der Gerechtigkeit machen, wenn es über die Bewahrung seines eigenen Rechtes wacht. Es hat nicht beigetragen, die römisch-katholischen Linien auszuschließen. Es hat in keiner Weise einen Einfluß geübt bei der Act of Settlement, welche jene Linien des Rechtes zu regieren verlustig erklärt. Dies ist lediglich die Angelegenheit der englischen Nation. Allein, vorausgesetzt, daß diese Ausschließung besteht, so darf man nicht misbilligen, daß das Haus Braunschweig-Lüneburg das eigene Recht, welches ihm in Ermangelung jener gebührt, fest hält und geltend macht. Frankreich kann die Thronfolge des Herzogs von Anjou lediglich auf den Willen der spanischen Nation stützen, welche ihn zur Krone beruft, ungeachtet des Verzichtes seiner Großmutter, der Königin Marie Therese. Demnach muß Frankreich auch anerkennen, daß die englische Nation nicht ein geringeres Recht besitzt gegenüber dem Könige Jacob und seiner Linie, auch abgesehen von der Desertion dieses Fürsten und von demjenigen was gegen den Prinzen von Wales angeführt wird."

Das Conseil hatte kein positives Ergebnis gebracht; aber es war darin die Rede gewesen, den König Wilhelm III. zu befragen. Am

Abends des zweiten Tages gelang es dem Herzog Georg Wilhelm in einer nochmaligen vertraulichen Unterredung die Kurfürstin zu bewegen, daß sie sich entschloß, selber an den König einige Zeilen zu richten, um ihn um seinen Rath zu befragen. Am anderen Morgen entwarf sie dieses Schreiben. Als Leibniz bei ihr erschien, legte sie es ihm vor. Er charakterisirt es mit den Worten an Cresset: Elle se réduisait à consulter le roi sur ce qui était à faire. Das Schreiben entsprach also nicht seiner Erwartung. Er bat sich die Erlaubnis aus, gleichzeitig ein eigenes über die Sache an Stepney zu richten. Die Kurfürstin gestattete es. Was immer Leibniz schrieb, das konnte ja sie nicht binden. Dennoch ließ sie auch sein Schreiben sich vorlegen, und verlangte, daß der Sohn Jacobs II., welchen Leibniz als einen jungen Prinzen englischer Nation bezeichnet hatte, mit seinem richtigen Titel ausgestattet werde als der Prinz von Wales [1]).

Es erwächst daher die Frage: was die Kurfürstin Sophie mit jenem Schreiben an den König Wilhelm III. bezweckt, und wie weit sie ihrerseits ihm gegenüber hat gehen wollen.

Wir kennen ihre Gesinnung als jacobitisch. Daß sie im Alter von einundsiebzig Jahren auf Grund von Argumentationen, so bündig auch immer diese sein mochten, diese Gesinnung geändert haben sollte, ist nicht anzunehmen. Auch wird in der Folgezeit mehr als eine Aeußerung uns darthun, daß diese Gesinnung ihr blieb. Um so dringender also wird jene Frage.

Erwägen wir, daß sie allein, in jenen Tagen zu Celle, drei Männern gegenüberstand, von denen jedenfalls zwei, der Herzog Georg Wilhelm und Leibniz, ihr volles Vertrauen besaßen, und die, ein jeder in seiner Weise, in sie drängten einen entgegenkommenden Schritt zu thun. Das Gewicht der Gründe von allen Seiten wog schwer. Die Fürstin konnte sich dem Drucke derselben nicht entziehen. Wenn sie auch im Herzen ihrem unglücklichen Vetter Jacob von England die volle Sympathie bewahrte, von der sie, im Herbste 1688, ihm Beweise gegeben bei dem römischen Kaiser Leopold, die sie nicht verhehlt hatte, im Jahre 1689, gegenüber dem Könige Wilhelm III.; wenn sie auch

---

1) Den Nachweis im Einzelnen wolle man ersehen in meiner Einleitung zum achten Bande der Werke von Leibniz S. XLIV u. f.

dem Sohne Jacobs, an dessen Echtheit sie einen Zweifel in ihrer Nähe nicht duldete, die Herstellung auf den Thron seiner Väter von Herzen wünschte, und noch unlängst dem Könige Wilhelm III. gegenüber persönlich dies ausgesprochen: so vermochte sie doch nicht mit Gründen anzukämpfen wider die Beweisführung von Leibniz, daß ein französischer Vasallen-König auf dem Throne von England zu dem französischen Vasallen-Könige auf dem Throne von Spanien das gesammte Europa dem Dominate Ludwigs XIV. mit den Consequenzen desselben rettungslos überliefern würde [1]). Durfte die Kurfürstin, allen diesen Gründen gegenüber, beharren bei der Weigerung in der Art, wie sie dieselbe einige Monate früher, und zwar vor dem spanischen Successionsfalle, ausgesprochen hatte?

Die Fürstin entschloß sich, auf den Vorschlag ihres Schwagers von Celle einzugehen, selber an den König Wilhelm III. zu schreiben, nicht in der Art wie Leibniz es wünschte, nicht wie er ihr rathen würde, sondern wie sie selber es wollte, nämlich dem Könige die Frage zu stellen um seinen Rath — eine Frage, die ihr, nach ihrer Ansicht, den Entschluß auf die Antwort völlig frei und offen ließ. Eben darum auch mochte sie glauben, eine solche Frage stellen zu dürfen, ohne vorher sich mit ihrem Sohne, dem Kurfürsten, darüber zu berathen, oder seine Zustimmung darüber einzuholen. Der Gedanke, daß diese Frage eine unmittelbar praktische Bedeutung nach sich ziehen könne, mochte ihr nicht in den Sinn kommen. So nahe schien die Sache nicht zu liegen. Denn auch Leibniz sprach in seiner Denkschrift die Meinung aus: es sei nicht wahrscheinlich, daß der König unter den Angelegenheiten von höchster Wichtigkeit, welche die Einberufung eines neuen Parlamentes gefordert, auch diejenige der Regelung der Thronfolge in England verstanden habe. Die Frage des Verhaltens zu der spanischen Succession dränge unmittelbar, und der König werde nicht sich mit den beiden dornigen Angelegenheiten zugleich belasten wollen.

Die Kurfürstin mochte demnach denken, daß ihr mit dem Beirathe ihres Schwagers entworfener Brief so wenig Bindendes enthalte wie immer möglich, daß die allgemeine Fassung desselben ihr freie

---

[1]) Man vergleiche die Denkschrift von Leibniz in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz Band VIII, S. 227 u. f.

Hand lasse. Die geringe Befriedigung, welche Leibniz beim Lesen dieses Briefes an den Tag gelegt, konnte sie in dieser Ansicht nur bestärken. Der Gedanke, daß die vertrauliche Unterredung mit ihrem Schwager am Kamine im Schlosse von Celle, ihr Eingehen dort auf seinen Vorschlag einige nicht bindende Zeilen abzufassen, für die Schicksale ihrer Dynastie, für diejenigen von Ländern und Völkern, auf undenkliche Zeiten hinaus schwerer wiegen würde als manches mörderische Treffen, in welchem tausende bluten — der Gedanke kam nicht in ihren Sinn. Und dennoch ist es so. Denn an diesen wenigen, an sich nicht bindenden, sondern nur um Rath fragenden Zeilen hangt die Thronfolge des Hauses Hannover in Groß-Britannien und Irland.

Denn ganz anders faßte der König Wilhelm III. die Sache.

Wir haben bei den Ereignissen der früheren Jahre wiederholt beobachtet, daß Wilhelm III. eine Herstellung des Hauses Stuart, weder Jacobs II., noch seines in Frankreich aufwachsenden Sohnes, nicht wollte, daß vielmehr gerade der Zufluchtsort und die Hülfe, auf welche Jacob II. bauete, um die Krone für sich oder seinen Sohn wieder zu erlangen, den König Wilhelm III. um so mehr antrieben, diese Wiedererlangung unmöglich zu machen. Und zwar nicht bloß um Englands willen, sondern eben so sehr, oder vielleicht noch mehr für sein geliebtes Holland. Denn ein Stuart in St. Germain konnte nicht anders aufwachsen als mit starkem Hasse wider die Republik, welche den Oranier in den Stand gesetzt, auf Jacob II. den entscheidenden Streich zu führen. Und es war daher mit Sicherheit vorauszusehen, daß ein Jacob III. auf dem Throne von England an feindseliger Gesinnung wider die Republik den Oheim Carl II. und den Vater Jacob II. noch überbieten, und daher trachten würde, das jenen beiden mislungene Werk auszuführen, nämlich die Republik tödtlich zu treffen.

Diese Gefahr, auch vorher schon vorhanden, war gesteigert durch die Annahme des spanischen Testamentes von Seiten Ludwigs XIV. Wir haben uns zu erinnern an die Worte Wilhelms III. zu Heinsius, vom 16. November 1700: „Wenn dies Testament zur Durchführung gelangt, so hangt nach meiner Ueberzeugung über England und über die Republik die Gefahr des völligen Unterganges“. War also Wilhelm III. vor dem November 1700 schon beflissen, die Thronfolge in

England so festzustellen, daß das Haus Stuart für immer ausgeschlossen wurde: so mußte er es folgerecht um so mehr sein nach jener Annahme des spanischen Testamentes. So lagen die Dinge im November und December 1700.

Nun hatte aber eben vorher die nächst berechtigte Persönlichkeit, die Kurfürstin Sophie, ihm gegenüber abgelehnt. Wenn sie bei dieser Ablehnung beharrte, so konnte der König das Parlament nicht einmal auffordern über die Sache einen Beschluß zu fassen.

Er entschloß sich daher noch einmal einen Versuch bei ihr zu machen.

Zunächst bedurfte er dafür der Zeit. In dem nachherigen Parlamente wurden Klagen laut, daß der König bei einer so wichtigen europäischen Verwickelung, wie sie sich durch den Tod des Königs von Spanien ergeben, anstatt sofort das Parlament einzuberufen, volle drei Monate ungenutzt habe verstreichen lassen, ohne daß ein Grund dafür ersichtlich [1]). Den Grund allerdings kannte nur der König. Das einzige Mittel für ihn, unter den Umständen die Berufung hinauszuschieben, war die Auflösung des Unterhauses, die Ausschreibung neuer Wahlen.

Denen, welche in Betreff der spanischen Erbfolge die wahre Gesinnung des Königs kannten, mochte es eben so auffallend erscheinen, daß er in einer solchen Zeit sich abwandte von den Whigs, welche jedenfalls zum Kriege mehr geneigt waren, und hinüber lenkte zu den Tories, welche in der Annahme des spanischen Testamentes durch Ludwig XIV. eine Bürgschaft des Friedens erblickten. Sie wußten nicht, zu welchem Zwecke Wilhelm III. gerade damals der Tories bedurfte.

Und dann, nachdem er so in England Zeit gewonnen, ließ er nochmals einen Versuch bei der Kurfürstin machen. Denn, daß der Herzog Georg Wilhelm bei seiner Einladung an die Kurfürstin, bei seinem Rathe dann im Schlosse zu Celle, einige Zeilen an den König zu richten, im Einverständnisse mit dem letzteren gehandelt, bedarf nicht eines Nachweises im Einzelnen. Auch Wilhelm III. kann sich kein Hehl darüber gemacht haben, daß die Kurfürstin in sich selber nicht umzustimmen war. Wenn es gelang von ihr irgend eine Aeußerung

---

[1]) Die Berichte von Wratislaw und Hoffmann vom 25. Februar.

zu erlangen, die als eine Willfährigkeit angesehen oder ausgelegt werden konnte: so hatte Wilhelm III. sicherlich auch die Absicht, diese Aeußerung in der vollsten Weise auszunutzen. Und demnach waren ihm jene wenigen Zeilen der Kurfürstin Sophie vom 18. Januar 1701 in hohem Maße willkommen.

Die Frage um den Rath des Königs konnte gedeutet werden als die Zusage einzugehen auf diesen Rath. Aber der König gab keinen Rath, keine sofortige Antwort. Er ging weiter. Die unbestimmte Fassung des Briefes, welche, nach der Ansicht der Kurfürstin, als eine Concession an die Wünsche des Herzogs in Celle, ihr die Freiheit des Entschlusses offen halten sollte, wandelte sich in der Hand des Königs Wilhelm III. zu dem Mittel, diese Freiheit ihr zu benehmen. Er unterließ jeden weiteren Schriftwechsel, der zu einer authentischen Interpretation dessen hätte führen können, was die Kurfürstin mit ihrer Anfrage um Rath gemeint hatte. Der König Wilhelm handelte sofort. Er suchte eine vollendete Thatsache zu schaffen, die nicht mehr abgewiesen werden konnte. Er hatte nicht die Absicht, wie die Kurfürstin und Leibniz meinten, die zwei dornigen Angelegenheiten, diejenige des Verhaltens gegenüber den Ereignissen in Spanien und diejenige der Feststellung der Erbfolge in England, nach einander vorzunehmen, sondern vielmehr sie untrennbar zu verbinden. Mit anderen Worten: seine Antwort auf jene Anfrage der Kurfürstin um seinen Rath sollte sein die fertige Successions-Acte zu Gunsten der Kurfürstin Sophie und ihrer Descendenz.

Sechsundzwanzigstes Buch.

Vom Beginne des Parlamentes, im Februar 1701, bis zum Abschlusse der großen Allianz, 7. September 1701.

Am 10./21. Februar 1701 trat das Parlament zusammen. Der König erschien im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und dann durch den Lord-Siegelbewahrer ihm verkünden, daß es einen Sprecher erwählen möge.

Die Whig-Partei war um etwa vierzig Stimmen überlegen. Die Parteien wurden so charakterisirt, daß die Tories durchweg für die Erhaltung des Friedens gesinnt waren, die Whigs im allgemeinen für den Krieg, aber weniger entschieden als nach jener Seite hin die Tories. Von Seiten der Hofpartei aber ward als Sprecher vorgeschlagen der Tory Harley, der von Hause aus Whig, dann zu der anderen Partei übergegangen, und darum den Whigs doppelt unlieb war. Er erhielt zweihundertneunundvierzig Stimmen gegen die hundertfünfundzwanzig seines Concurrenten. In diesem Stimmenverhältnisse lag der Beweis, daß die vom Hofe abhängigen Whigs für ihn gestimmt hatten. Wilhelm III. wollte also einen Tory zum Sprecher. Die unabhängigen Whigs machten aus ihrer Unzufriedenheit kein Hehl. „Wenn ich nicht bauete auf die Besonnenheit und die Erfahrung des Königs, meldet Wratislaw: so würde ich viel fürchten" [1]).

Wie es den Tories selber nicht völlig klar wurde, warum gerade sie der König damals suchte: so mochte auch der kaiserliche Gesandte es nicht erfassen. Seine Berichte, eben so wie diejenigen des Residenten

---

1) Die Berichte Hoffmanns und Wratislaws vom 22. Februar.

Hoffmann, dem nicht leicht etwas Wichtiges entging, was unter den Mitgliedern des Parlamentes zur Sprache kam, lassen ersehen, daß die Beziehungen des Königs nach Celle und Hannover hin für Alle ein Geheimnis blieben.

Nachdem der König die Wahl Harleys bestätigt, erschien er abermals im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden und verlas seine Thronrede. Er selber charakterisirt sie vor Heinsius mit den Worten: „Ich habe geglaubt mich beschränken zu müssen auf eine einfache Darlegung des Standes der Dinge, ohne eine Ansicht meinerseits auszusprechen, um somit die Fragen den Berathungen dieser Versammlung anheim zu stellen. Vielleicht wird dies eine bessere Wirkung hervorbringen; denn Gott weiß, in welcher Weise man bisher meine Rathschläge vernommen und befolgt hat“ [1]).

Die Thronrede lautet wie folgt. „Mylords und Herren. Das große Unglück, welches uns in dem Verluste des Herzogs von Glocester betroffen, macht es durchaus nothwendig, daß Bedacht genommen werde, die Thronfolge nach mir und der Prinzessin weiter hinaus in der protestantischen Linie festzustellen. Die Wohlfahrt der Nation und die Sicherheit der Religion, welche ja unsere hauptsächliche Fürsorge in Anspruch nehmen, werden nach meiner Ansicht dadurch so sehr bedingt, daß ohne Zweifel die Angelegenheit die allgemeine Betheiligung finden wird. Ich empfehle sie daher nachdrücklich Eurer frühzeitigen und eingehenden Erwägung.“

„Der Tod des letzten Königs von Spanien, mit der Ernennung eines Successors für seine Monarchie, hat in den auswärtigen Angelegenheiten eine solche Umgestaltung hervorgerufen, daß ich wünschen muß, Ihr wollet den gegenwärtigen Stand derselben reiflich prüfen. Und ich hege dann keinen Zweifel, Euere Beschlüsse darüber werden so gefaßt werden, daß sie dem Interesse und der Sicherheit von England durchaus entsprechen, wie nicht minder der Erhaltung der protestantischen Religion im allgemeinen, und dem Frieden von ganz Europa.“

„Diese Dinge sind von solchem Gewichte, daß ich sie ansehe als besonders geeignet für die Erwägungen eines neuen Parlamentes, um

[1]) Grovestins t. VII, p. 445. Vom 22. Februar.

an einem solchen Wendepuncte die Bewegung der Gemüther des Königreiches so unmittelbar wie möglich zu erkennen".

„Von Euch, Ihr Herren vom Hause der Gemeinen, muß ich diejenigen Subsidien erwarten, die Ihr als nothwendig ansehet für den Dienst des laufenden Jahres, und besonders muß ich Euch hinweisen auf die zur Zeit noch ungedeckten Rückstände und Schulden vom letzten Kriege her."

„Ferner sehe ich mich genöthigt, Euch anzuempfehlen, daß Ihr den Zustand der Flotte in Betracht nehmet und erwägt, welche Ergänzungen oder Vermehrungen für die Seemacht erforderlich sind. Denn in ihr besteht ja das große Bollwerk der englischen Nation, und sie muß daher, ganz besonders bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, in guten Stand gesetzt werden. Ihr werdet daher auch in Erwägung ziehen, was zu geschehen hat für die bessere Sicherheit der Seeplätze, in welchen die Schiffe im Winter auflegen."

„Die Regelung und Hebung unseres Handels ist von solcher Wichtigkeit für das Gemeinwohl, daß ich hoffen darf, Ihr werdet stets auch darauf ernstlich bedacht sein. Und wenn Ihr geeignete Mittel finden könnt für die Beschäftigung der Armen: so werdet Ihr Euch selbst dadurch von einer großen Last befreien, und zugleich mancher nützlichen Hand zur Thätigkeit verhelfen."

„Mylords und Herren. Ich hoffe, die Beschlüsse, die Ihr über die wichtigen uns vorliegenden Angelegenheiten zu fassen habt, werden eine solche Uebereinstimmung und eine solche Kraft an den Tag legen, daß unsere Eintracht unter uns selbst Jedermann einleuchten muß. Und nach meiner Ansicht kann nichts mehr beitragen zu unserer Sicherheit daheim, oder zu der Achtung vor uns nach außen" [1]).

Die Thronrede machte sogar in Versailles den Eindruck, welchen Wilhelm III. damit für das Parlament beabsichtigt hatte. Dangeau bemerkte in seinem Tagebuche: „Die Rede erscheint besonnen und maßvoll" [2]).

Es ist zunächst besonders wichtig zu bemerken, daß in den ersten Tagen nach dem Zusammentritte des Parlamentes die Anerkennung

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 128.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 45.

Philipps V. von Spanien von Seiten der Republik der Niederlande, vom 11./22. Februar, in England noch nicht bekannt, dort keinen Eindruck üben konnte.

Am folgenden Tage zog das Oberhaus die Thronrede des Königs in Erwägung. Am Abende zuvor war der Graf Wratislaw mit Peterborough und anderen Lords der Whig-Partei zusammen getreten, und hatte mit ihnen vereinbart, daß die Adresse des Oberhauses, anstatt die Erhaltung des Friedens von Europa zu betonen, wie die Thronrede gethan, hervorheben solle die Erhaltung des Gleichgewichtes von Europa [1]). Die Berathung im Oberhause rief manche scharfe Erörterung hervor. Einige jacobitische Lords hielten eine weitere Feststellung der Thronfolge in England nicht für erforderlich, da ja noch zwei Leben vorhanden. Der Widerstand indessen war zu schwach. Schärfer wurden die Reden in Betreff der spanischen Angelegenheit, namentlich durch die Heranziehung des Theilungsvertrages. „Ich habe die Ehre zum Cabinetsrath zu gehören, rief der Obersthofmeister Herzog von Devonshire; aber was diesen Vertrag anbetrifft, so habe ich davon so viel gewußt wie ein Lastträger auf der Straße." Vor allen Anderen richtete Lord Peterborough immer erneute Angriffe auf die Minister des Königs. Er sprach offen seine Willfährigkeit für den Krieg aus. Er schloß mit den Worten: „Wenn ich keine andere Ursache dazu hätte, so würde mir allein die genügen, daß ich nicht jene Bank da — indem er auf die Reihe der anglicanischen Bischöfe zeigte — von Cardinalshüten bedeckt sehen will". Mittelbar demnach beschuldigte Peterborough alle Bischöfe zugleich der jacobitischen Gesinnung [2]).

Die Adresse des Oberhauses, in den meisten Puncten der Widerhall der Thronrede, ging doch in der einen Richtung darüber weit hinaus, daß sie den König ersuchte, mit anderen Mächten diejenigen Allianzen zu schließen, die er für geeignet halten würde, das Gleichgewicht Europas zu bewahren [3]). Die Erhaltung des Gleichgewichtes von Europa war das eigentliche kaiserliche Wort, welches Leopold I.

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 25. Februar.

[2]) Bericht Hoffmanns vom 14./25. Februar.

[3]) Lords Debates t. II, p. 20: to engage in such alliances abroad, as he should think proper for preserving the Ballance of Europe. — Das kaiserliche Wort: aequilibrium Europae.

als den Zweck der zu schließenden Allianz aufgestellt wünschte, um dadurch jegliche Differenz über die wieder zu erlangenden Theile der spanischen Monarchie abzuschneiden.

Ueberhaupt machte die Whig-Partei unter sich aus ihrer eigentlichen Absicht kein Hehl. Der Resident Hoffmann nahm an einer ihrer Parteiversammlungen Theil. Sämmtliche Anwesende erachteten den Krieg für nothwendig, jedoch nicht eher, als man sich dazu bereit gemacht. In Folge der allzu schleunigen letzten Kriegserklärung seien zweihundert Kauffahrer verloren gegangen. Dies müsse vermieden werden, der Handelsstand Zeit haben seine Güter in Sicherheit zu bringen. Man war damals der Ansicht, daß dies bis zum Juli geschehen könne. Eine vorzeitige Erklärung dagegen bringe außer dem unvermeidlichen Verluste der Kaufleute noch die andere Gefahr mit sich, daß England, weder zu Wasser noch zu Lande gerüstet, der Gefahr einer französischen Invasion bloßgestellt werde [1]).

Das Oberhaus sprach den Wunsch aus, daß das Unterhaus sich dieselbe Adresse aneigne. Das letztere ging darauf nicht ein. Erst am 14./25. Februar schritt es zur Beantwortung der Thronrede. Es fielen zahllose Invectiven gegen Portland und Jersey, deren Namen unter dem Theilungsvertrage standen. Der wichtigste Satz der Adresse war: „Das Unterhaus will stehen zu Ew. Majestät, will Sie und Ihre Regierung stützen und wirksame Maßregeln solcher Art beschließen, welche als die zweckmäßigsten erscheinen für das Interesse und die Sicherheit von England, für die Erhaltung der protestantischen Religion und den Frieden von Europa" [2]). Obwohl der Nachdruck dieser letzten Worte hinter denjenigen des Oberhauses weit zurückblieb: so erhob sich doch darüber die lebhafteste Differenz. Von Seiten der Tory-Partei ward entgegnet, daß man sich durch diese Worte zu weit einlasse, daß man den Krieg in Aussicht stelle. Es ward bemerkt, daß, ungeachtet der Gunst des Königs für diese Partei auch nicht Einer von ihnen sich für jene Worte gewinnen ließ. Eben so aber traten auch die Whigs geschlossen für jene Worte ein. Dennoch bedurfte es der Nachhülfe des Königs. Er schickte den Staats-Secretär Vernon

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14./25. Februar.

[2]) Commons Debates t. III, p. 128.

in das Unterhaus, mit der Meldung sichere Nachricht zu haben, daß Frankreich sechszig Capital-Schiffe auf das schleunigste fertig stellen lasse. Dies wirkte [1]). Jener Satz erhielt mit achtzehn Stimmen die Oberhand (181 : 163). War demnach auch den Whigs der Sieg verblieben: so war doch die Mehrheit gering, und noch dazu in einer Frage, die nur indirect den Krieg betraf. Es erschien daher sehr zweifelhaft, ob dann, wenn etwa die Frage direct herantrat, auch nur diese Mehrheit beharren würde [2]).

Die Adresse war beschlossen am 14./25. Februar. Dann erst, nachdem dies geschehen, ward von Holland aus öffentlich die Nachricht kund, daß die Republik den Herzog von Anjou als Philipp V. von Spanien anerkannt habe. Die Nachricht erregte in London eine heftige Misstimmung, und zwar zumeist wider den König. Bei den Tories ging die Rede: England müsse sogleich dem Beispiele der Republik folgen; denn im anderen Falle setze man sich der Gefahr aus, alle englischen Güter in Frankreich, Spanien und Westindien zu verlieren. Der König stecke mit darunter. Er suche auf alle Weise die Güter der Holländer zu retten, indem er diejenigen der Engländer dafür opfere. Darum habe er für gut befunden, diese Anerkennung in der Republik geschehen zu lassen, und eben daraus leuchte ein, daß er nur auf den Frieden sinne [3]).

„Diese und ähnliche Reden, fügt der Graf Wratislaw hinzu, welche die Tories aller Orten führen, machen die wohlgesinnten Whigs ganz verwirrt. Sie wissen nicht, was sie thun, noch was sie glauben sollen. Sie betrachten, daß dieser Schritt der Anerkennung geschehen ist in der Republik, wo der König gleichsam eine absolute Autorität hat. Sie sehen dagegen hier, daß Persönlichkeiten, die, mit Wohlthaten von ihm überhäuft, in seinem Rathe sitzen, derartige Reden führen. Es scheint ihnen daher, daß, wenn auch nicht alle jene Folgerungen, doch vieles daran wahr sein müsse."

Stellen wir diesen Reden der Engländer die eigenen Worte des Königs gegenüber, mit denen er am selben Tage seine Wahrnehmungen

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 22. Februar/8. März.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 15. Februar/1. März.

[3]) So Wratislaw im Berichte vom 1. März, eben so Hoffmann im Berichte vom selben Datum.

zu Heinsius aussprach, so wie seine Absicht eines energischen Eingreifens andeutete. Die Worte gelten für England wie für Holland.

„Mit bekümmertem Gefühle, schreibt der König, muß ich Ihnen sagen, daß, seitdem hier die Anerkennung Philipps V. von Seiten der Republik kund geworden, die kräftiger gesinnten Leute nachgelassen haben, die schwächlichen dagegen mit Freude erfüllt sind.“

„Unsere künftige Sicherheit wird abhangen von der Festigkeit, welche wir bei den Verhandlungen an den Tag legen. Allein, wenn Frankreich wahrnimmt, daß es mit furchtsamen Leuten zu thun hat, die den Krieg scheuen, so darf man sich auf nichts Gutes gefaßt machen. Wie Sie, habe auch ich Besorgnis vor Amsterdam. Eben so aber wiederhole ich, daß man in solchen Fällen kein Bedenken tragen darf, die Stadt zu überstimmen. Es gibt zahlreiche Präcedenzfälle dieser Art. Wenn man der Gesinnung der Weichlichkeit, welche in dieser Stadt herrscht, immer nachgegeben hätte: so wäre es mit der Republik längst zu Ende, und wenn man in der jetzigen Zeit dort fortfährt, dem Drucke der Furcht zu weichen, so wird ohne Zweifel die Republik bald ihr Ende unter französischer Herrschaft finden“ [1]).

Die Worte enthalten die Andeutung, daß Wilhelm III. entschlossen ist, ein ähnliches Verfahren, wie er es in Bezug auf Amsterdam dem Rathspensionär anheim gibt, selber zur Anwendung zu bringen in Betreff der Tories. Indessen unterließ er auch andere Mittel nicht.

Albemarle, im Auftrage des Königs, ersuchte die kaiserlichen Gesandten gegen die irrigen Meinungen einzutreten. Wratislaw und Hoffmann hatten diese Bitte nicht abgewartet. Der letztere, obwohl in die Einzelnheiten der Vorgänge nicht eingeweiht, durchschaute dennoch sofort mit richtigem Blicke den ganzen Zusammenhang. Allein, welches Vertrauen auch sonst die Engländer seinem Worte beimaßen, in diesem Falle ging am ersten Tage die leidenschaftliche Erregung wider den König zu hoch [2]). Diesem selber war es vorbehalten, die Stimmung in eine andere Bahn zu lenken.

Am 17./28. Februar überreichte das Unterhaus dem Könige seine Adresse. Mit seinem Danke erwiederte er, daß er ihnen nichts

---

[1]) Grovestins t. VII, p. 445.

[2]) Hoffmann sagt: „So will es doch nicht viel verfangen, noch weniger ihnen den Verdacht nehmen, daß es cum consensu Regis geschehen sei“.

vorschlagen werde, was nicht diene für das gemeinsame Interesse. Dann fuhr er fort: „Ich benutze diese Gelegenheit, um Euch kund zu geben, daß der staatische Gesandte mir eine Denkschrift eingereicht, von der ich Euch hiermit eine Abschrift zustelle. In Betreff des ersten Theiles halte ich es für nothwendig, Euch um Rath zu befragen; in Betreff des zweiten wünsche ich Euren Beistand" [1]).

Wir kennen den Plan dieser Denkschrift bereits aus den Ereignissen in der Republik, in Bezug auf die Anerkennung des Herzogs von Anjou.

Nachdem von Seiten der Republik darin kund gegeben war, daß die Noth sie gezwungen, den Herzog von Anjou bedingungslos anzuerkennen, folgte weiter die Eröffnung, daß sie sich Unterhandlungen für die Sicherstellung des Friedens von Europa vorbehalten habe, und fest entschlossen sei, darin keinen Schritt zu thun ohne die Zustimmung des Königs von England und der anderen bei der Erhaltung des Friedens betheiligten Mächte. Die Republik ersuchte daher den König, seinem Gesandten im Haag die erforderliche Instruction zu ertheilen. — Dies war der Punct, in Betreff dessen der König den Rath des Unterhauses verlangte.

Aber, fuhr dann die Denkschrift fort, es könnte geschehen, daß die Unterhandlungen mit Frankreich und Spanien nicht gelängen, daß sie abgebrochen würden: in diesem Falle würde die Republik dem Angriffe der überlegenen Streitkräfte ausgesetzt sein, welche Frankreich bereits bis an ihre Grenzen vorgeschoben hat. Demgemäß ersucht die Republik den König von England um die Leistung der vertragsmäßigen Hülfe. — Diese Bitte war der zweite Punct, in Betreff dessen der König den Beistand des Unterhauses forderte [2]).

Dieser Schritt des Königs, der wie nebenher geschah, bei der Antwort auf die Adresse des Unterhauses, ist von ungemeiner Tragweite. Denn dadurch überwies er den Fortgang der Sache an das Unterhaus, verlangte als Grundlage seines Handelns die Beschlüsse desselben. Demgemäß liegt in der Natur der Sache, daß er gethan was er vermochte, um diese Beschlüsse zu lenken gemäß seinen Absichten.

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 129.

[2]) Die Denkschrift bei Lamberty t. I, p. 402.

Es traf sich, daß am selben Tage, dem 17./28. Februar, in die Hände des Königs Wilhelm ein Schreiben gelangte, welches nicht für ihn bestimmt war. Lord Melford, der frühere Staats-Secretär Jacobs II., hatte am 7./18. Februar einen Brief an seinen Bruder, den Grafen Perth, Gouverneur des Prinzen von Wales in St. Germain, in Paris zur Post gegeben. Durch welchen Irrthum immer es geschehen sein mochte, jener Brief gelangte nach London und ward dem Könige eingeliefert. Wilhelm III. überwies sofort das Original dem Unterhause, eine Abschrift dem Oberhause [1]).

Im Unterhause ward zuerst der Verdacht laut, daß man es hier mit einer Fiction zu thun habe. Allein diejenigen Mitglieder, denen die Handschrift Melfords bekannt, bezeichneten das Schreiben als authentisch [2]). Um so aufmerksamer ward es dann vernommen. Es hob hervor, daß die Gelegenheit den König Jacob herzustellen, niemals so günstig gewesen sei. Denn der König von Frankreich habe eine starke Flotte segelfertig, sei dadurch für Monate hinaus, wenn nicht für den ganzen Sommer, Herr des Meeres. Die Republik Holland werde nicht wagen, sich zu rühren, bis sie England bereit sehe zur Hülfe, und auch dann noch sei es fraglich, ob sie wollen werde. England aber sei von einer Kriegsbereitschaft noch sehr weit entfernt. Es werde nicht sich waffnen als auf einen Beschluß des Parlamentes, und, bevor dieser Beschluß erfolge, könne die Landung bereits geschehen. Es komme zunächst darauf an, den König von Frankreich von dieser Sachlage zu überzeugen [3]).

Für uns Spätere liefert das Schreiben Melfords den abermaligen Beweis, daß die Unkunde der Jacobiten von St. Germain über die Politik Ludwigs XIV. unzerstörbar war. Ludwig XIV. kümmerte sich um Jacob II. nur dann, wenn es seinem eigenen Interesse entsprach, seinen Schützling zu verwenden. Diese Absicht hatte er damals nicht. Er wollte das spanische Erbe sichern, nicht durch Krieg, sondern wo möglich, durch den Frieden. Wir haben seine wiederholt ausgesprochene Hoffnung vernommen, daß das englische Parlament dem Könige nicht

---

1) Hoffmann sagt im Berichte vom 18. Februar/1. März: „Dieses Schreiben hat der König gestern den beiden Häusern communiciren lassen".

2) Hoffmanns Bericht vom 28. Februar/1. März.

3) Das Schreiben bei Lamberty t. I, p. 468.

die Mittel zum Kriege bewilligen werde. Um so weniger also konnte er selber den Krieg beginnen wollen. Der Plan und Wunsch Melfords war in sich selber todtgeboren.

In Versailles ward der Uebereifer Melfords mit Misvergnügen vernommen. Jacob II. verwies den unberufenen Briefschreiber zur Strafe nach Angers [1]).

Allein nicht wenige der in dem Schreiben Melfords angegebenen Thatsachen waren unleugbar. Es ergab sich bei der Erörterung im englischen Parlamente, daß viele englische Seeleute auf Handelsfahrten abwesend, daß die vorhandenen kaum ausreichen würden, auch nur dreißig Capital-Schiffe zu bemannen, daß es demnach in der Macht Frankreichs stehe, mit den sechszig Schiffen, die es segelfertig hatte, auf England denselben Druck auszuüben wie auf die Republik. Das Unterhaus sprach daher seine Bereitwilligkeit aus, erhebliche Mittel für die Flotte zu bewilligen und forderte dafür den Bericht der Admiralität ein [2]). Es ersuchte zugleich den König um die Vorlage des Allianzvertrages mit der Republik von 1678, und der Erneuerungen desselben.

Unterdessen ging Wilhelm III. weiter vor. Er hielt einen Cabinetsrath. Er ließ darin durch den Staats-Secretär Vernon Bericht erstatten, welche Schritte der Kaiser durch den Grafen Wratislaw bei ihm gethan, um mit England zu einer Allianz zu gelangen, und daß der Gesandte nun eine positive Antwort verlange. Dann nahm der König das Wort. Er könne, sagte er, dies Verlangen des Gesandten nicht misbilligen, namentlich nachdem in Holland der Schritt der Anerkennung geschehen. Sein eigenes und des Königreiches Interesse erfordere, einen Verbündeten wie den Kaiser nicht zu verlieren, namentlich nicht bei der gegenwärtigen Lage der Dinge. Aber eine positive Antwort stehe nicht in seiner Macht, bevor das Parlament sich darüber ausgesprochen. Darum wolle er hiermit erklären, daß er diejenigen Mitglieder des Unterhauses, die ihm darin nicht zur Seite stehen würden, weder als seine Freunde, noch überhaupt als wohlgesinnt betrachten könne. Denn nichts Anderes vermöge so sehr für die allgemeine Sicherheit und die Erhaltung des Friedens in Europa bei-

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 53 und 57.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 18. Februar/1. März.

zutragen, als eine nachdrückliche Erklärung des Parlamentes. Eine Erklärung solcher Art werde maßgebend sein für die sämmtlichen Mächte Europas [1]).

Die Rede, direct an die Häupter der Tories, an Rochester und Godolphin, gerichtet, blieb nicht ohne Wirkung. Die Tories hielten eine große Parteiversammlung, um über ihre Haltung zu berathen. Aber auch die Whigs erlangten durch Wratislaw Nachricht von jener Kundgebung des Königs. Sie traten fester auf. Es handele sich, sagten sie ganz öffentlich, bei dem Stande der europäischen Dinge um das Heil des Königreiches England. Wenn daher die Tories beharren würden bei ihrem Widerspruche gegen energische Schritte, der endliche Sieg aber dennoch der Whig-Partei verbliebe: so würde sie die hauptsächlichen Tories als erklärte Jacobiten anklagen und ihre Köpfe von dem Könige verlangen [2]).

Die erste Wirkung des Vorgehens von beiden Seiten, des Königs wie der Whigs, gab sich kund am 19. Februar/2. März. Das Unterhaus bewilligte dem Könige einstimmig den Credit einer halben Million Pfund Sterling zum Zwecke der Ausrüstung der Flotte, so wie 50.000 Pfund Sterling für das Landheer. Es war die Vorbereitung für den nächsten Tag [3]).

Am anderen Tage nämlich, dem 20. Februar/3. März, kam das Schreiben der Generalstaaten zur Verhandlung, in Betreff dessen der König einerseits Rath, andererseits Hülfe verlangt hatte. Der Kampf darüber entbrannte heftig und währte sechs Stunden. Von der Tory-Partei aus wurde verlangt, daß der König den Herzog von Anjou eben so anerkenne, wie die Republik es gethan. Die Whigs fragten dagegen: warum man eher anerkennen solle, als man wisse, auf welche Bedingungen hin. Zuerst seien diese festzustellen. — Eine zweite Differenz ergab sich an dem Puncte des holländischen Schreibens, daß die Generalstaaten nicht anders als gemeinsam mit England und anderen betheiligten Mächten unterhandeln wollten. Es frage sich, sagten die Tories, wer unter diesen anderen Mächten zu verstehen. Der allgemeine Ausdruck

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 21. Februar/4. März.

[2]) Desgleichen.

[3]) Desgleichen. Wratislaw sagt in Bezug auf diese Bewilligung im Berichte vom 4. März ausdrücklich: vorgestern, in Bezug auf die Adresse: gestern.

habe eine allzu große Tragweite. Ein Whig erwiederte: er erkläre offen, daß er den Kaiser darunter verstehe. Denn angenommen auch, es sei Anderes wohl besorgt: so dürfe England doch auch das Interesse des Kaisers nicht fallen lassen[1]).

Nachdem mehrere Stunden hindurch die Reden dieser Art von Partei zu Partei gegangen, wandelten sich die Dinge. Ein Landedelmann, selber Tory, erhob sich mit den Worten: er zweifele nicht, daß diejenigen, welche heute mit solchem Eifer für die Anerkennung des Herzogs von Anjou einträten, morgen bereit sein würden, diejenige des Prinzen in St. Germain vorzuschlagen. — Das Wort fand allgemeinen Beifall, bis auf die äußersten der Tories,[2]) und zerspaltete daher die Partei.

Bei diesem Stande der Dinge sah sich der gewandteste Redner der Partei, der Sprecher Harley, genöthigt, um für seine Freunde noch einen ehrenhaften Rückzug zu erringen, als Mitglied des Hauses um das Wort zu bitten. Immerhin, sagte er, möchten sich unter den Tories einige befinden, welche die Herstellung des Prinzen in St. Germain beabsichtigten. Er für seine Person sei davon weit entfernt, und hoffe, das Unterhaus werde diese Session nicht beenden, ohne vorher den Papismus an seiner Wurzel anzugreifen und der ganzen Welt darzuthun, daß der Prinz in St. Germain auf die Succession in England keinen Anspruch habe. Was die Anerkennung des Herzogs von Anjou betreffe, so sei er der Ansicht, daß man sie der Weisheit des Königs anheim zu stellen habe, der vermöge seines Ueberblickes der Dinge am sichersten zu beurtheilen vermöge, ob sein und des Königreiches Interesse die Anerkennung erfordere.

Die anderen Tories blieben stumm. Es ward eine Adresse vorgeschlagen, des Inhalts: der König wolle, gemeinsam mit der Republik und anderen Mächten, in diejenigen Unterhandlungen eintreten, die ihm als geeignet erscheinen für die gegenseitige Sicherheit des Königreiches und der Republik, so wie für die Erhaltung des Friedens von Europa. Zu diesem Zwecke stelle das Unterhaus dem Könige die

---

[1]) Dies so wie das Folgende aus Hoffmanns Bericht vom 20. Februar/4. März.

[2]) Hoffmanns Worte: „So daß er von allen, außer den Verbittertsten unter den Anglicanern, applaudiret worden“.

erforderlichen Mittel in Aussicht, gemäß dem Vertrage von 1678. — Die Tories wagten keinen Widerspruch. Die Adresse wurde einstimmig angenommen.

Sie ward am nächsten Tage, dem 21. Februar/4. März, von dem gesammten Hause dem Könige überbracht. In seinem Danke legte er den stärksten Nachdruck auf die Einstimmigkeit für den Beschluß. „Ich werde unverzüglich, fuhr er fort, meine Gesandten auswärts beauftragen, gemeinschaftlich mit den Generalstaaten und anderen Mächten in die vorgeschlagene Unterhandlung einzutreten, um für die großen von Euch gewünschten Endzwecke zu arbeiten." Er wiederholte nochmals seine Anerkennung für die Einstimmigkeit und die Energie des Beschlusses [1]).

Das Lob mochte manchem der Tories, die zum großen Theile nur unter dem Drucke der überwiegenden Strömung für die Adresse gestimmt, wenig erwünscht erklingen. Der König dagegen sprach es unzweifelhaft aus voller Seele. Denn der Beschluß gab ihm nicht bloß in England die feste Basis seines Handelns, sondern zugleich auch, indem der Beschluß ihn zur Theilnahme an den Verhandlungen der Generalstaaten mit Frankreich berechtigte, war die Consequenz desselben seine Führerschaft dieser Verhandlungen, weniger durch seinen Gesandten Stanhope im Haag, als durch den Rathspensionär. Dies brachte ihm auch negativ einen doppelten Vortheil. Er konnte seine Tory-Minister, Rochester und Godolphin, für die Unterhandlung völlig entbehren. Er wurde andererseits freier von dem Eifer des kaiserlichen Gesandten Wratislaw, der unablässig eine positive Erklärung forderte, wessen sich der Kaiser von dem Könige zu versehen, zu einer Zeit, wo Wilhelm III. sich noch nicht im Stande befand, eine solche Erklärung zu geben [2]).

Hoch erfreut über diese günstige Wendung waren vor allen die Generalstaaten. Sie brachten dem Könige sofort ihre gewichtige Aner-

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 129.

[2]) Wilhelm III. äußert sich darüber zu Heinsius, am 29. März, bei Grovestins t. VIII, p. 57. — Die Berichte Wratislaws haben mir gezeigt, daß die Unzufriedenheit des Königs mit seiner fougue, wie der König es nennt, begründet war. Die kaiserlichen Rescripte enthalten keinen directen Tadel für Wratislaw, empfehlen ihm aber an, immer Maß zu halten.

kennung dar. „Wir finden, sagen sie, sowohl die Adresse des Unterhauses als die Antwort Ew. Majestät so vortheilhaft für das gemeinsame Interesse, so verbindlich für uns, so gerecht und so großmüthig in Betreff der Erfüllung der Verträge, daß wir nicht zaudern dürfen, Ew. Majestät unverzüglich unsere Befriedigung und unsere immer währende Dankbarkeit kund zu geben." Sie versprechen dann, keinen Schritt zu thun als in Uebereinstimmung mit ihm; darauf möge er bauen [1]).

Bereits war die Haltung der Republik dem Könige von Frankreich gegenüber fester geworden.

Wie Ludwig XIV. in seiner Antwort auf die Anerkennung Philipps V. den Generalstaaten versicherte, daß seine Intentionen durchaus den Wünschen der Republik entsprächen: so wiederholte sein Botschafter Avaux in einer neuen Denkschrift eben dieselben Gedanken als diejenigen, welche bei den vorzunehmenden Verhandlungen er im Auge haben würde. Er schloß mit den Worten, daß der Aufenthalt der französischen Truppen in Belgien während dieser Verhandlungen durchaus nicht beunruhigen dürfe, weil ja die Absicht der Republik für den Frieden, nach den Versicherungen, welche sie dafür gegeben, nicht anders als gut sein könne [2]).

Wir haben uns immer gegenwärtig zu halten, was nach der Sachlage, so wie nach den mannigfachen Aeußerungen Ludwigs XIV. nicht zu bezweifeln steht, nämlich, daß er damals die Erhaltung des Friedens wirklich wollte. Und dennoch sehen wir ihn dabei immer wieder neue Uebergriffe machen, welche ein Bewußtsein der Sicherheit in der Republik nicht aufkommen ließen, und welche daher auch die Friedenspartei dort täglich schwächen mußten. Wenn man beiderseits aufrichtig den Frieden gewollt hätte: so lag es vor Augen, daß, bei dem Stande der Dinge, weniger Ludwig XIV. von der Republik reelle Garantien für ihre Friedensliebe zu fordern hatte, als sie von ihm. Statt seinerseits eine solche Garantie zu bieten, nahm der König jegliche ihm geeignet erscheinende für sich vorweg, und verwies dafür die Republik auf seine Worte.

---

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. I, p. 409. Vom 12. März. Man vgl. t. XI, p. 277.

[2]) Lamberty t. I, p. 397. Vom 5. März.

Indem daher die holländischen Staatsmänner ihren Rückhalt an England fühlen, treten sie fester und bestimmter auf als zuvor.

„Da der König von Frankreich, sagte die holländische Antwort an Avaux, vom 9. März, die Freiheit zur Heimkehr für unsere Truppen aus Belgien als einen Beweis seiner Zuneigung für uns hervorhebt: so erwarten die Hochmögenden Herren die volle Wirkung derselben. Inzwischen jedoch sehen sie mit Misvergnügen, daß der größere Theil der Mannschaft noch zurückbehalten wird, und zwar ungeachtet der wiederholten Bitten von unserer Seite um die Ausführung der längst gegebenen Zusage. Die Republik glaubt durch die Abberufung ihrer Truppen, durch die Anerkennung des Königs von Spanien, allem was man von ihr verlangte, entsprochen und jeglichen Anhalt zum Mistrauen wider sie hinweggenommen zu haben. Demnach bleibt nur noch übrig in die Unterhandlung einzutreten, um die Mittel zu finden sowohl für die Erhaltung des allgemeinen Friedens als für die Sicherheit der Republik im besonderen. Die Generalstaaten sind bereit. Sie haben ihre Bevollmächtigten ernannt, und auch dem englischen Gesandten Stanhope davon Kunde gegeben" [1]).

Während man beiderseits, sowohl Frankreich wie die Republik, die Geneigtheit zum Frieden betheuerte, gingen die Rüstungen vorwärts. Die Frage des Krieges oder des Friedens hatte sich zu entscheiden an den Verhandlungen, die im Haag vorbereitet wurden. Wir haben daher, bevor wir dieselben berühren, den allgemeinen Stand der Dinge, im Monate März 1701, übersichtlich ins Auge zu fassen.

Es kommt auf die Schwerpuncte an, die sich uns darstellen in den Großmächten jener Tage, in dem Könige Ludwig XIV., in dem Kaiser Leopold, und in den Seemächten England und der Republik, beide geführt, nicht jedoch beherrscht durch den König Wilhelm. Die einstige Großmacht Spanien war hinuntergesunken zu einem Annexe, wenn nicht der Monarchie Ludwigs XIV., doch seiner Macht. Heben wir zuerst dies mit einigen Strichen hervor.

Nach einer langen Fahrt von mehr als zwei Monaten traf Philipp V. am 18. Februar 1701 bei seiner Hauptstadt ein. Vor

[1]) Die Denkschrift bei Lamberty t. I, p. 397.

derselben hielt der Zug an der Liebfrauenkirche von Atocha. Dort stieg der junge König aus, um Theil zu nehmen am Tedeum. Von da aus begab er sich durch den Park in das nahe Königsschloß Buen Retiro. Am Fuße der Freitreppe desselben erwartete ihn der Cardinal Portocarrero, kniete nieder vor dem Könige und küßte ihm mit respectvoller Zärtlichkeit die Hand. Der tiefe Eindruck, den der Anblick auf die Anwesenden machte, ward gesteigert durch den Contrast der weißen Haare des Cardinals mit der Jugend des siebenzehnjährigen Königs [1]). In der Wirklichkeit begrüßte der Cardinal die Frucht seines Thuns. Dem entsprechend ging am Hofe von Versailles die Rede: Le cardinal a toujours les yeux sur le roi d'Espagne comme sur son enfant. Il admire tout ce qu'il lui voit faire et tout ce qu'il lui entend dire [2]). — Es war ja freilich alles sein Werk, und damals schien ihm dies Werk vollendet, und dem auf Spanien beschränkten Blicke des alten Mannes mochte noch nicht die Ahnung aufsteigen, daß dieses sein Werk, weil nicht ein Werk des Sonnenlichtes, über Spanien selber gerade dasjenige bringen werde, was er hatte vermeiden wollen, den langjährigen Krieg auf dem eigenen Boden. Auch die Anderen freilich dachten das nicht, und Harcourt beendete seinen Bericht über die Feierlichkeit des Einzuges mit den Worten: „Kurz, Sire, niemals hat etwas so glücklich begonnen" [3]).

Der anscheinend glückliche Beginn war da; aber es war nun die Frage, ob sich eine Kraft fand befähigt zur Fortsetzung. Der Cardinal Portocarrero hatte bis dahin gehandelt von demselben Wahne aus, der ihn zu dem Plane des Testamentes gebracht, nämlich, daß dies Testament den Frieden Spaniens und der Welt verbürge. Er hatte die drei Personen, die gegen das Testament ihre Stimme erhoben, verwiesen und verbannt: die Königin, den Großinquisitor Mendoza, den Dominikaner de las Torres. Er hatte seinen Verwandten und Freunden Stellen gegeben. Er hatte namentlich auch Leganez, den alle Welt als kaiserlich gesinnt kannte, zum Statthalter von Andalusien gemacht. Er hatte den königlichen Hofhalt einigermaßen geordnet;

---

[1]) Hippeau t. II, p. 494. Schreiben Harcourts vom 17. März. — Mémoires de Louville t. I, p. 108.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 47.

[3]) Hippeau t. II, p. 495.

aber er hatte zugleich alle Pensionen hergestellt, durch deren Beschränkung der König Carl II. in seinem letzten Lebensjahre die Mittel zur Bewaffnung hatte aufbringen wollen. Spanien an sich selber war bei der Ankunft Philipps V. noch eben so wehrlos wie unter Carl II.[1])

Aber nun war der König da. Wie damals der junge Schwedenkönig alle Welt in Erstaunen setzte durch die Entschlossenheit und die Kraft des Willens über seine Jahre hinaus: so reichte Anjou darin nicht bis an das gewöhnliche Maß. Am Hofe zu Versailles gingen allerlei Erzählungen um zum Lobe der Haltung des jungen Königs, seiner Geistesgegenwart, seiner treffenden Bemerkungen[2]). In der Wirklichkeit verhielt sich das anders. „Der junge König, sagt der ihm beigegebene Rath Louville, ging in den Staatsrath wie in eine Schulclasse, und verhielt sich dort wie ein Schüler. Er las keine Denkschrift, steckte seine Briefe in die Tasche, ohne sie weiter anzusehen, und sprach mit Niemandem. Der Grund war nicht Mangel an Urtheil: er hatte im Gegentheile Verstand genug. Aber indem er wahrnahm, daß seine Minister nicht zur Sache kamen, daß sie über entfernt liegende Dinge schwerfällig hin und her redeten, ohne die nächst wichtigen Fragen zu erledigen, ja ohne sie nur zu berühren, gab er sich der Langeweile hin, was nach seiner Art zu sein, ihm näher lag als einen Willen zu äußern. Man kann nicht genug Gewicht auf diese Thatsache legen, daß der geringste Willensact für ihn eine völlige Erschöpfung nach sich zog“[3]).

Die Körperconstitution des jungen Königs erklärt Manches. Sie war fest genug, aber mit starker Anlage zur Hypochondrie. Es lag auf ihm häufig eine Traurigkeit, unter der sein Verstand wie umnebelt erschien. Dazu traten die zahlreichen Veränderungen, alle zugleich: der Wechsel des Ortes, des Klimas, der Lebensweise, vor allem derjenige der Stellung in der Welt. Eben noch in der friedlichen Zurückgezogenheit eines jüngeren Prinzen, unter der Hand seiner Gouverneure, sollte er nun als Herrscher auftreten in einer ihm völlig fremden Welt. Die Hauptsache endlich war, daß alles dieses zusammenfiel in die Zeit der

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 115. Auch für das Folgende.
[2]) Man sehe sie bei Dangeau t. VIII, p. 47.
[3]) Mémoires de Louville t. I, p. 131.

körperlichen Entwickelung, die allein schon bei manchen Individuen wie eine völlige Umwälzung auftritt. In Folge alles dessen hatte er geringe Neigung, seine Aufmerksamkeit den schwierigen Pflichten zuzuwenden, die auf ihn eindrängten. Aus dem Conseil kehrte er für gewöhnlich ermattet und niedergeschlagen zurück. Dann rief er Louville zu sich, den Führer seiner Knabenjahre, und überließ sich in Gegenwart dieses Vertrauten zwanglos den Gedanken, die seine Seele erfüllten. Mit seinen Worten mischten sich die Thränen, die ohne sichtlichen Anlaß flossen. Er nannte die Namen seiner Brüder. Er bat, daß man sie zu ihm kommen lasse, wenigstens den Herzog von Berry; denn den Herzog von Bourgogne werde man ihm ja nicht gestatten. Seine Gedanken weilten an den Stätten seiner Jugendfreuden, in Fontainebleau, auf den Jagden von St. Denis. Er überrechnete, wann sich ihm eine Aussicht bieten könne zu reisen, um Frankreich einmal wieder zu sehen. Eines Tages ging er weiter. In tiefer Niedergeschlagenheit brach er zu Louville in die Worte aus: er möge Spanien nicht leiden, und wolle lieber wieder Herzog von Anjou sein [1]).

Um den jungen König diesem Zustande zu entziehen, hielt Louville für das geeignete Mittel die Beschleunigung der von Ludwig XIV. bereits beschlossenen Heirath seines Enkels mit Marie Louise von Savoyen. Louville verhehlte nicht, daß die künftige Königin ihren Gemahl beherrschen würde. Als das Mittel gegen einen Misbrauch dieser Leitung schlug er vor, der jungen Königin eine zuverlässige Persönlichkeit beizugeben, vor allen Dingen keine Dame aus Piemont [2]). Harcourt lenkte die Aufmerksamkeit in Versailles auf die verwitwete Prinzessin von Orsini, eine geborene Französin aus dem Hause Tremoille, die ein wechselvolles Leben mit ungemeinem Geschicke durchschifft hatte [3]). Harcourt schlug vor, sie zur Oberstthofmeisterin der jungen Königin zu ernennen. Die Dame hatte selber sich erboten mit den Worten: „Ernennen Sie mich, und ich bürge Ihnen dafür Spanien zu regieren“ [4]). Die Sache zog sich indessen noch einige Monate hin.

---

1) Louville t. I, p. 134.

2) A. a. O. p. 136.

3) St.-Simon zeichnet das Porträt dieser Persönlichkeit in t. II, p. 246 et suiv.

4) Louville t. I, p. 148 et 177.

Aber wir ersehen, daß, wo der junge König Philipp V. selber so beschaffen war, wo der erste Mann im Königreiche nach ihm, der Cardinal Portocarrero, aller Angelegenheiten über Spanien hinaus sich unkundig erwies, die Leitung Spaniens als politischer Macht nach außen unvermeidlich an Ludwig XIV. kommen mußte. Der Cardinal ging in der Dahingabe Spaniens an die Herrschaft Frankreichs sogar weiter als Ludwig XIV. es verlangte. Die Eifersucht der spanischen Granden auf die Franzosen erstreckte sich, wie wir wiederholt vernommen, der Regel nach nicht hinaus über die Aeußerlichkeiten des Hofes. Nicht Franzosen, sondern nur Spanier durften die Ehre haben ihren König zu bedienen. Daß dagegen der König von Frankreich über die wichtigsten Angelegenheiten der Macht Spanien, über die persönlichen Beziehungen ihres neuen Königs entschied, ohne einen Spanier zu befragen, ward ihnen noch lange nicht klar. Aber Ludwig XIV. wollte wenigstens den Schein darin wahren. Er untersagte seinem Botschafter Harcourt, sich zu den Vorträgen des Staats-Secretärs für die Ausfertigungen nach außen einzufinden. „Nicht bloß die spanische Nation, sagt der König, sondern ganz Europa würde mit Verdruß wahrnehmen, daß lediglich meine Rathschläge die Richtschnur abgeben für die Entschlüsse des Königs von Spanien. Das Aufsehen, welches diese Neuerung erregen würde, könnte bald Wirkungen hervorrufen, deren Nachtheile den Nutzen überwögen" [1]).

Eben diese Anwesenheit Harcourts verlangte aber der Cardinal Portocarrero. Er schlug vor, daß die Einrichtung des Staats-Secretariates für alle Ausfertigungen nach auswärts fortbestehen solle, daß aber der Staats-Secretär Ubilla, eben derselbe, der in diesem Amte alle Wandlungen der letzten Jahre durchgemacht hatte, zum Vortrage beim Könige gelangen dürfe nur in Anwesenheit des Cardinals, des Präsidenten von Castilien und des Botschafters Harcourt. Philipp V. hieß den Vorschlag gut. Der Botschafter dagegen erhob dem Cardinale gegenüber Einwendungen. Er berief sich auf das ausdrückliche Verbot seines Königs: nur auf die jedesmalige Ladung dürfe er erscheinen. Der Cardinal beharrte. Denn die persönliche Anwesenheit, erwiederte er, befördere die leichte Verständigung. Auch habe ja der katholische

[1]) Hippeau t. II, p. 451. Cf. p. 476.

König keinen Entschluß zu fassen, ohne vorher durch den Botschafter die Intentionen des Königs von Frankreich zu kennen. Und bis zu erlangter eigener Erfahrung in den Geschäften seien lediglich diese Intentionen die Richtschnur seines Handelns [1]).

So der Cardinal Portocarrero nach dem Berichte Harcourts an Ludwig XIV.

Wenn auch die Thorheit dieses alten Mannes den anderen Mächten nicht im ausdrücklichen Wortlaute vorlag: so stand doch die Thatsache der Unterordnung von Spanien unter den Willen des Königs von Frankreich auch in den Reden und Handlungen Ludwigs XIV. klar genug vor Augen.

Die Junta von Spanien schickte damals einen besonderen Botschafter nach Versailles, um durch ihn dem Könige von Frankreich Dank zu sagen für die Annahme des Testamentes und die Sendung seines Enkels. Ludwig XIV. ließ ihn bei der Ankunft in einer ungewöhnlichen Weise begrüßen, und dazu bemerken, daß diese Auszeichnung nur ihm als dem spanischen Botschafter widerfahre. Es folgte die Audienz, vom 14. März 1701. Vor dem Eintreten des Botschafters saß der König, bedeckten Hauptes. Als er des Botschafters ansichtig wurde, erhob er sich und zog den Hut. Nachdem er sich wieder bedeckt, machte der Botschafter die üblichen drei Reverenzen, bedeckte sich und hielt dann seine Rede. Sie war im Geiste des Cardinals Portocarrero. Weniger darauf also kommt es an, als auf die Antwort Ludwigs XIV. „Sie sehen, sagte er, zur Stunde die zwei Nationen so eng geeinigt, daß sie fortan nur noch eine einzige ausmachen. Was mich betrifft, so bin ich jetzt der beste Spanier der Welt, und wenn der König, mein Enkel, mich um Rath fragt, so wird meine Antwort lediglich die Ehre und das Interesse Spaniens bezwecken. Man wird meinen Enkel an der Spitze der Spanier erblicken, um die Franzosen zu schützen, und mich an der Spitze der Franzosen, um die Spanier zu vertheidigen" [2]).

Die Worte wurden in öffentlicher Audienz gesprochen, also nicht zum Zwecke der Geheimhaltung. Den Franzosen mochte die pomphafte

---

[1]) Hippeau t. II, p. 496. Man vergleiche die Aeußerungen dort p. 450, 476, 503.

[2]) Lamberty t. I, p. 385 et suiv.

Einkleidung zusagen: das Auge Anderer blickte durch diese Schale auf den Kern, und fand dort denselben Gedanken, den wir aus dem Munde Portocarreros zu Harcourt vernommen haben.

In denselben Tagen ward ein anderer Schritt offenkundig, den Ludwig XIV. bereits einige Wochen zuvor gethan.

Am 31. December 1700 hatte er das Patent erlassen, durch welches er, im Widerspruche mit dem Testamente Carls II., auf welches allein sich der Anspruch des Herzogs von Anjou auf Spanien stützte, diesem seinem Enkel das Anrecht auf die Krone von Frankreich im vollen Umfange vorbehielt. (Man sehe oben S. 48.) Am 1. Februar 1701 wurde dies Patent im Parlamente von Paris registrirt, und demnach ging die Kunde auch öffentlich aus [1]). Von da trat an alle Mächte und Völker Europas die Aussicht heran, daß, wenn die Dinge sich in dem Stande wie sie waren, durch den Frieden consolidirten, Frankreich und Spanien in nicht gar langer Zeit nicht bloß thatsächlich wie damals unter Ludwig XIV., sondern auch rechtlich nur Einem einzigen Herrn unterthan sein würden.

Wie Ludwig XIV. beim Erlassen dieses Patentes am 31. December 1700 nicht der Meinung gewesen war, dadurch die Erhaltung des Friedens zu erschweren: so auch nicht bei dem Oeffentlichwerden desselben, im Februar und März. Dennoch stieg damals bereits die Besorgnis des Krieges, den er nicht wollte, vor ihm auf, und er traf daher seine Maßregeln. Er begann mit dem Schritte, der in dem vorigen Kriege der äußerste gewesen war, der Verhängung der Capitation. Die Ankündigung derselben im Jahre 1695 hatte wenigstens den Schein einer vorher von hier und von da erhaltenen Bewilligung vorgebracht: die Erneuerung vom 12. März 1701 hatte die Form eines Befehls. Ludwig XIV. sendete einen Eingang voraus. Er behauptete darin, immer den Frieden gesucht zu haben. Aber nun ließen ihm, wie er sagte, die Bewegungen in Deutschland, England, Holland, keinen Zweifel, daß einerseits der Neid gegen das Glück des königlichen Hauses Frankreich, andererseits der Plan, die Völker völlig zu unterdrücken, denen ein längerer Friede noch den Rest der Freiheit hätte erhalten mögen — jene Mächte zu dem Entschlusse gebracht, den

1) Hippeau t. II. p. 404 et suiv. — Lamberty t. I. p. 388.

Krieg zu erneuern. Um ihnen daher mit wenigstens gleichen Kräften entgegen zu treten, verhänge er die Capitation [1]). Es folgte jedoch dann noch wieder der Gedanke: wenn sie dabei beharren.

So die Stellung Spaniens und Frankreichs im Frühlinge 1701. Wir kommen zu derjenigen des römischen Kaisers Leopold.

Der Wille des Kaisers, das durch List und Gewalt an ihm, seinem Hause und dem Reiche, welches er vertrat, verübte Unrecht nicht geduldig hinzunehmen, sondern dagegen sich zur Wehre zu setzen, lag eben so offenkundig vor, wie sein Unvermögen, den Kampf gegen die bourbonische Macht allein durchzuführen, wenn nicht die Seemächte zu ihm traten. Die Ungewisheit darüber war der eine gewichtige Grund, weshalb man in Wien zauderte mit dem längst beschlossenen Einmarsche in Italien. Man verlangte zuvor bei Wilhelm III. und bei Heinsius die fertige Allianz. Ein anderer kaum minder wichtiger Grund lag in den Zuständen der kaiserlichen Monarchie, in der Finanznoth, welche wir kennen als die immer währende Krankheit des Gemeinwesens unter dem Kaiser Leopold. Die Worte, mit denen Ludwig XIV. zum Beginne des Jahres 1701 vor seinem Hofe die Gesinnung des römischen Königs Joseph zeichnete (oben S. 63), scheinen mehr der Ausdruck seiner eigenen Besorgnis gewesen zu sein, als daß sie eine positive Grundlage gehabt hätten. Die Krankheit des österreichischen Staatswesens, daß von den Mitteln, welche die Völker ihrem Kaiser zu zahlen vermeinten, ein erheblicher Theil sowohl bei der Einnahme wie bei der Ausgabe an unberechtigten Händen kleben blieb, bestand nach wie vor. Nicht bloß ward dagegen nicht ein ungerechtes Mittel solcher Art angewendet, wie dasjenige, dessen Ludwig XIV. Erwähnung gethan, sondern überhaupt ist ein nachdrücklicher Versuch zur Heilung des Uebels nicht erkennbar. Daher sind der Mangel an Entschluß bei dem Kaiser Leopold, seine allzu weit getriebene Langmuth, nicht freizusprechen von einer negativen Mitschuld. Die Folgen lasteten auf ihm und seinem Hause eben so schwer wie auf seinen Völkern. Eine der wichtigsten Folgen dieser Untreue der kaiserlichen Behörden, dieser mangelhaften

[1]) Lamberty t. I, p. 390.

Verwaltung überhaupt, war die, daß die Mittel zu außerordentlichen Ausgaben, wie denen einer Rüstung, einer Kriegsbereitschaft, selten oder vielleicht niemals sich rechtzeitig vorfanden. Am 29. Januar 1701 hatte der Prinz Eugen seinen Bericht über die Mobilmachung eingereicht. Um volle zwei Monate später, am 31. März, entsendete er an die Hofkammer, nämlich die kaiserliche Finanz-Verwaltung, eine Note, welche eine Reihe der bisherigen Rückstände in den Zahlungen für die Ausrüstung namhaft macht [1]). Die Note allein reicht hin darzuthun, daß dem Wunsche des Königs Wilhelm, der Zug nach Mailand möge bald beginnen, bis dahin schon darum nicht willfahrt werden konnte, weil man in Wien nicht fertig war.

Die Absicht jedoch des Kaisers Leopold, dem wiederholten Andringen Wilhelms III. zu willfahren, und eine Armee nach Italien zu entsenden, war im März 1701 bereits wohl erkennbar da. Wilhelm III. harrte für die beiden Seemächte, die er führte, nur noch der günstigen Gelegenheit, sie mit dem Kaiser zum Bunde wider das Haus Bourbon zu einigen, und hoffte, daß diese günstige Gelegenheit ihm erwachsen würde aus den Beredungen, für welche damals Ludwig XIV. den Grafen d'Avaux nach dem Haag entsendet hatte. Die künftige Stellung der damaligen vier Großmächte Europas zu einander war also in der Intention Wilhelms III. bereits fertig. Es fragt sich demnach hier, welche Stellung neben oder unter den Großmächten voraussichtlich damals die geringeren Potenzen einnehmen würden.

Unter diesen minder Mächtigen treten namentlich fünf voran: der Herzog Victor Amadeus von Savoyen, der Kurfürst-König August von Sachsen-Polen, die wittelsbachischen Brüder, nämlich die Kurfürsten Max Emanuel von Bayern und Joseph Clemens von Köln, der Kurfürst-König Friedrich von Brandenburg-Preußen.

Der allgemeine Grundzug aller dieser fünf Häupter ist, daß bei ihnen sich dem eigenen persönlichen Vortheile jegliche andere Rücksicht unterordnet. Der Grundzug prägt sich verschieden aus, je nach der Individualität der Personen und der besonderen Interessen.

---

[1]) Beide Actenstücke in: Feldzüge des Prinzen Eugen. Band III. Supplementheft S. 11 u. f.

Das hauptsächliche Mittel, durch welches Ludwig XIV. den Herzog Victor Amadeus für sich zu gewinnen trachtete, bestand in der Werbung um seine zweite Tochter für den neuen König von Spanien. Victor Amadeus verlangte als weitere Bedingung für sich das Obercommando über die französischen und die spanischen Truppen in Mailand, mit welchen er die seinigen, reichlich 10,000 Mann, vereinen werde. Die Subsidien dafür betrugen monatlich 50,000 Thaler [1]). Ludwig XIV. gestand zu. Demgemäß war Victor Amadeus einstweilen französisch, nach der Meinung des Generals Tessé jedoch, der ihn in der Nähe beobachtete, schon damals mit dem Hintergedanken, sich loszusagen und zur Gegenpartei überzugehen, sobald die Gelegenheit sich fände [2]).

Sehen wir uns um bei den deutschen Fürsten.

Die Verhandlungen mit August II. von Sachsen-Polen über einen Vertrag, dem gemäß er für französisches und spanisches Geld mit 30,000 Mann in die kaiserlichen Erblande einbrechen sollte, waren im Anfange Februar zum Abschlusse gekommen. Der Vertrag ward gezeichnet. Vor der Auswechselung der Ratificationen jedoch erhob August II. eine Reihe neuer Forderungen. Bei der Abwägung derselben gegen den Nutzen der Dienste, welche dieser Söldner leisten könne, kam Ludwig XIV. zu dem Urtheile, daß er sein Geld anderswo nützlicher anlegen könne. Die Habgier des Kurfürsten-Königs, die dem Kaiser schweres Unheil hätte bereiten können, befreiete ihn durch ihre eigene Maßlosigkeit von dieser Gefahr. Der bereits geschlossene Vertrag ward nicht ausgeführt [3]).

Anders stand die Sache mit dem bayerischen Kurfürsten Max Emanuel, spanischen Statthalter in Brüssel, so wie mit seinem Bruder Joseph Clemens, Kurfürsten von Köln. Man darf die beiden gleich zusammen nennen; denn der jüngere, damals kaum dreißig Jahre alt, hatte sich in aller Beziehung nach dem Muster des älteren gebildet. Der Papst Clemens XI. klagte über ihn, daß er ohne jegliches Abzeichen des geistlichen Standes, in Federhut und buntem Gewande

[1]) Hippeau t. II, p. 489. — Lamberty t. I, p. 419.
[2]) Mémoires de Tessé t. I, p. 191.
[3]) Hippeau t. II, p. 487.

umher ginge, anderer größerer Dinge zu geschweigen. In England und Holland galt über ihn die Rede, daß sein eigentliches Ziel sei, mit französischer Hülfe seine Stifter Köln und Lüttich in ein Erbfürstenthum zu wandeln [1]). Wie moralisch, so ging auch politisch das Brüderpaar zusammen.

Max Emanuel hatte nicht bloß sofort Philipp V. anerkannt: er hatte dann die zweiundzwanzig holländischen Bataillone, welche die Republik zwei Jahre zuvor unter ganz anderen Verhältnissen seinem Befehle anvertraut, in der Morgenfrühe des 6. Februar der französischen Uebermacht überliefert. Er ließ sich den geleisteten Dienst hoch bezahlen; aber Ludwig XIV. kargte in einem solchen Falle nicht. „Er hat sich vom Beginne an als wohlgesinnt erwiesen, meldet Ludwig XIV. an Harcourt, und ich habe Grund zu der Annahme, daß diese guten Gesinnungen in Zukunft noch mehr hervortreten." So am 18. Februar 1701. Die Willigkeit des Gebens war bei Ludwig XIV. da, diejenige des Nehmens bei Max Emanuel: es fragte sich also nur noch um die Summe.

Aber auch der Kaiser und Wilhelm III. wußten, daß Max Emanuel feil war. Wilhelm III. aus sich hatte nicht etwas zu bieten, was dem Kurfürsten genügen konnte: es fragte sich für ihn, wie weit der Kaiser darin gehen wolle, um dann dessen Angebot durch seinen Nachdruck zu stützen. Der Kaiser sendete den Grafen Schlick nach Brüssel. Er bot die Zahlung der Forderungen des Kurfürsten an Spanien, die Statthalterschaft von Belgien auf Lebenszeit, Subsidien für seine Truppen, die Verwendung bei dem Könige von England für das Commando der Truppen zunächst unter dem Könige. Als Wratislaw diese Erbietungen in Kensington kund gab, erwiederte Wilhelm III.: er finde dieselben vortheilhaft und ehrenvoll für den Kurfürsten. Er versprach, sofort durch einen Courier dem Kurfürsten zur Annahme zu rathen und ihm sein und der Republik nachdrückliches Eintreten für dieselben zuzusichern. — Der König ging weiter und theilte dem Gesandten den Entwurf seines Schreibens mit. Wenn der Kurfürst, hieß es darin, weiteren Grund zum Verdachte wider ihn gäbe, so würden der König und die Republik auch nicht den geringsten Schritt

[1]) Lambergs Bericht aus Rom, 3. Januar 1702.

thun, um den Kaiser abzuhalten, gegen die wittelsbachischen Brüder, Max Emanuel von Bayern und Joseph Clemens von Köln, die äußersten und gewaltsamen Mittel zu ergreifen [1]). Max Emanuel möge an die Lage seines bayerischen Erblandes gedenken, möge erwägen, daß dasselbe völlig in der Discretion des Kaisers stehe. Endlich ermahnt der König den Kurfürsten, seine Ehre und sein wahrhaftes Interesse den Freuden und Annehmlichkeiten der Stadt Brüssel vorzuziehen, sich schleunig heim zu begeben und zugleich auch seinen Bruder von Köln auf andere Gedanken zu bringen.

Die Mahnung des Königs an den Kurfürsten kann nicht auffallen; denn wir erinnern uns aus den Feldzügen des vorigen Krieges, daß Wilhelm III. gewohnt war, dem moralischen Schwächlinge gegenüber seiner vollen Ueberlegenheit Ausdruck zu geben.

Diese Mahnungen jedoch, ausgesprochen am 11. März, kamen bereits zu spät. Zwei Tage vorher, am 9. März, hatte Max Emanuel mit Frankreich den Vertrag abgeschlossen, nach welchem er gegen 40,000 Thaler monatlicher Subsidien es übernahm 15,000 Mann aufzustellen. Auch die Forderungen, welche Max Emanuel an Spanien erhob, erkannte Ludwig XIV. als berechtigt an. Der Vertrag des Bruders Joseph Clemens war noch eher fertig geworden, bereits im Februar [2]).

Max Emanuel ließ indessen die Warnung Wilhelms III. nicht unbeachtet, nicht freilich, um von dem betretenen Wege umzukehren, sondern um seine gemachten Schritte zu verhehlen. Das einzige Mittel war die Betheuerung des Gegentheils, also die Lüge. Der Graf Schlick hatte im Namen des Kaisers jene Vorschläge nach Brüssel überbracht. Sowohl mündlich, wie in einem eigenhändigen Schreiben vom 20. März, also eilf Tage nach dem Abschlusse mit Frankreich, versicherte ihm Max Emanuel, daß er mit Frankreich nicht engagirt sei.

Nachdem dann das französische Gold eingetroffen war, welches allein den Kurfürsten in den Stand setzte, sich von seinen belgischen Gläubigern zu lösen, brach er auf nach München. In so weit also

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaws vom 11. März: damit Ew. K. Majestät sich nicht gegen diese beiden Brüder aller extremen und violenten Mittel gebrauchen sollten.

[2]) Mémoires de Pelet t. I, p. 53. — Hippeau t. II, p. 488.

schien er der Mahnung Wilhelms III. zu entsprechen. In der Wirklichkeit ging er nach München zurück, um in Süddeutschland zu arbeiten im Dienste des Königs von Frankreich, um dort, unter dem Vorwande der Erhaltung des Friedens, die Kreise Schwaben und Franken zu hindern, sich für den Kaiser zu erklären. Damit er dies Geschäft um so besser betriebe, ließ er das Gerücht ausgehen, daß die Könige Ludwig XIV. und Philipp V. sich über sein Verhalten in Belgien unzufrieden bezeigt hätten [1]). Er wußte sich mit solchem Scheine zu umgeben, daß der König Wilhelm III. und die Holländer noch lange nicht die volle Wahrheit erkannten. Daß ein Vertrag bestand, wußten sie, aber nach ihrer Ansicht nur auf sechs Monate. „So unentschuldbar sein Verhalten, schrieb Wilhelm III. an Heinsius, müssen wir uns doch hüten, dies ihm offen auszusprechen, damit wir nicht die Hoffnung verlieren, ihn nach dem Ablaufe der sechs Monate wieder zu gewinnen" [2]).

Näher trat der Sache der kaiserliche Gesandte, Graf Schlick. Max Emanuel hatte ihn in Brüssel für eine bestimmte Antwort auf München verwiesen. Dort also trat Schlick vor den Kurfürsten, um an dies Versprechen zu mahnen. Die ausweichenden Reden des Kurfürsten steigerten den Verdacht des Gesandten so sehr, daß er geradezu die Frage stellte, ob der Kurfürst einen Vertrag mit dem Könige von Frankreich habe. Max Emanuel rief: er sei ein freier Kurfürst des römischen Reiches, sein eigener Herr, und nicht verpflichtet von seinem Thun und Lassen einem Anderen Rechenschaft zu geben. — Dennoch gelang es dem Grafen Schlick, auch positiv dann so viel zu erfahren, daß über die Thatsache eines Vertrages mit Frankreich kein Zweifel blieb [3]). Er fügt seinem Berichte an den Kaiser hinzu, wie schwer es ihm geworden, dem ehrvergessenen Fürsten gegenüber seine Aufwallung niederzukämpfen. Er meinte, aus der Unterredung die Gewisheit erlangt zu haben, daß jeglicher weitere Versuch, den Kurfürsten Max Emanuel von dem Interesse des Hauses Bourbon zu lösen, erfolglos

---

[1]) Lamberty t. I, p. 419.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 58. Vom 29. März.

[3]) Conferenz-Protokoll vor dem Kaiser, 10. Mai: Bei der Deliberation haben die g. Deputirten zuvörderst bemerkt, daß die dem Grafen Schlick zu München gegebene kurfürstliche Resolution den ihm zu Brüssel mündlich und eigenhändig ertheilten Versicherungen gerade zuwider laufe.

sein werde. Er schloß seinen Bericht mit der Angabe, aus sicherer Quelle zu wissen, daß, wie er sich ausdrückt, Frankreich dem Kurfürsten impertinente, sehr impertinente Hoffnungen gemacht, gegen welche es kein Mittel gebe als impertinente Kanonen. Das Protokoll des kaiserlichen Rathes sagt darüber: „Es ist bekannt, was Frankreich jederzeit gegen das Erzhaus geplant und auch schon früher dem Hause Bayern angetragen. Auch ist leicht zu erachten, welche Hoffnung sich der Kurfürst machen würde, wenn er einen Neffen auf dem Throne von Frankreich hat, einen anderen auf dem Throne von Spanien. Allein der liebe Gott wird zu seiner Zeit Mittel schicken, einer solchen maßlosen Ambition zu steuern" [1]).

Wir werden um etwa ein Jahr später aus den eigenen Worten dieses Kurfürsten ersehen, daß der von dem Grafen Schlick angedeutete Verdacht seines Trachtens nach der römischen Kaiserkrone wohl begründet war. Dennoch unterhandelte Max Emanuel fort und fort, nicht bloß das Jahr 1701 hindurch, sondern auch bis tief in 1702. Die Lage seines Landes legte ihm Zurückhaltung auf, bis die Streitkräfte des Kaisers anderswo verwickelt sein würden. Allein bei der Höhe seiner Ansprüche an die Verbündeten ist es dennoch möglich, daß er noch für lange Zeit mit sich nicht darüber einig war, wen er am letzten Ende betrügen wollte, die Verbündeten oder Ludwig XIV.

Anders als August von Sachsen-Polen oder Max Emanuel von Bayern verhielt sich der Kurfürst-König Friedrich von Brandenburg-Preußen.

Wir haben mehr als einmal Gelegenheit gehabt zu beobachten, mit welchem Geschicke Friedrich III. es verstand, die politische Lage der Dinge zu seinem Nutzen zu verwerthen. Aber für lange blieb ihm ein besonderer Wunsch unerfüllt: derjenige einer Königskrone. Er gedachte sie zu gründen auf das Land Preußen, welches, dem Deutsch-Orden gehörig, im Beginne der Kirchenspaltung des sechszehnten Jahrhunderts, wider Eid und Pflicht von dem Hause Hohenzollern in erblichen Besitz genommen war. Friedrich III. machte den ersten Versuch, die

[1]) Conferenz-Protokoll vom 3. Juni 1701, in Laxenburg.

Zustimmung des Kaisers zu dem Plane der neuen Krone zu erlangen, im Jahre 1694. Leopold I. lehnte ab. Friedrich III. erneuerte den Versuch im Beginne des Jahres 1700. Der Kaiser war nicht willig. Aber der Kurfürst ließ nicht ab. Im Juni 1700 legte er in einem eigenhändigen Schreiben dem Kaiser seine Bitte vor, mit dem verständlichen Hinweise, daß er, im Falle abermaliger Ablehnung, anderswo die Bitte um Anerkennung stellen werde. Darauf hin erachteten die Räthe des Kaisers es für ein geringeres Uebel, die Königskrone für Preußen zu gestatten, mit Bedingungen dafür zu Gunsten der kaiserlichen Ansprüche auf das spanische Erbe, als durch einen abermaligen Abschlag dem Kurfürsten den Vorwand zu geben zum Bunde mit Frankreich [1]).

Der Vertrag über die Hülfe des Kurfürsten Friedrich mit 8000 Mann für die Ansprüche des Kaisers auf das spanische Erbe, welcher Vertrag zugleich die Zusage für die Anerkennung der neuen Krone enthielt, kam in Wien zu Stande am 16. November 1700, also am selben Tage, an welchem Ludwig XIV. in Versailles den Herzog von Anjou als König Philipp V. von Spanien declarirte. Friedrich III. ratificirte den Vertrag am 27. November. Inzwischen traf jene Nachricht aus Versailles ein, und der Kaiser befragte Friedrich III. um seine Ansicht. „Ich glaube nicht, erwiederte dieser, daß E. K. M. eine weitläufige Repräsentation darüber von mir verlangen, nachdem deroselben genugsam bekannt, wohin ich mich dieser spanischen Succession halber gegen E. K. M. in dem unlängst errichteten und beiderseitig ratificirten Vertrage verbunden." Es folgt dann die Versicherung des Kurfürsten, daß er allem, was er in diesem Puncte und sonst versprochen, getreulich nachkommen und es darin im geringsten nicht ermangeln lassen werde. Er wünscht je eher je lieber ein Bündnis des Kaisers mit den Seemächten, welchem auch Andere dann beitreten können. Er kündigt an, daß er im Begriffe stehe nach Preußen zu gehen, „um, wie er sagt, allda nunmehr, und nach erlangter E. K. M. vollkommener gnädigster Approbation, den Krönungs-Actum in Gottes Namen unverweilt vor sich gehen zu lassen" [2]).

---

[1]) Dies ist kurz der Kern der Sache. Das wichtige Handschreiben Friedrichs III. ist vom 9. Juni 1700.

[2]) Handschreiben vom 16. December 1700.

Dieser Act vom 18. Januar 1701 in Königsberg, war sehr eigenthümlich und neu. Das Princip der Krönung ist dasjenige des Vertrages der weltlichen Gewalt mit der Kirche. Das weltliche Haupt leistet zuerst der Kirche als der Vertreterin alles Rechtes den Eid des Schutzes, und empfängt darauf aus der Hand des Dieners der Kirche die Krone mit dem Segen ihrer Weihe. Nicht diesem Principe entsprechend verfuhr Friedrich I. Er setzte sich mit eigener Hand die Krone auf. Demnach war der Ursprung dieses preußischen Königthumes verschieden von demjenigen aller anderen Königreiche bis dahin [1]). Ein neues, bisher nicht gekanntes Princip trat ein in das Leben der christlichen Völker, ein Königthum ohne die eigentliche kirchliche Weihe.

Die Zeitlage war günstig für die Anerkennung der neuen Krone von außen her; denn das Beispiel des Kaisers zog die ihm befreundeten Mächte nach sich. Wilhelm III. und Heinsius machten sich darüber kein Hehl. „Ich urtheile wie Sie, schrieb der König an den Rathspensionär, daß, in Betracht der großen Umwälzung vor unseren Augen, wir keinen Anstand nehmen dürfen, dem Kurfürsten von Brandenburg das Vergnügen zu bewilligen, ihn in seiner Eigenschaft als König von Preußen anzuerkennen. Nur müssen wir vorher unsere Bedingungen machen. Denn ich kenne ein wenig die innerliche Beschaffenheit dieses Herrn: wir werden ihn daher so eng wie möglich an unsere Sache binden müssen. Denken Sie darüber nach, wie dies aufs schleunigste auszuführen; denn, wenn wir diese Gelegenheit vorüber gehen ließen: so würde er nachher glauben, uns nicht mehr nöthig zu haben, und ich sehe voraus, was davon kommen würde. Man darf bei dem Hofe von Berlin nicht die Dankbarkeit suchen wollen" [2]).

Das in diesen Worten des Oraniers über seinen Vetter ausgesprochene Urtheil fand sehr rasch eine besondere Bestätigung. Der neue König war im Jahre 1701 der Anerkennung seiner Krone sicher von allen denjenigen Mächten her, die zu dem Kaiser hielten. Aber das genügte ihm nicht. Nachdem er von den Seemächten her die Anerkennung erhalten, hoffte er die Gunst der Weltlage auch noch weiter benutzen zu können, um die Anerkennung von den beiden Mächten

[1]) Daß die Sache auch den Preußen auffiel, sehe man in den Mémoires de Dohna p. 284.

[2]) Vom 10. December 1700. Bei Grovestins t. VII, p. 419.

zu erlangen, die wider den Kaiser standen, von Ludwig XIV. und Philipp V. von Spanien. Er gedachte entgegen zu kommen. Bereits im Mai 1701 gewann er es über sich zu vergessen, daß er die kaiserliche Anerkennung seines Königstitels erlangt hatte nur durch den Vertrag vom 16. November 1700, und daß dieser Vertrag, wie er selbst einen Monat später, im December 1700, dem Kaiser gegenüber die Consequenz gezogen, ihm die Anerkennung Philipps V. moralisch unmöglich machte. Inzwischen hatte ja die Republik Holland, auch sogar der König von England den König Philipp V. anerkannt. Diesem Beispiele meinte der neue König folgen zu dürfen. Jedoch ließ er vorsichtiger Weise bei der Republik darüber sich erkundigen. Auf die Meldung der sonderbaren Anfrage erwiederte Wilhelm III. dem Rathspensionär am 31. Mai 1701: „Daß der König von Preußen sich in den Kopf gesetzt hat, den König Philipp V. von Spanien anerkennen zu wollen, im offenen Widerspruche gegen seinen kürzlich abgeschlossenen Vertrag mit dem Kaiser, erscheint mir im höchsten Maße lächerlich" [1]).

Die Nicht-Zustimmung, die demgemäß der neue König vom Haag her erfuhr, scheint ihn dennoch nicht irre gemacht zu haben. Er wollte sein Urtheil von Wilhelm III. selbst empfangen, und zwar ergibt die Antwort, welche Wilhelm III. dem preußischen Gesandten ertheilte, daß Friedrich I. inzwischen dem Könige von Frankreich gegenüber es nicht bei einem Wunsche hatte bewenden lassen. Wilhelm III. meldet dem Rathspensionär am 28. Juni: „Ich habe dem preußischen Gesandten ohne Umschweif erwiedert, daß ich seinem Herrn die angeregte Sache nicht anrathen, noch viel weniger meine Zustimmung dazu geben könnte. Ich habe ihm alle Gründe vorgeführt, die dem Plane entgegen stehen, sich mit Frankreich in Unterhandlungen über seine Neutralität einzulassen. Unter diesen Umständen muß unser Gesandter Opdam noch in Berlin verweilen; denn die Haltung des Cabinets dort beunruhigt mich, um so mehr da ich die Neigungen des Königs von Preußen und diejenige seines ersten Ministers kenne" [2]).

---

[1]) Grovestins t. VIII, p. 71: Il me semble souverainement ridicule que le roi de Prusse se soit mis en tête de vouloir reconnaître le roi d'Espagne, attendu que c'est ouvertement en contradiction avec son traité avec l'Empereur.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 97. Vom 28. Juni 1701.

Wilhelm III. warnte demgemäß auch den kaiserlichen Gesandten Wratislaw. „Ich habe Nachrichten aus Frankreich, sagte er, daß der König dort bereit ist, die preußische Krone anzuerkennen, auch eine große Summe Geldes anbietet, wenn der neue König sich dafür zur Neutralität verpflichten will.“ — „Das kann doch nicht richtig sein, entgegnete der Gesandte; denn es würde ja im directen Widerspruche stehen mit dem kürzlich geschlossenen Vertrage.“ — „Allerdings versetzte der König; aber seit einigen Jahren gehen die Dinge am Hofe zu Berlin derartig, daß man demselben nicht trauen darf“ [1]).

Es ergibt sich demnach, welche Bürgschaft der Vertrag vom 16. November 1700 dem Kaiser bot, wenn es einmal dahin kam, daß die Seemächte den neuen König von Preußen nicht mehr vom Bruche desselben abmahnen würden.

Unter den Kurfürsten des Reiches waren vier für den Kaiser durchaus zuverlässig: die minder mächtigen geistlichen Kurfürsten von Mainz und Trier, und die weltlichen Kurfürsten von der Pfalz und von Braunschweig-Lüneburg. Der Erstere dieser beiden war der Schwager des Kaisers. Der Andere, Georg Ludwig in Hannover, konnte nur im Vereine mit dem Kaiser und den Seemächten die allgemeine Anerkennung seiner Kurwürde durchsetzen. Diese Kurwürde und die Verträge, welche darüber im December 1692 zwischen dem Kaiser und Hannover geschlossen waren, banden dies letztere Haus an die Sache des Kaisers. Nicht jedoch trug dazu mit bei die Aussicht auf die Thronfolge in England; denn wir haben aus den Worten der nächst berechtigten Erbin, der Kurfürstin Sophie, in authentischer Weise vernommen, wie sie und ihr Sohn, der Kurfürst, in Betreff dieser Aussicht sich verhielten.

Dagegen war für den König von Frankreich gerade diese neue Kurwürde nach wie vor der Punct, an welchen er den Hebel für die Erregung der Zwietracht im Reiche ansetzte. Wir haben in Anlaß der Lage der Dinge in Spanien vernommen, daß Ludwig XIV. die Junta dort nöthigte, ihren Antheil an den Kosten zu tragen. Er rechnete

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 1. Juli.

dafür in Deutschland hauptsächlich auf den eigenen Verwandten des neuen Kurfürsten, den Herzog Anton Ulrich von Braunschweig-Lüneburg zu Wolfenbüttel. Wilhelm III. sprach zu dem kaiserlichen Gesandten sich darüber aus mit den Worten: „Ich verwundere mich, wie der Kaiser es dulden kann, daß der Herzog Anton Ulrich auftritt wie ein Emissär des Königs von Frankreich, daß er im Reiche umher reist, um die einzelnen Fürsten wider den Kaiser aufzuwiegeln und eine dritte Partei zu bilden". Der König ging weiter in diesen Betrachtungen. Er fragte, ob der Kaiser nicht daran denke, die früheren Verhandlungen über die Reichsverfassung wieder aufzunehmen, die Bande derselben enger zu ziehen. Denn dies sei doch eine Angelegenheit, welche dem Erzhause für alle Zeiten höchst ersprießlich sein werde. Man dürfe sich nicht der Hoffnung hingeben, daß eine Zeit wiederkehren könne, wo die kaiserlichen Truppen als solche auch zugleich diejenigen des Reiches sein würden. Es komme darauf an, so lange es noch Zeit, wider das Aus-einander-Klaffen des Reiches alle menschenmöglichen Mittel aufzuwenden. Wenn nicht, so sehe er keine Rettung [1]).

Der König von England spricht hier ähnliche Ansichten aus wie die, welche wir von reichstreuen Patrioten jener Tage, wie namentlich von Leibniz vernehmen. So berechtigt der Wunsch, so schwierig war die Ausführung gerade in einer Zeit, wo die mächtigsten Reichsfürsten eine moralische Qualität solcher Art bewiesen, wie diejenige, welche wir kennen gelernt haben.

Dem Wesen nach indessen fand sich dieselbe Signatur des Zeitalters auch bei den minder mächtigen Königen außerhalb des Reiches, bei Portugal, bei Schweden, bei Dänemark. Das gesammte Verhalten aller dieser Fürsten wird charakterisirt durch die Worte Wilhelms III. zu Heinsius: „Die Ungewisheit, ob wir Dänemark oder Schweden auf unserer Seite haben werden, ist drückend. Sie beide zu verlieren, wäre ein harter Schlag. Allein wenn die Souveräne nur die Geldfrage in Betracht ziehen, wenn sich für sie alles nur darum dreht, zu erfahren, wer mehr zahlt, ob Frankreich oder wir: so ist es unzweifelhaft, daß wir bei allen Unterhandlungen dieser Art immer unterliegen müssen" [2]).

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 22. Februar.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 74.

In Portugal dagegen hatte nach der Lage der Dinge Ludwig XIV. den Vorsprung, weil der Widerstand gegen ihn noch nicht eine feste Form gefunden.

Bei diesem Verhalten fast aller Mächte von geringerer Bedeutung handelte es sich also nur darum, wie die Großmächte sich stellen würden. Die beiden Gegenpole waren einerseits der Kaiser, der, wenn nicht das ganze spanische Erbe, doch wenigstens einen Theil desselben wieder gewinnen wollte, und kein Mittel dazu besaß als den Krieg — andererseits der König von Frankreich, der es vorzog, das wie immer Erworbene in Frieden zu behalten. Es kam also an auf die Frage, wohin die beiden anderen Großmächte, England und die Republik der Niederlande, sich entscheiden würden. Und dies führt uns zurück zu dem Plane der Verhandlungen im Haag, im März 1701. An ihnen hing die Frage des Krieges oder des Friedens, das Schicksal Europas für lange hinaus.

Wir kennen das eigentliche Ziel Wilhelms III. aus seinen ersten Kundgebungen nach der Annahme des spanischen Testamentes in Versailles, noch im November 1700: es ist der Krieg. Nicht der Krieg um des Krieges willen, sondern weil der Krieg als das alleinige Mittel erschien, die Uebermacht Frankreichs zu brechen, und den anderen Völkern das Bewußtsein ihrer Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern. Denn dieses war bedroht durch Ludwig XIV. Dieser König gemahnt uns an die Riesengestalten der alten germanischen Epen, die mit der Ueberlegenheit der Kraft stets die Untreue, die Falschheit verbinden. Mit Ludwig XIV. konnten, nach der Ueberzeugung Wilhelms III., die ihrer Freiheit sich bewußten Völker nicht im Frieden leben, weil sie niemals auf sein Wort sich verlassen durften. Darum wollte Wilhelm III. den Krieg, um den Uebermächtigen und Treulosen durch den Krieg zu zwingen, den Schwächeren ihr Recht zu belassen.

Seine Aufgabe zu diesem Ziele zu gelangen, war eine doppelte. Nicht sein Machtgebot bestimmte den Willen seiner Unterthanen, wie etwa Ludwig XIV. denjenigen der Franzosen, oder gar wie Victor Amadeus den der Piemontesen, der neue König Friedrich I. den der Brandenburger und Preußen. Wilhelm III. beherrschte nicht seine Unterthanen:

er leitete und führte sie. Daß die Holländer ihm folgen würden, konnte nicht zweifelhaft sein. Aber nicht bei ihnen stand die eigentliche Entscheidung, sondern bei England, oder genauer, bei dem englischen Parlamente. Wie sperrig und wie vorurtheilsvoll auch oft viele Mitglieder desselben dem Könige entgegen traten: sie hatten vor fast allen Nationen ihrer Mitwelt in Betreff der wichtigsten Frage des Völkerlebens: ob Krieg, ob Frieden, das Bewußtsein ihres freien Willens voraus, und im Bewußtsein dieser Freiheit waren sie empfänglich für Gründe. Es kam daher für den König Wilhelm III. darauf an, das Parlament so zu führen, daß es aus sich heraus dieselben Gründe anerkannte, welche auf ihn bestimmend wirkten. Gleich wie er selber, so mußte auch das Parlament sich überzeugen, daß Ludwig XIV. jegliche Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit im Völkerleben ablehnte mit dem Hinweise auf seine Macht, und daß darum denen, welche Recht und Billigkeit im Völkerleben forderten, kein anderes Mittel übrig blieb als sich zu wenden eben gegen diese Macht, und sich zu entschließen sie zu zwingen. Das war das Ziel, welches in Rücksicht auf das Parlament Wilhelm III. bei den Unterhandlungen mit Frankreich, im März 1701, ins Auge faßte.

Und unzweifelhaft war dies Mal seine Stellung gegenüber dem Könige Ludwig XIV. ungleich günstiger als in den Jahren zuvor bei der Verhandlung der Theilungsverträge. Damals hatte der König von Frankreich einen ganz bestimmten Plan vor Augen. Er wollte einen Vertrag, wie immer, mit dem Könige von England, nicht um den Vertrag zu halten, sondern um den Vertrag zu verwenden einerseits als den Keil der Trennung, welchen er einschlug zwischen dem Oranier und dem Kaiser, andererseits als den Popanz, welcher die Spanier in seine Arme scheuchte. Wir haben dagegen aus den eigenen Kundgebungen Wilhelms III. ersehen, daß er bei den Unterhandlungen weder des ersten, noch des zweiten Theilungsvertrages von Anfang an ein festes Ziel vor Augen hatte, daß er mehr sich von Wünschen leiten ließ als von klarer Erkenntnis, daß er zurück gedrängt wurde von Positionen, die er selber vorher für fest und sicher angesehen: kurz, daß damals die Ueberlegenheit bei Ludwig XIV. sich befand.

Anders stand die Sache im März 1701. Ludwig XIV. wünschte die Erhaltung des Friedens. Um die Republik und England für die

Erhaltung des Friedens zu gewinnen, hätte er Concessionen in ihrem Sinne machen müssen. Aber wir haben das Wort des Cardinals Janson Forbin zu dem Papste Clemens XI. vernommen, daß sein König nichts bewilligen wolle, auch nicht einen Fuß breit. Und dennoch ließ Ludwig XIV. sich dann von jenem Wunsche des Friedens aus auf den Antrag zu Verhandlungen ein, wo doch die Republik ihm mit diesem Antrage offen ankündigte, daß sie dadurch ihre Sicherheit suche. Die Unklarheit über das Ziel dieser Verhandlungen war demnach auf Seiten Ludwigs XIV.

Dennoch lag auch denen, welchen ein näherer Einblick in die Dinge möglich war, den Gesandten im Haag, der zu erwartende Gang derselben nicht von Anfang an klar vor Augen. Der kaiserliche Gesandte Graf Goes, obwohl minder stürmisch als Graf Wratislaw in London, konnte doch oft sich des Verdachtes nicht erwehren, daß die Republik sich mit einer geringen, wenn nur augenfälligen Concession begnügen, und dann um das kaiserliche Interesse sich nicht mehr kümmern werde. Er tröstete sich mit der Hoffnung, daß die Franzosen es anders verstehen, gar nichts bewilligen, und dadurch die Republik zwingen würden, aus der Noth eine Tugend zu machen[1]).

In dem Sinne der Nicht-Bewilligung redeten namentlich der Spanier Don Quiros, der Franzose Graf Briord. Der Erstere sprach offen aus, daß aus der Unterhandlung nichts kommen könne. Wenn man von holländischer oder englischer Seite etwas Anderes verlangen würde als eine schriftliche Sicherheit: so würden damit die Conferenzen zu Ende sein, und sowohl er wie die französischen Gesandten würden abreisen. Noch stärker redete Briord, der bisherige französische Gesandte. Wenn er an der Stelle des Botschafters Avaux wäre, sagte er, so würde er in den Conferenzen, anstatt Feder und Tinte, Karten und Brettspiel auf den Tisch setzen lassen, und damit zeigen, daß er den eigentlichen Zweck der Verhandlungen kenne. Anders als mit gütlichen Reden müsse man den Holländern gegenüber verfahren. Und dann brach er in die Worte aus: Il faut leur mettre un terme, et puis les battre sur la tête et sur le ventre[2]).

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 21. März.

[2]) Desgleichen vom 18. März.

Allein weder Quiros, noch Briord waren für die Unterhandlung beauftragt, sondern der Botschafter Graf d'Avaux, welcher jene beiden, zum großen Verdrusse namentlich des Spaniers Quiros, sehr wenig berücksichtigte. Avaux dagegen gab sich derselben Meinung hin, wie der König von Frankreich, daß es ihm gelingen würde, durch glatte Reden den Frieden hinzuhalten. Wiederum aber glaubten eben wegen dieser glatten Reden auf holländischer Seite nicht wenige, daß dennoch Frankreich in der Verhandlung sich einlassen werde auf die Forderungen, welche die Republik stellen müsse, um eine reelle Garantie der eigenen Sicherheit zu erlangen [1]).

Die Forderungen wurden von Seiten des Königs von England und der Republik im Einverständnisse, jedoch gesondert aufgestellt.

Die betreffende Denkschrift der Republik ging aus von dem zweiten Theilungsvertrage. Der Zweck desselben sei gewesen, den Wirren zuvorzukommen, die der erblose Tod des Königs von Spanien hätte nach sich ziehen können. Nun habe freilich der König von Frankreich für gut befunden, mit Hintansetzung des Vertrages, das Testament Carls II. anzunehmen. Darum aber dürfe die Republik des Zieles, welches sie durch den Vertrag zu erreichen gesucht, nicht verlustig gehen. Dieses Ziel sei ein doppeltes: die Erhaltung des allgemeinen Friedens und die Sicherheit der Republik im Besonderen. In ersterer Beziehung sei erforderlich eine vernünftige Satisfaction für den Kaiser, in Rücksicht auf seine Ansprüche an das spanische Erbe, demgemäß zunächst die Einladung an den Kaiser zu den Conferenzen. Im Interesse der eigenen Sicherheit verlange die Republik den Abzug der französischen Truppen aus Belgien, für sich dagegen das Recht, in eine Reihe von belgischen Städten holländische Besatzungen einzulegen. Die Reihe derselben war nicht gering, in allen zehn, unter ihnen Luxemburg, Namur und Mons. Ferner verlangte die Republik die Zusicherung, daß niemals eins der zur Zeit der Krone Spanien gehörigen Länder, ob in ob außer Europa, mit der Krone Frankreich vereinigt werden dürfe. Die Denkschrift schloß mit dem Vorbehalte, im Laufe der Unterhandlung die Forderungen nach Bedarf zu erweitern.

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 21. März.

Die englische Denkschrift ging von demselben Gedanken aus wie die holländische, nämlich, daß vermöge des Theilungsvertrages der König von England ein Recht habe, das dadurch erstrebte Ziel zu erreichen. Dann fordert auch sie eine Satisfaction für den Kaiser und die Einladung desselben zu den Conferenzen. Ferner verlangt auch sie den Abzug der französischen Truppen aus Belgien, so wie fast wörtlich die anderen Bedingungen der Holländer in Betreff der Dinge im allgemeinen. Für England besonders verlangt sie das ausschließende Besatzungsrecht in den belgischen Städten Ostende und Nieuport [1]).

Der König Wilhelm III. war in Betreff beider Denkschriften nicht ohne Besorgnisse. Wenn die englische Forderung der beiden Sicherheitsplätze, welche er zu dem Zwecke der Einwirkung auf das Parlament erheben zu müssen glaubte, in der Republik zur Erörterung kam: so war die Gefahr da, daß dort möglicher Weise ein Mistrauen wider England aufwuchs. Heinsius indessen beugte vor. Er leitete die Dinge so, daß die englische Forderung in den Generalstaaten nicht zu einer Berathung gelangte. Er empfing dafür den warmen Dank des Königs [2]). — Der andere Grund zur Besorgnis für den letzteren war die allzu lange Reihe der Plätze, welche die Republik für ihre Sicherheit verlangt hatte, weit hinaus über seinen Rath, welcher nur vier Städte umfaßte. „Ich besorge, sagte er, daß Frankreich hinter dieser großen Zahl den Wunsch erblickt, nur überhaupt etwas zu erhalten, und dann, wenn wir genöthigt sind abzulassen, zu der Meinung kommen könnte, daß wir überhaupt nachgeben werden." Diese Besorgnis indessen konnte nur dann sich verwirklichen, wenn Frankreich Willens war überhaupt in irgend etwas nachzugeben. Und darum ja handelte es sich.

Der Zutritt des neu ernannten englischen Gesandten Stanhope zu den Conferenzen, fand einen Haken am Ceremoniell, da nach dem Herkommen die Botschafter bei sich den Deputirten der Generalstaaten die rechte Seite gaben, diese dagegen eben so jedem englischen Gesandten, andererseits aber ein französischer Botschafter nicht einem englischen Gesandten. Der König von England löste die Schwierigkeit,

[1]) Die Denkschriften bei Lamberty t. I, p. 403 et suiv.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 57.

indem er dem Gesandten anbefahl, für dieses Mal sein Recht in dieser Beziehung nicht geltend zu machen.

Am Abende des 22. März 1701 begaben sich die sieben holländischen Deputirten, und dann auch der Gesandte Stanhope, zu dem Botschafter Avaux. Der Empfang und die Session waren vorher geregelt: zuerst saßen die holländischen Deputirten, dann Avaux, dann Stanhope. Der Holländer van Essen führte den Vorsitz. Er eröffnete dem Botschafter in längerer Rede die Forderungen der beiden Mächte, und überreichte ihm dann die beiden Denkschriften. Avaux fuhr empor. Diese Forderungen, erwiederte er, seien unvernünftig. Der König werde nicht in seinem Alter den erworbenen Ruhm beflecken, nicht in eine solche Zerstückelung der spanischen Monarchie willigen. Man erwiederte, daß es sich hier nicht handele um eine Zerstückelung, sondern um eine Bürgschaft für die eigene Sicherheit, wie man sie seit langen Jahren her besessen. Avaux entgegnete, daß er lediglich gekommen sei, um Vorschläge anzuhören, nicht darüber zu entscheiden, daß er daher Bericht abstatten und die Antwort darauf abwarten müsse[1].

Nachdem die Conferenz sich getrennt, begab sich Avaux in eine Gesellschaft. Dort flüsterte er einer Dame einige Worte ins Ohr. Noch in derselben Minute ging in dem Saale das Wort Krieg murmelnd von Munde zu Munde[2]. Der Botschafter wandte denselben Schreckschuß an nach anderen Seiten. Er begab sich zu dem Schweden Lilienroth und sprach aus, daß die Vorschläge einer Kriegserklärung gleich kämen. Er hatte einigen Kaufleuten von Amsterdam Seepässe versprochen für Schiffsladungen von Wein von Bordeaux. Er zog nun sein Versprechen zurück mit dem Bemerken, daß nach den ihm gemachten Vorschlägen bald alle Pässe dieser Art ungültig sein würden. Ungleich stärker noch als Avaux traten Briord und Quiros auf. Jedes ihrer Worte athmete Krieg. Der Unterschied indessen war, daß diese beiden Gesandten die Sachlage als unheilbar erkannten, Avaux jene Reden nur zur Einschüchterung gebrauchte, weil er dennoch im Sinne Ludwigs XIV. hoffte, daß es nicht zum Bruche kommen werde[3].

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 25. März. — Lamberty t. I, p. 408.
[2]) Bericht des Grafen Goes vom 25. März.
[3]) Desgleichen.

Wir haben also zu sehen, welche Consequenzen der Vorgang vom 22. März im Haag an den beiden wichtigsten Stellen nach sich zog, in London und in Versailles.

Nachdem das Unterhaus durch jene Adresse vom 21. Februar/4. März den König ersucht, gemeinsam mit der Republik in die Unterhandlungen mit Frankreich für die Erhaltung des Friedens einzutreten, beschäftigte es sich für eine Reihe von Tagen vorwiegend mit der daheim wichtigsten Angelegenheit, der weiteren Feststellung der Thronfolge. Wir werden den Verlauf dieser Sache beim Abschlusse derselben im Zusammenhange zu überblicken haben.

Eine andere in der Regel lediglich formelle Angelegenheit, diejenige der Prüfungen der Wahlen, erlangte dies Mal eine besondere Wichtigkeit. Es lag unleugbar vor, daß Bestechungen statt gefunden, namentlich von Seiten der neuen ostindischen Compagnie zu Gunsten der Whig-Partei. Eine Reihe von Wahlen wurde für ungültig erklärt. Die Whigs murrten über die Gleichgültigkeit des Königs, der, nachdem er seine Räthe aus der Tory-Partei genommen, nun auch noch zugebe, daß die Tories im Unterhause die Mehrheit erlangten. So allerdings erschien es. Nachdem etwa dreißig Mitglieder der Whig-Partei ausgestoßen waren, ergab sich in der Regel die Mehrheit auf Seiten der Tories [1]). Jedoch war die Wage im beständigen Schwanken. Es ist daher, zur Charakteristik der Selbsttäuschung in Versailles, nicht unwichtig zu bemerken, daß dort die Meinung herrschte: die Friedenspartei im Unterhause sei um achtzehn Stimmen überlegen [2]).

Auf die Nachricht, daß die Ueberreichung der Vorschläge von Seiten der beiden Mächte an den französischen Botschafter im Haag erfolgt war, entschloß sich der König Wilhelm III. zu dem weiteren Schritte, diese Vorschläge zur Kunde des Parlamentes zu bringen. Er hoffte, wie er an Heinsius schrieb, die Zustimmung desselben zu finden [3]). Der Sachlage nach schwebte dem Könige dabei noch ein anderer Zweck

1) Hoffmanns Berichte vom 22., 25., 29. März.
2) Dangeau t. VIII, p. 53.
3) Schreiben vom 29. März an Heinsius, bei Grovestins t. VIII, p. 58.

vor Augen, nämlich durch den Hinweis auf die drohenden Gefahren der Gegenwart die Aufmerksamkeit abzulenken von der allzu eifrigen Untersuchung geschehener Dinge. Denn zunächst das Oberhaus hatte den Theilungsvertrag zum Gegenstande einer sehr lebhaften Erörterung gemacht.

Auf das Verlangen des Oberhauses ließ der König ihm die seit dem Frieden von Ryswyck geschlossenen Verträge vorlegen. Es geschah am 14./25. März [1]). Es fanden sich keine Instructionen vor in Betreff der Verhandlung des Theilungsvertrages. Die Grafen Portland und Jersey, deren Namen unter dem Vertrage standen, erwiederten, daß der König zugegen gewesen und mündlich seine Instructionen gegeben. Dieses für den Abschluß eines Vertrages ungewöhnliche Verfahren gab den Ausgangspunct für eine scharfe Kritik, die von da aus sofort sich gegen den Inhalt wendete. Der Graf Nottingham war der Ansicht, daß seit der Zeit des Königs Johann ohne Land, der sein Königreich dem päpstlichen Stuhle überwiesen, ein so monstruöser und lächerlicher Vertrag wie dieser über die Theilung der spanischen Monarchie, als unerhört betrachtet werden dürfe. Der Obersthofmeister Herzog von Devonshire meinte: die Minister, welche die Hände darin gehabt, müßten es mit den Köpfen verantworten. Am lautesten redeten die neuen Tory-Minister, Rochester und Godolphin. Der letztere schloß mit den Worten: der Vertrag sei eben so lächerlich wie ungerecht, und darum sei es überflüssig darüber noch etwas zu sagen. Dessen ungeachtet währten die heftigen Reden fünf Stunden lang, ohne daß Jemand wagte etwas zu Gunsten des Vertrages zu äußern. Endlich beschloß das Oberhaus durch eine Adresse an den König den Vertrag für injuriös und perniciös zu erklären, sowohl für das Königreich als für das gesammte Europa, und den König zu ersuchen, fortan keine Verträge mit fremden Mächten, namentlich von solcher Wichtigkeit, anders einzugehen als mit der Zuziehung seines geheimen Rathes. Der folgende Tag wurde zur Abfassung der Adresse bestimmt.

---

[1]) Das Folgende namentlich nach dem eingehenden Berichte Hoffmanns vom 29. März. Derjenige Wratislaws, ebenfalls ausführlich, beschäftigt sich mehr mit dem Reflex auf die kaiserliche Sache.

Man hielt damit die Sache beendet [1]). Allein Portland und Jersey, die alle jene Reden schweigend hingenommen, begaben sich dann zum Könige und ersuchten um die Erlaubnis im Oberhause zu ihrer Vertheidigung zu reden. Der König gestattete es. Im Beginne der Sitzung des nächsten Tages erhob sich der Graf Portland und erklärte: er habe bei diesem Vertrage nichts gethan ohne des Königs ausdrücklichen Befehl und ohne Mittheilung an die Minister des Königs. Dies werde ihm hoffentlich zur genügenden Rechtfertigung gereichen. — Kaum waren die Worte seinen Lippen entflohen, als ihm die Frage entgegen scholl: „Welche Minister? Namen!" Er nannte den früheren Lord-Kanzler Somers, den Grafen Orford, den Grafen Marlborough, Lord Halifax, und den Staats-Secretär Vernon.

Das eben war es, was die Tory-Partei am Tage vorher vergeblich erstrebt, und was Portland in seiner Beklemmung ihr nun freiwillig entgegen trug: die Namen der hauptsächlichen Whigs, Somers, Orford, Halifax.

Auch die weitere Rede Portlands war nicht glücklich. Man hatte am Tage zuvor namentlich geltend gemacht, daß der Vertrag das Recht und das Interesse des Kaisers schädige. Portland behauptete: der Kaiser habe nicht bloß von Allem Kenntnis gehabt, sondern selber einen Vertrag verlangt, und sei nur um einer Kleinigkeit willen zurück getreten, nämlich wegen des Herzogthums Mailand, welches er nicht habe fahren lassen wollen. Daher habe der König die Entscheidung auf sich genommen, Mailand dem Herzoge von Lothringen überwiesen, und dafür Lothringen an Frankreich.

Die Vertheidigung Portlands, wie sie der Wahrheit nicht entsprach, trug ihm nur den Widerspruch der Gegner ein. Dadurch nicht abgeschreckt, erhob sich dann auch Jersey. Wir erinnern uns, daß die einzige Thätigkeit dieses Mannes bei dem Vertrage darin bestanden hatte, seinen Namen unter das fertige Actenstück zu schreiben. Dennoch redete er nun über das Werden des Vertrages. Der Vertrag sei gemacht, sagte er, auf Verlangen des Kaisers. Auch sei der Kaiser bereit

---

[1]) Hoffmann: und wurde der folgende Tag appuntiret, um besagte Adresse einzurichten, womit man die Sache allerdings vor geendigt hielte. Da dann der Graf Portland unversehens aufgestanden u. s. w.

gewesen alle Puncte einzugehen bis auf Mailand. Wie viel aber der Kaiser auf das Interesse von England achte, sei daraus zu ersehen, daß der Graf Auersperg sich über Tafel geäußert: der Kaiser werde lieber Westindien an Frankreich überlassen als Mailand.

Obwohl die Vertheidigung Jerseys an Wahrheit und Tact noch ungleich ärmer war als diejenige Portlands: so lastete doch der Unwille weniger auf jenem gefügigen Werkzeuge des königlichen Willens, als auf dem wirklichen Berather, dem Holländer Portland.

Denn dies stellte sich bei dem Fortgange der Dinge immer klarer heraus. Die von Portland genannten Lords erbaten sich, wie er gethan, vom Könige die Erlaubnis zu reden. Dann entwickelte Halifax im Oberhause den Hergang. Er und die Anderen, sagte er, hätten verschiedene Einwürfe gegen diesen und jenen Punct erhoben; aber der Vertrag sei ihnen fertig vorgelesen, mit dem Bemerken, daß der König sich bereits zu tief eingelassen, als daß er noch zurück könne. — Demnach lag die Folgerung nahe: der Vertrag war in Holland gemacht, ohne die Heranziehung eines Engländers, nur mit holländischen Berathern, also namentlich mit Portland. Er hatte also durch seine thörichte Vertheidigung sich die von ihm genannten Personen verfeindet, seine Sache dagegen nicht gebessert; vielmehr war seine hauptsächliche Betheiligung nun erst recht in klares Licht gestellt. Man verwunderte sich, daß ein sonst so umsichtiger, klarer Kopf in eigener Sache so ungeschickt hatte verfahren können [1]).

Dennoch ward im Oberhause die Angelegenheit noch wieder gewendet. Nachdem sie bereits mehrere Tage in Anspruch genommen, erhob sich ein Whig, Lord Wharton, und sagte: „Aus dem Verlaufe der Sache bisher habe ich nichts Anderes abnehmen können, als daß man darauf ausgeht denjenigen, der den Vertrag gemacht, zu accusiren, denjenigen, der ihn gebrochen, zu excusiren". Das Wort schlug ein. Auch andere Stimmen erhoben sich im gleichen Sinne. Das Oberhaus kam zurück auf den früheren Beschluß, den König durch eine Adresse zu ersuchen, daß er Verträge mit fremden Mächten in Zukunft nur abschließen wolle mit Zuziehung seines geheimen Rathes.

---

[1]) Hoffmann: Jedermann blamirt seinen Unverstand, daß er die Sache, nachdem sie durch die resolvirte Adresse so viel als geendigt gewesen, in solche Weitläufigkeit gebracht.

Allein, nachdem sich in dem sonst immer gemäßigten Oberhause bei diesem Anlasse ein solcher Sturm der Leidenschaft entwickelt, sah man mit um so mehr Besorgnis einer Erörterung des Unterhauses über den Gegenstand entgegen, zumal da einzelne Mitglieder desselben sich verlauten ließen, sie würden die Sache anders anfassen als es im Oberhause geschehen. Eine formelle Anklage wider Portland und Jersey ward mit Bestimmtheit vorhergesehen [1]).

Noch dazu drohete den beiden Lords eine Anklage anderer Art. Der kaiserliche Gesandte Graf Wratislaw, in hohem Grade aufgebracht durch die sowohl unwahren, wie tactlosen Anklagen jener beiden Lords gegen den Kaiser, fragte durch Albemarle an, ob der König ihm eine öffentliche Erklärung erlauben würde. Wilhelm III. rieth ab, gestattete dagegen dem Gesandten im persönlichen Verkehre sich offen über die Sache auszusprechen [2]).

Die Adresse des Oberhauses wurde am 21./31. März festgestellt. Der Entwurf enthielt ungleich schärfere Ausdrücke als diejenigen, welche die Zustimmung des Hauses fanden. Und zwar sah man das merkwürdige Widerspiel, daß die Whigs kämpften für die Ausmerzung der scharfen Ausdrücke, welche berechnet waren auf den König von England, die Tories für die Abschwächung gegenüber dem Könige von Frankreich. Besonderes Aufsehen erregte der Widerspruch einiger Tories gegen den Schluß der Adresse: der König wolle in allen künftigen Verträgen mit dem Könige von Frankreich eine solche Vorsicht beobachten, welche eine wirkliche Sicherheit verheiße. — Gegen diese letzten Worte, weil in ihnen als allzu unbestimmt und dehnbar, eine Ermächtigung zum Kriege gefunden werden könnte, legten sechs Lords einen schriftlichen Protest ein, unter ihnen die Minister des Königs, Rochester und Godolphin. Man folgerte daraus, daß die Tory-Partei durchaus die Erhaltung des Friedens wolle, Frankreich möge von den für Philipp V. genommenen Ländern der spanischen Monarchie etwas zurückgeben oder nicht. Der Unmuth der Whigs schwoll an. Sie fühlten durch, wie der König in Wirklichkeit gesinnt war. Sie wußten, daß im Lande

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18./29. März, also vor der Erörterung im Unterhause.

[2]) Wratislaws Berichte vom 18./29. März und 21. März/1. April.

täglich die Ueberzeugung wuchs, daß die Dinge in Europa nicht in dem Stande bleiben dürften. Sie hofften, daß, nach der Ausfindung der Wege und Mittel für die zu Gunsten der Flotte bewilligten Gelder, der König das Parlament auflösen werde. Aber die Tories, die damals im Unterhause durchweg auf die Mehrheit hoffen durften, waren nicht Willens sich mit jener Ausfindung der Wege und Mittel zu beeilen [1]).

Die Botschaft des Königs an das Parlament über die erste Conferenz im Haag, nebst der von Stanhope dort übergebenen Denkschrift, trug nicht die Gegenzeichnung eines Ministers. Nach den Debatten im Oberhause über den Theilungsvertrag hatte keiner dies wagen wollen [2]). Das Unterhaus zog die Botschaft in Erwägung am 21. März/1. April. Da, wie wir uns erinnern, die Denkschrift ihren Ausgang nahm von dem Theilungsvertrage: so ward zunächst dann der Vertrag verlesen. Es folgte eine lange heftige Erörterung über den Entwurf einer Adresse. Der erste Theil derselben sollte enthalten einen Dank für die Mittheilung. Die Whigs verlangten den Zusatz: „so wie für die Sorgfalt, welche der König beweise für die Sicherheit des Königreiches und die Erhaltung des Friedens von Europa". Die Tories sahen darin die Gefahr, daß der König aus diesen Worten den Anlaß nehmen könne, die Verhandlungen im Haag mit starkem Nachdrucke zu betreiben, auch bis zum Kriege. Daher ward von ihrer Seite entgegen gehalten, daß es dieses Zusatzes nicht bedürfe, da die Bitte in der ersten Adresse vom 20. Februar/3. März genüge. Von Seiten der Whig-Partei ward erwiedert, daß die Nicht-Wiederholung des Gedankens erscheinen werde wie ein Fallen-Lassen, daß demnach eine Adresse ohne diesen Zusatz den König von Frankreich ermuthigen, die Republik Holland einschüchtern werde. Des ungeachtet fiel der Zusatz mit hundertsiebenundachtzig gegen hundertdreiundneunzig Stimmen.

Es ergab sich nachher, daß in diesem Falle die Fahrlässigkeit einiger Mitglieder der Whig-Partei an ihrer Minderheit die Schuld trug. Eine musikalische Aufführung, die gleichzeitig mit der Sitzung

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. März/1. April.

[2]) Desgleichen vom 18./29. März. Die Botschaft in Commons Debates t. IV, p. 131.

des Unterhauses stattfand, hatte auf einige Whigs eine stärkere Zugkraft geübt als die Verhandlungen [1]).

Es war bekannt, daß die Tories in ihren Privat-Unterredungen auch die in der Denkschrift aufgestellten Forderungen als maßlos bezeichneten. Auch im Unterhause ward derselbe Versuch gemacht. Der Staats-Secretär Vernon trat rasch entgegen mit der Erwiederung, daß es nicht an der Zeit sei sich darüber auszusprechen, bevor eine Antwort von Frankreich vorliege. Der Einwand schlug durch.

Der zweite Theil der Adresse dagegen enthielt eine Beschwerde über die schlimmen Consequenzen des Theilungsvertrages, welcher, beschlossen während der Session des Parlamentes, jedoch ohne Rath desselben, ausgestattet dagegen mit dem großen Siegel von England, so weite Länder des spanischen Erbes dem Könige von Frankreich überwiesen habe [2]).

In der Debatte darüber fiel die Aeußerung eines Mitgliedes: der Theilungsvertrag komme ihm vor wie eine Conspiration von drei Mächten, um eine vierte per feloniam [3]) zu berauben. Das Wort fand von keiner Seite her eine Misbilligung. Für den Theilungsvertrag überhaupt erhob sich keine Stimme. Die Beschwerde über den Vertrag, welche den zweiten Theil der Adresse ausmachte, erhielt die Zustimmung der Whigs wie der Tories.

Der König Wilhelm unterdessen blickte nicht zurück, sondern vorwärts. Während das Unterhaus die Adresse an ihn berieth, schrieb er an Heinsius: „Wir sehen hier mit Ungeduld der französischen Antwort auf unsere Vorschläge entgegen. Danach müssen die Beschlüsse des Parlamentes sich richten. Die Parteien stehen einander entgegen mit schärferer Heftigkeit als je zuvor. Die allgemeine Sache leidet dadurch schweren Schaden, und mich trifft es zunächst. Lediglich die Furcht vor einer unmittelbaren Gefahr wird diese Leute hier zu heilsamen Entschlüssen bewegen können" [4]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. März/5. April: Woran die Presbyterianer (sc. Whigs) ihrerseits zwar auch einigermaßen Ursach gewesen, als deren verschiedene aus Fahrlässigkeit nicht zugegen, sondern in einem concerto di musica gewesen sind, deren Gegenwart die Majora auf ihre Seiten hätte bringen können.

[2]) Desgleichen vom 21. März/1. April.

[3]) Hoffmann im Berichte vom 25. März/5. April: Um mich desselbigen termini zu gebrauchen.

[4]) Grovestins t. VIII, p. 58. Vom 21. März/1. April.

Die beiden Häuser überreichten dem Könige nach einander ihre Adressen. Zuerst das Oberhaus. Es war dort anfänglich die Abrede getroffen, daß es geschehen solle durch die Mitglieder gemeinsam; aber es fanden sich nicht mehr als drei Lords dabei ein, und zwar, nach den Worten Hoffmanns, ohne Zweifel aus Scham über die darin, ungeachtet aller Abschwächung, noch gebliebenen herben Ausdrücke. Wilhelm III. erwiederte den Lords mit kalter Ruhe: er habe niemals einen Vertrag gemacht, der nicht die Wohlfahrt des Königreiches bezweckte [1]).

Jedenfalls indessen hatte damit der König die Sache berührt. Anders verhielt er sich gegenüber dem ungleich schärferen Tadel in der Adresse des Unterhauses. Er schluckte jegliche Empfindlichkeit über den zweiten Theil der Adresse nieder, und gab nur auf den ersten eine Antwort. Er sei erfreut, sagte er, daß das Unterhaus seine Mittheilung wohl aufgenommen. Er werde darin fortfahren, und sei eben so bereit, den Rath des Unterhauses entgegen zu nehmen. Denn nach seiner Ueberzeugung vermöge nichts so sehr für die Wohlfahrt von England und den Frieden von Europa beizutragen, als die Mitwirkung des Parlamentes für alle seine Unterhandlungen, und ein gutes Einverständnis zwischen ihm und seinem Volke [2]).

Wenn auch diese Antwort den Theilungsvertrag nicht berührte, so lag doch die Thatsache vor, daß der König aus den Adressen beider Häuser den Tadel Englands über den Vertrag hatte hinnehmen müssen. Damit war die Sache in Bezug auf den König direct beendet, nicht jedoch für die betreffenden Minister. Es war klar vorauszusehen, daß gegen diese der Sturm im Unterhause fortgehen werde. Die Erfahrung andererseits lehrte, daß die Einzelnen einem solchen Sturme entweichen konnten durch einen rechtzeitigen Rückzug aus ihren Aemtern. Der Staats-Secretär Vernon und Andere ersuchten den König um ihre Entlassung. Eben dies war eine hauptsächliche Absicht der Tory-Partei. Allein ihre Ziele lagen weiter hinaus. Machen wir diese uns klar nach der Auffassung eines nicht betheiligten Beobachters.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. März/5. April.

[2]) Commons Debates t. IV, p. 131.

„Diese anglicanische Partei, meldet Hoffmann am 25. März/5. April, wird einmal alles verderben. Sie zieht die wohlgesinnten Landedelleute vom Unterhause an sich, unter dem Vorwande, daß sie dem Kriege nicht entgegen, daß sie dagegen vorher sich des Königs recht versichern müsse. Zu diesem Zwecke sei erforderlich, das Ministerium in die richtige Stellung zu ihm zu setzen, ferner die Schulden des Königreiches zu ordnen, den Credit herzustellen, die übele Verwaltung der Mittel von dem vorigen Kriege her klar zu legen, diejenige der künftigen Subsidien in zuverlässige Hände zu bringen, und viele andere Vorsichtsmaßregeln solcher Art. Durch diese Vorwände lassen sich die einfältigen Landedelleute gewinnen und stimmen mit der Partei, die für sich keinen anderen Zweck verfolgt als sich der Leitung aller Angelegenheiten völlig zu bemächtigen, und davon ihren Nutzen zu ziehen. Welcher Gefahr dagegen auch immer die Nation bloß gestellt sein möge, diese Partei, das ist die Führer derselben, denkt nicht an den Krieg. Man versichert mir vielmehr, daß sie in enger Beziehung mit dem französischen Botschafter Tallard stehen, daß sie alles mit ihm überlegen. Sie suchen bei ihm zu erwirken, daß Frankreich den jetzigen Stand der Dinge erhält und nur nichts Weiteres vornimmt, besonders gegen die Republik Holland, weil es dadurch sein Interesse hier verderben und die Sache zum Kriege bringen würde. Und allerdings glauben sie sich dieses Verhaltens von Frankreich her so fest versichert, daß sie unter der Hand sich äußern: Frankreich werde die Generalstaaten nicht zu einer weiteren Erklärung drängen, werde sie vielmehr sich durch ihre kostbare Kriegsrüstung selber verzehren lassen. Frankreich werde ferner weder im Herzogthume Mailand, noch am Rheine den ersten Streich thun, sondern überall sich lediglich abwartend verhalten, um nicht die Anklage des Angriffes und des Bruches auf sich zu laden, damit auch England dadurch nicht verpflichtet werde, nach irgend einer Seite hin eine Hülfe zu leisten. Dem entsprechend behaupten diese Häupter der Tory-Partei auch schon vorher zu wissen, daß Frankreich auf die beiden dem Botschafter Avaux im Haag übergebenen Denkschriften noch nicht so bald eine Antwort ertheilen, sondern trachten werde, einen ganzen Monat damit zu gewinnen, um eben so auch die Dinge in England in der Schwebe zu erhalten."

„Danach ist das Verständnis zwischen den Häuptern der Tory-Partei und Frankreich klar ersichtlich, und zwar durch die Vermittelung des hiesigen Botschafters Tallard, der sich ungemein geschäftig beweist, und ohne allen Zweifel kein Geld spart, so groß auch die Summen sein mögen, um einen Bruch von hier aus zu verhüten. Denn daran ist ja dem Könige von Frankreich so sehr viel, ja alles gelegen."

Die Beobachtungen Hoffmanns entsprechen in allen wesentlichen Beziehungen den Ansichten, welche Ludwig XIV. einige Wochen zuvor seinem Botschafter Harcourt nach Spanien hin kund gegeben.

Um so gewichtiger wird für uns dadurch die Differenz, die sich aufthut zwischen den Hoffnungen und demgemäß dem Plane Wilhelms III. einerseits und andererseits den Erwartungen der Häupter der Tory-Partei. Wilhelm III. sieht mit Ungeduld der französischen Antwort entgegen, weil er hofft, daß dieselbe durch ihre Verneinung wirken werde in seinem Sinne und für seinen Plan. Die Häupter der Tory-Partei hoffen, daß Frankreich ihrem Rathe folgen, also ausweichen, hinzögern werde.

Indem Wilhelm III. dieser Antwort harrte, verhielt er sich nach außen hin nach wie vor fast wie gleichgültig, zum großen Verdrusse des kaiserlichen Gesandten, der dieses Verhalten mit den zu Anfang ihm gegebenen Versprechungen nicht zu vereinen wußte. Wratislaw wünschte eine sofortige Allianz. Er beschwerte sich bei Albemarle über das Zaudern des Königs, welches auf alle kleineren Mächte, namentlich auf die deutschen Reichskreise einen sehr nachtheiligen Eindruck mache, ihnen den Gedanken der Neutralität im Interesse Frankreichs nahe lege. Albemarle erkannte die Thatsache an. Er bat dagegen den Gesandten, sich fest darauf zu verlassen, daß der König den für ihn in der Hauptsache allein richtigen Weg verfolge. Einerseits die Nothwendigkeit, andererseits die Kunst für ihn bestehe darin, zugleich die Bürgermeister der holländischen Städte und das englische Parlament zu führen [1]).

Allerdings drehten sich ja die Gedanken des Königs längst um diesen Punct der Allianz mit dem Kaiser. Die schwierige Frage für ihn war nicht die Sache selbst, sondern das Ziel der zu schließenden

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 28. März/8. April.

Allianz, namentlich weil er fürchtete, daß die Engländer darin den Wünschen des Kaisers allzu wenig entsprechen würden. Er trug sich damals mit dem Gedanken, in ähnlicher Weise zu verfahren wie 1689, nämlich, daß die Generalstaaten mit dem Kaiser abschlössen, ihm Mailand und die spanischen Niederlande zusicherten, aber mit dem Vorbehalte des Beitrittes von England. Durch die Mittheilung dieses Vertrages würde dann der König bei dem Parlamente erwirken, daß es ihn zum Beitritte auffordere. Die Republik aber würde nichts aufs Spiel setzen, weil erst der Beitritt von England den Vertrag definitiv mache [1]).

„Ich mache Ihnen diesen Vorschlag, fügt der König seinem Schreiben an Heinsius hinzu, weil ich ja hier mit Leuten zu thun habe, die man auf Umwegen zu ihrem eigenen Heile führen muß. Sehen Sie, bis zu welchem Puncte mein Vorschlag Ihnen in der Republik durchführbar erscheint. Amsterdam ist wie immer in solchen Umständen ein Gegenstand der Besorgnis für mich." Stärker noch drückte Albemarle zu Wratislaw sich aus. Die Stadt Amsterdam zu führen, sagte er, sei sogar schwieriger als das englische Unterhaus.

Am selben Tage, an welchem diese Unterredung vorfiel, dem 28. März/8. April, vernahm man in London aus Pariser Briefen, daß eine französische Antwort nach dem Haag abgegangen. Dies Gerücht berührte die Häupter der Tory-Partei nicht angenehm. Sie verneinten die Möglichkeit; denn Frankreich werde nicht antworten wollen ohne Spanien. Die Whig-Partei dagegen war voll Hoffnung. Der König, sagten sie, harre nur dieser Gelegenheit, um sein Gewissen zu entlasten, die ganze Verantwortlichkeit auf das Parlament zu wälzen und dadurch dieses zum Entschlusse moralisch zu zwingen [2]).

Der König hatte allerdings damals bereits eine bestimmtere Kunde, wie etwa die französische Antwort ausfallen würde. In Versailles und Paris ward über die Aufnahme, welche die Denkschriften der Seemächte an maßgebender Stelle gefunden, nicht geschwiegen.

---

[1]) Grovestins t. VIII, p. 59.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 28. März/8. April.

Man nannte sie impertinent. Ludwig XIV. befahl, die Schriftstücke drucken zu lassen, damit ganz Europa die Lächerlichkeit solcher Anforderungen kennen lerne. Wenn es zum Kriege mit Holland komme, so könne man ein besser geeignetes Manifest nicht machen. Er sagte zu Jemandem, der nach fremder Mittheilung über die Insolenz der Schriftstücke redete: „Lesen Sie erst selbst, und Sie werden sie noch insolenter finden als man Ihnen gesagt hat“ [1]). Dieser letzte Gedanke scheint wie eine Parole ausgegeben zu sein; denn der Minister Torcy wiederholt ihn fast wörtlich in einem Schreiben an Louville in Madrid. „Lesen Sie, sagt er, diese unverschämte Schrift, und Sie werden sie noch unverschämter finden als ich es auszudrücken vermag. Was mich betrifft, so bin ich der Ansicht, daß die Holländer sich bereits schämen sie überreicht zu haben“ [2]). Diese letzten Worte scheinen den Zweck der hochfahrenden Rede anzudeuten, nämlich die Holländer einzuschüchtern, die Friedenspartei dort anzufeuern. — In entsprechender Weise redete der französische Staats-Secretär Torcy zu dem englischen Botschafter Manchester, fast mit denselben Ausdrücken, wie vorher der Cardinal Janson Forbin zu dem Papste Clemens XI.: der König von Frankreich sei entschlossen, seinen Enkel in dem Besitze der ganzen spanischen Monarchie zu behaupten, und davon auch nicht einen Fußbreit Erde abzutreten. Frankreich sei mächtig genug, sich wider alle seine Feinde zu vertheidigen. Eben dasselbe gelte als Antwort auf das Verlangen einer Satisfaction für den Kaiser. Aber Frankreich werde nach allen Seiten sich nur defensiv verhalten, damit die Welt ersehe, auf wen der Vorwurf der Angriffes falle [3]).

In denselben Tagen, wo Torcy so redete, rückten französische Truppen in die feste Stadt Mantua ein, welche der eigene Herzog, Lehensmann des Reiches, damals dem Könige verkaufte. Wir werden diesen Verrath später genauer ins Auge zu fassen haben.

Die officielle französische Antwort mußte jedoch durch den Botschafter Avaux im Haag erfolgen. Der Courier traf bei ihm ein am Morgen des 2. April. Avaux stattete dann Besuche ab, bei dem englischen

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 67 und p. 68.

[2]) Mémoires de Louville t. I, p. 113.

[3]) Relazione del conte di Lamberg, fol. 59ª. — Man vgl. Grovestins t. VIII, p. 58.

Gesandten Stanhope und Anderen, und erwähnte dort lediglich, daß er die erhaltene Depesche dechiffriren lasse. Demnach wollte er die Gemüther auf dieselbe gespannt machen. Erst am Abende begab er sich zum Rathspensionär Heinsius. Obwohl der Hof von Versailles, sagte er zu diesem, sich nicht vorstellen könne, daß die Generalstaaten auf die ihm übergebene Denkschrift eine Antwort erwarteten: so habe er doch den Auftrag, dem Rathspensionär mündlich auszusprechen, daß der König der Republik als die Bürgschaft für ihre künftige Sicherheit anbiete, den Ryswycker Frieden zu erneuern. Heinsius möge den Generalstaaten dies Angebot mittheilen, und dann in möglichst kurzer Frist eine Antwort erwirken. — Auf die Frage des Rathspensionärs, ob der Botschafter gar keine andere Sicherheit für die Republik anzubieten habe, erwiederte Avaux kurz ab: „Nein".

Der Rathspensionär entgegnete, daß in Betracht der vom französischen Hofe gegebenen Erklärung, der Republik eine der Billigkeit entsprechende Sicherung zu gewähren, er sich berechtigt gehalten habe, etwas Anderes zu erwarten, und daß in seinen Augen der Friede von Ryswyck eine bestehende Thatsache sei, deren Erneuerung keine Frucht bringe. Er fragte weiter, ob darunter auch verstanden werde, diesen Frieden zwischen Spanien und der Republik zu erneuern. Avaux versetzte, daß dies von den Generalstaaten abhange, und daß Quiros dort bleiben werde. Auf die Frage, ob Avaux diese seine Antwort auch zur Kunde von Stanhope gebracht, erwiederte Avaux eben so kurz verneinend, indem er zu verstehen gab, daß die von England erhobenen Forderungen die Republik nicht beträfen. Heinsius schloß mit den Worten: „Bei der gegenwärtigen Sachlage ist das Interesse Englands von demjenigen der Republik untrennbar. Uebrigens ist auch zu aller Zeit die Barriere für die Republik in den spanischen Niederlanden als ein gemeinsames Object beider Mächte angesehen worden" [1]).

Dem englischen Gesandten Stanhope sagte Avaux: er habe ihm überhaupt keine Antwort zu geben. Wenn der König von England Anträge zu stellen habe, so könne dies geschehen durch seinen Botschafter in Paris, oder gegenüber dem französischen in London. Ein französischer Botschafter im Haag stehe lediglich mit der Republik in Beziehung.

[1]) Heinsius an Wilhelm III., 5. April 1701, bei Grovestins t. VIII, p. 61.

Die Antwort des Botschafters Avaux läßt sich demnach kurz zusammendrängen in den Gedanken: Ludwig XIV. lehnt die Forderungen der Seemächte rundweg ab.

Aber darum wollte Ludwig XIV. nicht den Krieg. In den folgenden Tagen ließ Avaux sich verlauten, daß er den Befehl zur Abreise erwarte. Zugleich tauchte eine Reihe von Gerüchten auf. Es hieß, der Papst, Venedig, alle italienischen Fürsten, seien mit Frankreich und Spanien einig, Portugal mit ihnen im Bunde, die Könige von Dänemark und Polen auf dem Wege dahin, eben so der Schweizer Bund. Die Kreise Franken und Schwaben seien neutral. An den Gerüchten war mehr Falsches als Wahres. Unverkennbar aber war der Zweck die Einschüchterung der Republik [1]).

Der Plan Ludwigs XIV. war augenscheinlich wesentlich darauf berechnet, daß die Republik keinen Rückhalt an England finden, daß dort die Tory-Partei die Oberhand behalten würde. Man legte in Versailles besonderes Gewicht auf den Passus in der Adresse des Unterhauses, welcher den König ersuchte, nicht wieder eine Allianz zu schließen ohne englischen Rath [2]). Gegenüber der Tory-Mehrheit im Unterhause war, wie es schien, der Wille des Königs Wilhelm gegen Frankreich dadurch gelähmt. Wenn dies sich so verhielt, wenn demnach die Republik an England keine Stütze fand: so mußte die Kriegspartei dort dem Drucke von außen und von innen erliegen.

So rechnete Ludwig XIV. Anders Wilhelm III. Wir haben seine Meinung aus seinen eigenen Worten zu vernehmen.

„Die Antwort, schreibt er an Heinsius, welche der Graf d'Avaux durch Sie an die Generalstaaten hat gelangen lassen, gilt hier für einen positiven Abschlag, und wird daher den möglichst besten Erfolg hervorbringen. Ich habe sie an das Parlament gesendet, und morgen wird das Unterhaus sich damit beschäftigen. Ich habe große Hoffnung, daß man dies Mal einen guten Beschluß fassen wird, indem man nämlich erklärt, daß der Ryswycker Friedensvertrag keine Sicherheit gewährt, daß England sein Interesse von demjenigen der Republik nicht trennen will, und daß man bereit ist mir die Mittel zu gewähren,

[1]) Lamberty t. I, p. 411.
[2]) Dangeau t. VIII, p. 76.

welche mich in den Stand setzen, der Republik die vertragsmäßige Hülfe zu leisten. Gelangen wir bis an diese drei Puncte, so haben wir einen unermeßlichen Schritt zurückgelegt. Aber auch so kann ich Ihnen zur Stunde im Vertrauen bereits sagen, daß England die Republik nicht verlassen wird. Auf die Reden von Avaux und Lilienroth, daß Frankreich in diesem oder jenem Puncte nachlassen werde, baue ich nichts: der Zweck derselben ist lediglich uns hinzuhalten. Uebrigens ist Lilienroth im Herzen französisch, und trachtet nur dahin, den König von Schweden auf denselben Weg zu locken. Wir müssen daher vor ihm auf der Hut sein" [1]).

Wilhelm III. durfte der Entscheidung mit größerem Vertrauen entgegensehen, weil gerade zuvor zwei Versuche der Tory-Partei gegen den früheren Lord-Kanzler Somers nach einander mislungen waren. Der erste fand statt in einer verhältnismäßig geringen Angelegenheit, die dennoch zur Parteisache gemacht wurde, ob nämlich der Lord-Kanzler Somers das Recht gehabt, einem Seecapitän, Kidd, eine Bestallung unter dem großen Siegel von England zu verleihen. Die Whigs trugen zu Gunsten von Somers die Mehrheit davon, mit hundertachtundneunzig gegen hundertfünfundachtzig Stimmen [2]).

Wichtiger war der andere Anlaß. Er betraf den Theilungsvertrag. Nicht jedoch Somers stand damals dabei in erster Linie, sondern Portland.

Die eigenen Aussagen des letzteren beließen keinen Zweifel, daß hauptsächlich er an diesem Vertrage gearbeitet. Es ward im Unterhause der Antrag gestellt, daß, da dieser Vertrag den Handel des Königreiches preis gebe, den Frieden von Europa in Gefahr bringe, Portland als Urheber sich eines schweren Verbrechens schuldig gemacht habe. Gegen den Antrag erhob sich der Widerspruch nur Eines Mitgliedes, weniger aus Wohlwollen für Portland als aus Neigung zum Widerspruche. Der Antrag ward mit allen Stimmen gegen diese eine angenommen. Der andere Mitunterzeichner des Vertrages, Graf Jersey,

---

1) Wilhelm III. an Heinsius, 12. April, bei Grovestins t. VIII, p. 61.
2) Hoffmanns Bericht vom 8. April. — Wratislaws Bericht vom 12. April.

ward einer Beachtung nicht gewürdigt. Dagegen nahm ein Mitglied der Tory-Partei von Portland her den Ausgangspunkt, um den früheren Lord-Kanzler mit herein zu ziehen [1]).

„Ich bin, sagte er, nicht ein Freund des Grafen Portland; aber es reizt mich fast zum Mitleid, daß unter so vielen Personen, die einst zur Zeit seiner Gunst und Macht sich glücklich schätzten, von ihm ein Lächeln oder eine geringe Kopfneigung zu erhalten, oder auch in seinem Vorzimmer mit seinen Lakaien zu verkehren [2]), hier auch nicht eine einzige für ihn eintritt. Das freilich ist der Wechsel der menschlichen Dinge. Betrachtet man aber das ganze Verhältnis, so ist Portland ein Fremder, von Jugend auf in der Umgebung des Königs, darum eher geneigt als ein Anderer, sich dem Befehle desselben zu fügen. Nicht so steht es mit den hiesigen Ministern, welche an jenem Vertrage Antheil genommen. Ihnen lag es ob, die Gesetze und das Interesse des Landes besser zu kennen als ein Fremder." Dann nannte er den früheren Lord-Kanzler Somers, welcher das große Siegel von England unter den Vertrag gesetzt. Es erhob sich also die Frage, ob auch gegen Somers eben so wie gegen Portland, eine Anklage zu erheben sei. Dawider sprachen namentlich die Juristen in der Versammlung. Als der stärkste Grund zu Gunsten des Kanzlers ward geltend gemacht die Prärogative der Krone in Betreff des Krieges und des Friedens, überhaupt der Verträge mit auswärtigen Mächten. Darum habe der Kanzler sich nicht weigern können, zumal bei einer bereits abgeschlossenen Sache, in der die Ehre und das Wort des Königs verpfändet. Ein Anderes wäre es, wenn es sich dabei um die inländischen Gesetze gehandelt hätte, weil das Festhalten an denselben zunächst dem Kanzler obliege.

Die Abstimmung ergab eine Mehrheit von sieben Stimmen zu Gunsten von Somers.

Die Wahrnehmung, daß alle vom Könige abhängigen Stimmen sich in dieser Sache zu der Whig-Partei geschlagen, rief in den besonderen Versammlungen der Tories die Aeußerung hervor: man sehe nun, daß der König die Tory-Minister nur zum äußeren Scheine

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 12. April.

[2]) Der Ausdruck bei Hoffmann lautet: die Chokolade zu trinken.

ernannt, daß er im Herzen dennoch immer mit den Whigs zuhalte. So lange er aber sich nicht völlig von dieser Partei abthue, würden die Tories keinen Kreuzer für den Krieg bewilligen.

Einige Tories äußerten diese Gedanken auch zu Hoffmann. Er erwiederte: er sehe für die Vermuthung, daß der König zu Gunsten von Somers eingewirkt, keinen genügenden Grund. Denn dann würde er doch auch dasselbe für Portland gethan haben. Jene entgegneten: die Fälle lägen völlig verschieden. Portland sei beiden Parteien gleichmäßig verhaßt. Andererseits hätten diejenigen, die etwa ihm geneigt, sich schweigend verhalten, um es nicht mit dem Gegner Portlands, dem Grafen Albemarle, zu verderben.

Dennoch war auch für viele Mitglieder des Unterhauses bei der Anklage wider Portland nicht seine Person das letzte Ziel. Er hatte sich im Oberhause berufen auf ein Collectiv-Schreiben von Somers, Halifax und Vernon, als die Autorisation sich in den Vertrag einzulassen. Er behauptete, dies Schreiben nicht aufbewahrt, sondern verbrannt zu haben. Jede dieser Ausflüchte schlug dem unglücklichen Manne zum Nachtheile aus. Denn um so mehr nun drängten die Widersacher auf den formellen Proceß vor dem Oberhause, als dem für einen Pair des Reiches zuständigen Gerichtshofe. Das Unterhaus entsendete eins seiner Mitglieder mit der Anklage gegen Portland an das Oberhaus, und verlangte zugleich eine Conferenz in Betreff des Theilungsvertrages. Der Zweck dieses Verlangens war, weiteres Material für die Anklage und namentlich für die Erstreckung derselben auch auf die anderen Betheiligten zu gewinnen [1]).

So war der Stand der Dinge, als jene Botschaft des Königs über die Antworten des Grafen d'Avaux im Haag an das Unterhaus gelangte. Wir haben die Erwartung des Königs über den Erfolg vernommen. Aehnlich sprach ein unbetheiligter Beobachter vorher sich aus. „Auch Mitglieder der Tories sagen mir, berichtet Hoffmann, daß die vertragsmäßige Hülfe von 10,000 Mann für die Republik keinen Schwierigkeiten begegnen werde. Ueberhaupt steigt meine Hoffnung. Denn fast alle Parlamentsmitglieder beider Parteien sind der Ansicht, daß, so schwer auch der Krieg zu führen, dennoch bei dem Stande der

[1]) Commons Debates t. III, p. 133.

Dinge in Europa die Erhaltung des Friedens unmöglich sein werde"[1]). Der Bericht ist vom selben Datum mit jenem des Königs an Heinsius.

Die Botschaft des Königs an das Unterhaus umfaßte außer den von Avaux im Haag an Stanhope und Heinsius gegebenen Antworten auch noch zwei Beschlüsse der Generalstaaten in Betreff der Hülfe, welche England nach dem Vertrage von 1678 der Republik zu leisten schuldig, so wie eine Denkschrift des holländischen Gesandten Geldermalsen in London, der im Namen der Republik diese Hülfe auf das dringendste in Anspruch nahm. Der König empfahl dem Unterhause diese Angelegenheit als höchst gewichtig, und verlangte den Rath der Commons in Betreff der eigenen Sicherheit, so wie derjenigen der Republik, und des Friedens von Europa[2]).

Bei der Berathung der königlichen Botschaft ward ersichtlich, daß die Stimmung der Landedelleute, welche nicht den beiden Hauptparteien als Mitglieder angehörten[3]), ungleich mehr zum Kriege neigte als zuvor. Es ergab sich daher für die Häupter der Tory-Partei die Nothwendigkeit in etwas einzulenken, nämlich ihre Bereitwilligkeit zum Beistande für die Republik kund zu thun, für den Fall, daß sie angegriffen würde. Bei diesem Zusatze lag der Gedanke zu Grunde, daß es nicht die Absicht Ludwigs XIV. sei, mit der Republik zu brechen. Die Tory-Partei mochte daher glauben, daß, wenn sie nur innerhalb der Schranken der Defensive und der bestehenden Verträge mit der Republik bleibe und die Ausführung derselben zusage, nichts zu befürchten sei. Jeden Vorschlag darüber hinaus wußte sie zu vereiteln. Wir haben aus dem Schreiben des Königs an Heinsius vernommen, daß er hoffte auf den Beschluß: der Friedensvertrag von Ryswyck gewähre nicht die Bürgschaft einer Sicherheit. Der Gedanke ward im Unterhause erörtert. Es war begründete Aussicht auf die Mehrheit für denselben vorhanden; aber er fiel zu Boden durch einen der Tory-Minister des Königs, nämlich auf die Erklärung des Staats-Secretärs Hedges, daß es eines solchen Beschlusses nicht bedürfe[4]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1./12. April.

[2]) Die Message in Commons Debates t. III, p. 134.

[3]) Hoffmann: als welche nicht so sehr in die Cabalen der Parteien vertieft, daß sie nicht auf das wahrhafte Interesse der Nation gedenken.

[4]) Die Berichte Hoffmanns vom 15. und 19. April.

Die anderen beiden Puncte dagegen, welche der König in jenem Schreiben gewünscht, gingen in Erfüllung. Das Unterhaus beschloß durch eine Adresse dem Könige zu rathen: er möge gemeinsam mit der Republik die Unterhandlungen fortsetzen und die Maßregeln für ihre Sicherheit treffen, und möge ferner den Defensiv-Vertrag mit der Republik von 1678 ausführen, mit der Zusicherung von Seiten des Unterhauses, die dafür erforderlichen Mittel zu gewähren. — Fehlte demnach in der Adresse der eine wichtige Punct in Betreff des Ryswycker Friedens: so durfte dem Könige als Ersatz dafür gelten, daß die Adresse, weil zu jeder defensiven Maßregel auch die Tories mitwirken wollten und konnten, einstimmig beschlossen war.

Der Dank des Königs schloß sich genau an den Wortlaut der Adresse. In der That prägt auch sein Schreiben an Heinsius seine Zufriedenheit aus, weil, in etwas anderer Form, der Hauptpunct dennoch gewonnen war. Dieser Hauptpunct bestand in dem Beschlusse des Unterhauses, nicht gestatten zu wollen, daß bei der Unterhandlung mit Frankreich das Interesse Englands getrennt werde von demjenigen der Republik. Es lag darin die directe Verneinung eines der von dem Botschafter Avaux kund gegebenen Sätze. Eben daran gedachte der König die Sache weiter zu führen. „Nach diesem Beschlusse, schreibt er an Heinsius, ist es nicht bloß geziemend, daß die Generalstaaten mir ihren Dank aussprechen, sondern auch, daß sie ihrerseits mir die Versicherung geben, ihre Sache von derjenigen der Engländer nicht trennen zu wollen" [1]).

Die Kriegespartei in England dagegen war mit dem Könige durchaus nicht zufrieden. Jene Erklärung des Staats-Secretärs Hedges, die man als im Auftrage gesprochen ansah, hatte sie an ihm völlig irre gemacht. Da in den Worten des Königs an Heinsius vorher ausdrücklich der Wunsch eines solchen Beschlusses vorliegt: so ist eher anzunehmen, daß die Erklärung von Hedges, ob aus Unkenntnis, ob aus übelem Willen hervorgegangen, dem Könige eben so unlieb war wie irgend einem Mitgliede der Whig-Partei. Aber nicht darauf allein beschränkten sich die Klagen. Die Reden des Königs auch nachher, hieß es, seien gleichgültig, dunkel, zweifelhaft [2]). Man behauptete: es

[1]) Grovestins t. VIII, p. 62. Vom 8./19. April.

[2]) Hoffmann: S. M. reden so indifferenter, ambigue, problematice.

sei ursprünglich seine Absicht gewesen, mit jener Mittheilung über die Antworten des Botschafters Avaux selber vor das Parlament zu treten, den Mitgliedern die Gefahr für ihren Handel, ihre Freiheit, ihre Religion vorzustellen; aber er habe den Abmahnungen seiner Tory-Minister nachgegeben. Wäre dagegen jenes geschehen, so würden fünfzig bis sechzig Landedelleute, die nun sich von den Tories verblenden ließen, sofort sich für die nachdrücklichsten Beschlüsse erklärt haben [1]).

Uns Späteren hat das Verhalten des Königs von Anfang an dargethan, daß er seine auf den Krieg berechnete Führung so einrichtete, daß er nur dem Wunsche und Rathe des Parlamentes zu folgen schien.

Noch weniger als der Kriegspartei in England selbst sagte diese Zurückhaltung des Königs dem kaiserlichen Gesandten dort zu. Er erbat sich eine Audienz. „Die Zustände in Europa, begann der Graf Wratislaw, sind derartig beschaffen, daß ein Jeder seine Augen auf England richtet. Namentlich die Associationen der Kreise im römischen Reiche nehmen eine solche Haltung an, daß, bei längerer Dauer der jetzigen Ungewisheit, von ihnen der Beschluß der Neutralität zu befürchten steht. So hat mir namentlich der Kurfürst von Mainz mit ausdrücklicher Bezugnahme auf England geschrieben. Deshalb bitte ich Ew. Majestät Ihre guten Absichten für den Kaiser nachdrücklich zu bethätigen." Der König erwiederte: „Der Kaiser kennt meine guten Absichten. Wenn er aber wünscht, daß ich sie dadurch mehr bethätige, daß ich einen stärkeren Druck auf das Parlament ausübe: so muß er mir mehr als bisher dazu Gelegenheit geben. Ich habe Ihnen von Anfang an gesagt: der Kaiser ist in dieser Sache gegen Frankreich die Principal-Macht, England und Holland die Hülfsmächte. Daher habe ich zugleich gewünscht, daß der Kaiser in Italien oder am Rheine den Anfang machen möge. Nun aber sind die Franzosen in Italien dem Kaiser überall zuvorgekommen. Der Herzog von Savoyen hat seinen Vertrag mit Frankreich geschlossen, derjenige von Mantua ihnen seine Stadt überliefert, die Republik Venedig sich neutral erklärt. Danach sehe ich nicht ab, wie die Unternehmung nach Italien noch Erfolg haben kann. Indessen will ich darüber nicht urtheilen, sondern der Einsicht des Kaisers vertrauen, sei es, daß er die Unternehmung dennoch

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19. April.

mit Nachdruck betreibt oder einen anderen Plan entwirft. Nur das Eine muß ich wiederholen: es ist dringend erforderlich, daß der Kaiser den Krieg wider Frankreich so bald wie möglich beginnt, und nicht dem Gedanken sich hingibt, daß vor ihm England und Holland zum Kriege schreiten werden. Denn dies wird nicht geschehen. Wenn aber der Kaiser angefangen hat, so versichere ich Ihnen und verpfände Ihnen darauf mein Wort, daß England und Holland folgen werden. Ich sehe bei diesen zwei Nationen mehr Kraft und guten Willen als ich anfänglich vermuthet, und darauf kann der Kaiser sich verlassen." — Der Gesandte entwickelte die Hindernisse, die bis dahin dem Vormarsche des Prinzen Eugen entgegen gestanden. Der König erwiederte, daß er die Schwierigkeit nach Italien hinein zu gelangen, durchaus begreife. Aber, wie immer dem sei, er wiederhole nur die Ansicht, daß man an irgend einem Orte einmal anfange und dadurch ihm den Anlaß biete, darauf hinzuweisen. Er fügte noch den Grund hinzu, daß Frankreich seine Truppen vom Oberrheine weg nach Belgien ziehe und wie bereit stehe, die Republik zu überschwemmen. Um so nöthiger sei eine Diversion an einer entlegenen Stelle, damit die bisher wohl geneigte Republik unter dem steigenden Drucke nicht auf andere Gedanken gerathe. „Demgemäß, schloß der König diese Audienz vom 19. April, bitte ich den Kaiser, wenn anders er diese beiden Nationen für sein Interesse engagiren will, keine Zeit zu versäumen" [1]).

Damals war von Wien aus bereits die Meldung unterweges, daß fast alle Regimenter Infanterie in Tyrol eingetroffen, daß die Cavallerie auf dem Marsche, und in wenigen Wochen der Beginn der Operationen zu erwarten stehe.

Dagegen war der Hof in Wien zu Anfang mit jenen dem Botschafter Avaux eingereichten Denkschriften nicht sehr zufrieden. Denn die darin zu Gunsten der Seemächte erhobenen Forderungen betrafen Belgien, welches nach dem rechtmäßigen Erbgange dem Kaiserhause gebührte. Der Kaiser hatte nicht vorher seine Einwilligung in die Aufstellung dieser Forderungen gegeben. Wenn also Frankreich sich auf dieselben einließ: so machten die Seemächte ihr Abkommen mit ihm auf Kosten des Kaisers. Und doch hatte eben zuvor der Kaiser auf

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 19. April.

die dringende Bitte der Republik ihr die 8000 Mann Brandenburger und Hannoveraner zu Hülfe gesendet, die er vorher zur Vertheidigung des Oberrheines bestimmt. Der Gesandte Goes machte diese Dinge im Haag bei Heinsius und Dykvelt mit Nachdruck geltend. Er hob dagegen hervor, daß England und Holland noch immer Bedenken trügen, den Kaiser durch den Abschluß eines Allianz-Vertrages sicher zu stellen [1]).

Allein andererseits lagen die Thatsachen derartig, daß Goes an dem Willen in der Republik nicht zweifeln konnte. Und zwar war für die Kräftigung dieser Gesinnung jene Adresse des Unterhauses vom 1./12. April von weit reichender Wirkung, und wurde es noch mehr durch die Auffassung und Wiedergabe derselben von Seiten des Königs Wilhelm nach Holland hin. Wie er an Heinsius darüber geschrieben, so auch an Dykvelt. Er halte sich von nun an versichert, sagte er, daß England für das europäische Gemeinwohl getreulich beitragen, und von der Republik sich nicht trennen werde. Das Schreiben schloß mit der Ermahnung an Dykvelt, seines Ortes nach Kräften beizutragen, damit die durch ihn vertretene Provinz bei ihrer guten Gesinnung beharre und die Beschlüsse einmüthig und mit Nachdruck gefaßt würden. Als Dykvelt dem kaiserlichen Gesandten diesen Brief zeigte, fügte er hinzu, daß seine Provinz bereits mehr bewilligt als in einem der vorigen Kriegsjahre. Da jedoch das baare Geld nicht dafür genügend vorhanden: so hätten die vornehmsten Mitglieder sich geeinigt zu Vorschüssen aus eigenem Säckel, wie es noch nie geschehen [2]).

Der französische Botschafter Avaux dagegen ließ unablässig von seiner baldigen Abberufung reden. Seine Diener boten bei denen der anderen Gesandtschaften die mitgebrachten Vorräthe zum Verkaufe an. Sie rühmten namentlich eine Quantität Speck. Man lachte darüber [3]). Das Mittel der Einschüchterung durch den Hinweis auf die Abreise gelang nicht einmal mehr bei den Kaufleuten von Amsterdam. Dort begab sich einer der Secretäre der Botschaft auf die Börse, und trug einem ihm bekannten Kaufmanne eine Wette an, daß der Botschafter

---

[1]) Die Berichte des Grafen Goes vom 15. und 19. April.

[2]) Desgleichen vom 19. April.

[3]) Lamberty t. I, p. 472.

in kurzer Frist abreisen werde. „Ob er reist, ob er nicht reist, entgegnete der Holländer: ich werde darum mein Geld nicht verwetten.“ Das Lachen der Umstehenden bewies dem Franzosen, daß er sich vergeblich bemüht. Diese Gesinnung war im Wachsen. Der Pensionär von Amsterdam, Namens Buys, gab sie dem kaiserlichen Gesandten kund mit den Worten: „Es handelt sich um die Religion und die Freiheit, und wir werden alles daran setzen bis auf das Hemd“ [1]).

Ob in England, ob in der Republik dieser Geist des Widerstandes gegen die Plane Ludwigs XIV. zur vollen Kraftentwickelung hätte gelangen können ohne den Oranier, würde eine müßige, weil ungeschichtliche Frage sein. Thatsache ist, daß diese Kraft und dieser Wille emporwuchs, sich anlehnend an ihn, sich stützend auf ihn. Er redete nicht laut vor dem Parlamente. Die Kriegspartei dort zürnte ihm, daß es nicht geschah. Aber ihrer war er sicher. Er wollte nicht bloß sie für sich haben, sie mit sich nehmen, sondern Alle, einmüthigen Sinnes. Seine Briefe gingen aus, ermuthigend zunächst für die einzelnen Empfänger in der Republik, und durch die Einzelnen wieder zurückwirkend auf die Gesammtheit. Und wieder war es dann die eigenthümliche Doppelstellung des Oraniers als König und als Unterthan, die ihn in den Stand setzte, der Republik gegenüber sich als König und dennoch wieder vertraulich in einer Weise kund zu geben, wie niemals einem anderen Könige es möglich gewesen sein mag. „Ich gebe die Versicherung, schrieb er am 26. April, daß, so langsam es auch beim Parlamente hergehen, und so übel nach außen hin es dort aussehen mag, man endlich doch gute Beschlüsse fassen und namentlich die Republik nicht verlassen wird“ [2]).

Eben diese Haltung Englands erklärt nun auch um so mehr diejenige Ludwigs XIV. Er wollte den Fortbestand des Friedens. Um nicht eine europäische Opposition wach zu rufen, hatte er deshalb in den ersten Monaten nach der Annahme des spanischen Testamentes jeden direct feindseligen Schritt, der dazu den Anlaß geben konnte, mit Vorsicht unterlassen, hatte die dahinzielenden Rathschläge Harcourts zurückgewiesen. Damals war die Republik fast wehrlos, das englische

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 29. April.

[2]) Desgleichen.

Parlament nicht beisammen. Die Dinge hatten seitdem sich erheblich geändert. Die Republik war nicht mehr mit Einem raschen Zuge umzuwerfen, und dazu hatte das englische Parlament sein Wort eingesetzt, daß es wider einen solchen Versuch eintreten würde. Wenn demnach Ludwig XIV. damals noch einen Gewaltstreich ausüben, etwa die Republik angreifen wollte: so würde ein solcher Act gerade das wieder hervorrufen, was er vermeiden wollte, die Coalition. Die späteren französischen Tadler Ludwigs XIV. in dieser Beziehung, haben nicht erwogen, daß er den Krieg nicht wollte, daß er hoffte, ihn vermeiden zu können, daß aber, wenn nach den Beschlüssen des englischen Parlamentes im März und April 1701 der Krieg für ihn noch zu vermeiden stand, zuerst und vor allen Dingen jegliche directe Provocation seinerseits unterbleiben mußte.

Für die Mehrheit des Unterhauses schien dann für eine Reihe von Tagen kein anderes Interesse so wichtig als die Kunde der Theilungsverträge. Denn es beschränkte sich nicht mehr auf den zweiten: es verlangte von dem Könige auch den ersten von 1698. Es verlangte ferner den Vertrag der großen Allianz vom 12. Mai 1689, mit dem geheimen Artikel. Es ist nicht überflüssig abermals daran zu erinnern, daß der König allein diesen Vertrag gezeichnet, ohne die Gegenzeichnung, so wie, aller Wahrscheinlichkeit nach, auch sogar ohne die Kunde eines englischen Ministers. Er ließ durch Vernon alle diese Schriftstücke überbringen [1]). Das Unterhaus warf sich auf dieselben mit leidenschaftlichem Eifer, und saß darüber am 14./25. April von zehn Uhr Morgens bis Mitternacht. Man ermangelte nicht, den grellen Contrast des geheimen Artikels von 1689, der dem Kaiserhause das gesammte spanische Erbe zusprach, gegenüber dem ersten Theilungsvertrage, der ihm nur Mailand beließ, in scharfer Weise hervorzuheben. Während dieser Verhandlungen bat der frühere Lord-Kanzler Somers um Einlaß. Er vertheidigte in beredten Worten sein Verhalten, und legte sein damals über die Sache an den König gerichtetes Schreiben vor. (Band VIII, S. 220 u. f.) Allein der Eindruck seiner Vertheidigung ward aufgehoben durch die Thatsache, daß Somers die Vollmachten in Blanco, mit dem von ihm beigefügten großen Siegel von England, dem Könige nach

[1]) Hoffmanns Bericht vom 22. April.

Holland eingesendet. Günstiger verlief die Sache für den Staats-Secretär Vernon. Er hatte sich bereits darauf gefaßt gemacht, in den Tower geschickt zu werden. Statt dessen erhielt er für die Einwendungen, die er im Jahre 1698 gegen den Theilungsvertrag gemacht, im Unterhause lobende Anerkennung [1]). Es handelte sich für die Tory-Partei nicht um einen solchen Beamten von rühriger Arbeitskraft, aber ohne scharf ausgesprochene politische Parteifärbung, sondern um die Whigs Somers, Orford, Halifax.

Das Urtheil des Beobachters Hoffmann lautet: „Man sieht klar, daß die drei Minister mehr durch den Haß der Gegenpartei, als wegen einer wirklichen Verschuldung zur Verantwortung gezogen werden. Denn auch wenn man nicht hervorheben will, daß sie gegen den Vertrag Einwendungen gemacht haben, so weiß doch Jedermann, daß die ihnen über den Vertrag gemachte Mittheilung nur der Form wegen geschehen, daß vielmehr der Anfang und das Ende lediglich bei holländischen Ministern gestanden. Wenn irgend ein Vorwurf gegen jene englischen Minister zu erheben wäre, so ist es der, daß sie nicht eine ausdrückliche Protestation wider den Vertrag erhoben. Dies pflegte, wie immer auch die Constitution eines Landes sei, bisher nirgends von Ministern zu geschehen, dürfte aber hier nach dieser Warnung fortan in Gebrauch kommen".

Wir Spätere dürfen noch einen Schritt weiter gehen als der Zeitgenosse. Die Thatsachen haben uns gezeigt, daß, wie von englischer Seite kein Minister bei der Berathung des Theilungsvertrages eine Stimme gehabt, so von holländischer Seite diejenigen, die wirklich gefragt wurden, nur ein geringes Gewicht. Wilhelm III. hatte selber gehandelt, und zwar in der Hauptsache allein. Indem er nun, um von den Consequenzen der Theilungsverträge völlig loszukommen, den umgekehrten Weg einschlug, indem er Sorge trug, für jeden Schritt auf diesem Wege nicht bloß die Zustimmung des Unterhauses zu erlangen, sondern sogar die Ermächtigung, die Aufforderung vorher, verzichtete er dadurch thatsächlich auf die Prärogative der Krone, die er im Jahre 1689 und, wenn auch mit formeller Einschränkung, im Jahre 1698 in so weitem Umfange ausgeübt. Ein Protest von

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. April.

Ministern gegen einen Vertrag, den der Träger der Krone abgeschlossen, wie Hoffmann ihn im Jahre 1701 als künftig möglich dachte, konnte in England deshalb nie mehr erfolgen, weil, nach dem Gange der Dinge im Jahre 1701, niemals wieder ein Träger der Krone von England auf den Gedanken kommen würde, einen Vertrag nach außen hin zu schließen ohne Vorwissen und Beirath von Engländern. Weder verzichtete die Krone ausdrücklich auf die Prärogative der Verträge mit auswärtigen Mächten, noch ward sie ihr ausdrücklich genommen. Diese Prärogative, in so weit sie ausgeübt war ohne Berather, starb ab.

Das Unterhaus, oder richtiger die in demselben vorwiegende Tory-Partei begnügte sich nicht mit einer Anklage der drei Lords Somers, Orford, Halifax vor dem Oberhause: sie beschloß, durch eine Adresse den König zu bitten, jene drei Minister so wie den Grafen Portland aus seiner Nähe zu entfernen [1]).

Der Beschluß war der Beginn einer Differenz zwischen beiden Häusern. Die Absicht dieser Adresse, bevor vom Oberhause ein Urtheil über die Anklage gesprochen war, erregte dort Misstimmung. Die Mehrheit im Oberhause suchte zuvorzukommen, indem sie durch eine Adresse den König ersuchte, auf die Beschwerde des Unterhauses nicht einzugehen, bis zuvor der Proceß erledigt sei [2]).

Der König nahm die Adresse der Lords schweigend hin. Auch nachher erfolgte keine Antwort.

Das Unterhaus kümmerte sich nicht um den Einwand der Lords [3]). Es überreichte seine Adresse. Sie enthielt gegen den Theilungsvertrag scharfe Ausdrücke, welche, dem Namen nach auf die Angeklagten gerichtet, der Sachlage nach zurückfielen auf die Person des Königs. Die Adresse schloß dagegen mit der Versicherung, daß das Unterhaus bereit sei, bis aufs äußerste für den König einzustehen wider alle seine Feinde nach innen und nach außen. Diese Versicherung war berechnet auf das englische Volk. Denn bereits erhob sich vielfaches Murren gegen

---

1) Die Adresse in Commons Debates t. III, p. 137. — Hoffmanns Bericht vom 29. April.

2) Die Adresse in Lords Debates t. II, p. 27.

3) Hoffmann im Berichte vom 29. April: das Unterhaus seinerseits, anstatt solches zu ressentiren, lachet dazu.

die Tory-Partei, welche zu einer Zeit der allgemeinen Gefahr die Beschlüsse für die Sicherheit von England eher hindere als fördere[1]).

Der König schluckte auch dies Mal jede Empfindlichkeit über die ihm dargebotene Adresse nieder. Nicht auf die lang ausgeführte Hauptsache derselben ging er ein, sondern lediglich auf den Schlußsatz, auf jene Versicherung. Diese nahm er mit Dank entgegen. Daher, fuhr er dann fort, dürfe das Unterhaus darauf bauen, daß er in seinem Dienste nur diejenigen Personen verwende, welche beitragen zu dem gegenseitigen Vertrauen, das um so nothwendiger sei gerade bei der Lage der Dinge in Europa, sowohl für die eigene Sicherheit von England, als für den Schutz und die Erhaltung der Bundesgenossen.

Wir sehen, wie der König die Klippen umschifft. Er antwortet nicht auf die Beschwerde des Oberhauses, deren Consequenz ihn der Mehrheit des Unterhauses gegenübergestellt hätte. Eben so wenig aber geht er ein auf den Hauptpunct der Adresse des Unterhauses, sondern, indem er die Nebensache derselben zur Hauptsache emporhebt, verweist er das Unterhaus auf seine patriotische Pflicht. Und auch dies wieder geschah in solcher Weise, daß das Unterhaus für erforderlich erachtete, ihm für die Antwort besonders zu danken. Hoffmann, obwohl er den tieferen Plan des Königs nicht durchschauete, fügt doch seinem Berichte seine Ansicht hinzu, daß der König in dieser Sache sich klug und weise benommen[2]). Diese Weisheit mußte einleuchtender werden von Tage zu Tage. Die Differenz der beiden Häuser über die Anklage gegen die vier Lords war da; aber von Anfang an bewegte sich diese Differenz zu Füßen des Königs.

Er selbst muß damals, zu Anfang Mai, die Dinge in England schon ungleich günstiger angesehen haben, als sie den ferner Stehenden erschienen. Seine Besorgnisse betrafen vielmehr die Republik. Der Botschafter Avaux hatte dort den Monat April hindurch seine Abreise als Drohmittel hingestellt. Das Mittel war verbraucht. Wilhelm III. kam bereits zu dem Gedanken, daß der Botschafter zum Abbruche seiner Verhandlungen gedrängt werden müsse. Dafür sei erforderlich, ihn zu der definitiven Erklärung zu bringen, daß Frankreich statt aller verlangten

---

[1]) Hoffmann im Berichte vom 29. April.

[2]) Desgleichen vom 6. Mai.

Sicherheit lediglich die Erneuerung des Friedens von Ryswyck biete, und dann von Seiten der Republik zu antworten, daß sie darin eine Sicherheit für sich nicht anerkenne. Damit werde die Unterhandlung abgebrochen, und der weitere Schritt für die Generalstaaten sei dann die officielle Kundgebung des Abbruches und der Motive desselben an England [1]).

Wir werden ersehen, mit welcher Bereitwilligkeit die Generalstaaten dem Wunsche des Königs entsprachen. Bevor jedoch dies geschah, trat ein Incidenz-Punct ein, der, namentlich für die Whig-Partei, den König wieder wie in einem unentwirrbaren Schleier erscheinen ließ. Es verlautete die Kunde, daß der König Wilhelm III. auf das Schreiben, mit welchem der Herzog von Anjou als König Philipp V. ihm seine Thronbesteigung kund gegeben, mit einem Glückwunsche geantwortet, also die Anerkennung ausgesprochen habe [2]).

Ueber den Hergang dieser Sache gab Albemarle dem kaiserlichen Gesandten nähere Auskunft. Der Marquis Torcy, sagte er, habe dem Botschafter Manchester in Paris das Notifications-Schreiben überreicht, dieser es angenommen und an den König eingeschickt. Graf Wratislaw, der sich nicht bemühete seinen Verdruß über die Anerkennung zu verhehlen, erwiederte: „Daß ein Botschafter ein solches Schreiben ohne Vorwissen und ohne Consens seines Souveräns angenommen und ihm eingeschickt haben solle, erscheint mir doch etwas unglaublich". Albemarle fuhr fort: das Verfahren Manchesters sei ein Fehler; aber er sei begangen. Demnach habe der König, ohne jegliche Bemerkung seinerseits, den Brief dem Cabinet übergeben, und von dorther den einstimmigen Rath erhalten, daß er antworten und anerkennen möge. Der König habe diesem Rathe sich nicht entziehen können, lasse dagegen durch Albemarle dem Gesandten des Kaisers versichern, daß diese Anerkennung weder auf seine Gesinnung, noch auf seine Thätigkeit irgend einen Einfluß üben werde. Der Gesandte nahm mürrisch und zweifelnd diese Zusicherung entgegen. Er beschäftige sich mit einer Denkschrift, erwiederte er, durch die er auf Grund des Allianz-Vertrages von 1689

---

[1]) Der König an Heinsius, 3. Mai, bei Grovestins t. VIII, p. 63.

[2]) Wratislaws Bericht vom 3., 6. und 10. Mai. — Hoffmanns Bericht vom 10. Mai.

die Hülfe des Königs für den Kaiser in Anspruch nehmen wolle. Sobald der König es gestatte, werde er sie überreichen [1]).

Auch der des Landes und der Personen ungleich mehr kundige Resident Hoffmann wußte sich doch in den Schritt des Königs nicht zu finden. Seine Worte haben für uns das besondere Gewicht, daß wir in ihnen den Widerhall auch der Reden der Engländer vernehmen, namentlich hier der Whig-Partei. „Blickt man zurück, sagt er, auf das gesammte Verhalten des Königs seit der Umwälzung in Spanien, nämlich auf sein Hinüber-Lenken zu einer Partei, die von Anfang an bis heute nur von der Erhaltung des Friedens redet, dann auf die späte Einberufung des Parlamentes, ferner auf die Indifferenz, den Kaltsinn, der sich kund gibt in den Reden des Königs, wie in seinen Botschaften an das Parlament — bedenkt man endlich, daß er die Anerkennung des Herzogs von Anjou gleich zu Anfang vorgehabt, und demnach diesen Vorsatz von damals jetzt nur ausgeführt hat —: so kann man nach allem diesem nicht umhin, den Ansichten derjenigen Glauben beizumessen, welche von Anfang an ausgesprochen, daß die englische Nation bereitwilliger für den Krieg sei als der König, daß es nur an ihm hafte, den Willen zur That zu machen. Demnach darf man auch die heimlichen Flugschriften wider die Friedensliebe des Königs, die von Zeit zu Zeit in die Häuser gestreut werden, nicht für ungegründet halten. Ob die schwache Constitution des Königs das Motiv abgibt, ob ein anderes bisher unerkennbares obwaltet, wird erst mit der Zeit sich klar stellen lassen" [2]).

Ja es schien damals als wachse im Unterhause eine besondere Partei gegen den König auf. Es ward der Antrag eingebracht, ihm von den 700,000 Pfund Sterling seines Einkommens ein Siebentel zu streichen. Die äußeren Gründe waren, daß er den für die Königin Marie Beatrice in St. Germain bewilligten Betrag nicht auszahle, und daß die Kosten für den Hofstaat des Herzogs von Glocester weggefallen. Diese Thatsachen waren nicht anzufechten. Aber es ward ferner geltend gemacht, daß die früheren Könige mit nicht einmal der Hälfte der Summe einen glänzenden Hofstaat geführt, daß dagegen

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 10. Mai.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 10. Mai.

der König Wilhelm, bei seiner eingezogenen Lebensweise, binnen wenigen Jahren eine solche Summe zurücklegen könne, daß sie ihn in den Stand setze, eine Armee aus eigenen Mitteln zu errichten, und mit derselben die Freiheit der Nation zu Boden zu drücken [1]). Der Antrag erhielt eine Mehrheit von fünfundvierzig Stimmen, und zwar bestand dieselbe aus Whigs, die dem Könige nicht vergessen konnten, daß er zu der Tory=Partei hinüber gelenkt, so wie aus Tories, denen es bedenklich erschien, daß der König sich den Häuptern ihrer eigenen Partei allzu willfährig erweise; denn so habe es sich gezeigt bei der Anerkennung des Herzogs von Anjou als König von Spanien. Wenn diese neu gebildete Mehrheit auch ferner zusammen hielt, so gab sie den Ausschlag. Allein in der Wirklichkeit hatte diese Mehrheit kein inneres Band, sondern hatte sich zusammengefunden nur aus dem Verdrusse, welcher entsprang aus der Ungewisheit über die Richtung und das eigentliche Ziel des Königs. Ja es stieg sowohl bei Tories wie bei Whigs, vorwiegend aber bei letzteren, der Verdacht empor, daß bereits wieder ein heimliches Einverständnis mit Frankreich bestehe, und daß aus der Wurzel dieses Einverständnisses die Anerkennung des Herzogs von Anjou entsproßt sei [2]).

In Versailles dagegen war man über diese anscheinende Wendung der Dinge sehr befriedigt. Bereits vorher hatte der König seinem Hofe gesagt: die Holländer schienen minder unvernünftig zu werden, und der Graf d'Avaux solle im Haag noch verbleiben. Am Abende des 8. Mai verkündete er seinem Hofe, daß alle Privatbriefe aus England und Holland nur vom Frieden redeten, daß die Börsenpapiere sich im raschen Steigen befänden [3]).

So standen die Dinge in der ersten Hälfte des Monates Mai. Am 6./17. Mai traf in London das Schreiben der Generalstaaten ein, welches der König ihnen angerathen, datirt vom 13. Mai [4]). Wir haben den Gang der Dinge in der Republik in den Tagen vorher zu überblicken.

Nach jener ersten Conferenz mit dem Botschafter Avaux, am 22. März, in der ihm die Denkschriften beider Mächte überreicht wurden,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 17. Mai.

[2]) Desgleichen.

[3]) Dangeau t. VIII, p. 97.

[4]) Abgedruckt bei Lamberty t. I, p. 474 et suiv.

hatte den Monat April hindurch eine andere nicht stattgefunden. Aber der Botschafter blieb im Haag. Ludwig XIV. wünschte die Fortdauer des Friedens, ohne jegliche Concession von seiner Seite; die Leiter der Republik wünschten auf alle Fälle Zeit zu gewinnen. Am 2. Mai, also noch bevor der König Wilhelm jenen Rath durch Heinsius an die Generalstaaten gerichtet, beschlossen sie dem Botschafter kund zu thun, daß ihre Deputirten zugleich mit dem englischen Gesandten bereit seien, für die Erhaltung des Friedens und die besondere Sicherheit der Republik die Conferenzen mit ihm zu erneuern. Avaux wies das Erbieten nicht zurück, nur daß er in Betreff des englischen Gesandten erwiederte, dieser möge immerhin den Conferenzen beiwohnen; jedoch sei er nicht ermächtigt mit ihm in Verhandlung zu treten. Nicht dorthin gehörten die englischen Angelegenheiten. Dann meldete Avaux diese seine Antwort vom 3. Mai nach Versailles. Ludwig XIV. gab seine Zustimmung, und Avaux that dieselbe am 10. Mai den Generalstaaten kund [1]).

Inzwischen hatte Heinsius das Schreiben Wilhelms III. vom 3. Mai an die Versammlung gebracht. Die Aufforderung fand sofort diejenige Folge, die der Sachlage entsprach. Man verfaßte, am 13. Mai, die bereits genannte ausführliche Denkschrift, die genaue Kunde gab von dem bisherigen Gange der Verhandlungen mit dem französischen Botschafter. Es kehrt darin in vielfachen Wendungen immer der Gedanke wieder, daß die Interessen der Republik und Englands in dieser Sache untrennbar, daß die Republik eine Scheidung derselben nicht zugeben könne, noch wolle, und darum dem Könige den Stand der Sache mittheilen müsse, nicht jedoch bloß denjenigen der Unterhandlung, sondern im Vertrauen auf die Verträge und auf die kund gegebene Bereitwilligkeit des Königs für den Defensiv-Vertrag von 1678 einzutreten, auch die Nothlage, in welcher sich die Republik dem Könige von Frankreich gegenüber befinde. Und dann folgt in kurzen, scharfen Zügen eine Schilderung der Gefahr der Republik.

„Frankreich, sagt die Denkschrift, nicht zufrieden, sich in den Besitz aller Städte Belgiens gesetzt zu haben, läßt täglich neue Truppen dort einmarschiren. Man hat eine Walllinie aufgeworfen von der Schelde bei Antwerpen bis zur Maas. Man beginnt, nach sicheren

[1]) Lamberty t. I, p. 474 et suiv.

Nachrichten, eine ähnliche Linie von Antwerpen nach Ostende. Man sendet zahlreiche Artillerie in die Grenzplätze nach unserer Seite. Man errichtet in aller Eile Magazine in Flandern, Brabant, Geldern, Namur, und füllt sie an mit Kriegsvorräthen aller Art. Man errichtet Forts bis unter die Kanonen unserer festen Plätze. Ferner arbeitet Frankreich beständig, die unserer Republik befreundeten Fürsten von uns zu lösen, um sie entweder in seine Allianz zu ziehen oder doch zur Neutralität zu verpflichten. Es sucht, durch Intriguen und Spaltungen im Reiche unsere Freunde dort zu lähmen, die französisch Gesinnten zu stärken. Daher sind wir wie umschlossen von allen Seiten, bis auf das Meer. Das ist, ohne Uebertreibung noch Entstellung, die wirkliche Sachlage."

„Darum hoffen wir, daß, wie Ew. Majestät unsere Angelegenheiten genau kennen, Sie auch mit uns darin einstimmig sein werden, daß unsere Lage zur Zeit gefährlicher ist als während des vorigen Krieges, und schlechter, als wenn wir uns wirklich im Kriege befänden. Denn zur Zeit müssen wir den Bau von Schanzen unter den Kanonen unserer festen Plätze, den Aufwurf von Walllinien an unseren Grenzen ungehindert geschehen lassen, während wir es nicht dulden würden, wenn wir wirklich im Kriege wären. Wir müssen daher sogar mehr für unsere Vertheidigung thun, als wenn wir offen angegriffen wären: wir müssen das Land unter Wasser setzen und unsere Deiche durchstechen, um unsere Grenzen zu schützen. Die Noth zwingt uns, diese Mittel und andere anzuwenden, die sonst der Krieg mit sich bringt, so daß unsere Unterthanen in Wirklichkeit schon mehr leiden als während des vorigen Krieges. Bisher hat uns die winterliche Jahreszeit einigermaßen zur Deckung gedient. Dies ist vorüber, und wir stehen in täglicher Gefahr überrannt zu werden, wenn uns nicht schleunige Hülfe kommt. Wir versprechen sie uns von Ew. Majestät her, namentlich nachdem es Ihnen gefallen, uns kund zu thun, daß Ihr Parlament günstige Beschlüsse für uns gefaßt hat. Unter dem Drucke unserer Noth bitten wir daher Ew. Majestät, die äußerste Gefahr, in der wir uns befinden, wohl zu erwägen, so wie auch unser Unvermögen, den völligen Umsturz und den Untergang unserer Republik abzuwehren, im Falle man uns in diesem Stande ohne Hülfe ließe. Nach unserer Ansicht sind die Interessen von England so enge mit den unserigen

verwoben, daß wir uns eher jedem Ereignisse aussetzen werden, als dulden, daß man sie trenne, oder zu Maßregeln schreite ohne die Zustimmung Ew. Majestät. Es ist überflüssig Ihnen vorzustellen, daß die Sorgfalt für die Erhaltung Ihrer eigenen Königreiche Ihnen die Pflicht auferlegt, das Verderben von uns abzuwehren; denn der Untergang derselben ist, nach unserer Ansicht, untrennbar von dem unsrigen. Die Gründe sind Ew. Majestät besser bekannt als uns, eben so wie die unheilvollen Folgen, denen man sich aussetzen würde, wenn man uns in diesem Stande ließe. Darum sind wir der Ueberzeugung, Ew. Majestät werden vermöge Ihrer überlegenen Einsicht und der Bereitwilligkeit Ihres Parlamentes alle Dinge wohl leiten und vor Europa den Beweis führen, daß für die allgemeine Sicherheit nichts vortheilhafter ist, als Allianzen und Freundschaft mit England. Für uns zunächst erwarten wir ohne Aufschub die Hülfe gemäß dem Vertrage, auf den wir uns berufen und den England anerkennt."

Nach diesem Nothrufe der Generalstaaten könnte es scheinen, als habe der König von Frankreich den Krieg damals beabsichtigt. Allein es ist billig dagegen auch eine französische Stimme zu vernehmen. Es ist diejenige des Erzbischofs Fenelon von Cambray, welche, vermittelst des Herzogs von Bourgogne, auch bis in den Rath des Königs drang. Alle jene Maßregeln waren das Werk des Marschalls Boufflers. Darüber sagt Fenelon: „Ich kann nicht umhin auszusprechen, daß der Marschall Boufflers, weil unerschöpflich an überflüssigen Maßregeln, dem Königreiche ungeheuere Ausgaben verursacht. Er wirft allerlei Werke auf zur Vertheidigung einer Grenze, welche anzugreifen die Holländer in diesem Jahre niemals ernstlich beabsichtigt haben, und vielleicht auch im nächsten nicht beabsichtigen werden, wenn man nicht von hier aus ihnen dazu den Anlaß gibt" [1]).

Der letzte Gedanke Fenelons ist besonders wichtig, weil er andeutet, was wir später genauer von ihm vernehmen werden, daß die französische Sorge den Krieg zu vermeiden, ihn herbeizog. Boufflers arbeitete, ohne es zu erkennen und zu wollen, für die Plane Wilhelms III. Die Furcht der Generalstaaten vor jenen Maßregeln des Marschalls, welche sie als lediglich defensive nicht anerkannten, entriß

[1]) Oeuvres de Fénélon t. III, p. 556.

ihnen jenen Nothruf, der dem Könige Wilhelm bei den Engländern sehr zu statten kam.

Das Schreiben der Generalstaaten vom 2./13. Mai gelangte in die Hände des Königs Wilhelm am 7./18. Mai. Er beschloß, es am nächsten Tage an das Unterhaus zu geben. Bevor jedoch dies geschah, ward an dasselbe ein anderes merkwürdiges Schriftstück gebracht, eine Petition der Grafschaft Kent.

Wir haben schon wiederholt vernommen, daß die Stimmung in der englischen Nation gegen den König von Frankreich ungleich erregter war, als von Seiten der Mehrheit des Unterhauses zu Tage trat. Die Haltung der letzteren ward vielfach übel aufgenommen. Der Tadel erlangte einen scharfen Ausdruck in einer Petition der Grafschaft Kent, vom 29. April/10. Mai, welche das Unterhaus aufforderte auf die Stimme der Nation zu hören, damit wirksame Fürsorge für die Religion und die Sicherheit von England getroffen, die loyalen Adressen des Unterhauses in Geld-Bills gewandelt und der König in den Stand gesetzt werde, seine Bundesgenossen mit Nachdruck zu unterstützen, bevor es zu spät sei [1]).

Fünf der Unterzeichner hatten die Kühnheit, die Petition an die Thüre des Unterhauses zu bringen, am 8./19. Mai. Das Schriftstück ward sofort in Betracht genommen, zunächst jene fünf Personen hereingerufen und befragt. Sie erkannten ihre Unterschrift an.

Die Petition ward verlesen. Es folgte sofort der Antrag, das Schriftstück für ärgerlich, unverschämt, aufrührerisch zu erklären, als ein solches, welches bezwecke, das verfassungsmäßige Recht des Parlamentes zu zerstören, und die gesetzliche Regierung des Königreiches zu untergraben. Jene fünf Personen seien zu verhaften. Der Antrag ward angenommen, und zwar einhellig [2]).

Die Einstimmigkeit ergibt, daß über das formelle Unrecht der Petenten im Unterhause kein Zweifel obwaltete. Allein die Petition war vernommen. Wenn auch das Unterhaus den Eingriff in seine

---

[1]) Die Adresse in Commons Debates t. III, p. 140.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 20. Mai: Es hat Jedermann nicht wenig befremdet, daß das Unterhaus die Abgeordneten verarrestiren lassen. Indem es aber allerdings einhellig darin gewesen, als wird es dahin genommen, daß es dies nicht ohne Fug und Ursach gethan.

Autorität sofort nachdrücklich zurückgeschlagen, so ging doch das Urtheil Vieler gleich am ersten Tage dahin, daß die Petition Frucht tragen, daß auch ferner die Stimmung der englischen Nation auf die Mitglieder des Unterhauses nicht ohne nachdrückliche moralische Einwirkung bleiben werde. Und ähnlich wurde das Bedenken laut, ob die Verhaftung der fünf Petenten, wenn auch formell gerechtfertigt, gegenüber jener Stimmung als vorsichtig betrachtet werden dürfe [1]).

Nachdem der Sturm über die Petition im Unterhause sich gelegt, erschien der Staatssecretär Hedges mit einer königlichen Botschaft. Er überreichte mit einem Berichte Stanhopes zugleich die Schrift der Generalstaaten vom 2./13. Mai, mit einer warmen Empfehlung des Königs, die mit den Worten schloß: „Denn es ist ja ganz augenscheinlich, daß die Sicherheit von England, eben so wohl wie der eigentliche Bestand von Holland, zum erheblichen Theile abhangt von den Beschlüssen, die Ihr in dieser Angelegenheit fassen werdet" [2]).

Die Aufforderung war nachdrücklich. Das Unterhaus, indem es am nächsten Tage sich genauer mit der Sache beschäftigte, entsprach der von dem Könige ihm kund gegebenen Erwartung. Ja es ging über dieselbe hinaus. Der Anlaß war gekommen von Seiten der Republik, und die Botschaft des Königs betraf eben auch nur die Hülfe für dieselbe. Der Antrag dagegen, der im Unterhause gestellt wurde, lautete auf die Bundesgenossen. Das Wort blieb anfangs nicht ohne Widerspruch. Es würde auch den Kaiser mit umfassen, erwiederten die Gegner, und doch höre man nichts von dem Kaiser, wisse nicht, was er leiste oder zu leisten vorhabe. Hedges antwortete: er könne versichern, daß der Kaiser nicht still sitze, auch sein Möglichstes thue, um sich Freunde zu erwerben, daß aber Frankreich durch seine Intriguen und namentlich durch sein Geld an vielen Stellen entgegen arbeite. Bald jedoch, hoffe er, werde man vom Südosten her mehr vernehmen.

So am 9./20. Mai. Es war der Tag, an welchem der Prinz Eugen in Roveredo in Südtyrol eintraf, um seinen denkwürdigen Zug über die tridentinischen Alpen zu unternehmen. Hedges mochte bei

---

1) Hoffmanns Bericht vom 20. Mai.

2) Commons Debates t. III, p. 139.

jenen seinen Worten selber nicht ahnen, wie wahr er gesprochen. Aber er hatte den Erfolg, daß der Einwand verstummte. Der gestellte Antrag lautete: „Das Haus will Sr. Majestät wirksam beistehen in der Unterstützung der Bundesgenossen, um die Freiheit Europas zu behaupten, und will sofort Hülfe leisten für die Generalstaaten, gemäß dem März-Vertrage von 1678". Der Antrag ward angenommen ohne Widerspruch.

Das Gewicht dieses Erfolges legt sich uns dar in den eigenen Worten des Königs an Heinsius. „Es gereicht mir zur besonderen Freude, schreibt er, Ihnen den erstaunlichen Erfolg zu melden, den das Schreiben der Generalstaaten davon getragen hat. Ich hatte es mit einer dringenden Anmahnung gestern an das Unterhaus gesendet. Heute haben sie es in Erwägung gezogen, und die Frucht derselben ist die beikommende Adresse. Einen mehr befriedigenden Ausgang durfte man nicht hoffen, und die Mitglieder des Hauses der Commons fangen an sich so sehr zu erwärmen, daß in der heutigen Sitzung die Rede ging: man müsse sofort den Krieg beginnen. Sobald das Parlament die Zahl der Hülfstruppen beschlossen, werde ich sie sofort zusammenziehen. Zunächst werde ich mit Nachdruck auf den Beschluß selbst dringen: denn hier muß alles beim ersten Anlaufe ins Werk gesetzt werden. Frankreich wird, wie ich vermuthe, über die Ausdrücke der Adresse etwas staunen: die Aufforderung, die Freiheit Europas zu behaupten, ist sehr bezeichnend. Von daher habe ich fortan eine Basis für die Unterhandlung mit dem Kaiser; aber es wäre vorzuziehen, daß sie im Haag geführt würde".

„Nach dem Vorgefallenen scheint es mir, daß die Verhandlung mit Frankreich als abgebrochen angesehen werden müsse. Ich kann nicht glauben, daß die Republik, nach den mir gegebenen feierlichen Versicherungen, noch daran denken könne, gesondert weiter zu unterhandeln, obwohl allerdings Amsterdam sich dazu geneigt zeigt. Die Beweggründe dieser Stadt sind mir unfaßbar, und ich stimme durchaus Ihrer Ansicht bei, daß, welche Bürgschaften auch immer Frankreich der Republik zugestehen mag, sie völlig illusorisch sind, wenn sie erlangt werden in Folge einer Trennung unter den Bundesgenossen" [1]).

---

[1]) Grovestins t. VIII, p. 68.

Am nächsten Tage suchte die Mehrheit im Oberhause das Unterhaus zu überbieten. Es ward eine Adresse beantragt, die den König ersuchte, nicht bloß mit den Generalstaaten ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, sondern auch sich mit dem Kaiser auf Grund des Vertrages der großen Allianz von 1689 zu einigen. Zugleich jedoch wies die Adresse darauf hin, daß an der gegenwärtigen Gefahr für Europa die späte Einberufung des Parlamentes eine Mitschuld trage. Die Reden der Tory-Minister Rochester und Godolphin gegen die Adresse verhallten: die im Oberhause überwiegende Whig-Partei setzte sie durch [1]).

Unbetheiligte Beobachter, wenn auch der Sache geneigt, sahen dies Vorgehen nicht ohne Bedenken. Da nicht dem Oberhause, sondern lediglich dem Unterhause das Recht der Geldbewilligung zustand: so konnte eine Aufforderung zu Offensiv-Allianzen, deren Kosten das Königreich zu tragen hatte, als ein Uebergriff in die Befugnisse des Unterhauses erscheinen [2]).

Das letztere dagegen ging fort gemäß jenem Beschlusse. Es war die Frage, ob der Beistand, welchen England auf Grund des Vertrages von 1678 der Republik schuldete, 10,000 Mann, in Truppen oder in Geld zu leisten sei. Das Unterhaus beschloß die Sendung von Truppen. Aber von Irland her konnten nur 5000 Mann abgegeben werden: man mußte demnach sich zu neuen Werbungen entschließen. Dagegen erhob sich wieder die Besorgnis für die Freiheit. Habe der König eine stärkere Macht zur Verfügung: so werde er nicht zum zweiten Male so leicht wie früher zur Entwaffnung zu bringen sein, sondern werde mit diesen Truppen alle Prärogativen der Krone herzustellen trachten. Gegen diese Besorgnis schlug der Einwand durch, daß die jetzige nahe Gefahr dringender sei als jene entferntere, und daß man dagegen immer noch sich verwahren könne [3]).

Die Bereitwilligkeit, die sich in den Beschlüssen des Unterhauses kund gegeben, ward vielfach erwogen, und je nach dem verschiedenen Standpuncte ward diesem oder jenem Motive ein stärkeres Gewicht

---

1) Hoffmanns Bericht vom 24. Mai. Die Adresse findet sich nicht in Lords Debates t. II, p. 27.

2) Desgleichen.

3) Desgleichen.

beigelegt. Im Haag war man geneigt zu glauben, daß der Nothruf der Generalstaaten den Beschluß erwirkt. Stanhope dagegen versicherte, daß der moralische Eindruck der Kenter Petition durchschlagend gewesen sei [1]). Man wußte, daß eine lange Reihe ähnlicher Petitionen vorbereitet wurden, und demgemäß durfte man annehmen, daß die Stimmung des englischen Volkes für den Krieg war. Es trat jedoch noch ein besonderes Moment hinzu: eine Spaltung in der Tory-Partei. Für dieselbe hatte besonders mitgewirkt die schleunige Anerkennung des Herzogs von Anjou, welche die Häupter der Tory-Partei im Cabinet des Königs angerathen. Die Partei als solche war dadurch überrascht worden wie alle Engländer; viele Mitglieder aber waren mit der Sache nicht einverstanden. Bei ihnen wuchs ein Mistrauen gegen Rochester und Godolphin empor [2]). Um so eher also waren sie geneigt sich dem Gegentheile zuzuwenden.

Bei dieser Lage der Dinge kann man sich der Vermuthung nicht erwehren, daß Wilhelm III., bei seinem Ueberblicke des Ganzen, diese Consequenz im voraus berechnet und darum den Rath seiner Tory-Minister für die Anerkennung so bereitwillig befolgt hatte.

Eben so merkwürdig ist sein Verhalten auf die Adresse des Oberhauses, welche derjenigen des Unterhauses voraneilte. Die Adresse nannte ausdrücklich den Kaiser. Der König erwiederte, daß er das Bündnis mit den Generalstaaten betreiben, daß er die vom Oberhause vorgeschlagene Verbindung mit anderen Mächten in Erwägung ziehen wolle [3]).

Für dieses Verhalten lag zunächst die Erklärung nahe, daß der König die Sache nicht gleich zu weit treiben, nicht durch ein Eingehen auf den Wunsch des Oberhauses dem Unterhause einen Anlaß zum Stillestehen oder gar zum Widerspruche bieten wolle. Allein viele begnügten sich nicht mit dieser Auslegung. Je länger, je klarer, hieß es, liege zu Tage, daß der König sich durch sein neues Ministerium von jeglichem anderen Bündnisse als demjenigen mit der Republik abhalten lasse. Demnach beabsichtige der König lediglich eine Sicherstellung für die Republik, zu Gunsten des Kaisers dagegen nur das Angebot

---

1) Bericht des Grafen Goes vom 27. Mai.

2) Hoffmann im Berichte vom 24. Mai: Sie ressentiren es und wollen sich nicht als instrumenta gebrauchen lassen.

3) Desgleichen vom 27. Mai.

seiner Vermittelung. Denn in beiden Häusern habe sich die Stimmung so gewandelt, daß, außer den eigentlichen Anhängern des neuen Ministeriums, Jedermann den Krieg für nothwendig erachte. Da nun der König diese Stimmung nicht benutze: so bleibe kaum etwas Anderes übrig als zu urtheilen, daß es ihm an dem Willen dazu fehle [1]).

So der Schein. Die Berichte des Grafen Wratislaw lassen ersehen, daß auch er an dem Gelingen seiner Mission zweifelhaft ward. Er hatte dem Grafen Albemarle in Aussicht gestellt, dem Könige eine Denkschrift einzureichen. Es geschah. Die Denkschrift schilderte in kurzen Zügen den Zustand Europas, das Unrecht des Königs von Frankreich, das Recht des Kaisers auf das spanische Erbe, und verlangte zum Schlusse auf Grund der Allianz von 1689 die Hülfe Englands [2]). Der König nahm die Schrift entgegen. Er vermuthete die Absicht Wratislaws, daß sie dem Parlamente vorgelegt werden sollte. Eine solche Absicht fügte sich in seinen Plan der Führung desselben nicht ein. „Versichern Sie dem Kaiser, erwiederte er, daß meine Neigung für seine Sache nicht besser sein könnte, als sie ist, ferner, daß ich weder mit Frankreich noch mit Spanien irgend welches Abkommen getroffen, daß ich so frei bin wie die Generalstaaten und die Generalstaaten eben so frei wie ich, und beiderseitig Willens dem Kaiser zu helfen, wenn nur auch er meinen Rath befolgt und den Anfang macht. Dagegen kann ich Ihre Denkschrift nicht an das Parlament bringen; denn die Neigung, welche Sie dort vermuthen, würden Sie nicht finden. Wenn Sie nur meiner Führung vertrauen wollen, so werden Sie ersehen, daß alle Dinge zu Ihrer Befriedigung auslaufen werden." Wratislaw hielt dem Könige die vertraulichen Zusicherungen einiger Mitglieder des Unterhauses entgegen, welche nur auf die günstige Gelegenheit warteten, sich offen für den Kaiser auszusprechen. Der König erwiederte: „Ich ersuche Sie dennoch mir mehr zu glauben, als diesen Persönlichkeiten. Ich versichere Ihnen, daß ich den rechten Moment nicht versäumen werde. Aber ich muß in aller Beziehung mit den Generalstaaten zusammen gehen" [3]).

---

1) Hoffmanns Bericht vom 27. Mai.
2) Die Denkschrift bei Lamberty t. I, p. 478.
3) Bericht des Grafen Wratislaw vom 20./31. Mai.

Der König verlangte demnach von Seiten des Kaisers ein unbedingtes Vertrauen in ihn. Dies Vertrauen wurde dem Grafen Wratislaw schwer. Denn allerdings mochte Wilhelm III. sich nicht klar sein über die eine Frage, wie er nach außen hin erschien. Einige Worte, die er nach jener Audienz Wratislaws für Heinsius niederschrieb, sind in dieser Beziehung von besonderem Interesse. „Ich sehe, sagt er, daß wir uns völlig auf den Krieg gefaßt machen müssen. Obwohl in den Augen der gesammten Welt ich als derjenige gelte, welcher ihn wünscht: so gibt es doch vielleicht Keinen, den der Gedanke an Krieg schmerzlicher berührt. Allein ohne Sicherheit der Existenz zu sein, nur von Frankreichs Barmherzigkeit leben zu sollen: das ist das schlimmste aller Uebel" [1]).

Diese letzten Worte enthalten unverkennbar den Kern aller politischen Gedanken Wilhelms III.

Die vorhergehenden Worte jedoch, daß er in den Augen der ganzen Welt gelte als derjenige, welcher den Krieg wünsche, sind mehr aus dem Bewußtsein seines Wollens entsprossen, als der Sachlage gemäß. Um uns darüber völlig klar zu werden, haben wir uns seinen Plan gegenwärtig zu halten, nämlich das Parlament so zu führen, daß nicht er den Krieg zu wollen schien, sondern daß der gewichtigere Factor des Parlamentes, das Unterhaus, aus eigener Ueberzeugung ihm die Aufforderung zum Kriege entgegen tragen sollte. Indem aber Wilhelm III. sich bewußt war den Krieg zu wollen, und doch zugleich sich bemühete als nicht kriegeseifrig zu erscheinen, ward er sich nicht klar darüber, daß ihm das letztere Streben gelang über sein Erwarten, ja bis zum Mistrauen derer, von denen er Vertrauen verlangte, nämlich der Kaiserlichen.

Ja vielleicht lebte, wie damals die Dinge standen, im Mai 1701, nur eine einzige Persönlichkeit, die den König völlig verstand. Es war der Rathspensionär Heinsius. Eben dieser aber setzte nach Wien hin sein ganzes Ansehen nachdrücklich ein für den König. Denn auch der Graf Goes im Haag ward berührt von demselben Verdachte eines heimlichen Einverständnisses mit Frankreich, den wir bei Hoffmann und Wratislaw erkannt haben. Er meldet daher dem Kaiser: „Heinsius versichert mir auf das nachdrücklichste, daß die Gerüchte über ein solches

[1]) Grovestins t. VIII, p. 70. Vom 31. Mai.

Einverständnis falsch und erdichtet sind. Der König habe die beste Gesinnung, und richte alles sein Denken dahin, wie er die Engländer in der rechten Weise führe. Er bedauere den König, der bei dieser Disposition und bei seinen rastlosen Bemühungen dennoch in Verdacht gerathe, sogar auch bei denen, die der Hülfe Englands bedürften und keinen anderen Weg zur Erlangung derselben hätten als durch ihn. Er wünsche, daß Alle sich an den König halten, sich auf ihn verlassen wollten; denn, wenn jemals etwas Gutes von England her zu erwarten, so werde es ihm gelingen es durchzusetzen". Zum Beweise dessen theilte Heinsius dem Gesandten vertraulich mit, daß die Denkschrift der Generalstaaten vom 13. Mai, die im Parlamente einschlagend gewirkt, abgefaßt sei auf den Wunsch und das Anrathen des Königs. Heinsius gebrauchte wiederholt den Ausdruck: der König von England arbeite für den Kaiser, als wäre er sein Minister [1]).

Am kaiserlichen Hofe ward entgegen gehalten, daß sowohl der König wie Heinsius unabläßig auf den Beginn des Krieges in Italien oder am Rheine drängten, dagegen vor dem Abschlusse einer Allianz zurückwichen. Und eben diese doch müsse der Kaiser zu seiner Sicherheit zuvor verlangen. Heinsius erwiederte: die Initiative dazu müsse aus England kommen.

Dies Wort des Steuermannes der Republik enthält in sich den Kern der Sachlage. Dennoch ist es wichtig diese insgesammt zu überblicken, wie sie damals dem Auge von Heinsius sich darstellte und von ihm dem Könige von England entwickelt wurde [2]).

„Es beunruhigt mich die Wahrnehmung, meldet er, daß man weder in England noch in der Republik sich in dem Stande befindet, feste Entschlüsse zu fassen. Denn es ist eben so gewis, daß die gesammte Welt das Auge auf England und die Generalstaaten gerichtet hält, und daß man allseitig sich darein ergeben wird, dem Laufe der Dinge wie gleichgültig zuzuschauen, so lange man nicht weiß, woran man sich in Betreff Englands und der Republik zu halten hat."

„Unterdessen ist Frankreich nach allen Seiten thätig, und, je stärker die innere Wahrscheinlichkeit wird, daß in Betreff der spanischen

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 30. Mai.

[2]) Schreiben vom 29. Mai, bei Grovestins t. VIII, p. 77 et suiv.

Sache ein gütliches Abkommen getroffen werden könne, desto weiter gewinnt sie auch äußerlich Boden. Denn so lange dieser Zustand der Ungewisheit sich hinzieht, wird Niemand wagen sich für uns zu erklären. Jeder Einzelne, im Anblicke der Schwäche seines Nachbars, ahmt nicht bloß das Beispiel nach, sondern sucht es zu übertreffen."

„Meine Unterredungen mit den kaiserlichen Gesandten Goes und Schlick haben mir klar gelegt, daß auch der Kaiser, so lange er nicht sicher weiß, was er von uns zu halten oder zu hoffen hat, nur behutsam vorgehen wird. Wenn dann Frankreich mit dem Eintritte des Sommers zum Bruche schreitet, so wird der Kaiser keinen Mann am Oberrheine haben und demnach die ganze Macht Frankreichs sich auf die Republik stürzen. Wenn wir dagegen mit dem Kaiser bereits abgeschlossen hätten: so würde er seine Streitkräfte in Bewegung setzen und dadurch eine Diversion zu unseren Gunsten bewirken. Dazu kommt, daß die Reichsfürsten, bei der Wahrnehmung unseres Schwankens, sich der Neutralität zuneigen, und dann wird Frankreich sie nach und nach zu sich hinüberziehen. Auch Dänemark, wenn es wüßte an wen sich zu halten, würde einen Entschluß fassen. Portugal ist in derselben Lage. Daher wird Einer nach dem Anderen für unsere Gegner zu gewinnen sein, wie ja Frankreich mit dem Könige von Polen und dem Herzoge von Wolfenbüttel bereits abgeschlossen hat."

„Gegen diese Nachtheile gibt es so lange kein Heilmittel, als nicht England und die Republik mit Nachdruck die Hand ans Werk legen. Geschieht dieses, so würde man sich verständigen, und die Frage würde sich lösen entweder durch eine vernünftige Uebereinkunft, oder durch einen allgemeinen Krieg. Allein, bei der Fortdauer des jetzigen Zustandes darf man nicht rechnen auf ein günstiges Abkommen, sondern muß sich gefaßt machen auf einen unglücklichen Krieg."

„Die von unserer Seite dem Könige von Frankreich gemachten Vorschläge sind gut, unter der Bedingung, daß wir das Princip, auf welches sie sich stützen, nicht verlassen. So sehr auch andere Franzosen sich darüber ereifern, der Graf d'Avaux schlägt einen maßvolleren Ton an, in der Hoffnung zu einem Abkommen zu gelangen. Nach meiner festen Ansicht werden sie nachgeben, ja sie würden sogar der Republik noch mehr bewilligen als sie verlangt hat, in der Hoffnung uns dadurch von dem Kaiser zu trennen."

„Bei diesem Stande der Dinge möchte ich vorschlagen, den Entwurf eines Antheiles an der spanischen Monarchie für den Kaiser aufzusetzen, und unsere Allianz mit ihm auf diesen Entwurf zu gründen, zum Zwecke der Vorlage an Frankreich. In diesem Falle hätten wir eine Position, von welcher aus wir Allianzen schließen, Bundesgenossen um uns sammeln könnten, und im Falle des Bruches, stünden wir auf einer sicheren Basis."

„Aus den Unterredungen mit dem Grafen Goes in dieser Beziehung habe ich erkannt, daß die Absicht des Kaisers dahin geht, Neapel, Sicilien, Mailand und die spanischen Niederlande zu erhalten. Aber es erscheint mir nicht möglich, so viele Länder zu erlangen ohne Krieg. Die Herren aus Amsterdam haben mir gesagt, daß man, nach ihrer Ansicht, trachten müsse Mailand für den Kaiser zu erlangen. Aber für den Kaiser ist Mailand allein keine Satisfaction, und für uns, für unsere zukünftige Sicherheit trägt es in keiner Weise etwas aus, während, wenn der Entwurf Mailand und die spanischen Niederlande umfaßte, der Kaiser kein Recht hätte sich zu beklagen, und wir unsererseits die erforderliche Sicherheit haben würden. Auf einen Entwurf dieser Art könnte man eine Allianz erbauen und daran sich festklammern, auf die Gefahr eines Bruches mit Frankreich, mit dem Vorbehalte, im Falle einer günstigen Wendung des Krieges die Forderung zu steigern, ohne jedoch dazu sich zu verpflichten."

„Auf diese Weise hätten der Kaiser und das Reich, England und die Republik für den Fall des Krieges ein gemeinsames Interesse. Amsterdam sagt freilich, daß die spanischen Niederlande nicht in andere Hände übergehen dürfen, durchaus der Krone Spanien verbleiben müssen. Die Absicht dabei ist, diese Krone später für die Interessen der Republik wieder zu gewinnen. Allein dieser Grund hat für die jetzige Sachlage keinen Werth. Wenn die Aussicht durchführbar ist, so wäre sie es doch nur in einer sehr entlegenen Zeit, und bis dahin könnte der Untergang der Republik längst besiegelt sein."

So die Idee des Rathspensionärs. Aber er selber hatte gesagt, daß die Entscheidung, die Initiative zu einer Allianz, aus England kommen müsse. Bevor noch seine Darlegung in die Hände des Königs gelangte, schrieb Wilhelm III. an ihn die vorher berührten Worte: „Ich sehe, daß wir uns völlig auf den Krieg gefaßt machen müssen.

Zunächst ist es von besonderer Wichtigkeit ein thatsächliches Verhältnis klar zu stellen. Jene Denkschrift der Generalstaaten vom 2./13. Mai war abgefaßt unter dem Eindrucke der unmittelbaren Gefahr eines Angriffes. Derselben Ansicht gab sich der König Wilhelm hin. „Man muß sich in der Republik, schreibt er am 23. Mai/3. Juni, durchaus für den Krieg bereit halten; denn ich besorge einen baldigen Angriff. Reden Sie nachdrücklichst mit dem Grafen Goes, damit er bei dem Kaiser das Zusammenziehen einer starken Armee am Oberrheine erwirke; denn sonst werden alle französischen Streitkräfte sich auf die Republik stürzen" [1]).

Wir sehen demnach, daß der König Wilhelm III. eben so wie die Republik einen französischen Offensivstoß befürchtet.

Auch schon vor dieser Mahnung des Königs prägen die Reden des Rathspensionärs zu dem Gesandten Goes diese Besorgnis sehr nachdrücklich aus. So wenig der kaiserliche Hof damit zufrieden war, daß der Abschluß der Allianz sich hinauszog: so ward in Wien doch anerkannt, daß das Verhalten der Republik, ihre Kriegsrüstung einer Diversion gleich kam, und daß man darum sie ermuthigen müsse. Der Kaiser beließ daher der Republik einstweilen die 8000 Mann preußischer Truppen, welche er für die Vertheidigung des Oberrheines bestimmt. Er stellte nur die Bedingung, daß die Republik nicht eingehe auf die preußischen Vorschläge, die Truppen in ihren Sold zu nehmen, damit nicht der neue König, wie im vorigen Kriege geschehen, dieselben Truppen zweimal in Rechnung bringe, dem Kaiser und der Republik. Die kaiserliche Mannschaft im Reiche bestand aus sieben Regimentern Infanterie und vier Regimentern Cavallerie, in allem aus 20,800 Mann. Am 18. Juni bestätigte der Kaiser den Markgrafen Ludwig von Baden in der ihm früher verliehenen Oberanführung seiner Streitkräfte [2]).

Es verdient Erwähnung, daß Ludwig XIV. damals an diesem Markgrafen seine besondere Art der Kriegslist versuchte oder versuchen wollte. Der Graf Wratislaw erhielt von Paris aus eine Mittheilung, daß der dortige Gesandte des Herzogs Anton Ulrich, ein Herr von

---

[1]) Grovestins t. VIII, p. 71.

[2]) Conferenz-Protokoll vom 10. und 13. Juni. — Röder: Markgraf Ludwig von Baden. Bd. I, Urkunden S. 4 u. f.

Imhoff, einen Versuch solcher Art angeregt. Die Summe sollte von einer Vereinbarung abhangen. Das Schreiben ward im kaiserlichen Rathe verlesen. Man einigte sich ohne weitere Verhandlung dahin, es dem Markgrafen zuzustellen. Der Maßstab, den Ludwig XIV. an Max Emanuel von Bayern, Joseph Clemens von Köln, August von Sachsen-Polen und andere Reichsfürsten dieser Art zu legen gewohnt war, reichte nicht an Ludwig von Baden. Es scheint nicht, daß er die Sache eines Wortes gewürdigt habe [1]).

Der Markgraf übernahm den Oberbefehl, obwohl die Armee, die er führen sollte, bis dahin nach seiner Behauptung nur erst eine Chimäre war. Er erging sich in einem vertraulichen Schreiben an den Prinzen Eugen in scharfen Ausdrücken über die Hast, mit welcher man, ohne Englands noch der Republik sicher zu sein, sich in einen weit aussehenden Krieg stürze [2]). Die Worte des Markgrafen Ludwig thun dar, und zwar stärker als irgend eine der Versicherungen der kaiserlichen Gesandten im Haag oder in London es vermöchte, daß der Beginn des Krieges von kaiserlicher Seite ein großes Wagnis war. Aber Ludwig von Baden geht noch weiter in seinen Folgerungen. „Diese Thorheiten, sagt er, haben nur dazu gedient uns vor der Zeit eine mächtige Armee auf den Hals zu ziehen." Die Ansicht war in so weit unrichtig, daß die überlegene französische Armee am Oberrheine nicht zum Angriffe vorging.

Dies führt uns zurück auf die eigentliche Hauptsache. Wir haben sowohl von Wilhelm III. wie von den Staatsmännern der Republik im Mai 1701 vernommen, daß sie unverweilt einen französischen Offensivstoß befürchteten.

Allein die directen Aeußerungen von französischer Seite thun dar, daß man durchaus diese Absicht nicht hatte. Torcy schreibt im Anfange Juni an Louville in Madrid: „Die Nachrichten von uns her lauten traurig. Die Deutschen haben im Mailändischen die Feindseligkeiten begonnen. Wir haben indessen noch Hoffnung nach der Seite Englands hin im Frieden zu bleiben. Die Gesundheit des Königs Wilhelm ist

---

[1]) Die Conferenz-Protokolle enthalten nur den Beschluß der Mittheilung. Eine Antwort Ludwigs von Baden findet sich weder in den Wiener Acten, noch auch bei Röder.

[2]) Röder Bd. I, Urkunden S. 17. Vom 26. Juni 1701.

schlecht, und der Spalt zwischen ihm und seinem Parlamente dauert an. Man hat ihm von seinem Einkommen 100,000 Pfund Sterling gestrichen, in Anlaß des Todes des Herzogs von Glocester, weil jene Summe für dessen Ausgaben bestimmt gewesen sei. Freilich geben Sie ja auf solche Hoffnungen nicht viel, und hätten lieber, daß man sofort England und Holland angriffe. Aber Sie müßten uns dann auch die Mittel gewähren, unsere Feinde an einem einzigen Tage zu vernichten; denn Sie werden nicht umhin können anzuerkennen, daß das wahre Mittel den König Wilhelm mit dem Parlamente und den Kaiser mit dem Reiche zu einigen, bestehen würde in einem Angriffe gerade jetzt von unserer Seite" [1]).

Diesen Aeußerungen des Staats-Secretärs Torcy entspricht die Correspondenz des Marschalls Boufflers, dem Ludwig XIV. das Commando in Belgien übergeben. Sie thut dar, daß man auf französischer Seite diese Absicht nicht bloß nicht hegte, sondern eher besorgt war vor einem Vorstoße von Seiten der Republik. Wir haben aus ihrer Denkschrift vom 13. Mai ihre Klagen vernommen über die Anlage von Schanzen, das Aufwerfen von Walllinien bei Antwerpen u. s. w. Nach den Berichten, die Boufflers darüber an Ludwig XIV. entsendet, waren dies französische Defensivmaßregeln [2]). Boufflers beklagt im voraus den Schaden, wenn die prächtige Stadt Antwerpen durch die Bomben der Holländer zerstört würde. „Allein, fügt er hinzu, wenn der Feind es ernstlich will, so wird es schwer sein ihn zu hindern, es sei denn, daß man auf das schleunigste alle erforderlichen Maßregeln der Vorsicht treffe." So am 4. Mai. Boufflers glaubte damals nach verschiedenen Nachrichten, auch denen des Staats-Secretärs Torcy, daß die Holländer den Krieg ankündigen wollen. Er erinnert den König daran, daß im Interesse des Dienstes eine schnelle Mittheilung an ihn zu wünschen sei. — Ja auch jener Nothruf der Holländer an den König von England, vom 13. Mai, beließ nach der Ansicht der Franzosen keinen Zweifel, daß die Holländer umgingen mit der Absicht des baldigen Bruches [3])

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 168.

[2]) Pelet: mémoires militaires t. I, p. 70 et suiv. Vom 4. Mai.

[3]) Pelet t. I, p. 85.

Das wirkliche Verhältnis also ist, daß man beiderseitig einander gerüstet gegenüber steht, daß man beiderseitig einen Angriff fürchtet, und daß dennoch Keiner dazu schreiten will. Ludwig XIV. nicht, weil er, wenn jemals in seinem Leben, im Jahre 1701 die Forterhaltung des Friedens wollte, nur freilich mit dem gesammten damaligen Besitze des Hauses Bourbon; die Holländer nicht, weil jede Voreiligkeit ihrerseits den Krieg anzufangen, sie in die Gefahr brachte, ihren Bundesgenossen England, der bis dahin ihnen nur zur Defensive mit 10,000 Mann verpflichtet war, nicht zur Seite zu haben.

Die Initiative zum Offensiv-Bündnisse wider Frankreich aber mußte für die Republik von England her kommen. Ludwig XIV. dagegen stellte sich nach wie vor die Aufgabe, zwischen die Seemächte an sich oder doch zwischen die Seemächte und den Kaiser einen Keil der Trennung einzuschieben. Das war der eigentliche Zweck, für welchen er seinen Botschafter Avaux nach dem Haag entsendet. Der Stand dieser Aufgabe also erfordert unsere Aufmerksamkeit.

Der König Wilhelm III. erließ am 16./27. Mai an die Generalstaaten die officielle Antwort auf ihre Denkschrift vom 2./13. Mai. Der Inhalt bestätigt und erwiedert die Versicherung der Generalstaaten. Wie sie nicht handeln wollen als in Gemeinschaft mit England, so der König nicht anders als in Gemeinschaft mit ihnen. Er kündigt zugleich seine Hülfstruppen an gemäß den Beschlüssen des Parlamentes [1]).

Die Nachrichten aus Paris meldeten, daß in Folge dessen der König von Frankreich sich mit starkem Nachdrucke geäußert: von ihm her habe Niemand einen Angriff zu besorgen. Man meinte, die Worte seien gesprochen, damit sie an das englische Parlament gelangten [2]).

Um weiteren Beschlüssen des Parlamentes zuvorzukommen, suchte der König von Frankreich die Unterhandlung durch den Grafen d'Avaux wieder in Gang zu bringen. Auf den Wunsch und Rath des Königs Wilhelm III. die Unterhandlungen zum Abbruche zu bringen, hatte die Republik nicht eingehen können, weil sie schon vorher, am 1./12. Mai, den Beschluß gefaßt die Unterhandlung fortzusetzen, jedoch mit der Forderung an Frankreich, daß der englische Botschafter im Haag, Stanhope,

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. I, p. 477.
[2]) A. a. O. p. 479.

sowohl für die Interessen der Republik als Englands herzugezogen würde [1]). Auf diese holländische Forderung erfolgte für längere Zeit von Versailles her keine Antwort. Doch verblieb der Botschafter Avaux im Haag.

Am 6. Juni erschien er bei Heinsius, und warf die Frage hin, ob es dabei bleibe, daß die Deputirten der Republik, ohne Anwesenheit des Engländers Stanhope, sich auf keine Conferenz mehr einlassen würden. Der Rathspensionär drängte den Botschafter zunächst dahin, daß er anerkannte im Auftrage zu reden. Dann verlangte Heinsius die Anfrage schriftlich. Als jener sich sträubte, ergriff Heinsius die Feder, und schrieb wie unter dem Dictate des Botschafters die Anfrage nieder, ob die Generalstaaten Willens seien die Conferenzen fortzusetzen, falls der englische Botschafter ohne die Freiheit eigener Anträge zugelassen würde, oder ob sie, wenn nur unter dieser Bedingung der Zutritt geschehen solle, den Abbruch vorziehen würden. Der Rathspensionär erwiederte dann: obwohl er keine formelle Antwort geben könne: so liege doch von England und der Republik die beiderseitige Erklärung vor, sich in der Unterhandlung nicht von einander trennen zu wollen. Der Botschafter erwiederte: es gebe doch ein Auskunftsmittel, und zwar ein solches, durch welches der König von Frankreich beweise, daß er nicht beabsichtige, England und die Republik zu trennen. Eben so wie im Haag der englische Gesandte an den Conferenzen zwischen Frankreich und der Republik Theil nehme: so könne in Paris der holländische Gesandte an den Conferenzen zwischen Frankreich und England Theil nehmen [2]).

Die Generalstaaten beschlossen zunächst dem Könige von England die Sache mitzutheilen, dann ihrerseits dem Botschafter Avaux zu antworten, daß bei der verwickelten Form der Verfassung der Republik die Absendung eines Bevollmächtigten nach Paris allzu großen Zeitverlust nach sich ziehen würde, und daß sie darum, in der Erwartung einer Antwort von England, dem Botschafter anheim stellten, lieber die Conferenzen fortzusetzen.

---

[1]) Die Resolution der Generalstaaten bei Lamberty t. XI, p. 282.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 7. Juni. — Das Protokoll der Generalstaaten bei Lamberty t. I, p. 479. Man vgl. t. XI, p. 286.

Wilhelm III. erhielt die Kunde dieser Vorschläge des Botschafters Avaux, noch eher als sie vom Haag aus ihm zukam, direct von Paris. Er faßt dieselben sofort scharf ins Auge. „Der hauptsächliche Grund derselben, sagt er, ist, uns von dem Kaiser zu trennen, und diesen von der Unterhandlung auszuschließen. Vielleicht auch, daß man die Absicht hat, in der Erwartung meiner baldigen Ueberkunft nach dem Haag, die Angelegenheit meiner Leitung zu entnehmen. In keinem Falle dürfen wir uns auf den französischen Vorschlag einlassen." Der König wiederholte dies mehrmals in den nächsten Tagen. Er erklärte, daß er jenem Beschlusse der Generalstaaten völlig beitrete [1]).

Gleich die ersten Berichte des Botschafters Avaux mochten dem Könige Ludwig XIV. gezeigt haben, daß sein Vorschlag auf einen harten Widerstand getroffen. Wenn Ludwig XIV. keine Aussicht sah einen solchen Widerstand zu brechen, so pflegte er nachzugeben, nur freilich so, daß der etwaige Schatten der Sache auf einen Anderen fiel. Sein Botschafter Avaux trat am 15. Juni abermals zu Heinsius und eröffnete mündlich, daß der König von Frankreich einwillige, die Conferenzen gemäß dem Wunsche der Generalstaaten fortzusetzen. Avaux fügte hinzu, daß er selber wegen seiner Nicht-Willfährigkeit bei dem Könige einen Verweis davon getragen. Der König, sagte er, wolle durch diesen Schritt einen Beweis seiner aufrichtigen Gesinnung für die Fortdauer des Friedens geben [2]).

Nach dem Vorschlage von Heinsius, welcher die Zustimmung Wilhelms III. gefunden [3]), sollten die Staatsmänner der Republik dem Könige von Frankreich alle erdenkliche Deferenz entgegen tragen. Demgemäß ward das Verhalten eingerichtet. Von Seiten der Republik erhielt der Botschafter Avaux Dank für die guten Dienste, die er in dieser Angelegenheit erwiesen. Da auch der Engländer Stanhope sich bereit erklärte, so trat die Conferenz am 21. Juni wieder zusammen. Man versicherte einander gegenseitig die eigene Neigung zum Frieden; dennoch kam man über allgemeine Reden und Vorschläge lange nicht hinaus. Die Vertreter der Seemächte nahmen wie bei ihren Denk-

[1]) Grovestins t. VIII, p. 73 et suiv.
[2]) Lamberty t. I, p. 481.
[3]) Grovestins t. VIII, p. 73.

schriften vom März ihren Ausgangspunct von dem Theilungsvertrage. Da dieser Vertrag sowohl dem Kaiser wie dem Könige von Frankreich habe genügen sollen, nun aber nicht mehr bestehe: so müsse in derselben Absicht verhandelt werden. Es frage sich um die Art und Weise.

Und dann machte man einen wichtigen Schritt vorwärts. Ueber die Satisfaction für den Kaiser, bemerkte Stanhope, werde der kaiserliche Gesandte, der Graf Goes, die sicherste Auskunft geben: demnach müsse er an den Conferenzen Theil nehmen. Der Graf d'Avaux fuhr auf und erwiederte: der Kaiser habe nichts zu beanspruchen. Damit trennte sich die Conferenz [1]). Es war die letzte. Wenn Avaux erwog, daß Stanhope nicht ohne Auftrag so geredet haben konnte: so durfte er sich auch zugleich sagen, daß das Schreckbild der Coalition wider seinen König bereits in bestimmteren Umrissen sich abzeichnete.

Denn vom Beginne des Monates Juni an entwickelten sich die Dinge in England ungleich rascher als zuvor. Die dem Kaiser günstige Strömung in den Gemüthern war im Wachsen. Eben so wie für Ludwig XIV. die Besorgnis aufstieg, daß das Meisterstück seiner Politik der letzten Jahre, seit 1697, die Zerreißung der großen Allianz von 1689, dennoch verlorene Mühe sein werde: so stärkte sich für Wilhelm III. die Hoffnung, daß ihm sein Meisterstück, die Verkittung einer neuen großen Allianz, gelingen werde.

Am 27. Mai/7. Juni gibt er den Plan an, wie er das Unterhaus zu dem letzten, entscheidenden Schritte führen wolle. „Die Zeit ist gekommen, schreibt er an Heinsius, wo es für uns dringend wird, uns mit dem Kaiser enger zu verbünden und als Grundsatz aufzustellen, daß sein Interesse untrennbar von dem unseren. Ich muß deshalb so schnell wie möglich in Kenntnis gesetzt werden, wie weit in dieser Beziehung die Generalstaaten gehen wollen. Meine Absicht ist, die betreffende Denkschrift dem Parlamente vor dem Scheiden vorzulegen, und von dieser Versammlung eine Zustimmung zu erhalten, die auch mich selber in den Stand setzt, mich enger mit dem Kaiser zu verbinden" [2]).

Die Denkschrift wurde sogleich ausgefertigt, und durch den holländischen Gesandten in London, Geldermalsen, dem Könige überreicht. Es war dann bereits die Frage, ob er ihrer noch bedürfen würde.

---

[1]) Lamberty t. I, p. 482.

[2]) Grovestins t. VII, p. 74.

Denn in die an sich schon günstige Stimmung der Engländer traf nun noch die Kunde, daß der Sieger von Zenta in Roveredo in Südtyrol eingetroffen, daß er mit seiner Armee das unerhörte Wagnis unternommen, die Alpen von Trient zu überklettern. Wir haben also zunächst nach dem Südosten unsere Blicke zu lenken.

Wir erinnern uns, daß von der ersten Audienz des Grafen Wratislaw der König Wilhelm verlangte: der Kaiser möge beginnen und dabei sich auf ihn verlassen, daß er mit den beiden Seemächten folgen werde.

Es war dagegen das Bestreben Ludwigs XIV., dem Kaiser den Beginn unmöglich zu machen. Wir haben gesehen, wie die vielfachen Versuche, dem Kaiser einen Brand im eigenen Hause anzuzünden, in verschiedener Weise fehlschlugen. Nur mit einer der Persönlichkeiten, denen Ludwig XIV. zu diesem Zwecke sein Gold in die Augen leuchten ließ, war er handelseinig geworden, dem Kurfürsten Max Emanuel von Bayern. Aber, so dienstwillig auch immer dieser sein mochte, er war zu einem Angriffe auf den Kaiser nicht zu verwenden, so lange nicht die Streitkräfte des letzteren in einer anderen Richtung engagirt waren, und so lange nicht Frankreich dem Kurfürsten direct einen Rückhalt bieten durfte.

Der König Wilhelm III. hatte in seiner Anforderung, daß der Kaiser beginnen müsse, die Wahl frei gestellt, ob am Oberrheine, ob in Italien. Er hatte dem Grafen Wratislaw wiederholt zu verstehen gegeben, daß er die Möglichkeit nicht absehe, wo oder wie der Kaiser den Krieg in Italien beginnen könne. Es lag freilich in der Natur der Dinge, daß Wilhelm III. bei sich diesen Beginn am Oberrhein wünschte, weil eine Diversion dort der Republik Holland directer zu statten kam als eine entfernte in Italien. Von Wien aus dagegen schaute man nur nach Italien, und zwar aus guten Gründen.

Der Kaiser war im Frühlinge 1701 mit Ludwig XIV. nicht im Kriegszustande. Der König hielt nach allen Seiten an dem Plane fest, wo möglich, es nicht zum Kriege kommen zu lassen, und namentlich nicht selber durch einen Act offener Feindseligkeit einen Anhaltspunct zu geben, an welchem sich die Fäden einer allgemeinen Allia

wider ihn zu einem Gewebe verschlingen könnten. Er schärfte seinem Gesandten Villars in Wien ausdrücklich ein, nicht von dort zu weichen ohne Befehl. „Das Interesse meines Dienstes fordert, fügt er hinzu, daß der Kaiser eher seinen Gesandten von hier abberuft als ich Sie von dort" [1]).

Aber auch der Kaiser hatte bis tief in das Jahr 1701 hinein nicht die Absicht, seinen Gesandten Sinzendorf von Paris zurückzuziehen. Er konnte nicht, bei der Unzuverlässigkeit vieler Reichsfürsten, allein und noch ohne Bundesgenossen, einen Krieg direct mit dem übermächtigen Könige von Frankreich beginnen wollen. Ja der Kaiser hatte an den König von Frankreich nicht einmal einen directen Anspruch. Denn, formell betrachtet, war nicht Ludwig XIV. Herr derjenigen Länder, welche den spanischen Habsburgern gehört hatten, sondern der Herzog von Anjou als König Philipp V. Indem also der Kaiser sich gegen das nächst gelegene dieser Länder wendete, das Herzogthum Mailand, als zugleich dasjenige, auf welches sein Rechtsanspruch am wenigsten in Zweifel gezogen werden konnte — indem er also den Heimfall des Reichs-Mannlehens Mailand forderte, hatte er direct nur mit dem Inhaber, dem Herzoge von Anjou, und der Macht desselben dort zu thun. Allerdings bestand diese Macht hauptsächlich oder fast nur in französischen Truppen. Aber im Sinne des Völkerrechtes waren dies Hülfstruppen Philipps V. von Spanien, und ein Angriff auf dieselben bedeutete noch nicht den offenbaren Krieg wider den König von Frankreich.

Dem Angriffe jedoch auf die Franzosen in Italien, also dem Beginne des Krieges selbst, welchen Wilhelm III. von dem Kaiser verlangte, stand entgegen die Schwierigkeit für die kaiserlichen Truppen nach Italien hinein zu gelangen. Es führte für sie kein anderer Weg dahin als durch Süd-Tyrol. Es kam also für Ludwig XIV. darauf an, den Kaiserlichen diesen Weg zu verlegen. Zu diesem Zwecke wendete er verschiedene Mittel an. Zunächst diente ihm dafür sein Botschafter Villars in Wien.

Der französische Biograph dieses militärischen Diplomaten faßt diese damalige Thätigkeit desselben zusammen mit den Worten: „Villars

---

[1]) Oeuvres de Louis XIV. t. IV, p. 62.

führte den Krieg von seiner Stube aus, indem er dort die Bewegungen der kaiserlichen Generale studierte, und den französischen in Italien darüber Nachrichten und Rathschläge gab" [1]). Nach den Berichten von kaiserlicher Seite gingen diese Rathschläge sehr weit. Villars erhielt in Wien die Erlaubnis einen Courier nach Frankreich zu senden. Da dieser Courier den Umweg durch Tyrol nahm, so ward er dort angehalten. Man fand bei ihm Briefe mit Rathschlägen für die französischen Generale in Italien, wie man die kaiserlichen Magazine in Tyrol anzünden könne. „Der Zug, setzt Lamberg hinzu, entspricht dem üblichen Verhalten französischer Gesandten. Sie machen sich kein Bedenken daraus Vortheile auf Kosten ihrer Ehre zu erlangen und ihre eigene Reputation durch Verrath hinzuopfern, wenn nur ihr König dadurch gut bedient wird" [2]). Villars erkannte aus den Blicken und Worten der Bevölkerung von Wien die feindselige Stimmung wider ihn; doch lehnte er die von dem Grafen Harrach ihm angebotene Schutzwache ab.

Mittel solcher Art wie diejenigen von Villars, hemmten freilich nicht den Marsch der kaiserlichen Truppen. Es kam also darauf an, welche Hindernisse die französische Macht von Italien aus ihnen in den Weg stellen konnte.

Ludwig XIV. hatte das Commando seiner Truppen in Italien dem Marschall Catinat gegeben. Unter ihm stand Tessé. Der Prinz Vaudemont blieb Statthalter von Mailand. Der Herzog Victor Amadeus von Savoyen hatte sich dem Drucke gefügt und das französische Bündnis angenommen. Daß dieses Bündnis, auch ungeachtet der Verlobung seiner zweiten Tochter mit dem jungen Könige Philipp V., nicht seiner Neigung entsprach, lag in der Natur der Dinge; denn er sah sich fortan von der französisch-spanischen Macht umklammert.

---

1) Mémoires de Villars t. I, p. 87.

2) Relazione del conte di Lamberg f. 58b: Il Marchese Villars, Ministro Francese, ottenne della Corte la licenza d' ispedire un Corriere in Francia; mandando le per lo Tyrolo vi fù fermato, e nelle di lui lettere fù trovato, che eccitava la Generalità di Francia in Italia ad incendiare proditoriamente i Maggazini Cesarei destinati per le truppe Imperiali nel Tyrolo. E questa è una delle solite condotte, che sogliono tenere i ministri Francesi, a i quali nulla importa comprare i vantaggi a costo d' infamia, e sagrificare o i tradimenti lo loro riputazione, purche resti ben servito il loro Rè.

Daß darum auch seine Dienstleistung für Frankreich nicht eine willfährige war, empfand man auf beiden Seiten. Seine Truppen marschirten, nach dem Urtheile der Franzosen, gleich Schildkröten. Das Verhältnis prägt sich am klarsten aus in einer vertraulichen Aeußerung des savoyischen Gesandten in Rom: „Wir haben den vorigen Krieg begonnen im Bunde mit dem Kaiser und beendet im Bunde mit Frankreich: dagegen werden wir dies Mal beginnen im Bunde mit Frankreich und enden im Bunde mit dem Kaiser" [1]).

Es fragte sich also, ob Ludwig XIV. irgend eine andere Macht in Italien für sich verfügbar machen könne. Die verschiedenen Versuche in dieser Richtung bei dem Papste Clemens XI. blieben damals fruchtlos. Wir haben gesehen, daß Clemens XI., als Ludwig XIV. seinen Vorschlag der Vermittelung abwies, sofort auch dem Kaiser ausdrücklich die volle Freiheit des Handelns wieder zusprach. Der spanische Botschafter Uzeda verlangte im Namen des Königs Philipp V. die Belehnung mit Neapel und Sicilien. Clemens XI. erwiederte, daß diese Frage sehr schwierig, daß er eine Commission ernennen werde sie zu untersuchen. Die Commission entwickelte keine Eile.

Ludwig XIV. hatte den Cardinal d'Estrees von Rom aus an die verschiedenen anderen Souveräne in Italien entsendet, um sie zum Abschlusse einer Liga unter seinem Schutze zu bewegen. Aber dem Cardinal d'Estrees folgte auf dem Fuße der kaiserlich gesinnte Cardinal Lamberg. Es scheint nicht, daß weder der Eine noch der Andere eine Umstimmung bewirkt. Der Herzog von Modena war vorher kaiserlich und blieb es. Die Republik Venedig wollte sich neutral erhalten. Der wohlklingende Redestrom der Antworten der Signoria nach beiden Seiten enthielt nicht einen greifbaren Kern.

Nicht minder wichtig jedoch war der Herzog Ferdinand Carl von Mantua. Wir haben den Namen kennen gelernt als eines Gönners des Conte Boselli. (Bd. VII, S. 313; Bd. VIII, S. 441.) Seine an sich sehr werthlose Persönlichkeit erhielt einen hohen Werth durch die Lage und die Festigkeit seiner Stadt. Das Herzogthum war wie Mailand ein Reichslehen.

---

[1]) Relazione del conte di Lamberg f. 68ᵃ.

Ludwig XIV. hielt von Anfang an das Auge auf die Stadt Mantua gerichtet [1]). Wenn es dem Kaiser gelänge, sagte er, sich in den Besitz derselben zu setzen: so würde es schwierig sein ihn anders als durch einen langen Krieg aus Italien zu bringen. Demgemäß versuchte der König dort das ihm in besonderer Weise geläufige Mittel. Wie die Persönlichkeit des Herzogs an sich die Willfährigkeit mit sich handeln zu lassen, vermuthen ließ: so erhielt der Kaiser noch dazu schon im Februar 1701 bestimmtere Kunde, daß etwas dieser Art vorbereitet werde. Er ließ durch Lamberg dem Papste den Vorschlag machen, die Stadt Mantua mit 5000 Mann päpstlicher Truppen zu besetzen. Clemens XI. sprach seine volle Bereitwilligkeit aus, jedoch mit der Besorgnis, daß der Herzog schon allzu tief sich eingelassen. Er bat um Geheimnis [2]).

So bereits im Beginne des Monates März. Im Laufe desselben kamen dem Kaiser bestimmtere Nachrichten zu. Er ließ sie dem Papste mittheilen. Unterdessen war der Marchese Beretti als Gesandter des Herzogs in Rom angekommen, mit dem scheinbaren Auftrage den Rath des Papstes für sein Verhalten zu erbitten. Clemens XI. erwiederte: er habe 4000 Mann bereit zum sofortigen Einrücken in Mantua. Beretti erwiederte: es seien für die ausgedehnte Stadt neun- bis zehntausend Mann erforderlich; auch wisse er nicht, ob der Kaiser eine päpstliche Besatzung gut heißen werde. Clemens XI. versetzte mit Nachdruck: „Es scheint, Herr Marchese, daß Sie nach Rom gekommen sind zu scherzen [3]). Ich erwiedere Ihnen, daß 4000 Mann genügen, zumal da die Besatzungen von Ferrara und Bologna rechtzeitig herangezogen werden können. Ferner sage ich Ihnen, daß der Kaiser zustimmen wird; endlich daß von Seiten der päpstlichen Kammer alles vorbereitet ist, so daß die Truppen sich sofort in Marsch setzen können". Der Papst berichtete dem kaiserlichen Botschafter: „Ich werde nicht ablassen die Besatzung anzubieten, bis man sich erklärt sie nicht zu wollen".

---

[1]) Hippeau t. II, p. 370. Vom 15. December 1700.

[2]) Relazione del conte di Lamberg fol. 48ᵃ.

[3]) S. B. con un serio si espresse che pareva che il Signor Marchese fusse venuto a Roma per burlare.

So am 29. März. Unterdessen standen die französischen Verhandlungen mit dem Herzoge von Mantua zum Abschlusse. Der Preis bestand in 60,000 Pistolen baar und 36,000 Thalern monatlich. Aber der Herzog wollte vor der Welt den Schein haben gezwungen zu sein. Auch darin ward ihm willfahrt. Der Prinz Vaudemont als spanischer Statthalter von Mailand und der General Tessé richteten Jeder ein Schreiben an ihn, in welchen sie ihn mit Brand und Verwüstung des Landes bedroheten, wenn er nicht den spanisch-französischen Truppen seine Stadt eröffne. Der Herzog hielt mit seinen Ministern Rath und beschloß sich dieser Drohung zu fügen. Am 5. April zogen 5000 Mann unter Tessé in Mantua ein [1]).

Auch dann noch wollten der Herzog und seine Berather das plumpe Gaukelspiel fortsetzen. Der Agent des Herzogs in Rom, Giuliani, trat zu dem Grafen Lamberg und klagte mit erheuchelten Thränen über das Schicksal seines Herrn, der gerechten Anspruch habe auf das allgemeine Mitleid. Lamberg erwiederte: „Der Papst wie der Kaiser haben die Belege des Handels und der gezahlten Summe in Händen". Nicht viel anders erging es dem französischen Cardinale Janson Forbin. Er trat zu dem Papste und redete über die Nothwendigkeit für die beiden Kronen, die Stadt Mantua zu besetzen, und sie, falls es zum Kriege komme, bis zum Frieden besetzt zu halten. Es fielen scharfe Worte. „Ich sehe wohl, sagte der Papst, daß man vorhat, uns auch noch eine zweite Ungebühr anzuthun" [2]). Der Cardinal erwiederte: „Es liegt uns wenig daran, was Ew. Heiligkeit thun wollen oder nicht thun wollen; allein wir haben so handeln müssen, um den Kaiserlichen die Gelegenheit zu nehmen, uns nach ihrem Belieben anzugreifen". Der Papst unterbrach ihn mit den Worten, daß der Kaiser ihn in anderer Weise behandele als es von ihrer Seite geschehe [3]).

In der That hatte Clemens XI. sich auch in anderer Beziehung damals bei Ludwig XIV. geringer Rücksicht zu erfreuen. Er hatte

---

[1]) Die Schreiben sind abgedruckt bei Lamberty t. I, p. 451 et suiv. — Man vgl. Mémoires de Tessé t. I, p. 190.

[2]) Relazione di Lamberg: Soggiunse S. B. che molto bene vedeva, che volevano fargli il secondo smacco.

[3]) Il Papa interroppe tale discorso e si espresse che l' Imperatore lo trattava in altro modo che non facevano loro.

gemäß dem Votum des Cardinal-Collegs dem Cardinal Bouillon das Decanat des Collegiums übertragen. Aber Bouillon war bei Ludwig XIV. in Ungnaden. Clemens XI. entsandte an Ludwig XIV. eine Verwendung für Bouillon. Als der Nuntius erschien, um das Schreiben zu überreichen, erwiederte Ludwig XIV.: „Der Papst versteht nicht, was ein König von Frankreich bedeutet". Er sendete durch einen Courier das päpstliche Schreiben unerbrochen nach Rom zurück [1]).

Auch sogar in Wien ließ der Herzog von Mantua durch seinen Gesandten Tanteni dem Kaiser seine gute Gesinnung versichern. Die Antwort an Tanteni war der Befehl binnen vierundzwanzig Stunden Wien zu verlassen. Gegen den Herzog Ferdinand Carl und seine beiden Räthe Beretti und Fiani, erließ der Kaiser eine in starken Ausdrücken abgefaßte Vorladung wegen Felonie. „Während der Herzog, heißt es darin, bei Sr. Heiligkeit in Rom durch Beretti und bei uns durch Andere betheuern und beschwören ließ, daß er nichts zu unserem und des Reiches Nachtheile gestatten werde, unterhandelte er treuloser Weise mit den Franzosen. Se. Heiligkeit bot die eigenen Truppen an. Unser Heer war im Anmarsche. Für die Stadt Mantua war keine Gefahr. Der einzige Grund für den Herzog sie mit der Citadelle an Frankreich auszuliefern, war seine Gier nach dem französischen Golde, zum Schmerze und zur Klage der Stände und Unterthanen seines Landes. Eine solche nichtswürdige Felonie gereicht nicht bloß zum Unheile für Italien, indem es die Vergießung vielen Christenblutes nach sich zieht, sondern auch zu unserem und des Reiches schwerem Nachtheile, und hält in sich das Verbrechen des Hochverrathes und der Rebellion." Demnach wurden der Herzog und seine Räthe vor den Richterstuhl des Kaisers geladen, und, im Falle des Nicht-Erscheinens, ihnen die Reichsacht angedroht [2]).

Die französischen Generale suchten den Eindruck dieser Ladung in Italien durch Gegenschriften abzuschwächen, in welchen behauptet wurde, daß hier das Urtheil gesprochen werde ohne Beobachtung der Rechtsformen. Sie fanden in diesem Bemühen eine Unterstützung an dem Kurfürsten Joseph Clemens von Köln. Auch er bezeichnete in

---

[1]) Lambergs Bericht vom 26. März.

[2]) Lamberty t. I, p. 536. Das Schreiben von Joseph Clemens dort p. 538.

einem Schreiben an seine Mitkurfürsten das kaiserliche Verfahren in der Sache des Herzogs von Mantua als formell ungerechtfertigt. Das Schreiben ward mit jenen anderen von französischer Seite durch Europa kund gemacht. In der Wirklichkeit redete Joseph Clemens darin nicht bloß für jenen Ferdinand Carl von Mantua, sondern indirect auch für sich selber; denn alle Anklagen gegen jenen trafen auch ihn. Demnach schwebte fortan auch über seinem Haupte die Drohung der Reichsacht und des Exiles.

Die Thatsache des Verrathes von Mantua, welches als der Schlüssel Italiens galt, war das stärkste Hindernis, welches dem beabsichtigten Unternehmen der kaiserlichen Waffen nach Italien entgegen trat. Der Plan wurde darum nicht aufgegeben; aber die Dispositionen mußten geändert, und darum der Aufbruch des Prinzen Eugen von Wien hinausgeschoben werden [1]).

Im Laufe des Monates Mai rückten die kaiserlichen Truppen bis in die Südspitze von Tyrol vor. Sie bestanden zum überwiegenden Theile aus den einstigen Türkensiegern von Zenta. Am 20. Mai traf der Prinz Eugen in Roveredo ein. Um ihn waren Graf Guido Starhemberg, Prinz Thomas Vaudemont, der Sohn des spanischen Statthalters von Mailand. Gegen den Sohn im kaiserlichen Dienste ward niemals ein Zweifel rege: der Vater im spanisch-französischen Dienste ward dort von Vielen mit Mistrauen betrachtet.

Dem Marschall Catinat lag die Aufgabe ob die Alpenthäler so zu besetzen und so zu bewachen, daß die kaiserlichen Truppen nicht in die Ebene hinab gelangen konnten, als etwa mit der Aussicht auf einen Kampf unter den ungünstigsten Bedingungen. Seine Berichte nach Versailles waren voll Vertrauens. Die Bewegungen der Kaiserlichen, meldete er, ließen ihn vermuthen, daß sie auf Torbola und Riva marschiren wollten, indem sie den Gardasee zur Linken ließen, um in das Land von Brescia niederzusteigen. Dort finde sich allerdings ein Weg, gangbar für einen oder zwei Mann, auch ein anderer, durch den ein

---

1) Lamberg f. 61b: La vendita fatta dal duca di Mantova de i suoi Stati, e della propria libertà ed il presidio Gallispano introdotto in Mantova medema, considerata per chiave d' Italia, obligarono la Corte Cesarea a mutare i sistemi gia aggiustati, e questa fù la ragione che il S. P. Eugenio di Savoia ritardasse il suo distaccamento da Vienna.

sehr schmaler Wagen sich winden könne. Diese Nachricht erfüllte den Hof von Versailles. Es sei also schwer zu glauben, hieß es, daß den Deutschen der Versuch dort gelingen könne [1]).

Stärker drückten die Franzosen in Rom sich aus. „So lange, hieß es dort, die kaiserliche Armee sich noch nicht in Vögel verwandelt, dürfen wir in Betreff ihrer Absicht die Alpen zu übersteigen, in völliger Sicherheit sein" [2]).

Der Prinz Eugen stellte sich dennoch die Aufgabe einen Pfad zu finden, nur nicht da, wo Catinat es vermuthete, westwärts vom Gardasee, sondern sogar ostwärts der Etsch. Denn die Kundschaften ergaben, daß gegen das Betreten eines Weges an oder zum Gardasee der Marschall Catinat alle Vorsichtsmaßregeln getroffen. Es fragte sich also um die Möglichkeit eines Weges im Osten der Etsch über die tridentinischen Alpen, die noch im vollen Winterkleide starrten. Die Bauern des Gebirges wurden vernommen. Sie gaben zur Antwort, daß auf jenen Höhen seit Menschengedenken die Räder eines Wagens nicht gegangen. Sie hielten es für unmöglich, Kanonen und Heergepäck dort hinüber zu schaffen [3]).

Eben daher auch erklärt sich, daß Catinat, der seine feste Stellung vom Gardasee aus noch weiter rechts ausdehnte bis zum Strome der Etsch, an die Besetzung der weiter ostwärts liegenden Gebirgsthäler nicht gedacht hatte.

Aber in jedem Falle führte der Weg über das Gebiet der neutralen Republik Venedig. Der Prinz Eugen entsendete Couriere nach Venedig und Verona. Er ließ durch den Gesandten Grafen Berka der Signoria anmelden, daß die kaiserliche Armee sich in der Nothwendigkeit befinde, das venetianische Gebiet zu berühren. Er bürgte für Mannszucht und baare Zahlung.

Am Abende des 21. Mai kam der Kriegsrath um den Prinzen Eugen zu dem Beschlusse, daß der Uebergang über die Trienter Alpen, ostwärts vom Strome der Etsch, zu wagen sei. Die Anstalten wurden

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 116.

[2]) Lambergs Bericht vom 2. Juni.

[3]) Ich folge hier dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen. Erste Serie. Bd. III, S. 146 u. f. Die betreffende Abhandlung verdient wegen ihrer genauen Sorgfalt besondere Anerkennung.

getroffen, zugleich aber auch diejenigen, den Marschall Catinat über die eigentlichen Bewegungen des Heeres in Unkunde zu erhalten. Dies gelang so vollständig, daß sein oben genannter irrthümlicher Bericht, der am 4. Juni in Versailles eintraf, abgefaßt wurde in denselben Tagen, zu Ende des Monates Mai, wo der Prinz Eugen und seine Armee in voller Arbeit des Uebersteigens waren. Es ist mit besonderem Nachdrucke hervorzuheben, daß demgemäß unter den Tausenden von Bewohnern jener Gegenden, bei denen über die Richtung des vorzunehmenden Zuges bald kein Zweifel mehr obwalten konnte, auch nicht Einer sich gefunden haben kann von ähnlicher moralischer Qualität wie der Herzog Ferdinand Carl von Mantua, oder die Kurfürsten-Brüder Wittelsbach von Bayern und von Köln.

Einige Tage wurden hingebracht die Saumpfade nothdürftig herzurichten. Von Venedig her erfolgte nicht ein entschiedener Protest. Am Morgen des 27. Mai setzten sich die Truppen von Ala aus in Bewegung. Die Pferde wurden am Zügel geführt, die Geschütze und Wagen zerlegt, die Theile auf Schleifen geladen, das Gepäck von den Wagen auf den Schultern der Soldaten fortgetragen. An den allzu steilen Stellen mußte man die Lasten mit Stricken hinaufwinden oder niederlassen. Die Bauern leisteten überall hülfreiche Hand [1]). Am Abende des 28. Mai war, ohne Unglücksfall, der Uebergang so weit vollbracht, daß Wagen und Geschütze wieder zusammengefügt werden konnten. Vor den erstaunten und erfreuten Blicken dehnte sich die reiche Ebene Ober-Italiens. Die Hemmnisse der Natur waren erfolgreich überwunden, und dadurch die moralische Kraft gehoben. Das Bewußtsein der kaiserlichen Armee verhieß den Sieg.

Die Nachricht des kühnen Alpenüberganges durcheilte Europa, und weckte in vielen Gemüthern die verwandte Stimmung. Vor allen anderen aber kam es auf diejenige Nation an, deren Sympathie oder Antipathie eine praktische Bedeutung haben würde, und zwar in diesem Falle die für das gesammte Europa den Ausschlag gebende, auf die Engländer, speziell auf das englische Unterhaus.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. III, S. 158.

Nachdem der Prinz Eugen den Beschluß des Ueberganges über die Alpen gefaßt und die hauptsächlichen Vorbereitungen getroffen, verfaßte er am 25. Mai einen ausführlichen Bericht darüber an den Grafen Wratislaw in London. Der Gesandte überreichte ihn am 3./14. Juni dem Könige. Wilhelm III. las mit sichtlichem Vergnügen. Dann sagte er zu Wratislaw: „Die getroffenen Dispositionen legen Zeugnis ab von einer außerordentlichen Befähigung und Umsicht des Feldherrn. Ich zweifele nicht an dem Gelingen, und eben dies Gelingen wird der allgemeinen Sache einen mächtigen Vorschub thun“ [1]). Wratislaw nahm den Bericht zum Anlasse auf eine Diversion in den Niederlanden zu dringen. Der König wich aus. „Versichern Sie dagegen, fuhr er fort, dem Kaiser in meinem Namen positiv, daß die Dinge nicht lange mehr in diesem Stande bleiben werden, sondern daß die Krisis herannaht.“

Für das Parlament freilich schien noch immer die wichtigste Angelegenheit zu sein die Differenz über den Proceß der vier Lords, die das Unterhaus vor dem Oberhause angeklagt. Das Letztere wollte die Sache beenden, die Mehrheit im Ersteren sie über die bevorstehende Vertagung hinauszerren. Bereits indessen wurden die Tribünen zum Zwecke des Processes errichtet.

In der Gesammtheit der Nation dagegen fand diese Differenz nicht mehr einen Widerhall. Die Strömung, welche sich zuerst in der Kenter Petition kund gegeben, schlug täglich höhere Wellen, nicht freundlich für die Tories im Unterhause. Eines Morgens fand man am Thore des Unterhauses einen Anschlagzettel mit den Worten: „Drei Königreiche hier zu verkaufen. Auskunft im Hause“ [2]). Es war die Handlung eines Einzelnen; aber sie ward aufgefaßt als die Kundgebung einer allgemeinen Stimmung. Es erhoben sich mancherlei Besorgnisse, ob die leidenschaftliche Erregung der Gemüther wider einander nicht zuletzt in eine völlige Umwälzung ausschlagen werde [3]).

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 14. Juni.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 3./14. Juni.

[3]) Eben dort: Obschon jener Anschlag nur von einer Privatperson verübt sein mag, so lässet sich doch eine so große und allgemeine animosität gegen des Unterhauses proceduren verspüren, daß fast niemand daran zweifelt, daß die Sachen nicht bald in eine völlige Verkehrung ausschlagen werden.

So die Besorgnisse Vieler. Sie gewahrten nicht, daß der Steuermann das Ruder in fester Hand hielt, des rechten Augenblickes harrend.

Wilhelm III. hatte, wie wir vernommen haben, eine Denkschrift von Seiten der Republik verlangt, die er dem Parlamente vorlegen wolle. Geldermalsen überreichte ihm diese Denkschrift am 6./17. Juni. Die Nachricht, daß der Prinz Eugen in die Ebene von Vicenza niedergestiegen, war damals bereits da. Dennoch schien der rechte Augenblick dem Könige noch nicht gekommen. Zur Antwort auf die Denkschrift zeichnet der König seinen Plan für Heinsius ab mit den folgenden Worten. „Die mir übergebene Denkschrift kann ich dem Parlamente erst in der nächsten Woche vorlegen. Ich hoffe, daß es in Folge dessen mir eine Adresse überreichen wird, enthaltend die Bitte, daß ich gemeinsam mit der Republik eine Allianz mit dem Kaiser schließe. Dann haben wir die feste Basis einer Vereinigung mit dem Kaiser“ [1]). Der König spricht dann seine Klage aus über die Stadt Amsterdam, welche nicht lassen könne von ihren alten Grundsätzen, ihr Handeln einzurichten nach dem Drucke der Furcht. Er hofft, daß er nach seiner Ankunft die Stadt zu weiseren Entschlüssen führen werde. Er stellt diese Ueberkunft in baldige Aussicht Er will das Parlament noch vierzehn Tage beisammen lassen, und dann seinen Aufbruch beschleunigen. Nicht jedoch wie früher oft steht ihm oben an die Sehnsucht nach dem heimatlichen Boden, sondern die Ueberzeugung, daß seine Gegenwart dort nützlich sein werde. Wilhelm III. ist sich damals seiner vollen Kraft bewußt.

Und eben in diesem Bewußtsein zog er die Entscheidung in England noch um einige Tage hinaus. Denn er wollte das Werk seines Lebens vollenden und besiegeln. Dies Werk betraf nicht bloß das Zusammen-Fassen aller von der Uebermacht des Hauses Bourbon Bedroheten in eine Allianz. Im engen Verbande damit stand für den Oranier die Sicherstellung Englands und noch mehr seines geliebten Holland auch gegen einen Umschlag der Dinge in England nach ihm, der Abschluß der einen Angelegenheit, deren letzte Fäden lediglich er in seine Hand vereinigte, derjenigen der Thronfolge in England. Seine Thronrede vom 10./21. Februar 1701 stellte die beiden Angelegenheiten,

[1]) Grovestins t. VIII, p. 76. Vom 17. Juni.

diejenige der Thronfolge in England und diejenige der Umwälzung in Spanien, in gleicher Wichtigkeit neben einander. Die Zusammenstellung selbst deutet die Absicht des Königs an: er wollte sie untrennbar verweben. Die Allianz, die er erstrebte, sollte nicht bloß gerichtet sein wider das Haus Bourbon: sie sollte zugleich die neue Thronfolge in England gewährleisten, England einerseits und andererseits die Republik sicherstellen gegen die Wiederkehr des Hauses Stuart auf den Thron von England. Daher mußte in den Augen Wilhelms III., bevor die Allianz errichtet wurde, die Thronfolge des Hauses Hannover in England beschlossen und besiegelt sein.

Erst die Thronrede des Königs mochte auch der Kurfürstin Sophie in Hannover und ihrem Sohne, dem Kurfürsten Georg Ludwig, zur Klarheit gebracht haben, daß die Kurfürstin durch ihre wenigen Zeilen vom 18. Januar 1701 sich tiefer engagirt, als es ihre Absicht gewesen war. Diejenigen Personen in Hannover, welche die Aussicht auf die Thronfolge in England als ein Glück oder einen Vortheil betrachteten, riethen weitere Schritte in England zu thun. Die eifrigste unter diesen Persönlichkeiten war Leibniz. Seine Vorschläge fanden in Herrenhausen keine Zustimmung [1]. Die Kurfürstin und ihr Sohn, der Kurfürst, ließen geschehen. Wie immer die Dinge gehen mochten: nicht sie bedurften Englands, sondern England bedurfte ihrer. Dies war die Basis, auf welcher sie standen, und welche Niemand besser würdigte als Wilhelm III. Seine Aufgabe war es, die Dinge so vorzubereiten, daß dem welfischen Hause in Hannover nichts übrig blieb als die fertige Successions-Acte nicht ablehnen zu können, sie annehmen zu müssen. Wir haben demnach hier den Verlauf des Werdens dieser Acte im Zusammenhange zu überblicken.

Das Verfahren Wilhelms III. in dieser Angelegenheit ist analog demjenigen in der Angelegenheit der Allianz. Wie er in Betreff der letzteren das Parlament so führte, daß die Aufforderung dazu ihm von demselben aus zukommen sollte: so überließ er die Sache der Succession, nachdem er durch seine Thronrede sie in der nachdrücklichsten Weise angeregt, völlig dem Parlamente. Und dies allein erklärt auch sein Hinüber-Lenken zu den Tories, welches damals wie ein Räthsel erschien.

---

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. VIII, S. 251 u. f.

Für das Hinüber-Lenken zu den Tories, im Winter 1700/1, wirkten nämlich bei dem Könige Wilhelm III. zwei wichtige Gründe in Bezug auf die Thronfolge. Der erste ist die damals größere Neigung der Tories für das Haus Hannover. Bekanntlich haben nachher die Dinge sich so sehr gewendet, daß unter der Königin Anna, namentlich in ihren letzten Jahren, hauptsächlich die Whig-Partei die hannöversche Erbfolge vertritt. Aber es handelt sich hier um das Jahr 1701, bevor durch den Tod Wilhelms III. darin ein Wechsel eintrat. Damals, im Jahre 1701, war die Partei der Jacobiten sehr gering. (Man vgl. oben S. 144.) Dagegen hatte gleich nach dem Tode des Herzogs von Glocester ein kundiger Engländer die Lage der Dinge so aufgefaßt, daß die hannöversche Thronfolge eine Parteisache der Tories sein würde gegenüber den Whigs, welche eine zweite Heirath des Königs wünschten. Und eben dies haben wir als die Ansicht eines unbetheiligten Beobachters in England vernommen. (Bd. VIII, S. 557.)

Dies war der eine Grund, weshalb Wilhelm III. im Winter 1700/1 die Tories heranzog, auch ungeachtet der größeren Willfährigkeit der Whigs für seinen Plan des Krieges gegen Frankreich.

Der andere Grund war der Wunsch, die Prärogative der Krone nicht allzu sehr beschränken zu lassen. Daß die Feststellung der Succession auf ein nicht in England heimisches Fürstenhaus nicht ohne neue Beschränkung der Krone geschehen würde, war vorauszusehen, namentlich nach der Regierung des Holländers Wilhelm. Wenn aber bei der Berathung und Beschlußfassung über diese Beschränkungen die Whig-Partei im Unterhause die Mehrheit hatte: so stieg für Wilhelm III. die Besorgnis empor, daß sie die Krone für ein Fürstenhaus, dessen Neigung zu derselben an sich schon gering, geradezu unannehmbar machte. Der König Wilhelm allein in England kannte diese Gefahr. Dagegen war bei der Tory-Partei immer mehr Rücksicht für die Prärogative der Krone vorauszusetzen. Wilhelm III. aus sich war weder Tory, noch Whig. Er zog die eine Partei, er zog die andere vor, je nachdem sie seinen höheren politischen Zwecken dienten. Die Vortheile, welche ihm in diesem Falle die Gesinnungen der Tory-Partei für die Erhaltung der Rechte der Krone boten, erschienen ihm überwiegend gegen diejenigen, welche ihm von der Whig-Partei her erwuchsen für das nachdrückliche Eintreten von England in den europäischen Conflict.

Darum hatte er zu Ende 1700 das Parlament aufgelöst, darum seine Räthe aus der Tory-Partei genommen, darum überhaupt sein Gewicht in die Wage der Tories geworfen, damit bei der Feststellung der Succession sie die Mehrheit haben möchten. Aber es ist zu wiederholen: dies war sein Geheimnis, und wie von England her keine Spur andeutet, daß man damals dort die geringe Neigung des Hauses Hannover für die Aussicht auf die englische Krone kannte, so stand eben darum auch das scheinbare Zusammen-Gehen Wilhelms III. mit den Tories vor den Augen Aller wie ein Räthsel.

Am 3./14. März kam die Angelegenheit der Succession im Unterhause zur Erörterung. Es darf angenommen werden, daß die Wendung der europäischen Angelegenheiten durch den Successionsfall in Spanien die Whig-Partei eifriger gestimmt habe als einige Monate zuvor. Denn von ihrer [1]) Seite her ward der Antrag eingebracht: „Es ist für den Frieden und die Wohlfahrt von England so wie für die Sicherheit der protestantischen Religion durchaus erforderlich, daß eine fernere Declaration festgestellt werde zum Zwecke der Beschränkung der Thronfolge auf die protestantische Linie, nach dem Könige und nach der Prinzessin und in Ermangelung ihrer Leibeserben. Zugleich ist nothwendig eine weitere Feststellung zu Gunsten der Rechte und der Freiheiten des Volkes".

Bei der Erörterung dieses Antrages tauchte die Frage empor, ob der Successor zugleich sofort zu benennen sei. Es ward dagegen eingewandt, daß der zweite Theil des Antrages eine Art Capitulation erforderlich mache. Diese würde zweckmäßiger geschehen vor einer Benennung. Denn in diesem Falle habe der zu benennende Successor von da her keinen Grund zur Beschwerde. Wenn man dagegen ihn zuerst benennen und dann die Rechte und Freiheiten der Engländer feststellen wolle: so würde man auf viele Schwierigkeiten stoßen. Denn es dürfte gar Mancher sich finden, der, um sich bei dem Successor ein Verdienst zu erwerben, die heilsamen Absichten für das Wohl der Nation zu durchkreuzen suchen würde [2]).

---

[1]) Man vergleiche das Schreiben Stepneys an die Kurfürstin Sophie in den Werken von Leibniz Bd. VIII, S. 245.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 4./15. März, dem ich fast wörtlich folge.

Diese Ansicht schlug durch. Der Antrag ward zum Beschlusse erhoben, so jedoch, daß der zweite Satz vorangehen, die Nennung des Namens einstweilen unterbleiben solle. Wer indessen zu nennen sei, stand von Anfang an fest. Wir erinnern uns, daß die Wünsche der Engländer gleich nach dem Tode des Herzogs von Glocester sich richteten auf den Kurprinzen Georg August in Hannover, den späteren König Georg II. Wilhelm III. selber hatte zunächst die Kurfürstin Sophie im Auge. Der eine Grund dafür war das Bestreben, die Lineal-Erbfolge aufrecht zu halten. Ein anderer entstammte der Rücksicht auf Schottland [1]). Das Parlament in Edinburg hatte im Jahre 1689 die protestantische Linie in Hannover genannt, dadurch also sich bereits engagirt. Wilhelm III. erstrebte die Real-Union beider Länder. Es erhob sich jedoch die Besorgnis, daß das für die Vereinigung damals noch nicht sehr willige Schottland von einer etwaigen Benennung des Kurprinzen her den Anlaß nehmen würde, mit Nachdruck die Lineal-Folge zu betonen und demgemäß die Kurfürstin zu benennen. — Aus diesen beiden Gründen durfte nach dem Sinne des Königs auch im englischen Parlamente nur die Kurfürstin benannt werden. Der Gang der Dinge zeigt, daß sowohl die Tories wie die Whigs dieser Ansicht beigetreten sind. Man wollte die Kurfürstin benennen; aber Viele hegten dabei die Hoffnung und Erwartung, daß sowohl sie wie ihr Sohn, der Kurfürst, zu Gunsten des Kurprinzen verzichten würden. — Es ist von Wichtigkeit dabei immer festzuhalten, daß vom Jahre 1701 die Rede ist, von der Zeit vor dem Tode des Königs Wilhelm III.

Demgemäß stellte das Comité zunächst drei Artikel auf.

Erstens. Alle Angelegenheiten, welche die gute Regierung des Königreiches betreffen, sollen im geheimen Rathe verhandelt und die darüber zu fassenden Beschlüsse vom geheimen Rathe (Privy Council) unterzeichnet werden.

Zweitens. Keiner, wer immer es sei, der nicht geborener Unterthan von England, Schottland und Irland und den dazu gehörigen Ländern, oder der jenseit des Wassers nicht von englischen Eltern geboren, auch wenn er naturalisirt wäre, soll fähig sein Mitglied des

---

[1]) Anlage I.

geheimen Rathes, noch des Ober- oder Unterhauses zu sein, noch irgend ein Amt besitzen, weder im Civil, noch Militär.

Drittens. Keine solche Person darf eine Schenkung an Krongütern besitzen, weder unter eigenem Namen noch einem anderen.

Gegen die letzten beiden Puncte erhob sich kein Widerspruch. Gegen den ersten traten zwei Mitglieder auf. Sie machten geltend, daß dieser Artikel hervorgehe aus einer Anschauung, die der türkischen nahe stehe, nach welcher für den Werth der Rathschläge lediglich der Ausgang als Maßstab angelegt werde. Würde dieser Satz angenommen, so möchte Mancher Bedenken tragen dem geheimen Rathe anzugehören, da er aus voller Ueberzeugung für eine Sache stimmen, und dann doch, im Falle einer unvorhergesehenen, durch andere Ereignisse veranlaßten unglücklichen Wendung, für seine Ansicht zur Verantwortung gezogen werden könne. — Es ward erwiedert, daß die Nothwendigkeit erheische, einen Damm zu errichten gegen den eingeschlichenen Gebrauch und die Anmaßung Allianzen und Verträge zu schließen ohne Mitwissen des geheimen Rathes [1]).

In diesen Worten und demgemäß dem Artikel der Successions-Bill, welchen sie begründen, tritt uns eine der wichtigsten Consequenzen der Regierung Wilhelms III. entgegen. Er hatte der großen Allianz von 1689 seinen Namen und das große Siegel von England beigefügt ohne Vorwissen und ohne Mitzeichnung eines englischen Ministers. Er hatte die beiden Theilungsverträge über das spanische Erbe berathen und beschlossen ohne Zuziehung eines englischen Ministers. Fortan, nach jenem Artikel der Successions-Acte, war weder das Eine, noch das Andere möglich. Jener Artikel beließ der Krone formell das Recht der Verträge nach außen: das Wesen der Sache eignete er den Räthen zu, welche die Verantwortlichkeit zu tragen hatten. Nicht jedoch ist dabei die Rede von dem engeren Kreise eines Cabinetsrathes, sondern von dem weiteren eines geheimen Rathes. Der Gedanke eines in sich geschlossenen, solidarischen Ministeriums tritt noch nicht auf. Wir haben hier diese geschichtliche Thatsache zu constatiren, nicht in eine Erörterung dessen einzugehen, was später geworden ist.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. März. Da ich fast genau den Wortlaut gegeben, so halte ich eine Beilage nicht für erforderlich.

In der nächsten Berathung des Comités erfolgten neue Artikel. Sie lauten wie folgt.

Wenn die Krone England hernach auf einen Nicht-Eingeborenen des Königreiches gelangt: so soll die englische Nation nicht verpflichtet sein ohne Zustimmung des Parlamentes mit einzutreten in einen Krieg, welcher zur Vertheidigung fremder Länder geführt würde. — Dieser Artikel war aus dem Heirathsvertrage der Königin Mary I. mit Philipp II. von Spanien herübergenommen.

Wer immer zur Succession der Krone von England gelangt, soll sich betheiligen an der Communion der Hochkirche von England.

Kein königlicher Gnadenact soll gelten gegenüber einer vom Parlamente erhobenen Anklage.

Der künftige Träger der Krone von England darf sich ohne die Zustimmung des Parlamentes nicht aus dem Gebiete der drei Königreiche entfernen [1]).

Am anderen Tage folgten noch zwei weitere Artikel. Sie lauten wie folgt.

Die zwölf Oberrichter des Königreiches sollen absetzbar sein auf den Antrag des Unterhauses.

Wer immer ein Amt von der Krone hat, sei es im Civil oder Militär, wird dadurch unfähig ein Mitglied des Unterhauses zu sein.

Nachdem alle diese Artikel im Comité des Unterhauses beschlossen, wurde der Name genannt: die Prinzessin Sophie, Kurfürstin-Witwe von Braunschweig-Lüneburg [2]). Irgend welche Ueberraschung oder Erstaunen konnte der Name nicht erregen, weil in Consequenz der Bill of Rights von 1689 dieser Name der nächste war.

Ein Widerspruch von englischer Seite ward nicht laut. Dennoch erfolgte ein solcher und zwar von Savoyen her.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11./22. März.

[2]) Nach der Darstellung bei Burnet erscheint es, als sei die Successions-Sache im Comité des Unterhauses mit einer gewissen Leichtfertigkeit behandelt. Die zahlreichen Berichte, in denen die unbetheiligten Zeugen der Vorgänge, Hoffmann und Wratislaw, der Sache gedenken, enthalten keine Andeutung irgend welcher Art, welche jenes Urtheil bestätigen könnte. — Burnet war im Jahre 1689 von Wilhelm III. verwendet worden, um im Oberhause den Antrag auf die Benennung des Hauses Hannover zu stellen. Man vgl. Bd. IV, S. 483. Bei den Verhandlungen von 1701 hatte er keine andere Bedeutung, als welche ihm als Mitglied des Oberhauses gebührte.

Es scheint, daß Victor Amadeus nicht aus eigenem Antriebe diesen Schritt gethan.

Im Monate Januar 1701 hatte Ludwig XIV. den Herzog von Berwick nach Italien entsendet. Einer der Zwecke war, wie wir früher vernommen, daß Berwick sich dem Papste Clemens XI. zum Anführer der päpstlichen Truppen erbieten sollte. Wir erinnern uns, daß Clemens XI. dankend ablehnte. Der andere Zweck war, den Herzog Victor Amadeus in Turin zum Proteste gegen eine Feststellung der Succession in England aufzufordern [1]). Die Nachricht Berwicks darüber ist im Einzelnen nicht genau; denn er meldet, daß er, aufgebrochen im Januar, sich zuerst nach Turin begeben und dort geredet habe gegen die von Wilhelm III. dem Parlamente kurz vorher vorgeschlagene Thronfolge des Hauses Hannover. Als Berwick in Turin eintraf, hatte Wilhelm III. das Parlament noch nicht eröffnet. Der Irrthum jedoch dürfte sich beschränken auf die Zeitangaben. Berwick redete in Turin nicht gegen die bereits geschehene Thatsache, sondern gegen die Absicht. Er machte, wie er berichtet, in Turin geltend, daß Victor Amadeus nicht schweigen dürfe, sondern daß, da das Recht der Herzogin demjenigen der Kinder Jacobs II. zunächst stehe, er reden müsse zugleich für alle die anderen vierzig Sprossen des Hauses Stuart, die in ihrem Rechte geschädigt würden. Victor Amadeus fand die Sache sehr schwierig. Er ziehe sich dadurch mächtige Feinde zu, sagte er, und dazu sei der Schritt in sich selber vergeblich. Berwick berief sich auf den König von Frankreich. Er hob mit Nachdruck den von Ludwig XIV. erhaltenen Auftrag hervor, dem Herzoge von Savoyen zu versichern, daß der König seinen Schritten in dieser Richtung zustimmen werde. Auf diese Worte gab Victor Amadeus nach und erklärte sich bereit zu protestiren.

So berichtet Berwick. Es ist von Interesse die Sache weiter zu verfolgen.

Der savoyische Gesandte in London, Graf Briançon, wagte nicht, seinen Auftrag auszurichten ohne Vorwissen des Königs. Wilhelm III. gestattete. Demnach erhob die Herzogin Anna Maria von Savoyen, einzige Tochter der Prinzessin Henriette Stuart, vermählten Herzogin

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 106.

von Orleans, Protest gegen jegliche Verfügung über die Succession, welche hinweggehe über ihr Näherrecht an die Krone von England [1]).

In so weit konnte die Schrift nicht auffallen. Aber zugleich enthielt sie, daß nach dem Könige Wilhelm und nach Anna, vermählten Prinzessin von Dänemark, gemäß den Gesetzen und dem Herkommen von England nächstberechtigt sei die Herzogin Anna Maria von Savoyen.

Der savoyische Gesandte überlieferte das Schriftstück beiden Häusern des Parlamentes. Sie ließen es zu den Acten legen [2]).

In späterer Zeit hat man in England die Protestation sehr thöricht genannt [3]). Für die Zeit der Eingabe selbst, im Jahre 1701, dürfte diese Kritik als eine erschöpfende wohl kaum bezeichnet werden. In der That hat das Actenstück damals noch manche andere Gedanken angeregt.

Indem dasselbe das Recht Wilhelms III. so wie der Prinzessin Anna anerkannte und darauf unmittelbar dasjenige der Herzogin von Savoyen folgen ließ, schritt es mit Schweigen hinweg über das unglückliche Königshaus in St. Germain, über Jacob II. selbst, wie über seine beiden Kinder Jacob und Marie Louise. Daß der Herzog Victor Amadeus und seine Frau eine Gesinnung dieser Art hegten, wenn diese diente einem ihrer Kinder die Thronfolge in England zuzuwenden, kann bei dem Charakter des Ersteren nicht überraschen. Aber es tritt das Moment hinzu, daß Victor Amadeus in der Sache nicht handelte ohne das Vorwissen und die Zustimmung, sondern sogar auf die Mahnung Ludwigs XIV. Es steigt dann freilich wieder die Frage empor, ob Berwick, der Ueberbringer der Mahnung Ludwigs XIV. an Victor Amadeus, sich hinabgewürdigt haben kann mitzuwirken für einen Schritt, welcher, der Intention nach, seinem eigenen Vater und dessen Hause eben so feindselig war wie die englische Bill of Rights von 1689. Immerhin wäre es möglich, daß, nachdem Berwick die Sache angeregt, die formelle Protestation ohne weitere Betheiligung von seiner Seite festgestellt ist direct zwischen Turin und Versailles.

---

[1]) Das Schriftstück bei Lamberty t. I, p. 503.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 28. März/8. April.

[3]) Hallam, ch. XV: The duchess of Savoy put in a very foolish protest against any thing that should be done to prejudice her right.

Thatsache ist, daß der höchst auffallende Protest damals vielfach erörtert wurde, und daß auch diejenigen, die von dem Auftrage Berwicks in Turin keine Kunde hatten, dennoch die Zustimmung Ludwigs XIV. zu dem Proteste voraussetzten. Die Meinung, die im Laufe der Zeiten die vorherrschende geworden ist, daß Jacob II. durch seinen kirchlichen Eifer seine Kronen eingebüßt, ward von den Staatskundigen jener Zeit als Irrthum durchschaut [1]). Am wenigsten kann Ludwig XIV. persönlich sich darüber einer Täuschung hingegeben haben. Aber man folgerte weiter. Bei der kundbaren Geneigtheit des Hofes von Versailles, die Freunde und Bundesgenossen dem eigenen Interesse zum Opfer zu bringen [2]), liege die Vermuthung nicht fern, daß der Protest ein französisches Interesse beabsichtige. Es kommt also darauf an, die Möglichkeit eines solchen Interesses klar zu stellen.

Das savoyische Paar hatte vier Kinder, zwei Söhne und zwei Töchter. Die ältere der letzteren war verheirathet mit dem ältesten Enkel Ludwigs XIV., dem Herzoge von Bourgogne. Das Verlöbnis der jüngeren mit dem zweiten Enkel, dem zum Könige von Spanien declarirten Herzoge von Anjou, war im Werke. Es ging in Paris das Gerücht, daß ein geheimer Artikel des Ehevertrages dem Hause Carignan die Mithülfe Frankreichs für die Thronfolge in England zusagen werde [3]).

Was immer für Plane oder Wünsche damals gehegt sein mögen: die Ereignisse der folgenden Jahre rollten darüber hinweg und begruben sie für immer. Aber dem Historiker liegt es ob, die Vergangenheit zu erfassen wie sie war, und darum auch Plane und Wünsche der Vergessenheit zu entreißen, die, auch wenn ohne Consequenz, dazu dienen, die Persönlichkeiten, welche über die Schicksale ihrer Mitwelt entschieden, hell und klar zu beleuchten, nicht in dem Sinne, wie eine vielfach irre geführte Nachwelt häufig sie anschaut, sondern wie sie wirklich waren.

---

[1]) Sinzendorfs Bericht aus Paris, vom 26. März: Cum Jacobus rex ex diversis aliis motivis quam religionis orthodoxae studio coronam Anglicam amiserit.

[2]) Eben dort: Cum Aula Parisiensis facillime utilitati suae privatae aliorum ac confoederatorum suorum commoda immolare ac sacrificare soleat etc.

[3]) Derselbe Bericht.

Im englischen Parlamente von 1701 mag immerhin eine geringe Partei dennoch für Savoyen gewesen sein. Es erschienen bei dem Grafen Briançon sechs Lords mit dem Vorschlage, daß, wenn der Herzog Victor Amadeus einen seiner Prinzen zur Erziehung nach England sende, und zwar in der Lehre der anglicanischen Kirche, die Succession-Acte für Hannover nicht zu Stande kommen würde. Briançon wagte nicht sich darauf einzulassen [1]).

Die Bill, welche nach dem erblosen Absterben des Königs Wilhelm III. und der Prinzessin Anna, die Kurfürstin-Witwe Sophie von Braunschweig-Lüneburg zum Throne berief, wurde im Unterhause genannt: Acte für die fernere Feststellung des Erbrechtes der Krone und für die bessere Sicherung der Rechte und der Freiheiten der Unterthanen [2]).

Nachdem die Bill in der dritten Lesung im Unterhause angenommen, ward sie am 16./27. Mai an das Oberhaus hinauf gesendet. Es ward der Zweifel ausgesprochen, ob sie noch in der laufenden Session zum Abschlusse gebracht werde [3]). — Eine Meinung dieser Art thut kund, wie sorgfältig der König seinen Plan zu verbergen verstand. Für ihn war die Erledigung der Successions-Acte gleich wichtig mit einem definitiven Beschlusse wider Frankreich.

Die Bill gelangte im Oberhause zur Berathung. Lord Normanby beantragte, daß man bei dieser Gelegenheit für den Fall, daß die Prinzessin Anna zur Krone gelange, auch ihrem Gemahle, dem Prinzen Georg von Dänemark für sein Lebenlang den königlichen Titel zuerkenne. Der Antrag fiel, eben so einige andere Vorschläge. Denn die Whig-Partei, die im Oberhause die Mehrheit besaß, verfolgte den festen Plan überhaupt keine Aenderung an der im Unterhause beschlossenen Bill zuzulassen, damit in dieser Angelegenheit jegliche Differenz, die einen Aufschub nach sich ziehen könne, vermieden werde [4]). „Daher,

---

[1]) Lamberty t. I, p. 499.

[2]) An Act for the farther Limitation of the Crown, and better securing the Rights and Liberties of the Subject.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 28. Mai.

[4]) Desgleichen vom 3. Juni. — Es ist zu bemerken, daß die Ansichten von Lord Stanhope: Reign of Queen Anne p. 18, sich wesentlich stützen auf die Meldungen Burnets, nicht auf andere positive Zeugnisse.

fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, haben auch diejenigen, welche dem Prinzen von Wales heimlich zugethan sind, lieber die Sache stillschweigend geschehen lassen, als den vergeblichen Versuch machen wollen, sich der starken Strömung zu widersetzen. Indessen geben sie dabei nicht die Hoffnung auf, daß, wie überhaupt hier alles einem beständigen Wechsel unterworfen ist, so auch Verhältnisse eintreten werden, welche sie in den Stand setzen können, ihre Wünsche zu verwirklichen. Da die englische Nation im allgemeinen immer gegen diese Wünsche sein wird, so ist die Aussicht gering. Nur wenn diese Partei fortfährt wie sie bisher gethan, und alles aufbietet, um das Haus Bourbon im ruhigen Besitze der spanischen Monarchie zu belassen: so könnten sie den Prinzen von Wales eher haben als sie es vermuthen, und zwar nicht mit einer vorhergehenden guten Capitulation, wie sie es beabsichtigen, sondern vermöge einer französischen Invasion."

Die Betrachtung Hoffmanns läßt uns die Wünsche mancher Jacobiten näher erkennen. Auch sie wollten für England nicht ein Königthum nach der Art Ludwigs XIV., sondern ein gesetzlich beschränktes. Sie glaubten, daß die Successions-Acte, welche sie mitberiethen und mitfeststellten, auch dafür verwendbar sei, daß es im gegebenen Falle lediglich auf die Aenderung des Namens ankommen werde.

Das Oberhaus nahm in dreimaliger Lesung die Successions-Bill an, wie sie ihm vom Unterhause zugegangen war.

Eben so wenig dachte der König gegen die starken Beschränkungen der Prärogativen der Krone durch diese Bill einen Einspruch zu erheben. Ein Zeitgenosse fällt darüber das Urtheil: „Da der König selber kinderlos, so beugte er sich bereitwillig vor dem Vortheile des Augenblickes, ohne sich viel darum zu kümmern, welches Präjudiz er dadurch seinen Nachfolgern auferlegte" [1]). Der Gedanke, wenn auch nicht unrichtig, erscheint in diesen Worten doch zu scharf ausgeprägt. Denn es kommt dabei vor allen Dingen darauf an, was jene Worte: der Vortheil des Augenblickes, in sich befassen. Dieser Vortheil war zuerst die Einigkeit Englands in sich für diese Angelegenheit, die

---

[1]) Final-Relation des venetianischen Botschafters Mocenigo im Archive zu Venedig: Il Rè Guglielmo, non havendo figliuoli, si piegò facilmente all' utile presente, senza molto curarsi del pregiudicio de successori.

Uebereinstimmung beider Häuser des Parlamentes mit einander und mit der Krone. Es war dann der Abschluß dieser einen wichtigen Angelegenheit vor der anderen nicht minder wichtigen, derjenigen eines einmüthigen Auftretens von England in der Sache Europas. Denn durch die Annahme der Acte in beiden Häusern hatte sich für den König Wilhelm der Punct ergeben, von welchem aus er die Fäden seiner beiden Plane, desjenigen des Kampfes wider das Haus Bourbon und der Succession in England, untrennbar verknüpfen konnte.

Es ist merkwürdig zu sehen, wie das Vertrauen in Wien auf den König Wilhelm III. auch ungeachtet der Zweifel, deren der Gesandte Wratislaw sich nicht erwehren konnte, in beständigem Steigen begriffen war. Am 19. Juni erwog die Conferenz der kaiserlichen Räthe die Berichte des Gesandten. Sie kam zu dem Beschlusse, daß man aufhören müsse, ein Mistrauen wider den König von England zu zeigen. Der Kaiser genehmigte. Er erkannte beiden Gesandten, Goes im Haag und Wratislaw in London, Lob für ihren Eifer zu. Er ermahnte sie fortzufahren, den Grafen Wratislaw mit dem Zusatze: sed modeste, ne offendatur rex [1]).

Noch bevor diese Kundgebungen in London eintrafen, hatte Wilhelm III. sein dem Kaiser gegenüber eingesetztes Wort in der Hauptsache eingelöst.

Es ist zu beachten, daß auch noch in England damals bei nicht Wenigen der gute Wille des Königs in Zweifel stand. Er hatte Marlborough sowohl zum Anführer der englischen Hülfstruppen für die Republik, als zum Bevollmächtigten für die Unterhandlungen mit Frankreich ernannt. Von daher ging in England die Meinung, daß man mehr reden als fechten werde. Der König beabsichtigte seinen Aufenthalt in Breda zu nehmen: demnach mußten dort auch die Fäden der Unterhandlung zusammenlaufen. Bereits einmal, hieß es in England, habe diese Stadt einem Vertrage den Namen gegeben, der das Haus Stuart auf den Thron zurückgeführt. Von den Ministern des

---

1) Relatio Conferentiae vom 19. Juni.

Königs Wilhelm sei nichts Anderes zu erwarten als der Wunsch und das Streben jenen Vertrag von Breda zu erneuern [1]).

Am Abende desselben Tages, an welchem Hoffmann dies Gerücht gemeldet, erfuhr er von sicherer Hand, daß der König nur noch auf die Post von Holland warte, um in Person die letzte Denkschrift der Generalstaaten so wie diejenige des Grafen Wratislaw dem Parlamente zu übergeben, und dadurch einen Beschluß des Unterhauses hervorzurufen, der die Allianz mit dem Kaiser nach sich ziehen würde. So meldete Hoffmann am 10./21. Juni.

Am 12./23. Juni erschien der König im Oberhause und ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden. Er sanctionirte die Acte für die fernere Beschränkung der Krone u. s. w., die wir kurz als Successions-Acte bezeichnen, so wie eine lange Reihe anderer, fast durchweg Privat-Bills. Dann sprach er: „Mylords und Herren. Ich drücke Euch meinen herzlichen Dank aus für die Sorgfalt, mit welcher Ihr die Thronfolge in der protestantischen Linie festgestellt. Ich darf zugleich diese Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen, Euch kund zu geben, daß ich eben so sehr Eurer wiederholten Zusage eingedenk bin, mich in denjenigen Allianzen zu unterstützen, welche sich als besonders geeignet erweisen zum Schutze der Freiheit von Europa und für die Sicherheit von England und Holland. Euer bereitwilliges Eingehen auf meine Wünsche, den Generalstaaten Hülfe zu bringen, gereicht auch mir zur großen Befriedigung und zum erheblichen Vortheile für die allgemeine Sache. Und da mir nichts so sehr am Herzen liegt wie die Erhaltung der Freiheit Europas und die Ehre und das Interesse von England: so zweifele ich nicht diese großen Ziele zu erreichen, mit Gottes Segen und der Fortdauer Eurer bereitwilligen Mitwirkung."

„Mylords und Herren. Die Jahreszeit erfordert einen baldigen Abschluß, und der Stand der Dinge draußen verlangt durchaus meine Anwesenheit dort, sowohl um unsere Bundesgenossen zu ermuthigen, als um diejenigen Allianzen einzugehen, welche für das allgemeine Interesse die wirksamsten. Deshalb muß ich Euch die Erledigung der öffentlichen Geschäfte anempfehlen, besonders der zunächst wichtigsten" [2]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. Juni.

[2]) Commons Debates t. III, p. 161.

Es gab nicht Wenige, die von der Rede des Königs, gemäß dem vorher davon verbreiteten Gerüchte, mehr erwartet hatten. Man bezeichnete die Ausdrücke als indifferent. Vorher hatte es geheißen, daß der König die beiden Denkschriften, die holländische und diejenige des kaiserlichen Gesandten, dem Parlamente überweisen, und sie mit einer nachdrücklichen Empfehlung von seiner Seite begleiten würde. Weder das Eine noch das Andere war geschehen [1]).

Der Grund ist, daß der König dieses Antriebes bei dem Unterhause nicht mehr bedurfte. Die Stimmung der englischen Nation machte sich täglich mehr geltend. Namentlich die Grafschaft Warwick entsendete eine nachdrückliche Petition, die, maßvoller in der Form als diejenige der Grafschaft Kent, doch dem Inhalte nach vielleicht noch stärker war [2]). Nach den mannigfachen Kundgebungen solcher Art mußte die Tory=Partei sich darüber klar werden, daß ein Anstemmen wider die in der englischen Nation überwältigend daher wogende Strömung nicht mehr möglich war. Sie ließ den König in der Stille ersuchen, die Denkschriften nicht zu übergeben, gegen das Versprechen ihrerseits, aus eigenem Antriebe so zu handeln, wie es jenen Denkschriften entsprechen würde. Die Tory=Partei hoffte durch dies Entgegenkommen sich bei der Nation ein Verdienst zu erwerben, und dadurch zu erlangen, daß der vielfach geäußerte Wunsch nach der Auflösung des Parlamentes nicht in Erfüllung gehe. Der König gab der Bitte nach [3]).

Nachdem das Unterhaus in seine Räume zurückgekehrt, führten dort gerade diejenigen Mitglieder, welche bisher Einspruch erhoben wider alle Beschlüsse, die den Krieg nach sich ziehen konnten, nun kriegsdrohende Reden [4]), voran unter ihnen Seymour und Shower, der Letztere einer der angesehensten Advocaten von London. Es ward eine Adresse beantragt. Sie lautet wie folgt.

„Allergnädigster König. Wir Ew. Majestät pflichtschuldigste und loyale Unterthanen, die zum Parlamente versammelten Commons, erwiedern mit aller erdenklichen Freudigkeit Ew. Majestät unseren

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 13./24. Juni.
[2]) Abgedruckt bei Lamberty t. I, p. 511.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 24. Juni.
[4]) Lamberty t. I, p. 511.

unterthänigsten Dank für die gnädigste Thronrede, in welcher es Ew. Majestät gefallen hat zu dem Verfahren ihrer Commons Ihre Zustimmung auszusprechen. Und ferner versichern wir Ew. Majestät einmüthig, daß wir bei jeder Gelegenheit bereit sein werden Ew. Majestät beizustehen, um diejenigen Allianzen aufrecht zu halten, welche Ew. Majestät zu schließen für geeignet finden, im Vereine mit dem Kaiser und den Generalstaaten, für die Aufrechthaltung der Freiheit von Europa, der Wohlfahrt und des Friedens von England, und zu dem Zwecke die übergreifende Macht von Frankreich zu reduciren" [1]).

Die Adresse war entworfen von dem bereits genannten Shower. Der letzte und wichtigste Ausdruck — for reducing the exorbitant power of France — erschien einem Mitgliede zu stark. Er schlug vor statt: reduciren, zu sagen: hindern (preventing). Denn jener erste Ausdruck enthalte den Krieg, und zwar einen Krieg, welcher, weil vom Unterhause angeregt, für dasselbe unabsehbare Consequenzen nach sich ziehe. Der Einwand fand keinen Anklang. Das gesammte Haus verlangte die Beibehaltung des ersten Ausdruckes: reducing. Denn, obwohl die Adresse darauf berechnet war, die Tory-Partei in den Augen der erregten Nation herzustellen, so war sie doch andererseits in der Hauptsache so gehalten, daß die Whig-Partei, welche den Krieg wider Frankreich verlangte, nicht dagegen sein konnte. Sie ward daher einstimmig angenommen [2]).

Bereits am nächsten Tage traten die Mitglieder des Unterhauses als Körperschaft vor den König. Er dankte ihnen für ihre einstimmige Bereitwilligkeit. Wir Spätere, die wir tiefer in die Plane des Königs einzublicken im Stande sind, als seine Zeitgenossen in England, können darum auch klarer erfassen, daß, wenn jemals ein Dank, so dieser dem Könige von Herzen kam. Er ja hatte die Dinge so geführt, daß nun das Unterhaus ihn einstimmig bat, dasjenige zu thun, was er selber zu thun dringend wünschte. Und dennoch dankte er dann wieder in solcher Weise, daß viele der Mitglieder des Unterhauses sich noch nicht einmal für sicher hielten, ob er denn auch völlig ihre Bitte erfüllen werde.

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 162.

[2]) Hoffmanns Berichte vom 24. und 28. Juni.

Dieser Zweifel aber darf uns nicht in Verwunderung setzen, weil auch selbst der Graf Wratislaw, der aus den eigenen Reden des Königs seine Ziele vernommen, noch nicht ganz sich von aller Bedenklichkeit lossagen konnte. Der Beginn seines Berichtes erklingt wie ein Jubelruf. „Durch diesen eigenen Courier, meldet er, überschicke ich E. K. M. die allergrößte Kunde, welche man von dieser Nation hat hoffen dürfen." In dem Fortgange der Rede jedoch ringt die Anerkennung für Wilhelm III. mit dem Zweifel. „Was die Person des Königs anbetrifft, sagt Wratislaw, so wird man nach seiner Ueberfahrt in Holland bald ersehen, wohin seine letzten Gedanken gerichtet. Erfindet sich seine Gesinnung, wie ich hoffe, als günstig: so darf man mit Recht die Geschicklichkeit bewundern, welche mit Geduld im Abwarten der rechten Zeit die Dinge dahin geführt, daß man die nun zu schließende Allianz mehr diejenige des Parlamentes als diejenige des Königs nennen darf" [1]).

Die Worte bezeichnen genau die Verschiedenheit des Charakters der großen Allianz, die damals sich vorbereitete, von demjenigen der ersten im Jahre 1689, in welche Wilhelm III. eingetreten war ohne das Wissen und ohne die Zustimmung des Parlamentes von England. Auf die wiederholten Wünsche des Kaisers, daß der König an jener ersten Allianz das Parlament mit betheiligen möge, hatte Wilhelm III. sich ablehnend verhalten. Die Lage der Dinge hatte seitdem sich anders gestaltet. Seit der Umwälzung in Spanien ging das Trachten Wilhelms III. dahin, vom Parlamente her zu einer neuen Allianz aufgefordert, ermächtigt zu werden. Dieses Ziel hatte er nun erreicht. Indem er es erreichte, entsprach er zugleich in aller Beziehung den Wünschen des Kaisers Leopold. Daher durfte Wilhelm III. von Wien aus der vollen Anerkennung sicher sein. Sie ward ihm, und zwar nicht versetzt mit irgend welchem Zweifel. Der Kaiser Leopold schrieb an den König Wilhelm wie folgt [2]).

„Nachdem die Berathungen des Parlamentes über den gegenwärtigen Stand der Dinge uns längere Zeit in Spannung erhalten, hat der einstimmige Beschluß der Adresse, welche E. D. ersucht, mit uns und den Generalstaaten ein Bündnis zu schließen, um die allgemeine

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 24. Juni.

[2]) Anlage II.

Freiheit Europas zu behaupten und die übergreifende Macht Frankreichs zu reduciren, uns nicht wenig erfreut. Und da wir vollaus überzeugt sind, daß wir diesen so sehr erwünschten Erfolg, diese herrliche, einstimmige Willenserklärung der englischen Nation für einen so heilsamen Zweck hauptsächlich der vollendeten Umsicht und der maßvollen Leitung E. D. beizumessen haben: so halten wir, in so fern wir betheiligt, E. D. uns in besonderer Weise verpflichtet. Wiewohl daher nach einem so glänzenden Erweise des besten Willens E. D. uns kein Grund übrig bleibt zu zweifeln, daß E. D. nun so bald wie möglich die Wünsche Ihres Volkes zur That machen werden: so vertrauen wir doch auch zugleich, es werde dem Billigkeitssinne E. D. nicht zuwider sein, daß wir um die baldigste Erneuerung des Bündnisses und die uns nothwendige Hülfe brüderlich und dringend ersuchen. Denn bereits rollen in Italien die Würfel des Krieges, den wir dort unternommen im Vertrauen einerseits auf unsere gerechte Sache, andererseits, wie E. D. wohl bekannt, auf die Hülfe unserer Freunde."

Die Folgezeit wird ergeben, daß Wilhelm III. dennoch die bisher bewiesene Haltung nicht aufgab.

Darum auch war man in England geneigt, weniger der Führung des Königs als den Kundgebungen der Stimmung der Nation diese Wendung beizumessen. Am Tage der Ueberreichung der Adresse selbst meldet Hoffmann: „Man ist für dieselbe lediglich dem Volke verpflichtet, ich meine der englischen Nation im allgemeinen; denn die Haltung derselben ließ diejenige Partei, welche bisher die Beschlüsse zu Gunsten des Krieges gehindert, große Gefahren für sich befürchten" [1]). Demgemäß meldet er einige Tage später: „Es ist nicht zu beschreiben, welche Freude die Adresse des Unterhauses in der englischen Nation hervorgerufen hat" [2]).

Dennoch traten darum die Parteien der Whigs und der Tories einander nicht näher, und demgemäß auch nicht die beiden Häuser des Parlamentes. Die Differenz betraf augenfällig die vier Lords, welche die Tory-Mehrheit des Unterhauses vor dem Oberhause angeklagt hatte. Die Whig-Mehrheit des Oberhauses versammelte sich in Westminster-

---

1) Hoffmanns Bericht vom 24. Juni.

2) Desgleichen vom 28. Juni.

Hall, nahm, ungeachtet aller Proteste der Tories, den Proceß vor, und sprach in formeller Weise zuerst den Lord Somers frei, dann den Grafen Orford, endlich die Lords Halifax und Portland [1]).

Nicht indessen um diese Personen handelte es sich. Die Maßlosigkeit des Vorgehens von Seiten beider Parteien wider einander hatte tiefere Gründe. Die Tory-Partei hatte den Anfang gemacht durch ihr leidenschaftliches Vorgehen wider die Berather des Theilungsvertrages. Es ward ihr lange nicht klar, daß sie durch diesen Eifer, indem sie dabei die wider Frankreich gereizte Stimmung der Nation zu wenig beachtete, den Gegnern in die Hände arbeitete. Die Whig-Partei suchte dann mit Absicht die Differenz aufs höchste zu treiben, um den König zu nöthigen, das Parlament aufzulösen. Denn, im Falle von Neuwahlen, stellte die kriegeseifrige Strömung der Nation, welcher die Tories nur zögernd gewichen waren, die Mehrheit für die Whig-Partei in Aussicht.

Nachdem das Oberhaus, oder richtiger, die darin überwiegende Whig-Partei, die Lords Halifax und Portland freigesprochen, ward dort die Frage angeregt, ob es zweckmäßig sei den König durch eine Adresse zu ersuchen, daß er das Unterhaus, dessen Thun und Lassen die Verfassung des Königreiches in die Gefahr der Zerrüttung bringe, auflösen möge. So am 23. Juni/4. Juli. Der König hatte sich dieser Differenz der beiden Häuser gegenüber bisher verhalten, als sei sie für ihn nicht da. Auf die Kunde jener Berathung entschloß er sich zum sofortigen Eingreifen. Er hatte sich bereits von Kensington aus in die Stadt begeben, um am Nachmittage das Parlament zu vertagen. Auf jene Kunde erschien er sofort im Oberhause, und ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden. Als die Mitglieder sich angesammelt, trat der Sprecher Harley vor den König, bot die beschlossenen Geld-Bills dar und sprach: „Ew. Majestät lege ich mit großer Freude und Befriedigung diese Bills vor; denn das Haus Ihrer Gemeinen hat alles erfüllt, was Ew. Majestät bei dem Zusammentritte von ihm zu wünschen geruht haben. Sie haben die Successions-Bill gemacht, welche die Krone in der protestantischen Linie vererbt und die von Ew. Majestät hergestellte Freiheit Englands bewahrt. Sie haben Sub-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 5. Juli.

sidien bewilligt mehr als jemals in einer Friedenszeit, um Ew. Majestät während des Aufenthaltes außerhalb des Königreiches in den Stand zu setzen, Ihre Bundesgenossen zu unterstützen, sei es um einen dauernden Frieden zu beschaffen, sei es die Freiheit Europas aufrecht zu halten durch einen nothwendigen Krieg" [1]).

Der König sanctionirte die ihm vorgelegten Bills. Dann sprach er seinen Dank aus für den großen Eifer, den das Parlament für das Gemeinwohl bewiesen, insbesondere dem Unterhause für die Bewilligung der erforderlichen Mittel, so wie für die Aufforderung an ihn, in Bündnisse zur Erhaltung der allgemeinen Freiheit Europas einzutreten. Er versprach, die Nation nicht in unnöthige Ausgaben zu verwickeln, und getröstete sich im Voraus der Zustimmung des Parlamentes zu den abzuschließenden Verträgen.

Dann ließ er die Vertagung aussprechen, zunächst bis in den Monat August.

Heimgekehrt, schrieb der König an Heinsius die Worte nieder: „Gott sei es gedankt! Endlich habe ich heute das Parlament vertagt. Mit Gottes Hülfe denke ich am nächsten Montage mich einzuschiffen" [2]).

Es galt die Ansicht, daß die Rede Harleys, indem sie den Krieg in Aussicht nahm, bezweckte die Tory-Partei in den Augen der Nation herzustellen. Demselben Zwecke schien dann der Dank des Königs dienen zu müssen, namentlich da er seine volle Zufriedenheit kund gab. Die Whig-Partei war darüber sehr erregt. Man werde Mittel und Wege finden, hieß es bei den Mitgliedern dieser Partei, den König zu nöthigen, auch wider seinen Willen dieses Parlament aufzulösen. Das hauptsächliche Mittel sollte sein ein Adressensturm aus dem Königreiche [3]). Diese Erregung stieg, als in den nächsten Tagen der König an der Stelle des gestorbenen Geheimsiegel-Bewahrers Tankerville drei Commissarien ernannte, sämmtlich Tories, unter ihnen einen Sohn des Lords Musgrave, der sich im Oberhause als einen der heftigsten Widersacher des Krieges hervorgethan. Dies schien zur Genüge anzudeuten, daß der König auch ferner mit den Tories gehen wolle [4]).

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 182.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 84.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 8. Juli.

[4]) Desgleichen vom 12. Juli.

Jedoch auch andere Thatsachen kamen zur Kunde. Bevor der König aufbrach, ersuchten die Lords Somers, Orford, Halifax sich zum Abschiede ihm vorstellen zu dürfen. Wir erinnern uns, daß das Unterhaus, d. h. die in demselben überwiegende Tory-Partei, den König durch eine Adresse ersucht hatte, jene drei Lords aus seinem Dienste und von seiner Person fern zu halten. Nun ließ der König sie nicht bloß vor, sondern empfing unter ihnen den Lord Somers mit offenen Armen. Die Whigs schöpften aus dieser Thatsache die Hoffnung, daß der König doch endlich wieder zu ihnen treten werde. Die Tories ihrerseits, indem sie dies besorgten, waren entschlossen fortan alles nach den Wünschen des Königs zu bewilligen, damit nur er dies Parlament nicht auflöse, die Tory-Minister nicht entlasse [1]).

In der That hatte dieser Partei Niemand so sehr geschadet als sie selbst. Es ist sehr merkwürdig, daß ein Unterhaus, welches die wichtigsten Beschlüsse gefaßt, welches die Successions-Acte festgestellt, und welches einstimmig dem Könige die Vollmacht zu einem der voraussichtlich schwersten, aber von der Nation fast geforderten Kriege gegeben, dennoch den Unmuth der Nation wider sich heraufbeschworen hatte, nicht freilich weil es den letzteren Beschluß gefaßt, sondern weil es ihn so spät gefaßt hatte. Die Kundgebungen wider die Tory-Partei waren stark. Das Oberhaus erhielt eine sehr nachdrücklich abgefaßte Dankadresse, welche sich gibt als diejenige der Stadt London und des Landes. „Ihr, Mylords, heißt es darin, habt uns dargethan, daß weder die Kraft des Goldes von Frankreich, noch die Macht seiner Waffen es vermögen, Euch zu beugen und Euch dahin zu bringen, die allgemeine Sicherheit oder die öffentliche Wohlfahrt zu vernachlässigen" [2]). — Mit dem Eintreten der Vertagung hörte die Haft auf, in welcher die fünf Deputirten der Grafschaft Kent für die Ueberreichung ihrer Adresse bis dahin gehalten waren. Es folgte für sie eine andere Zeit. Einen Tag um den anderen wurden ihnen zu Ehren von den Körperschaften der Stadt London Gastmähler veranstaltet, an denen die vornehmsten Lords der Whig-Partei Antheil nahmen. Man toastete dann auf die Auflösung des Parlamentes, auf die Berufung eines neuen.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 15. Juli.

[2]) Lamberty t. I, p. 513.

An den Schaufenstern sah man die Bildnisse der fünf Männer mit der Unterschrift: non auro patriam, gleich als seien die Gegner feil für französisches Gold. Die Grafschaft Kent bereitete den fünf Männern eine feierliche Einholung vor, mit tausend Pferden [1]).

Anders stand es um den Empfang für die heimkehrenden Tories. Sie beriefen sich auf den Dank, den ihnen der König noch bei der Vertagung ausgesprochen. Wir vernehmen in einer einige Wochen später für den König abgefaßten Denkschrift den starken Ausdruck, daß die Tories dieses Dankes bedurften wie eines Schildes, um mit Sicherheit heim zu kehren [2]). Sie beriefen sich ferner auf ihre Fürsorge für englisches Eigenthum in fremden Häfen und auf fernen Meeren. Hunderte von Schiffen, sagten sie, würden in Gefahr gekommen sein, wenn sie den Beschluß der letzten Adresse eher gefaßt hätten. Der Eindruck, den diese Vertheidigung machte, ward aufgehoben durch die eben damals einkommende Nachricht, daß der König von Portugal nach langem Schwanken und Zaudern ein Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich und Spanien geschlossen habe. In der Meinung der Engländer fiel die Einbuße dieses wichtigen Verbündeten, den man hätte haben können, der Tory-Partei zur Last, nämlich ihrem Hinauszerren der wichtigsten Beschlüsse [3]).

Die Angelegenheit des Bündnisses von Portugal mit der bourbonischen Macht berührte das englische National-Interesse unzweifelhaft in sehr nachtheiliger Weise, und darum ist es erforderlich, noch mit einigen Strichen die Sache weiter zu beleuchten.

Es war dem französischen Einflusse in Lissabon gelungen, den König Don Pedro nach langem Zaudern zum Abschlusse einer Allianz zu bewegen. Es ist charakteristisch für die spanischen Staatsmänner, den Cardinal Portocarrero und Don Manuel de Arias, den Präsidenten von Castilien, daß sie den Beitritt ihres Königs zu hindern suchten. Don Manuel trug seine Meinung in nachdrücklicher Weise dem jungen Könige vor. In heftiger Erregung trat er eines Morgens vor Philipp V. und begann: „Sire, da Ew. Majestät zu wissen

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 15. Juli.

[2]) Hardwicke's collection of State papers, vol. II, p. 445.

[3]) Hoffmanns Berichte vom 12., 15., 19. Juli.

verlangen, warum ich gegen den Vertrag mit Portugal rede: so will ich Ihnen etwas eröffnen, was ich weder im Staatsrathe, noch dem französischen Gesandten gegenüber zu sagen verpflichtet bin". Dann legte er, um zu betheuern, daß er die Wahrheit sage, die Hand aufs Herz, und fuhr fort: „Sire, mein Grund ist der, daß Portugal Ihnen gehört, ganz wie mein Käppchen mir". Bei diesen Worten nahm er, um seinen Vergleich desto anschaulicher zu machen, sein Käppchen ab [1]).

Aehnlich redeten andere Castilianer und beriefen sich dafür auf den pyrenäischen Frieden. Sie ließen außer Acht, daß gerade darum, weil Ludwig XIV. wider den pyrenäischen Frieden Portugal in dem Kampfe gegen Spanien aufrecht erhalten, jenes seine Selbständigkeit errungen hatte, die ihm dann durch den Friedensschluß von 1668 verbürgt worden war. Wenn nun noch, im Jahre 1702, der castilische Hochmuth von einer Bezwingung Portugals, von einem Kriege gegen dasselbe träumte: so hätte die Ausführung dieses Gedankens Niemandem erwünschter kommen können als der Kriegspartei in England, als dem Könige Wilhelm III. Es gelang daher den Franzosen in der Umgebung Philipps V. sehr leicht ihn zu überzeugen, daß der Allianz-Vertrag mit Portugal durchaus in seinem Interesse liege. Der junge König erschien im Staatsrathe und zeichnete schweigend den Vertrag [2]).

Einsichtige Franzosen in Madrid verhehlten sogar nicht, daß sie auch ungeachtet des Vertrages der Sache noch nicht traueten. Louville schrieb darüber an Torcy: „Unsere Lage hier ist grausam. Sie wird sich noch verschlimmern durch den Krieg, wenn einmal Portugal mit englischer Hülfe sich einmengt. Und es wird sich einmengen. Sie in Versailles setzen zu viel Vertrauen in den König Don Pedro. Ich sage Ihnen ganz offen, daß, wenn ich an seiner Stelle wäre, ich mein Hemd verkaufen würde, um Spanien anzugreifen" [3]).

Diese Ansicht, daß das Interesse des Königs von Portugal ihn zu England hindränge, galt namentlich in England selbst, und fand dort den lebhaftesten Vertreter in dem Grafen Sunderland. Bei aller seiner Befähigung hatte er doch vorgezogen, dem Sturme des Hasses

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 165.

[2]) Die Hauptzüge desselben bei Lamberty t. I, p. 547.

[3]) Mémoires de Louville t. I, p. 163.

wider ihn rechtzeitig aus dem Wege zu gehen, und hatte fernab in der Stille von seinem Schlosse Althorp aus die Kämpfe der Parteien im Parlamente überblickt. Nach der Vertagung erschien er in London, um hinzuweisen auf die Einbuße eines Bündnisses mit Portugal, um von dieser Thatsache aus seine Stimme geltend zu machen für die Whig-Partei. Es sei unmöglich, sagte er, daß bei dieser Zertrennung und Zerrissenheit der Gemüther das bisherige Parlament fortbestehen könne [1]).

Bei der Stimmung der englischen Nation konnten die Tories den Vorwurf, daß um ihres Zauderns willen die Gelegenheit zum Bündnisse mit Portugal verloren sei, nicht leicht nehmen. Um zu entkommen, versuchten sie ein Mittel, welches ihre Verlegenheit darüber hell beleuchtet. Der Graf Nottingham trat zu dem kaiserlichen Residenten Hoffmann mit dem Ersuchen, in seinen Unterredungen den Vertrag Portugals mit Frankreich nicht dem Verhalten des Unterhauses beimessen zu wollen. „Aber wie soll ich vermögen, fragte Hoffmann, einer ganzen Nation das Gegentheil einer Folgerung einzureden, welche allgemein als unabweisbar angesehen wird, zumal in einem Lande, wo vom Höchsten bis zum Geringsten Jeder trachtet sich seine eigene Meinung zu bilden? — Vermag dagegen Ihre Partei anzukämpfen, so können Sie sich auf mich in so weit verlassen, daß ich nicht beitragen werde, die Gemüther noch mehr zu verbittern als es bisher schon geschehen." Nottingham nahm dies dankend entgegen, mit der Bemerkung, daß Hoffmann bei seiner ausgebreiteten Bekanntschaft der Tory-Partei vielen Schaden zufügen könne, und darum durch ein so maßvolles Verhalten sie sehr verpflichten würde. Nottingham versicherte, daß die Partei sich aufs äußerste bemühen werde, das Interesse des Kaisers zu befördern. — Hoffmann zweifelte nicht an der Aufrichtigkeit dieser Worte; aber er erkannte den Grund. Die Stimmung der englischen Nation war eine solche geworden, daß, wenn überhaupt noch für die Tory-Partei eine Hoffnung bestand sich in ihrer Stellung zu behaupten, sie zu finden war nur durch die Bethätigung der in der letzten und entscheidenden Adresse ausgesprochenen Gesinnung [2]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. Juli.

[2]) Desgleichen.

Unterdessen war der König Wilhelm bereits am 3./14. Juli auf dem Festlande eingetroffen. Wir haben also unsere Blicke nach dem Haag zu richten, um zu ersehen, wie inzwischen dort die Dinge sich gestaltet hatten.

Es waren damals reichlich drei Wochen verflossen seit der Conferenz des französischen Botschafters Avaux mit den holländischen Deputirten und dem Engländer Stanhope, in welcher der letztere geltend gemacht, daß über die dem Kaiser gebührende Satisfaction der kaiserliche Gesandte befragt werden müsse, während dagegen Avaux jeden Anspruch des Kaisers verneinte. Nach der entscheidenden Adresse des englischen Unterhauses vom 12./23. Juni erhielt Stanhope vom Könige in Betreff der Hinzuziehung des kaiserlichen Gesandten zu den Conferenzen eine bestimmtere Instruction.

Es war für Stanhope eine schwierige Aufgabe, seinen Auftrag dem französischen Botschafter kund zu thun. Er schlug zu diesem Zwecke ein besonderes Verfahren ein. Er erfuhr, daß der Botschafter Avaux dem Spanier Don Quiros, der von einer Reise zurückgekehrt war, einen Besuch machen würde. Auch Stanhope begab sich dahin. Nachdem man eine Weile von indifferenten Dingen geredet, begann Stanhope, daß er die Gelegenheit dieses Zusammentreffens benutze, um einen erhaltenen Befehl mitzutheilen. Er habe nämlich zu erklären: der König von England beharre bei dem ersten Puncte der Vorschläge, daß dem Kaiser, von dessen Interesse er sich niemals trennen werde, in Betreff der spanischen Monarchie eine entsprechende Satisfaction gebühre. — Bei diesen Worten sprang Avaux auf, lief im Zimmer auf und ab, und brach dann mit den Worten hervor: es sei ein völlig neues Verfahren bei einem Besuche am dritten Orte eine Erklärung abzugeben, die in eine vorher angesagte Conferenz gehöre. Stanhope erwiederte: da der Botschafter Quiros an den Conferenzen keinen Antheil nehme, so habe er diese Gelegenheit für geeignet gehalten. Auch laute sein Befehl nicht dahin eine Conferenz zu begehren, sondern die Gesinnung seines Königs nach Zeit und Gelegenheit kund zu thun. Avaux rief: er nehme dort keine Erklärung an. Stanhope versetzte: ihm genüge, seinen Befehl ausgeführt zu haben. Quiros hatte bis dahin geschwiegen.

Dann äußerte er: es scheine ihm, daß eine solche Erklärung den Krieg herbeiziehe. Stanhope erwiederte, daß sie die Erhaltung des Friedens bezwecke. Wenn man sie anders ansehe, so falle das nicht ihm zur Last. — Einige Stunden später enteilte ein französischer Courier nach Versailles [1]).

Weitere Schritte nach dieser oder nach jener Seite unterblieben bis auf die Ankunft des Königs von England, am 14. Juli.

Am Tage nach seiner Ankunft begab sich der König zuerst in den Staatsrath und dann in die Versammlung der Generalstaaten. Hier hielt er eine merkwürdige Ansprache. Wie die Thronreden des Königs im englischen Parlamente sein geistiges Eigenthum sind, wenn auch hier und da vielleicht in der Form gemäß dem Rathe englischer Minister geändert: so tragen diese seine Worte an die Generalstaaten ganz und gar sein individuelles Gepräge. Die Rede lautet wie folgt [2]).

„Ich bin immer mit Freuden in dieses Land gekommen, aber besonders dies Mal bei der traurigen Lage der Dinge, weil ich wohl erkenne, daß meine Anwesenheit hier für die Wohlfahrt des Staates sehr nothwendig ist. Ich hatte gehofft und gewünscht, den Rest meines Lebens in Ruhe und Frieden zu verbringen, und beim Ende meiner Tage diesen Staat friedlich und blühend zu hinterlassen. Dafür habe ich beständig gearbeitet und besonders seit dem letzten Friedensschlusse. Aber seit kurzem sind in den Angelegenheiten Europas so große Veränderungen eingetreten, daß man nicht wissen kann, wohin nach dem Willen der göttlichen Vorsehung die Dinge ausschlagen werden. Indessen, ob sie ohne noch weitere Verwirrung beigelegt werden, oder ob wir abermals uns genöthigt sehen zu den Waffen zu greifen — das Eine will ich Euch, Hochmögende Herren, versichern, daß ich beharren werde in derselben Zuneigung und demselben Eifer wie immer bisher, für den Dienst und die Wohlfahrt dieser Länder, und daß ich nach allem meinem Vermögen beitragen werde in allem was dienen kann das Wohl der Republik zu befördern, ihre Freiheiten und ihre Religion zu erhalten, und ihre Sicherheit zu bewahren, so wie diejenige von ganz Europa. Ich bin hoch erfreut hier noch alle Dinge in einem ruhigen Zustande zu finden, was, nach dem Segen des allmächtigen Gottes,

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 5. Juli.

[2]) Lamberty t. I, p. 513.

der Kraft und Einmüthigkeit beizumessen ist, mit welcher Ihr, Hochmögende Herren, den Beschluß gefaßt habt, Euch in Vertheidigungsstand zu setzen. Nach meiner Ueberzeugung werden auch alle Verbündete nach Kräften in derselben Richtung thätig sein. Denn ich betrachte dies als das einzige Mittel entweder einem Bruche zuvorzukommen, oder, wenn ein neuer Krieg unvermeidlich, die Republik zu schützen wider die Gefahr, welche aus der gegenwärtigen Vereinigung so großer Mächte gegen sie heranwächst. Unterdessen gereicht es mir zu einer großen Befriedigung Euch, Hochmögende Herren, nicht bloß meine eigene Zuneigung zu versichern, sondern auch diejenige der gesammten englischen Nation, so wie ihre Bereitwilligkeit, der Republik beizustehen, und mit Nachdruck für ihre Vertheidigung beizutragen, so wie für alles was dient zur gemeinsamen Sicherheit. Darauf dürft Ihr, Hochmögende Herren, mit Zuversicht bauen. Ich hoffe, daß der gütige Gott die Mittel segnen wird, die uns zu dem vorgesteckten Ziele führen sollen, seien es die Unterhandlungen, seien es, im Falle des Zwanges, die Waffen. Dies Ziel aber ist eine vernünftige Sicherheit für die allgemeine Sache, und im besonderen die Erhaltung der Republik bei ihrer Religion und ihrer Freiheit. Es gibt nichts, was ich so sehr ersehne, und ich werde dafür meine ganze Kraft einsetzen. Dies habe ich zur Zeit hier aussprechen wollen, und empfehle mich im Uebrigen der Fortdauer des Wohlwollens Euer Hochmögenden."

Die Antwort derselben war der Widerhall der Rede des Königs, eng verwoben mit ihrem Danke für ihn. „Ew. Majestät, sagen sie zum Schlusse, haben durch Ihre weise und kraftvolle Leitung uns oft aus den größten Gefahren gezogen, und werden mit Gottes Hülfe uns auch aus derjenigen führen, in der wir zur Zeit uns befinden."

Der König hatte Gewicht gelegt auf den Vertheidigungsstand, in den die Republik sich bereits gesetzt. In der That war sie darin England weit voraus. Bereits in den Monaten Januar und Februar war dafür geräuschlos eine Million nach der anderen bewilligt. Im Sommer war der Bestand der Landtruppen bereits höher als in dem vorigen Kriege. Ferner lagen vierzig Linienschiffe segelfertig, von denen auf die Stadt Amsterdam die Hälfte kam [1]).

---

[1]) Lamberty t. I, p. 516.

In Folge der Ankunft des Königs im Haag, trat die von Wien aus unablässig betriebene Frage des Abschlusses der Allianz heran. Es fanden sich zusammen der Rathspensionär Heinsius und der kaiserliche Gesandte bei der Republik, Graf Goes, ferner der kaiserliche Gesandte für England, Graf Wratislaw, der dem Könige gefolgt war, und als englischer Bevollmächtigter der Graf Marlborough.

Heinsius eröffnete, daß die beiden Seemächte bereit seien zur Allianz mit dem Kaiser. Allein es komme an auf den Beginn derselben. Es liege der Republik daran, daß ihre Verbündeten so wie ihre Unterthanen, den bevorstehenden Krieg nicht als einen offensiven ansähen. Eben dasselbe sei erforderlich wegen der verwickelten Verfassung der Republik. Darum sei es nothwendig noch einige Zeit den Unterhandlungen zu widmen, damit Jedermann nach außen, insbesondere aber die Unterthanen der Republik, erkenneten, daß nach dem Fehlschlagen aller gütlichen Mittel der Krieg zum Zwecke der Selbsterhaltung durchaus unvermeidlich und nothwendig sei. Die zweite wesentliche Frage sei das Ziel der Allianz: man dürfe nur das Mögliche verlangen wollen [1]).

Die kaiserlichen Gesandten machten gegen den ersten Punct lebhafte Einwendungen geltend, sowohl bei Heinsius, wie dann auch bei dem Könige persönlich. Sie hoben die Consequenz hervor, daß demnach die Seemächte in dem Feldzuge des Jahres 1701 nicht mehr zu einer Thätigkeit kommen, daß der Kaiser allein für dieses Jahr den Krieg zu tragen habe. Der Einwand vermochte nicht den König und Heinsius umzustimmen.

Die kaiserlichen Gesandten sahen sich daher genöthigt einzuwilligen, daß auch nach abgeschlossener Allianz eine Frist von zwei Monaten gestellt werde, binnen welcher Frankreich sich über die Satisfaction für den Kaiser und die Sicherheit für die Republik zu erklären habe.

Dann jedoch handelte es sich um die andere Frage: wie weit das Ziel der Allianz zu stecken sei. So oft diese Frage erörtert war, im Haag wie in London, und dann wiederholt in Wien, hatte man doch bis dahin sich nicht einigen können. Von kaiserlicher Seite wünschte man in erster Linie die Erneuerung der Allianz von 1689, deren

---

1) Bericht der Gesandten Goes und Wratislaw vom 19. Juli.

geheimer Artikel dem Kaiserhause das gesammte spanische Erbe zusprach. Für diese Forderung ward namentlich geltend gemacht, daß jede andere Feststellung auf die Spanier dieselbe Wirkung übe wie der frühere Theilungsvertrag, demnach auch die sonst kaiserlich Gesinnten unter den Spaniern der Macht Frankreich zutreibe. Dagegen sei der Kaiser erbötig sich in besonderer Weise den Seemächten zu verpflichten, daß er nicht das Unmögliche verlange, sondern bereit sei nachzulassen. In erster Linie daher sei es besser keine Länder namhaft zu machen. — Wenn jedoch die Seemächte die Benennung verlangten: so seien es außer Belgien die alten Besitzungen der spanischen Krone in Italien[1]).

Es ist derselbe Gedanke, der in Anlaß des zweiten Theilungsvertrages, wiederholt von Wien nach Versailles hin ausgesprochen war, in der einfach kurzen Formel: Tausch der Portionen.

Der König Wilhelm III. und Heinsius dagegen hielten an dem Gedanken, daß man in dem Vertrage der Allianz nur den Wiedergewinn von Belgien und Mailand namhaft machen dürfe, ohne darum sich darauf beschränken zu wollen. Sie stellten den kaiserlichen Gesandten die Frage entgegen: ob sie glaubten, daß Ludwig XIV. jene beiden Länder gutwillig hergeben werde. Nicht, um dem Hause Bourbon das Uebrige zu belassen, suchten Wilhelm III. und Heinsius die ausdrückliche Forderung der Satisfaction für den Kaiser auf Belgien und Mailand zu beschränken, sondern von dem Bestreben aus, den Krieg um so mehr als unvermeidlich und nothwendig darzustellen, wenn Frankreich auch sogar die mäßigsten Forderungen zurückweise.

Anders der Standpunct der kaiserlichen Gesandten. Belgien, sagten sie, ist für die Seemächte die Barriere gegen Frankreich, für den Kaiser dagegen ein Besitz, dessen Last den Vortheil fast völlig aufwiegt. Eine ähnliche Barriere dagegen für die kaiserlichen Erblande sind Neapel und Sicilien; denn jene Länder im Besitze des Hauses Bourbon würden eine stete Bedrohung von Süden her sein. Der Papst weigert bisher dem Herzoge von Anjou die Belehnung mit diesen beiden Königreichen: die Nicht-Benennung derselben dagegen in einer Allianz zu Gunsten des Kaisers könnte dem Papste erscheinen wie ein

---

[1]) Die Berichte der Gesandten Goes und Wratislaw im Sommer 1701, so wie eine Reihe von Conferenz-Protokollen.

Preisgeben derselben, und ihn bewegen die Belehnung zu ertheilen. Mailand endlich ist ein Lehen des Reiches, ohne dessen Rückforderung das Reich als solches sich nicht waffnen wird: darum ist die Benennung des einen Landes in dem Vertrage der Allianz eben so wichtig wie diejenige der anderen [1]).

Bei Heinsius stand entgegen, daß die Stadt Amsterdam sich nicht weiter einlassen werde als auf die Benennung von Belgien und Mailand in dem Vertrage.

Es kam also an auf den englischen Bevollmächtigten. Marlborough hatte der Verhandlung der Kaiserlichen mit Heinsius schweigend zugehört. Nachdem jene hinweg gegangen, trat er bei Heinsius für ihre Forderungen ein. Er versicherte, daß ein Vertrag, welcher nicht Sorge trage für die Länder am Mittelmeere und für Westindien, in England keine Zustimmung finden werde. Er entwickelte seine Gründe auch dem Könige, welcher sie anerkannte. Auf England gestützt, übernahm daher Heinsius die Stadt Amsterdam zur Einwilligung zu bewegen [2]).

Demnach kamen die Vertreter der drei Mächte überein, auch den Wiedergewinn der Königreiche Neapel und Sicilien als Ziele der Allianz zu benennen. Dagegen verlangten Heinsius und Marlborough die Zusage, daß etwaige Eroberungen in Indien den Holländern und Engländern verbleiben sollten. Goes und Wratislaw gaben im Principe zu; aber sie verlangten die ausdrückliche Sicherstellung der katholischen Religion. Marlborough erwiederte, daß weder der König noch er dem Parlamente gegenüber dies auf sich nehmen könne [3]).

Nachdem eine Reihe einzelner Puncte in verschiedenen Beredungen mündlich oder schriftlich festgestellt war, und der König auf den Vortrag von Heinsius und Marlborough in dieselben gewilligt, legte Heinsius einen vollständigen Entwurf vor. Die kaiserlichen Gesandten waren sehr zufrieden, namentlich mit dem zweiten Artikel, welcher den

---

[1]) Bericht von Goes und Wratislaw vom 19. Juli.

[2]) Bericht Marlboroughs an Godolphin, in Coxe's life of Marlborough t. I, p. 95.

[3]) Bericht von Goes und Wratislaw vom 25. Juli. Auch für das Folgende. Der Bericht bei Lamberty t. I, p. 619, ist ungenau. Dykvelt war bei der Unterhandlung nicht betheiligt.

rechtmäßigen Anspruch des Kaisers auf das spanische Erbe ohne eine Beschränkung enthielt. In den folgenden Artikeln wurden hier oder da Veränderungen vorgeschlagen, und dann entweder angenommen oder zurückgewiesen. Der Entwurf ward in Einer Berathung erledigt, am 24. Juli.

Dann jedoch eröffnete Heinsius, daß er in dieser Angelegenheit bisher nur als Minister des Königs von England gearbeitet, daß den Staatsmännern der Republik diese Sache noch nicht vorgelegen habe, und darum einstweilen das Geheimnis bewahrt werden müsse.

Alsdann berieth man, wie man fortan dem französischen Botschafter Avaux gegenüber in den Conferenzen sich zu verhalten.

Es bedurfte dessen nicht mehr; denn bereits am nächsten Morgen, dem 26. Juli, erschien Avaux bei dem Rathspensionär, um ihm anzukündigen, daß sein König ihn abberufe. Er betheuerte, daß er für seine Person nichts sehnlicher gewünscht hätte als die alte Freundschaft zwischen Frankreich und der Republik zu erneuern. Dann begab Avaux sich zu Dykvelt, als dem Präsidenten der Generalstaaten für die Woche. Er überreichte eine Denkschrift und ein Schreiben des Königs an die Generalstaaten. Dykvelt brachte beide Schriftstücke an die Deputation für die geheimen Angelegenheiten. Zuerst ward die Denkschrift verlesen. Alle Umstände sprachen dafür, daß sie so wie sie war, nicht von dem Botschafter abgefaßt, sondern fertig von Versailles gekommen war. Die Denkschrift nahm den hauptsächlichen Grund der Abberufung her von der Forderung Stanhopes, den kaiserlichen Gesandten zu den Conferenzen zu ziehen. Aber sie verbreitete sich über die ganze Sachlage in einer Redeweise, wie sie sonst von Souverän zu Souverän nicht üblich. Die Zuhörer stutzten über die auch von dem Hofe von Versailles her ungewöhnlichen scharfen Ausdrücke, namentlich über den Vorwurf der blinden Unterwürfigkeit der Generalstaaten vor dem Willen des Königs von England [1]). Einige riefen: die Schrift sei einer Kriegserklärung gleich. Andere erwiederten: so insolent die Schrift, so dürfe man darum doch nicht abbrechen, sondern müsse zuvor in einer Conferenz von dem Botschafter eine Erläuterung verlangen. Bis dahin hatte Dykvelt das königliche Handschreiben zurückbehalten. Er überlieferte

---

[1]) La soumission aveugle pour les sentiments de S. M. B.

dann auch dies mit der Bemerkung, daß es das Räthsel wahrscheinlich lösen würde. Das Handschreiben wiederholte kurz und trocken die Ankündigung der Abberufung des Botschafters, mit einigen herben Verweisen für die Generalstaaten. Demnach war von einer Conferenz mit Avaux nicht mehr die Rede, sondern von einer nachdrücklichen Antwort auf die Denkschrift [1]).

Was immer die französische Politik mit dieser Abberufung zu erreichen hoffte: es fragte sich sehr, ob die Lenker der Republik Ursache hatten damit unzufrieden zu sein.

Denn überblicken wir die Lage der Dinge.

Ludwig XIV. wollte damals nicht den Krieg, sondern zunächst die Befestigung des für das Haus Bourbon erworbenen Besitzes durch den Fortbestand des Friedens. Die Leiter der Republik wollten den Krieg, weil sie die Fortdauer des Zustandes, welcher geworden war in Folge der Annahme des spanischen Testamentes, ansahen als gemeingefährlich für Europa und insbesondere für die Republik, weil darum der Krieg ihnen erschien als unvermeidlich und nothwendig für die eigene Sicherheit und Freiheit. Aber es kam ihnen zunächst darauf an, daheim und nach auswärts den Krieg, den sie beabsichtigten, als einen Defensiv-Krieg geltend zu machen. Der Entwurf der Allianz mit dem Kaiser und mit England lag fertig vor: er sollte den einzelnen Provinzen mitgetheilt werden. Und in denselben Tagen ließ Ludwig XIV. die Abberufung seines Botschafters ankündigen mit Ausdrücken, die, weil kränkend und verletzend, zugleich provocirend wirken mußten. Der französische Misgriff beschränkte sich nicht einmal auf die Ueberreichung der hochfahrenden Denkschrift an die Generalstaaten. Der Botschafter ließ sie sofort drucken.

Und daraus entwickelte sich der volle Vortheil für die Führer der Republik, oder, sagen wir es kurz, für Heinsius. Es ergab sich für ihn die Gelegenheit in einer Antwort auf die französische Denkschrift jeden einzelnen Punct derselben zu erörtern, jeden Vorwurf zu widerlegen, oder auch zurückzuwenden und durch die sofortige Veröffentlichung die Gemüther in der Republik vorzubereiten auf die Vorlage der Allianz.

---

[1]) Fast wörtlich nach dem Berichte des Grafen Goes vom 29. Juli.

Jede Zeile der von Heinsius verfaßten holländischen Antwort auf jene hochfahrende französische Schrift läßt erkennen, daß er bei der Abfassung immer dieses Ziel sich gegenwärtig gehalten. Es war für ihn nicht die Hauptsache, das französische Memoire zu widerlegen, sondern durch die Widerlegung die Holländer selber auf den rechten Standpunct zu stellen. Die Schrift, die im Namen der Generalstaaten ergehen sollte, ward zuvor auch dem Könige von England zur Genehmigung vorgelegt. Sobald sie dann, datirt vom 1. August, dem französischen Botschafter übergeben war, erschien sie auch im Drucke.

Die Schrift setzt als Basis der Politik der Republik im allgemeinen die Erhaltung des Friedens und im besonderen die eigene Sicherheit. Darum habe man den Theilungsvertrag geschlossen, darum in demselben ein Recht des Kaisers auf das spanische Erbe anerkannt. Denn der allgemeine Friede könne nicht erhalten werden ohne eine Satisfaction für die Ansprüche des Kaisers. Nicht daher werfe sich die Republik, wie die französische Denkschrift sage, zum Richter auf zwischen den streitigen Ansprüchen mächtiger Fürsten, sondern sie halte fest an dem Grundsatze, den in dem Theilungsvertrage auch der König von Frankreich anerkannt habe. Da nun der Vertrag durch die Annahme des spanischen Testamentes gefallen: so bleibe doch jener Grundsatz, in welchem die drei Theilungs-Mächte übereingestimmt, und eben dadurch, daß die Republik, im Vereine mit dem Könige von England, eine Genugthuung für den Kaiser als nothwendig erachte, beweise sie ihr Festhalten an jenem in dem Theilungsvertrage anerkannten Grundsatze.

Wir sehen, wie die eigenen Worte Ludwigs XIV. sich zurückwenden wider ihn. Der Theilungsvertrag hatte ihm gedient als die Schlinge, in welche Wilhelm III. und Heinsius sich verstricken sollten, damit er dadurch sie losrisse von dem Kaiser. Aber er hatte sie in die Schlinge doch nur locken können mit dem Vorgeben, daß er einen Anspruch des Kaisers anerkenne. Indem er nun jeglichen Anspruch des Kaisers verneinte, war die stärkste Waffe von Heinsius wider ihn jenes eigene Zugeständnis.

In ähnlicher Weise beleuchtete die holländische Denkschrift die Conferenzen mit dem Botschafter Avaux. Die Behauptung von französischer Seite, daß die Republik mit dem Antrage auf solche Verhandlungen nur

Zeit habe gewinnen wollen, war unzweifelhaft richtig. Und dennoch wendete sich auch in dieser Beziehung die Sache moralisch zu Ungunsten Frankreichs. Denn Ludwig XIV. war doch auf den Antrag der Republik eingegangen. Er hatte den Botschafter Avaux gesendet zu unterhandeln. Aber er hatte nichts angeboten. Holland und England hatten ihre Vorschläge eingereicht. Der König von Frankreich hatte nicht einmal darauf antworten lassen. So richtig es also an sich war, daß die Republik hatte Zeit gewinnen wollen: so hatte sie es doch nur gekonnt, weil Ludwig XIV. selber in der Sendung des Botschafters Avaux unaufrichtig handelte.

Die moralische Ueberlegenheit in der Antwort von Seiten der Republik gab daher sich kund in jeder einzelnen Erörterung. Sie war nicht minder ersichtlich in der Form. Die Antwort lehnte unberechtigte Vorwürfe durch Gründe ab, ohne jene zu erwiedern.

Besonders merkwürdig ist dann aber der Schluß. Die Generalstaaten sprechen dort die Hoffnung aus, daß der Botschafter Avaux ermächtigt werde, die Conferenzen noch fortzusetzen, damit sie zu einem glücklichen Ende führen. Deshalb übergeben sie ihm zunächst nur die Denkschrift, nicht ein Recreditiv für die Abreise[1]).

Dieser Schluß entstammte einem besonderen Motive bei Heinsius. Er fragte einige Tage nachher den Grafen Goes um dessen Urtheil über die Denkschrift. Der Gesandte sprach seine volle Anerkennung aus. „Jedoch fasse ich nicht, fügte er dann hinzu, wie eine so energisch gehaltene Schrift enden kann mit einem so lahmen Schlusse." Heinsius erwiederte: „Ich kann Ihnen darauf sagen, daß die Deputirten in den Generalstaaten, mit Ausnahme der Stadt Amsterdam, den Schluß der Antwort schärfer verlangten, nämlich daß man dem französischen Botschafter anheim stellen solle, abzureisen nach seinem Belieben. Auch der König von England sprach sich in gleicher Weise aus. Ich habe ihn jedoch umgestimmt, und zwar durch den Hinweis, daß ein so zahmer Abschluß der Denkschrift die Allianz bei den Provinzen befördern werde". „Diese meine Ansicht, fügte Heinsius hinzu, bewährt sich in diesen Tagen" [2]).

---

[1]) Die ganze Denkschrift bei Lamberty t. I, p. 487 et suiv.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 9. August.

Es scheint jedoch, daß der Rathspensionär bei dem zahmen Abschlusse der Denkschrift auch noch nach einer anderen Seite geschaut habe. Es fragte sich, wie die Schrift in Versailles aufgenommen wurde.

Der Botschafter Avaux, der auf den Wunsch der Generalstaaten noch im Haag verblieben war, sandte sie sofort dahin. Am Hofe in Versailles ging die Rede: die Denkschrift halte sich in respectvollen Ausdrücken für den König, treffe jedoch das Wesen der Sache nicht [1]). Aehnlich antwortete Torcy dem Holländer Heemskerk dort: die Denkschrift sei wohl abgefaßt, auch in respectvollen Ausdrücken für den König, aber der Zweck sei lediglich Zeit zu gewinnen für die Rüstungen. Es sei dem Könige unmöglich sich auf Vorschläge einzulassen, die eine Satisfaction für den Kaiser verlangten. Seine Ehre dagegen erfordere, einen Botschafter nach längerem fruchtlosem Aufenthalte nicht mehr in einem Lande zu belassen, welches das Wohlwollen des Königs nicht zu schätzen wisse. — Es erging an den Grafen d'Avaux der erneuerte Befehl zur Abreise [2]).

Von Seiten der Generalstaaten dagegen setzte man dasselbe Verhalten fort. Das Recreditiv für den Botschafter war in ähnlichem Geiste gehalten, wie jener Schluß der Denkschrift. Auch bewilligten die Generalstaaten das für einen heimkehrenden Botschafter in Friedenszeit bei ihnen übliche Geschenk, eine Medaille an schwerer goldener Kette, zum Werthe von 6000 Gulden.

In Versailles ward dies Verhalten der Republik aufgefaßt als die Consequenz ihrer Furcht vor einem Angriffe [3]). Die Meinung war unzweifelhaft in so weit richtig, daß die Führer der noch nicht gerüsteten Republik es damals noch nicht zum offenen Kriege kommen lassen wollten. Darum suchten sie durch ihre scheinbare Friedenswilligkeit den Hof von Versailles hinzuhalten und zu täuschen, indem sie rechneten auf den dort unverkennbaren Friedenswunsch. Dieser Wunsch überwog in Versailles überhaupt so sehr, daß auf Grund von Privatbriefen, die der Marschall Catinat aus Italien einsandte, am Hofe sogar die Meinung ausgesprochen wurde: der Prinz Eugen, der soeben

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 163.

[2]) Lamberty t. I, p. 496 et suiv.

[3]) Dangeau t. VIII, p. 163.

die Alpen überstiegen hatte, um, wenn möglich, Mailand wieder zu nehmen, führe kaiserliche Vollmachten bei sich zum Abschlusse eines Friedens mit Spanien und Frankreich. Andere freilich entgegneten, daß die Bewegungen des Prinzen nicht auf eine Friedensneigung deuteten[1]). Jedenfalls aber mußte da, wo ein solcher Irrthum laut wurde, die Friedensneigung, aus welcher er entkeimte, sehr stark sein. Indem der Rathspensionär Heinsius und die Holländer diesem Friedenswunsche in Versailles ihre Worte zum Opfer darbrachten, gelang es ihnen Ludwig XIV. so weit zu bethören, daß in seinen Augen die Abberufung des Botschafters Avaux als ein wirksames Mittel zur Einschüchterung der Holländer erschien und darum als zweckmäßig für die Erhaltung des Friedens. Er ward sich nicht klar darüber, daß er durch diese Abberufung, welche die Holländer in Worten abzuwenden suchten, in der Wirklichkeit gerade ihren Wunsch erfüllte.

Die Dinge hatten seit dem November 1700 sich sehr gewendet. Damals hatte Ludwig XIV. den König Wilhelm III. und den Rathspensionär Heinsius in die Lage gebracht zu bekennen: dat wy om den tuin geleid zyn. (Bd. VIII, S. 625.) Es nahten die Tage heran, wo Ludwig XIV. das entsprechende Selbstbekenntnis ablegen konnte. — Nur darf man darum das Verfahren moralisch nicht gleich stellen; denn der Ausgangspunct ist verschieden. Ludwig XIV. geht darauf aus zu täuschen, um nehmen zu können, was ihm nicht gehört. Auch Wilhelm III. und Heinsius handeln nicht, wie der Kaiser, ehrlich und aufrichtig nach allen Seiten; aber sie halten die Freiheit ihres Vaterlandes für verloren, wenn sie nicht den übermächtigen Gegner so lange hinhalten, bis sie widerstandsfähig sind. Und darum reden sie vom Frieden, wo ihre Absicht ist der Krieg, wo sie überzeugt sind, die Sicherheit ihres Vaterlandes erreichen zu können nur durch den gemeinsamen Krieg Aller gegen den einen treulosen, aber übermächtigen König.

Vielleicht könnte man erwiedern: der Misgriff, den Ludwig XIV. durch die Abberufung des Botschafters Avaux beging, habe damals nicht so augenfällig sein können, weil er ja doch das gleichzeitige Werden und Weben der großen Allianz im Haag wider ihn noch nicht kannte. Fassen wir also die Sache ins Auge gemäß der Darlegung eines

[1]) Dangeau t. VIII, p. 143.

gleichzeitigen, des Werdens dieser Allianz ebenfalls noch unkundigen Franzosen.

Der Name des Autors verringert nicht die Wichtigkeit der Kundgebung. Es ist der Erzbischof Fenelon von Cambrai, welcher die Schrift dem Herzoge von Chevreux übergab, damit er sie dem Herzoge von Bourgogne vorlege. Ob sie durch diesen Enkel Ludwigs XIV. auch in das Conseil des Königs gelangt ist, steht dahin. Die Schrift ist datirt vom 28. August 1701 [1]).

„Die Abberufung des Grafen d'Avaux, sagt Fenelon, thut mir sehr leid. Der hochfahrende Act war nicht an der Zeit, weil er nicht weiter aufrecht gehalten worden ist. Wenn die Abberufung erfolgt wäre, damit am nächsten Tage unsere Truppen die holländische Grenze überschritten: so war sie nothwendig. Aber abberufen und dann doch nichts thun — das ist Hochfahrenheit und Schwäche, das heißt drohen ohne zuzuschlagen. Wir gewöhnen dadurch die Holländer uns nicht mehr zu fürchten, dagegen zu glauben, daß wir wohl möchten, aber nicht können, und daß sie nur zu unternehmen brauchen, um uns aus Belgien hinauszudrängen. Vielleicht beruht es auf Wahrheit, daß alle Verhandlungen unnütz sind, und daß es darum zweckmäßig war, den Schein hinweg zu nehmen, als ließe sich der König dadurch hintergehen. Auch muß man damit einverstanden sein, daß die kaiserlichen Minister zu den Conferenzen nicht zugelassen werden durften. Allein man konnte dem Grafen d'Avaux untersagen darauf einzugehen, und dennoch ihn im Haag belassen. Denn es ist angemessen, daß der König einen Botschafter in Holland hat, bis der Bruch des Friedens zweifellos. Auch lag kein Uebelstand darin den außerordentlichen Botschafter einstweilen zu belassen, in Ermangelung des ordentlichen, den eine Krankheit behindert. Es ist ein falscher Ehrenpunct, in einem übel wollenden Lande, mit welchem man unzufrieden ist, keinen Minister haben zu wollen. Es reichte hin, jede Unterhandlung zu suspendiren, mit Nachdruck die Zulassung kaiserlicher Minister zu verweigern, und dadurch zu zeigen, daß man sich durch Unterhandlungen nicht täuschen lassen will. Aber die Ehre eines großen Fürsten besteht nicht darin, seinen Minister

[1]) Oeuvres de Fénélon t. III, p. 542. In Betreff der Ueberreichung die Note zu p. 564.

abzuberufen, sobald man ihm Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben hat. Wenn man nicht unterhandelt, so kann doch ein aufmerksamer, kundiger Mann an Ort und Stelle sehen, beobachten, Nachricht geben, auch indirect und geheim mit Persönlichkeiten verkehren, deren Interessen denen der zur Zeit herrschenden entgegen stehen. Kurz, man muß immer, so lange man es vermag, in jedem Lande einen Bevollmächtigten haben, der bereit ist zu handeln. Ferner kann der König von England plötzlich sterben, oder es können andere unvorhergesehene Ereignisse eintreten: dann würde es hochwichtig sein, einen Botschafter an Ort und Stelle zu haben. Warum also hat man ihn zurückgerufen? — Der König von England wird darüber hoch erfreut sein. Denn er hat von daher den Anlaß, seinem bereits erschütterten Parlamente zu sagen, daß Frankreich auf den Bruch sinnt, und er von uns her keine Sicherheit mehr hat. Man räumt ihm das Feld und läßt ihn als Herrn seines Thuns, ohne ihm einen Widerspruch entgegenzustellen. Es kann vielleicht dahin kommen, daß das Fehlschlagen der Rechnung des Kaisers in Italien oder die einheimischen Verlegenheiten des Königs von England ihn dahin bringen, sich mit der republikanischen Partei in Holland über Friedensvorschläge zu verständigen: in diesem Falle wird man hier beklagen, den Grafen d'Avaux nicht mehr an Ort und Stelle zu haben, und in die Lage zu gerathen Jemanden neu hinsenden zu müssen. Dies wäre bei weitem weniger wohlanständig, als in einer Zeit, wo ein Bruch noch nicht stattgefunden, den Botschafter dort belassen zu haben. So lange wie man kann und bis zum äußersten, muß man an allen Höfen Minister haben, und immer bereit stehen, von einer Viertelstunde zur anderen, eine Unterhandlung wieder aufzunehmen, auch wenn sie unterbrochen worden ist."

„Der König von England, dem in England wie in Holland so viele gewichtige Gründe wider den Krieg entgegenstanden, wird nicht ermangeln die Abberufung des Botschafters Avaux geltend zu machen als einen entscheidenden Schlag, der beide Länder in die Nothwendigkeit setzt alles zu wagen. Und vielleicht reicht das hin die bisher noch schwankenden Engländer zum Entschlusse zu bringen. Unsere hauptsächliche Aufgabe für dieses Jahr ist zu hindern, daß die Kaiserlichen im Mailändischen die Winterquartiere beziehen. In Betreff der Holländer hält man in Frankreich fest an der Meinung, daß sie uns

angreifen wollen, und man thut dagegen von unserer Seite, als wolle man sie angreifen, wo man doch diese Absicht nicht hat. Allein, im Grunde, kann ich mir auch nicht denken, daß die Holländer in diesem Jahre den Krieg beginnen wollen. Indem man auf beiden Seiten sich allzu sehr der Besorgnis des Angriffes von der anderen Seite hingibt, zieht man allmählich den Krieg herbei. Wenn der König von England so sehr auf den Krieg erpicht ist, wie man versichert, so wird er sehr froh darüber sein, daß wir in solcher Weise ihm beistehen, die Engländer und Holländer zu überzeugen, daß wir die Barriere behalten wollen, und sie dahin zu bringen, daß sie uns für begehrlicher halten als wir sind. England muß sogar fürchten, daß unser König, wenn er abermals Holland eroberte, diesen Sieg vollenden würde durch die Rückführung des Prinzen von Wales auf den Thron seines Vaters, zumal da er auf ihrer Insel eine Partei für sich hat. Darum gereicht es dem Könige von England zur Freude, daß wir in unserer Furcht Schritte thun, welche die beiden Nationen erschrecken. Diese gegenseitige Besorgnis eröffnet jenem Könige den von ihm gesuchten und bisher ihm versperrten Weg zum Kriege."

„Vor uns steht eine dornige Alternative: den Krieg beginnen oder nicht beginnen. Wenn wir ihn nicht beginnen, sei es in Belgien oder am Rheine: so lassen wir, nachdem wir den Grafen d'Avaux abberufen haben, dem Könige von England volle Muße sich zu verschanzen, Allianzen zu schließen, unsere Schwäche darzulegen. Wenn dagegen wir den Krieg beginnen: so reicht das aus, um das englische Parlament dahin zu bringen, daß es dem Könige alle Forderungen bewilligt. Dann hat die republikanische Partei in Holland keine Stütze mehr. Der ganze Norden wird sein Interesse dabei finden mitaufzutreten gegen uns. Die Neutralen in Deutschland werden, weil der Friedensbruch von uns ausgegangen, in die Zwangslage gesetzt, sich mit den Anderen wider uns zu wenden, und man wird uns gehässiger machen als je zuvor."

„Der richtige Mittelweg, nach meiner Ansicht, ist, bis zum Frühlinge alles aufzubieten, um die Kaiserlichen aus dem Mailändischen hinauszudrängen, ihnen jede andere Subsistenz unmöglich zu machen als die durch Raub und Plünderung, damit alle Mächte Italiens sich wider sie wenden. Kann man sie schlagen, desto besser. Aber wenn

man sie im Mailändischen oder Mantuanischen überwintern läßt, so wird unsere Lage ungleich schlechter und der Krieg richtet uns zu Grunde."

„Gegen die deutsche Grenze würde ich nur zur Vertheidigung ein Corps aufstellen. Dagegen würde ich unablässig durch ganz Europa wiederhallen lassen, daß ich bereit bin, meine Truppen aus Belgien zu ziehen."

Der Grund, den Fenelon dann für diesen Rath angibt, ist von besonderer Wichtigkeit, weil er die Stellung der damaligen Republik der Niederlande in Europa kurz und charakteristisch zeichnet.

„Belgien als Barriere ist für Holland unentbehrlich. Die Republik, wenn ihr die Barriere genommen wird, hat keine solide Sicherheit mehr gegen Frankreich. Der Fall der Republik aber zieht den Sturz der Freiheit Europas nach sich; denn, ohne das Geld Hollands kann das übrige Europa keinen Krieg wider Frankreich führen. Holland ist also der Mittelpunct, das Herz der Freiheit von ganz Europa. Ist die Barriere verloren, so geht der Angriff direct auf das Herz [1]). — Halten wir dagegen, indem wir dem Könige von Spanien die Barriere sichern, zugleich die Holländer in Respect: so gibt es in Europa keine Macht, welche ohne sie sich wider uns zu erheben wagen würde. Denn Holland ist wie die Springfeder aller Bündnisse wider uns. Nicht bloß daher müssen wir bereit sein unsere Truppen aus Belgien zu ziehen, sondern auch sie zu reduciren bis auf den Fuß der Zeit nach dem Ryswycker Frieden, dagegen aber verlangen, daß auch Holland seinerseits entwaffne und verzichte auf jede Ligue mit dem Kaiser. Dieser Verzicht wäre zu leisten durch einen wohl verbürgten Vertrag."

So Fenelon von seinem Standpuncte aus. Die ganze Denkschrift läßt erkennen, und der Schluß bringt zur vollen Evidenz, daß Fenelon am 28. August von einem bereits fertigen Bündnisse zwischen dem Kaiser und der Republik noch keine Ahnung hat. In dieser selben Unkenntnis waren für lange Wochen und selbst für Monate noch auch Ludwig XIV. und Torcy befangen. Aber wir haben gesehen, daß die Bevollmächtigten der drei Großmächte zum Abschlusse gelangten am 24. Juli, also in denselben Tagen, wo Ludwig XIV. den Entschluß faßte den Grafen d'Avaux abzurufen. Und von dieser Kunde aus

---

[1]) A. a. O. p. 540 und 560.

schwillt der politische Fehler, den Fenelon in der Abberufung jenes Botschafters hervorhebt, zur doppelten Höhe empor. Die Abberufung gab nicht bloß dem Könige Wilhelm in Bezug auf England, sondern zunächst und direct den holländischen Staatsmännern in Bezug auf die Republik eine sehr erwünschte Gelegenheit.

Der fertige Entwurf des Vertrages der Allianz ward nach Wien entsendet, und im Haag zunächst der Deputation für die geheimen Angelegenheiten vorgelegt, nach vorher abgenommenem Eide der Verschwiegenheit. Nachdem er dort in allen Puncten fast einhellig gebilligt war, erging er an die souveränen Provinzen der Republik [1]).

Daß die Dinge dahin gekommen, war hauptsächlich das Werk des Königs von England. Es ist daher von besonderer Wichtigkeit zu vernehmen, wie er im Angesichte dieses Erfolges sich darüber aussprach.

Wir kennen bereits die Worte, durch welche der Kaiser, auf die Kunde der letzten wichtigen Adresse des Unterhauses, dem König seinen Dank ausdrückte. Der Graf Wratislaw überreichte dies Schreiben im Schlosse Loo, am 1. August [2]). Der König erwiederte: „Es ist mir besonders lieb zu hören, daß der Kaiser mit meiner Haltung während der Session des Parlamentes sich zufrieden beweist. Sie, Graf Wratislaw, können bei dem Kaiser Zeugnis ablegen, daß es an meiner wohlmeinenden Absicht nie gefehlt hat. Daß dagegen der entscheidende Beschluß nicht eher erfolgt ist, als bis die Nothwendigkeit ihn herausdrückte, liegt nicht an mir, sondern an der Verfassung des Königreiches, welche die Vereinigung der unter einander zertrennten und verbitterten Gemüther nur langsam verstattet. Sie können ferner dem Kaiser bezeugen, wie es ja auch der Ausgang und speciell Ihr mit dem letzten Courier nach Wien entsendeter Bericht darthut, daß ich nach meiner Ankunft hier keine Zeit verloren, die Allianz zur Verwirklichung zu bringen. Ich habe in dieser Angelegenheit gearbeitet wie ein besoldeter Minister des Kaisers. Ich habe — ohne Ruhm zu melden — in meinem Leben schon viele wichtige Geschäfte geführt. Dies letzte jedoch übertrifft alle anderen, und ist ohne Frage von höchster und nachdrücklichster Consequenz. Deshalb habe ich nicht Mühe, nicht Fleiß, noch Arbeit

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 9. August.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 3. August.

gespart. Ich zweifele nicht, daß die englische Nation nicht zaudern wird, die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Ich hoffe auch die Republik dahin zu bringen, daß sie vollaus in die Allianz miteintritt. Aber auch der Kaiser wird alles aufbieten, was dem Fortgange dieser Sache dienen kann. Stellen Sie in meinem Namen dem Kaiser vor, daß an dieser Allianz die Freiheit Europas und die Wohlfahrt des Erzhauses hangt. Darum wird auch der Kaiser sich mehr Mühe, mehr Kosten auferlegen müssen als je zuvor geschehen".

Unter den besonderen Wünschen, die der König an den Kaiser stellte, war namentlich derjenige, noch einen Versuch bei dem Kurfürsten Max Emanuel von Bayern zu machen, um ihn wieder zu gewinnen. Der König hatte einen besonderen Gesandten nach München geschickt, den Obersten Montmoulin, mit der Ermächtigung, weit gehende Vorschläge in Betreff des Commandos der Armeen zu machen. Der König wünschte, daß auch der Kaiser nochmals einen Gesandten nach München schicke, der gemeinsam mit Montmoulin arbeite. Wilhelm III. verhehlte nicht, daß die Berichte des letzteren ihm geringe Hoffnung gäben. Auch sei ja der Charakter des Kurfürsten bekannt genug. Aber gerade an seiner Eitelkeit, meinte der König, könne der Kurfürst auf den rechten Weg zurückgeführt werden.

Demnach ergibt sich, daß Wilhelm III. damals noch nicht wußte, in welcher besonderen Weise Ludwig XIV. gerade auf die genannte Eigenschaft des Kurfürsten Max Emanuel für sich rechnete. Wilhelm III. kannte indessen den französisch-bayerischen Vertrag vom 9. März 1701 so weit, daß er hinzufügte: wenn es nicht gelänge bis zum Monate September den Kurfürsten umzulenken, so würde es nachher nicht mehr möglich sein. Ein besonderes Motiv für Wilhelm III. noch wieder auf die Umkehr des Kurfürsten Max Emanuel zu hoffen, mochte daher kommen, daß der Kurfürst nicht aufhörte Briefe an ihn zu richten. Diese Briefe waren so gehalten, daß auch Albemarle, der sie kannte und später sich darüber aussprach, in demselben Glauben lebte wie Wilhelm III. Aber wir werden erfahren, daß es dem Kurfürsten Max Emanuel gelang, sein unwahres Spiel noch lange über den Tod des Königs Wilhelm III. hinaus fortzuführen.

Während im Laufe des Monates August 1701 der im Haag vereinbarte Entwurf des Allianz-Vertrages den Staatsmännern in

Wien, in London, so wie in der Republik zur Prüfung vorlag, ward die Stimmung der Völker von Woche zu Woche mächtiger erregt durch die Nachrichten aus Italien.

Der Uebergang des Prinzen Eugen über die Trienter Alpen, zu Ende Mai 1701, war an sich selber einem Siege gleich. Die Nachricht hob in Italien das Bewußtsein der kaiserlich Gesinnten. Sie erregte Zweifel und Bedenken bei denjenigen, welche bis dahin die französische Macht für unwiderstehlich gehalten hatten, und war ihnen darum eine Mahnung, sich mit dem Beugen vor Frankreich nicht zu übereilen. So namentlich in Rom selbst.

Das Andringen des spanischen Botschafters Uzeda bei dem Papste Clemens XI., dem Herzoge von Anjou die Belehnung mit Neapel und Sicilien zuzuerkennen, wurde im Monate Juni stürmischer als bisher. Er trat vor den Papst mit der Erklärung: wenn nicht vor dem Ende des Monates die Sache erledigt werde: so nehme der König von Spanien dies für einen Abschlag. Clemens XI. erwiederte: er habe eine Congregation von unparteiischen Cardinälen niedergesetzt, welche die Ansprüche auch des Kaisers mit erwäge. Uzeda fiel ein: „Was Kaiser? Was Cardinäle? Wir erkennen den Kaiser als Partei in dieser Sache nicht an, und eben so wenig die Cardinäle als Richter". Der Papst erwiederte: „Wenn der Herr Botschafter die Cardinäle nicht als Richter anerkennt: so finden wir doch es nöthig ihren Rath einzuholen und zu befolgen" [1]). — Einige Tage später trat Uzeda abermals ähnlich auf. Der Papst erwiederte wie früher: sein Amt lege ihm auf ein gerechter Richter zu sein. Uzeda fuhr aus: „Wie nicht die Cardinäle, so können auch Ew. Heiligkeit selbst wir nicht als Richter anerkennen". Der Papst vernahm die Rede schweigend. Dann fragte er rasch, ob der Botschafter noch eine weitere Meldung zu machen habe. Auf die Verneinung Uzedas machte der Papst sofort das Zeichen des Segens, und griff nach der Glocke [2]).

In ähnlicher Weise wie Uzeda drängte der Cardinal Janson Forbin. Und hier dürfte eine besondere Bemerkung nicht überflüssig

[1]) Lambergs Bericht vom 18. Juni, nach der Mittheilung des Papstes selbst.
[2]) Desgleichen vom 1. Juli.

sein. Nach der späteren französischen Tradition [1]) hat der Cardinal Janson Forbin erheblich beigetragen, im Juli 1700 den alten Papst Innocenz XII. zu dem Rathe des Testamentes an Carl II. zu bewegen. Nach derselben Tradition haben die drei zur Erwägung der Sache deputirten Cardinäle sich zu jenem Rathe des Testamentes geeinigt. Einer der drei war der Cardinal Albani, nunmehriger Papst Clemens XI. Wenn die Sache sich wirklich so verhielt: so hatte Janson Forbin das Recht, für Philipp V. als den mit Vorwissen und Zuthun des päpstlichen Stuhles ernannten König von Arragonien die Belehnung mit Neapel und Sicilien zu verlangen, und es ist nicht abzusehen, wie gerade Clemens XI. dem Begehren hätte ausweichen können.

Die Thatsache allein, daß der Papst Clemens XI. der Forderung der Belehnung auswich, enthält indirect den Beweis, daß der Cardinal Janson Forbin seine Forderung auf jenen vermeintlichen Rath nicht stützen konnte. Die Fiction dieses Rathes war allerdings schon geboren. Ludwig XIV. hatte sie, wie wir vernommen, zuerst am 8. December 1700 vor seinem Hofe in Marly ausgesprochen. In Rom jedoch existirte die Fiction noch nicht. Wir werden später ersehen, daß der Cardinal Janson Forbin sie dort erst im Jahre 1702 vorbrachte.

Ueberhaupt baute Janson Forbin, im Juni 1701, ähnlich wie Uzeda, seine Forderung weniger auf die Kraft seiner Gründe, als auf die Macht seines Königs. Er gerieth in leidenschaftliche, zornige Erregung [2]). „Wenn wir die Belehnung aus den Händen Ew. Heiligkeit nicht empfangen, rief er: so werden wir die päpstlichen Länder behandeln gleich den kaiserlichen." Die Drohung schlug nicht durch. Clemens XI. lehnte ab.

Er selber erzählte dem Grafen Lamberg den Verlauf. Dieser erwiederte: der Kaiser danke täglich Gott, daß er einen so gerechten gemeinsamen Vater gegeben. Dem Papste kamen die Thränen in die Augen. Er versetzte: „Wir erkennen, was wir der kaiserlichen Majestät schuldig, und wünschen mit Dargebung unseres Lebens alle Satisfaction verschaffen zu können [3]).

---

[1]) Man vgl. Flassan t. IV, p. 207.

[2]) Lamberg im Berichte vom 25. Juni: die Worte des Papstes waren: tutto furioso et avvelenato.

[3]) Desgleichen.

Der Papst hatte also den Drohungen des Janson Forbin widerstanden. Ob er immer diese Kraft beweisen würde, lag noch im Schooße der Zukunft.

Der Monat Juni hatte für die Angelegenheit der Belehnung eine besondere Bedeutung, weil nach altem Brauche in der Vigilie vor dem St. Peter- und Paulstage der jährliche Lehenstribut für Neapel und Sicilien der päpstlichen Kammer eingeliefert wurde. Er bestand in einem reich aufgeschirrten weißen Pferde, chinea genannt, und 7000 römischen Thalern. Es war allbekannt, daß Uzeda den Act des Darbringens vornehmen wollte. Nahm die päpstliche Kammer an, so wurde dadurch die Belehnung, auch wenn formell nicht ausgesprochen, als geschehen anerkannt. Der Graf Lamberg bat daher den Papst, vorher einen Beschluß zu fassen.

Nach langem Erwägen kamen Clemens XI. und die Congregation zwei Tage vor dem Peter- und Paulsfeste zu dem Entschlusse, daß der von spanischer Seite etwa dargebotene Lehenstribut nicht anzunehmen sei. Der Papst ließ sofort dem spanischen Botschafter durch den Secretär der Breven eine Abschrift des Beschlusses zustellen. Uzeda erwiederte: er nehme das Schriftstück nicht an, sondern werde die Befehle seines Königs vollziehen. — Demnach ergingen von Seiten des Papstes die Befehle des Protestes wider ein etwaiges Darbieten des Lehenstributes, und zugleich an den Grafen Lamberg die Meldung des Standes der Dinge. Auch dieser bereitete seine Proteste vor [1]).

Die Chinea pflegte dem Papste bei der Heimkehr aus der Vesper dargeboten zu werden. Clemens XI. hatte für diesen Fall ausdrücklich befohlen, mit seinem Tragsessel nicht anzuhalten. Indem Uzeda dies voraussah, unterließ er dort den Versuch. Dagegen sah man einen weißbespannten Karren in den Hof der päpstlichen Kammer einfahren, dann dort halten. Aus dem geöffneten Karren wurde rasch das reiche Geschirr hervorgezogen und dem ausgespannten Schimmel umgehängt. Dann begab sich der Agent des Botschafters Uzeda mit einem spanischen Notar in den Saal der päpstlichen Kammer, verlas dort laut seine Schrift, legte einen Bankzettel von 7000 Scudi auf den Tisch und meldete, daß die Chinea im Hofe stehe. Der Cardinal Camerlengo,

---

[1]) Lambergs Bericht vom 1. Juli.

dem es bis dahin nicht möglich gewesen, den Redestrom zu unterbrechen, erwiederte, daß ein schriftlicher Befehl des Papstes die Kammer außer Stand setze, sich auf die Sache einzulassen. Dann trat ein Deputirter des kaiserlichen Botschafters mit seinem Proteste hervor. Der Cardinal Camerlengo ließ denselben in Gegenwart der beiden Spanier verlesen und dann zu den Acten nehmen.

Die beiden Spanier zogen sich zurück, beließen jedoch den Bankzettel auf dem Tische und die reich aufgeschirrte Chinea im Hofe. Es gereichte ihnen nicht zum Vortheile, namentlich nicht die Chinea. Als altgedienter Karrengaul trug das Thier die Spuren des Kummets am Halse. Dies gab einen besonderen Anlaß zum Spotte. Unverkennbar, hieß es, sei der Gaul ein echter Spanier; denn man sehe ihm an, daß er lange die Golilla, die nationale spanische Halskrause, getragen. — Erst nach Mitternacht kam Uzeda zu der Einsicht, daß der Spott am nächsten Tage sich verschärfen würde, und ließ den Gaul abführen.

Indem der Botschafter durch sein trotziges Vorgehen sich diesen Rückschlag der öffentlichen Ablehnung zugezogen, war der moralische Vortheil durchaus auf kaiserlicher Seite. Clemens XI. hatte weiter nichts gethan, als daß er sich neutral erhalten hatte; aber der Vorgang wurde an vielen Orten in Europa aufgefaßt wie eine Entscheidung zu Gunsten des Kaisers.

Ein anderer Erfolg, und zwar der kaiserlichen Waffen in Italien, stand bereits bevor.

Da der französische Marschall Catinat die kühne Leistung des Ueberganges über die Trienter Alpen von Ala aus nicht für möglich gehalten hatte: so übte diese Ueberraschung auch noch fernerhin auf ihn ihre Nachwirkung, die sich kund gab durch die Unsicherheit der französischen Bewegungen. Es gelang dem Prinzen Eugen, bei Castelbaldo ungehindert den Strom der Etsch zu überschreiten. Damit indessen war noch nicht die Stromlinie in seiner Gewalt. Dies war das nächste Object seines Strebens.

Er hatte, um bis dahin zu gelangen, das neutrale Gebiet der Republik Venedig betreten müssen. Aber die Signoria hatte eben dasselbe auch den Franzosen verstattet oder es doch nicht gehindert. Sie wahrte nach beiden Seiten hin in Worten ihr Recht, nicht jedoch mit gleicher Unparteilichkeit. Sie beschwerte sich in Wien über Excesse der

Wie die Meldungen des Prinzen Eugen aus Italien nach Wien ihm und seinem Heere den warmen Dank des Kaisers eintrugen: so erregten diejenigen des Marschalls Catinat in Versailles Unzufriedenheit. Ludwig XIV. hielt die Nachricht von Carpi einige Tage geheim. Dann ließ er sich verlauten: es habe dort ein nachtheiliges Scharmützel stattgefunden, in welchem verschiedene Offiziere als ruhmvolle Opfer ihres Muthes geblieben [1]). Demgemäß hieß es in Versailles: Les ennemis auraient tort de se glorifier de ce petit succès-là [2]). Der König entsendete Verstärkungen.

Auch so schon waren die vereinigten Streitkräfte von Frankreich, Spanien, Savoyen den kaiserlichen an Zahl überlegen. Die letzteren betrugen in allem nur 32,000 Mann, die ersteren 50,000, ohne die Besatzungen in den festen Plätzen [3]). Aber der Prinz Eugen hatte mehr als einen wichtigen Vortheil voraus. Die Sympathie der Bevölkerung kam ihm entgegen, und demgemäß erhielt er, ungeachtet des Mangels an Magazinen, Lebensmittel, und dazu gute Kundschaft. Seine Soldaten, gehoben durch die bisherigen Erfolge, blickten voll Vertrauen auf ihn, dessen Entschlüsse abhingen lediglich von seiner eigenen Einsicht. Diese Einheit des Willens fand sich nicht auf der anderen Seite. Neben dem Marschall Catinat stand der Prinz Vaudemont als spanischer Gouverneur, und formell über beiden der Herzog Victor Amadeus, der zu Ende Juli bei der Armee eintraf.

Die Erfolge des Prinzen Eugen drängten sich rasch. Er gelangte an den Mincio. Am Hofe zu Versailles sagte man: die Ansichten der französischen Heerführer seien getheilt. Der Herzog Victor Amadeus und Vaudemont seien für einen Angriff, während die kaiserliche Armee den Mincio überschritte, Catinat wolle den Angriff nach vollzogenem Uebergange. Man berechnete demnach, am 6. August, daß die Siegesnachricht am 9. oder 10. in Paris eintreffen könne [4]).

Die Armee des Prinzen Eugen vollzog den Brückenschlag im Angesichte der feindlichen Truppen. Sie ließen geschehen. Am 28. Juli

---

1) Relazione del conte di Lamberg f. 93b.
2) Dangeau t. VIII, p. 131.
3) Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. III, S. 235.
4) Dangeau t. VIII, p. 164.

erfolgte der Uebergang. Auch die Mincio-Linie war in den Händen der Kaiserlichen. Und weiter ging dann im August der Marsch auf den Oglio. Die in Paris erwartete Siegesnachricht blieb aus.

Aber man meinte sie um so sicherer erwarten zu dürfen, wenn der Prinz Eugen den Oglio überschreite. In diesem Falle werde er das Corps Vaudemonts vor sich haben, und im Rücken angegriffen werden durch dasjenige unter dem Herzoge Victor Amadeus und dem Marschall Catinat. Die geringere der beiden getrennten französischen Armeen, sagte man in Versailles, sei dennoch stärker als diejenige des Prinzen Eugen [1]).

Als jedoch der Mittwoch, der 10. August, an welchem man das Eintreffen eines Couriers mit der Siegesbotschaft sicher erwartete, ohne eine solche verging, entsendete Ludwig XIV. an den Marschall Catinat den scharfen Befehl, die Feinde anzugreifen. Die Stimmung, in welcher Ludwig XIV. sich befand, wird von seinem Hofmanne Dangeau gekennzeichnet mit den Worten: S. M. s'ennuie de savoir les ennemis en Italie, quoiqu'ils ne nous y fassent pas grand mal, et croit qu'il est honteux aux Français de ne pas attaquer [2]).

Das Schreiben, durch welches Ludwig XIV. dem Marschall Catinat mit seinem Befehle zugleich seinen Unmuth ausspricht, ist ein geschichtliches Actenstück, weniger durch die Einzelnheiten der Thatsachen, die es angibt, als durch die in ihm ausgeprägte Anschauung vom Kriege, und zwar von Seiten eines Königs, der einer Reihe von Belagerungen zugeschaut, niemals jedoch ein Treffen im Felde mitgemacht hatte. Der Brief lautet wie folgt. „Mein Vetter. Aus Ihrem Schreiben vom 1. d. M. vernehme ich mit Misfallen, daß Sie die Gelegenheit eingebüßt, den Feind zu schlagen, bevor er in Desenzano eintraf, und daß er am 31. vor ihnen hermarschirte, in einer Entfernung von nur zwei Meilen, indem er ihnen den ganzen Tag hindurch die Flanke bot. Ich erwartete die Nachricht eines Ereignisses, das nicht anders als glücklich sein konnte, wenn Sie meine Truppen hätten verwenden wollen gemäß den wiederholten Befehlen, die ich Ihnen durch Chamillart schriftlich habe ertheilen lassen. Die glücklichste Gelegenheit, die sich im

1) Dangeau t. VIII, p. 166.

2) A. a. O. p. 168.

Kriege darbieten kann, haben Sie versäumt. Ihre Truppen waren voll guten Willens und weitaus den Kaiserlichen überlegen. Diese hatten gelitten durch einen Aufenthalt, der ihnen die Mittel zur Subsistenz nur zum Theile gewährte. Sie marschirten vor Ihnen her zwischen dem Gardasee und einer Felswand, auf einem eingeengten, unvortheilhaften Terrain, wo ihnen keine Wahl blieb als zu kämpfen oder umzukehren. Für vergangene Uebel allerdings gibt es kein Heilmittel; aber die Maßregeln, die Sie für die Zukunft getroffen, flößen mir noch weniger Hoffnung ein. Sie schlagen die Straße nach Cremona ein, entfernen sich also von dem Feinde, welcher auf Brescia marschirt, auf dem geraden Wege nach Mailand. Besitzen Sie eine Gewisheit ihn vor der Ankunft dort zu treffen, und ihn zu hindern von der Stadt Besitz zu nehmen? — Sie sagen mir, daß Sie Bedenken tragen, sich allzu weit von Ihren Subsistenz-Orten zu entfernen. Aber die Kaiserlichen marschiren in einem ihnen unbekannten Lande. Sie haben weder Magazine, noch Hospitäler. Dennoch hemmt nichts ihren Marsch. Sie dagegen, Herr Marschall, haben in Ihrer Nähe die Städte, die Flüsse, und haben das gesammte Land zu Ihrem Willen. Ich hatte Sie darauf hingewiesen, daß Sie zu thun haben mit einem unternehmenden jungen Prinzen. Er hat sich eingelassen wider die Kriegsregeln. Sie dagegen wollen diese beobachten. Und dabei belassen Sie ihm freie Hand zu machen was er will. Diese zur Zeit schon mehr als je bisher verdrießliche und schwierige Lage der Dinge wird geradezu heillos werden, wenn es Ihnen nicht gelingt, durch ein glückliches Ereignis den Marsch des Prinzen Eugen aufzuhalten. Ich lasse also eine Reihe von Anstalten treffen, welche Ihnen die erforderlichen Lebensmittel für alle Fälle sichern sollen. Die Ausführung wird binnen vierundzwanzig Stunden nach der Ankunft der Befehle erfolgen. Und dann gebiete ich Ihnen, auf dem kürzesten Wege an den Feind zu marschiren, sich mit dem möglichsten Nachdrucke an ihn zu drängen, ihm auf allen Märschen eng zu folgen, ihn nicht zu verlassen, ihn durch vorgeschickte Cavallerie beständig zu beunruhigen, und endlich ihn zu zwingen sich zu wenden und zu einer Schlacht zu stellen, deren Ausgang, wenn Sie alle Ihre Streitkräfte wohl verwenden, nicht zweifelhaft sein kann. Von dem Eifer und der Zuneigung, die der Herzog von Savoyen bisher bewiesen, darf ich mir versprechen, daß er nach

Kräften dazu beitragen wird. Er ist dabei nicht weniger betheiligt als ich, theils für seinen eigenen Ruhm, theils um dem Könige von Spanien, der sein Schwiegersohn werden soll, die Länder zu sichern, die in so legitimer Weise ihm gebühren."

So der Wortlaut des Befehles, durch welchen Ludwig XIV. sich selber charakterisirt.

Kaum jedoch war dieser Befehl an Catinat erlassen, als er dem Könige nicht mehr genügte. Ein Courier enteilte an den Marschall Villeroy, der sich im Lande Luxemburg befand. Bereits am Abende des 13. August traf Villeroy im Schlosse Marly ein, und ward sofort zur Frau von Maintenon geführt. Dort ertheilte ihm der König seine Befehle. Als der Marschall Villeroy hervorkam, ward es dem Hofe kund, daß er nach Italien gehen werde, um dort das Commando zu übernehmen. Man beglückwünschte ihn. Nur der Marschall Duras nahm sich, wie St.-Simon erzählt, in Gegenwart des Königs die Freiheit, dem Marschall Villeroy zu sagen: „Jedermann macht Ihnen im voraus sein Compliment zu den Thaten, die Sie in Italien vollbringen werden: ich, für meine Person, behalte mir dies vor bis auf Ihre Rückkehr" [1]).

Villeroy eilte so sehr, daß er bereits am 21. August, also um elf Tage nach dem Abgange jenes Schreibens des Königs an Catinat, bei der Armee im Mailändischen eintraf [2]).

Der Letztere freilich entsprach so wenig den Befehlen des Königs, daß er inzwischen auch noch über den Ogliostrom zurückwich. Dieser Rückzug gab Castiglione preis und eröffnete das Gebiet von Mantua. Der Herzog dort, wie Tessé ihn bezeichnet, der einzige getreue Bundesgenosse der Franzosen in Italien, hatte wenige Monate zuvor nicht geahnt, daß die Strafe für seinen Verrath ihm so bald winken könne. In Mailand lag auf den französisch Gesinnten ein tiefer Schrecken. „Und alles dies Leid, ruft Tessé aus, kommt über uns von der Anwesenheit eines fremden Heeres von nicht 24,000 Mann, welche kein anderes Mittel zum Unterhalte haben, als was der gute Wille der Einwohner des Landes ihnen darreicht. Wir büßen nicht bloß unsere

---

1) Dangeau t. VIII, p. 169, mit der beigefügten Note des Duc St.-Simon.
2) Pelet t. I, p. 300.

Reputation ein, sondern auch die Geneigtheit, welche jedenfalls die Republik Venedig für uns hatte. Es wäre weniger schlimm für uns eine Schlacht zu verlieren, als so den Feldzug enden zu sollen. Ich fürchte meiner selbst nicht mächtig zu bleiben. Aber es liegt auf uns etwas Unsichtbares wie eine beständige Bezauberung, welche alles dies hervorbringt" [1]).

Auch Tessé möchte dem Marschall Catinat die Schuld aufbürden, und dennoch erkennen wir aus diesen seinen letzten Worten, daß er das Walten einer positiven Kraft fühlt, nicht abhängig von wahren oder vermeintlichen Fehlern eines militärischen Anführers. Der Gedanke des Widerstandes der europäischen Völker gegen die um sich greifende, alles bedrohende Macht des Hauses Bourbon, hatte ihren Ausdruck gefunden in den Thaten des Prinzen Eugen und seiner Armee. Wie darum den kaiserlichen Truppen die Sympathie der Bewohner Italiens entgegen kam, ihnen den Weg bahnte, den Unterhalt möglich machte: so verfolgten in den anderen Ländern Europas die Völker mit gespanntem Blicke die Fortschritte dieser Truppen.

Und zwar geschah dies nirgends so eifrig wie in derjenigen Nation, die, bei allen ihr eigenthümlichen Vorurtheilen und Schwächen, dennoch an freiheitlicher Entwickelung allen anderen voran stand, der englischen. Der Uebergang über die Alpen hatte dem Prinzen Eugen das achtungsvolle Lob der Engländer eingetragen. Die weiteren Erfolge steigerten die Anerkennung. Vom Ueberschreiten der Etsch an war der Prinz Eugen ein populärer Held. „Die Nachrichten über ihn und seine Thaten, meldet Hoffmann aus London, am 25. Juli/5. August, erwecken hier ein so unbeschreibliches Vergnügen, erhöhen so sehr des Prinzen Reputation, daß bei jedem Gastmahle, ob groß, ob klein, sein Wohl ausgebracht wird, ja sogar häufig auch dasjenige des Papstes, weil seine Zurückhaltung, sein Ausweichen, den Herzog von Anjou mit Neapel und Sicilien zu belehnen, als ein Beweis seiner Neigung für die Sache E. K. M. aufgenommen wird."

Wie die Engländer überhaupt mit Eifer die Fortschritte der kaiserlichen Waffen in Italien verfolgten, so vor Allem ihr König,

---

[1]) Schreiben Tessés an Chamillart, vom 7. August, in Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, S. 483.

obwohl krank und matt, in der einsamen Stille seines Schlosses Loo. Der Hof von Versailles ließ sich das Gerücht einreden, daß Wilhelm III. die Schritte des Prinzen Eugen in Italien nicht billige, daß er ihm das Geschlagen-Werden in Aussicht stelle [1]). Das Gegentheil war die Wahrheit. In denselben Tagen, als Ludwig XIV. von Marly aus jenes Hagelschauer von Vorwürfen auf das Haupt des unglücklichen Catinat entsendete, überreichte Wilhelm III. in Loo dem Grafen Wratislaw ein eigenhändiges Schreiben zur Beförderung an den Prinzen Eugen. Nachdem der König darin die volle Anerkennung für den schwierigen und ruhmvollen Feldzug ausgesprochen, bot er, obwohl persönlich unbekannt, dem Prinzen seine Freundschaft an [2]). So hatte er es einst auch gehalten mit dem Türkensieger Carl von Lothringen, und diese Freundschaft sich zur Ehre gerechnet.

Das Schreiben des Königs Wilhelm III. an den Prinzen Eugen ging ab am 23. August. Noch bevor der Letztere es erhielt, entsprach er der Gesinnung und den Wünschen des Königs durch eine neue That.

In Versailles zählte man die Tage, ja fast die Stunden, in welchen der Marschall Villeroy bei der Armee in Oberitalien eintreffen konnte [3]). Seine Ankunft erfolgte am 21. August. Die Erwartung, welche Ludwig XIV. davon hegte, sprach er aus in einem Schreiben vom selben Datum an seinen Enkel, Philipp von Spanien. Ludwig XIV. gibt darin zuerst nicht bloß seine Zustimmung, sondern auch seinen Rath, daß Philipp V. sich im nächsten Frühlinge nach Italien begebe. „Ich halte diese Reise für nothwendig, sagte er dann, wenn der Krieg dort fortdauert. Ich wünsche jedoch ihn mit diesem Feldzuge beenden, und hoffe es, wenn, wie ich Grund habe zu glauben, der Marschall Villeroy meine Befehle ausführt" [4]). Daß an der Willigkeit des Marschalls Villeroy die Befehle Ludwigs XIV. zu vollstrecken, kein Mangel war, hatte er sechs Jahre zuvor allerdings dargethan durch das Bombardement von Brüssel, im August 1695.

Um der Ungeduld des Königs zu entsprechen, sandte Villeroy sofort nach seiner Ankunft bei der Armee einen Courier ab, der schon

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 183.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 23. August.

[3]) Man vgl. Dangeau t. VIII, p. 172 und 180.

[4]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 71.

am 28. August eintraf [1]). Wenige Tage später folgte ein umfassender Bericht [2]). Laut desselben hatten Villeroy, der Prinz Vaudemont, der Marschall Catinat, alle dieselbe Gesinnung, denselben Gedanken. Ein möglicher Unterschied bestehe nur darin, daß etwa Vaudemont die beiden Marschälle an Eifer und Einsicht überböte. Der Herzog Victor Amadeus dagegen sei an Treue für den Dienst des Königs ihnen allen drei überlegen.

Bei der auch damals doch nicht mehr völlig unbekannten Gesinnung des Herzogs Victor Amadeus, der nur dem Drucke der bourbonischen Uebermacht sich fügte, erregt dieser Eingang erhebliche Zweifel, mögen nun diese sich wenden wider die Urtheilskraft, oder gegen die Wahrheitsliebe des Marschalls Villeroy.

„Demnach, Sire, fährt der Bericht fort, geht alles im selben Geiste und Sinne, und es ist unmöglich, daß der Erfolg nicht nach Wunsch ausfalle, weil wir an Streitkräften dem Feinde überlegen sind und alle erforderlichen Hülfsmittel besitzen, die uns in den Stand setzen etwas zu unternehmen."

Auf Grund dieses Berichtes sprach Ludwig XIV. vor seinem Hofe seine Billigung der Maßregeln aus, welche Villeroy getroffen [3]).

Die Stimmung, welche auch bei Anderen dieser Bericht des Marschalls Villeroy hervorrief, gibt sich kund in einem Schreiben des Herzogs von Bourgogne an seinen Bruder Philipp V. in Spanien. „Wir erwarten mit Ungeduld, sagt er, weitere Nachrichten aus Italien. Wie Ihnen bekannt, stehen die Armeen einander so nahe, daß die Unserigen ohne Zweifel die Deutschen zu einem Treffen zwingen werden, hoffentlich günstig für uns. Ich gestehe, daß keine Nachricht zur Zeit mir eine solche Freude bereiten würde wie diejenige eines Sieges in Italien, und hoffentlich habe ich bald diese Genugthuung" [4]).

Nach den Aussagen der Ueberläufer durfte der Prinz Eugen nicht zweifeln, daß Villeroy mit allem Nachdrucke ein Treffen suchen werde. Der Prinz meldet dem Kaiser, am 31. August, daß nach Ankunft der Verstärkungen, der Marschall Villeroy über sechszig bis

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 180.

[2]) Pelet t. I, p. 301 et suiv. Vom 24. August.

[3]) Dangeau t. VIII, p. 185. Vom 4. September.

[4]) Mémoires de Louville t. I, p. 195.

siebzig Bataillone Infanterie verfüge, denen er nur neununddreißig entgegen zu stellen habe. „Also muß ich schon erwarten, schließt er, wozu der Feind mich werde zwingen wollen. Binnen zwei oder drei Tagen wird es sich zeigen müssen" [1]).

Der Bericht ging ab am Morgen des 1. September. Von da an verflossen nicht mehr Tage, sondern nur noch Stunden.

Am Abende des 31. August meldete seinerseits auch Villeroy nach Versailles: „Durch die Rathschläge und die Urtheile des Prinzen Vaudemont täglich gekräftigt, habe ich mehr Vertrauen als je, die Befehle Ew. Majestät mit Erfolg auszuführen". Er setzt mit Bestimmtheit das Treffen an auf den folgenden Tag. Am Morgen des 1. September fügt er weiter hinzu: nur ein Canal noch trenne ihn von dem Feinde, und der Weg zum Lager desselben sei nicht weiter als von Versailles nach Trianon. Man erblicke deutlich den Feind, wie er sich verschanze, durchaus nicht in der Haltung, als wolle er sich zurückziehen. Die französischen Soldaten haben lautes Freudengeschrei ausgestoßen sich dem Feinde so nahe zu sehen, und man habe alle Mühe von der Welt sie vom sofortigen Angriffe zurückzuhalten. 800 Mann seien aus den Spitälern hervorgekommen, meldend, daß sie sich hinreichend wohl befinden, um mitzukämpfen. Der Marschall schloß, daß er von nun an täglich einen Courier schicken werde. — Der König gebot darauf, ihn bei der Ankunft derselben zu jeder Stunde zu wecken [2]).

Die erwartete Nachricht eines Treffens kam sehr bald. Aber sie lautete anders.

Gegen drei Uhr Nachmittags, am 1. September, erfolgte ein nachdrücklicher Angriff der Franzosen gegen den von den Kaiserlichen besetzten offenen Ort Chiari. Er ward mit schwerem Verluste der Angreifer zurückgeschlagen.

„Befinde mich also schuldig, meldet der Prinz Eugen dem Kaiser, allen diesen Officieren und Gemeinen, wie auch der Generalität, welche aller Orten mit unermüdetem Eifer und vorsichtiger Prudenz beigewohnt hat, das billige Lob und Glorie ihres insgesammt und eines Jeden insonderheit bezeigten Valors und Standhaftigkeit, mit aller-

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, Supplementheft S. 77.

[2]) Pelet t. I, p. 314, und Dangeau t. VIII, p. 187.

unterthänigster Devotion gegen E. K. M. hiermit zu rühmen." Nach der Schätzung des Prinzen belief sich der Verlust des Feindes, gering angeschlagen, auf reichlich 2000 Mann an Todten und Verwundeten, darunter 200 Officieren, der Verlust der Kaiserlichen in allem auf 117 Mann [1]).

Auch Villeroy machte dann seinen Bericht. Die hauptsächliche Stelle lautet: „Ich hatte von Ew. Majestät einen so bestimmten Befehl zu schlagen, daß ich nach allen den Bemühungen der drei Tage vorher an den Feind zu gelangen, es als einen Ungehorsam und eine Schande betrachtet haben würde, wenn ich nicht getrachtet hätte den Feind bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit anzugreifen, so wie es der Herzog von Savoyen mir vorschlug. Ich weiß, daß man die Stellung vorher hätte genauer untersuchen können; aber der Entschluß wurde gefaßt auf die Versicherung hin, daß Chiari nur von einer Abtheilung der Feinde besetzt gehalten werde, und daß sie sich neben der Stadt her zurückgezogen hätten. Ich wiederhole nochmals, Sire, durfte ich nach Ihren so bestimmten Befehlen, den Kampf aufschieben wollen, wo ich doch nur einen kleinen Theil Ihrer Armee wagte, um einen Versuch zu machen, der über den ganzen Feldzug hätte entscheiden können, und der, wenn er nicht gelang, uns nicht außer Stand setzte, den Krieg nach dem Befehle Ew. Majestät fortzuführen?" [2])

In den Reden der Hofleute von Versailles ward der Herzog Victor Amadeus als der Urheber des unglücklichen Angriffes bezeichnet [3]). Ehrlicher und aufrichtiger lauten die Worte der Herzogin von Orleans: „Man hat dem Marschall Villeroy das Angreifen so hart anbefohlen, daß er es so zu sagen blindlings gethan hat, ist aber nicht gelungen" [4]).

Die Schlacht bei Chiari entschied nicht über den Besitz von Mailand zu Gunsten des Kaisers. Dies um so weniger, da auch nach derselben die französisch-spanischen Streitkräfte dort an Zahl so sehr überlegen blieben, daß der Prinz Eugen seinem Siegesberichte an den

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, Supplementheft S. 82.

[2]) Pelet t. I, p. 320.

[3]) Dangeau t. VIII, p. 189.

[4]) An die Kurfürstin Sophie, 28. September. Bei Ranke: Französische Geschichte Bd. VI, S. 193.

Kaiser die dringende Bitte um Nachschub hinzufügte [1]). Und doch war der Erfolg von hoher Wichtigkeit. Ludwig XIV. hatte das Treffen verlangt und geboten, in der Hoffnung den Krieg dort mit Einem Schlage zu beenden. Diese Hoffnung hatte sich nicht erfüllt. Auf jeden Fall also stand in Italien noch ein längerer Krieg bevor, mit nicht geringer Aussicht auf Erfolg für den Kaiser. Ja nach der Annahme des spanischen Testamentes, welche die Macht des Königs von Frankreich höher zu steigern schien, als diejenige irgend eines Fürsten in Europa seit den Zeiten Carls des Großen, war die Niederlage der französischen Waffen bei Chiari der erste größere, den Augen aller Welt ersichtliche Schlag, den die Sache Ludwigs XIV. erlitt. Der Schlag erschien um so gewichtiger, da in dem ganzen langen vorigen Kriege in allen offenen Feldschlachten die Franzosen über die Verbündeten den Sieg davongetragen, in diesem Falle bei Chiari dagegen die ungleich schwächere Zahl der Kaiserlichen die überlegene spanisch-französische Macht mit besonderem Erfolge zurückgeworfen hatte. Es waren drei Monate verflossen, nachdem der Prinz Eugen die Alpen überstiegen. Seitdem hatte sich für ihn ein Erfolg gereiht an den anderen. Und nun kam dazu diese wichtige Siegeskunde von Chiari.

Der Courier, den der Prinz Eugen an den Grafen Wratislaw entsendete, passirte Loo. Der König ließ ihn sofort zu sich fordern, um ihn zu hören, und dann durch Albemarle und Blathwait dem Grafen Wratislaw melden, daß er von ihm einen Courier mit den Einzelnheiten erwarte. In gleicher Weise ließen die Generalstaaten anfragen, um den Bericht sogleich in der Republik veröffentlichen zu können. „Es gibt sich unter dem holländischen Volke, meldet der Graf Wratislaw, über diese Nachricht eine unbeschreibliche Freude kund, welche die guten Gesinnungen hier genug zu erkennen gibt“ [2]).

Eben so stark oder, bei dem lebhafteren Naturell des englischen Volkes, stärker noch, äußerte sich dort dieselbe Gesinnung. „Die Nachricht des Sieges von Chiari, meldet Hoffmann aus London, hat hier eine solche Freude erweckt, daß sie den gemeinen Mann fast von Sinnen bringt“ [3]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, Supplementheft S. 84.

[2]) Bericht vom 16. September.

[3]) Bericht vom 20. September. Wörtlich: daß sie den gemeinen Mann so zu sagen außer Sinnen setzt.

Wie nach dem Süden, so durfte der König Wilhelm III. mit ähnlicher Befriedigung damals auch ostwärts blicken. Die andere Angelegenheit, welche ihm für die Sicherheit der Republik Holland und des Königreiches England nicht minder am Herzen lag, als der allgemeine Kampf wider das Haus Bourbon, diejenige der Thronfolge in England, war in Hannover zum einstweiligen Abschlusse gebracht.

Auf das kurze Schreiben der Kurfürstin Sophie, vom 18. Januar 1701, in welchem sie sich darauf beschränkte, den König um seinen Rath zu bitten, hatte er damals keine Antwort gegeben. Vielmehr bestand diese Antwort in der Thatsache der vom Parlamente beschlossenen, vom Könige sanctionirten Successions-Acte. Wie der König Wilhelm III. über die einzelnen Puncte mit dem Parlamente nicht verhandelt, sondern die Acte in ihrer Totalität gut geheißen hatte: so konnte das Haus Hannover noch weniger eine solche Unterhandlung beginnen wollen: es blieb nur die Annahme oder die Ablehnung des Ganzen. So gering die Geneigtheit sowohl der Kurfürstin Sophie wie des Kurfürsten Georg Ludwig, ihres Sohnes, an sich sein mochte, mit jenem Schreiben vom 18. Januar 1701 war die Ablehnung nicht mehr vereinbar. Die Kurfürstin Sophie mit der Zustimmung ihres Sohnes, des Kurfürsten Georg Ludwig, war bereit für sich und für ihr Haus anzunehmen.

Daß damals selbst die Lichtseite der Sache für das Haus Hannover in den Augen der Menschen, auch in Hannover selbst, überwog, bedarf nicht des Nachweises. Allein ganz unbedingt war bei den weiter Blickenden diese Freude nicht. Der Geheimerath von Hattorf, der selber im Conseil des Kurfürsten für die Annahme gestimmt, schrieb dennoch sein Bedenken darüber nieder mit den Worten: „Ich habe eine Sache durchgesetzt, welche die Welt nicht erwartete und die meine Landsleute bewundern: ich befürchte aber, die Nachkommen werden sie verwünschen" [1]).

Der Graf Macclesfield, dessen Vater einst in Diensten der Tochter Jacobs I., der Pfalzgräfin Elisabeth, gestanden, erbat und erhielt vom Könige den Auftrag, die Acte nach Hannover zu überbringen, im

---

[1]) Die Worte finden sich bei Sichart: Geschichte der königlich hannoverschen Armee. Bd. IV, S. 727, Nr. 1. Dort auch die Quelle.

Juli 1701. Um ihn sammelte sich ein Gefolge von Engländern, das sich mehrte bei der Durchreise durch Holland, bis auf nahe an vierzig Personen [1]). Macclesfield wurde an der Grenze des Landes durch eine kurfürstliche Deputation empfangen und nach Hannover geleitet. Die Botschaft fuhr vor dem Schlosse auf in drei Sechsspännern und vier Zweispännern. Lord Macclesfield bot, nach englischer Weise, knieend der Kurfürstin die auf Pergament geschriebene, künstlerisch reich ausgestattete Acte dar. Die Kurfürstin reichte ihm sofort die Hand ihn aufzurichten, und nahm die Acte entgegen [2]).

Der Botschafter überbrachte im Namen des Königs für den Kurfürsten Georg Ludwig den Hosenband-Orden. Georg Ludwig ließ sich durch den mitgekommenen englischen Wappenherold King damit bekleiden. Es geschah mit genauer Beobachtung des dabei hergebrachten Ceremoniells.

Die Festlichkeiten drängten einander. Die Engländer waren überall willkommene Gäste. In Einem Puncte jedoch ward ihnen nicht entsprochen. Indem sie als Engländer den gesammten Dunstkreis der heimatlichen Anschauungen mit sich trugen, begannen sie auch auf dem fremden Boden zu reden von Whigs und von Tories. In Hannover hatte man für solche Worte kein Verständnis, und nicht einmal ein Gehör.

Dagegen machten sie andere Wahrnehmungen erfreulicher Art. Sie waren herüber gekommen mit dem Vorurtheile, daß das hauptsächliche Laster der Deutschen in der Trunksucht bestehe. Sie fanden in Hannover diese Meinung nicht bestätigt. Der Eindruck vielmehr war, wie sich aus den Aufzeichnungen des mitanwesenden Toland ergibt, in aller Beziehung vortheilhaft. Mit besonderem Wohlgefallen bemerkten die Engländer die Ordnung in der Verwaltung, die Regelmäßigkeit in den Zahlungen, den Wohlstand des Landes, die allgemeine Zufriedenheit, ohne Parteiung, weder politisch noch kirchlich, die treue Anhänglichkeit an das Fürstenhaus.

Vor Allem die Persönlichkeiten desselben, vertreten in drei Generationen, nahmen die Aufmerksamkeit der Engländer in Anspruch: die

[1]) Ich entnehme viele der hier folgenden Einzelnheiten aus Toland: Relation des cours de Prusse et de Hanovre. A la Haye. 1706.

[2]) Man vergleiche die ausführliche Beschreibung im Theatrum Europaeum Theil XVI, S. 192.

Kurfürstin Sophie, einundsiebenzigjährig, der Kurfürst Georg Ludwig, einundvierzigjährig, der Kurprinz Georg August, siebzehnjährig.

Der Kurfürst Georg Ludwig war seinem Wesen nach still und reservirt. „Er wird, sagt die Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans über ihn, unserem Herrgott wegen überflüssiger Worte keine Rechenschaft zu geben haben" [1]). Sobald er jedoch sich mit Jemandem näher einließ, redete er klar, bestimmt und dabei wohlwollend. Wie immer man über sein Privatleben nach der Weise jener Zeit urtheilen möge: die verschiedenen Verhältnisse, die er anknüpfte, übten keine Einwirkung weder auf seine Regierung daheim, noch auf seine Stellung nach außen. In seiner Regierung war er ein streng rechtlicher Herr, und als solcher anerkannt und geliebt von seinen Unterthanen. Seine Mutter, die Kurfürstin, erzählt den merkwürdigen Fall, daß eines Tages einige Bauern zu Thätlichkeiten aneinander gerathen seien über die Streitfrage: wer von ihnen ihren Kurfürsten lieber habe. Andererseits hatten seine Unterthanen an seinem Charakter die Bürgschaft, daß sie nicht einer sogenannten Realpolitik zum Opfer dargebracht wurden. Georg Ludwig schaute nicht aus, wie seine Mitkurfürsten von Bayern, Sachsen, Brandenburg, ob auf kaiserlicher oder auf französischer Seite der größere Vortheil winke: er stand nach Pflicht und Ueberzeugung zu seinem Kaiser. Eben diese Ueberzeugung, daß gegen die Uebermacht des Hauses Bourbon in Europa alle Kraft aufgeboten werden müsse, hatte auch ihn, der früher ebenso wie seine Mutter der Aussicht auf die englische Thronfolge gegenüber sich ablehnend verhalten, nun dennoch geneigter gemacht. Freilich mußte er dann, wenn es dazu kam, um der englischen Krone willen die geliebte Heimat verlassen. Aber es ist nicht bloß möglich, sondern auch wahrscheinlich, daß damals, im Jahre 1701, der König Wilhelm III. ein Auskunftsmittel erwog, für welches er auf die Zustimmung der Betheiligten rechnen durfte. Viele Engländer hatten von Anfang an den Kurprinzen Georg August zum Successor gewünscht, Wilhelm III. jedoch die Lineal-Folge nicht durchbrechen lassen wollen. Allein, nachdem dieselbe festgestellt, konnte man sich über das Weitere gütlich einigen, nicht freilich durch schriftliche Unterhandlung, sondern mündlich. Der alte Herzog Georg Wilhelm zu Celle schickte

---

[1]) Publication des literarischen Vereines in Stuttgart. Bd. VI, S. 78.

sich, wie alljährlich, so auch für den Herbst 1701 wieder an, die Fahrt nach Loo zu unternehmen. Dies Mal aber sollte sein Enkel, der Kurprinz, ihn begleiten.

Das Interesse der Engländer in Hannover, im August 1701, haftete zunächst an derjenigen Persönlichkeit, welche das Gesetz ihres Landes ausdrücklich zur Thronfolge berief, der alten Kurfürstin Sophie.

Es liegt keine Andeutung vor, daß damals Jemand um das Geheimnis ihrer Jugendjahre gewußt habe, ihre Abreise aus dem Haag, um sich den Bewerbungen ihres Vetters Carl II. von England zu entziehen. (Bd. I, S. 9.) Damals stand sie für sich weit ab vom englischen Throne, so weit, daß nach dem Zurückweisen jener Werbungen eine Aussicht kaum noch als nennenswerth bestand. Und nun hatten auf einem anderen Wege die Dinge sich doch dahin gewendet, daß das englische Gesetz sie und ihre Descendenz nach ihr auf den Thron berief.

Ungeachtet der einundsiebenzig Jahre der Kurfürstin, trug sie in sich eine zähere Lebenskraft als der fünfzigjährige König Wilhelm oder die siebenunddreißigjährige Prinzessin Anna. Gerade damals erwiederte sie auf eine Anfrage ihrer vertrauten Nichte und Freundin, der Raugräfin Louise, mit folgenden Worten: „Ich kann Gott alle Augenblicke nicht genug danken, daß ich — Gottlob — nicht das geringste Ungemach von meinem Alter habe. Ich gehe im Garten alle meine Leute müde. Ich arbeite, wann ich will, auch bei Lichte. Ich habe noch Zähne. Gott allein sei Lob und Dank dafür. Aber in Einem Augenblicke kann ich doch vergehen, wie eine Blume auf dem Felde. Und habe die Gnade von Gott, daß ich den Tod gar nicht fürchte, wie ich auf meine Medaille habe setzen lassen"[1]. — Diese Medaille, geprägt bereits 1684, zeigt auf der einen Seite das Bild der Prinzessin Sophie, auf der anderen die Sonne in voller Klarheit, dem Untergange nahe, mit einem Spruchbande darüber, enthaltend die Worte: Senza turbarmi al fin m' acosto.

Die weiblichen Arbeiten, deren die Kurfürstin in diesem Briefe gedenkt, riefen bei den Engländern in Hannover die Erinnerung an die früh geschiedene Königin Mary wach, die in ähnlicher Weise sich

---

[1]) Schreiben vom 19. Mai 1701, im gräflich Degenfeld-Schonburgischen Archive in Eybach.

beschäftigt hatte. Von der Hand der Kurfürstin Sophie war, wie vielfacher Schmuck des Altares der Schloßkirche, so auch desjenigen in der Kirche der einstigen Cisterzienser-Abtei Lokkum. Die Abtei ist ein besonderes Denkmal des Welfenhauses; denn hauptsächlich die reichen Schenkungen Heinrichs des Löwen hatten einst die Mönche in den Stand gesetzt, das schöne Gotteshaus zu bauen.

Die Engländer fanden in doppelter Beziehung in der Kurfürstin eine Landsmännin. Sie war durch ihre Geburt und den Aufenthalt in Holland der holländischen Sprache mächtig, durch ihre Erziehung am Hofe ihrer Mutter der englischen und der französischen, durch ihre weitere Ausbildung am Hofe ihres Bruders Carl Ludwig in Heidelberg der deutschen und der italienischen. Gerade ihre reine Aussprache des Englischen aber war für die Engländer überraschend, um so mehr, da der König Wilhelm III., obwohl auch Sohn einer englischen Prinzessin, und dann längere Jahre mit einer englischen Prinzessin verheirathet, darin dennoch den Holländer nie verleugnen konnte. Aber Wilhelm III. war, nach dem frühen Verluste auch seiner Mutter, in nur holländischer Umgebung aufgewachsen; die Kurfürstin Sophie dagegen, am Hofe ihrer Mutter Elisabeth im Haag, vorwiegend in englischer Umgebung.

Ein anderer Berührungspunct war die Confession. Die Successions-Acte machte dem Successor die Communion in der anglicanischen Kirche zur Pflicht. In England trug der Prinz Georg von Dänemark als Lutheraner für sich gegen eine solche Conformirung kein Bedenken; aber es hatten sich Zweifel erhoben, ob auch das Haus Hannover sich darein fügen würde. Es ist sehr möglich und wahrscheinlich, daß andere evangelisch-lutherische Theologen in Deutschland eine Verschiedenheit betont haben würden: das Gutachten indessen des ersten Geistlichen des Landes Calenberg, des Abtes Molanus von Lokkum, fiel bejahend aus. Auch hatte sich in Hannover schon vorher thatsächlich ein Zustand herausgebildet, der dem Gutachten des Abtes Molanus entsprach. Die Kurfürstin, reformirt erzogen, hielt daran fest, so sehr, daß wesentlich durch ihre Bemühungen in der Stadt Hannover eine reformirte Kirche und Pfarre entstand. Aber sie hatte andererseits niemals Bedenken getragen, an dem evangelisch-lutherischen Gottesdienste in der Schloßkirche Theil zu nehmen. Durch diese

Gewöhnung hatte sich im kurfürstlichen Hause das Gemeingefühl herausgebildet, daß eine eigentliche Verschiedenheit nicht bestehe. Denn die Kurfürstin persönlich fühlte sich mit der englischen Hochkirche völlig einig. Sie hatte von Jugend auf das englische allgemeine Gebetbuch (the book of common prayer) mit besonderer Liebe umfaßt. (Bd. I, S. 8.) Diese Zuneigung war ihr geblieben. Sie war so sehr bewandert in der englischen Liturgie, daß sie, als der Geistliche der Botschaft in ihrem Beisein den Gottesdienst nach anglicanischer Weise hielt, in die Responsorien einstimmte. Auf die Frage nachher, warum nicht auch sie diese Liturgie bei sich einführe, erwiederte sie: „Weil eine solche neue Einführung den Schein erwecken könnte, als sei unsere Religion vorher von der englischen verschieden gewesen, während doch in der Wirklichkeit diese Liturgie nur eine national-englische Einrichtung ist" [1]).

Der Botschaft des Lord Macclesfield hatte sich auch John Toland angeschlossen, der in den nächsten Jahren seinen Ruf als Freidenker begründete. So beredt John Toland das Lob der Kurfürstin, ihre Kenntnisse in allen Wissenschaften, der Welt verkündete: so ist doch unverkennbar, daß gerade dieses Lob bei der Geistlichkeit der englischen Hochkirche manches Bedenken hervorrief. Die Kurfürstin Sophie, arglos wie sie war, und damals noch nicht die innere Hohlheit des Toland durchschauend, behandelte ihn mit derselben Güte und Leutseligkeit wie die sämmtlichen Engländer.

Denn diese Eigenschaften, und nicht die Philosophie, sind der hauptsächliche Charakterzug der edlen Fürstin. Wenigen Menschen mag es beschieden gewesen sein, eine so starke Zuneigung und Anhänglichkeit an sich zu erwecken und dauernd zu erhalten wie ihr, vor Allem bei den Kindern ihres Bruders Carl Ludwig, sowohl bei der Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans, als bei den jüngeren Halbgeschwistern derselben aus morganatischer Ehe. Namentlich die Aeußerungen der ersteren darüber sind überraschend. „Nichts in der Welt, schreibt sie einmal, ist mir lieber als ma tante; meine Kinder und Kindeskinder kommen da nicht bei" [2]). Wenn man diese Aeußerung betrachten wollte

[1]) Toland: Relation etc. p. 108. — Man vergleiche über das Verhalten der Kurfürstin zu ihm meine Ausgabe der Werke von Leibniz Bd. VIII, S. 352.

[2]) Publicationen des literarischen Vereines in Stuttgart. Bd. 88, S. 407. — Man vergleiche überhaupt alle zahlreichen Ausgaben der Briefe der Herzogin.

als ein einmaliges Ueberwallen des Gefühls: so steht dagegen, daß diese treue Anhänglichkeit den immer wider durchklingenden Grundton aller Briefe der Herzogin ausmacht, und zwar ihr ganzes Leben hindurch. Auf französischem Boden niemals heimisch geworden, einsam am Hofe von Versailles, dem ihre derbe Ehrlichkeit misfiel, und von dessen Unwahrhaftigkeit sie sich zurückgestoßen fühlte, suchte und fand sie ihren Trost hauptsächlich in der Correspondenz mit der geliebten ma tante. Sehnsüchtig blickt sie nach Hannover. Nur Einmal noch möchte sie dort sein, ma tante zu sehen, und dann zu sterben. — Läßt sich bei der Herzogin Elisabeth Charlotte diese treue Anhänglichkeit zum Theile erklären durch ihre Lebensstellung: so finden wir doch die entsprechende Neigung wieder bei den jüngeren Halbgeschwistern, den Raugrafen und Raugräfinnen zu Pfalz. Sie hatten Grund dazu. Der Oheim und Vormund dieser früh verwaisten Kinder, Freiherr von Degenfeld, schrieb darüber: „Ich muß bekennen: wenn die Raugrafen alle noch lebten und jeder zehn Leben hätte, und sie solche der Kurfürstin in Hannover und derjenigen von Brandenburg aufopferten: so wäre es nicht genug; denn man könnte die Welt durchreisen und würde doch, außer Madame (der Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans) kein drittes gleiches Herz von solcher Güte finden. Eben dasselbe gilt für die Raugräfinnen" [1]).

Die Raugrafen starben früh. Die Mahnung dagegen an die Schwestern blieb nicht vergeblich. Die eine derselben, Louise, trat eben damals bei der Kurfürstin als Obersthofmeisterin ein, und die zahlreichen erhaltenen Briefe legen dar, daß das früher von der Kurfürstin an sie gerichtete Wort: „Ich habe meine Kinder nur gar zu lieb, und rechne Sie mit dazu" — beiderseitig eine Wahrheit war.

Dieser Charakterzug der Kurfürstin verdient hervorgehoben zu werden als ein Beweis, daß der Eindruck, den die präsumtive Thronerbin auf die Engländer in Hannover machte, ein günstiger sein mußte.

Die Botschaft ward reich beschenkt entlassen. Die Kurfürstin gab dem Lord Macclesfield ihr Porträt mit Diamanten umgeben, der Kurfürst ein Waschbecken von massivem Golde. Die Botschaft begab

---

[1]) Kazner: Louise, Raugräfin zu Pfalz. Bd. II, S. 96.

sich auch zu dem Herzoge in Celle. Dort erhielt Macclesfield eine große Anzahl goldener Medaillen zu seiner Verfügung.

Unter den Medaillen, die den Mitgliedern der Botschaft von Seiten der Kurfürstin in Hannover gereicht wurden, zeichnete sich durch Größe und Schönheit besonders eine aus, welche auf dem Avers das Brustbild der einstigen Herzogin Mathilde trug, mit der Umschrift: Matilda filia Henrici II. regis Angliae, uxor Henrici Leonis ducis Bavariae et Saxoniae, mater Ottonis IV. Imperatoris etc.; auf dem Revers das Brustbild der Kurfürstin Sophie, mit der Umschrift: Sophia ex stirpe electorali Palatina, neptis Jacobi I. regis Magnae Britanniae, vidua Ernesti Augusti Electoris Brunsvicensis et Luneburgensis, Angliae princeps ad successionem nominata MDCCI.

Ein Anrecht an die englische Krone von der einstigen Prinzessin Mathilde Plantagenet herzuleiten, war nicht die Absicht des Künstlers Falz; aber die Erinnerung, daß die Ahnfrau des gesammten welfischen Hauses seit Heinrich dem Löwen eine Prinzessin des alten englischen Königshauses war, verband sich vortrefflich mit dem Grundgedanken der Successions-Acte, welcher eine englische, abermals in das Welfenhaus hinein geheirathete Prinzessin, zur Stammmutter aller künftigen regierenden Könige und Königinnen von England machte.

Als die Feste in Hannover verrauscht, die englische Botschaft wieder abgezogen war, machte sich der alte Herzog Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg zu Celle, begleitet von seinem Enkel, dem Kurprinzen Georg August, auf den Weg zu dem Könige Wilhelm III. in Loo. Der Prinz, wie Toland ihn beschreibt, machte, ungeachtet seiner Jugend, durch seine Haltung, sein Benehmen, seine Reden, den Eindruck eines vollendeten Mannes. Er war sorgfältig erzogen, nach der damals üblichen Weise der Reichsfürsten auch in der lateinischen Sprache eben so wie sein Vater so weit ausgebildet, daß er sich mit Leichtigkeit in derselben auszudrücken verstand. Seine Kunde dagegen der englischen Sprache, wenn überhaupt nennenswerth, war gering.

Es ward beobachtet, daß der König Wilhelm III. den Prinzen empfing wie ein Vater seinen Sohn [1]).

---

[1]) Toland: Relation etc. p. 128.

Dies Mal theilten die beiden alten Freunde mit einander nicht bloß die Freude an der Jagd, sondern auch diejenige an dem bis dahin gelungenen Werke, als dessen Repräsentant der jugendliche Kurprinz vor ihnen stand. Denn der ganze Gang der Dinge thut dar, daß, wie Wilhelm III. von sich aussagte: er habe in Betreff der spanischen Angelegenheit in England gearbeitet wie ein besoldeter Minister des Kaisers, in ähnlicher Weise der alte Herzog Georg Wilhelm von sich sagen durfte: er habe in Betreff der englischen Erbfolge bei dem Hause Hannover gearbeitet wie ein besoldeter Minister des Königs.

Die weitere Verabredung in Loo ging dahin, daß Wilhelm III. versprach für die Kurfürstin Sophie als die präsumtive Thronerbin vom Parlamente ein Jahrgeld zu erwirken, und den Kurprinzen im nächsten Frühlinge nach England zu rufen. Ueber das letztere Vorhaben ward nicht geschwiegen. Der Gedanke entsprach so sehr der allgemeinen Voraussetzung, daß man auch in England nichts Anderes erwartete [1]). Es fragte sich dann freilich, wie sich gegenüber einem solchen Plane die Prinzessin Anna von Dänemark verhalten würde, und es scheint, daß um ihretwillen, um erst ihre Zustimmung einzuholen, Wilhelm III. das Vorhaben auf das nächste Jahr hinausgeschoben habe.

Der Gedanke an die Vergänglichkeit des menschlichen Lebens, obwohl in solchen Fällen der Abrede auf eine spätere Zeit unabweisbar, schien doch in Bezug auf den König Wilhelm III. damals, bei der Anwesenheit seiner welfischen Freunde im September 1701, nicht in besonderer Weise sich aufzudrängen. Im August hatte er gekrankt, namentlich an einer Schwellung der Füße, die zu vielen Besorgnissen Anlaß gab, vielleicht auch anderswo zu anderen Gefühlen. Der Graf d'Avaux hatte nach seiner Rückkehr den Hof von Versailles mit Nachrichten dieser Art erfüllt, und von da an schrieb Dangeau fast täglich in sein Tagebuch, daß, nach den Nachrichten aus Holland, der König nicht mehr lange zu leben habe [2]). Die Meinung war verfrüht. Mochten die verschiedenen Erfolge den König gehoben haben, oder die

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. October.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 174 et suiv.

heimatliche Luft ihn kräftigen: nach dem längeren Aufenthalte in Breda und Loo war sein Aussehen günstiger als seit langer Zeit. Er war wieder so gekräftigt, daß er, nach dem Berichte eines Augenzeugen, ganze Tage zu Pferde sitzen und an der Hirschjagd Theil nehmen konnte [1]).

Das Leben des Königs Wilhelm III. war niemals wichtiger als damals, im Sommer 1701, bis das große Werk der Allianz, welches er selber das Meisterstück seines Lebens nannte, fertig und besiegelt war.

Nach dem Zeugnisse desselben kundigen Beobachters, von welchem wir die Freude der Engländer über die Erfolge des Prinzen Eugen vernommen haben, war die Strömung dort für den Krieg in stetigem Wachsen. Es ist von Gewicht dies zu constatiren, weil in der späteren Zeit, namentlich, wie es scheint, durch die allzu geringe Beachtung der entscheidenden Adresse des Unterhauses vom 12./23. Juni 1701, die Meinung ausgesprochen worden ist, daß erst später, in Folge der Anerkennung Jacobs III. zu Versailles, im September 1701, die kriegerische Stimmung der Engländer zum Durchbruche gekommen sei. Sie war vorher da, und zwar bei den Whigs principiell, bei den Tories wenigstens in Worten, weil sie, auch wider die eigene Neigung, nicht wagten sich dem Drucke des Volkswillens entgegen zu stemmen [2]). Jene Adresse enthielt für den König die Ermächtigung zum Kriege. Darum schaute man von England aus mit Spannung nach dem Haag, was dort geschehen würde, und zwar von Seiten der Whigs nicht ohne Mistrauen gegen den König. Die meisterhafte Denkschrift vom 1. August, mit welcher Heinsius im Auftrage der Generalstaaten die von dem Botschafter Avaux eingereichten Vorwürfe Ludwigs XIV. widerlegte, ward auch in England viel gelesen. Den nach Verhältnis des Ganzen matten Schluß, zu dem, wie wir wissen, Heinsius die Zustimmung des Königs erst hatte erkämpfen müssen, maßen viele Whigs in England dem ausdrücklichen Willen des Königs bei [3]). Und zwar habe der König dies Verlangen gestellt auf das Andringen seiner Tory-Minister

---

1) Bericht des Grafen Wratislaw vom 4. September.
2) Anlage III.
3) Hoffmanns Bericht vom 12. August.

in England. Die Whigs zogen noch weitere Folgerungen. Damals schob der Graf Rochester als Statthalter von Irland seine Abreise dahin auf. Dagegen versammelte sich die Regentschaft fast täglich, und unterhielt die Verbindung mit dem Könige durch unablässige Couriere. Der König, hieß es daher in England, wolle sich nicht mehr dem Vorwurfe des Parlamentes aussetzen, daß er in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten keinen englischen Rath befrage. Darum beweise er nun die auffallende Nachgiebigkeit gegen die Tories. So die Whig-Partei. Eben sie aber wurde damals getragen von der Volksströmung. Es galt daher die letztere auszunutzen. Wilhelm III. hatte durch die schleunige Vertagung des Parlamentes die Whig-Mehrheit im Oberhause gehindert die Adresse zu vollenden, welche ihn um die Auflösung des Parlamentes ersuchen sollte. Allein die Thätigkeit für diesen Zweck ward an anderen Orten wieder aufgenommen. Von der Mitte August an kamen Petitionen von den Provinzen ein, die in lebhaften Ausdrücken die Auflösung des Parlamentes und die Ausschreibung von Neuwahlen verlangten. Buckinghamshire ging mit einer solchen Petition voran. Es folgte unter anderen die große und reiche Provinz Yorkshire. Man erwartete eine ähnliche Kundgebung von der Stadt London [1]). Im Ueberblicke der Bewegung, in welcher England sich befand, sagt Hoffmann am 8./19. August: „Daraus ist abzunehmen, wie sehr die englische Nation die bevorstehende Gefahr erkennt, und wie sehr sie, um sich und ganz Europa zu erretten, geneigt ist für den Krieg".

Uns Späteren hat sich aus den eigenen Worten des Königs wie aus dem Verlaufe der Dinge dargethan, daß da, wo er in den Augen der Whigs zurückzubleiben schien, in der Wirklichkeit Allen voran, eben er sie führte. Und zwar dies so sehr, daß, wie wir aus seinen Worten zu dem kaiserlichen Gesandten, dem Grafen Wratislaw, vom 3. August, vernommen, der König den Gang der Dinge in England als sein Werk für sich in Anspruch nahm.

Es ist immerhin möglich, und wahrscheinlich, daß eben so, wie die Whigs nicht erkannten, daß sie geführt waren, auch der Graf

---

[1]) Hoffmanns Berichte im August 1701. Im Berichte vom 19. August: Es ist nicht zu bezweifeln, daß nun, da der Anfang gemacht, eine Provinz nach der anderen damit einkommen werde.

Rochester und die anderen Tories vermeinten, den König zurückzuhalten. Indem er scheinbar den Vorstellungen derselben nachgab, hatte er in Wirklichkeit einen besonderen Grund, den Bruch mit Frankreich noch hinauszuschieben. Dieser Grund war seine Fürsorge für Holland. Er fürchtete die Wiederkehr der Ereignisse des Sommers 1672, den kaum zu hindernden Marsch der Franzosen bis Utrecht. Deshalb ließ er durch den Ingenieur Coehoorn namentlich die Linie der Yssel in besseren Vertheidigungsstand setzen [1]). Der König sprach über diesen Grund offen zu dem Grafen Limburg-Styrum, den der Kaiser ihm gesandt, um den nächsten Feldzugsplan zu bereden. Der Graf schloß seinen Bericht mit den folgenden Worten: „Durch die Darlegung der Einzelnheiten gab mir der König zu verstehen, daß er durch das Hinausziehen des Bruches mit Frankreich die Zeit gewonnen habe, um sowohl durch die neu angelegten Werke, als vermittelst des Durchstiches in der Betau die niederländischen Provinzen in Sicherheit zu setzen, damit sie im Falle eines Unglückes nicht wieder, wie im Jahre 1672 geschehen, ganz offen liegen sollten. Nach meiner langen in E. K. M. Diensten erworbenen Kriegserfahrung kann ich nicht anders als dem Könige darin Recht geben [2])". Dies also ist der hauptsächliche Grund, weshalb Wilhelm III. den Beginn des Krieges hinauszog.

Tritt in dieser Beziehung die Republik Holland in der Fürsorge des Königs Wilhelm III. voran: so ist mit besonderem Nachdrucke hervorzuheben, wie er bedacht war für die Gesammtheit zu sorgen, im Falle daß unversehens das Geschick über ihn käme. Es ist ja nicht bloß zu vermuthen, sondern liegt auch in mancherlei Kundgebungen ausdrücklich vor, daß die Widersacher hofften: mit dem bald zu erwartenden Ende dieses schwanken Lebens werde der Bund der Republik mit England zerbrechen, und dann werde Jeder sich zu retten suchen so gut er könne. Eben derselbe Gedanke wirkte lähmend zurück auf die vielen schwachen und unentschlossenen Reichsfürsten [3]). Allein

---

[1]) Einzelnheiten darüber in der Schrift von Sypesteyn: Het leven van Menno baron van Coehoorn p. 121 enz.

[2]) Bericht des Grafen Limburg-Styrum vom 6. September.

[3]) So ein Schreiben aus München vom 31. August von einem der Räthe des Kurfürsten, welches in die Hände Wratislaws gelangte, zum Berichte vom 13. September.

gerade in der Voraussicht der möglichen Ereignisse, in der Berechnung der Heilmittel gegen das etwaige Unglück, ist der Scharfblick des Oraniers nicht hoch genug anzuschlagen. Er hatte die Dinge so geführt, daß die große Allianz zu Stande kam, der enge Bund der drei Großmächte, dem abermals wie der Allianz von 1689 die kleineren Mächte sich anlegen und anschließen würden. Aber seine Fürsorge ging dies Mal erheblich weiter. Er faßte auch die Fortführung seines Werkes ins Auge, wenn er nicht mehr war. Es gab in England nur eine einzige Persönlichkeit, die, nach dem Urtheile des Königs Wilhelm, dies vermögen würde. Dieser eine Mann war John Churchill, Graf von Marlborough. Daß der König diesem Manne persönlich eine Zuneigung, seinem Charakter eine Hochachtung entgegen getragen habe, ist nach den Erfahrungen der früheren Jahre undenkbar. Aber der König übergab ihm das Commando der Truppen, welche er der Republik im Sommer 1701 zur Hülfe sandte. Er ernannte ihn zu seinem Botschafter bei der Republik, zum Bevollmächtigten für den Abschluß der Allianz mit der Republik und dem Kaiser. Wilhelm III. handelte so, weil er die intellectuelle Begabung, die erstaunliche Befähigung Marlboroughs für den Krieg wie für die Unterhandlung, zum vollen erkannte. Er baute nicht auf die Treue Marlboroughs, sondern auf seinen Egoismus. Bei der unbeschränkten Herrschaft, welche Lady Sarah über das Gemüth der Thronfolgerin, der Prinzessin Anna, ausübte, war mit Sicherheit vorauszusehen, daß nach dem Tode des Königs die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten für England völlig an Marlborough fallen würde. Es lag daher im Interesse Marlboroughs diesen Zustand der Dinge zu erhalten, die Königin Anna zu stützen, und zu diesem Zwecke die Allianz durchzuführen, welche er im Namen von England unterzeichnete.

Die Zustimmungen zu dem Entwurfe kamen ein von London, von den einzelnen souveränen Provinzen der Republik, von Wien. Hier und da waren Aenderungen vorgeschlagen. Sie waren von geringerer Bedeutung, und darum konnte man durch gegenseitige Concessionen darüber hinweg gelangen. Schwieriger war eine Differenz über die Unterschrift, indem Marlborough als Botschafter den Vorrang vor den kaiserlichen Gesandten Goes und Wratislaw verlangte, diese dagegen sich auf den höheren Rang des römischen Kaisers beriefen.

Die Differenz zog sich mehrere Tage hin, bis die Kaiserlichen eine Vollmacht vorbrachten, welche für den Fall daß die Verhandlungen von Seiten Englands und Hollands mit dem Botschafter Avaux fortgesetzt wären, auch sie zu Botschaftern ernannte. Das Verlangen der Anwendung dieser Vollmacht auch für den Abschluß der Allianz glaubten Marlborough und Heinsius nicht zurückweisen zu dürfen. Von dieser Basis aus war in Betreff des Ranges ein Ausgleich möglich [1]). Die zweite große Allianz wurde gezeichnet am 7. September 1701 [2]).

Die Allianz zog formell noch nicht den Krieg nach sich. Sie verlangte eine Satisfaction für den Kaiser in Betreff seiner Ansprüche auf das spanische Erbe. Sie verlangte für England und die Republik eine besondere und ausreichende Sicherheit, sowohl für den Besitz an Ländern und Städten als für den Handel.

Die drei Mächte verbanden sich einander für diesen Zweck zunächst eine friedliche Unterhandlung mit Frankreich zu versuchen, für zwei Monate von der Auswechselung der Ratificationen an. Wenn in dieser Zeit die Unterhandlung nicht zu dem gewünschten Ende führte, so versprachen die drei Mächte, einander mit aller Kraft beizustehen, um jenes Ziel zu erreichen.

---

[1]) Bericht der Grafen Goes und Wratislaw vom 9. September.

[2]) Der Vertrag in lateinischer und französischer Sprache, Original, ist oft gedruckt, in beiden Fassungen neben einander bei Lamberty t. I, p. 620 et suiv.

Siebenundzwanzigstes Buch.

Vom Abschlusse der großen Allianz, 7. September 1701, bis zum Tode des Königs Wilhelm III. von England, am 8./19. März 1702.

Der Vertrag der zweiten großen Allianz wider Ludwig XIV., von den Bevollmächtigten der drei Hauptmächte, des römischen Kaisers Leopold, des Königs Wilhelm III. von England, der Republik der Niederlande, im Haag unterzeichnet am 7. September 1701, setzte im dritten Artikel fest, daß von dem Tage der Ratification an die Zeit von zwei Monaten aufgewendet werden solle, um die Zwecke der Allianz durch eine gütliche Unterhandlung mit dem Könige von Frankreich zu erreichen. Erst dann, wenn diese Unterhandlung fehlschlage, verpflichten sich im vierten Artikel die Verbündeten gegenseitig, mit dem Aufgebote aller Macht diese Zwecke zu erzwingen.

Demnach mußten die Zwecke der Allianz gleich nach der erfolgten Ratification dem Könige von Frankreich kund gethan werden. Es ist nun von besonderer Wichtigkeit und dennoch selten, oder vielleicht niemals in der geschichtlichen Betrachtung jener Zeiten hervorgehoben, daß dies nicht geschehen ist.

Noch vor der Auswechselung der Ratificationen erfolgte nämlich von Seiten Ludwigs XIV. ein Schritt, der in den Augen der Führer der Seemächte jegliche fernere Verhandlung mit ihm erfolglos und daher überflüssig machte, während jener König selber sich über die volle Tragweite jenes Schrittes noch für längere Zeit nicht klar wurde. Dieser Schritt ist die nach dem Tode Jacobs II. von Ludwig XIV. ausgesprochene Anerkennung seines Sohnes als des Königs Jacob III. von England.

Wir haben daher unsere Blicke zunächst nach St. Germain zu richten.

Die Neigung Jacobs II. zum in sich gekehrten, beschaulichen Leben, war in den letzten Jahren gestiegen, man dürfte sagen, in demselben Maße wie die Aussicht auf eine Herstellung in England seinem Blicke entschwand. Der Mangel des klaren Einblickes in die Verkettung der Dinge, welche ihn dahin geführt, wo er sich befand, blieb derselbe wie zuvor. Nicht freilich kann darum ein Zweifel an der aufrichtigen Frömmigkeit des Königs aufsteigen. Der Charakter derselben ist die Ergebenheit in sein Geschick. Seine Gedanken waren in den letzten Jahren beständig gerichtet auf den Tod [1]).

Im März 1701 rührte ihn während der Messe ein Schlaganfall. Er kam wieder zu sich. Acht Tage später erneuerte sich das Uebel. Es gelang abermals, durch stark wirkende Mittel ihn wieder zu sich zu bringen. Jedoch ein Schmerz in der Brust, der ihm blieb, und gelegentliches Auswerfen von Blut, erweckte die Meinung, daß die angewendeten Brechmittel, indem sie jenem Uebel Einhalt gethan, ein anderes hervorgerufen hätten. Indessen erholte sich Jacob II. so sehr, daß er wieder ausreiten konnte. Man verordnete ihm die Bäder von Bourbon. Ludwig XIV. wies für die Kosten der Reise monatlich 100,000 Franken an. Er gebot, den König Jacob II. überall mit den gebührenden königlichen Ehren zu empfangen. Er trug besondere Sorge, daß es seinem Gaste an nichts fehlen möge. „Die britannischen Majestäten, meldet Dangeau, waren von dieser Güte mehr als je gerührt" [2]).

Den Sommer 1701 hindurch befand der König Jacob sich leidlich. Am Freitage dem 2. September erfolgte ein neuer Schlaganfall, und zwar wie das erste Mal, in der Capelle. Der Anfall tödtete auch dies Mal nicht; aber er wiederholte sich am Sonntage, dem 4. September. Man öffnete dem Kranken den Mund mit Gewalt: es erfolgte ein heftiges Blutbrechen. Er selber wie die Umstehenden erkannten, daß es mit ihm zu Ende ging.

Sobald das Brechen nachließ, bat der König Jacob, der seine Generalbeichte vor dem letzten Anfalle abgelegt, den Beichtvater um

---

[1]) Hier und für das Folgende hauptsächlich The life of James, vol. II, p. 591.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 62 und 73.

die heilige Communion. Dann verlangte er seinen damals dreizehnjährigen Sohn, und redete laut und nachdrücklich zu ihm wie folgt: „Ich verlasse nun diese Welt, die mir ein stürmisch wild bewegtes Meer gewesen ist; denn es war Gottes Wille, durch manche große Trübsal mich von ihr zu entwöhnen. Diene ihm mit aller Kraft und nach allem Vermögen, und laß niemals die Krone von England in Betracht kommen wider Dein Seelenheil. Es gibt keine Sclaverei gleich derjenigen der Sünde, noch eine Freiheit gleich dem Dienste Gottes. Wenn er in seiner Weisheit Dich zurückführt auf den Thron Deiner Väter: so regiere Dein Volk mit Gerechtigkeit und Milde, und trage Mitleid mit verführten Unterthanen. Bedenk, daß die Könige nicht um ihretwillen da sind, sondern zum Wohle des Volkes. Stelle durch Deine eigenen Handlungen Dich vor ihren Augen dar als ein Musterbild aller Tugend. Betrachte sie als Deine Kinder, sinne auf nichts als auf ihre Wohlfahrt auch da, wo Du sie strafst. Du selber bist unseren Gelübden und Gebeten geschenkt. Demgemäß verhalte Dich. Ehre Deine Mutter, auf daß Du lange lebst auf Erden, und sei Deiner lieben Schwester ein gütiger Bruder, damit Du den Segen der Eintracht davon tragen mögest".

Dann wandte sich der König zu seiner damals neunjährigen Tochter, mit den Worten: „Leb wohl, mein liebes Kind. Diene Deinem Schöpfer in den Tagen Deiner Jugend, und halte die Tugend für die größte Zier Deines Geschlechtes. Folge darin den Spuren des großen Musters, Deiner Mutter. Auch ihr Bild ist nicht weniger als das meine, durch Wolken der Verleumdung umdunkelt; aber hoffentlich wird die Zeit, die Mutter der Wahrheit, dennoch endlich ihre Tugend leuchten lassen wie die Sonne".

In ähnlicher Weise richtete der König Abschiedsworte an die gesammte Umgebung. Er mahnte die Protestanten unter ihnen, mit besonderem Nachdrucke den Lord Middleton, den Glauben der römisch-katholischen Kirche anzunehmen.

Unterdessen war das Sacrament herbeigeschafft. Bevor der König es empfing, erklärte er laut, daß er allen seinen Feinden vom Grunde seines Herzens verzeihe. Damit seine Aufrichtigkeit nicht in Zweifel gezogen werden könnte, nannte er den Prinzen von Oranien und seine Tochter, die Prinzessin Anna, vermählt mit dem Prinzen Georg von

Dänemark. Indem er dann den Beichtvater bat, besondere Acht zu haben, sprach er: „Ich vergebe von ganzem Herzen auch dem Kaiser".

Verdient die Gesinnung Jacobs II. alle Anerkennung: so haben doch die Thatsachen uns gezeigt, daß der Kaiser dem Könige Jacob gegenüber niemals anders gehandelt hatte, als innerhalb der Grenzen seines Rechtes und seiner Pflicht, und darum der Verzeihung Jacobs II. nicht bedurfte.

„Es wurde geglaubt, sagt Burnet, daß es von französischer Seite dem Könige Jacob eingerathen war, den Kaiser zu benennen, zu dem Zwecke um den Kaiser bei den Bekennern seiner Religion gehässig zu machen" [1]). Angenommen dies sei richtig, so dürfte die Absicht doch nicht mit auf den König Jacob übertragen werden. Vielmehr war er dann, wie so oft in seiner Unklarheit, das unglückliche Werkzeug dieser Arglist.

Die Meinung, daß es mit dem Könige Jacob rasch zu Ende gehe, erwies sich nicht als richtig. Er verbrachte eine gute Nacht. Bereits regte sich eine Hoffnung auf seine Herstellung. Jedenfalls war er im Stande Besuche anzunehmen. Der König von Frankreich erschien an seinem Bette. Er wiederholte einige Tage später den Besuch. Die Aussicht auf Genesung hob sich. Dann jedoch erfolgte ein abermaliger Rückfall, der eine hoffnungslose Lethargie zurückließ.

Während dieser Zeit berief Ludwig XIV., wie berichtet wird [2]), einen großen Rath, bestehend aus dreiundzwanzig Personen, über die Frage, ob der Sohn Jacobs II. nach dem Tode des Vaters als König Jacob III. zu proclamiren sei. Wenige Stimmen erklärten sich dafür. Der Dauphin, der zuletzt zu sprechen hatte, erhob sich in einiger Erregung und sagte: „Es würde ein Act der Feigheit sein, der französischen Krone unwürdig, wenn wir einen Prinzen unseres eigenen Blutes verlassen wollten, namentlich den uns allen so lieben Sohn des Königs Jacob. Ich für meinen Theil bin entschlossen, nicht bloß

---

[1]) Burnet p. 696: It was believed, that the naming the Emperor was suggested to him by the French, to render the Emperor odious to all those of that religion.

[2]) The life of James vol. II, p. 597. — Macpherson's Original Papers vol. I, p. 589. — Man vgl. den Bericht in der Sammlung Somers' tracts vol. XI, p. 341.

mein Leben, sondern alles was mir lieb, für seine Herstellung zu wagen". Darauf der König: „Ich trete dem Votum des Dauphins bei". Ebenso alle Prinzen von Geblüt.

Andere haben die Ansicht ausgesprochen, daß Ludwig XIV. sich zu diesem Entschlusse habe bewegen lassen durch die ungestümen Bitten von Frauen, also der Königin Marie Beatrice und ihrer Freundin, der Frau von Maintenon [1]).

Wie immer dem sei, nicht die Gutachten und Meinungen eines Conseils wirkten jemals entscheidend auf die Politik Ludwigs XIV., sondern er faßte seine Entschlüsse nach seinen eigenen Erwägungen. Diese wurden nicht bestimmt durch Gefühle. Was auch der unglückliche König Jacob innerhalb des Kreises seiner Einsicht von seinem Beschützer sich ausdenken oder aussprechen mochte: die Thatsachen haben dargelegt, daß Ludwig XIV. in der Angelegenheit des Hauses Stuart nur Eine Richtschnur kannte, diejenige des eigenen politischen Interesses, ob wahr, ob vermeintlich. Es ist demnach mit Grunde anzunehmen, daß auch der Entschluß, den Sohn Jacobs II. sofort als Jacob III. anzuerkennen, in den Augen Ludwigs XIV. seinem Interesse entsprochen habe.

Unzweifelhaft ist der Schritt dieser Anerkennung dem Könige Ludwig XIV. nicht zum Heile ausgeschlagen. Aber für die geschichtliche Betrachtung fragt es sich, wie damals die Dinge lagen, in den Tagen, wo er den Entschluß faßte, insbesondere für seine eigene Anschauung.

Es war in der ersten Zeit des Monates September 1701. Damals stand Ludwig XIV. auf der Höhe seiner Macht. Sein Wille entschied über die Königreiche Frankreich und Spanien. Von dem Abschlusse der großen Allianz vom 7. September wider ihn, hatte er keine Kunde. Der Kaiser hatte in Italien Krieg wider ihn erhoben; aber eben damals hatte Ludwig XIV. dahin den Marschall Villeroy entsendet, in der Erwartung, daß Villeroy durch einen Sieg dem Kriege dort ein Ende machen werde. Wenn jenes Conseil wirklich stattgefunden hat, für welches ein Datum nicht mitangegeben wird: so muß hervorgehoben werden, daß am 4. September die Königin Marie

---

[1]) Bolingbroke's letters on history t. II, p. 43.

Beatrice der Frau von Maintenon melden ließ: es sei mit dem Könige Jacob zum Aeußersten gekommen und er bereits ohne Gefühl. Er war im Laufe des Tages bereits mit allen Sacramenten versehen [1]). Daß Jacob II. sich noch für einige Tage erholen würde, stand nicht zu vermuthen. Demnach muß der Entschluß Ludwigs XIV. spätestens am 4. September gefaßt sein, wo er die Nachricht von Chiari noch nicht hatte, wo er sich seinen Befehl dort als bereits ausgeführt denken mochte. Nach der anderen Seite hatte er die Republik Holland noch wie unter dem Daumen. Er schlug die kriegerische Stimmung in England, wo der König Wilhelm die nicht kriegeswilligen Tory-Minister noch beibehielt, geringer an als sie wirklich war. Diese damalige Ansicht in Frankreich spiegelt sich wieder in den Denkwürdigkeiten von Torcy. Er sagt, daß bis dahin die Furcht vor den Kriegessteuern bei den Engländern mächtiger wirkte als das Schreckbild, welches Wilhelm III. ihnen von einer französischen Universal-Monarchie entwarf, daß darum er die englische Nation bis dahin nicht zum Kriege bringen konnte [2]). Eine ähnliche Anschauung ist erkennbar bei dem Herzoge von Berwick. Er sagt, die Anerkennung Jacobs III. sei einer der Gründe Wilhelms III. gewesen, das Parlament in den Krieg hinein zu treiben [3]).

Wir haben dagegen allerdings gesehen, daß die einstimmig beschlossene Adresse des Unterhauses vom 12./23. Juni den Krieg virtuell in sich trug.

Aber die Tory-Partei war in diese Adresse mit eingegangen nur unter dem Drucke des Volkswillens. Und dieser ist veränderlich.

Endlich aber war eben damals, wo Jacob II. in St. Germain am Tode lag, die gleiche Erwartung in Betreff Wilhelms III. am Hofe in Versailles lebhaft. Man erzählte dort am 3. September: Wilhelm III. habe unter dem vorgeblichen Namen eines Geistlichen den berühmten Arzt Fagon in Paris über seinen Zustand befragen lassen und die Antwort erhalten: der Kranke habe nur noch an den Tod zu gedenken [4]).

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 185.

[2]) Mémoires de Torcy t. I, p. 103 und 104.

[3]) Mémoires de Berwick t. I, p. 111.

[4]) Dangeau t. VIII, p. 184.

Wenn aber, wie man demgemäß im Anfange September in Versailles meinte, der Tod Wilhelms III. bald zu erwarten war: wie stand es dann um die Angelegenheiten in England?

Es ist ferner sehr bemerkenswerth, daß auch schon vor dem Tode Jacobs II. die Beschlüsse des englischen Parlamentes vom Juni 1701 den König von Frankreich nicht abhielten, einen Schritt zu thun, der in England sehr schwer empfunden werden mußte. Er erließ ein Edict, welches die Einfuhr englischer Manufacturen in Frankreich abschnitt [1]). Der Schritt könnte aufgefaßt werden wie eine Provocation. Da aber Ludwig XIV. den Krieg nicht suchte, sondern vermeiden wollte: so hatte in seinem Sinne dieser Schritt nicht die Bedeutung einer Provocation, sondern der Einschüchterung.

Eine ähnliche Bewandtnis hatte es dann aber auch mit der Anerkennung Jacobs III. Indem in Frankreich die Ansicht galt, daß die englische Nation in ihrer Totalität zum Kriege nicht entschlossen, nicht bereitwillig sei, konnte von daher die Meinung erwachsen, daß bei der Uebermacht der Stellung Frankreichs in Europa, die Anerkennung Jacobs III. die Neigung der Whig-Partei für den Krieg lähmen werde. Es ist sehr wohl möglich, daß die Gedanken sich noch weiter verstiegen. In den Augen vieler Whigs in England galten die Tories überhaupt als Jacobiten, als geradezu engagirt für den Prinzen von Wales [2]). Nach der Anschauung in Versailles konnte demnach die Anerkennung von Jacob III. der Zankapfel des Bürgerkrieges für England werden, und zwar besonders dann, wenn das ärztliche Gutachten Fagons sich erfüllte. Unbetheiligte und klar blickende Zeitgenossen waren der Ansicht, daß der Entschluß in Versailles aus dem Boden dieser Erwägungen entstamme [3]).

Ludwig XIV. hatte endlich seinen Hof indirect seit langem darauf vorbereitet. In den ersten Jahren nach dem Ryswycker Frieden hieß Wilhelm III. in Versailles der König von England. In dem Tage-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. September. — Vgl. Hardwicke's State-papers vol. II, p. 450. Somers nennt dort dies Verbot und die Anerkennung Jacobs III. in gleicher Linie als the two great incidents.

[2]) Man sehe Hardwicke's Statepapers vol. II, p. 454 und 455.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 23. September. — Wratislaws Bericht vom 25. November.

buche des Hofmarschalls Dangeau, dem getreuen Spiegel dessen, was Ludwig XIV. seinem Hofe sagen oder verschweigen wollte, wird Wilhelm III. bis in den Beginn des Jahres 1701 noch als König von England bezeichnet: vom Anfange des Monates März an, findet sich fast nur noch der Name: le roi Guillaume [1]). Dies setzt sich so beharrlich fort, daß man auf eine Absicht schließen muß.

Ludwig XIV. machte, noch vor dem Tode Jacobs II., den gefaßten Entschluß in einer Weise kund, die geeignet war das Aufsehen der gesammten Welt zu erregen.

Am Nachmittage des 13. September begab er sich nach St. Germain. Er trat zuerst zu der Königin Marie Beatrice, und eröffnete ihr seinen Entschluß. Dann ließ er den Prinzen von Wales rufen, und versicherte, daß, wenn Gott den König, seinen Vater, abberiefe, er ihm Vater sein wolle. Darauf trat er an das Krankenbett. Jacob II. vernahm die Anrede nicht. Erst als ein Diener ihm ins Ohr raunte, daß der König von Frankreich da sei, raffte der Todeskranke sich auf zu der Frage: „Wo ist er?" — „Ich stehe hier, erwiederte Ludwig XIV., und bin gekommen nach Ihrem Befinden zu fragen." Jacob II. erwiederte: „Ich bin im Begriffe die Schuld zu zahlen, welche den Königen in gleicher Weise obliegt wie den Geringsten. Ich bringe Ew. Majestät den Dank eines Sterbenden dar für alle Ihre Wohlthaten für mich und die Meinen". Ludwig XIV. erwiederte: „Sehen wir ab davon: ich habe Ihnen Wichtigeres mitzutheilen". Auf diese Worte schickten sich die Diener an das Zimmer zu verlassen. Als der König von Frankreich das bemerkte, sagte er laut: „Niemand soll fortgehen". Dann, zu dem Sterbenden gewendet, fuhr er fort: „Ich bin gekommen Ew. Majestät zu eröffnen, daß, wenn Gott Sie aus dieser Welt abberuft, ich Ihre Familie in meinen Schutz nehmen, und Ihren Sohn, den Prinzen von Wales, in gleicher Weise behandeln werde wie Sie, indem ich ihn anerkenne als König von England". Mehrere der Anwesenden brachen in lautes Weinen aus zugleich der Freude und des Kummers, Einige stürzten dem Könige von Frankreich zu Füßen, Andere gaben durch ihre Haltung und ihre Geberden die Gefühle des Dankes kund. Jacob II. versuchte zu reden, ohne sich

[1]) Man vgl. Dangeau t. VIII, p. 57 et suiv.

vernehmlich machen zu können. Ludwig XIV. beugte sich zu ihm nieder mit den Worten: „Leben Sie wohl, mein lieber Bruder, der beste der Christen und der am schwersten betrogene der Könige!“ [1])

Unverkennbar bargen diese letzten Worte in sich eine tiefe Wahrheit.

Der ganze Vorgang erinnert an denjenigen der Aufnahme der unglücklichen Stuart-Familie zu St. Germain, im Januar 1689. — Der Gouverneur des dreizehnjährigen Prinzen von Wales fand diesen gleich nachher eifrig schreibend. Auf die Frage was er schriebe, erwiederte der Prinz: „Ich verzeichne mir alles was der König von Frankreich mir gesagt hat, um es täglich wieder zu lesen und mein Leben lang nicht zu vergessen“ [2]).

Noch einmal wieder flackerte dann das Lebenslicht des müden Dulders auf. Am nächsten Tage gestatteten ihm die Aerzte wieder seinen Sohn zu sehen, dessen Anblick ihn sonst allzu lebhaft zu erregen pflegte. Der Vater berichtete, was der König von Frankreich versprochen, und fügte hinzu, daß er nun völlig beruhigt sterbe. — Der Tod verzog sich bis zum Freitag dem 16. September, Nachmittags drei Uhr. Die Getreuen Jacobs II. legten Gewicht auf den Tag und die Stunde.

Es war der Wille Jacobs II. in der Pfarrkirche des Ortes begraben zu werden, wo er sterben würde. Das Leichenbegängnis solle sein wie das eines gewöhnlichen Edelmannes, das Monument ein einfacher Stein mit der Inschrift: „Hier ruht Jacob II., König von England“. So lautete seine Weisung an den Pfarrer. Ludwig XIV. gestattete die Ausführung nicht, sondern erwiederte auf die Eröffnung: das sei das Einzige, was er für Jacob II. nicht bewilligen könne. Die Leiche ward einbalsamirt, die Haupttheile dann in die Kirche der englischen Benedictiner in Paris übergeführt. Dem Trauerzuge folgten nicht bloß die Angehörigen von St. Germain. Das fromme Leben der letzten Jahre hatte das Haupt des hingeschiedenen Königs wie mit einem Heiligenscheine umwoben. Das Volk der Umgegend strömte herbei zum letzten Geleite, mit Kundgebungen der Freude, daß die Ueberreste des heiligmäßigen Königs ihnen verblieben [3]).

---

[1]) Adieu, my dear Brother, the best of Christians and the most abused of Monarchs!

[2]) Dangeau t. VIII, p. 192.

[3]) The life of James vol. II, p. 603.

So das leicht bewegte französische Volk, welches am wenigsten vermochte auf den Grund dieser Dinge zu blicken, noch zu erfassen, warum der König Jacob nicht daheim, sondern mitten unter ihnen gestorben war.

Ein richtiges Maß des Urtheiles über Jacob II. dürfte weder bei den Engländern, noch den Franzosen jener Zeit zu suchen sein, und zwar aus verwandten Gründen. Denn, so weit sonst die Ansichten auseinander gehen, so pflegen sie doch aus beiderseitig kirchlichem und nationalem Vorurtheile, in dem Einen Puncte zusammen zu treffen, daß Jacob II. um seiner Religion willen seine Krone verloren. Und diese Meinung ist ja leider nur gar zu sehr von der damaligen Mitwelt auch auf die Nachwelt vererbt.

Wir haben daher, um von den Zeitgenossen Jacobs II. ein abschließendes Urtheil über ihn zu erfahren, uns nach derjenigen Seite zu wenden, wo kein Grund einer Voreingenommenheit für oder wider Jacob II. vorlag, nämlich zu dem Kaiser. Nicht Leopolds eigene Worte sind uns überliefert, aber diejenigen des Botschafters Lamberg, welcher in einem ausführlichen, einem Geschichtswerke ähnlichen Berichte an den Kaiser, die Ereignisse mehrerer Jahre zusammendrängt. Lamberg schreibt wie folgt [1]).

„Ein Courier brachte die Meldung vom Tode des Königs Jacob von Groß-Britannien, welcher, durch einen unbesonnenen Eifer für die bis dahin in seinen Königreichen wohl begründete katholische Religion, nicht bloß sie umkehrte, sondern auch, selber entthront, sich gezwungen sah ins Exil zu gehen, und von dort aus Zeuge zu sein, daß sein Haus von der Thronfolge ausgeschlossen wurde. Besser hätte es um ihn gestanden, wenn er den aufrichtig gemeinten Rathschlägen E. K. M. und des katholischen Königs Carl II., so wie den frommen Mahnungen, die ihm der Papst Innocenz XI. durch seinen Nuntius zukommen ließ, mehr Gehör hätte geben wollen als den trügerischen Vorspiegelungen der französischen Politik. Diese lockt wie eine verführende Sirene, und wenn sich nicht ein vorsichtiger Ulysses findet, der seine Ohren den Zaubertönen verstopft, so achtet sie nicht der Freundschaft, nicht des Vertrauens, nicht der Verwandtschaft, noch

[1]) Relazione del conte di Lamberg f. 92b.

irgend welcher Bande, wenn nur sie ihr Interesse befriedigt. Jacob II. hätte sich erinnern sollen, daß der allerchristlichste König einst demselben Cromwell Weihrauch darbringen ließ, welcher mit den Händen, an denen das noch frische Blut des Vaters von Jacob II. klebte, das Scepter des Hauses Stuart erfaßte, und weiter, daß der allerchristlichste König, um dem Cromwell zu gefallen, dem Könige Carl II. unter allerlei Vorwänden das Asyl verweigerte. Wenn Jacob II. dessen eingedenk gewesen wäre, so hätte er nicht nöthig gehabt das Brot Frankreichs zu essen, und in der Verbannung zu sterben. Dann aber hätte auch die katholische Religion nicht so viele Seelen verloren, die durch die Schuld Jacobs II. sich der ketzerischen Verkehrtheit zugewendet haben" [1]).

Der scharfe Gegensatz dieses Urtheiles, daß das Thun und Walten Jacobs II. in England der katholischen Kirche zum Nachtheil gereicht, gegen sein eigenes, daß er durch seinen Eifer für die Kirche seine Kronen eingebüßt, liegt vor Augen. Daß Jacob II. fern von seinen Kronen, als frommer, gottergebener Katholik gestorben, entscheidet nicht für oder wider das eine oder das andere dieser Urtheile. Die Wahrheit derselben ist zu prüfen lediglich an den Thatsachen seiner Regierung.

Ludwig XIV. erkannte Jacob III. an als regierenden König. Der Anerkennung entsprach die Behandlung. Wenn der Besuch des dreizehnjährigen Prinzen in Versailles gemeldet wurde, schritt Ludwig XIV. ihm, wie früher dem Vater, entgegen bis an die große Treppe, und führte ihn herein. Dann ließen beide sich in gleiche Lehnsessel nieder, der kleine Prinz stets zur Rechten des Königs [2]). Jedoch übernahm, da der Prinz erst dreizehn Jahre alt war, gemäß dem Willen des verstorbenen Vaters, die Mutter Marie Beatrice die Vormundschaft.

Dem Beispiele Ludwigs XIV. folgte wie zu erwarten, der neue König von Spanien. Es folgte ihm aber auch der Papst Clemens XI. Er begnügte sich nicht das fromme Leben der letzten Jahre Jacobs II. anzuerkennen, seinen gottergebenen Tod zu preisen. In einer Anrede an das Consistorium rühmte Clemens XI. den König Jacob als den wahren Vertheidiger des katholischen Glaubens, welchem er sein Land,

---

[1]) Ne la Religione Cattolica averebbe perse tanti animi, che per sua cagione ora professano l'eretica pravità.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 198.

seine Schätze, sein Königreich und selbst sein Leben geopfert. Wir sehen also den Papst völlig eingehen in die populäre französische Anschauung jener Zeit. Und demgemäß entwickelte sich ein Irrthum aus dem anderen. Ludwig XIV. erscheint in der Rede des Papstes als der großmüthige Wohlthäter, welcher der flüchtigen Königsfamilie alle Freundschaft gewährt, welcher auch nach dem Tode des Vaters sie fortsetzt für den Sohn, welcher zum Nachtheile seiner eigenen Interessen diesen Sohn anerkennt als den Erben des britischen Reiches. „Der Eifer seiner allerchristlichsten Majestät, schließt Papst Clemens XI., seine Seelengröße, leuchten bei diesem Anlasse in so glänzender Weise, daß sie mit gutem Rechte bei uns wie bei Euch die Anerkennung finden werden, welche die Nachwelt bestätigen wird. Weil sie dieses hochherzigen Actes eingedenk sein wird, kann er nimmer in Vergessenheit begraben werden" [1]).

Die Nachwelt, an welche Clemens XI. hier Berufung einlegt, kann, weil es ihr vergönnt ist, tiefer in die Verkettung der Thatsachen einzublicken, als sie damals dem Auge des Papstes Clemens XI. offen lag, dieses sein Urtheil über geschichtliche Vorgänge in einem ihm fremden Lande nicht bestätigen. Vielmehr muß die gesammte katholische Christenheit es für alle Zeiten tief beklagen, daß ein Papst in solcher Weise voreilig ein Urtheil in einer politischen Angelegenheit fällte, über die der andere Theil sein Amt als Richter nicht anerkannte. Der Irrthum ist folgenschwer, so schwer wie jemals irgend einer, den ein Papst in politischen Angelegenheiten begangen haben mag. Clemens XI. wollte sich neutral erhalten in seiner doppelten Qualität. Er wollte neutral bleiben als italienischer Souverän. Er wollte vor allen Dingen neutral bleiben als der gemeinsame Vater der Christenheit, um zur rechten Zeit seine Mahnung geltend zu machen für den Frieden. Indem er aber durch die Anerkennung eines Königs Jacob III. von England sein Urtheil aussprach, nicht gemäß dem wirklichen Thatbestande, sondern gemäß den Meinungen, welche Ludwig XIV. über die Sache hatte verbreiten lassen, stellte er sich in diesem Puncte auf die Seite des Hauses Bourbon, verscherzte er in so weit seine Neutralität, nicht bloß

[1]) Die Rede findet sich in Somers' collection of tracts t. XI, p. 343; und bei Lünig: Orationes procerum etc. t. III, p. 447.

als italienischer Souverän, sondern auch — was ungleich wichtiger — als das Oberhaupt der Kirche. Gerade als solchem, als dem allgemeinen Vater der Christenheit, hätte es dem Papste Clemens XI. obgelegen, klar und scharf zu unterscheiden, in wie weit das Vorgeben gerechtfertigt war, daß Jacob II. um seiner Religion als solcher willen seine Kronen eingebüßt habe. Indem Clemens XI. eine solche Prüfung nicht vornahm, indem er vollaus sich die Behauptungen Ludwigs XIV. aneignete, blieb er nicht der unparteiische gemeinsame Vater der Christenheit, verfehlte er die hohe und würdige Aufgabe seines päpstlichen Berufes, den Frieden der christlichen Völker vermitteln zu können. Und weiter gingen die Consequenzen darüber hinaus. Clemens XI. predigte nicht den Religionskrieg. Aber seine Uebereilung, Ludwig XIV. für das Verhalten in der Sache des Hauses Stuart zu preisen, erleichterte diesem Könige die Behauptung, daß hauptsächlich er die katholische Religion und deren Bekenner beschütze, und war darum dem Vorgeben des Religionskrieges nicht hinderlich.

Clemens XI. behielt freilich dennoch jene hohe und würdige Aufgabe des Papstthumes im Auge. Wir werden zu seiner Zeit zu erfahren haben, in welcher Weise er sie zur Sprache brachte.

Bereits am 9./20. September gelangte nach London die Nachricht, daß Ludwig XIV. den Prinzen in St. Germain als König von England anerkannt habe. „Dieser Schritt des Königs von Frankreich — meldete Hoffmann sofort nach Wien — befördert das Interesse E. K. M. Die englische Nation war auch so schon eifrig für den Krieg, und an ihr liegt es nicht, daß es nicht bereits zum Bruche gekommen. Sie wird durch diese Anerkennung nur noch stärker gegen Frankreich erregt. Aber auch der König Wilhelm selbst, wenn er noch nicht völlig zum Bruche geneigt wäre, wie allerdings Manche hier annehmen, würde durch dieses Vorgehen von französischer Seite wie gezwungen." Einige Tage später wiederholt Hoffmann: „Die Animosität und Erbitterung des Volkes wider den König von Frankreich ist, theils wegen des Edictes gegen den englischen Handel, theils wegen der Anerkennung des Prinzen von Wales, hier so hoch gestiegen, daß kein Mitglied des Parlamentes es wagen wird sich dem Kriege zu widersetzen" [1]).

---

[1]) Bericht vom 23. September.

Aber Ludwig XIV. rechnete bei jenen beiden Schritten wider England auf die Tory-Partei, und damals hatte der König Wilhelm noch das Tory-Ministerium, überwogen noch die Tories im Unterhause. Bei dem Aufbruche des Königs nach dem Festlande lag nicht ein Anzeichen vor, daß er den Plan habe sich von Rochester und Godolphin loszusagen.

Wir erinnern uns, daß im Laufe des Monates August Adressen einkamen, die direct oder indirect den Wunsch aussprachen, daß der König das Parlament auflösen und ein neues berufen möge. Wilhelm III. erwog die Sache in der Einsamkeit zu Loo. Er fürchtete, daß, wenn er die Tories verließe und dann die Whigs nicht als befähigt erfände, er sich hülflos sehen würde[1]). Er war darum eher geneigt, wie er sagt, es nochmals mit den Tories zu versuchen. Aber er wandte sich fragend an Sunderland, der, wie bereits erwähnt, sofort nach dem Aufbruche des Parlamentes sich von Althorp nach London begeben hatte, und dort offen und laut aussprach, daß das damalige Unterhaus nicht bleiben dürfe. Da kaum anzunehmen ist, daß der König von diesen Reden Sunderlands nicht eine Kunde erhalten habe: so liegt in der Anfrage um Rath bei Sunderland thatsächlich der Beginn eines Hinüber-Lenkens zu der Whig-Partei.

Die Antwort Sunderlands bezeichnet die Tories geradezu als die Feinde des Königs. Sie gehen darauf aus, meint er, ihn zu täuschen, hinzuhalten und endlich zu Grunde zu richten. Die Whigs dagegen sind seine Freunde. Sunderland gibt daher den Rath, daß der König so bald wie möglich nach England zurückkehre, dann den Lord Somers berufe, der als die Seele seiner Partei für sie bürge, und ihn offen und frei befrage, was die Whig-Partei thun könne und wolle. — Sunderland sandte seine Antwort an Somers ein. Die beiden Männer schlossen darauf enge Freundschaft. Wir sehen sie zugleich dann bemüht die populäre Strömung wider die Tories höher zu treiben. Die Zahl und die Intensität der Petitionen um die Auflösung des Parlamentes, um die Berufung eines neuen war in raschem Steigen.

Bevor dann der König sich bestimmter kund gab, trat der Tod Jacobs II. ein, so wie die Anerkennung des Prinzen in St. Germain.

[1]) Die betreffende Correspondenz in Hardwicke's Collection of Statepapers vol. II, p. 443.

Wilhelm III. in Loo erhielt die Nachricht bei Tafel. Er drückte seinen Hut in die Stirn, und sprach kein Wort [1]). — Er legte um Jacob II. Trauer an, und zwar, nach der damaligen Weise der Könige von England, in Violet. Auch seine Wagen wurden so drapirt. — Hernach fragte er, jedoch nur wie im gewöhnlichen Discurs, den Grafen Wratislaw: „Was halten Sie von dieser Anerkennung?" — Der Gesandte erwiederte: „Ich betrachte sie als einen Bruch des Ryswycker Friedens". — Wilhelm III. erwiederte: „Frankreich hätte nicht nöthig gehabt mich noch besonders zu reizen. Wenn meine Verbündeten mir nur aufrichtig beistehen, so dürfte die Krone Frankreich eine schwerere Last zu heben haben als sie zur Zeit glaubt" [2]). Er entsendete von Loo aus einen Courier an den Grafen Manchester in Paris, mit dem Befehle, abzureisen ohne Abschieds-Audienz. Es ward ihm nur gestattet, dem Staats-Secretär Torcy den Grund mitzutheilen, mit folgenden ihm vorgeschriebenen Worten: „Der König, mein Herr, nachdem er vernommen, daß Se. Allerchristlichste Majestät einen anderen König von Groß-Britannien anerkannt, erachtet es für unvereinbar mit seiner Ehre und seinem Dienste, bei dem Könige, Ihrem Herrn, sich ferner durch einen Botschafter oder Gesandten vertreten zu lassen, und hat mir daher den Befehl ertheilt, sofort von hier aufzubrechen, wovon ich Sie durch dies Billet zu benachrichtigen die Ehre habe" [3]). Auf diese Anzeige erhielt Manchester von Torcy die Antwort, daß der König von Frankreich immer den aufrichtigen Wunsch gehabt habe, den Ryswycker Frieden zu halten [4]).

In England dagegen glaubte man aus Briefen von Frankreich her zu wissen, daß Ludwig XIV. den König Wilhelm wieder bezeichnete wie vor dem Ryswycker Frieden, als Prinzen von Oranien. Daß dies von anderen Mitgliedern des königlichen Hauses geschah, liegt vor in einem Briefe des Herzogs von Bourgogne an seinen Bruder Philipp in Spanien. Das Schreiben gibt zugleich die eigentliche Meinung des Hofes von Versailles über die Abberufung Manchesters kund. „Ich habe große Freude, schreibt der Herzog von Bourgogne, über die

[1]) Dangeau t. VIII, p. 204.

[2]) Wratislaws Bericht vom 3. October.

[3]) Das Schreiben in den Clarendon papers vol. II, p. 389.

[4]) Lamberty t. I, p. 691.

Anerkennung des Prinzen von Wales, und ich glaube nicht, daß ein rechtschaffener Mann anders denken könnte. Deshalb ist auch der Act sowohl von den Franzosen als den Engländern hier sehr gelobt worden. Der Prinz von Oranien, oder der König Wilhelm, wie es Ihnen beliebt, ihn zu nennen, hat seinem Botschafter befohlen nach England zurückzukehren, ohne eine Abschieds-Audienz zu verlangen. Aber man lacht über seinen Zorn, und er kann uns nicht mehr Uebles zufügen als er auch so schon bestrebt ist" [1]). — Eine sehr wichtige Persönlichkeit in Versailles, die Frau von Maintenon, scheint Wilhelm III. auch vorher nie anders bezeichnet zu haben als mit dem Namen des Prinzen von Oranien [2]). Dies erklärt, warum der Graf Portland als Botschafter Wilhelms III., im Jahre 1698, keine Audienz bei der Frau von Maintenon erlangen konnte. Es deutet aber auch an, wie Ludwig XIV. über seine Anerkennung Wilhelms III. im Ryswycker Frieden dachte. Von Ludwig XIV. selbst liegt ein Beispiel der veränderten Benennung vor in dem Schreiben, durch welches er um einige Monate später, im März 1702, der Frau von Maintenon den Tod des Oraniers mittheilt. Dort heißt es: „Ich habe soeben durch einen Courier die Nachricht vom Tode des Prinzen von Oranien erhalten" [3]). Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß Ludwig XIV. auch sonst damals diese Bezeichnung gebraucht habe. Jedenfalls läßt die Art und Weise, wie der Staats-Secretär Vernon in London sich über jene Nachricht der officiellen Veränderung des Titels ausspricht, klar erkennen, daß er ihr Glauben beimaß [4]).

Die Republik Holland rief nicht sogleich ihren Gesandten Heemskerk aus Paris ab, sondern ließ zunächst durch ihn eine Beschwerde über die geschehene Anerkennung übergeben. Es erfolgte eine Antwort. Der Ton derselben ist verschieden von demjenigen der Schrift, welche um zwei Monate früher, zu Ende Juli, der Graf d'Avaux im Haag übergeben hatte. Denn inzwischen hatte für Ludwig XIV. Einiges sich geändert. Zwar hatte er noch keine Kenntnis von dem Vertrage

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 198.

[2]) Lettres de M. de Maintenon t. III, p. 154. — t. IV, p. 237. — t. V, p. 23.

[3]) Lavallée: histoire de la maison royale de St. Cyr p. 214.

[4]) Clarendon papers vol. II, p. 390.

der großen Allianz vom 7. September. Aber die Niederlage des Marschalls Villeroy bei Chiari, am 1. September, stellte ihm in Italien, statt des bis dahin gehofften raschen Erfolges, einen langwierigen Krieg in Aussicht. Es konnte ihm dagegen schon gleich in den ersten Tagen nicht unbekannt bleiben, daß auf irgend welche jacobitische Erhebung in England nicht zu rechnen war. Ebenso wenig entzog es sich seinen Blicken, daß in Frankreich selbst jener Schritt der Anerkennung geringe Zustimmung fand. Nach der Aussage des Grafen Manchester war man in Frankreich allgemein darauf gefaßt gewesen, daß der König von England seinen Unwillen darüber kund geben würde, und die französischen Minister wagten sogar, wider die Gewohnheit von Versailles, sich auszusprechen, daß sie bei der Angelegenheit dieser Anerkennung nicht betheiligt seien [1]). Endlich aber wollte Ludwig XIV. nach wie vor nicht einen Krieg mit den Seemächten, sondern wollte ihn vermeiden. Er konnte daher auch nicht sie weiter noch reizen wollen, als bereits geschehen war.

Darum war die französische Antwort auf die Beschwerde von Heemskerk weit entfernt, den früheren, herausfordernden Ton anzuschlagen. Sie suchte den Schritt der Anerkennung Jacobs III. zu vertheidigen. Diese stehe, sagte sie, nicht im Widerspruche mit dem vierten Artikel des Ryswycker Friedens, welcher nur die Verpflichtung auferlege den König von Groß-Britannien nicht in seinem friedlichen Besitze zu stören. Der König von Frankreich werfe sich nicht zum Richter auf zwischen jenem Könige und dem Prinzen von Wales. Er dürfe nicht gegen den letzteren entscheiden, dadurch, daß er ihm einen Titel verweigere, den die Geburt ihm gegeben. Auch in anderen Fällen sei den Söhnen von den Vätern, die ihr Königreich verloren, der königliche Titel geblieben. So habe Frankreich den Königen von Polen aus dem Hause Wasa, nachdem sie Schweden verloren, dennoch bis zum Frieden von Oliva den königlichen Titel von Schweden gegeben, ungeachtet selbst des Bündnisses mit der Königin Christine und ihrem Nachfolger Carl Gustav. Das Verfahren des Königs von Frankreich entspreche daher dem Rechte wie seiner Großmuth. Es sei genug, daß er genau den Ryswycker Vertrag beobachte, zu einer Zeit, wo manche

[1]) Clarendon papers vol. II, p. 406. Vernon an Rochester, den 14. October.

Schritte des Königs von England und der Republik zu Gunsten des Kaisers weit eher als eine Verletzung jenes Friedens angesehen werden könnten [1]).

Ludwig XIV. ließ dieselbe Denkschrift durch einen Courier an Poussin bringen, der nach dem Abgange des Grafen Tallard als Secretär der Botschaft in London verblieben war. Nachdem Poussin die Denkschrift dem Staatssecretär Vernon verlesen, fragte er, ob eine Abschrift gewünscht würde. „Nicht doch, entgegnete Vernon. Gründe solcher Art haben für uns keine Bedeutung: es wäre denn die uns zu zeigen, daß Ihre Regierung immer bereit ist mit Entschuldigungen für das Nicht-Halten der Verträge" [2]).

Bereits befand sich von Loo aus der Befehl unterwegs den Secretär Poussin anzuweisen, daß er sofort England zu verlassen habe.

Fassen wir indessen jene Vertheidigung in der französischen Denkschrift näher ins Auge: so ergibt sich, daß sie lediglich den Titel betrifft. Eine solche Beschränkung war nicht dem Versprechen gemäß, welches Ludwig XIV. dem sterbenden Jacob II. gegeben. Auch Andere, wie jene beklagenswerthe Rede des Papstes Clemens XI. ausweist, hatten es anders verstanden. Aber die Holländer begnügten sich nicht mit dieser französischen Vertheidigung. Sie richteten an den schwedischen Botschafter im Haag, Lilienroth, als den früheren Vermittler des Ryswycker Friedens, die Anfrage, was sein Protokoll darüber besage. Denn es galt die Ansicht, daß, obwohl der betreffende Artikel des Friedens nichts ausdrücklich darüber enthielt, dennoch, und zwar auf den Antrag der französischen Botschafter, die Nicht-Anerkennung des Prinzen von Wales ins Protokoll aufgenommen sei. Lilienroth suchte der Anfrage zu entkommen durch die Erwiederung, daß er die Protokolle nach Stockholm eingeschickt habe. Man ließ ihn damit nicht frei. Schärfer gedrängt, erklärte er, daß er die Anerkennung des Prinzen von Wales betrachte als einen Einbruch in den Ryswycker Friedensvertrag [3]).

Heemskerk in Paris erhielt den Auftrag eine Abschieds-Audienz zu verlangen, und dann heimzukehren, im Anfange October 1701.

---

[1]) Lamberty t. I, p. 690.

[2]) Clarendon papers vol. II, p. 385.

[3]) Lamberty t. I, p. 690.

Und damit sind wir an den Punct gelangt, von welchem aus wir uns zurückzuwenden haben zu jener Feststellung in dem Vertrage der großen Allianz, daß von der Auswechselung der Ratificationen an die Zeit von zwei Monaten einer abermaligen Verhandlung mit dem Könige von Frankreich gewidmet werden solle, um zu versuchen, ob die zwei Forderungen, diejenige einer Satisfaction für den Kaiser in Betreff seiner Ansprüche auf das spanische Erbe, und diejenige einer Sicherheit für die beiden Seemächte, insbesondere einer Barriere für die Republik, auf gütlichem Wege zu erlangen seien.

Denn in den kurzen Wochen, welche verfließen von dem Abschlusse des Vertrages an bis zur Auswechselung der Ratificationen, also vom 7. September bis zum Anfange October, haben die politischen Beziehungen der in Frage kommenden Mächte sich sehr verändert. In Folge des neuen Incidenz-Punctes, des Todes von Jacob II. und der französischen Anerkennung seines Sohnes als Jacob III., wird der diplomatische Verkehr der Seemächte mit Frankreich eingestellt. Demnach werden die Fäden abgeschnitten, vermittelst deren eine Unterhandlung in jenem Sinne hätte angeknüpft werden können oder müssen. Aber das Schutz- und Trutzbündnis vom 7. September ist da. Die Consequenz desselben ist der gemeinsame Krieg wider den König von Frankreich. Diese Consequenz wird weder verändert noch aufgehoben dadurch, daß die zwei Monate nach der Auswechselung der Ratificationen von Seiten der Seemächte für eine gütliche Unterhandlung mit Frankreich nicht benutzt werden. Die Führer der Seemächte wollen den Krieg, nicht minder als der Kaiser. Es tritt demnach ein völkerrechtlicher Zustand ein, wie er vorher oder nachher niemals stattgefunden hat. Charakterisiren wir denselben noch genauer.

Die beiderseitigen Gesandten, des Kaisers und des Königs von Frankreich, Sinzendorf und Villars, waren schon im Laufe des Monates August abberufen, und zwar Villars zuerst. Aber auch zwischen dem Kaiser und dem Könige, obwohl thatsächlich der Krieg in Italien bestand, hatte ein formeller Bruch nicht stattgefunden, war eine Kriegserklärung nicht erfolgt. Formell erschien der König von Frankreich als Auxiliär-Macht, welche dem neuen, vom Kaiser nicht anerkannten Könige von Spanien beistand, sich im Besitze von Mailand zu behaupten, während der Kaiser in seiner doppelten Qualität dasselbe zurückzu-

gewinnen suchte, als der Vertreter der Erbrechte seines Hauses und als der Oberlehensherr des Reiches.

Die Führer der Seemächte wollten den Krieg mit Frankreich; aber sie wollten ihn nicht sofort. Sie wollten den eigentlichen Bruch so lange hinausschieben, bis die Republik der Niederlande ihre Sicherheitsmaßregeln völlig getroffen, namentlich ihre Grenzfestungen in Stand gesetzt. Auch bis in die winterliche Zeit hinein wurde daran mit dem höchsten Nachdrucke gearbeitet [1]).

Der König von Frankreich dagegen wollte nicht den Krieg. Er gab sich der Hoffnung hin, ihn noch vermeiden zu können, weil er den festen Entschluß der Gegner noch nicht kannte, weil er von ihnen her, nachdem er durch die Anerkennung Jacobs III. den Anlaß zum diplomatischen Bruche gegeben, über die Thatsache des Vertrages der großen Allianz und die Zwecke derselben keine Nachricht erhielt. Diese Unkunde von seiner Seite dauerte jedenfalls bis in den Monat November 1701. Denn wir werden aus seinen eigenen Worten erfahren, daß er noch am 31. October nach zwei Seiten die Hoffnung aussprach, den Frieden erhalten zu können. Um so weniger also war er bis dahin geneigt, durch ein thatsächliches Vorgehen nach irgend einer Seite hin mit noch einer anderen Macht zu brechen als mit dem Kaiser, weder mit dem Reiche, noch mit England, noch mit Holland.

So verschieden also die Ziele der beiden Könige, Ludwigs XIV., der den Krieg überhaupt vermeiden möchte, und Wilhelms III., der den Krieg mit vereinten Kräften ansieht als das alleinige Mittel, Europa gegen die französische Oberherrschaft zu erretten, und der darum den Krieg will — so begegnen sie einander doch in dem einen Puncte, daß sie beiderseits eine Thätlichkeit vermeiden. Für das Jahr 1701 verblieb also die Kriegeslast wider Frankreich-Spanien dem Kaiser ganz allein.

Weil aber seit der Unterzeichnung der großen Allianz vom 7. September der Krieg wider den König von Frankreich eine beschlossene Sache war: so handelte es sich für den Kaiser und die Seemächte von da an zunächst darum, noch andere Bundesgenossen heranzuziehen, sowohl in

---

[1]) Bericht des Feldmarschalls Grafen Limburg-Styrum an den Kaiser, vom 29. November.

Italien wie in dem europäischen Norden, und namentlich in Deutschland. Wir haben also die Bemühungen und die Erfolge derselben nach einander klar zu stellen.

In Italien fordert zunächst der Versuch der Erhebung in Neapel unsere Aufmerksamkeit [1]).

Als die Nachrichten aus Madrid im Laufe des Jahres 1700 über das baldige Ende Carls II. keinen Zweifel beließen, regte sich bei vielen Mitgliedern des neapolitanischen Adels der Wunsch, endlich einen König zu bekommen, der im Lande selber seinen Aufenthalt nehme und es befreie von der Herrschaft der Spanier. Der Vicekönig Medina Celi in Neapel hatte eben so wie der Prinz Vaudemont in Mailand von Carl II. den bestimmten Befehl, kaiserliche Truppen aufzunehmen. Wir erinnern uns, daß der Kaiser, gegenüber den Drohungen Frankreichs und der Seemächte, weder nach dem einen, noch dem anderen Orte sie zu schicken wagte. Medina Celi dagegen, dem jene Hoffnung vieler Neapolitaner bekannt war, gab auf die Todesnachricht aus Spanien in vertraulichen Reden zu erkennen, daß er, wenn man ihm die Krone zusprechen wolle, sich im Stande fühle sie zu behaupten. Als er keine Aussicht sah damit durchzudringen, erkannte er das Testament Carls II. an, demnach den neuen König Philipp V.

Sehr viele Mitglieder des Adels jedoch waren für das Erzhaus und hofften, daß der Kaiser geneigt sein würde, seinen Sohn, den Erzherzog Carl, als König in Neapel residiren zu lassen. Der junge Herzog Capece und Andere begaben sich nach Wien. Ihre Wünsche fanden dort Gehör. Der Kaiser ernannte seinen Botschafter in Rom, den Grafen Lamberg, auch zum Bevollmächtigten für Neapel. Er betraute ihn mit einer Proclamation, in welcher er versprach, daß, wenn das Königreich Neapel sich für das Erzhaus erhebe, es nicht eine kaiserliche Provinz sein, sondern in dem Erzherzoge Carl seinen eigenen König haben, von ihm persönlich regiert werden solle. Der Kaiser bekräftigte das Original der Proclamation mit Unterschrift und Siegel,

---

[1]) Ich lege den Bericht Lambergs zu Grunde in Relazione del conte di Lamberg, fol. 113^{b}.

und der Erzherzog Carl fügte die eigene Willenserklärung mit seiner Unterschrift hinzu [1]).

So der damalige Plan des Kaiserhauses. Es ist, gegenüber den Ereignissen der folgenden Jahre, von besonderer Wichtigkeit dies festzustellen. Wie vor dem Testamente Carls II. im Jahre 1700, so lag es auch noch im Jahre 1701 in der Hand Ludwigs XIV., seinen Enkel im Besitze des eigentlichen Spanien zu sichern und allen Krieg von Seiten des Kaisers her zu vermeiden durch das Aufgeben der Länder in Italien. Denn auch die große Allianz vom 7. September 1701 forderte nur dies, und eine Bürgschaft der Sicherheit für die Republik der Niederlande.

Im September 1701 versammelten sich bei dem Botschafter Lamberg und dem kaiserlich gesinnten Cardinale Grimani in Rom die neapolitanischen Edelleute Capece, Sangro, ferner ein Bevollmächtigter des Prinzen von Caserta, und Chassinet, Neffe des einstigen Diplomaten Lisola. Der wesentliche Punct der Differenz war, ob eine Erhebung gewagt werden dürfe, bevor der Prinz Eugen vermöge, eine Anzahl Truppen zu diesem Zwecke abzugeben und nach Neapel zu entsenden. Die Neapolitaner waren der Ansicht, daß sie durch ihre Verbindungen auch so im Stande sein würden sich des Castello nuovo zu bemächtigen; damit würde der Schlüssel der Stadt Neapel in ihren Händen sein. Die Berathung währte die Nacht hindurch bis zum anderen Morgen. Der vertrauensvolle Eifer der jungen Neapolitaner trug den Sieg davon. Mit schweren Bedenken willigten Lamberg und Grimani ein.

Capece, Sangro, Chassinet begaben sich auf den Weg nach Benevent. Dort trafen sie ein am 22. September. Es stand ihnen einige Mannschaft zu Gebote von Seiten der Fürsten Caserta und

---

[1]) Primo che il Regno di Napoli dichiarandosi per l'A^{ma} Casa non sarà Provincia della mea Corona, ma averà per se suo proprio Rè il Ser^{mo} Arciduca Carlo nostro dilettissimo figlio secundogenito, dal quale sarà personalmente governato. —

Es folgen weitere zehn Artikel, dann die eigenhändige Unterschrift und das Siegel des Kaisers Leopold. Ferner:

Accetto, conformo ed eseguiro come devo le sud^{e} Imperiali disposizioni dell' Aug^{mo} Padre e Signore mio. Vienna, 31 Agosto 1701.

Carlo Arciduca d' Austria.

Riccia, so wie des Marchese del Vasto. Sie gaben daher Nachricht nach Neapel, wo ein Befehlshaber im Castello nuovo für sie gewonnen war. Am Abende des 23. brachen sie auf und kamen vor Tagesanbruch an. Sie gaben das verabredete Zeichen, auf welches hin ein Nebenthor ihnen geöffnet werden sollte. Sie harrten vergeblich. Drinnen blieb alles still. — Am Tage vorher war der Vicekönig zur Kunde des Planes gekommen, welchen dann zu vereiteln die Veränderung und Verdoppelung der Wachen genügte [1]).

Die Verschworenen zogen sich in eine Kirche zurück, um zu berathen was zu thun. Es überwog die Ansicht, daß, bei der günstigen Gesinnung des Volkes von Neapel, man auch so noch alles wagen dürfe. Es geschah. Man läutete die Glocke zu St. Lorenz. Das Volk strömte herbei. Man hob das Bild des Erzherzogs Carl empor, und rief: „Es lebe das Haus Oesterreich! Es lebe unser König Carl!" Der Aufstand schwoll an. Das Volk strömte zu Tausenden herbei. Die bewaffnete Macht des Vicekönigs bestand aus 600 Mann Infanterie und 400 Reitern. Allein sie genügte die Haufen zu zerstreuen. Capece wurde erschlagen, Sangro und Chassinet gefangen.

Der Botschafter Lamberg in Rom hatte vorher gewarnt, daß der Versuch einer Erhebung ohne den Besitz des Castello nuovo der Sache des Kaisers mehr schaden als nützen würde. Die Worte bewährten sich an ihm selber und an seiner Stellung in Rom. „Nicht um E. K. M. Verdruß zu machen, berichtet er dem Kaiser, sondern, um der Wahrheit nicht ein Unrecht zu thun, melde ich, wie es hier zugegangen ist. Am Samstag kam hier die erste Nachricht der Erhebung in Neapel an. Sie erschien gewichtig. Am Sonntage und Montage waren die Zimmer meines Palastes nicht geräumig genug den andrängenden Adel und die Prälaten von Rom zu fassen. Dann jedoch traf die Nachricht des Fehlschlagens ein. Vom Dienstag an und die folgenden Tage erschien auch nicht mehr ein Hund" [2]).

Wenige Tage später vernahm man, daß der Vicekönig den Principe Carl Sangro, ein Mitglied eines der vornehmsten Häuser von

---

[1]) So berichtet Lamberg. Von einem Mordplane gegen Medina Celi ist bei ihm keine Spur zu finden. Man vergleiche auch das Manifest des Herzogs von Castelluccia bei Lamberty t. XI, p. 379.

[2]) Il Martedì e gli altri giorni dopo ne meno vi comparve più un cane.

Neapel, habe enthaupten lassen. Die Köpfe von Capece und Sangro wurden zum abschreckenden Beispiele öffentlich aufgesteckt. Für Chassinet schien dasselbe Schicksal bevorzustehen.

Sangro hatte sich gegen die Anklage des Hochverrathes vertheidigt durch den Hinweis, daß eine rechtmäßig anerkannte Regierung in Neapel nicht bestehe. Denn der Papst als Oberlehnsherr habe bis dahin eine Entscheidung über die verschiedenen Ansprüche nicht verkündet.

Demgemäß war es auf kaiserlicher Seite die allgemeine Auffassung, daß der Versuch der Erhebung in Neapel nicht zu betrachten sei wie ein Aufruhr, daß also die Hinrichtung Sangros gleich stehe mit derjenigen eines Kriegsgefangenen. Der Kaiser gab dieser Auffassung praktisch einen starken Nachdruck. Er gebot dem Prinzen Eugen, im Falle eines abermaligen Blutvergießens in Neapel, Vergeltung zu üben an den Kriegsgefangenen. Die Verkündigung dieses Befehls rettete Chassinet vom Tode.

Nur die übereilte Erhebung in Neapel war niedergeschlagen. Die Stimmung der Gemüther dort blieb dem Kaiserhause geneigter als dem Hause Bourbon. Dennoch übte der unglückliche Ausgang jenes Versuches eine unheilvolle Wirkung, die weit hinausging über den Anlaß. Das Fehlschlagen war eine der Ursachen, welche damals zusammenwirkten, den Papst Clemens XI. von seinem Standpuncte der Unparteilichkeit hinweg zu drängen, ihn dem Hause Bourbon zuzutreiben. Die Stellung des Papstes Clemens XI. erfordert daher unsere Aufmerksamkeit.

Wir haben wiederholt das Lob des kaiserlichen Botschafters für die Unparteilichkeit des Papstes bis dahin vernommen. Clemens XI. selber erzählte am 27. August dem Grafen Lamberg: er habe den Entschluß gefaßt, im nächsten Winter besondere Nuntien zu entsenden und durch sie die Häupter der Christenheit zum Frieden zu mahnen. Er habe diesen Entschluß bereits dem Cardinal Janson Forbin mitgetheilt, von ihm aber die Antwort erhalten: der Papst möge sich die Mühe sparen; denn es sei der feste Wille Ludwigs XIV. die spanische Monarchie im ungetheilten Bestande zu erhalten. Der Papst habe erwiedert: es sei die Pflicht seines Amtes so zu handeln. Lamberg nahm die Mittheilung zum Berichte entgegen [1]).

[1]) Lambergs Bericht vom 27. August.

Andere jedoch urtheilten bereits damals, daß der Papst Clemens XI. seine Pflichten als des allgemeinen Vaters der Christenheit und des italienischen Landesfürsten in bedenklicher Weise verwechsele. Er habe den Herzog von Anjou als Philipp V. anerkannt, dann jedoch die Belehnung mit Neapel und Sicilien hinausgeschoben. In so weit stand Clemens XI. wie die Seemächte, die, ungeachtet ihrer Anerkennung Philipps V., einen Antheil der spanischen Monarchie für den Kaiser verlangten. Aber Clemens XI. hatte, bei allen Betheuerungen seiner wohlwollenden Gesinnung für den Kaiser, dennoch nach Versailles hin keinen begründeten Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben. „Ich habe, meldet der Venetianer Erizzo dem Senate, nach den Reden des Grafen Lamberg und des Cardinals Janson Forbin, allen Grund anzunehmen, daß bei dem Entschlusse eine bewaffnete Macht nach Italien zu werfen, man beiderseitig sich dem Vertrauen hingab, im Felde von der geheimen Zuneigung des Papstes für sich einen Nutzen zu ziehen" [1]).

„Bisher, sagt Erizzo im Jahre 1702, also um ein Jahr später, hat diese Führung des Papstes es vermocht, seine Länder frei zu erhalten. Aber ich füge als das Urtheil staatskundiger Männer, an denen es in Rom nicht mangelt, nur noch hinzu, daß diese allzu feinen Künste eines Tages zum Verderben des Papstes und seiner Unterthanen ausschlagen werden" [2]).

„Nur Einmal, sagt weiter Erizzo, habe ich den Papst aus seiner natürlichen Zurückhaltung hervortreten sehen. Es war in Anlaß der Erhebung in Neapel. Die Wahrnehmung, daß ein so gefährlicher Plan in Rom verabredet war, ohne daß er davon auch nur eine leise Kunde erhalten hatte, die Furcht, daß das Feuer in seiner Nachbarschaft auch seine Länder mit erfassen könne, erregten in ihm eine starke Abneigung gegen die Deutschen. Die Zeugnisse dieses seines Unmuthes

---

[1]) Erizzos Finalbericht von 1702 unter den Handschriften des k. k. Archivs: E questa essendo verità indubitata più volte confirmatami dal Cardinale di Gianson e dal conte di Lamberg, vi è tutto il fundamento di giudicare, che ognuno de partiti siasi gettato armato in Italia con la fiducia di profittare sul campo dell' occulta inclinazione del Pontefice.

[2]) Io solo dirò per sentimento d' huomini grandi che non mancano nella corte di Roma, che questi arti troppo fine habbino da essere un giorno la rovina del Papa e de suoi sudditi.

über die Vorfälle in Neapel liegen vor in seinen öffentlichen Befehlen an den Cardinal-Erzbischof Cantelmi dort."

In der That ging Cantelmi mit dem Vicekönig Medina Celi Hand in Hand. Namentlich hatten viele Mitglieder der religiösen Orden aus ihrer Zuneigung zu dem Hause Habsburg kein Hehl gemacht. Sie wurden behandelt wie Rebellen. Eben so geschah es mit den Flüchtlingen, die auf päpstliches Gebiet übertraten. Die Vorstellungen Lambergs dagegen blieben vergeblich.

Die Nachrichten darüber durcheilten Europa gleichzeitig mit der anderen, daß Clemens XI., wie wir vernommen, seine Zustimmung zu der Anerkennung des Prinzen in St. Germain als des Königs Jacob III. öffentlich verkündigt hatte. An vielen Orten, und namentlich in England, erhob sich eine laute Misstimmung wider den Papst.

Unter diesen Umständen hielt es der Botschafter Lamberg für zweckmäßig, dem Papste den Vertrag der Allianz vom 7. September mitzutheilen. Er hob hervor, daß die verbündeten Mächte die Waffen nicht niederlegen würden, bis sie das Kaiserhaus in den Besitz der italienischen Länder und Belgiens gesetzt hätten. „Also, bemerkte der Papst, wollen nicht-katholische Mächte über das Königreich Neapel verfügen?" — „Nicht das ist die Absicht, erwiederte der Botschafter; aber sie haben sich verpflichtet der gerechten Sache beizustehen." — Der Papst schwieg eine Weile. Dann versetzte er: „Man muß anerkennen: der Prinz von Oranien ist ein kluger Kopf" [1]).

Um so merkwürdiger, auffallender wird von da an das Verhalten des Papstes Clemens XI.

Sein Plan war die Vermittelung. Das Erbieten derselben im Allgemeinen war, im August, von dem Cardinal Janson Forbin mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß der König von Frankreich nichts abtreten wolle. Seitdem hatte sich die politische Lage völlig verändert. Der Kaiser war in einen Vertrag eingegangen, von welchem er nicht zurück konnte. Wenn daher eine Vermittelung noch möglich war: so konnte sie es nur sein auf Grund des fertigen Programmes der Allianz. Ein Angebot der Vermittelung im Allgemeinen, ohne positive Vorschläge, konnte bei dem Kaiser eine Aussicht auf Erfolg nicht haben.

---

[1]) Lambergs Bericht vom 1. October.

Desungeachtet sehen wir Clemens XI., nach der Mittheilung des Inhaltes der großen Allianz an ihn, festhalten an dem allgemeinen Plane der Vermittelung, welchen Janson Forbin im August verworfen hatte, im October dagegen gut hieß. Clemens XI. ließ dem Botschafter Lamberg melden: er beharre bei dem Entschlusse, außerordentliche Nuntien auszusenden, um durch dieselben die Mächte der Christenheit zum Frieden zu ermahnen. Für Wien habe er Spada bestimmt, bisher in Köln. Der Botschafter begab sich zum Papste, um darzulegen, daß ein solcher Schritt bei der Lage der Dinge in Europa keine Frucht schaffen könne. Clemens XI. erwiederte: „Ich muß es thun, um vor Gott und der Welt Rechenschaft abzulegen, daß ich meiner Pflicht genügt habe. Europa geht dem allgemeinen Brande entgegen: meine Nuntien sollen dagegen zum Frieden mahnen, mit dem Erbieten ihrer Dienste und dem Opfer ihrer eigenen Personen, um der Vergießung des Christenblutes zuvorzukommen. Wollen die Machthaber darauf nicht hören, so liegt auf ihnen die Verantwortlichkeit vor Gott, nicht auf dem Papste". Als Lamberg den festen Entschluß erkannte, begnügte er sich mit der Erwiederung: „Ew. Heiligkeit werden die Wirkungen erfahren".

Die Erklärung des Papstes, nach der Mittheilung des Inhaltes der Allianz vom 7. September, könnte betrachtet werden wie eine directe Parteinahme für den König von Frankreich, wie eine offene Feindseligkeit wider den Kaiser. Im Sinne des Papstes Clemens XI. war sie das nicht. Wir bemerken dagegen, daß er auf die Bestimmungen der Allianz vom 7. September, die er durch Lamberg doch bereits kannte, keine Rücksicht nimmt, sie nicht einmal erwähnt. Wir werden daher gedrängt zu der Frage, ob er etwa diesen Bestimmungen keinen Glauben beimaß, ob er meinte einen anderen, und zwar festeren und für ihn mehr zuverlässigen Boden zu haben, von welchem aus er die politische Weltlage beurtheilen müsse. Dies also ist die Frage, die wir klar zu stellen haben. Wir haben auf die Mittheilung des Vertrages durch Lamberg von ihm einige Worte über den Prinzen von Oranien vernommen, die vieler Deutungen fähig waren. Deuten wir schon hier im voraus mit kurzen Worten an, was erst im weiteren Verlaufe der Dinge aus den eigenen Worten des Papstes Clemens XI. sich ergeben wird: er glaubte an eine andere besondere Uebereinkunft zwischen den

Königen Wilhelm III. und Ludwig XIV., und dieser Glaube, nicht derjenige an den Inhalt der großen Allianz, wirkte bestimmend auf ihn. Der politische Misgriff, welchen Clemens XI. durch die Anerkennung des Prinzen in St. Germain begangen, war die Handhabe, an welcher Ludwig XIV. rasch den Papst erfaßte, um ihn weiter irre zu führen. Es ist zu wiederholen: wir werden die Thatsache vernehmen aus seinen eigenen Worten.

Der Botschafter Lamberg, ohne die Verkettung der Dinge noch zu durchschauen, wandte sich in derselben Audienz zu der Angelegenheit jener Anerkennung. „Der Graf Wratislaw, sagte er, meldet mir aus England, daß die Katholiken dort einer abermaligen schweren Verfolgung ausgesetzt sind, aus keinem anderen Grunde, als weil Ew. Heiligkeit die Anerkennung des Prinzen in St. Germain als König nicht bloß gebilligt, sondern auch gelobt haben. Die Gemüther dort werden noch mehr erregt jetzt durch die Kunde, mit welcher Härte die flüchtigen Neapolitaner im Kirchenstaate behandelt werden, nur dem Könige von Frankreich zu Gefallen. Heiliger Vater, gestatten Sie mir mit Ehrfurcht vorzustellen, wie sehr es bei Katholiken und Nicht-Katholiken zum Anstoße gereicht, daß Sie, bei dieser Nachgiebigkeit gegen einen fremden Willen, mit den zeitlichen und geistlichen Waffen, die Gott in die Hand seines Statthalters gelegt, nicht die Immunität seiner Kirche vertheidigen, daß vielmehr der Cardinal Cantelmi in Neapel nicht wie ein Hirt, sondern wie ein Wolf mit dem Clerus schalten darf. Dies gereicht Ihrem eigenen Ruhme zum Nachtheile. Indem Ew. Heiligkeit sich in solcher Weise als parteiisch für Frankreich hinstellen, verlieren Sie bei den anderen ergebenen Söhnen des apostolischen Stuhles das nothwendige Vertrauen. Der Kaiser, mein allergnädigster Herr, protestirt vor Gott und aller Welt, seiner Gewissenspflicht genügt und Ew. Heiligkeit durch mich vorgestellt zu haben, welcher Nachtheil dadurch den armen Katholiken in den Ländern der Nicht-Katholiken erwächst. Indem der Kaiser die herandrohende Vertilgung unserer heiligen Religion in jenen Ländern tief beklagt, bleibt ihm nur der Trost, daß er, allein gelassen, nicht vermag dies Unheil abzuwenden."

Der Papst erwiederte: er könne nicht vergessen Statthalter Christi zu sein und Vater aller Gläubigen. Er habe seine Rede im Consistorium über die Anerkennung des Prinzen von Wales wohl abge-

wogen, sei darin über das Geistliche nicht hinausgegangen. Denn er habe gesagt: er wünsche dem Prinzen von Wales das Erbe der Beständigkeit und der Tugend des Vaters, welcher weltliche Herrlichkeit und Kronen hintangesetzt habe gegen die heilige katholische Religion. Er habe dem Könige von Frankreich Lob dafür dargebracht, daß er jenem unglücklichen Könige großmüthige Unterstützung gewährt, und mit derselben Freigebigkeit sie fortsetze für den Sohn. Auch der Kaiser habe dem päpstlichen Nuntius in Wien bezeugt, daß er dem Prinzen von Wales sein Wohlwollen entgegen trage und ihm alles Gute wünsche, nur daß die gegenwärtigen Verhältnisse ihm nicht gestatteten etwas für den Prinzen zu thun.

Die Antwort des Papstes, obwohl zurückziehend, entschuldigend, konnte doch weder den Botschafter des Kaisers, noch diesen selbst befriedigen. Daß jene Rede sich auf das geistliche Gebiet beschränkt habe, nicht darüber hinausgegangen sei auf das politische, mochte allerdings Clemens XI. selber bereits im October 1701 sehr dringend wünschen. Aber die Thatsache war geschehen. Die Rede hatte nicht sich auf das geistliche Gebiet beschränkt, sondern das politische Verhalten Ludwigs XIV. in der Sache des Hauses Stuart gelobt, und zwar, wie der Kaiser besser wußte als der Papst Clemens XI., nicht auf Grund einer eingehenden Kunde der Thatsachen, sondern gemäß dem Scheine, den jener König um seine Politik zu breiten wußte. So wohlwollend dagegen immer die Gesinnung des Kaisers für den Prinzen von Wales sein mochte: so ward jede Bethätigung dieses Wohlwollens ihm unmöglich gemacht durch die beharrliche Verblendung, mit welcher nach wie vor die unglückliche Königsfamilie in St. Germain ihr Schicksal band an den Willen Ludwigs XIV., und darum als Freund des Feindes von Leopold sich diesem selber feindlich gegenüber stellte.

Bestimmter noch als der kaiserliche Botschafter, sprach sich der neapolitanische Marchese del Vasto damals in einer Audienz vor Clemens XI. aus. Wenn der Papst sich mit Frankreich einige, sagte er, so würde er davon keinen anderen Vortheil erlangen, als der erste französische Bischof zu sein. Wenn er dagegen zu dem Kaiserhause stehe: so werde er in seiner höchsten Würde sicher sein[1]).

---

[1]) Relazione del conte di Lamberg f. 130[a]: Il Marchese del Vasto mi fece dire per lo suo confidente che nell audienza avuta dal Papa aveva preso

Lamberg indessen hatte vor dem Papste zunächst nur aus sich geredet. Erst dann erhielt er die kaiserliche Antwort auf seinen Bericht, im selben Sinne wie er geredet hatte. Er überreichte sie. Clemens XI. wich aus. Das sei noch nicht eine Antwort auf sein Breve, erwiederte er. Diese wolle er abwarten. Klarer aber trat dann seine Meinung hervor aus den Worten: er werde auf eine Negative gegen Spada als außerordentlichen Nuntius nicht eingehen. Lamberg versetzte: „Ew. Heiligkeit dürfen mir Glauben schenken, daß aus der Absicht dieser Mission Ihnen mehr Verdruß erwachsen wird als Sie sich denken". — „Immerhin, erwiederte Clemens XI., so haben wir unserer Pflicht ein Genüge gethan."

Die Antwort des Kaisers kam, und mit derselben der Befehl für den Botschafter, die Gründe zugleich mündlich darzulegen. Lamberg redete wie folgt [1]).

„Um den neuen Fallstricken Frankreichs auszuweichen, ist es dringend erforderlich die Augen offen zu halten. Ew. Heiligkeit wollen geruhen sich zu erinnern an die Aufrichtigkeit, mit welcher, bald nach dem Tode des Königs von Spanien, der Kaiser der Versicherung des Cardinals Paulucci entsprochen hat, daß, wenn die kaiserlichen Truppen Italien nicht beträten, auch die französischen nicht einrücken würden. Der Kaiser hielt den Marsch der seinigen innerhalb seines Gebietes an. Aber die Krone Frankreich, nach ihrer Gewohnheit, band sich nicht an das gegebene Wort. Die Truppen dieser Macht kamen in Italien zuvor, und darum fällt auf sie der Vorwurf des vergossenen Blutes. Indem der Kaiser sich völlig verließ auf die väterliche Vermittelung Ew. Päpstlichen Heiligkeit, willigte er ein, daß nicht bloß die beiden Königreiche Neapel und Sicilien, sondern auch Mailand, über welches die Oberlehensherrschaft ohne jeglichen Widerspruch dem römischen Reiche gebührt, vom päpstlichen Stuhle sequestrirt werden sollten. Auch in Betreff der spanischen Niederlande war der Kaiser einem ähnlichen Abkommen nicht abgeneigt. Allein Frankreich schlug die von dem

la occasione di rimostrargli, chè se la Santità sua si fusse collegata con i Francesi, non averebbe fatto altro avanzo se non di essere loro primo Vescovo, ed all' incontro, se si fusse stretto coll' Augustissima Casa, averebbe messo in sicuro la sua suprema Dignità.

[1]) Relazione del conte di Lamberg f. 155^b, et seqq.

gemeinsamen Vater der Christenheit anerbotene Vermittelung aus, und ergriff sofort Besitz von der gesammten spanischen Monarchie. Es ging darüber hinaus, und nahm auch sogar Mantua weg, die Lehensstadt des Reiches, obwohl die päpstlichen Truppen bereit standen sie zu besetzen. So hat der König von Frankreich alle wohlwollenden Absichten des päpstlichen Stuhles ohne irgend welche Scheu zu vereiteln gewußt."

„Auf der anderen Seite ist all sein Trachten dahin gerichtet, Zwietracht zwischen dem Kaiser und seinen Verbündeten auszusäen. In der Erkenntnis dieses Strebens bieten die Mächte einander die gemeinsame Garantie, ohne welche jegliche Verhandlung mit Frankreich nur auf Täuschung hinauslaufen würde. Sie können nicht gesondert sich einlassen mit einer Macht, deren Charakter es ist keine Treue zu halten [1]). Und darum ist auch von den Bemühungen Ew. Heiligkeit keine Frucht zu hoffen, es sei denn, daß auch der andere Theil sich der Gerechtigkeit unterwerfe, und die zwischen dem Kaiser und den Seemächten vereinbarten Bedingungen anerkenne. Denn diese bezwecken nichts Anderes als das Recht und die allgemeine Sicherheit. Die Absendung dagegen eines außerordentlichen Nuntius nach Wien, ohne irgend welches bestimmtes Angebot von Seiten Frankreichs, würde sowohl im Reiche als in England und Holland einen sehr ungünstigen Eindruck machen, würde die Vermuthung erwecken, daß eine besondere Unterhandlung durch Ew. Heiligkeit stattfände. Wie daher von einer solchen Sendung ein denkbarer Nutzen nicht zu erwarten: so würde sie der gemeinsamen Sache einen unheilbaren Nachtheil zufügen, indem sie den Verbündeten einen scheinbaren Vorwand gäbe, sich loszusagen von der für das Gemeinwohl so nothwendigen Garantie."

„Gestützt auf diese augenscheinlichen Gründe, zumal da ja auch der Nuntius Davia in Wien sich ähnlich ausgesprochen, hofft der Kaiser, Ew. Heiligkeit werden, auch wenn Sie die Absicht nicht völlig aufgeben, dennoch die Ausführung bis auf einen besser geeigneten Zeitpunct vertagen. Ew. Heiligkeit werden den Kaiser nicht in die Lage bringen wollen, daß er, um der Rücksicht auf seine Verbündeten zu genügen, einem außerordentlichen Nuntius den Zutritt versagen müßte."

---

[1]) Con una Potenza che ha per naturale istinto non osservare la fede.

„Wenn aber Ew. Heiligkeit die Gerechtigkeit üben wollen, dem Erzherzoge Carl die Belehnung mit Neapel und Sicilien zu ertheilen: so würden Ihre Bemühungen bei der Krone Frankreich mehr Gewicht haben, würden zugleich den Verdacht zerstreuen, der gar leicht aus solchen besonderen Sendungen erwächst, und würden bei der gesammten Welt sich den Ruhm erwerben, ein solches des heiligen Stuhles würdiges Werk zu Stande zu bringen" [1]).

Die letzten Worte sind schwerwiegend. Ja man dürfte sagen, daß seit Jahrhunderten nicht so viel politisches Gewicht in die Hand eines Papstes gelegt war als in diejenige des Papstes Clemens XI., wenn nämlich er sich entschied für die Grundsätze der Allianz vom 7. September 1701.

Wir Spätere, die wir aus den eigenen Worten Ludwigs XIV. an seinen Enkel in Spanien die Absicht kennen, daß fortan das Haus Bourbon den entscheidenden Einfluß auf die Papstwahl üben solle, können klarer und bestimmter noch als die damalige Mitwelt aussprechen, daß die Allianz vom 7. September 1701, in welcher eigenen Gesinnung immerhin die protestantischen Seemächte sie abgeschlossen hatten, vermöge der Absicht, die Uebermacht des Hauses Bourbon niederzudrücken, mittelbar kämpfte für die Unabhängigkeit des päpstlichen Stuhles, für die Freiheit der Kirche.

Wenn nun der Papst Clemens XI., wie der römische Kaiser Leopold es wünschte und ihm nahe legte, auch seinerseits das offen ausgesprochene Ziel der Allianz als gerecht anerkannte: so gab dieser Beitritt der Allianz eine moralische Kraft, vor welcher die Macht Ludwigs XIV. sich hätte beugen müssen.

Allein an diesem Puncte hält die geschichtliche Betrachtung inne. Was hätte geschehen können, liegt hinaus über ihre Grenzen.

Die Einbuße an Autorität dagegen, welche im anderen Falle dem päpstlichen Stuhle in Aussicht stand, wenn nämlich Clemens XI. den Wunsch, den Rath, die Bitte des römischen Kaisers Leopold I. misachtete, kündete der Botschafter Lamberg ihm in klaren Worten an. Wenn, sagte er, die eine oder die andere Macht geneigt wäre, künftighin

---

[1]) E si acquistarebbe presso al Mondo tutto gloria eterna con promuovere una opera da Sommo Pontefice.

für die Herstellung des allgemeinen Friedens die Vermittelung des Papstes anzunehmen: so würde der jetzige Plan außerordentliche Nuntien ohne ein bestimmtes Angebot zu entsenden, dieser Neigung durchaus schädlich sein [1]).

Als der Botschafter erkannte, daß allen seinen Darlegungen gegenüber die Haltung und die Antworten des Papstes nicht eine Nachgiebigkeit andeuteten, sah er sich genöthigt auch den äußersten Befehl auszuführen.

„Wenn Ew. Heiligkeit, schloß er, diesen Gründen nicht weichen, die doch nach meiner Ansicht sich stützen auf den Nutzen, auf die Ehrenhaftigkeit und die Nothwendigkeit: so muß ich im Namen des Kaisers erklären, daß er Gott und der Zeit seine Gründe befiehlt, und muß Ew. Heiligkeit bitten mir zu gestatten, daß ich ehrerbietig, aber feierlich protestire gegen jegliches Aergernis, jeglichen Verdruß und jegliche Unordnung, die daraus entstehen können. Der Kaiser gedenkt mit Schmerz an den unsagbaren Schaden, den er daraus kommen sieht; aber, indem er seinen söhnlichen Gehorsam betheuert, beklagt er noch mehr, daß die Welt Ew. Heiligkeit den Vorwurf der Parteilichkeit machen, und daß die Akatholiken die Meinung fassen werden, Ew. Heiligkeit seien im Bunde mit Frankreich. Denn dadurch werden Ew. Heiligkeit den Ruhm und das Vertrauen einbüßen, welches Sie hätten erlangen können."

Clemens XI. erwiederte: er werde sich bemühen, für den Kaiser nicht bloß einen billigen, sondern auch vortheilhaften Frieden zu verschaffen. Der Kaiser möge bedenken, daß auch der apostolische Stuhl nicht wünschen könne, daß die Kronen von Frankreich und Spanien auf Ein Haupt vereinigt würden.

Und dann erst äußerte der Papst Clemens XI. einen Gedanken, welcher ein grelles Licht ausgießt über die Basis, auf welcher er stand, und von welcher aus er folgerecht zu handeln vermeinte.

Wenn man nicht eingehe auf seine Vorschläge, sagte Clemens XI., so werde man sehen, daß, zur ewigen Schande seines Papstthumes, Frankreich den Prinzen von Wales und Belgien opfere, und darüber

---

[1]) Feci ponderare al Papa in maniera di confidenza, che, se taluno fusse stato inclinato ad abbracciare la futura mediazione per la Pace universale, la missione del Nunzio straordinario sarebbe stata assai pregiudiciale.

mit England in geheimen Tractat einträte [1]). — Die Worte sind von höchster Wichtigkeit und fordern darum eine genaue Erwägung. Folgen wir indessen zuvor dem Verlaufe der beiderseitigen Reden.

Darum, fuhr Clemens XI. fort, bitte er den Kaiser, seinen Nuntius anzunehmen, sich dann mit seinen Verbündeten über ein Präliminare zu verständigen, und darauf hin dem Nuntius zu erwiedern, daß er nicht abgeneigt sei, in Friedenshandlungen einzutreten. Wenn aber der Papst nicht zuvor ein unter den Alliirten vereinbartes Präliminare besäße: so könne er keinem Vorschlage überhaupt das Ohr darbieten. Die Persönlichkeit des Spada sei indifferent, auch ein Anderer werde sich tauglich erfinden; allein, wenn man zu einem Congresse kommen solle, so müsse die Persönlichkeit, die ein so wichtiges Geschäft auf sich zu nehmen habe, mit höchster Sorgfalt ausgesucht werden.

Lamberg erhob gegen die Durchführbarkeit eines solchen Verfahrens eine Reihe von Einwänden. Sie prallten ab. Nur auf diese Weise, meinte Clemens XI., sei es möglich seine künftige Friedensvermittelung im voraus zu begründen. Als Lamberg erkannte, daß alles vergeblich war, schloß er mit den Worten: „Heiliger Vater, ich sehe mit Sicherheit vorher, daß Ihnen Ihre Absicht nicht gelingen wird. Sie werden davon nur Verdruß haben, und sich für die künftige Vermittelung unfähig machen, weil Sie vorher das Vertrauen einbüßen. Denn die Sache ist noch nicht reif, und wird nicht eher reifen, als bis Frankreich mit Gewalt zu einem anderen Systeme gezwungen wird. In dem Stande, in welchem es sich zur Zeit befindet, wird es immer Alle zu täuschen suchen, und Niemand darf sich von dort her irgend welche Sicherheit versprechen. Es ist gar keine Gefahr da, daß England sich auf geheime Unterhandlungen einläßt, wenn es nicht zuvor seinen Seehandel gesichert sieht, und gewis wird es sich nicht begnügen mit dem Opfer des Prinzen von Wales und der spanischen Niederlande".

„Aber dann schwieg ich, berichtet er an den Kaiser, in der Erkenntnis, daß auf die Seele des von seinem Vorurtheile erfüllten

---

[1]) Che si vederebbe la Francia medema sagrificare il Principe di Galles colla Fiandra ed entrare in segreti trattati colla Inghilterra, a scorno perpetuo del suo Pontificato.

Papstes meine Worte keine Wirkung übten. Daher konnte ich mit dem Tragiker sagen:

Ut dura cautes undique intractabilis
Resistit undis, et lacessentes aquas
Longe remittit, verba sic spernit mea."

So Lamberg. Die Unterredung ist von höchster geschichtlicher Wichtigkeit; denn von da beginnt nicht bloß die wachsende Entfremdung zwischen dem Kaiserhause und dem Papste Clemens XI., sondern auch der Ebbestand in der Einwirkung des päpstlichen Stuhles auf das europäische Völkerleben, mit allen den unendlichen Nachtheilen, die für den Frieden unter den christlichen Völkern das Sinken dieser Autorität nach sich ziehen mußte.

Wesentlich ist vor Allem jene Aeußerung des Papstes Clemens XI., daß er ein geheimes Einverständnis zwischen den Königen von Frankreich und England befürchte, durch welches, zur Schmach des apostolischen Stuhles, der erstere sich für das Opfer des Prinzen von Wales und Belgiens den Frieden mit England erkaufen wolle.

Wir haben zugleich die Antwort vernommen, in welcher Lamberg diese Besorgnis als unbegründet zurückwies. In der That fehlt für sie bei Wilhelm III. jeglicher Anhaltspunct. Sie steht vielmehr im schneidenden Widerspruche mit allem seinem Reden und Thun in dieser Zeit. Er wollte den Krieg wider Frankreich, weil der Krieg ihm als das alleinige Mittel erschien, sich und die Völker zu befreien von dem Uebel, leben zu sollen von der Gnade Frankreichs.

Die Besorgnis des Papstes Clemens XI. war also ungegründet. Die Basis, auf welcher er stand, war falsch.

Dennoch prallte jeder Einwand, die Verneinung Lambergs an Clemens XI. machtlos ab. Der Papst hielt an seiner Besorgnis fest gegenüber dem völkerrechtlichen Vertrage der Allianz vom 7. September 1701, gegenüber dem Nachweise, daß England sich auf ein Abkommen nicht einlassen werde, welches ihm keine Sicherheit gewähre. Clemens XI. beharrte in seinem Irrthume.

Allein warum beharrte Clemens XI. in seinem Irrthume? — Gegenüber einem solchen Beweise, wie er vorliegt in dem Bestande eines völkerrechtlichen Vertrages, kann eine Vermuthung, eine Besorgnis,

wenn nur subjectiven Ursprunges, bei einem einsichtigen Manne sich nicht halten. Dies um so weniger, wenn die Vermuthung, die Besorgnis ihm bedrohlicher ist als der Thatbestand. Wenn er bei seiner Vermuthung, bei seiner Besorgnis dennoch beharrt: so kann er es nur, indem er glaubt und überzeugt ist, dafür auch äußere Zeugnisse und Beweise zu haben, so fest, so sicher, so zuverlässig, daß sie sowohl an sich selber einen Zweifel nicht gestatten, als auch ihn in den Stand setzen, andere Zeugnisse des Gegentheils gering zu achten, darüber hinwegzusehen. Clemens XI. muß also geglaubt haben, solche Zeugnisse, solche Beweise in Händen zu haben.

Und zwar sagt Clemens XI. dies selbst. Als später, in Anlaß des Todes von Wilhelm III., die Sache wieder zur Sprache kam, sagte der Papst zu Lamberg: er habe sichere Nachricht, daß der König von Frankreich mit dem Prinzen von Oranien in geheimer Correspondenz gestanden [1]).

Aber woher konnte Clemens XI. eine solche, wie er meinte, sichere Nachricht haben, die wir als unvereinbar mit der Wahrheit kennen? Solche vermeintliche Zeugnisse oder Beweise für eine Sache, die in Wirklichkeit nicht bestand, können dem Papste Clemens XI. nur von einer Seite zugekommen sein, die ein Interesse daran hatte, daß Clemens XI. handelte auf Grund des dadurch in ihm erregten Irrthumes — also von französischer Seite.

Es erhebt sich daher die Frage, ob dieser Nachricht, welche bei dem Papste Clemens XI. Glauben gefunden hatte, irgend welcher Anhaltspunct zu Grunde lag.

Nach einem französischen Schriftstücke damaliger Zeit lag ein Plan vor, welcher bezweckte, dem Prinzen Jacob Stuart das Herzogthum Mailand als ein selbständiges Fürstenthum zu überweisen [2]). Der Plan hat dem Hause Stuart gegenüber einige Aehnlichkeit mit demjenigen von 1696, wo Ludwig XIV., um seinem thörichten Schützlinge Jacob II. anzudeuten, daß er in die Lage kommen könne ihn fallen

---

[1]) Relazione del conte di Lamberg f. 190[b]: Aveva scienza sicura che la Francia coltivava con lui (il Rè G.) segrete corrispondenze.

[2]) Ein Schreiben vom 10. März, als Beilage zum Berichte des Grafen Wratislaw vom 17. März 1702.

zu lassen, ihm seine Unterstützung für die Erlangung der polnischen Krone anbot. Jener Plan vom Jahre 1702 war besonders dahin gerichtet, daß diese Einsetzung des Prinzen Stuart in Mailand geschehen solle mit der Zustimmung aller Mächte Italiens, die dann gemeinsam sich verpflichten würden, mit französischer Hülfe die Kaiserlichen aus Italien zu treiben. Jeder einzelnen Macht in Italien wurden dabei besondere Vortheile in Aussicht gestellt.

Das Schriftstück, datirt vom 10. März 1702, wurde von Paris aus dem Könige Wilhelm III. eingesendet, und von ihm, damals bereits erkrankt, dem kaiserlichen Gesandten Wratislaw überwiesen, mit dem Beifügen, daß der König Wilhelm die Sache für eine Chimäre halte.

Unzweifelhaft war es das. Allein eben so begründet ist die Vermuthung, daß der in diesem Schriftstücke ausgesprochene Plan eine Masche des Gewebes darstellt, durch welches die Politik Ludwigs XIV. es verstand, den Papst Clemens XI. zu täuschen, ihn in den Glauben hinein zu locken, daß es täglich von Ludwig XIV. abhange, mit Wilhelm III. besonders abzuschließen.

Der Grund aber, weshalb Clemens XI. dies fürchtete, liegt vor in jenen seinen eigenen Worten: zur ewigen Schmach unseres Papstthumes. Denn allerdings schien ihm seine Autorität bedroht. Er hatte die Uebereilung begangen, den König Ludwig XIV. wegen der Anerkennung des Prinzen in St. Germain als Jacob III. zu loben und zu feiern, nicht nach genauer Kunde und Prüfung der Thatsachen von beiden Seiten, sondern nach dem Scheine von der einen Seite her. Der Schritt war geschehen und dadurch die Autorität des päpstlichen Stuhles in so weit engagirt. Sie gerieth in Gefahr geschädigt zu werden, wenn nun der König von Frankreich mit demjenigen von England eine Uebereinkunft solcher Art traf, daß Frankreich den Prinzen in Betreff Englands preis gab. Die französische Politik fingirte daher eine Unterhandlung, die thatsächlich nicht bestand, um durch dies Schreckbild den Papst Clemens XI. dahin zu treiben, daß er, um seine Autorität zu retten, nach einem Mittel suchte, durch welches er jene vermeintliche Unterhandlung vereiteln könne. Ein solches Mittel aber war dann für ihn nur zu finden im Einverständnisse mit derjenigen Macht, welche nach seiner Meinung ihm glaubhaft dargethan, daß es von ihr abhange, jene Uebereinkunft zu schließen. Daher hielt er, mit der

Zustimmung Ludwigs XIV., fest an dem Plane außerordentliche Nuntien auszusenden.

Wir stehen demnach an einem Gewebe der französischen Politik, das uns mit Grauen und Entsetzen erfüllt. Das Opfer war dies Mal der päpstliche Stuhl selber, in der Person Clemens XI. Aber dieser Papst war nicht schuldlos. Er hatte gemeint sich frei zu erhalten über den Parteien. Er gedachte politisch klüger zu sein als beide. Und dann beging er zwei Fehltritte zugleich. In Folge des Mislingens der Erhebung in Neapel ließ er sich beugen durch die Furcht. Zugleich starb Jacob II., und Clemens XI. ließ sofort sich verleiten, dem erregten Gefühle mehr zu vertrauen als der Einsicht, und lieber dem Scheine zu glauben, als den wirklichen Thatbestand zu erkunden. Und rasch machte der Urheber des Scheines sich hauptsächlich den einen Fehltritt zu nutze, um von demselben aus durch neuen trügerischen Schein den Papst hinabzudrängen auf die abschüssige Bahn der politischen Dienstbarkeit für ihn.

Liegt es hinaus über die Grenzen des menschlichen Scharfblickes, viele der negativen Consequenzen der ungeheueren politischen Verblendung des Papstes Clemens XI. anders als in allgemeinen Zügen aufzufassen: so ist doch unter ihnen eine, die bisher tiefes Geheimnis bedeckt hat, bei näherer Kunde besonders augenfällig. Es ist die völlige Vereitelung der kirchlichen Reunions-Versuche des römischen Kaisers Leopold I.

Wir erinnern uns der vielfachen Mühen des Bischofs Christoph Royas y Spinola um diese Sache. (Bd. III, S. 94 u. f.; Bd. IV, S. 15 u. f.; S. 229 u. f.) Die Hoffnungen des Kaisers gründeten sich nicht auf den einen Mann. Nach dem Tode Spinolas ernannte er den Grafen Franz Anton von Buchaim zum Nachfolger Spinolas auf dem Bischofssitze von Wiener-Neustadt und zugleich in jenem Auftrage der kirchlichen Reunions-Versuche. Der Papst Innocenz XII. gab seine Zustimmung. Demgemäß zog auch der Bischof Franz Anton umher durch das Reich bei den Fürsten und Theologen, die sich schon früher als willig erwiesen hatten. Im August 1698 trat er mit dem Abte Molanus und Leibniz in der Abtei Lokkum bei Hannover zusammen. Dort überreichten sie ihm die bereits früher (Bd. VI, S. 230 u. f.) erwähnte Schrift, in welcher sie in drei Abtheilungen von je zehn Sätzen diejenigen Lehren vorführen, die sie als nicht mehr streitig betrachten.

So lange indessen der alte Papst Innocenz XII. lebte, dessen Bestreben, nach der Meldung Lambergs, beständig dahin gerichtet war, schwierige Angelegenheiten für seinen Nachfolger hinauszuschieben, war an eine thatkräftige Aufnahme der Sache in Rom nicht zu denken. Als Innocenz XII. im Jahre 1700 sichtlich abnahm, erging von dem Kaiser Leopold an den Kurfürsten Georg Ludwig in Hannover die Bitte, ihm Leibniz zum Berichte über die Sache nach Wien zu senden. Es geschah. Der Kaiser sprach dem Kurfürsten über die vernünftigen Gedanken, den ungesparten Fleiß und die ungemeine Wissenschaft von Leibniz seine volle Befriedigung aus [1]).

Die Anfänge des Papstes Clemens XI. erfüllten den Kaiser mit Hoffnungen, wie nach anderen Seiten, so auch in dieser Angelegenheit der Reunion. Am 16. Februar 1701 erließ Leopold I. ein ausführliches Handschreiben darüber an den Papst [2]). Es lautet wie folgt.

„Daß Ew. Heiligkeit durch göttliches Walten zum Haupte der katholischen Kirche erwählt sind, gereicht uns, wie aus vielen anderen Gründen, so auch darum zur besonderen Freude, weil wir daraus die Hoffnung schöpfen, daß das heilige Werk, den Frieden der Kirche durch eine Unterhandlung mit den Protestanten herzustellen, welches begonnen hat unter der Autorität des päpstlichen Stuhles und mit unserer Empfehlung, nun, wenn rechtzeitig wieder aufgenommen und mit Nachdruck betrieben, unter dem Pontificate Ew. Heiligkeit, welchem wir schon darum allein eine lange Dauer wünschen, dem ersehnten Ziele so nahe wie möglich gebracht werden könne."

„Es ist nämlich Ew. Heiligkeit nicht unbekannt, daß schon zur Zeit von Innocenz XI. heiligmäßigen Gedächtnisses, Vieles theils geheim, theils offen mit protestantischen Fürsten und Theologen verhandelt worden, und daß dann, nach Mittheilung an auserwählte Cardinäle und Theologen, auch nach dem Rathe der an unserem Hofe weilenden Nuntien des apostolischen Stuhles, diese Verhandlungen fortgesetzt sind. Wir haben von daher die Hoffnung einer reichen Frucht für die katholische Kirche gefaßt. Denn nicht wenige regierende protestantische Fürsten haben mündlich vor unseren Sendboten oder

[1]) Beide kaiserliche Schreiben in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz, Bd. VIII, S. XXX u. f.

[2]) Anlage I.

in Briefen an uns selbst ihre große Neigung bezeugt, die katholische Einheit herzustellen, und ihre Mitwirkung dafür versprochen. Auch haben Einige sie bereits zum Theile geleistet, indem sie durch ihre vornehmsten Theologen Darlegungen haben abfassen lassen, welche für den Zweck als sehr dienlich anerkannt worden sind. Ganz besonders ist indessen die Sache gefördert worden, als unlängst der hochwürdigste Bischof Franz Anton von Wiener-Neustadt, dessen vorzüglichen Eifer für die Kirche des Herrn, so wie seine anderen entsprechenden Eigenschaften wir Ew. Heiligkeit nicht genug empfehlen können, sich, gemäß dem Auftrage des Vorgängers Ew. Heiligkeit, Innocenz XII. ruhmwürdigen Andenkens, in eine Reihe deutscher Länder begeben, und dort mit einigen durch ihre Obrigkeiten dazu beglaubigten Protestanten verkehrt hat. Er hat von dort eine Schrift zurückgebracht, aus welcher erhellt, daß, wenn jemals, so sicherlich jetzt durch Gottes Gnade die Zeit der Reife für eine solche Angelegenheit gekommen zu sein scheint. Denn, nach dem Urtheile der Kundigen, ist von protestantischer Seite bisher niemals eine Kundgebung ausgegangen, welche so sehr auf das Wesen der Sache eingeht, und mit katholischen Grundsätzen so nahe zusammentrifft."

„Diese wahrlich durch göttliche Gnade bewirkte Kundgebung hat auch uns, den ohne unser Verdienst Gott vermöge unserer Kaiserpflicht zum Schirmvogte der gesammten katholischen Kirche gesetzt, nicht unbewegt gelassen. Daher wenden wir uns zu Ew. Heiligkeit, als welcher die oberste Fürsorge des Kirchlichen auf Erden mit höchster Autorität gebührt, um diese Angelegenheit auf das dringendste zu empfehlen und gern dafür alle unsere Mühwaltung zu versprechen. Und da auch die christliche Klugheit vorschreibt, die günstigen Gelegenheiten freudig zu benutzen, welche, wenn einmal vernachlässigt, bei veränderten Zeiten und Menschen nicht leicht sich wieder finden: so halten wir für gewis, daß Ew. Heiligkeit, auch ohne unsere Mahnung, gemäß der von Gott Ihnen verliehenen Weisheit, ohne Verzug, welcher, wenn nicht durch die Nothwendigkeit geboten, bei einer für das Seelenheil so vieler Menschen hochwichtigen Sache keine Entschuldigung finden würde, Alles was in Ihrer umfassenden Macht steht, aufbieten werden, damit durch die Anwendung zweckmäßiger Heilmittel die so veraltete und so gefährliche Wunde der Kirche des Occidentes endlich geheilt werde."

„Im Uebrigen stellen wir die Erwägung des Wesens der Sache dem reiflichen Urtheile Ew. Heiligkeit anheim, welcher ja vor Allen Gott die innere Sorge für die geistlichen Dinge übertragen hat. Ew. Heiligkeit, von Gott erleuchtet, werden, nach eingenommener Kunde und gebührender Erörterung der Sache, nach Heranziehung der Gutachten katholischer Doctoren von verschiedenen Universitäten, welche die deutschen Zustände aus der Nähe kennen, sich darüber aussprechen, was der Kirche Gottes heilsam erscheint, werden auch den Bischof von Wiener-Neustadt mit der für die Fortführung der Sache weiter erforderlichen Belehrung und Vorschrift ausstatten, und dadurch seinem glühenden, nicht minder indessen vorsichtigen Eifer den Stoff zur Bethätigung darbieten. Dabei ist jedoch nothwendig zu erinnern, daß sowohl zu Rom wie auch anderswo, alles geheim geführt werden muß, so sehr, daß auch nicht die Thatsache einer Verhandlung offenkundig wird, damit nicht von Uebelwollenden oder auch im unkundigen Uebereifer das noch nicht In-sich-Verwachsene wieder auseinander gerissen werde. Damit aber Ew. Heiligkeit den Stand der Dinge um so besser erkunden und die zweckmäßigsten Rathschläge fassen können, werden nicht bloß die Berichte des Bischofs dienlich sein, sondern es wird auch unser Theolog, sein Reisebegleiter und Ueberbringer dieses Schreibens, zugleich als Zeuge der letzten Vorgänge in dieser Sache, den wir Ew. Heiligkeit hiermit empfehlen, alles genauer darlegen, und Ew. Heiligkeit sowohl mündlich als durch Schriftstücke die erklärten Willensmeinungen berichten."

„Im Uebrigen wolle Gott Ew. Heiligkeit als den Lenker seiner Kirche lange in Kraft erhalten, damit Sie selber noch aus dem früher hier und da vernachlässigten und mit Unkraut überwucherten Acker des Herrn reichliche Früchte einer besseren Pflege und weit gestreueter Saat des göttlichen Wortes einzusammeln vermögen. So wünschen wir es in söhnlicher Ergebenheit. Wien, am 16. Februar 1701. Leopold."

Clemens XI. bewies dieselbe Geneigtheit wie seine Vorgänger. Er besprach die Sache auch mit dem Botschafter Lamberg. Dieser erwiederte, daß während seines Aufenthaltes am Reichstage zu Regensburg die Frage der kirchlichen Reunion oft erörtert worden sei. Von Seiten der Nicht-Katholiken sei immer die Behauptung aufgestellt, daß die Berufung eines Conciles sich als förderlich erweisen werde. Er

dagegen halte dies für fruchtlos, wenn nicht zuvor der päpstliche Stuhl in Betreff der einstigen Kirchengüter den Fürsten den Besitzstand sichere, ihnen zurufe: Possideatis uti possidetis. Dann würde ein Concil Nutzen schaffen können. — Clemens XI. erwiederte: die Ansicht sei nicht unrichtig. Er seinerseits könne versichern bereit zu sein, den Fürsten die geistlichen Güter, welche sie mit Unrecht genommen und besäßen, in solcher Weise zu überlassen, daß sie fortan derselben mit ruhigem Gewissen genießen könnten, wenn sie nur sonst sich jeder vermeintlichen Reform der Kirche enthalten wollten [1]).

So war der Stand der Dinge im Beginne des Jahres 1701. Die Geneigtheit des Papstes wie des Kaisers war da. Allein für die Fortführung des Werkes war vor allen Dingen erforderlich die Fortdauer der freundschaftlichen Stellung zwischen den beiden Häuptern der christlichen Welt: dem Papste und dem Kaiser, wie einst zu den Zeiten Innocenz XI. Bereits im September 1701 jedoch trat jene Wendung ein, in Folge deren der Papst sich in einer hochwichtigen Angelegenheit umstricken ließ von den Schlingen der französischen Politik. Die Sache der kirchlichen Reunion sank unter, so sehr, daß im achtzehnten Jahrhunderte auch fast die Erinnerung daran erlosch [2]).

Aber man beachte hier die wunderbare Verkettung der Dinge. Der Tod des Königs Jacob II. in St. Germain und der Fortbestand der kirchlichen Spaltung in Deutschland sind auf den ersten Blick zwei einander fern liegende Thatsachen. Und doch webt sich zwischen ihnen, vermöge des Eintretens fremder Persönlichkeiten, ein Band der Causalität. Indem Ludwig XIV., weniger aus Großmuth, als aus politischer, freilich irriger Berechnung einen König Jacob III. anerkennt, indem dann Clemens XI., geblendet durch den Schein der vermeintlichen Großmuth, diese Anerkennung lobt und preist, wird er durch dieses Lob in die französische Politik verstrickt. Er lockert oder vielmehr zerreißt dadurch das Band der Freundschaft mit dem Kaiser. Er kann daher nicht

---

1) Lambergs Bericht vom 30. April 1701.

2) Leibniz in einem Berichte für den Kaiser Carl VI., im März 1713: Es ist aber bald darauf der Krieg und vermittelst desselben einiges Misverständnis zwischen dem kaiserlichen und dem römischen Hofe entstanden, darüber das Werk gänzlich ins Stocken gerathen.

mehr mit diesem zusammen gehen, um das Ziel zu erreichen, welches sie beide, Jeder von seinem Standpuncte aus, bis dahin für erreichbar gehalten haben. Wir Spätere, die wir die geistige Bewegung jener Tage nicht mehr lebendig in uns fühlen, die wir vielmehr sie nur nach den authentischen Zeugnissen der Vorwelt in uns reproduciren können, haben von da aus nicht das Recht, über nicht geschehene Dinge richtiger urtheilen zu wollen, als diejenigen, welche selber in den Centren der geistigen Bewegung standen. Wir haben vielmehr uns zu begnügen mit dem übereinstimmenden Urtheile des Papstes und des Kaisers, daß damals das Ziel erreichbar war. Und die Thatsachen haben uns weiter ergeben, daß an dem Nicht-Erreichen des Zieles eine wesentliche Verschuldung zur Last fällt den politischen Misgriffen des Papstes Clemens XI., ausgebeutet durch französische Arglist.

Der Erfolg, den Ludwig XIV. im Jahre 1701 über den Papst Clemens XI. davontrug, war für ihn der gewichtigste des Jahres.

Minder günstig für ihn standen in Italien die Dinge auf dem Gebiete der Waffen.

Drängen wir die Lage dort gegen das Ende des Jahres 1701 kurz zusammen.

Der Prinz Eugen, obwohl schwächer an Zahl, hatte in jeglichem Treffen die Oberhand behalten. Indem er in seinem Gesammt-Berichte über den Feldzug alles gegen einander abwägt, kommt er zu dem Ergebnisse: „Ich glaube nicht, daß in diesem Feldzuge mehr hätte geschehen können, als was die kaiserliche Armee vollbracht hat“ [1]). Allein er hatte nicht vermocht das mailändische Gebiet dem Kaiser zu gewinnen. Die Erhebung in Neapel dagegen war mislungen. Der Papst in der Meinung unparteiisch zu sein, arbeitete für Frankreich. Die Sympathien der Bevölkerung, nicht bloß in Neapel, sondern auch in Mailand, waren mehr kaiserlich als französisch. Der Herzog Victor Amadeus von Savoyen harrte der günstigen Gelegenheit des Uebertrittes zu dem Kaiser und zu der Allianz vom 7. September 1701.

---

[1]) Vom 20. December, aus Borgoforte, in: Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, Supplementheft, S. 90.

Zunächst jedoch fand diese in Italien keinen offenen Anhänger. Alles in allem war die Uebermacht in Italien auf spanisch-französischer Seite.

Eben so wichtig war für die Mächte der Allianz die Frage, wie sich der Norden zu ihnen verhalten würde.

Für eine Zeitlang nach dem Travendaler Frieden vom August 1700 schien es, als werde Dänemark denselben nicht verschmerzen, als harre es nur einer günstigen Gelegenheit abermals mit Schweden zu brechen. Die Seele dieser Gesinnung war der Minister Jessen. Dann wandelten sich die Dinge. An die Stelle Jessens trat Plessen. Fortan überwog in Kopenhagen die für die Bundesgenossen günstige Gesinnung. Von den 8000 Mann Dänen, welche dem Kurfürsten-Könige August II. von Sachsen-Polen wider einen etwaigen Angriff Carls XII. zu Hülfe gezogen waren, traten 6000 in kaiserlichen Sold [1]).

Sie setzten sich noch im Juni 1701 in Marsch nach Italien. Dänemark stellte der Republik der Niederlande 12,000 Mann.

Anders stand es mit dem jungen Könige Carl XII. von Schweden. Nachdem er die nichtdisciplinirten Schaaren des Czaren Peter bei Narwa auseinander getrieben, im November 1700, wandte er seinen Siegeslauf gegen August II. von Sachsen-Polen. Er stellte es sich zur nächsten Aufgabe, die sächsischen Truppen aus Liefland hinaus zu schlagen. Er war sicher, daß die Polen ihrem Könige zu dem von ihm wider ihren Willen unternommenen Kriege keinen Beistand leisten würden [2]). Eine zahlreiche Partei dort hätte sich lieber mit den Schweden gegen den Czaren vereinigt, den man den Erbfeind Polens nannte. Es standen daher dem Könige Carl XII. nur sächsische Truppen entgegen. Wo immer er sie traf, da wurden sie geschlagen. Im Juli 1701 gelangte er an die Grenze Polens. Der Cardinal-Primas Radziejowski richtete von Warschau aus im Namen der Republik Polen an den König Carl XII. ein Schreiben, in welchem er versicherte, daß Polen mit Schweden eine aufrichtige Freundschaft wünsche, daß es sich darum an dem Kriege nicht betheiligt habe, daß aber auch der König August II.

---

[1]) Der Vertrag darüber in den Feldzügen des Prinzen Eugen. Bd. III, S. 441.

[2]) Nordberg: Carl XII. Bd. I, S. 252 u. f.

zum Frieden geneigt sei. Hoffentlich werde der König von Schweden sein Siegesglück zu mäßigen wissen. In jedem Falle ersuche der Cardinal den König von Schweden, das Gebiet der Republik nicht zu betreten.

Die Antwort Carls XII. lautete, daß er komme, um Polen zu befreien. Denn gegen die Uebel einer Regierung wie diejenige des Königs August, gebe es kein anderes Heilmittel als ihn von dem Throne zu stoßen, dessen er sich auf den vielfältigen Bruch der Gesetze und seiner beschworenen Pflichten unwürdig gemacht. Carl XII. fügte hinzu, daß nicht ihm es beigemessen werden dürfe, wenn er, durch die Nothwendigkeit gezwungen, seinen friedebrüchigen Gegner verfolge, wo immer dieser seine Sicherheit und seinen Unterhalt zu finden hoffe [1]).

Der König August II. empfand die volle Wucht dieser Drohung. Er erließ eine Proclamation. Er betheuerte darin, daß er alle sächsischen Truppen habe abziehen lassen, damit der König von Schweden nicht die Republik betreten möge, die an dem Kriege keinen Antheil genommen. Nun aber, wo er wehrlos, habe der König von Schweden jene bisher unerhörte Drohung ausgesprochen, welche die Unterthanen zur Untreue gegen seine geheiligte Person auffordere. Er vertraue, schloß August II., auf die Tugend und die Treue der Polen [2]).

Die Hoffnung darauf mochte nicht groß sein; denn in Wirklichkeit hatte August II. um die Polen geringen Dank verdient. Sehen wir davon ab, daß der leidenschaftliche Zorn Carls XII. über das Maß hinausging: so war auf seiner Seite das bessere Recht. Der König August II. war notorisch der Friedensstörer, sowohl nach außen, dem Könige von Schweden gegenüber, als daheim den Polen. Und darum war, soweit der Kampf mit Schriftstücken geführt wurde, die Ueberlegenheit darin, kaum minder als im Felde, auf schwedischer Seite. Namentlich der federgewandte Lilienroth im Haag legte mit schlagender Klarheit die Schwäche der Behauptungen von Seiten Augusts II. dar. Vor allen Dingen aber kamen in Betracht die Persönlichkeiten der beiden Könige, der scharfe Gegensatz ihrer moralischen Haltung. Das politische wie das Privatleben Augusts II. war wie aus Einem Stücke.

---

[1]) Das Schreiben bei Nordberg Bd. I, S. 271.

[2]) Eben dort S. 278.

Wir haben von Ludwig XIV. her vernommen, daß der Plan von August II. für französisches Geld in die Erblande des Kaisers einzubrechen, im Winter zuvor seine Grenze fand an dem Uebermaße der Forderung. Aber die Verhandlungen wurden nicht abgebrochen. Zugleich ließ August II. reden mit den Mächten der Allianz, abwägend wer mehr zahlen würde, damit er für seine Person in roher wilder Lust mehr zu vergeuden habe. Ihm gegenüber stand der junge Schwedenkönig, erst neunzehnjährig, aber in diesem Alter ein fertiger Charakter, von eisernem Willen, sittenstreng, ehrlich, in seiner Weise religiös, aber ungeschliffen, eigensinnig, und vor allen Dingen unversöhnlich.

August II. wandte sich an den König von England mit der dringenden Bitte, der Unbilligkeit Carls XII. wider ihn, die allem Völkerrechte zuwider laufe, Einhalt thun zu wollen [1]. Daß die Sympathien Wilhelms III. nicht zu Gunsten des Königs August II. waren, liegt vor in dem Reflexe eines ausführlichen Schreibens, welches er an Carl XII. richtete. Er überblickt darin die bisherige Laufbahn des jungen Königs, von der Landung in Seeland an bis zu der Stellung auf polnischem Boden im Herbste 1701, mit einer Anerkennung, die allen Wünschen Carls XII. völlig entsprechen konnte. Er stellt ihm weitere glänzende Erfolge in Aussicht. Dann jedoch wendet Wilhelm III. die Rede [2].

„Dem Besonnenen liegt ob, sagt er, zu Zeiten auch dem glücklichsten Siegeslaufe Einhalt zu thun, zumal wo das Bewußtsein der eigenen Befähigung und der Kraft noch andere Erfolge in Aussicht stellt, nicht minder heilbringend für Ew. Majestät und Ihre Unterthanen, so wie Ihres Namens würdig, und zugleich förderlich für die gemeinsame Angelegenheit der Christenheit. Denn die gegenwärtige Weltlage fordert auf zu erwägen, wie die allgemeine Freiheit von Europa gegenüber der maßlosen und umfassenden französischen Macht gerettet und sicher gestellt werden kann. Wir glauben aber, daß dies erwünschte Ziel nur dann zu erreichen sei, wenn zuvor der Friede zwischen Ew. Majestät und Ihren Gegnern hergestellt sein wird. Und in der Ueberzeugung, daß Ew. Majestät das Gemeinwohl von Europa

[1] Schreiben vom 9. September 1701, bei Nordberg Bd. I, S. 283.
[2] Schreiben vom 4. November, bei Nordberg Bd. I, S. 293.

höher achten als das eigene Interesse, können wir nicht umhin diese unsere Wünsche zu eröffnen. Dies um so mehr, da ja der jetzige Stand der Dinge derartig, daß es in der Hand Ew. Majestät liegt, nicht bloß einen ehrenhaften Frieden zu schließen, sondern auch die Bedingungen den Gegnern vorzuschreiben." Dann bietet der König Wilhelm seine Vermittelung an.

In ähnlicher Weise, nur noch directer, schrieb der Kaiser an Carl XII. Er legte die Gefahr dar, welche von dem Hause Bourbon her für Europa erwachse, wie dasselbe Alles sich anmaße, auch diejenigen Länder, welche wie die Niederlande durch das Haus Habsburg mit der spanischen Krone verbunden waren, ja daß der Herzog von Anjou sich bereits die Titel von Habsburg, Oesterreich, Tyrol beilege. Der Kaiser übersendet daher dem Könige den mit den Seemächten geschlossenen Allianz-Vertrag mit der Bitte, daß auch Carl XII., im Interesse des Gemeinwohles von Europa, dieser Allianz beitrete [1]).

Allein nicht dahin richtete Carl XII. seine Blicke. Alle Gedanken seiner Seele standen unter der Herrschaft des einen, den er festhielt mit aller Zähigkeit seines Charakters: August II. sollte die Krone von Polen nicht behalten.

Abermals sehen wir dann auch nach dieser Seite hin den Papst Clemens XI. nicht mit derjenigen weisen Mäßigung verfahren, die sonst fast immer in politischen Dingen dem römischen Stuhle eigenthümlich ist. Er ermahnte durch ein Breve den Cardinal-Primas Radziejowski, für den König August und gegen die verwegenen Uebergriffe des Königs von Schweden mit lebhaftem Eifer einzutreten, und zwar, wie Clemens XI. ausdrücklich bemerkt, um der Religion willen [2]). Da in dem Breve sich kein Wort der Misbilligung über den Friedensbruch des Königs August II. befand: so schien der Papst sich völlig auf die Seite desselben zu stellen und seine Sache zu derjenigen der Religion zu machen, und zwar gegenüber einem jungen Könige, der, wie jede seiner Aeußerungen über Religion und Kirche darthut, vermöge seines Lutherthumes aus sich nur allzu sehr geneigt war, die Autorität

---

[1]) Das Schreiben bei Nordberg Th. I, S. 294.

[2]) Das Breve bei Nordberg Th. I, S. 295.

des Papstthumes und der Kirche zu hassen. Es ist kaum anders zu denken, als daß das Breve des Papstes Clemens XI. durch den Widerspruch, den es in der Seele Carls XII. wachrief, ihn nur um so mehr spornte, seinen Vorsatz wider den König August auszuführen. Darum muß das Eingreifen des Papstes Clemens XI. in die politischen Angelegenheiten auch nach dieser Seite hin als ein unglückliches bezeichnet werden.

Von diesen beiden Misgriffen her, dem indirecten Eintreten für Ludwig XIV., der den Papst Clemens XI. mit jener falschen Nachricht über eine Unterhandlung mit Wilhelm III. betrog, und dem directen für August II., dessen persönliche Unwürdigkeit aller Welt notorisch vor Augen lag, war es nicht anders möglich, als daß das Ansehen der Kirche und des Papstthums, welches durch die drei Vorgänger, Innocenz XI., Alexander VIII. und Innocenz XII., vermöge ihres siegreichen Widerstandes gegen die Uebergriffe der weltlichen Macht in der Hand Ludwigs XIV., so hoch gestiegen war, bald nach dem Beginne des Papates von Clemens XI. bei den Nicht-Katholiken schwere Einbußen erlitt.

Weder die Mahnungen des Königs Wilhelm III., noch diejenigen des Kaisers Leopold vermochten etwas über den starren Sinn Carls XII. Wie der König Wilhelm III. einst in Bezug auf das Jahr 1694 gesagt, daß damals das Eintreten der nordischen Kronen für die Sache der großen Allianz den König von Frankreich zum Frieden im Sinne derselben gezwungen haben würde: so standen die Dinge ähnlich im Jahre 1701. Dänemark ging, wenigstens indirect, damals mit der zweiten großen Allianz, indem es für Subsidien seine Truppen stellte. Mehr jedoch lag jenen beiden Häuptern der Allianz an Carl XII. Der junge König war nicht französisch gesinnt. Er zürnte dem Könige von Frankreich, daß dieser als Garant des Friedens von Oliva nicht einen Einspruch erhoben wider den Friedensbruch des Königs August in Liefland. Der Marquis d'Usson, den Ludwig XIV. mit den Unterhandlungen im Norden beauftragt, erkannte daher sehr bald, daß für die Zwecke Frankreichs bei einer Persönlichkeit wie Carl XII. nichts auszurichten sei. „Es ist vergeblich, meint er, einen Fürsten umstimmen zu wollen, der, nachdem er durch das Eis eines Flusses gebrochen und eben vor dem Ertrinken davon gekommen, dann sich weigert seine

Kleidung zu wechseln" [1]). — Allein Carl XII. war darum doch nicht der Allianz geneigt. Er verfolgte seinen eigenen Weg. Er zog nicht, wie Wilhelm III. von ihm gehofft, das Gemeinwohl seinem Interesse vor, oder richtiger der Leidenschaft seines persönlichen Zornes. Denn es lag nicht im Interesse der Macht Schweden, das unglückliche Polen noch tiefer zu zerrütten. In der maßlosen Leidenschaft seines Hasses erkannte der jugendliche König nicht, daß er mit allen seinen Erfolgen in Polen indirect zu Gunsten des stärkeren Gegners beider arbeite, des Czaren von Rußland. Diese Erkenntnis lag im Jahre 1701 nicht hinaus über die damalige Tragweite des Blickes; denn wir haben die Mahnung vernommen, die in dieser Beziehung von Polen aus dem Könige von Schweden warnend entgegen hallte. Carl XII. hatte sie nicht hören wollen. Und darum, weil der erste Fehlgriff die Consequenz anderer in sich trug, kam es dahin, daß der junge König, der ausgezogen war, um sein und der Seinen gutes Recht zu vertheidigen, der Jahre lang mit staunenswerther Kraft und außerordentlichem Geschicke diese Aufgabe löste, dennoch zuletzt selber indirect seinem und seines Volkes Feinde die Wege bahnte, nicht bloß zum Nachtheile Schwedens, sondern mehr noch Polens.

Der Appell der beiden Häupter der Allianz an Carl XII. von Schweden mislang. Es war die Frage, was von dem vielköpfigen römischen Reiche deutscher Nation für sie zu erwarten stand.

Sowohl von Ludwig XIV. einerseits wie von dem Kaiser und Wilhelm III. andererseits wurden allgemeine und besondere Mittel zur Einwirkung angewandt. Das allgemeine Mittel Ludwigs XIV. ist die Behauptung, daß die Angelegenheit der spanischen Succession nur das Haus Oesterreich betreffe, das Reich nicht angehe, und daß daher eine Theilnahme an einem Kriege zu Gunsten dieses Hauses Deutschland unter die Knechtschaft desselben bringe. Es sind wesentlich dieselben Reden, welche einst schon Carl VIII. während des Reichstages zu Constanz 1507 führen ließ, welche damals Maximilian I. und der Reichstag mit ihm nachdrücklich verneinten, und welche dann doch die

---

[1]) Pelet t. I, p. 671.

folgenden Jahrhunderte immer wieder aufs neue vorgebracht sind, einerseits von der französischen Politik der Häuser Valois und Bourbon, andererseits von den Söldnern derselben in Deutschland. Ludwig XIV. ließ im Jahre 1701 solche Reden führen am Reichstage zu Regensburg, wie in Flugschriften [1]). Entsprechend erwiederte nach Frankreich hin namentlich Maximilian Emanuel von Bayern in ähnlichen Worten über die despotische Macht des Kaisers Leopold [2]).

Daß der Kaiser die Fürsten des Reiches aufforderte ihm beizutreten, um die Lehen des Reiches in Italien und den Niederlanden wieder zu gewinnen, so wie, daß er überhaupt den allgemeinen Gesichtspunct geltend machte, daß er hinwies auf die Gefahr, welche das Ueberwachsen der Macht des Hauses Bourbon für Alle mit sich bringe, versteht sich von selbst. Wichtiger ist es daher diesen allgemeinen Gesichtspunct kennen zu lernen nach der Auffassung des anderen, beim Reiche nicht direct betheiligten Hauptes, des Königs von England.

Wilhelm III. ließ im October 1701, sofort nach der Auswechselung der Ratificationen des Allianz-Vertrages, ein Rundschreiben an alle Reichsstände ergehen. Dasselbe lautet in seinen wichtigsten Stellen wie folgt.

„Wie wir immer mit besonderem Eifer dem heiligen römischen Reiche uns geneigt bewiesen, so haben wir im Verlaufe der letzten Jahre dargethan, daß wir das Interesse desselben betrachten nicht bloß als nicht verschieden von dem unserigen, sondern als mit demselben gemeinsam. Und darum dürfen wir auch bei der gegenwärtigen, Alle bedrohenden Gefahr den Reichsständen unsere Ansicht nicht verhehlen. Wie diese Gefahr für Europa gemeinsam, so ist ihr doch ganz besonders zunächst das römische Reich ausgesetzt, und darum zweifeln wir nicht, daß die Mitglieder desselben mit allem Ernste und Eifer erwägen werden, mit welchen Mitteln sie dem anwachsenden Unheile rechtzeitig entgegen treten wollen. Es bedarf nicht einer weiteren Ausführung, in welcher Weise der allerchristlichste König nach dem Tode Sr. katholischen Majestät von der gesammten spanischen Monarchie Besitz ergriffen, wie er dadurch

---

[1]) Beispiele der letzteren bei Lamberty t. I, p. 422 et suiv.

[2]) Man vgl. den Aufsatz von C. Höfler im Archiv für österreichische Geschichte XLIV. Band, 2. Hälfte, S. 263 u. f.

die Rechte Sr. Kaiserlichen Majestät und des Erzhauses auf jene Succession hintangesetzt und durchbrochen hat, wie er ferner wider die Verträge, welche Belgien als Barriere für die Republik der Niederlande bestimmen, mit bewaffneter Macht jenes Land überzogen, wie er endlich sich des Herzogthumes Mailand und anderer Lehen des Reiches mit Gewalt bemächtigt hat. Wie viel gerade daran dem Reiche gelegen, kann ja am wenigsten den Reichsständen verborgen sein. Nachdem der allerchristlichste König von der spanischen Monarchie Besitz genommen, ließ er versichern, daß er den öffentlichen Frieden Europas bewahren wolle, und daß dieser Zweck durch eine gütliche Beredung erreicht werden könne. Die Hoffnung, die von dieser Versicherung her in uns erwuchs, ward gesteigert durch die Sendung des Grafen d'Avaux nach dem Haag, der, wie es hieß, über den Friedensstand von Europa verhandeln sollte. Allein die Dinge sind weit anders gekommen, und die Hoffnung ist durch die plötzliche Abberufung jenes Gesandten völlig zu nichte geworden."

„Inzwischen sehen wir, daß täglich die beiden Königreiche Frankreich und Spanien sich enger einigen, und daß sie nur noch durch einen und denselben Willen und Rath gelenkt werden. Wenn daher es dort gelänge, das Recht Sr. Kaiserlichen Majestät auf die Erbfolge in der spanischen Monarchie völlig zu beseitigen, so steht nicht mehr zu bezweifeln, daß die französische Macht, um diejenige Spaniens vermehrt, so emporwachse, daß sie in kurzer Frist das gesammte übrige Europa unter sich beugen, und allen benachbarten Fürsten und Ständen den sicheren Untergang bringen werde. Denn so entspricht es derjenigen Politik, mit welcher Frankreich jederzeit seine Herrschaft auszubreiten gestrebt hat."

„Durch diese Gründe bewogen, haben wir und die Generalstaaten sowohl wegen des Gemeinwohles von Europa und besonders desjenigen des römischen Reiches, als auch im Interesse der eigenen Sicherheit, es für dringend nöthig erachtet, endlich völlig zu dem Kaiser zu treten und uns zu einem Bunde mit ihm zu einigen. Wir halten ferner für zweckmäßig, nun, nachdem die Ratificationen ausgewechselt, dieses Bündnis dem heiligen römischen Reiche mitzutheilen, da ja dessen Stände zunächst und zumeist betheiligt sind. Wir geben uns dabei der Hoffnung hin, daß die Reichsstände, denen das Gemeinwohl von Europa am Herzen liegt, nicht bloß den wankenden Zustand des Reiches, sondern

auch die von Frankreich her für das gesammte Europa herandrohende Gefahr ins Auge fassen, und darum in demselben Geiste und Sinne, in welchem wir das Bündnis eingegangen, auch ihrerseits ihm beitreten werden. Der dreizehnte Artikel enthält den Hinweis, daß auf diese Gemeinschaft Aller von Anfang an gerechnet worden ist. Die Reichsstände werden daher sich vereinigen mit Sr. Kaiserlichen Majestät als dem Haupte des römischen Reiches, mit den Generalstaaten, als welche für die allgemeine Wohlfahrt ihren Eifer jederzeit dargethan, und mit uns, als die wir immer nach Maßgabe unserer Kraft gearbeitet, wie wir es vermöchten, gegenüber der um sich greifenden, jedes Ziel und jedes Maß überschreitenden Macht von Frankreich das Gemeinwohl und die Freiheit von Europa zu vertheidigen und herzustellen" [1]).

Es ist hier, wo Wilhelm III. so nachdrücklich mahnende Worte an die damaligen Reichsfürsten richtet, von besonderer Wichtigkeit, seine entsprechenden Kundgebungen an den Kaiser zu vernehmen. Er entbot, am 18. October, den Grafen Wratislaw zu sich nach Breda. Er wiederholte dort nochmals seine Rede, daß er die Errichtung der Allianz betrachte als das größte Werk seines Lebens. Allein schwerer noch sei die Ausführung. Sie erfordere das höchste Aufgebot der Thätigkeit, der Sorgfalt, der Verschwiegenheit. Der König sprach dem Gesandten persönlich sein volles Vertrauen aus, und eröffnete ihm weiter, daß er darum ihn, den Rathspensionär Heinsius und den Grafen Albemarle als den engeren Ausschuß niedersetze, der vor seinem Aufbruche nach England die Einzelnheiten der Ausführung zu bereden, und den Betrag der Streitkräfte zu vereinbaren habe. Ein Entwurf lag bereits fertig vor [2]).

In diesen Beredungen über die Aufstellung der Streitkräfte ließ der König durch Albemarle und Heinsius geltend machen: der Kaiser müsse am Oberrheine mindestens 20,000 Mann Infanterie und 10,000 Mann Cavallerie eigener Truppen haben. Denn, wenn nicht, so würde der Markgraf Ludwig von Baden als kaiserlicher Feldherr

[1]) Die letzten Worte als die für das ganze politische Leben Wilhelms III. bezeichnenden, lauten im Originale: Et nobis denique, qui in eo semper pro viribus nostris elaboravimus, quo communem Europae causam et libertatem a vasta illa Gallorum veram orbitam omnemque modum excedenti potentia defendere atque vindicare possimus.

[2]) Wratislaws Bericht vom 18. October.

nicht Meister des verbündeten Heeres dort sein, demnach auch nicht der Kaiser die freie Disposition im Reiche haben.

In den wohlmeinenden Rath des Königs Wilhelm birgt sich ein erhebliches Stück der deutschen Geschichte, in so weit nämlich, daß der Kaiser diesen wohlmeinenden Rath nicht befolgte, oder auch nicht befolgen konnte, weil er die Mittel nicht besaß. Denn es stand das große Uebel entgegen, daß nach wie vor die Fähigkeit der weit gestreckten eigenen Monarchie zur Action gelähmt ward durch die Untreue und die Unehrlichkeit vieler ihrer Diener. Andererseits handelte es sich darum, was dann von dem Reiche zu erwarten stand. Und dies führt uns zurück zu der Frage wie damals, nach dem Abschlusse der großen Allianz, die Mahnungen des Kaisers Leopold und des Königs Wilhelm zum Beitritte bei den Reichsständen aufgenommen wurden.

Wir haben bereits gesehen, wie einige der Mächtigeren sofort beim Eintreten der europäischen Krisis beflissen waren, die Gunst der Umstände für das eigene Interesse auszubeuten. Wir haben daher zunächst im Allgemeinen den großen Unterschied hervorzuheben, der zwischen dem römisch-deutschen Reiche und den anderen Königreichen und Ländern der damaligen Christenheit stattfand.

In Deutschland erblicken wir nicht eine Uebereinstimmung, eine Geschlossenheit des Wollens, wie sie in England sich ausprägte durch das Parlament, wie sie in Frankreich befohlen wurde durch den König. Deutschland hatte den Reichstag in Regensburg; aber die Beisitzer desselben waren die Diener ihrer Fürsten, an die Instructionen derselben gebunden, ohne Freiheit eigener Bewegungen und Beschlüsse, darum mit dem Parlamente von England nicht zu vergleichen. Deutschland hatte kein Organ, einen gemeinsamen Willen oder doch den der Mehrheit kundzugeben. Es hatte dagegen in seinen vielen Reichsfürsten Ueberfluß an schwächlichen Copien Ludwigs XIV. Denn dieser König, nicht der Kaiser Leopold, oder der König Wilhelm III. war das Vorbild, dem man nachstrebte. Der Grundzug war, wenn nicht Allen, so doch der großen Mehrheit gemeinsam. Aber die Copie ist nicht bloß an sich matter als das Original: sie wurde es um so mehr, je kleiner und kleinlicher die Verhältnisse sich gestalteten. So wenig die Zwecke wie die Mittel Ludwigs XIV. vereinbar sind mit den zehn Geboten Gottes, so zerstörend, zerrüttend daher sein Königthum für

seine Gegenwart und darüber hinaus für die Zukunft auf das gesunde Leben der französischen Nation einwirken mußte: so hatte doch sein politisches Trachten durch die Größe der Objecte, die es sich zum Ziele setzte, durch die Kraft des Willens, welche von dem Haupte herab sich durch die Glieder ergoß und sie in Thätigkeit setzte, durch das einheitliche Zusammenwirken aller einzelnen Theile der ungeheueren Menschen-Maschinerie, eine gewisse Großartigkeit, einen Glanz, der namentlich die Augen der eigenen Angehörigen blendete, die Unwürdigkeit der letzten Motive ihnen verhüllte. Wesentlich trug dazu bei die Persönlichkeit Ludwigs XIV. selbst. Ein Engländer jener Zeit sagt darüber aus eigener Anschauung: „Wenn er nicht der größte König war, so war er wenigstens der beste Acteur der Majestät, der je auf einem Throne saß" [1]).

Anders war es bei den Nachahmern Ludwigs XIV. im römischen Reiche deutscher Nation. Jener äußere Glanz, jene blendende Großartigkeit ward dort nicht gefunden. Heben wir ein Beispiel dieser Art hervor. Ein wichtiges Organ des Ruhmes für Ludwig XIV. war die reich dotirte Akademie der Wissenschaften. Auch der neue König von Preußen ließ sich bereden, daß ein unentbehrliches Ornament seiner Krone bestehe in einer solchen Akademie. Er gab seine Autorisation zur Stiftung einer solchen, aber gegen das Versprechen, daß die neue Stiftung ihm keine Kosten machen dürfe. Der materiellen Armuth entsprach die geistige. Sie ward nur zu Anfang aufgewogen durch die Persönlichkeit des Stifters Leibniz; denn die Zwerge wußten den Riesen so zu mishandeln, daß er, des Undankes müde, seine Stiftung verließ [2]).

Aehnlich fiel die deutsche Nachahmung Ludwigs XIV. auf anderen Gebieten aus. Möglich, daß die Frau von Maintenon an moralischer Qualität nicht höher stand als etwa die Gräfin Kolb von Wartenberg in Berlin, oder eine der zahlreichen Damen des Kurfürsten-Königs August II. in Dresden und Warschau, oder des Kurfürsten Max Emanuel in Brüssel und München; aber es hatte alles ein anderes Gepräge.

---

[1]) Bolingbroke: letters on the study and use of history, t. I, p. 262: If he was not the greatest king: he was the best actor of majesty at least that ever filled a throne.

[2]) Man sehe die Actenstücke in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz, Bd. X, S. 459 u. f.

Nicht solche Dinge indessen waren die Hauptsache. Es gibt noch einen anderen Unterschied, der am schwersten ins Gewicht fällt. Die deutschen Reichsfürsten, indem sie Ludwig XIV. nachzuahmen vermeinten, vergaßen, daß ein Planet nicht zum Fixsterne werden kann. Denn das hauptsächliche Mittel der Politik Ludwigs XIV. nach außen hin war, für sein Geld zu kaufen; dasjenige seiner deutschen Nachahmer war, für sein oder anderes fremdes Geld sich kaufen zu lassen. Und nach diesem Verhältnisse wirkten sie zurück auf ihre Unterthanen.

Es ist in späterer Zeit üblich geworden, das alte Reich als kraftlos hinzustellen. Die Thatsache ist unzweifelhaft; aber der Tadel wird dann häufig nicht auf das rechte Ziel gewendet. Nicht dem Reiche an sich oder der Idee desselben gebührt der Vorwurf; denn die Idee des alten römischen Reiches deutscher Nation, das Recht und die Gerechtigkeit auf Erden zu vertreten, und namentlich die Kirche zu beschützen, war herrlich und schön. Auch gegen den ersten und hauptsächlichen Träger der Idee, gegen den römischen Kaiser Leopold I., darf ein Vorwurf sich nicht richten; denn seine Seele, sein Denken und Thun, war erfüllt und durchdrungen von diesem Berufe des römischen Kaiserthumes. Die Anklage trifft zunächst diejenigen, die nach und unter dem Kaiser berufen waren die Säulen des Reiches zu sein, und die, anstatt es zu tragen, es stürzen ließen, um die Trümmer für sich aufzulesen. Im weiteren Sinne aber kommt der Vorwurf auf alle Angehörige des Reiches. Denn an dem Zerfalle des Ganzen hat ein jedes einzelne Glied seinen Mitantheil der Schuld. Blickt der Engländer mit gehobenem Gefühle auf seine damaligen Vorfahren: so kann und darf dies nicht der Deutsche. Aber der Eine wie der Andere darf oder sollte nicht vergessen, daß er politisch das was er ist, nur ist durch seine Vorfahren, daß die Völker ganz eben so wie die Individuen hangen an der Continuität ihrer gesammten Vergangenheit, und daß darum man nur in Worten sich von den Vorfahren lossagen kann, nicht in der Wirklichkeit. Wir sind was wir sind, in Folge des Thuns und Leidens, des Handelns und Unterlassens unserer Väter, nicht etwa nur Einer der vergangenen Generationen, sondern aller.

Andererseits aber auch dürfte man nicht sagen, daß das Unwürdige des Verhaltens vieler deutschen Reichsfürsten zum Auslande darum, weil es so oft sich fand, weniger tief empfunden wäre, vielleicht

gar, weil es dem Geiste der Zeit entsprochen habe. Wir haben im Laufe dieses Werkes von englischer oder von holländischer Seite bereits gar manche herbe Aeußerung über die Käuflichkeit deutscher Fürsten vernommen. Am nachdrücklichsten jedoch erklingt das Urtheil von einem deutschen Reichsfürsten selbst, demjenigen von Mainz. „Es ist ein Scandal, sagte er zu dem Grafen Schlick, daß der Kaiser als das Oberhaupt des Reiches, wo er das Recht haben sollte, von den Fürsten desselben pflichtmäßige Hülfe zu fordern, einen Krieg nach außen nicht anders führen kann, als vermittelst der Allianzen, durch die er ihre Hülfe erkauft. Die Last dieser Subsidien hat in dem vorigen Kriege die Seemächte nicht weniger als den Kaiser entkräftet, und darum erheblich beigetragen, daß man sich auf den nachtheiligen Frieden einlassen mußte. Aber es ist dahin gekommen, daß bei jeder Anforderung für das Gemeinwohl von den größeren Machthabern im Reiche zuerst die Frage entgegenschallt: Quid vultis mihi dare?" — In lebhafter Rede warnte dann der Kurfürst namentlich vor der Ländergier des Hauses Brandenburg, welches vermittelst des Ankaufes kleiner Rittergüter sich bereits bis in den fränkischen Kreis einzunisten trachte [1]).

Die Wahrheit jener Worte des Kurfürsten von Mainz über die Reichsfürsten im Allgemeinen hat sich uns bereits oft ergeben, und wird sich bestätigen in dem ferneren Verlaufe der Dinge.

Wir haben die allgemeinen Gründe des Königs Wilhelm III. für den Beitritt des Reiches zu der großen Allianz vernommen. Es ist jedoch nochmals hervorzuheben, daß er jenes Schreiben nicht an den Reichstag in Regensburg entsendet, sondern an die einzelnen Fürsten und Stände des Reiches. Die Frage, ob überhaupt die Sache an den Reichstag zu bringen, ward wegen des zahlreichen französischen Anhanges im Reiche, im Herbst 1701, nicht für zweckmäßig angesehen. Besser sei es zunächst sich an die Reichskreise zu wenden. Und hier lagen allerdings die Aussichten ungleich günstiger [2]).

Der rheinische Kurkreis umfaßte die drei geistlichen Kurfürsten von Mainz, Trier und Köln, und denjenigen von der Pfalz. War

---

[1]) Bericht des Grafen Schlick, März 1701.

[2]) Ich benutze hier ein ausführliches Gutachten, welches dem Berichte des Grafen Wratislaw vom 4. November beiliegt.

auch Joseph Clemens von Köln französisch, so durfte man auf die drei anderen als kaiserlich gesinnt sich verlassen.

Im oberrheinischen Kreise übte wiederum den gewichtigsten Einfluß der Kurfürst von der Pfalz, der Schwager des Kaisers, und fand auch dort seine Stützen an dem Kurfürsten von Mainz, der zugleich Fürstbischof von Speier, und an demjenigen von Trier, wegen der Grafschaft Königstein.

Im Kreise Franken trat abermals voran der Kurfürst von Mainz. Aber auch unter den anderen Mitgliedern waren der Fürstbischof von Würzburg, die Markgrafen von Ansbach und Baireuth, so wie die Reichsstadt Nürnberg schon mit dem Kaiser durch besondere Verträge geeinigt, oder doch seinem Interesse zugethan.

Im Kreise Schwaben waren die Directoren, der Herzog von Württemberg und der Fürstbischof von Constanz, kaiserlich gesinnt, eben so der Fürstbischof von Augsburg. Das Hauptgewicht in diesem Kreise war jedoch bei dem Markgrafen Ludwig von Baden, dem Range nach damals ersten Feldherrn des Kaisers, von diesem bereits am 28. Mai 1701 mit einer weitgehenden Vollmacht betraut. Im August fand zu Heilbronn eine Conferenz der süddeutschen Kreise statt. Dort war es das Bestreben von Max Emanuel, den Beschluß einer beständigen Neutralität zu erwirken. Das an sich unscheinbare Wort barg in sich nicht bloß die Anerkennung des thatsächlichen Zustandes der Dinge, demnach zu Gunsten des Königs von Frankreich, sondern schloß als weitere Consequenz in sich die feindselige Stellung wider den Kaiser, wenn er dem Könige von Frankreich gegenüber seine Rechte geltend machen wollte. Der schwäbische Kreis hielt dieser Zumuthung gegenüber am entschiedensten fest [1]). Der Markgraf von Baden verhehlte dem Kaiser dabei nicht, daß er bei Vielen geringe Neigung zum Kriege und eine Vorbereitung dazu nirgends wahrnehme. Allein die kaiserlichen Gesandten im Haag und in London hatten eben darum von Anfang an auf die Beschleunigung der Allianz gedrungen, weil, so lange nicht dieser feste Stützpunct vorhanden, an den die Schwächeren sich anlehnen konnten, sie unter dem Drucke der Furcht vor Frankreich sich weigern würden sich zu erklären.

[1]) Die Berichte des Markgrafen bei Röder: Markgraf Ludwig von Baden. Bd. I, S. 31 u. f.

Die Stimmung der Gemüther in diesen Reichskreisen war zu Gunsten des Kaisers; doch verzog sich der formelle Ausdruck derselben noch bis in das Jahr 1702.

In den anderen Reichskreisen gaben die mächtigen Fürsten den Ausschlag.

Der österreichische Kreis als ganz kaiserlich kam darum gar nicht in Frage.

In dem bayerischen Kreise dagegen überwog der Kurfürst Max Emanuel. Er hatte im Sommer 1701 in und um München ein Heer von 24,000 Mann. Er suchte sie noch zu vermehren, um bereit zu sein für alle Fälle. Wir kennen die hochfliegenden Gedanken, die ihn erfüllten. Aber die Zeit zur Ausführung war noch nicht gekommen. Die Besorgnis, ohne directe Verbindung mit Frankreich, bei einer Schilderhebung wider den Kaiser, dem Einmarsche der Truppen desselben preis gegeben zu sein, hielt ihn im Jahre 1701 noch zurück[1]). Ja wir werden ihn dies Doppelspiel, zugleich mit Frankreich über eine Schilderhebung wider den Kaiser, und mit den Mächten der Allianz über seinen Beitritt zu derselben zu verhandeln, noch lange forttreiben sehen.

Die Mahnung Wilhelms III. der Allianz beizutreten, fand eben so geringes Gehör bei dem Herzoge von Sachsen-Gotha, der, nach den Berichten des Marquis d'Usson, in Versailles auf 12,000 Mann angeschlagen wurde. Auf dieselbe Zahl, vermöge der französischen Subsidien, schätzte man die Herzoge von Wolfenbüttel[2]). Der eigentliche Stachel bei diesen Brüdern, oder vielmehr bei dem führenden jüngeren Bruder Anton Ulrich, war indessen nicht die Habgier, sondern die Rivalität gegen die Lüneburger Linie des welfischen Hauses in Hannover und Celle. Anton Ulrich konnte den Kurhut des Vetters in Hannover nicht verschmerzen.

Dagegen war unter den mächtigeren Häuptern in Norddeutschland nur dieser Kurfürst Georg Ludwig, auf den der Kaiser und die anderen Mächte der großen Allianz nach wie vor mit Sicherheit bauen durften. Nach dem Urtheile des Marquis d'Usson war unter allen Orten des Reiches Hannover der feindseligste wider Frankreich[3]).

---

[1]) Pelet t. I, p. 432.

[2]) Bericht des Marquis d'Usson bei Pelet t. I, p. 672.

[3]) Eben dort p. 675: Hanovre est la plus méchante de toutes les places de l'Empire.

Ein Verlaß dieser Art für die große Allianz war nicht auf den neuen König Friedrich, Kurfürsten von Brandenburg.

Wir kennen bereits die Aeußerungen Wilhelms III. im Sommer 1701 über die Wünsche und Bemühungen seines Vetters Friedrich, auch von dem Hause Bourbon her die Anerkennung seiner Krone zu erhalten. Zugleich jedoch sann der neue König auf eine andere Art von Gewinn durch die 8000 Mann, die er kraft des Vertrages vom November 1700 zu stellen hatte. Der Kaiser hatte diese Truppen, die er für die Armee am Oberrheine bestimmte, auf die dringende Bitte der Republik im März 1701 einstweilen ihr überlassen. Friedrich I. behielt sie in Kleve, indem er behauptete, daß er seine eigenen Festungen dort zu bedecken habe, und für den Fall einer Verwendung im Dienste der Republik Subsidien dafür forderte. Die Generalstaaten wandten sich darüber an den Kaiser, mit der Bitte, ihnen die Truppen auch noch ferner zu belassen. Die Angelegenheit ward im Ministerrathe in Wien viel erörtert [1]. Der Kaiser willigte ein für den Sommer, mit der ausdrücklichen Bedingung, daß diese Truppen, sobald sie der Republik entbehrlich, ihm zurückgegeben würden. Dann jedoch fügte er hinzu: „Wenn wider Verhoffen der König von Preußen noch fernere Schwierigkeiten erheben würde, den Generalstaaten diese Mannschaft ohne neue Subsidien zu überlassen: so möge man im Haag selber urtheilen, ob man nicht besser thun würde, mit dem Könige über andere Truppen zu unterhandeln und uns jene zurückzugeben, damit sowohl wir von unserem Vertrage mit dem Könige, als die Generalstaaten für ihr Geld, ein Jeder seinen Nutzen habe, nicht aber wieder der Fall eintrete, wie im vorigen Kriege, daß des Königs in Preußen Liebden wegen einer und derselben Mannschaft doppelten Vortheil ziehe“ [2].

Goes und Wratislaw brachten die Mahnung des Kaisers an den Rathspensionär, jedoch nicht bloß in Bezug auf den Kurfürsten-König Friedrich. Sie faßten die Sache allgemeiner. Sie beantragten, daß nicht bloß mit dem einen Fürsten, sondern überhaupt mit allen Reichsständen die Subsidien-Verträge so geschlossen werden möchten, daß das

---

[1]) Protokolle vom 13., 19., 24. Juni.

[2]) Kaiserliches Rescript vom 24. Juni, an die Grafen Goes und Wratislaw.

schuldige Reichs-Contingent nicht mit unter diejenigen Truppen eingestellt würde, welche die Seemächte in Sold übernähmen.

Desungeachtet eröffnete dann Heinsius bei den Verhandlungen über die Allianz, im Anfange September, den kaiserlichen Gesandten: der König von Preußen habe an die Republik das Ersuchen gestellt, daß sie beim Abschlusse eines Vertrages mit dem Kaiser die Beibehaltung der 8000 Mann festsetzen wolle. Goes und Wratislaw schlugen ab. Marlborough und Heinsius erkannten die Gründe an. Die Gesandten fügen ihrem Berichte hinzu: „Und weil der preußische Hof dem Rathspensionär vor geraumer Zeit einen falschen Extract des Vertrages mit E. K. M. zugestellt hatte: so versprachen wir ihm den wahren Inhalt, womit er sich befriedigte" [1]).

Die Gesandten fügen diesem Berichte eine weitere Bemerkung nicht hinzu. Es bedurfte dessen nicht; denn das Rescript vom 24. Juni hatte ihnen dargelegt, daß auch so der Kaiser und seine Räthe von dem Charakter des neuen Königs eine eben so ausreichende Kenntnis besaßen, wie seinerseits Wilhelm III.

Um der Sache ein Ende zu machen, ließ der Kaiser durch den Grafen Limburg-Styrum dem Könige von England melden, am 20. October, daß er die 8000 Mann Preußen abberufe, damit sie die Armee unter Ludwig von Baden am Oberrheine verstärkten. Wilhelm III. und Heinsius waren damit einverstanden. Der letztere eröffnete die Sache dem preußischen Gesandten Spanheim, in Gegenwart des Grafen Wratislaw. Allein es hatte sich in Berlin bereits ein neues Mittel gefunden. Spanheim erwiederte, daß der König diese Truppen nur dann zu stellen schuldig, wenn er nicht im eigenen Lande angegriffen würde. Dies könne aber augenblicklich geschehen, weil er beabsichtige der großen Allianz beizutreten [2]).

Die Antwort erregte in Wien Unwillen. „Diese 8000 Mann, heißt es im Conferenz-Protokolle der Minister, sind fast der einzige Vortheil, den neben vielen Ungelegenheiten Ew. K. Majestät von dem neuen preußischen Königthume haben. Die Einrede, daß der König die 8000 Mann zum Schutze seiner klevischen Lande nöthig habe,

---

[1]) Bericht vom 5. September.

[2]) Desgleichen vom 25. October.

besteht deshalb nicht, weil der König von Preußen noch andere genügende Truppen hat. Wenn er dagegen gerade diese 8000 Mann zum Schutze für Kleve verwenden will: so stellt sich die Sache in der Wirklichkeit so, daß Ew. K. Majestät ihn nicht bloß zum Könige gemacht haben, ohne jedweden Vortheil für sich, sondern ihm auch noch jährlich 100,000 Reichsthaler darauf zahlen, damit er seine klevischen Lande bewahre" [1]).

Demgemäß gebot der Kaiser seinen Gesandten Goes und Wratislaw, bei der Republik und dem Könige von England geltend zu machen, daß er diese Truppen, welche vertragsmäßig und für seine Subsidien ihm gebührten, von Anfang an für die Vertheidigung des Oberrheines bestimmt, und nur auf den dringenden Hülferuf der Republik nach dem Niederrhein habe marschiren lassen. Eben darum auch liege es der Republik ob, den König von Preußen an die Leistung seiner Pflicht zu mahnen. Wolle die Republik die 8000 Mann für ihren Dienst behalten, so sei sie verpflichtet, dem Kaiser die gleiche Zahl zu stellen. Er ließ eben so in Berlin mahnen.

Dort indessen war man sich auch noch über die principielle Frage nicht klar, nach welcher Seite man endlich sich neigen wolle. Die Verhandlungen des neuen Königs mit Frankreich dauerten fort. Ja nach dem Wortlaute eines Berichtes des Marquis d'Usson über die Angelegenheiten in Deutschland, vom 18. November 1701, sprach damals die Wahrscheinlichkeit für den Abschluß eines französisch-preußischen Vertrages [2]).

Am 21. November jedoch erhielten Spanheim und Schmettau im Haag den Auftrag, sich für den Beitritt zu der großen Allianz zu erklären. Sie zeigten zugleich ein Schreiben ihres Königs vor, in welchem die Allianz hoch gerühmt ward. Dann kam die Kehrseite der Sache. Zunächst gegenüber den Kaiserlichen. Da nun der König Friedrich als selbständige Macht mit in den Krieg verwickelt werden könne, sagte Spanheim zu Goes, und zwar zu Gunsten des Kaisers: so sei er die 8000 Mann zu stellen nicht mehr schuldig. Dann machte

---

[1]) Conferenz-Protokoll vom 12. November.

[2]) Pelet t. I, p. 673. Die betreffenden Worte lauten: Quand même l'E. de Brandebourg ne ferait pas un traité avec S. M.

Spanheim die Andeutung: wenn der Kaiser etwa auf die Hälfte in Berlin antrüge, so würde er sie erhalten [1]).

Die dem Kaiser gestellte Zumuthung blieb indessen noch zurück hinter derjenigen, welche der neue König vor den Seemächten erheben ließ. Friedrich I. verlangte von ihnen zuerst die Bürgschaft für seine Geldforderungen an Spanien; dann die Erlangung eines Theiles der Provinz Geldern, welcher demnach von den spanischen Niederlanden genommen werden mußte; ferner Colonien in Amerika; endlich die Neutralität für das Land Preußen [2]).

Wilhelm III. gab seinen Verdruß über seinen Vetter an der Spree kund mit den Worten an Heinsius: „Es ist unglaublich, wie dieser Hof von Berlin alles haben und nichts dafür wieder geben will. Und dennoch muß man auch durchaus wider die eigene Neigung in manche Dinge willigen, in Anbetracht der Mühen, die Frankreich sich um diesen Hof gibt" [3]).

In der That hatte Heinsius einige Tage später wieder zu berichten: „Frankreich erneuert seine Werbungen in Berlin, und die unvermeidliche Folge ist, daß dieser neue König immer schwerer zu behandeln wird. Sein Gesandter verlangt heute, daß wir zuerst 5000 Mann in Sold nehmen, und daß der Beitritt zur Allianz noch hinausgeschoben werde. Ich habe dies abgelehnt mit der Erwiederung, daß Beides zugleich geschehen müsse" [4]).

Der preußische Plan liegt hier klarer vor Augen: der eine Theil derselben Mannschaft, welche der neue König dem Kaiser zu stellen schuldig war, sollte nun an die Seemächte verhandelt werden.

Auch in Wien war man nicht geneigt, sich auf die Zumuthung einzulassen. Eben so wenig aber konnte man den König von Preußen zwingen sein Versprechen zu halten, nachdem die Gegenleistung, die Anerkennung seiner Krone, bereits erfolgt war. Die Sache ward verwickelter dadurch, daß die Staatsmänner der Republik, was immer sie über die moralische Qualität des neuen Königs urtheilen mochten, dennoch gern die 8000 Mann in der Nähe behielten und darum sogar

---

1) Bericht des Grafen Goes vom 22. November.
2) Grovestins t. VIII, p. 181.
3) Eben dort. Vom 29. November.
4) Eben dort.

einen wichtigen Schritt zu dem Zwecke thaten. Auf die Klage des Königs Friedrich, daß die Fourage in Kleve für die 8000 Mann nicht reichte, beschloß die Republik ihnen das Brot zu liefern. Wratislaw hielt dem Könige Wilhelm III. vor, daß nach der Erlangung eines solchen Vortheiles der König Friedrich um so weniger geneigt sein werde, seine Vertragspflicht zu erfüllen, die ihm selber jene Kosten auflade. Wilhelm III. erwiederte, daß die Leistung das Recht des Kaisers nicht schädige, noch ihn hindere in Berlin nachdrückliche Vorstellungen zu machen [1]). Es war freilich das Einzige, was dem Kaiser übrig blieb.

Jedenfalls aber gelang so viel, daß es dem preußischen Könige unmöglich wurde, die Mannschaft, welche er vertragsmäßig dem Kaiser zu stellen hatte, noch einmal wieder an die Seemächte zu verhandeln. Er ließ durch Spanheim und Schmettau den Bevollmächtigten der Seemächte, Marlborough und Heinsius, 5000 Mann anbieten, zur Hälfte für den Sold des Königs von England, zur Hälfte für denjenigen der Republik. Der Vorschlag fand Eingang. Wie demnach die Mächte den Sold für die Truppen bezahlten: so leisteten die Truppen ihnen den Eid [2]).

Die Form dieses Vertrages und demgemäß der späteren, denen er zum Muster diente, war erheblich verschieden von derjenigen der Verträge des ersten großen Krieges von 1689 an. Damals hatte man die Truppenstellung von der einen Seite, die Geldzahlung von der anderen, in die Form einer Allianz eingekleidet. Der Vertrag vom 30. December 1701 ist lediglich geschäftlicher Art. Er beginnt mit den Worten: „Nachdem Se. Majestät der König von Preußen sich erboten hat, Sr. Majestät dem Könige von England und den Hochmögenden Generalstaaten der Republik der Niederlande ein Corps von 5000 Mann guter und geschulter Soldaten zu stellen, und dieses Erbieten beifällig aufgenommen worden, hat man beiderseitig die folgenden Bedingungen vereinbart" u. s. w.

Auch wird man, in der Erwägung des ganzen Verlaufes, dem Beitritte des neuen Königs zu der großen Allianz einen höheren Charakter als denjenigen eines Geschäftes im Großen nicht beimessen können.

---

[1]) Bericht vom 16. December.

[2]) Der Vertrag bei Lamberty t. I, p. 710. Vom 30. December 1701.

Der einzelne Soldat, der als Unterthan des Königs Friedrich auszog in diesen Krieg, mochte in sich ein edleres Motiv tragen: der Kriegsherr, der ihn entsandte, zählte und rechnete. Er zog demgemäß seine Bilanz zu Ungunsten des Königs von Frankreich. Aber es liegt im Wesen eines solchen Charakters, daß er die Rechnung nicht einmal für immer abschließt, sondern sie wieder aufnimmt nach Zeit und Gelegenheit. Wir werden ihn ein anderes Mal in gleicher Weise beschäftigt finden.

In ähnlicher Weise zählte und rechnete August II. von Sachsen-Polen. Obwohl in Polen von Carl XII. bedrängt, war dennoch August II. wegen der Mannschaft, die er aus Sachsen stellen konnte, für die Mächte im Westen ein wichtiger Factor. Die Forderungen, die er bei dem Könige Ludwig XIV. für einen Einbruch in die Erblande des Kaisers erhoben, waren im Beginne 1701 als zu hoch erschienen. Aber die Unterhandlungen wurden darum nicht abgebrochen. Sie betrafen auch ferner die Stellung von 15,000 Mann zum Zwecke eines Einbruches in Schlesien oder Böhmen, so daß dann auch der bayerische Kurfürst sich in dieser Richtung bethätigen konnte [1]). Zugleich jedoch knüpfte August II. mit dem Kaiser an über die Stellung eines Corps wider Frankreich, und eben so mit den Seemächten. „Wir wissen, sagte Heinsius zu dem kaiserlichen Gesandten Goes, daß der Herr dem Meistbietenden feil ist." — „Eben darum, erwiederte der Graf Goes, sollten Sie, wenn auch nicht 16,000 Mann, wie er anbietet, dennoch eine erhebliche Anzahl in Ihren Sold übernehmen." Heinsius war nicht abgeneigt; aber er warf die Gegenfrage hin, ob es dem Interesse des Kaisers entspreche, daß ein Fürst von einer solchen moralischen Qualität, der wiederholt mit Frankreich über einen Einbruch in Schlesien oder Böhmen unterhandelt, so stark in Waffen stehe [2]). Wilhelm III. drängte gleichzeitig seine Ansicht zusammen in eine Aeußerung zu dem Grafen Wratislaw in London: „Wenn man doch nur die Bedingungen beiderseitig wüßte: so ließe sich eher urtheilen, wen August II. betrügen will, den Kaiser oder den französischen König" [3]).

---

[1]) Die Denkschrift des Marquis d'Usson bei Pelet t. I, p. 672. Vom 16. November 1701.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 20. December. Man vergleiche das Schreiben von Heinsius an den König, vom 29. November, bei Grovestins t. VIII, p. 178.

[3]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 16. December.

Es bedarf nicht des Eingehens in weitere Einzelnheiten. Die Folgezeit wird ergeben, daß auch bei August II. der Glanz des kaiserlich-holländisch-englischen Goldes den des französischen überstrahlte. Jedoch verzog sich sein Entschluß noch in das nächste Jahr.

Die Aeußerungen in der Correspondenz zwischen Heinsius und Wilhelm III. lassen erkennen, daß sie auch gegen den Kaiser Leopold zuweilen Vorwürfe erheben, als wirke er nicht genügend auf die Reichsfürsten ein. Aber es dürfte auf den jedesmaligen Fall ankommen zu ersehen, ob die Anklage begründet, oder wie sie zu verstehen. Heinsius fragte den Grafen Goes, warum der Kaiser nicht den Landgrafen von Hessen-Cassel heranziehe, der 13,000 Mann stellen könne. Goes erwiederte: „Aber er verlangt dafür Rheinfels, und das ist wider die Justiz." Heinsius versetzte: „In Kriegeszeiten muß man nicht so scharf darauf sehen." — Nach einer solchen Antwort ist seine Klage über den Kaiser bei Wilhelm III. eher begreiflich. „Der Kaiser, sagt er, weigert sich eine Sache zu thun, die ihm keinen Heller kosten, aber sehr im Interesse der Allianz sein würde" [1]).

Im Allgemeinen durften der Kaiser und die Seemächte bei dem Stande der Dinge im Herbste 1701 sich der Hoffnung hingeben, daß, nachdem nun die große Allianz geschlossen und somit der Stützpunct gegeben war, an welchen die Minder-Mächtigen sich anlehnen konnten, die Mehrheit der Reichsfürsten sich zum Beitritte entschließen werde. Freilich war auch die für Frankreich geneigte Minderheit eine sehr ansehnliche.

Dennoch wagte unter allen den deutschen Fürsten, die im Solde Ludwigs XIV. standen, im Laufe des Jahres 1701 nur ein Einziger Schritte solcher Art zu thun, daß sie mit dem Vorwande der Neutralität nicht mehr zu verhüllen waren. Es war der junge Kurfürst Joseph Clemens von Köln, derselbe, welchen dreizehn Jahre zuvor der Papst Innocenz XI. und der Kaiser Leopold entgegen den Planen Ludwigs XIV. auf den erzbischöflichen Stuhl von Köln erhoben. Aber

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 10. December, und die Correspondenz bei Grovestins t. VIII, p. 176 et suiv.

wir erinnern uns, daß bereits bei der Wahl in Lüttich, 1694, die französisch gesinnte Partei der Domherren für Joseph Clemens stimmte. Als Inhaber von zwei so erheblichen Fürstenthümern wie Köln und Lüttich, so wie noch dazu von Regensburg, zählte Joseph Clemens zu den mächtigeren Ständen des Reiches.

Joseph Clemens, unter der Leitung seines Geheimrathes Karg, folgte den Bahnen seines Bruders Max Emanuel von Bayern, oder vielmehr, er ging damals dem Bruder noch voran. Bereits im Frühlinge 1701 begann er Truppen zu werben. Daß dies nur für französisches Geld geschehen konnte, durchschauten sowohl der Kaiser, der König Wilhelm III., Heinsius, als das Domcapitel und die Landstände von Köln. Diese Körperschaften gingen nicht mit dem Kurfürsten. Das Capitel befragte ihn über den Zweck seiner Rüstungen. Joseph Clemens gab eine ausweichende Antwort; aber er bemächtigte sich dann am 2. Juni der Stadt Zons, die von seinen Vorgängern dem Capitel verpfändet war. Das Capitel wandte sich klagend an den Kaiser. In Wien handelte es sich nicht bloß um den einen Punct, sondern um die Gefahr im Allgemeinen, die erwachsen würde, wenn, wie zu besorgen stand, der Kurfürst Joseph Clemens seine drei festen Plätze Bonn, Rheinberg und Kaiserswerth an Frankreich überlieferte. Der Kaiser ließ durch Goes und Wratislaw im Haag und in London kund thun, daß es besser sei zuvorzukommen. Er sei bereit, die pfälzischen und die preußischen Truppen dort zur Besetzung jener drei Plätze mit zu verwenden. Die notorische Thatsache der Werbungen des Kurfürsten mit französischem Gelde, und die Beschwerden des Capitels wider seine Eigenmacht und Willkür seien genügende Gründe [1]). So im Juni 1701.

Allein wir haben dagegen auch vernommen, daß der König Wilhelm III. jegliche Thätlichkeit so lange wie möglich zurückhalten wollte. Wie bei Max Emanuel, so zog er auch bei Joseph Clemens vor, nochmals einen gütlichen Versuch zu machen. Dem Wunsche des Königs gemäß schickte der Kaiser den Bischof von Raab nach Bonn, wie Wilhelm III. selber den Grafen Galway. Die Mission des ersteren durfte von vornherein als erfolglos angesehen werden, weil er mit leeren Händen kam, um an Ehre, Recht und Pflicht zu mahnen. Galway

[1]) Protokoll der Minister-Conferenz vom 13. und 17. Juni.

dagegen war ermächtigt, seinen Gründen auch klingenden Nachdruck zu geben.

Der Inhalt der Unterredungen, die der Lord Galway mit dem Kurfürsten Joseph Clemens pflog, läßt sich klar wieder erkennen aus einem Schreiben, welches Galway einige Tage später an den Geheimenrath Karg richtete. Galway verweist darin auf das Ehrenwort, welches durch ihn der Kurfürst dem Könige gegeben: er werde nicht gestatten, daß die Franzosen, unter welchem Vorwande immer es sei, in seine Plätze einrücken. Galway mahnt abermals, daß der Kurfürst die Erbietungen des Königs annehme, dadurch sich selber und sein Land sicher stelle, zur Befriedigung seiner Unterthanen wie des gesammten Reiches, und namentlich des Kaisers. So am 24. August [1]).

Die Antwort des Karg im Auftrage des Kurfürsten aus Bonn, vom 27. August, indem sie über jenen Vorhalt des gegebenen Ehrenwortes schweigend hinweg geht, erkennt die Thatsache an. Sie versichert dagegen: „Der Kurfürst beharrt immer bei demselben Entschlusse, den er Ihnen kund gegeben, nämlich sich nicht einzulassen mit der einen oder der anderen Partei, sondern lediglich auf die Bewahrung seiner Länder bedacht zu sein, es sei denn, daß man durch Verübung von Gewalt ihn zwinge diesen Entschluß zu ändern".

So nach der einen Seite. Nach der anderen Seite theilte am selben Tage Joseph Clemens dem Prinzen Tserklaes, französisch-spanischen General, das Schreiben Galways und die Antwort Kargs mit. Er sagt darin, daß die Gegner, die mit einem Heere von 16,000 Mann Pfälzern und Brandenburgern bei Mühlheim am Rheine stehen, ihn zwingen wollen, durch einen Hülferuf an Frankreich ihnen den Vorwand zu geben, seine Plätze Bonn, Rheinberg, und Kaiserswerth zu besetzen. „Aber ich will nicht, sagt er, der Urheber eines so gewaltigen Krieges sein, wie er daraus entspringen müßte, und daher bitte ich Sie und den Marschall Boufflers um Rath, damit ich in keiner Weise die Interessen meiner Bundesgenossen, der beiden Könige, verwickele, wenn ich auch die eigenen ihnen zum Opfer bringe."

Die Unehrlichkeit des Joseph Clemens und seines Berathers Karg liegt vor Augen. Dem Könige Wilhelm lassen sie durch Galway gerade

---

[1]) Pelet t. I, p. 487. Vom 24. August.

das Gegentheil der Wahrheit sagen: vor den Franzosen übertreiben sie die Gefahr; denn weder nach der Haltung Wilhelms III. im allgemeinen, noch nach seinen besonderen durch Galway gemachten Versicherungen, stand zu erwarten, daß er damals, im Monate August, mit einer Thätlichkeit vorgehen würde, wie es den Wünschen des Kaisers allerdings entsprochen hätte. In Betreff der Uebertreibung nach der französischen Seite hin, erwiederte Boufflers, daß nach seinen Nachrichten von verschiedenen Seiten her das Lager bei Mühlheim nicht aus 16,000, sondern aus 3000 Mann bestehe. — Es fragt sich demnach um das eigentliche Ziel für Joseph Clemens und Karg. Jener faßt selber die Summe seines Briefes zusammen in die Worte: Après cela, Monsieur, je réitère mes prières, qu'au nom de Dieu les quarante mille écus du roi me soient au plus tôt comptés, afin de pouvoir achever mes levées, et qu'on me tienne plus exactement parole pour les subsides de tous les mois [1]).

Es ist nicht anzunehmen, daß der Marschall Boufflers, den jene beiden Persönlichkeiten um Rath fragten, das eigentliche Ziel derselben nicht durchschaut habe. Er nutzte die angebliche Furcht aus in seiner Weise. Um so mehr, erwiederte er, sei es nöthig, daß der Kurfürst in seine Plätze Bonn und Rheinberg französische Besatzung einnehme; denn dann könne er den Drohungen seiner Feinde und des Domcapitels trotzen. Boufflers ließ zu diesem Zwecke ein Corps nach Schleiden vorrücken. Indem er dem General Tallard den betreffenden Befehl ertheilte, fügte er noch einen anderen Grund hinzu. „Das Corps muß in dieser Nähe für den Kurfürsten bereit stehen, sagte er, damit er nicht eine Gelegenheit finde zu behaupten: man habe ihn verlassen" [2]).

Diese letzte Besorgnis des Marschalls Boufflers war am wenigsten gegründet. Denn zugleich entwickelte sich die Differenz des Kurfürsten Joseph Clemens mit dem Domcapitel und den Landständen immer heftiger. Er berief auf den 18. August einen Landtag nach Bonn. Er forderte dort durch seinen Kanzler Bewilligungen, um für das Land den Frieden aufrecht zu halten. Er redete von Neutralität und

---

[1]) Pelet t. I, p. 485. — Jene Erwiederung von Boufflers p. 488.
[2]) A. a. O. p. 490. Vom 30 August.

Association: nur darum, sagte er, sei es ihm zu thun. Das Domcapitel erwiederte, daß die ohne Zustimmung der Landstände geschehenen Werbungen einen Bruch der Landesverträge enthielten. Die anderen Landstände waren nicht geneigter. Der Kurfürst drohete: er verlange zwölf Steuer-Simpla; wenn man sie nicht in Güte bewillige, so werde er sie durch militärische Execution beitreiben. Der Landtag beschloß nicht zu bewilligen [1]).

Wir sehen, daß die Nachahmung Ludwigs XIV. auf kleinem Fuße in Kurköln noch nicht in solcher Weise gelungen ist wie in Kursachsen, Kurbayern oder Kurbrandenburg. Die Kraft des Widerstandes gegen die fürstliche Willkür ist in den berechtigten Körperschaften noch nicht zersetzt und aufgelöst: sie haben noch den Muth dem Unrechte entgegen zu treten. Es findet demnach im kurkölnischen Lande principiell derselbe Kampf statt wie derjenige, welchen England unter den Stuart-Königen durchgemacht. Joseph Clemens sucht das französische Königthum nachzuahmen, wie Carl II. und Jacob II. Um das zu können, ergibt er sich in den Dienst des Königs von Frankreich und nimmt Geld von ihm. Er findet von Seiten der berechtigten Körperschaften principiell denselben Widerspruch, wie Carl II. und Jacob II. bei ihrem Parlamente. Dann jedoch tritt die Verschiedenheit der Entwickelung hervor. England ist eine Insel, sicher gegen den Einmarsch französischer Soldaten. Der breite Wassergürtel, der England umringt, hat erheblich beigetragen die Freiheit dort zu bewahren. Darum konnte England seinen Kampf gegen die Uebergriffe des Königthumes der Stuart auf eigenem Boden durchführen, bis wieder eben dasselbe Wasser dem Oranier diente, Hülfe zu bringen wider jenes Königthum. Das arme Kurköln war nicht eine Insel. Die Truppen Ludwigs XIV. standen zum Einmarsche bereit. Es bedurfte für sie nur noch des Rufes von Joseph Clemens. Und dieser Ruf war, seit dem Beginne der offenen Gewalt wider die Rechte seiner Unterthanen und der Körperschaften, welche sie vertraten, nur noch eine Frage der Zeit.

Zunächst erfolgte ein Schriftenwechsel. Das Domcapitel legte den Verlauf der Sache öffentlich dar, und Joseph Clemens antwortete. Die Ueberlegenheit der Gründe war unverkennbar auf Seiten des

---

[1]) Lamberty t. I, p. 665.

Capitels, weil Joseph Clemens die für ihn entscheidende Thatsache, sein Bündnis mit Ludwig XIV., noch nicht eingestehen durfte, und darum, wie in der ganzen Angelegenheit, die Wahrheit umging. Das Domcapitel dagegen sprach sie um so offener aus. „Es ist ja leider nur allzu bekannt, sagt es, woher das Geld, welches gedient hat die Werbungen zu beginnen. Die Bedingungen jedoch, unter denen es geschehen, stellen wir Gott und dem Gewissen E. K. D. anheim; denn Sie wissen am besten, was bei Ihrer letzten Anwesenheit in Brüssel vorgegangen ist" [1]). Joseph Clemens erwiederte, daß er eine Mitregierung des Capitels zurückweise, und die ihm nicht bewilligten Steuern mit Gewalt eintreiben werde.

Die französischen Heerführer Boufflers und Tallard tauschten unterdessen ihre Meinungen aus, im September, ob sie es wagen dürften in Lüttich einzurücken. Sie suchten sich gegenseitig einzureden, daß die Holländer diese Stadt bedroheten [2]). Da Wilhelm III. und die Republik im Jahre 1701 noch nicht beginnen wollten, so war dieser Vorwand nichtig. Aber auch Ludwig XIV. seinerseits gab die Erlaubnis nicht. Er hatte noch nicht die Kunde der großen Allianz vom 7. September und hielt darum den Krieg mit den Seemächten noch nicht für unabwendbar.

Im Laufe des Monates October behauptete Joseph Clemens in Bonn sichere Nachricht zu haben, daß im Haag der Plan erwogen werde, seine Festungen Rheinberg und Kaiserswerth zu besetzen. Wir erinnern uns, daß der Kaiser schon im Juni sich für diesen Plan ausgesprochen hatte, daß er dagegen bei Wilhelm III. keine Zustimmung fand. Dieselben Gründe galten aber bei ihm auch noch im October: er wollte nicht eher anfangen als bis er die Grenzen der Republik gesichert wußte. Mochte Furcht, mochte Geldgier das vorherrschende Motiv bei Joseph Clemens sein: seine Behauptung war übertrieben. Er wandte sich abermals um Rath an den Prinzen Tserklaes und durch ihn an Boufflers. Er wage nicht, sagte er, die Hülfe des Königs von Frankreich anzurufen, weil er dadurch den König in die Lage bringe, dem gesammten römischen Reiche einen Vorwand wider

---

[1]) Lamberty t. I, p. 670. Vom 16. September 1701.

[2]) Pelet t. I, p. 503 et suiv.

ihn zu geben. So am 18. October[1]). — Boufflers ertheilte ihm sofort den Rath, den König dennoch um die Besetzung seiner Plätze zu bitten. Joseph Clemens konnte sich noch nicht entschließen. Er hatte sich seit langen Monaten mit der Absicht des Verrathes an seinem Vaterlande getragen, und nun, wo die Aufforderung zur That offen an ihn herantrat, scheute er dennoch zurück. Er wolle, erwiederte er, wenn einer seiner drei Plätze in die Gewalt der Gegner geriethe, die zwei anderen für Frankreich eröffnen[2]).

Dies Zugeständnis entsprach nicht den Wünschen des Marschalls Boufflers. Er verfaßte einen ausführlichen Bericht darüber an Ludwig XIV. Er legte dar, wie wichtig es sein würde das ganze kurkölnische Land zu besetzen. „Die Plätze des Kurfürsten von Köln, sagt er, schneiden tief in Norddeutschland hinein. Sie eröffnen uns den Uebergang über den Rhein, die Verbindung mit dem Kurfürsten von Bayern, mit den Herzögen von Sachsen-Gotha und von Wolfenbüttel. Wenn Ew. Majestät diese sämmtlich mit Nachdruck unterstützen: so halten Sie dadurch die Mehrzahl der Reichsfürsten in Schach. Wenn Ew. Majestät ihnen dann für den Fall, daß sie sich für die Ansprüche des Kaisers nicht betheiligen, Frieden und Ruhe in Aussicht stellen: so werden sie sich zweimal besinnen, bevor sie sich zu Gunsten des Kaisers erklären. Besetzen dagegen die Holländer das kurkölnische Gebiet: so sind alle Rhein-Uebergänge uns versperrt, unsere Bundesgenossen ohne die Hoffnung einer Hülfe von uns abgeschnitten, unsere Gegner ohne die Furcht einer Züchtigung von uns. Dann werden alle den Verheißungen oder Drohungen des Kaisers weichen“[3]).

Und hier nun ist es von besonderer Wichtigkeit, die Antwort Ludwigs XIV. und die darin ausgesprochenen Motive zu beachten.

Ludwig XIV. stimmte den Ausführungen des Marschalls Boufflers nicht zu. Er fand vielmehr den Vorschlag des Kurfürsten Joseph Clemens vortheilhafter und vernünftiger. Die Besetzung der drei Plätze, sagte er, erfordere allzu viele Truppen, und noch dazu seien alle drei in schlechtem Stande. „Ferner, fährt er fort, würde eine solche Besetzung

---

[1]) Pelet t. I, p. 522.
[2]) A. a. O. p. 132.
[3]) A. a. O. p. 134. Vom 28. October.

für ganz Europa den Anlaß geben zu behaupten, daß ich den Krieg angefangen, und für das Reich den Vorwand auf die Seite des Kaisers zu treten. Nach der Abwägung aller Gründe für und wider glaube ich daher, daß das beste Auskunftsmittel sein würde, mit den Fürstenthümern Köln und Lüttich einen Neutralitäts-Vertrag abzuschließen, vorausgesetzt, daß der Kaiser, das Reich und Holland beiträten. Ich schreibe an meinen Gesandten Desalleurs in Bonn, daß er dem Kurfürsten diesen Vorschlag machen, auch das Capitel zum Beitritte auffordern soll. Das gereicht beiden Parteien zum Vortheile, und ist das einzige Mittel ihr Land zu bewahren. Zugleich finde ich dabei den meinigen; denn, wenn der Vertrag zu Stande kommt, so kann ich die Truppen, deren der Kurfürst nicht mehr bedarf, in meinen Dienst übernehmen, und mich dadurch für die Ausgaben entschädigen, die ich für die Errichtung derselben gemacht. Die Reichsfürsten und die Holländer, so wie Europa überhaupt, werden aus diesem Vorschlage die Aufrichtigkeit meiner Absichten und meine Wünsche für den Frieden erkennen. Wenn das auf sie keinen Eindruck macht, wenn sie dagegen die Absicht haben gegen mich oder gegen meinen Enkel Krieg zu erheben: so haben Sie Ihrerseits geschehen zu lassen, daß man von dort aus beginnt, und festzuhalten an dem Vorschlage, den der Kurfürst von Köln gemacht hat, Ihnen zwei seiner Plätze zu eröffnen, sobald der dritte angegriffen würde." So Ludwig XIV. am 31. October 1701.

Die merkwürdige Kundgebung führt uns zurück auf das allgemeine Verhältnis, auf die Stellung des Königs gegenüber den drei Großmächten der Allianz.

Zunächst liegt vor Augen, daß Ludwig XIV., indem er auch nicht mit Einem Worte der großen Allianz gedenkt, beim Abfassen seines Schreibens am 31. October, von dieser Allianz noch keine Kunde gehabt haben kann. Darum hofft er noch auf die Erhaltung des Friedens.

Es ist von besonderer Wichtigkeit, daß er am selben Tage, dem 31. October 1701, dieser Hoffnung auch noch nach einer anderen Seite hin Ausdruck gegeben hat, nämlich gegenüber seinem Enkel in Spanien.

Wir haben die weitere Entwickelung des Verhältnisses zu demselben im Jahre 1701 zu beleuchten, und in Anlaß dessen das merkwürdige Schreiben vom 31. October 1701 hervorzuheben.

Der Vorschlag Louvilles, daß Ludwig XIV., um dem Zustande der Langeweile und des Heimwehs bei seinem Enkel in Spanien ein Ende zu machen, die Heirath mit Marie Louise von Savoyen beschleunigen möge, fand in Versailles nur eine halbe Zustimmung. Im Sommer 1701 wuchs in Versailles das Mistrauen wider Victor Amadeus so sehr, daß Ludwig XIV. dem spanischen Gesandten Castel Rodrigo in Turin den Befehl gab die Unterhandlung in der Schwebe zu lassen. Er erhielt die Antwort, daß alles abgeschlossen sei. Der Großvater setzte den Enkel davon in Kenntnis, mit dem Bemerken, daß etwaige Hindernisse der Ausführung ihm nicht unlieb sein würden. So am 29. Juli[1]).

Inzwischen fand Louville noch einen anderen Rath für Philipp V., nämlich im nächsten Feldzuge selber nach Italien zu gehen und die Königreiche dort zu erstreiten. Philipp V. ging ein. Er meldete diesen seinen Wunsch dem Großvater und erhielt sofort dessen Erlaubnis und Zustimmung, so sehr, daß Ludwig XIV. sich bald gewöhnte den Gedanken als seinen eigenen zu betrachten[2]). Denn am 7. August ertheilt er die Erlaubnis: am 21. schreibt er in dem bereits früher erwähnten Briefe: „Ihre Bereitwilligkeit auf meine Rathschläge einzugehen, erhöht die meinige, sie Ihren Interessen entsprechend zu geben. Derjenige, im nächsten Frühlinge nach Italien zu gehen, wird sicherlich nach Ihrem Geschmacke sein. Ich halte diese Reise im Falle der Fortdauer des Krieges für nothwendig; jedoch wünsche ich, daß er mit diesem Feldzuge ende. Ich hoffe es, wenn der Marschall Villeroy meine Befehle ausführt, wie ich Grund habe anzunehmen“[3]).

Da diese Hoffnung inzwischen bei Chiari nicht in Erfüllung ging, so war die Reise Philipps V. nach Italien im Frühlinge 1702, um dort den Feldzug mitzumachen, zwischen dem Großvater und dem Enkel eine beschlossene Sache[4]).

Zunächst jedoch kam die Heirath. Nachdem Castel Rodrigo gemeldet, daß es ihm nicht mehr möglich diese Angelegenheit noch wieder

---

1) Mémoires de Louville t. I, p. 189.

2) A. a. O. p. 191 und 192.

3) A. a. O. p. 192.

4) A. a. O. p. 196.

rückgängig zu machen, mußte auch Ludwig XIV. sich fügen, und schrieb seinem Enkel: „Ich habe dem Marquis Castel Rodrigo befohlen Ihre Heirath abzuschließen. Sie werden die Gründe dafür erfahren: die Einzelnheiten hier zu erklären, würde mich zu weit führen".

Nachdem die Trauung durch Procuration vollzogen war, begab sich die erst dreizehnjährige Königin Marie Louise auf die Fahrt. Die Seereise erschien indessen zu beschwerlich: von Marseille aus fuhr sie zu Lande, im October 1701. Philipp V. begab sich gleichzeitig nach Barcelona, wo er die Cortes von Catalonien zusammen berief. Sie waren unter den Spaniern die wenigst willfährigen für die französische Herrschaft; aber sie fügten einstweilen sich widerstrebend, weil ihnen nichts anderes übrig blieb.

Als die Gesandten Philipps V. in Montpellier vor der jungen Königin erschienen, waren sie erstaunt, anstatt eines Kindes, wie sie gedacht, eine fertige Persönlichkeit zu finden, anmuthig und blühend, lebhaften Geistes und scharfen Verstandes. Sie führte mit sich jene Dame, welche Harcourt in Versailles empfohlen, die damals verwitwete Prinzessin von Orsini. Berühmt wegen einstiger Schönheit, verzichtete sie auch im Jahre 1701 noch nicht auf die dafür ihr dargebrachte Huldigung. Mehr indessen mochte sie vertrauen auf ihre erprobte Gewandtheit und Ueberlegenheit. Vor dem Betreten der Grenze Spaniens, in dem letzten französischen Dorfe, wurde auf spanischen Befehl, ungeachtet aller Bitten und Thränen, der gesammte savoyische Hofstaat entlassen, und nur die Prinzessin Orsini begleitete die Königin nach Piguieres, wo Philipp V. mit einem neuen Hofstaate der Königin harrte [1]).

Aber Marie Louise war wie Adelaïde von Bourgogne die Tochter des Herzogs Victor Amadeus, von dem Vater ausgerüstet mit seinen Instructionen. Bereits am nächsten Morgen ward dem neuen Hofe kund, daß zwischen den beiden neuen Gatten nicht eine volle Uebereinstimmung herrsche, und Louville brachte sehr bald heraus, daß das erste Beisammensein eine sehr starke politische Färbung getragen habe. Der

[1]) So wird positiv berichtet in den Mémoires de Louville t. I, p. 206. Andere Nachrichten sagen, daß die Rücksendung erst später, vom spanischen Boden aus, geschehen sei. Auch scheinen die Worte Ludwigs XIV. darüber vom 13. November 1701, in den Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 77, anzudeuten, daß die Rücksendung geschehen müsse, also noch nicht stattgefunden habe. Aber Louville war anwesend und betheiligt.

Lage der Dinge gemäß ging die Vermuthung dahin, daß der Herzog Victor Amadeus, dem für seinen Plan des Ueberganges zu der großen Allianz die Anwesenheit seines Schwiegersohnes in Italien unerwünscht, durch seine Tochter Marie Louise das Verlangen des Verzichtes auf diese Reise in sehr eigenthümlicher Weise hatte stellen lassen [1]).

Philipp V. indessen hatte sich an das Festhalten des Reiseplanes schon gewöhnt gegenüber den Ministern in Madrid, denen eine solche Unternehmung nicht der spanischen Tradition zu entsprechen schien. Er blieb dabei. Nicht minder aber besaß Marie Louise ihren Willen. Sie verlangte, daß der Plan aufgegeben werde.

Man berichtete die Sachlage dem Könige in Versailles. Die Briefe indessen reichten nicht: Louville ward zum Zwecke des mündlichen Berichtes dahin entsendet.

Demgemäß ertheilte der Großvater dem Enkel die Weisungen, wie er seine junge Frau zu behandeln habe. Er stellte ihm das Beispiel seines Vorgängers auf dem Throne von Spanien vor Augen. Das Schreiben läßt eine starke Besorgnis durchblicken, daß der junge König weichen werde, nicht Marie Louise [2]).

Es ist kaum anzunehmen, daß das Schreiben vom 13. November erheblich eingewirkt habe; denn noch für längere Zeit blieb das Verhältnis dasselbe. Die Lösung der Frage ergab sich auf eine andere Weise. Im Beginne des Jahres 1702 erkrankte Philipp V. an den Blattern, und gab dadurch der Königin den Anlaß ihn zu pflegen. In Folge dessen ward das Verhältnis hergestellt [3]). Marie Louise ließ ihren Einspruch gegen den Reiseplan fallen.

Wie dieser Plan, wenn auch von Philipp V. ausgegangen, dennoch abhing von der Erlaubnis Ludwigs XIV., so auch die Art und Weise der Ausführung. Ludwig XIV. hatte anfänglich den Termin auf den Monat Mai 1702 gesetzt. Er rückte ihn dann näher auf den Monat März 1702, mit der Bemerkung für Philipp V.: „Ich glaube dadurch, daß ich den Termin um zwei Monate eher stelle, Ihnen ein Vergnügen zu machen“ [4]). Kurz Ludwig XIV. redet zu dem neuen Könige von

1) Mémoires de Louville t. I, p. 206.
2) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 78.
3) Mémoires de Louville t. I, p. 210.
4) Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 73.

Spanien in Betreff seiner Person in einer Weise, welche für den Enkel die Möglichkeit eines abweichenden Willens nicht zuläßt.

Aber die Person Philipps V. war nicht die spanische Monarchie. Es kam darauf an, ob oder in wie weit Ludwig XIV. auch über diese verfügen könne.

Unzweifelhaft trug im Sommer 1701 nicht Spanien, sondern Frankreich die Last des Krieges in Italien. Ein Krieg nach den anderen Seiten hin erschien in den Augen Ludwigs XIV. damals noch nicht unvermeidlich. Aber wenn man auch nur den Krieg in Italien in Betracht zog, so galt es in Versailles unbillig, daß Frankreich diese Bürde tragen solle ohne jegliche Aussicht auf einen Vortheil. Es erhob sich daher die Meinung, daß Philipp V. die spanischen Niederlande an Frankreich abtreten werde. Gerüchte dieser Art waren bereits im Juli 1701 in Paris allgemein verbreitet. Man behauptete, die Cession sei bereits vor dem Aufbruche des Herzogs von Anjou nach Spanien geschehen. Die Meinung ward unterstützt durch die kundbare Thatsache, daß in Belgien alles auf französischem Fuße eingerichtet wurde, namentlich das Steuerwesen, und daß dieses dadurch für Ludwig XIV. ungleich ergiebiger wurde als einst unter der milden Herrschaft der spanischen Habsburger [1]).

In Wirklichkeit bestand nicht eine solche Uebereinkunft, wie man vermuthete. Die Sache kam sogar bis tief in das Jahr 1701 nicht zur Sprache. Je länger aber, wider die Erwartung Ludwigs XIV., der Krieg in Italien dauerte, je mehr Verluste und Nachtheile er für Frankreich brachte: desto fester mochte sich die Meinung einwurzeln, daß die Cession Belgiens eine natürliche Entschädigung sei für die geleistete Hülfe. So der Gedankengang in Versailles.

Aber es fragte sich, ob demselben auch derjenige der Spanier entsprach. An der Stelle Harcourts, den seine andauernde Kränklichkeit unfähig gemacht, hatte Ludwig XIV. seinem Enkel den Grafen Marsin als Botschafter zugesendet. Der Herzog von Beauvilliers bezeichnet ihn in einer Empfehlung als fromm, ehrenhaft, geistig wohl befähigt, nicht neidisch [2]). Torcy erhielt den Auftrag bei Marsin über

---

[1]) Sinzendorfs Berichte aus Paris, im Juli 1701.

[2]) Mémoires de Louville t. I, p. 173.

jene Abtretung anzufragen. Marsin erwiederte: der französische Vorschlag trage in sich eine Reihe von Uebelständen. Philipp V., anstatt aus sich einen so wichtigen Entschluß wie denjenigen der Abtretung Belgiens fassen zu können, vermöge nicht einmal eine solche Sache in Spanien anzuregen. Mit Ausnahme von Philipp V. selbst und den Franzosen seiner Umgebung, würde Niemand dort einen solchen Vorschlag als begründet und gerechtfertigt anerkennen. Die Uebelgesinnten könnten die Anklage erheben, daß Frankreich keine andere Absicht habe als die Monarchie zu eigenem Nutzen zu zerstückeln. Die nationale Eifersucht würde sich mit Ungestüm dagegen erheben. Den Feinden dagegen böte der Vorschlag einen einleuchtenden Vorwand zu Invectiven wider Frankreich. Demgemäß erhebe sich die Gefahr, daß daraus ein hartnäckiger Krieg entbrenne, der alle Mächte mit hineinreißen würde, auch diejenigen, welche bis dahin noch keine Partei genommen [1]).

Es ist zu bemerken, daß diese Antwort Marsins geschrieben ist am 16. October 1701, zu einer Zeit wo er, wie auch aus dem Inhalte sich ergibt, von dem Abschlusse der großen Allianz und demgemäß von dem Aufsteigen des allgemeinen Kriegsgewitters noch keine Kunde hatte.

Um so nachdrücklicher mußte seine Antwort, vom 18. October 1701, in Versailles einschlagen. Denn wenn auch Ludwig XIV. selber die wider ihn geschlossene Allianz noch nicht kannte, den allgemeinen Krieg daher noch nicht als unvermeidlich ansah: so lag doch die Besorgnis desselben ihm nahe. Und nun ward ihm klar und offen verkündet, daß, was immer geschehe, Frankreich weder für die Opfer des bereits in Italien entbrannten Krieges, noch auch für die ungleich größeren, die ein etwaiger allgemeiner Krieg erfordern werde, von Spanien her irgend eine Entschädigung zu erwarten habe, ja daß die Forderung einer solchen Entschädigung die Spanier dem Gegner zutreiben werde. Da Ludwig XIV. diese Entschädigung verlangte, da sie dann ihm abgeschlagen wurde: so hatte er augenscheinlich sich verrechnet.

Vor den Augen des nun dreiundsechszigjährigen Königs stieg eine furchtbare Aussicht empor. Nachdem er mit dem Aufwande unendlicher List die erste Allianz seiner Gegner zersetzt und aufgelöst, nachdem er

---

[1]) Flassan: la diplomatie française t. IV, p. 226.

die Krone Spaniens auf das Haupt eines seiner Enkel gebracht, hatte er gehofft im Vollbewußtsein der Macht des Hauses Bourbon, gegen welche die vereinzelten anderen Souveräne nicht wagen würden sich zu erheben, die letzten Tage seines Lebens als der Meister Europas in Frieden verbringen zu können. Statt dessen eröffnete sich ihm der Blick auf einen neuen großen Krieg, sehr verschieden von den früheren. Damals winkten ihm Eroberungen für Frankreich, und zwar an der spanischen Monarchie. In dem Kriege, der im October 1701, wenn auch nach seiner damaligen Kenntnis nur erst möglich und wahrscheinlich ihm bevorstand, würde Frankreich alle seine Kraft einzusetzen haben, nicht um etwas für sich zu gewinnen, sondern um im günstigsten Falle den Besitzstand der Krone Spanien zu erhalten wie er war. Frankreich sollte sich schlagen für Spanien, mit geringer Mitwirkung der Spanier selbst, und fast ohne ihren Dank. So unbeschränkt Ludwig XIV. über die Kräfte Frankreichs verfügte: es war doch sein Königreich, und die Härte der Zumuthung, welche aus der Verwickelung der Dinge an dasselbe herantrat, lag schwer auf ihm.

Wie Ludwig XIV. seit der Annahme des spanischen Testamentes nach allen Seiten, freilich in seiner Weise, bemüht gewesen war, den Krieg zu verhindern, ihn unmöglich zu machen: so ward der Wunsch den Frieden zu erhalten, in Folge der Antwort Marsins bei ihm noch ungleich dringender. Er glaubte ein Mittel dadurch zu finden, daß Spanien die für die Erhaltung des Friedens erforderlichen Opfer darbringe. Wenn Spanien sich weigere Belgien als Lohn für die Kriegesopfer an Frankreich abzutreten: so könne es doch, meinte Ludwig XIV., Belgien hingeben als den Preis des Friedens. Um auf Spanien in diesem Sinne zu wirken, legte Ludwig XIV. seinem Enkel die geringen Leistungen von jener Seite dar. Alle die Klagen, welche wir während des vorigen Krieges von Wilhelm III. und Heinsius über die Ohnmacht und Thatlosigkeit Spaniens vernommen, wurden nun, noch vor dem neuen Kriege, erhoben von Ludwig XIV.

Hier nämlich gelangen wir an das andere Schreiben vom 31. October, das Seitenstück zu demjenigen vom selben Datum an Boufflers, in welchem Ludwig XIV. seine Hoffnung aussprach, daß die Republik Holland und die Reichsfürsten seine Friedenswilligkeit anerkennen würden. Die beiden Schreiben verhalten sich daher ergänzend

und gegenseitig beleuchtend zu einander. Gewichtiger jedoch noch ist dieses zweite, welches Ludwig XIV. durch Marsin an seinen Enkel in Madrid gelangen ließ. Und daher haben wir den Wortlaut des merkwürdigen Actenstückes zu vernehmen [1]).

„In Spanien mangelt durchaus das Geld auch für die nothwendigsten Aufgaben. Weder für den Krieg in Italien, noch für die Erfüllung der Verträge, noch für neue Allianzen läßt sich etwas zusammenbringen. Nach dem Verhalten der Spanier sollte man meinen: es handele sich um Länder, deren Behauptung für ihre Monarchie völlig gleichgültig sei. Ja sie fügen sich nur mit unverkennbarem Verdrusse darein, daß ich in den Niederlanden einige Ordnung schaffe. Kurz, ich trage nach allen Seiten die Kosten des Krieges, mit unermeßlichen Ausgaben wegen der Entfernung des Schauplatzes, und, anstatt von Spanien her einige Hülfe für den Schutz der eigenen Länder der Krone zu erhalten, erfahre ich von dort her nur Widerspruch gegen Alles was ich zu ihrem Besten thue. Obwohl der Eifer meiner Unterthanen für mich keine Grenzen kennt, so werden sie doch zuletzt in ihren Mitteln darauf stoßen. Ich darf es nicht auf dies Aeußerste ankommen lassen, weder für mich noch für sie, und es hieße den König von Spanien täuschen, wenn ich ihn über den wahren Stand seiner Angelegenheiten nicht rechtzeitig in Kenntnis setzte. Es ist Zeit, daß Sie ihm eröffnen und zwar ihm allein, daß bisher nur meine Liebe für ihn den Ausschlag gegeben, und daß diese Liebe mich bewogen, für den Schutz seiner Länder die äußersten Anstrengungen zu machen, ferner, daß ich wünschte sie fortsetzen zu können, und daß ich es thun würde mit demselben Nachdrucke, den ich von Seiten Spaniens für meine Unterstützung darin entwickelt zu sehen hoffe. Allein mein Enkel muß wissen, daß Spanien mir eine solche Unterstützung nicht gewährt, ja, daß auch nicht einmal eine Aussicht für eine solche Gewährung in der Zukunft sich eröffnet, weder in Betreff der laufenden Ausgaben, noch des Ersatzes für diejenigen, die ich bereits gemacht. Sie werden dabei meinen Enkel hinweisen auf die schwere Bürde des Krieges in Italien, auf die beträchtlichen Summen, welche dieser Krieg meinem Königreiche entzieht, auf die große Zahl Menschen, die er verschlingt. Ich hatte

[1]) Es steht in Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 74.

dies vorher gesehen, bevor ich meine Truppen dahin entsendete. Dennoch hat mich diese Erwägung nicht zurückgehalten, weil ich damals der Ansicht war, daß zur Vertreibung der Deutschen aus Italien ein Feldzug genügen würde. So wie indessen jetzt dort die Dinge liegen, muß man gefaßt sein auf einen langen Krieg, der nicht durch meine Streitkräfte allein ausgeführt werden kann. Denn da ich genöthigt bin, auch noch andere bedeutende Heeresmassen am Rheine und in den Niederlanden aufrecht zu halten: so hieße das Frankreich zu Grunde richten, ohne Spanien zu retten."

„Daher müssen wir nothwendig auf Mittel sinnen, um zu einem schleunigen Frieden zu gelangen. Ich sehe mit schmerzlichem Bedauern, daß er durch die Abtretung einiger Länder der spanischen Monarchie erkauft werden muß. Aber es ist unvermeidlich zu diesem Entschlusse zu kommen. Nur muß man ihn im tiefen Geheimnisse halten. Denn, würde er bekannt, so würden die Feinde, um Nutzen davon zu ziehen, sich in Betreff des Friedens um so schwieriger beweisen, und Vortheile verlangen, die der König von Spanien nicht bewilligen dürfte."

Es ist bemerkenswerth, daß auch dieses Schreiben keine Spur enthält, daß Ludwig XIV. beim Abfassen desselben die Allianz vom 7. September bereits gekannt habe. Das Gerücht einer Allianz war allerdings bereits seit dem 18. October in Versailles, aber so unbestimmt, daß man nicht einmal wußte, ob sie nur defensiv, oder auch offensiv sein würde [1]).

Der Kern dagegen des Schreibens ist, daß Ludwig XIV. wünscht den Frieden zu erhalten und als das Mittel dazu angibt einige Abtretungen von Seiten Spaniens. Die Frage also ist, ob er in dieser Richtung weitere Schritte gethan habe.

Es erhob sich allerdings im November 1701 das Gerücht, daß der König von Frankreich im Haag Erbietungen gemacht habe. Auf die Anfrage der kaiserlichen Gesandten Goes und Wratislaw verneinte der Rathspensionär in bestimmter Weise, mit dem Hinzufügen, daß ja auch die Anerkennung des Prinzen in St. Germain als König von England jegliches weitere Verhandeln abschnitte [2]).

---

[1]) **Dangeau t. VIII, p. 217.**

[2]) Bericht vom 25. November.

Ludwig XIV. selbst freilich, welcher nun volle sechs Wochen nach seiner Anerkennung des Prinzen in St. Germain, in jenem Schreiben an Philipp V. seine Bereitwilligkeit zu Cessionen für den Frieden ausgesprochen, kann die Thatsache dieser Anerkennung sich damals nicht als ein unübersteigliches Hindernis gedacht haben. Das andere Hindernis, den Bestand der Allianz, kannte er noch nicht. Aber auch über das dritte Hindernis scheint er sich bei der Abfassung jenes Schreibens noch nicht klar gewesen zu sein. Dieses dritte Hindernis bestand in der Abneigung der Spanier gegen seine Vorschläge. Eben so wenig, wie Marsin und Philipp V. es wagten eine Abtretung von Belgien an Frankreich in Madrid zur Sprache zu bringen, eben so wenig konnten sie folgerecht überhaupt von irgend einer Abtretung dort reden. Die Monarchie in ihrer Gesammtheit war die Losung, von welcher die Spanier selbst nicht wichen, von welcher sie aber auch für Frankreich ein Abweichen nicht gestatteten.

Und dies führt uns zurück zu jenem Schreiben Ludwigs XIV. nach Spanien hin, vom 31. October 1701. Es ist für die Kenntnis dieses Motors der Unruhen von Europa, seiner Stellung mitten in denselben, und namentlich seines Verhaltens für die Folgezeit eines der wichtigsten, die er geschrieben, reich an besonderen Aufschlüssen.

Blicken wir zurück.

Es ist noch nicht ein volles Jahr vergangen, seitdem Ludwig XIV. das unheilvolle Testament angenommen, welches im Vertrauen auf diese Annahme der kurzsichtige Spanier Portocarrero seinem sterbenden Könige abgetrotzt. Damals glaubten Portocarrero wie Ludwig XIV. durch das Testament, wie durch die Annahme zugleich den Frieden zu erhalten und den Besitz zu sichern. Es ist anders gekommen. Der Krieg brennt bereits in Italien, er droht auch nach anderen Seiten sich zu entzünden. Ludwig XIV. wünscht zuvorzukommen. Er möchte den Krieg in Italien löschen, die Funken desjenigen von anderen Seiten ersticken, bevor sie ausschlagen. Er ist zu diesem Zwecke bereit zu Abtretungen von Ländern der spanischen Monarchie. Mit anderen Worten, er will zurückkehren zu dem Gedanken einer Theilung der spanischen Monarchie. Denn Ludwig XIV. ist nicht befangen in dem dünkelhaften National-Vorurtheile der Spanier, daß die ganze Monarchie beisammen bleiben müsse.

Allein hier kommt die Kehrseite der Sache. Die Spanier kranken an diesem Dünkel. Dies nationale Vorurtheil ist eins der wirksamsten Motive gewesen, welche den Cardinal Portocarrero vermocht haben, das Testament zu Gunsten des Hauses Bourbon bei dem Könige Carl II. herauszudrücken. Wesentlich durch dieses nationale Vorurtheil hat Ludwig XIV. das Testament. Er kann nicht das erstere verletzen, ohne zugleich auch die Kraft des letzteren zu schädigen. Wenn es bei den Spaniern verlauten würde, daß er bereit sei Theile der Monarchie hinwegzugeben: so erwächst für ihn die Gefahr, daß die Gemüther sich von ihm ab, dagegen dem Kaiser zuwenden, welcher principiell das Ganze für sein Haus beanspruchen muß. Daher kann Ludwig XIV. die am 31. October 1701 ausgesprochene Bereitwilligkeit zu Cessionen nicht verwirklichen, weil die Spanier nicht wollen. Und eben darum kann er von Frankreich den Krieg, den er aufsteigen sieht, nicht abwenden. Der Krieg ist die Consequenz seines Thuns. Es ist die Geißel, die er über sich und über Frankreich heraufbeschworen.

Der Hergang erbringt die abermalige Erfahrung, wie so oft die überlegene Klugheit und List dennoch dann sich beugen muß vor der von ihr ausgenutzten Thorheit. Denn, an sich selber betrachtet, ist das Erlangen des spanischen Testamentes ein Meisterstück, nicht der Ehrlichkeit, der Offenheit, des Rechtssinnes, sondern der Ausbeutung der menschlichen Schwächen und Leidenschaften bei den verschiedenen Persönlichkeiten nicht bloß Einer Nation, namentlich aber der Spanier. Allein die angewendeten Mittel der Ueberlistung finden von dem Schwächeren aus ihre Rückanwendung auf den Stärkeren. Weil Ludwig XIV. sich die Spanier dienstbar gemacht durch ihren Dünkel, durch ihr Vorurtheil, daß sie berufen seien, andere Völker zu beherrschen: so muß nun er, um nicht die Spanier wieder zu verlieren, auch seinerseits diesen Dünkel gutheißen, und muß demgemäß alle Kräfte Frankreichs zum Dienste für denselben verwenden, muß dafür in einen Krieg gehen, den er aus sich nicht will, obwohl er dessen ganze Furchtbarkeit für das unglückliche Frankreich vorher auch noch nicht entfernt zu ahnen vermag.

Bereits wenige Tage nach jenem 31. October, an welchem Ludwig XIV. seiner Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens Ausdruck gegeben, gelangte an ihn die Kunde des einen Hindernisses, an welchem

allein schon seine Hoffnung zerschellte, des Vertrages der großen Allianz vom 7. September 1701.

Obwohl der ursprüngliche Gedanke des Königs Wilhelms III. und des Rathspensionärs, daß nach der Auswechselung der Ratificationen noch die Zeit von zwei Monaten für eine gütliche Verhandlung mit Frankreich verwendet werden sollte, in dem Eingange des Vertrages ausdrücklich ausgesprochen war: so hatte doch die inzwischen von Ludwig XIV. verkündete Anerkennung des Prinzen in St. Germain als Jacob III. jegliche Geneigtheit zu einer gütlichen Verhandlung bei Wilhelm III. so völlig hinweg genommen, daß die Mittheilung des Vertrages an die anderen Mächte, die zum Beitritte aufgefordert wurden, nur unter der Bedingung des Geheimnisses geschah. Der Schwede Lilienroth im Haag hielt dieses Versprechen nicht. Er brachte den Allianz-Vertrag zu dem Spanier Don Quiros, und dieser ließ ihn an Torcy in Versailles übermitteln, am 12. November [1]). Wenige Tage später wußte man im Haag, daß die Kunde dahin gelangt war, daß Torcy beim Lesen des Actenstückes sich geäußert: Ces Messieurs se sont engagés à beaucoup de choses [2]).

Der Vergleich jener Einleitung des Vertrages mit der Thatsache, daß nach der Auswechselung der Ratificationen nicht bloß kein Versuch einer Unterhandlung, sondern auch nicht einmal eine Mittheilung nach Frankreich hin erfolgte, konnte in Versailles keinen Zweifel belassen, daß bei Wilhelm III. der allgemeine Krieg eine beschlossene Sache war.

Demgemäß schwanden zunächst die Bedenken, welche Ludwig XIV. am 31. October gegen die Vorschläge des Marschalls Boufflers in Betreff der Besetzung der kurkölnischen Plätze geltend gemacht hatte. Und zwar sofort. Nach dem Gange der Dinge kann der Vertrag der Allianz frühestens am 14. November nach Versailles gelangt sein. Bereits am 18. November brachte der Gesandte Desalleurs in Bonn den Kurfürsten Joseph Clemens dahin, sich über die Bedingungen

---

[1]) Pelet t. I, p. 509.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 25. November.

auszusprechen, unter denen er bereit sein würde, seine festen Plätze den Franzosen zu eröffnen. Er hatte es dann sehr eilig. Unter dem Vorwande, daß die Holländer heranrückten, forderte er bereits am 20. November, also um zwei Tage später, den Grafen Coigny in Geldern auf, die festen Plätze Rheinberg, Kaiserswerth, Neus und Zons zu besetzen. Er erließ dieselbe Weisung in Betreff der Stadt Lüttich an den Marquis Montrevel, der in Argenteau stand. Nur verlangte er, daß alle diese französischen Heerkörper bezeichnet würden als Hülfstruppen des burgundischen Kreises. Da die Franzosen ihren Zweck erreichten, so mochte ihnen dies letztere Verlangen sehr gleichgültig erscheinen [1]). Auch dürfte es die Frage sein, ob es dem Kurfürsten Joseph Clemens und seinem Berather Karg gelungen sei, mit diesem kindischen Vorgeben irgend einen anderen Menschen zu täuschen als sich selbst. Als der kölnische Gesandte Norf im Haag zu dem Grafen Goes begann, von den Truppen des burgundischen Kreises zu reden, erwiederte Goes: „Es ist für Sie besser zu schweigen; denn jedes solcher Worte bringt Sie in die Gefahr ausgelacht zu werden" [2]).

Das Capitel und die Stände von Lüttich hatten an dem Verrathe ebenso wenig einen Antheil wie diejenigen in Köln. Auch jene wandten sich mit flehender Klage an den Kaiser. Leopold sprach ihnen seinen warmen Dank aus für ihre Treue, so wie seine Mahnung, einstweilen ihr Geschick mit Muth und Ergebung zu tragen, dagegen festzuhalten an dem Glauben, daß er aufbieten werde was er vermöge, um sie zu retten und ihnen ihre Freiheit herzustellen [3]).

Ludwig XIV. wußte sehr wohl, daß er auch auf die Bevölkerung der Stadt Lüttich nicht bauen dürfe. Bevor er darüber einen Bericht erhalten, meldet er auf die Kunde der Besetzung der Stadt dem Marschalle Boufflers, am 26. November: „Es gibt dort eine Menge von Leuten, welche zu fürchten sein würden, wenn die Garnison nicht ausreichend stark ist, sie im Zaume zu halten". Deshalb wurden zwölf Bataillone eingelegt [4]).

---

[1]) Pelet t. I, p. 140.
[2]) Bericht vom 10. December.
[3]) Lamberty t. I, p. 678.
[4]) Pelet t. I, p. 143.

Bereits zwei Tage später wurde diese Macht verwendet, um, wie Ludwig XIV. in dem betreffenden Befehle sich ausdrückt, an dem Beispiele des Einen die Anderen zu ihrer Pflicht zurückzuführen und das Volk unterwürfig zu halten. Dieser Eine war der Dechant des Domcapitels von Lüttich, Freiherr von Mean, der in dem vorigen Kriege sich ausgezeichnet durch seine Treue für Kaiser und Reich. Ludwig XIV. ertheilte dem Marschall Boufflers den allgemeinen Befehl, und legte einen besonderen für die Ausführung bei [1]).

Am Nachmittage des 1. December wurde die ganze Besatzung von Lüttich in die Waffen gerufen und in den Straßen Kanonen aufgefahren. Der Commandant der Truppen, Graf Lanion, ließ bei dem Dombechanten Mean anfragen, wann er ihm seine Reverenz machen dürfe. Auf die Antwort, daß er zu jeder Stunde willkommen sein würde, erschien er sofort, von einer Anzahl Officiere umgeben, während drei Compagnien Grenadiere in den Hof des Hauses einmarschirten. Lanion trat auf den alten Mann zu, mit den Worten, daß er im Namen des Königs und des Kurfürsten ihn verhafte. Es ward ihm nicht eine Secunde vergönnt. Die Officiere umdrängten ihn wie er war, und hießen ihn die Treppe hinabsteigen auf die Straße. Das Haus ward unterdessen der Plünderung der Soldaten preis gegeben. Man zwang den Gefangenen in einen Wagen zu steigen, und führte ihn mitten durch die Truppen vor die Stadt hinaus. Dort wurde der Greis, an den Händen gebunden, auf ein Pferd gesetzt und so die regnichte Winternacht hindurch nach Namur fortgeschleppt. Wenn er, wie wiederholt geschah, vom Pferde stürzte, so blieb er, hülflos wie er war, mit dem Angesichte im Schmutze liegen, bis es dem Geleite gefiel, ihn wieder aufzuheben. In Namur erhielt er Einzelnhaft in der Citadelle, ohne schreiben, noch sprechen zu dürfen [2]).

Der Nuntius in Köln erhob vor dem Kurfürsten Joseph Clemens nachdrückliche Beschwerde, und drohete mit den geistlichen Waffen der

---

[1]) Pelet t. I, p. 146. Ein ausführlicher Bericht bei Lamberty t. I, p. 680 et suiv. Daß der Bericht zuverlässig, ergibt sich aus den Aeußerungen des Papstes Clemens XI. zu dem Grafen Lamberg, die wesentlich damit übereinstimmen, im Berichte Lambergs vom 3. Januar 1702.

[2]) Bericht des Grafen Lamberg vom 3. Januar 1702. Der Papst Clemens XI. selber gab, nach dem Berichte seines Nuntius in Köln, diese Einzelnheiten an.

Kirche. Joseph Clemens wich aus. Ihm sei von der Sache nichts bekannt, sagte er: er werde bei dem Könige von Frankreich darüber anfragen. Der Papst hieß das Verfahren des Nuntius gut. Er richtete an Joseph Clemens ein scharfes Breve. Da der Kurfürst vor der Welt verkünde, daß die in Lüttich eingerückten Bataillone als burgundische Kreistruppen bei ihm in Dienst und Pflicht getreten: so werde Niemand glauben, daß er keinen Theil an der Sache habe. Der Papst verlangte die Freilassung und Herstellung Means. Er ließ dem Kaiser dies kund thun, so wie daß er in gleichem Sinne an den König von Frankreich geschrieben [1]).

Am Hofe von Versailles ward behauptet, daß Mean getrachtet habe, die Besatzung von Mastricht heran zu ziehen, ein Thor von Lüttich für den Einmarsch derselben offen zu halten. Der Kurfürst von Köln habe an Montrevel die erforderlichen Befehle gegeben: alles geschehe im Namen des Kurfürsten [2]).

Die schriftlichen Actenstücke der Befehle Ludwigs XIV. ergeben, daß diese Behauptung der Wahrheit zuwider lief. Eben so der Fortgang der Dinge. Mean war in französischer Haft. Er blieb darin. Er ward dort, ungeachtet aller Mahnungen des Papstes Clemens XI., in derselben Weise behandelt nach wie vor, Jahre lang. Und eben die Fortdauer dieser Brutalität schließt in sich den Beweis, daß sie von Anfang an so wie sie ausgeübt wurde, auch beabsichtigt war, daß daher nicht den untergeordneten Organen die Sache zur Last fällt, sondern den Häuptern selbst. Ein solcher Act der Barbarei, nicht entschuldigt durch einen Kriegszustand, sondern verübt im Frieden, ohne Anklage, ohne Urtheil, konnte hervorgehen nur aus einer Gesinnung, die sich hinwegsetzt über jedes andere Recht. Es ist sehr wahrscheinlich, daß bei Ludwig XIV. weniger die Leidenschaft der Rache das Motiv war, als der constante Zug bei ihm, die Absicht, seinen Gegnern Furcht einzuflößen. Er hatte darin, wie bereits oft, den Bogen überspannt. Wir werden ersehen, daß der Kaiser und die Republik der Niederlande, in ihren Kriegserklärungen vom 15. Mai 1702, das an der Person des Domdechanten Mean begangene Attentat auf den Völkerfrieden als eine der Ursachen des Krieges vorführen.

1) Derselbe Bericht.

2) Dangeau t. VIII, p. 253.

Der Kaiser ließ unablässig in den Papst Clemens XI. dringen, den Dombechanten Mean herzustellen. Wie Clemens XI. gleich auf die erste Kunde Schritte gethan, so auch ferner. Sie blieben bei Ludwig XIV. wirkungslos.

Um die Mitglieder des Domcapitels von Köln gegen ähnliche Gewaltthaten sicher zu stellen, erließ der Kaiser für sie einen besonderen Schutzbrief, am 17. December 1701 [1]).

Die Besetzung der Reichsländer Lüttich und Köln gab dem Kaiser den erneuerten Anlaß, bei dem Könige von England und der Republik auf die Erklärung des Bruches mit Frankreich zu dringen. Goes und Wratislaw stellten die schwierige Lage des Kaisers dar. Da er in diesem Jahre von den Verbündeten allein gelassen sei, so habe er alle seine verfügbare Macht nach Italien wenden müssen. Nachdem nun aber das kölnische Land von den Franzosen besetzt, würden die Reichskreise, die der Gefahr zunächst, sich derselben nicht bloß geben wollen, ohne die volle Sicherheit des Eintretens von England und Holland in den Krieg. Dies um so weniger, da sie auch im Rücken nicht sicher, da sie nicht wüßten, ob oder wann sie von Wolfenbüttel oder Sachsen-Gotha oder Kurbayern aus bedroht würden. Daher falle es dem Kaiser allzu schwer den Oberrhein zu decken. Alles dagegen werde leichter, wenn erst der offen ausgesprochene Bruch der Seemächte mit Frankreich den Einzelnen die bestimmte Bahn anweise [2]).

So einleuchtend die Begründung der Wünsche des Kaisers: so stand bei dem Könige Wilhelm und dem Rathspensionär fortdauernd das eine wichtige Interesse entgegen, die Sicherheit der Grenzen der Republik. Wir haben das Wort des kaiserlichen Militär-Bevollmächtigten, des Grafen Limburg-Styrum, vernommen: „Man wird nicht eher die Kriegserklärung aussprechen, als bis alle holländischen Grenzfestungen im Stande". So noch wieder am 29. November 1701 [3]).

Zu dieser Rücksicht auf Holland trat jedoch für den König Wilhelm III. noch ein anderes Motiv: die damalige Ungewißheit über seine Stellung zu den Parteien in England.

---

[1]) Lamberty t. II, p. 28.

[2]) Kaiserliches Rescript vom 17. December.

[3]) Bericht Hoffmanns vom 29. November.

Immerhin lag schon in der Adresse des Unterhauses vom 12./23. Juni für den König die Ermächtigung zum Kriege mit Frankreich, und darauf hin hatte er die Allianz vom 7. September 1701 geschlossen. Allein die erst nachher erfolgte Anerkennung des Prinzen in St. Germain hatte England noch ungleich tiefer wider Frankreich erregt. Da die Seemächte keinen Schritt thaten, die Unterhandlungen mit Frankreich, welche noch für zwei Monate nach der Ratification der Allianz geführt werden sollten, auch nur anzuknüpfen: so durfte der Kaiser nach dem Ablaufe der Frist, den Krieg auch von Seiten der Seemächte ansehen wie eine Thatsache. Indem dennoch Wilhelm III. der Forderung der Kaiserlichen in dieser Richtung auswich, war es ersichtlich, daß er zuvor die Beschlüsse des Parlamentes abwarten wollte, die, nach der Lage der Dinge und der Stimmung der Gemüther in England, hinter denjenigen vom Juni nicht zurückbleiben, sondern darüber hinausgehen würden. Wenn dagegen der König aus sich selber sich weiter einließ: so stieg die Besorgnis empor, daß das Parlament ihm nicht folgen würde.

Diese Besorgnis kam namentlich bei Marlborough zum Ausdrucke in den Beredungen über die zu stellenden Streitkräfte. Sie fanden statt, wie Wilhelm III. es bestimmt, zwischen Wratislaw, Heinsius, Albemarle, Marlborough. Nach dem Ansatze derselben — und man wolle diese in sich lehrreichen Zahlen beachten — hatten die drei Großmächte zu stellen: der Kaiser 90,000 Mann, die Republik der Niederlande 126,500 Mann und 90 Kriegsfahrzeuge, England 40,000 Mann Landtruppen und 126 Kriegsfahrzeuge[1]). Aber nur diese Macht zur See durfte als verpflichtend für England ausgesprochen werden, nicht diejenige der Landtruppen, deren Feststellung dem Parlamente überlassen bleiben sollte. Marlborough hielt dem Rathspensionär gegenüber daran entschieden fest. Er fürchtete, daß Heinsius in den König dringen werde, die Zustimmung zu dem Ansatze von 40,000 Mann sich von den Räthen in England einzuholen. Er richtete daher an Godolphin und seine anderen Freunde die dringende Bitte, eine solche Zustimmung nicht zu geben, sondern die Zahl dem Parlamente anheim zu stellen. Er ging so weit zu sagen: „Denn ich bin der Ueberzeugung,

---

[1]) Wratislaws Berichte vom 18. October und 18. November.

daß eine Bestimmung der Zahl der Landtruppen durch die Autorität des Königs ihm selbst und dem Königreiche so sehr zum Verderben ausschlagen würde, daß ich in solchem Falle vorzöge, von hier abberufen zu werden. Denn ich rufe Gott zum Zeugen, daß ich lieber sterben will als einen solchen Auftrag ausführen" [1]).

Es unterlag keiner Frage, daß, wie in dem vorigen Kriege, der König von England die Führung der Armee in den Niederlanden sich selber vorbehielt. Aber war man seines Lebens nur bis dahin sicher? — Die Frage ward damals oft erwogen.

Im October und November 1701 wurden Besorgnisse sehr verschiedener Art für ihn rege. Die eine derselben betraf die Nachstellung durch Mörderhand.

Im August 1701 entsendete der König Wilhelm aus Loo seinen Secretär Blathwait mit einer besonderen Mahnung an den Grafen Wratislaw im Haag. Sie betraf den Conte Boselli aus Mantua. Wir erinnern uns dieser Persönlichkeit, welche Ludwig XIV., auf die Aufforderung Wilhelms III., im Jahre 1698, hatte festnehmen und in die Bastille setzen lassen. (Bd. VIII, S. 441.) Blathwait meldete nach einem Berichte von Manchester aus Paris, daß dieser Boselli, der einst dem Könige nach dem Leben getrachtet, aus der Bastille entsprungen sei. Der König besorge daher, daß Boselli, der sich nach Italien gewendet, einen ähnlichen Plan gegen den Prinzen Eugen von Savoyen vorhabe, und lasse darum den Graf Wratislaw auffordern, den Prinzen Eugen zu warnen. Der König ließ zugleich eine Personal-Beschreibung des Conte Boselli übergeben. Der Graf Wratislaw entsendete die Nachricht wie an den Prinzen Eugen, so zugleich an sämmtliche kaiserliche Gesandte. Er fügte seinem Berichte die Worte hinzu: „Ueber diese Sache wird hier (im Haag) verschieden geredet, und Einige glauben, daß der König von Frankreich jenen Menschen absichtlich aus der Bastille habe entweichen lassen" [2]). Stärker noch galt die letztere Meinung in England. „Hier wird geglaubt, meldet Hoffmann am 4. October, daß der Conte Boselli aus der Bastille nicht entsprungen, sondern entlassen worden ist."

---

[1]) Coxe's Marlborough t. I, p. 98.

[2]) Bericht vom 23. August.

Aber wo befand sich dieses Individuum? Die Nachricht Manchesters, daß er sich nach Italien gewendet, ward verstärkt durch das Gerücht, daß er dort bei seinem alten Herrn, dem Herzoge von Mantua, mit dessen Empfehlung er drei Jahre zuvor nach Paris gekommen, wieder eingetroffen sei. Im October wurde sogar dem Prinzen Eugen die Meldung gemacht, daß der Conte Boselli sich unter den Gefangenen befinde [1]). Die Nachricht scheint sich nicht bestätigt zu haben.

Vielmehr vermuthete man den italienischen Bravo im Laufe des Monates October in den Niederlanden, und glaubte aus einem aufgefangenen Briefe des Marquis Torcy an Bedmar in Brüssel schließen zu dürfen, daß Boselli sich mit französischer Connivenz dort befinde. So wenig auch sonst der König Wilhelm den Gerüchten der Mordplane wider ihn ein williges Ohr lieh, den Boselli fürchtete auch er. Er ließ die Wachen in Loo verdoppeln. Die Fremden, die in die Nähe des Schlosses kamen, mußten sich ausweisen. Eines Tages hielt man dort einen Italiener an, dessen Aussagen nicht befriedigend erschienen. Man vermuthete in ihm den Boselli. Die Zeugnisse Anderer, welche den Bravo persönlich kannten, verneinten den Verdacht; aber es blieb der auffällige Umstand, daß der Verhaftete Briefe von Boselli besaß und seine Freundschaft mit demselben eingestand. Er wurde zu weiterer Untersuchung nach dem Haag geführt [2]).

Wie immer dem sei, sicher ist, daß zu Ende des Jahres 1701 Boselli sich dennoch in Italien befand. Und zwar ist es von Wichtigkeit im Wortlaute zu vernehmen, was am Hofe zu Versailles über den Mann und sein Thun geredet wurde. Dangeau verzeichnet, am 30. December: „J'appris que le comte de Boselli, qui se sauva il y a six mois de la Bastille, où le roi l'avait faire mettre à la prière du roi Guillaume, mais dont le roi n'avait point eu sujet de se plaindre, avait eu l'agrément de S. M., il y a déjà quelque temps, de lever en Italie un régiment de dragons à ses dépens; ce régiment sera presque tout rempli de bandits et servira dans notre armée à-peu-près comme les hussards servent dans l'armée de l'empereur“ [3]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, Supplementheft S. 86.

[2]) Lamberty t. I, p. 689. Ich bemerke, daß der Bericht des Grafen Wratislaw vom 4. November, wesentlich damit übereinstimmt.

[3]) Dangeau t. VIII, p. 271.

Die Worte sind inhaltsschwer.

Fügen wir bei, daß Boselli in dieser Weise mehrere Jahre der französischen Armee angehörte. Dann endlich stieß der Prinz Baudemont ihn hinaus. Als Boselli auch ohne die Autorisation des Königs von Frankreich das bisherige Leben fortsetzte, ließ Baudemont ihn greifen und hinrichten, im Anfange des Jahres 1706 [1]).

Ein anderer Umstand, welcher im Herbste 1701 Besorgnis erregte, war das wieder steigende Unwohlsein des Königs Wilhelm III., namentlich nach seiner Rückkehr nach dem Haag. Die Nachricht, daß er in Loo den Besuch seines alten Freundes Georg Wilhelm und des Kurprinzen aus Hannover empfangen, hatte auch in Versailles die Erwartung seines nahen Endes etwas gedämpft [2]). Im October stieg sie wieder empor. Man redete täglich darüber. Der spanische Botschafter Quiros im Haag sandte ein ärztliches Gutachten über den Zustand des Königs Wilhelm ein. Ludwig XIV. berieth dasselbe mit dem Arzte Fagon. Nach den Mittheilungen, die darüber am Hofe verlauteten, waren die Symptome bedenklicher Art. Quiros fügte hinzu, daß man auf eine Ueberfahrt des Königs nach England nicht mehr rechne. Auch sei seine Yacht gescheitert, sagte man in Versailles, und dies werde von dem Volke, das einen natürlichen Hang zum Aberglauben habe, für ein schlimmes Vorzeichen genommen [3]). Es scheint also, daß man in Versailles sich dem Aberglauben in der letzteren Richtung nicht hingegeben habe.

Der König Wilhelm III. gab nach seiner Rückkehr im Haag keine Audienz, und es erhob sich daher dort das Gerücht, daß er kränker sei als eingestanden werden dürfe [4]). Es gab jedoch auch andere, die alles für Verstellung hielten. Die vermeintliche Krankheit, sagten sie, solle als Druckmittel auf die Stände von Holland dienen, welche nicht geneigt waren auf den Wunsch des Königs einzugehen, daß seinem Verwandten, dem jungen Prinzen von Nassau, Statthalter von Friesland, auch die Nachfolge in das Amt ihres Erbstatthalters zuerkannt werden möge. Der Widerstand war so zäh, daß der König den Versuch

---

[1]) Dangeau t. XI, p. 6. — St.-Simon t. III, p. 231.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 201.

[3]) A. a. O. p. 222 et suiv.

[4]) Wratislaws Bericht vom 1. November.

aufgab, mit den Worten: „Man zieht also vor, die heilsame Regelung dieser Angelegenheit bis nach meinem Tode zu verschieben" [1]). Er vollendete damals das einundfünfzigste Lebensjahr.

Nach den Berichten der Kundigen unterliegt es keinem Zweifel, daß der König sich für längere Zeit nicht wohl befand, und zwar zu nicht geringem Theile in Folge ungeregelter Diät. Er hatte sich auf der Jagd in Loo eine Erkältung zugezogen, und fügte sich dann wenig in die Vorschriften seines Arztes. Eines Tages befragte er diesen, Namens Bidloo, über den Zustand einer ihm bekannten Persönlichkeit. Bidloo erwiederte: „Sie würde sich wohl befinden, wenn sie den Genuß der für sie schwer verdaulichen Speisen unterließe, kurz ihrer königlichen Diät entsagte". Lachend erwiederte der König: „Ich verstehe Sie vollkommen" [2]).

Der Spanier Quiros ermüdete unterdessen nicht mit seinen Nachforschungen. Er glaubte aus den erhaltenen Berichten mit Sicherheit den Schluß ziehen zu müssen, daß der König nur noch drei oder vier Wochen zu leben habe. Die Meinung ward in Frankreich und Spanien beifällig vernommen [3]). An dem Tage, an welchem der König in der Versammlung der Generalstaaten erscheinen wollte, zu welchem Zwecke er sich von seiner Wohnung aus einer verbindenden Galerie bedienen konnte, hatte sich eine große Menge Volkes dort angesammelt, um das Aussehen des Königs beobachten zu können. Unter dem Haufen befand sich auch ein noch nicht abberufener Secretär der französischen Botschaft.

Die Versammlung fand statt am 4. November. Der König erschien, begleitet von sämmtlichen Mitgliedern des Staatsrathes. Er hob hervor, daß man den Stand der Dinge kaum noch als denjenigen des Friedens betrachten dürfe. Es sei dahin gekommen, daß nur noch der Weg der Waffen zum Frieden führe. Er hoffe in dieser Beziehung auf die Eintracht und die Einstimmigkeit der Generalstaaten. Er kündigte an, daß er sie nun verlassen müsse, weil die Angelegenheiten in England seine Ueberfahrt erforderten, und zwar sei sein

---

[1]) Lamberty t. I, p. 699.

[2]) A. a. O.

[3]) A. a. O., p. 700. — Man vgl. Dangeau t. VIII, p. 229, 232, 241.

Aufbruch dahin um so dringender, da er den Generalstaaten die Versicherung geben könne, daß die englische Nation willig und bereit sei ihn in den Stand zu setzen, für alle diejenigen Interessen einzutreten, die England mit der Republik und mit ganz Europa gemein habe. Im Beginne des nächsten Frühlings hoffe er wiederzukehren und seine Pflichten für die Republik zu erfüllen. — Die Antwort der Generalstaaten bestand in der Wiederholung der Gedanken des Königs von ihrem Standpuncte aus, mit nachdrücklichem Danke für seine Fürsorge. Sie schlossen mit dem Segenswunsche, daß Gott seine kostbare Gesundheit erhalten, und im nächsten Frühlinge ihn wieder herüber führen werde [1]).

Die Hoffnungen der Holländer schienen besser begründet zu sein als die Erwartungen von französischer Seite. Noch vor der Abfahrt nach England, die durch den Gegenwind verzögert wurde, fühlte der König sich wieder durchaus wohl. Die Kunde der unhöflichen Wißbegier des Spaniers Quiros war unterdessen auch bis zu ihm gedrungen. Eines Tages bemerkte er bei Tafel: „Wenn Don Quiros mich hier speisen sähe: so würde er Ursache haben sein Misfallen an meinem Appetite auszusprechen" [2]).

Unterdessen beschäftigte den König Wilhelm vor allen anderen Angelegenheiten diejenige seiner Stellung zu den Parteien in England, oder, bestimmter ausgedrückt, die Frage der Auflösung des Parlamentes und der Ausschreibung von Neuwahlen.

Wir haben vernommen, daß der König im Beginne des Monates September ein Gutachten von Sunderland über diese Angelegenheit verlangte, daß Sunderland darauf in nachdrücklicher Weise den Uebergang zu der Whig-Partei anrieth. Frage und Antwort gingen dem Tode Jacobs II., und der französischen Anerkennung Jacobs III. vorher. Da ein hauptsächlicher Grund Sunderlands in seiner Ansicht bestand, daß die Tories mit Jacobiten durchsetzt waren: so konnte folgerecht das Ereignis vom 16. September in St. Germain und die Consequenzen jenen Grund für Sunderland und für die gesammte Whig-Partei, mit deren Führer, dem Lord Somers, er sich völlig einig

[1]) Lamberty t. XI, p. 323.
[2]) A. a. O. t. I, p. 700.

fand, nur noch verstärken. Die Adressen an den König, welche von der Vertagung des Parlamentes im Sommer an ihren Anfang genommen, mehrten sich rasch. Einige, wie diejenige der Stadt London; beschränkten sich auf einen nachdrücklichen Protest wider die Ungebühr des Königs von Frankreich, und berührten nicht, oder doch nicht direct, die Angelegenheit des Parlamentes [1]). Andere dagegen baten um die Auflösung des bisherigen, die Berufung eines neuen. Mehrere auch zogen die gesammte politische Lage nach außen in ihre Betrachtung ein. Es ward bemerkt, daß eine derselben, von der Stadt Weymouth, ausdrücklich die Bitte aussprach: der König möge das Kaiserhaus in den Besitz der spanischen Monarchie herstellen. Die Adresse war das Werk des jungen Grafen Shaftesbury, eines Enkels des Mannes, der unter Carl II. so viele Wandlungen durchgemacht [2]). Die Adresse ist wie der Vorbote der Stimmung, die in den nächsten Jahren in England die herrschende wurde. Ueberhaupt aber waren die Zeitungen täglich mit Adressen erfüllt, die sich in nachdrücklicher und scharfer Weise gegen den König von Frankreich und den Act der Anerkennung in St. Germain aussprachen.

Obwohl dagegen die Jacobiten in England öffentlich sich schweigend verhalten mußten, so gaben doch die Erörterungen zwischen Sunderland und Somers zur Genüge zu erkennen, daß in ihren Augen jene Partei nicht machtlos war.

Indessen weder die Darlegungen von Sunderland und Somers, noch die Adressen aus England brachten den König zur Entscheidung. Er entschloß sich, den Grafen Galway von Loo aus nach England zu senden, mit dem Auftrage, mündlich mit jenen beiden die Angelegenheit zu erörtern. Der Gegenwind verzögerte die Ueberfahrt Galways. Erst am 26. October/6. November traf er in London ein [3]).

Es ist merkwürdig zu sehen, daß, obwohl der Natur der Dinge nach der Auftrag Galways geheim war, dennoch die Vermuthung der sachkundigen Personen ihn sofort durchdrang. Hoffmann meldet zuerst,

---

[1]) Clarendon Papers vol. II, p. 394. — Eine Anzahl von Adressen findet sich bei Lamberty t. XI, p. 358 et suiv.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 8. November.

[3]) Desgleichen. — Vgl. Hardwicke's collection of Statepapers, vol. II, p. 452.

daß Galway damals vom Könige in allen vertraulichen Geschäften ähnlich verwendet wurde wie früher Portland. Dann fährt er fort: „Die Muthmaßung geht dahin, daß er gesendet sei um zu sondiren, wie es mit den beiden Parteien stehe, und wessen man sich eigentlich von dem Parlamente zu versehen habe, damit er darüber einen unparteiischen Bericht erstatte. Einen solchen nämlich glaubt der König von einem geborenen Engländer, weil sie alle der einen oder der anderen Partei mehr oder minder zugethan sind, nicht erwarten zu dürfen. Viele sind der Ansicht, daß der König nicht Willens sei das jetzige Parlament fortbestehen zu lassen, daß er vielmehr, um bei dieser wichtigen Weltlage desto gesicherter zu sein, ein neues berufen werde. Dem Vernehmen nach sollen die Generalstaaten, mit welchen die vornehmsten Mitglieder der Whig-Partei in enger Beziehung stehen, nachdrücklich darauf dringen. Allerdings liegt dies im allgemein europäischen Interesse. Denn, wenn auch die Tory-Partei, welche im jetzigen Unterhause die Oberhand hat, der in der englischen Nation herrschenden Strömung wider Frankreich in so weit willfahren wird, daß sie zu Anfang die gewünschten Beschlüsse faßt: so wird sie dann die in der vorigen Session nicht beigelegte Differenz mit dem Oberhause in Betreff der vier angeklagten Lords erneuern, und jegliche Geldbewilligung zurückhalten, bis sie in dieser Angelegenheit ihre Satisfaction erlangt hat. Das Oberhaus dagegen kann darin nicht nachgeben, ohne seine Jurisdiction und mithin den eigenen Bestand zu verneinen. Demnach ist bei der Fortdauer des jetzigen Unterhauses nichts Anderes zu erwarten als eine durchaus unfruchtbare Session, zum unendlichen Nachtheile der allgemeinen Sache wider Frankreich" [1]).

Es darf mit Sicherheit gesagt werden, daß die französische Politik im Sommer 1701 auf einen solchen Gang der Dinge in England rechnete. Der Secretär Poussin, welcher nach dem Abgange Tallards in London geblieben und dann auf die Anerkennung des Prinzen in St. Germain von Wilhelm III. ausgewiesen war, hatte im Sommer die Unvorsichtigkeit begangen in Gegenwart Hoffmanns und anderer Persönlichkeiten dies offen auszusprechen. Er hatte gesagt: das Unterhaus werde im Beginne der Session sich nachdrücklich für den Krieg

[1]) Hoffmanns Bericht vom 8. November.

erklären, dann die Differenz mit dem Oberhause erneuern, und damit die Session beenden wie die vorige. — Das Wort war nicht vergeblich gesprochen, nur nicht im Sinne Poussins. „Ich habe Sorge getragen, meldet Hoffmann, es so öffentlich zu machen, daß vielleicht kaum ein Ort im Königreiche, wo es nicht zur Kunde gekommen wäre" [1]).

Somers drängte seine Erwägungen in einige Sätze zusammen. „Den Tories zu trauen, sagte er, heißt das Schicksal Europas in ihre Hände geben. Aber weder auf ihren Willen, noch auf ihr Vermögen darf der König sich verlassen. Nicht auf ihren Willen; denn es kommt dabei an auf die Zusammensetzung ihrer Partei. Zieht man die eigentlichen Jacobiten von der Partei ab, so ist sie bedeutunglos. Will denn nun der König einer Mehrheit vertrauen, deren Seele die Jacobiten sind, und will er von dieser her wirksame Beschlüsse erwarten gegen Frankreich und den Prinzen in St. Germain? Kann der König glauben, daß die Tories sich von den Jacobiten lossagen, und sich selber als unbeträchtlich enthüllen werden? — Eben so wenig kann er bauen auf das Vermögen der Partei. Er kann es nicht mehr in diesem Jahre als in dem vorigen, wo die Führer vorgaben, sie hätten in Betreff des gewaltsamen Vorgehens die Mitglieder nicht in ihrer Gewalt. Ein neues Parlament kann sich lossagen von dem ungerechten und gewaltsamen Vorgehen des jetzigen Unterhauses: dieses selbst aber nicht. Es ist gefährlich einen Streit über den Punct eines Privilegs zuzulassen, wenn die eine Partei sich in der Nothwendigkeit zu befinden glaubt, dasjenige zu vertheidigen, was sie bereits gethan hat. Das Haus der Lords kann nicht nachgeben, ohne die Verfassung zu zerstören" [2]).

Die Gründe von Somers und Sunderland reichten nicht aus den König noch im Haag zu überzeugen. Denn es stand dem Rathe derselben derjenige einer anderen Persönlichkeit entgegen, die damals bei dem Könige täglich an Geltung zunahm, nämlich des Grafen Marlborough. Die Ernennung dieses Mannes zugleich zum Commandanten des englischen Hülfscorps von 10,000 Mann für die Republik, und zum Botschafter als Bevollmächtigten für den Abschluß der großen Allianz, sind die Beweise, daß Wilhelm III. nicht bloß ihm zu dem

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. November.

[2]) Hardwicke's collection of Statepapers vol. II, p. 455.

bevorstehenden Kriege wider Frankreich völlig vertraute, sondern auch ihn wie seinen thatsächlichen Nachfolger für die Leitung dieses Krieges ersah. Folgerecht mußte daher auch Wilhelm III. in Betreff seines Verhaltens in England Gewicht legen auf den Rath Marlboroughs. Obwohl dieser der Regel nach mit den Tories ging, wurde er nicht als eigentlicher Parteimann betrachtet. In diesem Falle jedoch trat er entschieden für die Tory-Partei ein. Wie Somers und Sunderland ihre Darlegungen zu Gunsten der Whig-Partei dem Könige einsendeten: so übermittelte ihm Marlborough diejenigen Godolphins und anderer Tories [1]). Sein eigener Rath ging dahin, daß der König sich besser dabei stehen würde, das bisherige Parlament zu belassen. So weit die kaiserlichen Gesandten im Haag ermitteln konnten, brach der König von da auf mit dem Gedanken, noch einen Versuch mit dem bisherigen Parlamente zu machen [2]).

Es ist nicht unwichtig dabei zu beachten, daß ein Widerspruch von dort her gegen die Allianz vom 7. September und den Krieg in Folge derselben nicht statthaft war. Denn aus welchen Motiven immer der Beschluß des Unterhauses vom 12./23. Juni hervorgegangen sein mochte: er war einstimmig gefaßt, und verpflichtete das Unterhaus, wenn der König in Folge desselben zum Kriege schritt, die Mittel zu gewähren. Daß jedoch indirect die Mehrheit des Unterhauses Steine in den Weg wälzen konnte, haben wir aus jenen Gutachten von Somers und Sunderland erfahren.

Der König landete in England am 4./15. November. Auch nach seiner Ankunft vergingen noch einige Tage, bis er völlig bei sich schlüssig wurde. Aber die Wage senkte sich zu Gunsten der Berufung eines neuen Unterhauses. Drei Tage nach seiner Ankunft, am 7./18. November, schrieb er an Heinsius: „Ich bin noch nicht entschlossen, ob das bisherige Parlament sitzen soll, oder ob ich ein neues berufen werde. Ich neige mich dem letzteren Entschlusse zu; aber es ist dabei der Uebelstand, daß das Parlament dann erst nach Weihnachten sich versammeln könnte" [3]).

---

[1]) Coxe's Marlborough t. I, p. 101.

[2]) Bericht der Grafen Goes und Wratislaw vom 22. November.

[3]) Grovestins t. VIII, p. 150.

Es ist sehr merkwürdig, daß nicht die Whigs, sondern die Tories die Entscheidung gegen sie hervorgerufen hatten. In den ersten Tagen nach seiner Ankunft berief der König mehrere Häupter der Tories einzeln zu sich, und legte ihnen die Frage vor, ob sie sich entschließen könnten, die Streitigkeit mit dem Oberhause über die angeklagten vier Lords durch die Zustimmung zu einer Amnestie-Acte zu begraben. Es ist demnach umgekehrt ein ähnliches Verhältnis wie im Jahre 1690, wo Wilhelm III. von den Whigs eine Amnestie-Acte wesentlich zu Gunsten von Tories verlangte. Wie damals die Whigs, so benahmen sich im November 1701 die gefragten Häupter der Tory-Partei. Sie erwiederten, daß sie bereit sein würden, in Betreff der Kriegessache dem Könige Alles und Jedes zu bewilligen, daß sie jedoch in Betreff der streitigen Sache die Privilegien des Unterhauses nicht fallen lassen könnten. — Durch diese Antwort kündigten also die Tories des Unterhauses selber an, daß sie alle ihre Bewilligungen für den Krieg binden würden an die Erledigung der Differenz mit dem Oberhause zu ihren Gunsten.

Und demnach trat an den König die Alternative heran, entweder eine Session des Parlamentes zu verlieren, mit den weiteren Nachtheilen, die aus einer Erneuerung jener Differenz entspringen würden, oder es zu wagen, das Parlament abermals aufzulösen [1]).

Es war ein Wagnis; denn die populäre Strömung in den Gemüthern des Volkes, die täglich neu sich durch zahlreiche Adressen wider den König von Frankreich und den Prinzen in St. Germain kundgab, gewährte keine Bürgschaft, daß in den zur Wahl berechtigten Körperschaften nicht dennoch die Tory-Gesinnung die Oberhand hatte. Der Staats-Secretär Vernon, selber der Whig-Partei angehörig, äußerte sich darüber zu dem Vertreter des Kaisers: „Auf jeden Fall vermeiden wir ein gewisses Uebel, auf die Gefahr hin freilich dennoch ein ungewisses wieder zu erhalten. Allein wenn auch die Neuwahlen uns wieder eine Tory-Mehrheit bringen: so ist es undenkbar, daß sie sich in gleicher Weise übel verhalten würde wie die vorige. In jedem Falle aber ist der König dann frei von dem Vorwurfe, nicht alles aufgeboten zu haben, was in seiner Macht stand". Die allgemeine Erwartung aber

[1]) Anlage II.

war, daß die Mehrheit überwiegend aus Whigs bestehen würde. Dies gab sich kund in der Freude der Whigs über die Auflösung, in der Bestürzung der Tories. Diese Partei scheint bis zuletzt nicht erwartet zu haben, daß es dahin kommen würde.

Am 11./22. November erfolgte die Proclamation der Auflösung und der Ausschreibung der Neuwahlen. Die Schrift ging aus von dem einstimmigen Unwillen, den die englische Nation durch ihre Adressen kund gegeben über das Unrecht und die Kränkung, welche der König von Frankreich der englischen Nation durch die Anerkennung des prätendirten Prinzen von Wales als Königs von England, Schottland und Irland zugefügt. Darum halte der König dieses allgemeine Zeugnis der Nation für geeignet, ihr die Gelegenheit zu geben, ihre Gesinnung durch die Wahl neuer Vertreter im Parlamente zu bethätigen. Das neue Parlament ward zugleich einberufen auf den 30. December a. St.[1])

So wenig das Ausschreiben äußerlich die Parteistellung in England berührte: so ward doch die Tragweite sofort erkannt. Godolphin als erster Commissär vom Schatzamte, bat sofort um seine Entlassung. Er war der zweite Führer der Partei. Als der erste galt Graf Rochester, Vicekönig in Irland. Er persönlich war dem Könige am wenigsten zusagend. Bereits im Sommer zuvor hatte Wilhelm III. sich einmal mismuthig geäußert, daß Rochester in lästiger Vielgeschäftigkeit ihm täglich eine Reihe von Vorschlägen und Anträgen sende, deren schleunige Erledigung er dann verlange, oft zehn an einem Tage[2]). Demnach hätte der König ihn sicherlich gar gern entlassen. Aber Rochester war nicht Willens, dem Beispiele Godolphins zu folgen. Eben so wenig andere Tories. Sie hielten sich für stark genug den Kampf aufzunehmen. Ihr Verbleiben in den Aemtern war einstweilen für ihre Partei ein großer Vortheil. Denn, da der König durch die Auflösung des Parlamentes noch nicht direct den Willen aussprach mit der Whig-Partei zu gehen: so konnten die in den Aemtern verbleibenden Tories bei den Neuwahlen das Ansehen der Regierung für ihre Partei verwenden. Eine andere Frage war, ob nicht durch die Neuwahlen viele wichtige Zeit verloren werde. Man glaubte sie verneinen

[1]) Die Proclamation bei Lamberty t. I, p. 701.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 25. November.

zu dürfen. Die Einberufung des bisherigen Parlamentes erforderte drei Wochen, die Neuwahlen und zugleich die Einberufung der Gewählten sechs Wochen. In so fern gingen drei Wochen verloren. Dagegen aber stand, daß ein williges Unterhaus in einer Session von vier Wochen alle Anforderungen nach Wunsch erledigen würde [1]).

Der Monat December 1701 ward in England dem Wahlkampfe gewidmet, auf dessen Ausgang das gesammte Europa mit Spannung lauschte. Abermals wie schon so oft war die Wage der Geschicke für den Erdtheil in der Hand des Königs von England; jedoch nur dann hatte diese Stellung eine Wahrheit, wenn sie sich stützte auf das Unterhaus.

Der Strom der Adressen ging unterdessen fort. Sie spiegeln eine für Ludwig XIV. ungünstige Anschauung wieder. Die Adresse der Stadt Marlborough sagte: eben so wenig, wie der Herzog von Anjou ein Anrecht auf die spanische Krone, eben so wenig besitze Ludwig XIV. ein solches auf die französische, die dem Rechte nach dem Könige von England gebühre. — Die Behauptung kann für damals in den Augen vieler Engländer kaum als übertrieben angesehen worden sein. Es verdient erwähnt zu werden, daß Ludwig XIV. bei keinem seiner Friedensschlüsse mit England die Streichung des Wortes Frankreich in dem Titel des Königs von England verlangt hat. Es scheint, daß diese Forderung unterblieben sei aus Besorgnis vor der Ablehnung. Denn die Engländer der damaligen Zeit hielten auf das Wort Frankreich im englischen Königstitel, und gestanden dem Könige Ludwig XIV. dasselbe nicht zu. Der officielle Titel für diesen war der rex Christianissimus. Bei der Ratification des Vertrages der Allianz vom 7. September 1701 kam die Sache ausdrücklich zur Sprache. Der Rathspensionär, in Folge einer Aufforderung der Regentschaft in London, stellte an die kaiserlichen Gesandten Goes und Wratislaw das Ersuchen, statt der Worte: rex Galliarum jedes Mal setzen zu wollen rex Christianissimus, weil die Krone England ihre Ansprüche unberührt erhalten wolle. Die kaiserlichen Gesandten erhoben keinen Einwand. Daher nennt der Vertrag der großen Allianz vom 7. September 1701 den König Ludwig XIV. jedes Mal rex Christianissimus [2]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. November.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 30. September: Bei der englischen Ratification hat man nichts erinnert, als nur daß man anstatt rex Galliarum

Schärfer gegen Ludwig XIV. persönlich lautete die Mahnung, mit welcher der Wahlflecken Southwark die dort erwählten Mitglieder des Unterhauses ausstattete. Die Adresse enthält in kurz gedrängten Zügen einen Ueberblick der damals vierzigjährigen Regierung Ludwigs XIV. Das Bild derselben ist scharf gezeichnet. Die Schrift schließt mit der dringenden Bitte um die zarteste Rücksicht auf die Person des Königs Wilhelm. „Möge niemals, sagt sie, der Respect verletzt werden, den wir einem Fürsten schulden, welcher geboren ist zum Heile Europas! Möge man einen Unterschied machen zwischen einem Souverän, der, auf seinem Throne sitzend, seine Generale entsendet, um über die Nachbarländer Jammer und Verwüstung zu bringen, und dagegen einem Könige, der sein eigenes Leben einsetzt, um die Völker zu befreien!" [1])

Es ist bemerkenswerth, daß der König jegliche positive Kundgebung zu Gunsten der Whigs unterließ. Der Thatbestand legt sich dar in den Worten Hoffmanns. „Auch wenn, sagt er am 6. December, durch die Neuwahlen die Whig-Partei nicht die Oberhand erhalten sollte: so wird sie ihnen doch zuwachsen, im Falle daß der König sich auf ihre Seite lenkt. Daß er dies thun werde, zieht man nicht in Zweifel; denn, wenn dies nicht seine Absicht, so würde er das Parlament nicht aufgelöst haben" [2]).

Während im Monate December 1701 der Wahlkampf das Königreich England durchwühlte, verhandelte Wilhelm III. wiederholt mit dem Rathspensionär schriftlich, wie mit dem Grafen Wratislaw mündlich, die Angelegenheiten der großen Allianz.

Es ist zunächst wichtig zu bemerken, daß Ludwig XIV., ungeachtet aller Anzeichen, die auf den Krieg deuteten, auch bis zu Ende des Jahres 1701 und darüber hinaus nicht die Hoffnung aufgab: es werde nicht zu einem allgemeinen Kriege kommen. Auch selbst die

---

setzen solle rex Christianissimus, weil die Krone England noch alleweil ihre praetensiones wider Frankreich in integro behalten will und deswegen den titulum regis Galliarum nicht zugestehen thut.

[1]) Abgedruckt bei Rapin t. IV, p. 125.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 6. December.

Auflösung des englischen Parlamentes nahm in Versailles diese Hoffnung nicht hinweg. Man hoffte dort, daß die Neuwahlen wieder der Tory-Partei die Mehrheit verschaffen würde, und diese, sagte man, sei gegen den Krieg [1]. Aber auch die Republik Holland, meinte Ludwig XIV., werde sich noch zurückhalten lassen.

Denn es konnte ihm nicht unbekannt sein, daß namentlich die Stadt Amsterdam schwer seufzte unter der Last der neuen Kriegsbereitschaft, wo sie die Schulden des vorigen Krieges noch nicht abgetragen. Heinsius meldete diese Klagen dem Könige. „Die Deputirten von Amsterdam, sagt er, betheuern ihre Bereitwilligkeit; aber sie fürchten, daß die Republik unter dieser Last erliegen werde." Wilhelm III. versicherte, daß er sein Möglichstes thun werde die Republik zu erleichtern, und daß er hoffe Mittel dafür zu finden. Die Sache wird wiederholt erörtert [2]. Eben auf diese Klagen baute auch Ludwig XIV. Er schickte den Staats-Secretär Torcy zu der Frau des holländischen Gesandten Heemskerk, die nach der Abreise ihres Gemahles noch in Paris verblieben war, und ließ sie bitten nach ihrer Rückkehr im Haag auszusprechen, daß der König von Frankreich immer noch bereitwillig sei zum Frieden. Die Frau überbrachte die Meldung, und Heinsius berichtete dem Könige, daß die Stadt Amsterdam sich darüber nicht wenig erregt zeige [3].

Ludwig XIV. redet demnach im Lebensalter von dreiundsechszig Jahren der Republik gegenüber in einem anderen Tone, als dreißig Jahre zuvor, im Winter von 1671/2, gegenüber den um Frieden bittenden Sendboten der Republik. Aber es war ein Unterschied in der Position. Damals war es die Absicht des Königs die Republik niederzuschlagen, bevor der Fall einträte, in welchem sie ihn hindern würde das Erbe der spanischen Monarchie zu ergreifen. Nun war das wie immer erlangte Erbe in seinen Händen, und er wünschte es im Frieden zu behalten. Der drohende Ludwig XIV. vom Januar 1672 und der friedliebende vom December 1701 war genau dieselbe Persönlichkeit.

Er gab noch stärker seine Friedensliebe kund.

---

[1]) Dangeau t. VIII, p. 248 und 251.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 172 et suiv. Vom 18. November und ferner. Leider folgt die Correspondenz dort nicht chronologisch.

[3]) Grovestins t. VIII, p. 166. Vom 16. December.

Der Marschall Boufflers ließ die Arbeiten für eine Schanze beginnen, bei Selzatte, innerhalb des Bereiches der Kanonen und sogar der Musketen des holländischen Forts Sas van Gent. Der Commandant, auf eingeholten Befehl, ließ erst warnen, dann schießen. Boufflers schickte einen Officier, um anzufragen. Es ward dabei von französischer Seite dem holländischen Commandanten angedeutet: wenn er ein Misverständnis vorgebe, so werde die Sache keine Folgen haben[1]). Der Commandant berief sich auf seine Befehle. Demnach sprach der abgesandte französische Officier die Drohung des Bombardements aus[2]). Boufflers fragte in Versailles um den entsprechenden Befehl an.

Nicht das war die Absicht Ludwigs XIV. Er verbot ein Bombardement des Sas van Gent. Er befahl die Arbeit an der Schanze auf französischer Seite nicht fortzusetzen. Er that einen weiteren Schritt: für den Fall, daß die Holländer das Feuer wieder eröffneten, gebot er die Batterien seiner Schanze abzuwerfen[3]).

„So weit, hat man von französischer Seite gesagt, trieb Ludwig XIV. die Milde". Wir Andere haben damit sein Verfahren gegen den Dombechanten Mean zu vergleichen. Die Motive bei dem einen und dem anderen Falle liegen nahe genug vor Augen. Das eine derjenigen für die Gewaltthat an dem Geistlichen haben die eigenen Worte Ludwigs XIV. dargelegt: das andere in diesem Falle ergibt sich aus der Thatsache, daß der alte Priester wehrlos war, nicht seinerseits Gleiches mit Gleichem erwiedern konnte. Die Angelegenheit dagegen des holländischen Forts Sas von Gent gegenüber der französischen Batterie von Selzatte wird beleuchtet durch die Worte Wilhelms III. darüber an Heinsius. Nach Wilhelm III. hatte der holländische Commandant des Sas van Gent nicht nachdrücklich genug gehandelt; denn er habe die französische Anlage nicht völlig vernichtet. Dann fügt der König hinzu: „Wenn die Franzosen das Sas und die Schleuse bombardiren, so hat damit der Krieg begonnen, und in diesem Falle dürfen wir nicht zaudern, auf allen Puncten vorzubrechen". So am 13./23. December 1701[4]).

---

1) So Heinsius an den König bei Grovestins t. VIII, p. 184.
2) So die holländische Denkschrift bei Lamberty t. I, p. 714.
3) Pelet t. I, p. 151 et suiv.
4) Grovestins t. VIII, p. 183.

Unverkennbar wünschte also Wilhelm III. jenes angedrohete Bombardement, und eben so sehr wünschte man es in Wien. Denn in diesem Falle wäre zu der allgemeinen europäischen Verwickelung, welche den Krieg wider Frankreich unvermeidlich machte, noch die besondere augenfällige Provocation gekommen. Eben darum wollte Ludwig XIV. nicht. Der holländische Geschäftsträger, der in Paris geblieben war, erhob dort Beschwerde über die Anlage jener Schanze bei Selzatte. Er erhielt von Torcy die Antwort: „Obwohl die Insolenz auf die Truppen eines so mächtigen Königs zu schießen, nicht zu dulden: so habe doch Se. Allerchristlichste Majestät aus besonderer Güte zu befehlen geruht, daß Verhandlungen über diese Angelegenheit angeknüpft würden, und deshalb die Arbeiten an der Schanze einstellen lassen. Die Drohung, das Sas van Gent zu bombardiren, sei ohne Vorwissen des Königs geschehen; auch der Marschall Boufflers bekenne sich nicht dazu, obwohl im Uebrigen die Holländer sie nur allzu sehr verdient hätten" [1]). Nachdem Heinsius dies berichtet und ferner gemeldet, daß von spanischer Seite in Brüssel dem dortigen holländischen Geschäftsträger die Aufforderung gemacht sei, zwischen Spanien und der Republik den Frieden von Münster zu erneuern, fügt er in dem Schreiben an Wilhelm III. sein Urtheil hinzu, mit den Worten: „Ew. Majestät sehen daraus, wie sehr die Franzosen und die Spanier den Bruch zu vermeiden wünschen, und daß sie unter diesen Umständen ihrem herkömmlichen Hochmuthe Gewalt anthun, so sehr, daß sie aus dem Vorfalle beim Sas van Gent sich einen Vorwand suchen, um wieder Unterhandlungen anknüpfen zu können" [2]).

Heinsius sprach sich weiter dahin aus, daß der französische Hof bereits dahin gelangt sei zu bereuen, daß er den Grafen d'Avaux so eilig abberufen und dadurch sich selber das Mittel genommen habe, in der Republik hier oder dort eine Misstimmung zu erregen. Denn nach seiner Ansicht hatten alle diese vermeinten Friedensversuche von Frankreich her nur den Zweck, irgend eine Kundgebung in diesem Sinne hervorzulocken, ob in der Republik, ob in England, und dadurch die Einmüthigkeit der Action zu lähmen. Der König Wilhelm III. stimmte dieser Ansicht durchaus bei [3]).

---

[1]) Die Schriftstücke bei Lamberty t. I, p. 713 et suiv.

[2]) Grovestins t. VIII, p. 185. [3]) A. a. O. p. 186.

Dennoch dürfte es die Frage sein, ob sich die Wünsche Ludwigs XIV. auf die Erregung von Uneinigkeit beschränkten. Wir haben aus seinem Schreiben an seinen Enkel in Spanien, vom 31. October, ersehen, daß er um des Friedens willen auch zu erheblichen Opfern bereit gewesen wäre, freilich auf Kosten Spaniens. Eben darauf deuten die Worte, welche eben damals der Papst Clemens XI. dem kaiserlichen Botschafter Lamberg in Rom aussprach, daß Ludwig XIV. suchen würde, seinen Frieden mit England zu machen durch den Verzicht auf Belgien und das Preisgeben des Prinzen in St. Germain. Auch in diesem Falle allerdings liegt vor Augen, daß das nächste Ziel Ludwigs XIV. dabei war, von Rom aus und durch den Papst Clemens XI. Mistrauen und Zwist unter den Bundesgenossen zu erregen. Aber mochte immerhin dies zunächst das Ziel sein: das eine schließt das andere nicht aus, daß Ludwig XIV. auch damals noch hoffte, mit einigen Opfern überhaupt vom Kriege frei zu kommen.

Und hier erst berühren wir den fundamentalen Gegensatz. Ludwig XIV. hatte durch seine Art der Politik für sich und sein Volk den Frieden unmöglich gemacht. Es war dahin gekommen, daß weder der Kaiser Leopold, noch der König Wilhelm, noch unter seiner Führung die Staatsmänner der Republik, für die ihnen untergebenen Völker eine Sicherheit in der Zukunft anders erblickten als durch die Demüthigung Frankreichs. Und es handelte sich damals nur noch um die Frage, ob die englische Nation, die einzige monarchische in Europa, welche ein selbständiges politisches Leben besaß, dieser Anschauung vollaus beitreten würde.

Eben von jener Anschauung aus aber wiesen der Kaiser, der König, der Rathspensionär in gleicher Weise jeden französischen Versuch zurück.

Allein, wenn auch die Mitglieder der Allianz in diesem hauptsächlichen Puncte völlig einig waren, so lagen doch auch andere der Differenz sehr nahe. Der Kaiser machte unabläßig die Beschwerde geltend, daß, weil der Bruch der Seemächte mit Frankreich nicht erfolge, er dagegen auf den Rath der Seemächte sich thatsächlich in Italien im offenen Kriege mit Frankreich und Spanien befinde, der Prinz Eugen sich gegen die allzu sehr überlegene Macht dort auf die Dauer nicht halten könne. Indessen der Kaiser wünschte nicht bloß,

daß die Streitkräfte des Prinzen Eugen in Oberitalien ausreichten, sondern daß auch ein starkes Detachement davon nach Neapel hin entsendet würde. Denn es galt die Ansicht, daß bei der günstigen Gesinnung der Neapolitaner für das Kaiserhaus dann eine neue Erhebung dort erfolgen werde, und daß diejenige im September 1701 nur darum mislungen sei, weil sie jeder militärischen Stütze entbehrte.

Der Plan eines solchen Detachements nach Neapel hin stand aber durchaus nicht im Einklange mit den Wünschen Wilhelms III. und des Rathspensionärs. Sie legten ungleich mehr Gewicht auf eine starke kaiserliche Armee am Oberrheine. Sie hatten dabei allerdings nicht bloß den Schutz der deutschen Grenzen im Auge, sondern eben so sehr oder mehr die Diversion, welche eine starke kaiserliche Macht am Oberrheine ausübte zu Gunsten der Republik. Um dies zu erreichen, ließen Wilhelm III. und Heinsius durch die Gesandten Stepney und Hamel-Bruininx in Wien einen besonderen Vorschlag machen, nämlich, daß der römische König Joseph, damals dreiundzwanzig Jahre alt, die Führung der Armee am Oberrheine übernehmen möge. Der junge König vernahm das gern. Nicht so willig waren die kaiserlichen Eltern[1].

Der Kaiser hatte damals in Italien oder auf dem Marsche dahin 50,000 Mann, unter denen als Hülfsvölker 6000 Dänen in seinem Solde, die übrigen aus den Erbländern. Im Reiche hoffte er 80,000 Mann an den Oberrhein zu entsenden. Darunter waren 37,000 Mann eigener Truppen, so jedoch, daß der Kaiser die ihm durch die Subsidien-Verträge mit Preußen, ferner mit den drei Kurfürsten von Mainz, Trier und Pfalz, und dem Bischofe von Würzburg schuldigen Corps mit einrechnete. Ob indessen der neue König von Preußen, nachdem er seinen Titel einmal hatte, seine Vertragspflicht dafür leisten würde, war, wie wir vernommen haben, noch sehr zweifelhaft. Die weitere Anzahl zur Ergänzung der 80,000 Mann würden, nach der Ansicht des Kaisers, die Reichskreise aufbringen, Schwaben, Franken und der Rhein.

---

[1]) Grovestins t. VIII, p. 177. Es versteht sich, daß in Betreff des Kaiserhofes nur auf die eigenen Worte von Heinsius Gewicht zu legen ist, nicht auf die hinzugefügten Meinungen des Herrn Grovestins.

Die Wünsche, welche der Kaiser durch den Grafen Wratislaw, im December 1701, an den König gelangen ließ, betrafen namentlich die Sendung einer Flotte in das Mittelmeer, weil deren Anwesenheit erheblich beitragen würde, das Königreich Neapel wieder zu gewinnen. Der König lehnte nicht ab. Aber er hielt den Mangel eines Hafens dort entgegen, in welchen im Falle einer ungünstigen Wendung diese Flotte sich zurückziehen könne. Der Gesandte erwiederte, daß auch selbst, wenn man in dem kommenden Feldzuge nicht einen italienischen Hafen erlange, der Kaiser in seinem Küstenlande an der Adria mehrere Seehäfen besitze. „Auch ich habe davon reden hören, sagte der König, aber diese Oerter sind hier zu Lande so wenig bekannt, daß man auf diese ungenaue Kunde hin nicht wagen wird, eine Flotte dahin zu senden. Es ist daher zunächst erforderlich, durch Ingenieure diese Häfen zu vermessen, und namentlich die Wassertiefe genau aufnehmen zu lassen, damit durch eine bestimmte Vorlage darüber die Zweifel und Bedenken hier sich erledigen können."

Es kamen dann die einzelnen Reichsfürsten zur Besprechung, deren Haltung Bedenken erregte. Die Berichte des Montmoulin, den der König früher an Max Emanuel von Bayern entsendet, lauteten trüb. „Alle Antworten und Manieren des Kurfürsten, sagte der König, geben kund, daß er sich völlig an Frankreich verkauft hat." Wratislaw erhob den Zweifel, ob von Seiten der Seemächte dem Kurfürsten etwas geboten sei, wie es von Seiten des Kaisers geschehen. Der König bejahte, und fügte hinzu: er halte die Sache für verloren. Es wird sich uns später ergeben, daß so viel wie Frankreich die Verbündeten dem Kurfürsten nicht bieten konnten.

Unwilliger noch als über Max Emanuel, äußerte sich der König über den Bruder Joseph Clemens von Köln. Er meinte, dieser werde seinen Verrath bald zu bereuen haben. Aber er führte schwere Klage über den Magistrat der Stadt Köln, welcher sich weigere holländische Truppen einzunehmen, wo doch das ganze Erzstift erfüllt sei mit Franzosen. Er glaubte auch in Köln französische Sympathien zu erkennen, und sprach daher die Bitte aus, daß der Kaiser mit allem Nachdrucke dort seine Autorität geltend machen wolle. Und dies bahnte ihm den Weg zu der Hauptsache, die in Betreff des Reiches ihm am Herzen lag.

„Vor allen Dingen, sagte er zu Wratislaw, bitte ich den Kaiser, daß die versprochene Anzahl Truppen gestellt werde und schleunigst an den Oberrhein marschire. Ich habe aus der Erfahrung der vorigen zwei Kriege die Beobachtung gezogen, daß die kaiserlichen Truppen jedes Mal zu spät ins Feld kommen. Daher ist alles Uebel entstanden. Denn Frankreich gewann dadurch die Zeit, im Frühling einen raschen Streich gegen die Republik zu thun, und dann die Truppen an den Rhein zu senden. So wohlgesinnt auch zur Zeit die Holländer sind, so furchtsam werden sie sich benehmen, wenn Frankreich die Aussicht hätte, mit überlegener Macht in ihr eigenes Land einzubrechen. Deshalb bitte ich aus guter Meinung, daß man mit dem Anzuge an den Rhein nicht zaudern wolle." — Wratislaw erwiederte: „Der Kaiser wird sicherlich darin nichts unterlassen. Aber Ew. Majestät wollen erwägen, daß die Einrichtung des kaiserlichen Heeres eine andere ist, als die des englischen und des holländischen. Diese letzteren leben für ihr baares Geld: deshalb kann man sie leicht bis an die Grenzen legen, weil sie durch den großen Geldzufluß dem betreffenden Lande eher zu einer Wohlthat als zu einer Last gereichen. Anders ist es mit den kaiserlichen Truppen, die ihre Subsistenz ziehen aus dem Lande, in welchem sie stehen, und darum weit auseinander gelegt werden müssen. Dennoch wird dies kein Hindernis sein. Denn ich weise darauf hin, daß in diesem Jahre die aus Ungarn nach Italien gezogenen Truppen dennoch rechtzeitig dort eingetroffen sind". — Der König unterbrach ihn mit den Worten: „Ich lasse Ihre Gründe zwar in so weit gelten, daß ein jedes Land sich nach seinen Einrichtungen regieren muß. Nur ist der Feldzug in Italien in meinen Augen kein zutreffendes Beispiel; denn er ist mehr wunderbar als natürlich verlaufen. In unseren menschlichen Angelegenheiten darf man sich aber auf solche Wunder nicht verlassen. Ich ersuche Sie daher dem Kaiser vorzustellen, daß an dem Zeitgewinne alles für uns liegt, daß wir offensiv verfahren und uns außerordentlich anstrengen müssen. Denn sonst wird der Krieg kurz währen und übel ablaufen. Daß die Generalstaaten das Aeußerste leisten werden, dafür sage ich gut. Hier in England werde ich unablässig arbeiten, und hoffe, daß das Parlament mir zur Seite stehen wird. Es kommt also darauf an, daß auch der Kaiser seine Erbländer mit Nachdruck zu den erforderlichen

Leistungen heranzieht. Er wird erwägen, daß von diesem Kriege nicht bloß sein Ruhm, sondern auch seine Sicherheit abhangt, so wie daß der Nutzen hauptsächlich ihm und seinem Erzhause zukommen wird. Zur Beförderung dessen wird besonders heilsam sein die Anwesenheit des römischen Königs Joseph bei der Armee. Ich habe meinem Gesandten Stepney in Wien aufgetragen, in einer besonderen Audienz diesen meinen Wunsch dem Kaiser auszusprechen. Ihnen gegenüber bezeuge ich, daß ich mich dadurch keineswegs in die inneren Angelegenheiten des kaiserlichen Hauses einmischen will. Allein, nachdem ich lange bei mir erwogen, wie das römische Reich auf die leichteste und geschwindeste Weise in sich zu einigen: so habe ich dies als das einzige Mittel gefunden. Die Anwesenheit des römischen Königs bei dem Heere wird nicht bloß den Feind schrecken, sondern auch das Reich in sich und die Verbündeten anregen, daß ein Jeder theils aus Neigung, theils im Wetteifer sich um so mehr anstrengen wird. Dazu wird die persönliche Anwesenheit des römischen Königs alle Streitigkeiten über das Commando abschneiden. Ich hoffe, daß der Kaiser diesem meinem Vorschlage, der nichts bezweckt als die Wohlfahrt des Gemeinwesens und insbesondere diejenige des Kaiserhauses, seine Zustimmung geben werde."

Die politische Lage der Dinge am Schlusse des Jahres 1701, so wie Hoffnungen und Befürchtungen für die Zukunft werden veranschaulicht durch eine Pasquinade, welche treffende Züge der Beobachtung enthält. Sie fand ihre Verbreitung in Europa unter dem Titel: Theologie der Fürsten. Darum möge sie im Originale hier folgen.

La Théologie des Princes.

La France.	Je crois le songe de Pharaon où les vaches grasses deviennent maigres.
L'Espagne.	Je crois le purgatoire des vivants selon les principes de l'Eglise française.
Louis.	Je crois comme St. Xavier, saint des Jésuites, qui vouloit Tout pour la plus grande gloire de Dieu.

Le Dauphin.	Je crois que Dieu est un Dieu fort et jaloux, qui visite l'iniquité des pères dans les enfants jusqu'à la troisième génération.
Le duc de Bourgogne.	Je vois dans le songe de Daniel le saint ange surveillant, qui coupe un arbre de la monarchie.
Le prince de Galles.	Je crois ces paroles de Daniel: Mene Tekel etc.
Madame de Maintenon.	Je crois la rémission des péchés avec Marie-Madeleine.
Le Pape.	Je crois que le nouveau Testament de Portocarrero doit être mis entre les livres Apocryphes.
Portugal.	Je crois le limbe des pères, où l'on n'est ni bien ni mal jusqu'au jugement.
L'Electeur de Cologne.	Je crois le bâton d'Egypte qui perce la main de celui qui s'y appuye.
Venise.	Je crois qu'il me faudrait une colonne de feu entre l'armée des Israélites et celle de Pharaon.
Le duc de Savoye.	Je crois la statue de Daniel où le fer et l'argile ne se joignent pas bien.
Le duc de Mantoue.	Je crois l'apostasie de Judas avec sa perte finale.
Portocarrero.	Je crois le faux prophète de l'Apocalypse, qui sortit pour pervertir le monde.
Le père de la Chaise.	Je crois l'histoire de Balaam qui maudit le peuple de Dieu.
Catinat.	Je crois la résurrection des morts de mon armée, mais dans une autre vie.
Villeroy.	Je crois que les péchés de faiblesse et d'imprudence sont véniels.

Pasquin. J'espère un autre siècle où il sera permis de penser ce qu'on voudra et de dire ce qu'on pense [1]).

Unterdessen vollzogen sich in England die Wahlen. Es ist von besonderer Wichtigkeit das Verhalten des Königs den Parteien gegenüber nach dem Berichte eines selber parteilosen Augenzeugen darzulegen [2]). Dies um so mehr, da ein solcher Bericht in sich die Bürgschaft trägt, frei zu sein von Urtheilen und Anschauungen, die, aus dem constitutionellen Brauche späterer Zeiten erwachsen, damals noch keine Anwendung fanden.

Der König hatte aus sich das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Er hatte dadurch den Whigs die Bahn eröffnet, abermals mit den Tories im Wahlkampfe zu ringen. Weiter indessen ging der König nicht. Er entließ nicht aus sich die Tory-Minister, ernannte nicht Whigs an deren Stelle. Er machte keine ausdrückliche Andeutung, daß ihm die Wahl von Whigs lieber sein würde als diejenige von Tories. Demnach hoffte auch noch während der Wahlen jede der beiden Parteien, daß der König ihr sich zuneigen werde. Beiderseitig war man nämlich einig in dem Urtheile, daß diejenige Partei, in deren Wage der König das Gewicht der von ihm abhängigen achtzig bis neunzig Stimmen werfe, die mächtigere sein werde. Die stärkere Hoffnung allerdings sprach für die Whig-Partei; denn warum sonst, fragte man, hatte der König das Parlament aufgelöst? — Allein diese Hoffnung gab noch keine Gewisheit. Im Jahre zuvor hatte der König sich öffentlich für die Tories erklärt, aus ihnen seine Minister genommen, und dennoch im Geheimen die Beziehungen mit der Whig-Partei unterhalten. Ein ähnliches Verfahren konnte er abermals beobachten wollen. Ueberhaupt aber, meinte man, werde sich Klarheit erst ergeben bei der Wahl des Sprechers für das Unterhaus.

---

[1]) Die Werke von Leibniz. Bd. VIII, S. 326. Leibniz sendet von Berlin aus die Schrift der Kurfürstin Sophie ein. Indessen geben weder die wenigen Worte von seiner Seite, noch die Antwort der Kurfürstin einen festen Anhaltspunct für ihn als Verfasser.

[2]) Anlage III.

So stand die Sache um die Mitte des Monates December. Bereits um eine Woche später ergoß sich über die Absicht des Königs dadurch mehr Licht, daß er den durch ihre Stellen von ihm abhängigen Mitgliedern des Unterhauses die Andeutung zukommen ließ, daß er die Wahl Littletons zum Sprecher wünsche. Littleton war Sprecher gewesen in dem vorletzten Unterhause, in welchem die Whig-Partei die Mehrheit gehabt hatte. Es war demnach klar, daß der König sich auf die Whig-Partei stützen wolle [1]).

Die Tory-Partei ward indessen dadurch nicht entmuthigt. Ihr Candidat war der Sprecher des letzten Unterhauses, Sir Robert Harley. An der Befähigung zu der Führung der Geschäfte wurden beide Bewerber einander gleich gerechnet: lediglich das Interesse der beiden Parteien kam in Frage.

Die Absicht indessen der Tories ging noch weiter. Sie wollten dem Könige das Mittel nehmen, durch welches er die Whig-Partei stärken konnte: ihre Absicht war, die Mitglieder, welche durch ein Amt in Civil oder Militär von der Krone abhängig waren, aus dem Unterhause zu stoßen. Zu diesem Zwecke sollte der Satz der im Jahre zuvor errichteten Successions-Acte dienen, welcher allen denen, die ein Amt oder eine Besoldung von der Krone besaßen, die Befähigung absprach, dem Könige und dem Lande im Unterhause zu dienen. Dieser Satz konnte, genau genommen, erst mit der Successions-Acte selbst in Kraft treten. Es hieß, daß in dem ursprünglichen Entwurfe dies auch ausdrücklich ausgesprochen war. Allein in der Acte selbst, wie sie die königliche Sanction erhalten hatte, fand sich nicht diese Beschränkung in der Zeit, sondern lediglich jener Satz, und daher meinten sich die Tories desselben bedienen zu können [2]).

Die Mitglieder beider Parteien, wie sie nach und nach in London eintrafen, redeten für den Krieg wider Frankreich. Ueber den Modus

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. December 1701.

[2]) Desgleichen vom 6. Januar 1702: Sothane Zeitbestimmung ist im Concept der Acte inserirt gewesen, in der Mundirung davon aber malitiose, wie geglaubt wird, ausgelassen worden, welcher Auslassung, so damals nicht in Acht genommen, sich die Anglicaner anjetzo prävaliren wollen, um alle Hof- und Kriegs-Offiziere vom Unterhause zu excludiren, als das einzige Mittel, um dadurch die Majora auf ihre Seite zu bringen.

jedoch gingen die Ansichten auseinander. Die Whigs wollten den König bitten, den Krieg wider Frankreich sofort zu erklären. Die Tories dagegen wollten ihm die Erklärung anheim stellen, mit dem Ausdrucke ihrer Bereitwilligkeit für die geschlossenen Allianzen mit Subsidien einzutreten. Die Whig-Partei wollte ferner eine Abschwörung des Prinzen von Wales, nicht die Tories. Eine andere Differenz endlich war, ob der Krieg lediglich zu Wasser oder zu Wasser und zu Lande geführt werden solle. Die letzte Frage indessen war nicht eine eigentliche Partei-Frage; denn auch viele Whigs waren einem englischen Landkriege abgeneigt [1]).

In Betreff der Kriegführung zur See waren alle Parteien einig, und es stand von vorn herein fest, daß die Bewilligungen dafür bis nahe an zwei Millionen betragen würden. Dagegen wußte man, daß die Forderung des Königs für den Krieg überhaupt sich auf fünf Millionen belaufen würde. Aber das damalige England wollte sich nicht weiter verschulden. Es wollte nur so viel bewilligt sehen, wie nach der Erfahrung in jedem Jahre von der Nation aufgebracht werden konnte. Dieser Betrag war drei und eine halbe Million Pfund Sterling.

Die Engländer wollten lieber Geld hergeben für fremde Truppen, einestheils weil diese wohlfeiler zu haben waren als englische National-Truppen, andererseits weil ein fremdes Landheer der heimischen Freiheit nicht gefährlich werden konnte, wie etwa ein englisches National-Heer, welches dem Könige zu Befehle stand. Wilhelm III. dagegen wollte auch englische National-Truppen. Er wollte ein Landheer im englischen Solde zu 40.000 Mann, die Hälfte davon englische National-Truppen [2]). Ein hauptsächliches Motiv für ihn war die Besorgnis, daß das Parlament, wenn nicht die eigenen Truppen ihm am Herzen lägen, in seinen Leistungen für fremde bald nachlassen würde. „Ich fürchte, meldet der Graf Wratislaw, diese Differenz wird der Stein des Anstoßes zwischen dem Könige und dem Parlamente werden."

Einige Mitglieder der Whig-Partei suchten in dieser Sache sich mit dem kaiserlichen Gesandten in Beziehung zu setzen. „Wir sind geneigt, sagten sie ihm, für den Kaiser Subsidien zu bewilligen, damit

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 6. Januar 1702. Auch für das Folgende.

[2]) Wratislaws Bericht vom 2./13. Januar.

er eine größere Armee errichten und den Krieg wider Frankreich mit stärkerem Nachdrucke führen könne. Denn wir sind dem Kaiser dafür verpflichtet, daß Europa nicht in die französische Sclaverei gefallen ist. Wir sind ihm nicht weniger für unsere Angelegenheiten daheim verpflichtet. Denn der glückliche Fortgang der kaiserlichen Waffen in Italien während des letzten Jahres hat die übel Gesinnten hier im Zaume gehalten, so daß sie sich mit ihrem Vorhaben nicht hervorgewagt haben, wozu sie nun nicht mehr im Stande sind. Der Kaiser ist endlich der Einzige, auf welchen wir für die nachdrückliche Fortsetzung des Krieges bauen können."

Wir sehen, welches Gewicht die damaligen Mitglieder der Whig-Partei, die in der vollen Anschauung ihrer Zeit lebten, dem Uebergange des Prinzen Eugen über die Alpen, seinen Siegen bei Carpi und Chiari sowol für Europa im Allgemeinen als für England im Besonderen beimaßen.

Jenes Erbieten der Whigs war lockend; dennoch ging der kaiserliche Gesandte nicht darauf ein. „So gern ich auch, meldet er, Ew. K. Majestät einige Subsidien zuwege brächte: so getraue ich mir doch nicht durch die Annahme eines solchen Erbietens die innere Politik des Königs hier zu durchkreuzen. Ich glaube, daß diese Sache ohne mein Eingreifen zwischen dem Könige und dem Parlamente abgemacht werden muß. Sollte dem Könige sein Plan fehlschlagen: so werde ich mich bemühen ihm darzuthun, wie ungleich sicherer er verfährt, wenn er für Ew. K. Majestät Subsidien aufwendet als für die Reichsfürsten."

Die Gesundheit des Königs schien im December sich gekräftigt zu haben. Bis wenige Tage vor dem Zusammentritte des Parlamentes blieb er in Hamptoncourt, unermüdlich jagend. „Zur Klage aller Gesandten", fügt Wratislaw seinem Berichte hinzu [1]). Nachdem dann der König nach Kensington zurückgekehrt war, bemerkte man an ihm eine Aenderung. Er ließ sich im Cercle der Gesandten einen Sessel bringen und setzte sich gleich, was er sonst nie gethan. Nicht jedoch wirkte das auf seine Stimmung ein. Er war wohl aufgelegt, und erging sich mit den Gesandten in längeren Reden [2]).

---

[1]) Bericht vom 20. December 1701.

[2]) Wratislaws Bericht vom 6. Januar 1702.

In den letzten Tagen vor dem 30. December/10. Januar waren noch nicht alle Mitglieder des Parlamentes eingetroffen, namentlich der Whig-Partei, und es erhob sich daher die Frage, ob der Zusammentritt noch zu vertagen sei. Die Whigs selber wünschten es nicht. Sie hielten sich für stark genug. Demnach erfolgte die Eröffnung am bestimmten Tage, dem 30. December/10. Januar. Die erste Handlung im Unterhause war die Wahl des Sprechers. Es ergaben sich 212 Stimmen für Littleton, 216 für Harley. Demnach hatte die Tory-Partei die Mehrheit. Man erfuhr, daß viele unter den von der Krone abhängigen Mitgliedern, ungeachtet der Kundgebung des Königs zu Gunsten von Littleton, für Harley gestimmt hatten. Unter ihnen war der Staats-Secretär Hedges [1]).

Das überraschende Ergebnis dieser Wahl bewirkte, wie Wratislaw meldet, bei den Whigs einige Consternation. In Versailles dagegen ward es beifällig vernommen. „Dasjenige Mitglied sagte man, welches der König Wilhelm durchaus nicht zum Sprecher wollte, ist dadurch an seiner Wahl nicht behindert worden" [2]). Die Whig-Partei in England hegte eine besondere Besorgnis von dem Eindrucke dieser Wahl in Holland, weil bekannt war, daß die Holländer zu den Tories ein sehr geringes Vertrauen hatten. Der König schrieb an Heinsius die Worte: Obwohl die Wahl mit vier Stimmen Mehrheit gegen uns ausgefallen: so hoffe ich darum doch, daß die allgemeinen Angelegenheiten im Parlamente nicht minder wohl gehen werden" [3]). Mündlich äußerte er sich zu Wratislaw: „Wenn meine Freunde durch die Wahl nicht mehr eingeschüchtert werden als ich: so hat es nichts zu bedeuten" [4]). Er bestätigte Harley als Sprecher; aber er gab zugleich der Whig-Partei einen Beweis, daß er sie als seine Freunde betrachte, indem er den Staats-Secretär Hedges entließ. An seine Stelle trat der Graf Manchester, der frühere Botschafter in Paris.

Am folgenden Tage erschien der König im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und verlas seine Thronrede.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 10. Januar 1702.
[2]) Dangeau t. VIII, p. 297.
[3]) Grovestins t. VIII, p. 161.
[4]) Wratislaws Bericht vom 2./13. Januar.

Bevor wir dieselbe vernehmen, erscheint es nicht unwichtig daran zu erinnern, daß der König im Beginne seiner Regierung als Princip ausgesprochen, seine Thronreden selbst abzufassen [1]). Daß er an diesem Principe festgehalten hat, ergibt sich aus dem Gedanken-Austausche zwischen Somers und Sunderland, im Herbste 1701, in welchem der letztere die Meinung ausspricht: es würde besser sein, wenn der König einige der Minister mit der Abfassung seiner Thronrede beauftragte, als daß er sie fertig im Cabinet vorlegte [2]). Daher würde für die Annahme, daß er dies Mal sein Princip verlassen und einen Anderen, etwa Lord Somers, wie oft behauptet ist, mit der Abfassung beauftragt habe, ein starkes Zeugnis erforderlich sein. Ein solches liegt nicht vor. Dagegen wird man an dem Inhalte dieser Rede, der letzten und gewichtigsten, die der König Wilhelm gehalten, und zugleich vielleicht der bedeutendsten überhaupt, die jemals ein König von England zu seinem Parlamente gesprochen, zu prüfen haben, ob es denkbar, daß eine solche Wucht der Rede von einem Minister einem Könige in den Mund gelegt werden kann. Es darf zugleich im voraus bemerkt werden, daß die Berichte der Gesandten keinen Zweifel darüber zulassen, daß sie die Rede als das volle individuelle Eigenthum des Königs ansehen, daß ihnen ein anderer Gedanke darüber gar nicht kommt. Darum hat in aller Beziehung die Rede für die Nachwelt den Werth einer Urkunde des Waltens und Wollens von König Wilhelm III., eines geschichtlichen Actenstückes ersten Ranges. Die Rede lautet wie folgt [3]).

„Mylords und Herren. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Ihr bei Eurem Zusammentreten hier erfüllt seid mit der Würdigung der allgemeinen Gefahr für Europa, und mit derjenigen Entrüstung über das neuliche Verfahren des französischen Königs, welche sich in den loyalen und rechtzeitigen Adressen meines Volkes so nachdrücklich und so allgemein kundgegeben hat."

„Den vorgeblichen Prinzen von Wales als König von England anerkennen und erheben zu wollen, ist nicht bloß die höchste Kränkung, die mir und der gesammten Nation zugefügt werden kann, sondern

[1]) Die Stelle aus Oldmixon in Commons Debates t. II, p. 353.

[2]) Hardwicke's Collection of Statepapers t. II, p. 459.

[3]) Commons Debates t. III, p. 183.

berührt auch Jedermann, der Antheil nimmt an der protestantischen Religion oder der gegenwärtigen und zukünftigen Ruhe und Wohlfahrt unseres Landes, so sehr nahe, daß es nicht einer Aufforderung an Euch bedarf, Euch die Sache ernstlich zu Herzen zu nehmen und zu erwägen, welche fernere wirksame Mittel anzuwenden sind, um die Thronfolge in der protestantischen Linie zu sichern, und die Hoffnungen aller Prätendenten und ihrer offenen oder geheimen Anhänger zu ersticken."

„Dadurch, daß der französische König seinen Enkel auf den Thron von Spanien gesetzt, befindet er sich im Stande, wenn nicht schleunige und wirksame Gegenmaßregeln getroffen werden, das gesammte übrige Europa unter sich zu beugen. In diesem Streben ist er der wirkliche Herr der spanischen Monarchie geworden. Er hat sie völlig von Frankreich abhängig gemacht, und verfügt über sie wie über seine eigenen Länder. Dadurch hat er seine Nachbarn in solcher Art umringt, daß, wenn auch der Friede dem Namen nach fortbestehen mag, sie dennoch den gleichen Ausgaben und Beschwerden ausgesetzt sind, wie im Kriege. Dies berührt England in nächster und fühlbarster Weise, zuerst in Betreff unseres Handels, welcher bald in seinen werthvollsten Verzweigungen gefährdet sein wird; dann in Betreff unseres Friedens und unserer Ruhe daheim, auf deren Fortdauer wir nicht lange zu hoffen haben; endlich in Betreff des Antheils, welchen an der Erhaltung der Freiheit Europas zu nehmen unserem Königreiche gebührt."

„Um daher die allgemeine Calamität abzuwenden, mit welcher diese überwachsende Macht Frankreichs die übrige Christenheit bedroht, habe ich, entsprechend der Aufforderung, welche beide Häuser des Parlamentes an mich gerichtet, verschiedene Allianzen geschlossen, welche ich dem Parlamente vorlegen lassen werde. Ich hege keinen Zweifel, daß Ihr mich in den Stand setzen werdet die darin gegebenen Zusagen zu erfüllen."

„Es sind noch einige andere Verträge in Unterhandlung, die gleichfalls, sobald sie abgeschlossen sind, Euch vorgelegt werden sollen."

„Denn es ist hier der geeignete Ort, Euch daran zu erinnern, daß die Augen von ganz Europa gerichtet sind auf dieses Parlament, daß man überall die Dinge in der Schwebe erhält, bis man Euere Beschlüsse kennt, und daß darum keine Zeit verloren werden darf."

„Ihr habt nun durch Gottes Segen die günstige Gelegenheit Euch und Eueren Nachkommen den ruhigen Besitz Eurer Religion und Eurer Freiheiten zu sichern, wenn Ihr nur Euch selbst nicht fehlen, sondern die alte Kraft der englischen Nation bethätigen wollt. Aber ich sage Euch offen meine Meinung: wenn Ihr nicht diese Gelegenheit ergreift, so habt Ihr keinen Grund auf eine andere zu hoffen."

„Um das Eurige zu thun, ist es nothwendig stark zur See zu sein, und Sorge zu tragen für die Sicherheit unserer Schiffe in den Häfen, so wie zugleich auch eine Landmacht zu besitzen, welche im richtigen Verhältnisse steht zu derjenigen unserer Verbündeten."

„Meine Herren vom Unterhause, ich empfehle Euch diese Angelegenheiten mit dem Nachdrucke und dem Ernste, den ihre Wichtigkeit erfordert. Zugleich lege ich Euch dringend ans Herz Sorge zu tragen für den öffentlichen Credit, welcher aufrecht erhalten werden kann nur durch die gewissenhafte Beobachtung des Grundsatzes, daß das Vertrauen auf eine Parlaments-Sicherheit niemals Verlust bringt."

„Es thut mir immer leid, wenn ich Steuern von meinem Volke verlangen muß; aber Ihr werdet beachten, daß ich nichts verlange, was meine persönlichen Ausgaben betrifft. Ich mahne Euch lediglich, in einer so kritischen und gefährlichen Zeit alles was Ihr vermögt, zu thun für Euere eigene Sicherheit und Euere Ehre. Und ich bin des Willens, daß alles was Ihr gebt gänzlich für die Zwecke verwendet werden soll, für die es bestimmt wird."

„Da ich diesen Punct anrege, so halte ich es für geeignet daran zu erinnern, daß während des vergangenen Krieges es mein Wille war, dem Parlamente jährlich die Rechnungen vorzulegen, so wie daß ich mehreren Bills über die Abnahme der öffentlichen Rechnungen meine Zustimmung gab, damit meine Unterthanen die Genugthuung hätten zu ersehen, wie das für den Krieg bewilligte Geld verwendet wurde. Mein Wille nun ist, daß die Angelegenheit auch ferner in jeglicher Weise geprüft werden soll, damit es zur Klarheit komme, ob eine ungerechtfertigte Verwendung und Unterschleif stattgefunden, oder ob die Schuld, welche uns von da her geblieben, wirklich erwachsen ist aus nicht zureichender Bewilligung oder der Unzulänglichkeit der dafür angewiesenen Mittel."

„Ich habe Euch bereits gesagt, wie nothwendig die Beschleunigung ist, um das große Werk der öffentlichen Angelegenheit zu erledigen, auf

welchem, wie unsere Sicherheit, so auch alles was uns theuer ist, beruht. Ich hoffe, daß die Zeit, welche man gewinnen kann, verwendet werden wird für die anderen wünschenswerthen Angelegenheiten, welche ich so oft vom Throne Euch empfohlen habe: nämlich gute Bills zu errichten zum Zwecke der Beschäftigung der Armen, zur Ermuthigung des Handels, zur Beseitigung des Lasters."

„Mylords und Herren, ich hoffe, daß Ihr zusammengetreten seid mit dem Entschlusse alle Arten von Zwistigkeiten und Reibungen zu vermeiden, mit dem Vorsatze dagegen in allgemeinem und herzlichem Zusammen-Wirken das Gemeinwohl zu fördern. Denn das allein kann diese Session zu einer glücklichen machen."

„Nach meiner Ansicht wäre es ein so großer Segen, wie nur je England widerfahren kann, wenn ich Euch ansehen könnte als eben so geneigt, die unglücklichen, unheilvollen Animositäten hintanzulassen, welche Euch zertheilen und schwächen, wie ich bereitwillig bin alle meine Unterthanen sicher und unbesorgt zu machen in Betreff aller, auch der höchsten Kränkungen, die gegen mich begangen sein mögen."

„Gestattet mir daher Euch zu beschwören, daß Ihr die einzige Hoffnung unserer Feinde vereiteln wollet, nämlich durch Euere Einigkeit. Ich habe dargethan und werde ferner darthun, wie sehr ich wünsche der gemeinsame Vater meines ganzen Volkes zu sein. Mögt Ihr in gleicher Weise alles Parteiwesen, alle Zertrennung bei Seite setzen! Möge in Zukunft von keinem anderen Unterschiede unter uns gehört werden, als demjenigen der Anhänger der protestantischen Religion und der gegenwärtigen Verfassung, und der Parteigänger eines papistischen Prinzen und einer französischen Regierung!"

„Ich füge nur noch hinzu, daß, ob Ihr mit aufrichtigem Ernste die Wage Europas in den Händen Englands zu sehen wünscht, und selber in erster Linie das protestantische Interesse vertreten wollt, sich daran zeigen muß, daß Ihr die Gunst der gegenwärtigen Gelegenheit richtig benutzt."

Während der Rede hob sich die Stimme des Königs mit solchem Nachdrucke, daß die Mitglieder des Parlamentes mit Verwunderung bei sich fragten, wie es möglich sei, daß die schwache Brust diese Anstrengung aushalte [1]).

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 2./13. Januar.

Die kaiserlichen Gesandten hätten gewünscht, daß der König es hätte unterlassen können, die Gefahr für die protestantische Religion hervorzuheben; aber sie erkannten an, daß bei den Vorurtheilen der englischen Nation, welche sich die französische Politik und das Papstthum immer in unmittelbarem Zusammenhange vorstellte, der König nicht umhin konnte, diesen wichtigen Hebel für seinen Zweck zu verwenden [1]).

Wir Spätere, die wir die Tragweite der Plane Ludwigs XIV. aus seinen eigenen Worten (S. 23 u. f.) kennen, die wir aus diesen selber ersehen haben, daß sein Trachten dahin ging, durch den Besitz der beiden Monarchien das Haupt der Kirche hinabzudrücken zum Diener des Hauses Bourbon — wir Spätere müssen unser Urtheil dahin fällen, daß Alle diejenigen, welche sich erhoben gegen die Uebermacht des Hauses Bourbon, ob katholisch, ob protestantisch, ob der Kaiser, ob Wilhelm III., ob die Republik Holland — in Wahrheit eintraten für die Freiheit der römisch-katholischen Kirche. Für diese war Ludwig XIV. ein ungleich mehr gefährlicher Feind als alle Protestanten zusammen. Indem Wilhelm III. und die Engländer für ihren Protestantismus einzutreten Willens waren, handelten sie subjectiv in gutem Glauben. Aber nicht Worte entscheiden über die Realität der Dinge, sondern die Realität steht über den menschlichen Worten. Und in der Realität leisteten die Engländer von 1702 für die Freiheit, nicht bloß die eigene politische, sondern die sittliche des Menschengeschlechtes, deren erster Vertreter auch Clemens XI. verblieb, ungeachtet aller seiner politischen Misgriffe — mehr als ihnen selber klar wurde, noch auch werden konnte.

In Wirklichkeit indessen verliert die Thronrede Wilhelms III., auch wenn man sich die wenigen Worte über die Religion hinweg denkt, nichts an ihrer Kraft. Die Anerkennung des Außerordentlichen dieser königlichen Worte klingt indirect sogar herdurch in der kurzen Weise, mit welcher man sie am Hofe von Versailles abzuthun suchte. „Der König Wilhelm, hieß es dort, hat eine große Rede gehalten,

---

[1]) Im Berichte Hoffmanns: Obzwar zu wünschen gewesen wäre, daß der König nicht so viel von der Gefahr der protestantischen Religion geredet, so hat er sich doch dieses stimuli, welcher bei dem gemeinen Pöbel der ausgiebigste, bedienen müssen, um die Nation ad suos fines politicos zu bringen.

durch die er trachtet das englische Parlament wider Frankreich zu erregen" [1]). Auf der anderen Seite dagegen fand die Kraft und die Wucht dieser Thronrede die volle und allgemeine Anerkennung. „Die Beweisführung des Königs, sagt Wratislaw, ist so klar, so vollständig, so scharf, daß sie keiner weiteren Auslegung bedarf. Nicht das Geringste ist darin vergessen, und jeder einzelne Gedanke, wie das Ganze legt Zeugnis ab für seinen Ernst und seinen Eifer." Der Gesandte fügt hinzu, daß er nicht vermöge zu beschreiben, mit welchem allgemeinen Beifalle die Rede in der Stadt London aufgenommen sei. Einzelne Puncte traten dabei besonders hervor, zunächst der Vorschlag des Königs die Geldrechnungen des vorigen Krieges zu prüfen [2]). Mit nicht geringerer Freude ward unter der Bevölkerung die eindringliche Mahnung gegen das Parteitreiben und die Animosität vernommen. In dem Satze: Let me conjure you to disappoint the only hopes of our enemies by your unanimity, erschien das Wort conjure als der eigenste Ausdruck des Königs, indem man sich dachte, daß er dieses Wort, im Englischen weniger gewöhnlich als im Französischen, im Originale der Rede gebraucht, und bei der Uebersetzung auf die Beibehaltung gedrungen habe [3]).

Der wichtigste Punct in der Thronrede war die Hervorhebung der französischen Anerkennung des Prinzen Jacob in St. Germain. Der wider den König von Frankreich zu führende Krieg erhielt dadurch ein neues, ein specifisch englisches Object. Nach dem Wortlaute der Allianz vom 7. September 1701 hatte England sich nur als eine Hülfsmacht des Kaisers und der Republik zu bethätigen, um den König von Frankreich zu nöthigen, den Ansprüchen jener Mächte Genüge zu leisten. Wenn aber das Parlament die Gedanken der Thronrede des Königs Wilhelm sich zu eigen machte: so trat England nicht bloß zur Hülfe mit ein, sondern als für sich selber kriegführende Macht. Der Krieg betraf dann nicht mehr bloß die spanische Succession, sondern eben so sehr die Sicherung der englischen, gesetzlich festgestellten Thronfolge.

---

1) Dangeau t. VIII, p. 297.

2) Sonderlich gefallet zum höchsten der Vorschlag u. s. w., sagt Wratislaw.

3) Hoffmanns Bericht vom 30. December/10. Januar 1702.

Wie auf England selbst, so war die Voranstellung dieses Objectes auch auf auswärtige Mächte berechnet, ganz besonders auf Portugal. Man hoffte, daß Portugal den Vertrag, den es mit Frankreich eingegangen, wieder lösen könne durch die Berufung auf den neuen Incidenz-Punct, welcher die Sachlage verändere [1]). Denn der König von Portugal hatte vermieden irgend einen Schritt zu thun, der wie eine Billigung jener Anerkennung in St. Germain angesehen werden konnte.

Es kam also darauf an, wie sich das Parlament zu der Thronrede verhalten würde.

Das Unterhaus beschäftigte sich die ersten Tage hindurch mit den Wahlprüfungen. Das Oberhaus, nicht gehemmt durch Formalitäten solcher Art, antwortete sofort, und zwar so, daß die Adresse völlig der Thronrede entsprach, und namentlich in Betreff der Anerkennung des Prinzen in St. Germain sich die Gedanken des Königs vollaus aneignete. Es kam dazu, daß die Adresse von zwei Tories, dem Marquis Normanby und dem Grafen Nottingham, beantragt und vom Hause einstimmig angenommen war. „Es geht der Adresse nichts Anderes ab, meldet der Graf Wratislaw, als daß sie nicht vom Unterhause herrührt" [2]).

Das Oberhaus begnügte sich nicht mit der einen Adresse: es verfaßte noch eine zweite. Der Unterschied von der ersten ist, daß die zweite besonders die spanische Angelegenheit ins Auge faßt. Indem sie die Gefahren hervorhebt, welche aus der Besetzung des Thrones von Spanien mit einem französischen Prinzen erwachsen, sucht sie, wie sie ausdrücklich sagt, die Worte der Thronrede möglichst festzuhalten. Dann aber geht sie weiter bis zu dem Satze: „Ew. Majestät, so wie Ihre Unterthanen und Ihre Bundesgenossen, können niemals sicher

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. December/10. Januar 1702.

[2]) Bericht vom 6./17. Januar 1702. Das Werk Lord Debates vol. II, p. 32 sagt: (The royal speech) was answered first by a joint address of both Lords and Commons and then by each House apart. Dies dürfte nicht richtig sein. Die vermeintliche joint address ist vielmehr die erste des Oberhauses. Denn die in jenem Werke gedruckte Adresse, dort als die eigene des Oberhauses bezeichnet, gedenkt nicht der Anerkennung des Prinzen in St. Germain. Auf diese aber legte, nach den Berichten von Wratislaw und Hoffmann, die überreichte Adresse den stärksten Nachdruck im Sinne des Königs. Demnach ist die dort abgedruckte Adresse die zweite.

sein, als bis das Haus Oesterreich in seine Rechte hergestellt und der Eindringling der spanischen Monarchie zur Vernunft gebracht ist"[1]).

Die Adresse des Unterhauses, einige Tage später, entsprach völlig der ersten des Oberhauses. Sie erwähnte nicht einmal die europäische Verwickelung in Folge der spanischen Succession, sondern beschäftigte sich lediglich mit der Anerkennung des Prinzen in St. Germain. „Und wir sind fest und einstimmig entschlossen, sagte sie, die Succession zu der kaiserlichen Krone dieses Königreiches und seiner Nebenländer so aufrecht zu erhalten, wie sie für die protestantische Linie durch die Bill of Rights festgestellt und durch die Successions-Acte des vergangenen Jahres näher bestimmt worden ist. Und, um dies desto besser durchzuführen, wollen wir nach äußerstem Vermögen Ew. Majestät in den Stand setzen alle Allianzen zu erfüllen, welche Sie geschlossen haben oder ferner schließen werden, gemäß den Adressen und dem Rathe des loyalen und pflichttreuen Hauses der Gemeinen im vorigen Parlamente, um die Freiheiten Europas zu bewahren, und die überwachsende Macht Frankreichs zu beschränken."

Der König erwiederte mit seinem Danke: „Euere Einstimmigkeit bei dieser Adresse erhöht nicht wenig meine Befriedigung damit. Ein solcher Schritt steigert die Hoffnungen aller derer, welche für England und die gemeine Sache wohlwollend gesinnt sind. Ich kann nur wünschen, daß Ihr fortfahret, wie Ihr begonnen habt. Darauf verlasse ich mich"[2]).

Und nicht mehr, wie früher so oft, war dies Mal das dem Rathspensionär Heinsius gegenüber geäußerte Urtheil des Königs verschieden von dem öffentlich gesprochenen. Das Eine stimmte völlig zu dem Anderen. „Der Courier, meldet der König an Heinsius, am 2./13. Januar, wird Ihnen die guten Beschlüsse überbringen, welche gestern und heute in beiden Häusern gefaßt sind: man konnte einen erfreulicheren Anfang nicht wünschen. Möge der Allmächtige auch zu dem Ferneren seinen Segen geben!"[3])

---

[1]) Lord Debates vol. II, p. 33. The invader of the S. monarchy brought to reason.

[2]) Commons Debates t. III, p. 186.

[3]) Grovestins t. VIII, p. 163.

Die Adresse ist deshalb von höchstem Gewichte, weil sie sowohl positiv, als negativ durch das Schweigen über die spanische Sache, darthut, daß das Unterhaus völlig auf den Gedanken des Königs eingeht, nicht als Hülfsmacht für den Kaiser in Folge der Allianz, sondern principiell für sich selber in den Krieg einzutreten. Von diesem Gesichtspuncte aus ist die spätere Benennung des Krieges als desjenigen um die spanische Succession in Bezug auf England nur halb zutreffend. Gemäß der Intention, die sich in der Thronrede, wie derselben entsprechend in der Adresse des Unterhauses kund gibt, würde für England richtiger sein die Benennung: der Krieg für die Sicherung der englischen Thronfolge gemäß den Beschlüssen des Parlamentes.

Dieser Einstimmigkeit gegenüber erscheint die Frage gerechtfertigt, ob es denn keine Jacobiten mehr gab. Wir vernehmen die Antwort von dem kundigen Augenzeugen Hoffmann: „Obwohl es an übelgesinnten Persönlichkeiten im Unterhause nicht mangelt, so ist doch die Besorgnis gegen den kundbaren Willen der Nation anzugehen, so mächtig, daß Niemand sich getraut irgend welche Opposition zu machen, zu geschweigen, daß diejenigen, die es wagten, sich nur nutzlos bloßstellen würden" [1]).

Im Namen des Königs legte der Staats-Secretär Vernon dem Unterhause die Verträge vor, namentlich den wichtigsten, der großen Allianz vom 7. September 1701. Seymour von der Tory-Partei erhob dagegen den Einwand, daß, da die Anerkennung des Prinzen in St. Germain als Königs von England erst nach dem Abschlusse dieser Allianz geschehen, es vor allen Dingen nöthig sei, den König durch eine Adresse zu ersuchen: er wolle einen Zusatz-Artikel zu dem Vertrage zu Wege bringen, durch welchen, eben so wie England für das Interesse des Kaiserhauses in Bezug auf Spanien eintrete, auch der Kaiser seinerseits sich für die Sicherheit von England gegen den Prätendenten in St. Germain verpflichte, und daher verspreche, sich nicht in einen Vergleich mit Frankreich einzulassen, bis diese Macht von der Anerkennung des Prinzen zurückgetreten sei [2]).

Der Gedanke, den Seymour hier aussprach, war nicht mehr neu. Bereits einige Tage zuvor hatte Marlborough dem Gesandten Wratislaw

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9./20. Januar.

[2]) Desgleichen.

eine Andeutung in dem Sinne gemacht und die Einwände zu bekämpfen gesucht. Um so eher mochte Seymour glauben, im Unterhause auf eine Zustimmung rechnen zu dürfen, die dann zum mindesten einen Aufschub zur Folge haben würde, und vielleicht gar, im Falle einer Weigerung von Seiten des Kaisers, noch viel mehr. Aber die Landedelleute wollten nichts wissen von einem Aufschub. Sie hießen die Verträge gut. So am 7./18. Januar. Sie beschlossen demgemäß dem Könige Subsidien zu bewilligen. Sie erneuerten diesen Beschluß zwei Tage später, am 9./20., und zwar fast einstimmig. Denn nur Einer widersprach, weil er, wie er sagte, nichts hören wolle von Krieg, als etwa zwischen Schweden und Moscovien. Man bewilligte zunächst die Mittel zum Unterhalte von 40,000 Seeleuten. Damit sei es für dies Mal genug, meinten einige Tories: die Frage eines Landheeres sei an einem anderen Tage vorzunehmen. Dies ward abgelehnt. Das Unterhaus beschloß sofort die Mittel für ein Landheer von 40,000 Mann zu bewilligen, also ganz entsprechend dem Wunsche des Königs.

„Ich muß gestehen, schließt Hoffmann seinen Bericht, daß, so gute Meinung und Hoffnung ich von diesem neuen Parlamente geschöpft hatte, ich mir doch nimmer vorher hätte in den Sinn kommen lassen, daß die Frage eines Landheeres ohne Opposition erledigt werden könnte."

Ein Beschluß dieser Art drängte den anderen. Seit Menschengedenken hatte man nicht eine solche Beschleunigung der Geschäfte im Parlamente gesehen. Das Unterhaus, das in anderen Zeiten täglich sieben bis acht Stunden berathschlagte, saß nun selten über zwei Stunden und beschäftigte sich nur mit der Kriegesverfassung. „Von der Stärke der Parteien, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, kann man zur Zeit nicht reden. Es ist keine Opposition da" [1]).

Die Sachen standen sogar so, daß von Seiten der Whig-Partei gewünscht wurde, daß von der Tory-Partei aus ein Widerspruch gegen die Bewilligungen für den Krieg erfolge. Denn dadurch, meinten jene, würde die Tory-Partei sich in sich selber zersetzen, würde namentlich die Landedelleute verlieren, welche durchaus den Krieg wollten. Die Tories selber dagegen machten kein Hehl daraus, daß sie sich ihren

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13./24. Januar 1702.

Wählern hatten verpflichten müssen, in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten allen Wünschen des Königs zu entsprechen [1]).

Bei einer inneren Angelegenheit dagegen ward sofort wieder die Parteistellung sichtbar. Es handelte sich um die Wahl in Maidstone, die streitig war zwischen Colepepper und Bliss. Der erstere war einer der Urheber der Kenter Petition, welche dem Unterhause von 1701 so großen Anstoß gegeben. Die Mehrheit des Unterhauses von 1702 handelte entsprechend derjenigen von 1701. Sie begnügte sich nicht die Wahl Colepeppers zu verwerfen, sondern überwies ihn auch wegen der verleumderischen Anklage, die er als Beförderer jener Petition gegen das vorige Unterhaus erhoben, als seien Mitglieder desselben durch französisches Geld erkauft, der gerichtlichen Verfolgung. Die Mehrheit für diesen Beschluß betrug bei der ersten Abstimmung 28, bei der zweiten stieg sie auf 46. Einige Whigs sprachen offen aus, daß sie für den Beschluß gestimmt, und zwar, wie sie sagten, propter justitiam causae. Im allgemeinen jedoch schien durch das Ergebnis namentlich der zweiten Abstimmung, die Thatsache festgestellt, daß dennoch die Tory-Partei im Unterhause die Mehrheit besaß [2]).

Differenzen solcher Art hinderten indessen nicht das einmüthige Vorgehen des Unterhauses wider Frankreich und den Schützling desselben in St. Germain. Und zwar sind die Schritte in dieser Richtung doppelt, daheim und nach außen.

In der ersteren Richtung wurde im Unterhause der Antrag gestellt, eine Bill einzubringen für die fernere Sicherheit der Person des Königs, für die Erbfolge der Krone in der protestantischen Linie, und zur Vernichtung aller Hoffnungen des vermeintlichen Prinzen von Wales und seiner Anhänger. Der Antrag ward ohne Widerspruch angenommen, am 9./20. Januar.

Das Oberhaus beschäftigte sich mit derselben Angelegenheit. Es brachte eine Bill zu Stande und sendete sie an das Unterhaus. Sie genügte dort nicht. Die Sache ward umfassender aufgenommen. Es hatte sich das Gerücht erhoben, daß der König beabsichtige Veranstaltung zu treffen, daß, mit Uebergehung der Prinzessin Anna, der Kurprinz

---

1) Hoffmanns Bericht vom 20./31. Januar.

2) Desgleichen.

Georg August von Braunschweig-Lüneburg nach ihm zur Krone berufen werde. Es fragt sich also zunächst, wie ein solches Gerücht entstehen konnte.

Thatsächlich steht fest, daß der König nach der Annahme der Successions-Acte in Hannover, bei dem Besuche seines alten Freundes Georg Wilhelm und dessen Enkels, des Kurprinzen Georg August, in Loo im Herbste 1701, das Versprechen gegeben, den Prinzen und die Großmutter, die Kurfürstin Sophie, nach England einzuladen, so wie auch für die Kurfürstin von dem Parlamente ein Jahrgeld zu erwirken. Nach der Rückkehr nach England eröffnete er diese seine Absicht der Prinzessin Anna. Diese jedoch schnitt kurz ab durch die Erwiederung, daß sie eine Hoffnung trage[1]). Was immer der König Wilhelm bei dem Worte denken mochte: er mußte verstummen. Denn, sobald eine Descendenz der Prinzessin da war, stand die Thronfolge des Hauses Hannover wieder in zweiter Linie.

Das Wort der Prinzessin stand, wie die Folgezeit ergeben hat, im Widerspruche mit der Wahrheit. Merkwürdiger Weise war es bereits das zweite Mal, daß sich die Prinzessin Anna durch dieselbe List einer ihr unangenehmen Anforderung entzog. Das erste Mal hatte sie es gethan gegenüber ihrem Vater Jacob II., um nicht Theil nehmen zu müssen an der Verhandlung, durch welche damals Jacob II. die Geburt seines Sohnes zu verificiren gedachte (Bd. IV, S. 170).

Wilhelm III. mußte gegenüber der Aeußerung der Prinzessin seinen Plan, den Kurprinzen Georg August nach England zu rufen, jedenfalls verschieben. Aber auch nur dies. Eine Reihe vertraulicher Aeußerungen der Kurfürstin Sophie in dem Briefwechsel mit ihrer Nichte, der Raugräfin Louise zu Pfalz, thut dar, daß sie noch für lange Zeit, ja selbst über den Tod Wilhelms III. hinaus, eine solche Einladung für sich und für ihren Enkel erwartete[2]). Von einem Plane

---

[1]) Leibniz in einem Berichte für die Kurprinzessin Caroline, vom 3. October 1714: Le roi dit à la princesse Anne qu'il serait à propos de faire venir le Prince Electoral. La Princesse répondit qu'elle était grosse. Cette grossesse ne se trouva point; mais le roi ne vécut guère après cela: autrement il aurait fait venir le Prince.

[2]) Die Correspondenz im gräflich Schonburg-Degenfeld'schen Archive in Eybach in Württemberg.

über die Ansprüche der Prinzessin Anna hinwegzugehen, findet sich in diesen durchaus vertraulichen Aeußerungen keine Spur; vielmehr spiegeln sie für die ersten Monate nach Wilhelms III. Tode noch die Meinung wieder, daß die neue Königin mit ihm übereinstimmend denke.

Jenes Gerücht erscheint daher wie absichtlich im jacobitischen Interesse ausgestreut, zum Zwecke der Erregung von Zwietracht zwischen dem Könige und der Prinzessin Anna. Demnach ist es möglich und wahrscheinlich, daß der Gedanke eine Bill zum Zwecke der Beruhigung der Prinzessin zu errichten, von dem Könige selber ausging. Diese Bill besagte, daß jeder Versuch über das Leben der Prinzessin Anna von Dänemark hinweg zu sehen, eben so verbrecherisch und strafbar sei, wie den Tod des ältesten Sohnes und Thronerben des Königs ins Auge zu fassen [1]).

Praktisch wichtiger war die andere Bill für die Sicherheit der Person des Königs u. s. w. Sie schloß in sich die Abschwörung des vorgeblichen Prinzen von Wales. Hier jedoch ergab sich eine merkwürdige Differenz. Die Tories verlangten die Verpflichtung dem Prinzen abzuschwören als die Bedingung für jegliches Amt, kirchlich oder weltlich; die Whigs wollten den Eid der freien Wahl eines Jeden anheim stellen. Im Oberhause, wo die Frage zuerst angeregt war, entschied die Whig-Mehrheit für die Freiheit der Wahl; im Unterhause trug die Tory-Ansicht mit Einer Stimme, 188 : 187, die Mehrheit davon [2]).

„Wie oft, fügt der beobachtende Hoffmann seinem Berichte hinzu, ist in dieser Nation zur Zeit der Republik dem Könige Carl II. abgeschworen worden!"

Die Bill of Attainder gegen den vorgeblichen Prinzen von Wales, welche jegliche Correspondenz mit ihm zum Hochverrathe stempelte, ward im Unterhause beschlossen und an das Oberhaus entsendet. Dort ward hinzugefügt, daß die Königin in St. Germain, weil sie nach dem Tode Jacobs II. die Regentschaft über England sich angemaßt und Acte derselben ausgeübt, nicht minder als des Hochverrathes schuldig überwiesen sei. Die Königin Marie hatte nämlich eine Declaration erlassen [3]).

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 188.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 20./31. Januar.

[3]) Macpherson's Original papers vol. I, p. 600.

Zwar wies das Unterhaus dann die Clausel ab, und das Oberhaus zog sie in der betreffenden Conferenz zurück. Das Eine wie das Andere jedoch geschah nicht zu Gunsten der Königin, sondern zu dem Zwecke eine eigene Bill gegen sie einzubringen [1]).

Diese Beschlüsse sind für das fernere Schicksal des Hauses Stuart deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil sie die letzte und zwar wohl begründete Hoffnung einer selbständigen Subsistenz abschnitten. Bei Lebzeiten Jacobs II. konnte Wilhelm III. die Zahlung eines Jahrgeldes, unter dem Namen des Witthumes der Königin, an die Wahl eines Aufenthaltes außerhalb Frankreich binden. Mit dem Tode Jacobs II. fiel jeder Rechtsgrund, der Königin selber als Witwe ihr gesetzlich festgestelltes Witthum zu versagen. Dasselbe betrug 50,000 Pfund Sterling. Auch selbst die französische Anerkennung ihres Sohnes als des Königs von England schädigte noch nicht ihr eigenes Recht als Witwe. Erst der selbstthätige Act der bethörten Königin, eine Regentschaft zu beanspruchen und dafür gar jene französische Anerkennung namhaft zu machen, gab nach den Gesetzen von England dem Parlamente das Recht dies Witthum für verwirkt zu erklären. Und damit sank für das unglückliche Haus Stuart jegliche Aussicht anders als von fremder Gnade zu leben. Es war gekettet an die sogenannte Großmuth des Königs von Frankreich, welche gerade eben so lange dauerte, wie die Verwendbarkeit des Hauses Stuart im Dienste der französischen Politik.

Andererseits betrafen die Schritte des Parlamentes gegen den Prinzen in St. Germain die Beziehungen mit den Bundesgenossen.

Jener Antrag des Tory Seymour im Unterhause, an die Zustimmung zu der großen Allianz die Bedingung zu knüpfen, daß der Kaiser sich für England in ähnlicher Weise gegen den Prinzen in St. Germain verpflichte, wie England für ihn in Bezug auf die spanische Succession, war an jenem Tage selbst nicht angenommen worden. Allein dies unterblieb nur, weil der Antrag damals zu stören schien. Bereits am nächsten Tage, dem 10./21. Januar, ward der Beschluß gefaßt, den König durch eine Adresse zu ersuchen: er wolle Sorge tragen, daß den verschiedenen Allianzen ein Zusatz-Artikel beigefügt werde, des Inhalts: es dürfe kein Friede mit Frankreich

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6./17. Februar.

geschlossen werden bis Se. Majestät und die Nation Genugthuung erhalten haben für die große Kränkung, ihnen zugefügt von Seiten des französischen Königs durch die Anerkennung und Erklärung des angeblichen Prinzen von Wales als Königs von England, Schottland und Irland. — Auf diese Adresse erwiederte Wilhelm III.: „Ich werde Sorge tragen Eueren Wunsch zu erfüllen" [1]).

Er ließ durch Marlborough, der schon vorher bei Wratislaw eine Andeutung dieser Art gemacht, und Vernon den kaiserlichen Vertretern Wratislaw und Hoffmann dies Verlangen in officieller Form eröffnen. Wratislaw entgegnete: man bedürfe nicht eines solchen besonderen Artikels, da der Kaiser durch die Allianz an sich schon dieselbe Verpflichtung im allgemeinen auf sich genommen. Marlborough erwiederte, daß dies nicht genüge. Der Zusatz-Artikel sei erforderlich, damit England als Principal-Macht in den Krieg eintrete. Durch die Gewährung des Verlangens werde sich der Kaiser die englische Nation verpflichten und zugleich ihr nahe legen, daß von seiner Wohlfahrt auch die ihrige abhange. Ferner werde der Kaiser auch die Prinzessin Anna von Dänemark sich verbindlich machen und dadurch, für den Fall, daß während des Krieges der Tod den König hinwegnähme, sie nöthigen mit aller Kraft für sein Interesse einzutreten. — Wratislaw hielt entgegen, daß die französische Politik sich einen solchen Artikel zu nutze machen werde, um dem Kaiser bei dem päpstlichen Stuhle und allen katholischen Mächten überhaupt gehässig zu machen. Marlborough erwiederte, daß die Angelegenheit mit der Religion nichts zu thun habe. Die Thronfolge in England sei vorher festgestellt nach den Gesetzen von England: der Kaiser werde sich nur verpflichten nicht zuzugeben, daß Frankreich die Gesetze von England durchbreche. Man werde Sorge tragen, den Artikel so zu fassen, daß er die Religion unberührt lasse [2]).

Wesentlich desselben Inhalts waren die Beredungen zwischen Vernon und Hoffmann. Der letztere hob in seinem Berichte an den Kaiser noch besonders hervor, daß der Antrag im Parlamente von einem Tory gemacht worden, allem Vermuthen nach zu dem Zwecke,

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 187.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 13./24. Januar.

[illegible] zu [illegible], wenn der Kaiser nicht bewillige, und daß daher die Verzögerung in England sehr nachtheilig wirken würde. Auch [illegible] auf das nachdrücklichste: der Artikel solle so gefaßt werden, daß in Betreff der Religion Niemand ein Bedenken dagegen erheben könne [1]).

Es ist sehr merkwürdig, daß, nach dem Vorgange Burnets, die [illegible] englischen Historiker diesem Artikel nur geringe Beachtung geschenkt haben, mehrere sogar ihn nicht einmal erwähnen [2]). Um so wichtiger ist es, die principielle Bedeutung des Artikels klar zu stellen. Er lautet in der von dem Könige von England vorgeschlagenen Form wie folgt [3]).

„Weil nach dem Abschlusse und der Unterzeichnung des zwischen Sr. Kaiserlichen Majestät, Sr. Großbritannischen Majestät und den Hochmögenden Herren Generalstaaten der vereinigten Niederlande, im Haag am 7. September 1701 errichteten Vertrages, der französische König sich herausgenommen, den prätendirten Prinzen von Wales als König von England, Schottland und Irland anzuerkennen und auszurufen, und weil er durch diese That der vorbesagten Königlichen Majestät von Groß-Britannien und der gesammten britischen Nation eine überaus schwere und unwürdige Beleidigung zugefügt hat: so ist zwischen den genannten hohen Verbündeten, Sr. Kaiserlichen Majestät, Sr. Großbritannischen Majestät und den Hochmögenden Herren Generalstaaten der vereinigten Niederlande, durch diesen vorliegenden Artikel, welcher durchaus die gleiche und dieselbe Kraft, Bedeutung und Geltung haben soll, als wenn er dem vorbesagten Bündnisse von Anfang an einverleibt gewesen wäre, die Uebereinkunft getroffen und beschlossen worden, daß überhaupt kein Friede mit Frankreich eingegangen werden soll, bevor der genannten Königlichen Majestät von Groß-Britannien für diese sehr schwere Beleidigung eine Genugthuung widerfahren ist."

---

[1]) Bericht Hoffmanns vom 13./24. Januar.

[2]) Burnet p. 697 (edition 1857) erwähnt die Sache ganz kurz. — Aehnlich Coxe in dem Werke: The life of Marlborough t. I, p. 105, ohne die principielle Bedeutung zu würdigen. — Aehnlich kurz Somerville p. 558. — Lord Stanhope in Reign of Queen Anne p. 32, erwähnt die Sache nicht einmal.

[3]) Anlage IV.

Da die geringe Geneigtheit des Grafen Wratislaw für diesen Artikel kund wurde, so begaben sich auch viele Parlaments-Glieder zu ihm. Sie brachten dieselben Gründe vor wie Marlborough. Es müsse dem Kaiser alles daran liegen, daß England nicht als Hülfsmacht, sondern als Principalmacht in den Krieg eintrete. Da nun die englische Nation willig sei alles aufzuwenden, um das Interesse des Kaisers bei der spanischen Angelegenheit zu befördern: so dürfe der Kaiser kein Bedenken tragen, für die innere Ruhe des Königreiches England sich zu verbünden. Denn mit der Religion habe dies nichts zu thun. Weigere aber dennoch der Kaiser, so werde er dadurch bei den Engländern das Mistrauen erwecken, daß, nach dem Tode des Königs Wilhelm, die Katholiken in England eine Erhebung beabsichtigten. Und dieses Mistrauen würde sofort eine schärfere Verfolgung der Katholiken in England nach sich ziehen [1]).

Zu diesen Vorstellungen von England aus kamen in Wien diejenigen vom Haag. Der Graf Goes meldete, daß der Rathspensionär Heinsius dem Zusatz-Artikel völlig beistimme. Demnach verlangte der Kaiser Leopold das Gutachten seiner dazu deputirten Räthe. Dasselbe drängt sich zusammen wie folgt.

„Die Deputation hätte lieber gesehen, wenn dieser Artikel vermieden werden könnte. Denn obwohl E. K. M. an den wider den Prinzen von Wales gemachten Gesetzen keinen Antheil haben, noch auch dieselben hindern können, ferner die Allianz geschlossen worden ist, bevor der Sterbefall in St. Germain und die Anerkennung des Prinzen dort eingetreten, E. K. M. endlich auch diesem zur Krone von England zu verhelfen nicht schuldig sind: so kann man doch unseres Ortes nicht umhin, ihn für den ehelichen Sohn Jacobs II. und demnach für den rechtmäßigen Erben der Krone zu halten, der, wenn er die Religion verändern wollte, ohne Zweifel noch einen großen Anhang finden und sich ziemliche Hoffnung machen dürfte, die Krone wieder zu erlangen. Jener Artikel dagegen scheint nach sich zu ziehen, daß E. K. M. sich verbünden würden, mit den Waffen dagegen einzutreten, daß der Prinz sein rechtmäßiges Erbe wieder erlange. Und dies dürfte E. K. M.

---

[1]) Die sämmtlichen Berichte des Grafen Wratislaw vom 13. Januar bis 26. Februar behandeln diese Frage des Zusatz-Artikels.

bei Sr. Päpstlichen Heiligkeit und bei anderen katholischen Potentaten nicht wohl aufgenommen werden" [1]).

„Indem aber die Deputation E. K. M. anheim gibt, über diesen Punct einen oder anderen einsichtigen Theologen zu befragen, hat sie für die Zustimmung zu dem vorliegenden Artikel die nachfolgenden Gründe vorzubringen."

„Zunächst haben E. K. M. der englischen Nation keine Gesetze vorzuschreiben."

„E. K. M. haben nicht mitgewirkt, weder zu der jetzigen Exclusion des Prinzen von Wales, noch früher zur Entthronung des Königs Jacob, noch zur Einsetzung des Königs Wilhelm."

„Es steht nicht in der Macht E. K. M., die englische Nation zu zwingen, den Prinzen als König anzunehmen."

„Auch sind E. K. M. in keiner Weise dazu verpflichtet."

„Vielmehr liegt es E. K. M. ob für die Sicherheit der eigenen Länder zu sorgen, und daher zu verhindern, daß nicht derjenige auf den Thron von England komme und die Macht zu schaden erlange, welcher unfehlbar dem Feinde anhangen und darum E. K. M. selbst ein immerwährender Feind sein würde."

„Durch die Verwerfung des verlangten Artikels würden E. K. M. der katholischen Religion geringen Vortheil bringen, dagegen weit mehr schaden, weil die englische Nation das Mistrauen fassen würde, daß die Katholiken eine Erhebung beabsichtigten, und unter diesem Vorwande sie noch schärfer als bisher, und nach der ganzen Härte der englischen Gesetze behandeln würde."

„Ferner ist auch dieser Artikel ganz allgemein gefaßt, enthält nicht die Ausschließung des Prinzen von Wales für immer, sondern besagt lediglich, daß dem Könige von England und der Nation für die ihnen durch die Anerkennung des Prinzen widerfahrene Beleidigung eine Genugthuung zu Theil werden soll."

„Nun kann aber die Thatsache dieser Beleidigung durch die Anerkennung des Prinzen, als welche im Widerspruche steht mit dem Ryswycker Frieden, nicht verneint werden."

---

[1]) Protokoll der Conferenz vom 3. und 8. März.

„Ferner ist zu erwägen, daß nur kraft dieses Artikels der König von England als Principalmacht in den Krieg eintritt, und daß daher, wenn E. K. M. diesen Artikel ablehnen, Frankreich sich darüber abermals mit England eben so leicht vergleichen könnte, wie es in den Zeiten Cromwells geschehen ist, indem es wie damals Carl II., so nun den Prinzen von Wales hinaustriebe."

„E. K. M. können, für die Dauer dieses Krieges, dem Prinzen weder helfen noch schaden. Dagegen dürften sich nach dem Ende desselben oder auch bei dem künftigen Friedensschlusse selbst Incidenz-Puncte ergeben, welche die Verpflichtung dieses Artikels aufzuheben geeignet sind."

„Demnach fällt der Beschluß dahin aus, daß genannter Artikel, wenn er nicht zu vermeiden, angenommen werden möge, jedoch nicht mit der Bezeichnung des prätendirten Prinzen von Walis (praetensus Walliae princeps), sondern daß gesetzt würde: es solle kein Friede eingegangen werden, bis nicht die dem Könige und der Nation von England durch die von dem Könige von Frankreich, wider den Ryswycker Frieden, ausgesprochene Anerkennung eines anderen Königs widerfahrene Beleidigung gut gemacht sei. Ueber diese Aenderung und über das Bedenken E. K. M., den Prinzen von Wales als suppositítius zu bezeichnen, haben die Engländer sich um so weniger deshalb zu beschweren, weil ihnen erinnerlich sein wird, wie sehr sie sich gesträubt haben, in dem Vertrage der Allianz das unzweifelhafte Recht E. K. M. auf das Erbe der spanischen Monarchie anzuerkennen, und daß sie statt dessen immer nur von Ansprüchen geredet haben."

Die Darlegung ergibt, daß ein hauptsächlicher Einwand der kaiserlichen Räthe entspringt aus einer Unkunde des englischen Staatsrechtes in Betreff des Prinzen von Wales. Auch der Graf Wratislaw in England hielt entgegen: der Kaiser könne nicht die Geburt des Prinzen von Wales in Zweifel ziehen. Er, wie die kaiserlichen Räthe in Wien, vermeinten demnach, daß der Titel des Prinzen von Wales sich binde an die Geburt. Marlborough und Vernon erwiederten, daß der Titel sich nicht beziehe auf die Geburt, sondern erfolge durch Ernennung. Niemand könne den Titel des Prinzen von Wales führen als der rechtmäßige und nächste Erbe der Krone. Da nun aber vielfache Parlaments-Acten dem Prätendenten in St. Germain dieses Recht absprächen: so sei der prätendirte (praetensus) Prinz von Wales die einzig richtige

Bezeichnung. Der Name dagegen: Prinz von Wales, ohne den Zusatz, würde die Anerkennung des Rechtes der Thronfolge in sich schließen, der König von England also durch die Bezeichnung eines princeps Walliae ohne das Wort praetensus in Widerspruch mit sich selber gerathen [1]).

Diese Darlegung schlug indessen in Wien nicht durch. Der Kaiser konnte sich von dem Gedanken nicht lossagen, daß das Wort praetensus ausgelegt würde wie synonym mit supposititius. Er gab dem Inhalte des Zusatz-Artikels seine Zustimmung, nur mit der Bedingung, daß der Sohn Jacobs II. in demselben auf eine andere Weise bezeichnet würde als praetensus princeps Walliae. Die Engländer dagegen beharrten bei ihrem Verlangen. In diesem Zustande blieben die Dinge bis über den Tod des Königs Wilhelm III. hinaus.

Unterdessen bewegten sich die Dinge in England fort in der betretenen Bahn. In den Beschlüssen nach außen hin trat im Parlamente eine Differenz so wenig hervor, daß man in Versailles sagte: dies sei das unterwürfigste Parlament, welches der König Wilhelm je gehabt [2]). Von der Tory-Partei im Unterhause vernahm man die Rede: alles was bisher Gutes geschehen, sei von ihnen ausgegangen. „Der liebe Gott, sagt Hoffmann in seinem betreffenden Berichte, wolle beide Parteien lange in diesem Wetteifer erhalten. Auch die Convocation der Hochkirche hier hat eine gute Adresse eingereicht." „In der That, fügt er dann hinzu, ich habe bisher hier noch keinen einzigen Menschen gegen den Krieg reden hören" [3]).

Dennoch brachte dieser Eifer der Tories ihnen die Neigung des Königs nicht zurück. Ihr hauptsächlicher Führer, der Graf Rochester, traf zu Ende Januar aus seiner Statthalterschaft von Irland in London ein. Er war nicht, wie vorher Godolphin, bereitwillig, um seine Entlassung nachzusuchen. Deshalb ließ der König ihm durch Lord Jersey ankündigen, daß er seiner Dienste nicht mehr bedürfe. Erst dieser Schritt ward als durchschlagend angesehen, daß der König mit den Whigs gehen wolle [4]).

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 18. Februar.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 311.

[3]) Bericht vom 23. Januar/3. Februar.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 27. Januar/7. Februar. Auch für das Folgende.

„Welche Wirkung dieser Schritt auf die Tory-Partei ausübt, meldet Hoffmann, ist leicht zu begreifen. Dennoch ist nicht zu besorgen, daß die allgemeine Sache wider Frankreich dadurch leiden werde. Denn die Strömung in den Gemüthern des Volkes ist so stark, daß Niemand wagen wird sich ihr zu widersetzen. Auch ist dies durchaus nicht die Absicht der Tories. Ihr Plan ist vielmehr, durch die einmüthige Bewilligung alles dessen, was der König für den Krieg verlangen mag, sich mit der Nation auf guten Fuß zu setzen, in der Hoffnung, daß aus der Kriegführung selbst oder den erforderlichen Auflagen irgend ein Anlaß zur Beschwerde erwachsen werde, mittels deren sie das Volk gewinnen und sich wieder ans Steuerruder schwingen können."

Der Plan, den Hoffmann hier zeichnet, trat erst um neun Jahre später ins Leben. Damals hatte die Tory-Partei noch einen anderen vor, den wir sehr bald kennen lernen werden.

Zunächst erfolgte ein gewichtiger Beschluß des Unterhauses im Sinne der Thronrede. Am 14./25. Februar gab das Unterhaus die Erklärung, daß es einstehe für alle Vorschüsse, die der Regierung des Königs Wilhelms III. dargeliehen worden, an Capital und Zinsen. Der Beschluß, indem er den Credit aufs neue befestigte [1]), und zwar am Vorabende eines Krieges von unabsehbarer Tragweite, ist ein merkwürdiges Zeugnis für das moralische Selbstbewußtsein der englischen Nation.

Allein darum war nicht Friede zwischen den Tories und den Whigs.

Wir gelangen vielmehr hier an einen sehr wichtigen Vorgang in dem parlamentarischen Leben der englischen Nation, welcher, von den zeitgenössischen Historikern [2]) nur kurz berührt, von den späteren der Regel nach nicht weiter erörtert ist. Der Grund mag einestheils sein, daß der Versuch der Tory-Partei, weil er mislang, keine augenfälligen Spuren hinterließ, andererseits der Mangel an eingehenden Berichten.

Indem aber mir solche Berichte über diese Vorgänge zu Gebote stehen, halte ich es für meine Aufgabe sie jenen gemäß für die

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14./25. Februar. Der Wortlaut bei ihm ist: Wodurch der verlorene Credit wieder retabliret worden.

[2]) Burnet (London edition 1857) p. 698. — Rapin de Thoyras t. IV, p. 127[a]. — Lord Stanhope in Reign of Queen Anne p. 32 berührt die Angelegenheit Colepepper, geht jedoch auf die principielle Seite der Sache nicht weiter ein. — Eben so wenig Hallam in Constitutional History ch. XVI.

Nachwelt klar zu stellen. Der Inhalt selber wird die Wichtigkeit darthun [1]).

Die Tory-Partei im Unterhause begnügte sich nicht mit ihrem Beschlusse gegen die Wahl Colepeppers, der im Jahre zuvor die Petition der Grafschaft Kent befördert und überreicht hatte. Es war ihre Absicht die Sache principiell vorzunehmen, und sich dadurch den Weg auch zu noch anderen Dingen zu bahnen.

Am 17./28. Februar berieth das Unterhaus als Comité über die Rechte, Freiheiten und Privilegien des Hauses. Es ward der Satz aufgestellt: die Behauptung, daß das Unterhaus nicht die alleinige Repräsentation der Gemeinen von England sei, unterwühle die Rechte und Privilegien des Hauses und die Grundlage der Verfassung des Königreiches. — Man fügte den weiteren Satz hinzu: die Behauptung, daß das Haus der Gemeinen nicht die Macht habe andere Personen als die eigenen Mitglieder strafrechtlich zu verfolgen, untergrabe die Verfassung des Hauses der Gemeinen. — Es folgte ein dritter Satz: der Druck oder die Veröffentlichung irgend welcher Bücher oder Schriften zum Zwecke einer Kritik des Verfahrens im Hause der Gemeinen, oder eines Mitgliedes desselben in Betreff seiner Thätigkeit dort, schließe in sich eine starke Verletzung der Rechte und der Privilegien des Hauses der Gemeinen.

Die Whig-Partei legte den drei Anträgen keine große Wichtigkeit bei, und kämpfte daher nicht mit Nachdruck dagegen. Die Anträge erhielten die Mehrheit.

Sie waren indessen für die Tory-Partei nur die erste Stufe. Am nächsten Tage gedachten sie weiter vorzudringen. In einer abermaligen Comité-Berathung wurden die im Sommer zuvor für die Auflösung des Unterhauses und für das Ausschreiben von Neuwahlen dem Könige eingereichten Adressen zur Besprechung herangezogen. Auf Grund jener drei Beschlüsse bezeichnete man von Seiten der Tories sie als seditios, die Urheber derselben als strafwürdig. Die Whig-Partei ging mit Freuden ein auf den Kampf für dieselben. Es schien sich ihnen die Gelegenheit zu bieten, vor dem englischen Volke als die Vertheidiger der Rechte desselben sich geltend zu machen, und die auch so schon für sie günstige, für die Tories ungünstige Stimmung zu

---

[1]) Anlage IV.

steigern. Besonderen Eindruck machte die Rede eines der Mitglieder der Whig-Partei. „Ich setze den Fall, sagte er, daß es einem Könige gelänge sich für ein stehendes Heer die Mehrheit des Unterhauses zu sichern. Soll denn da das Volk, um sich vor der Sklaverei zu retten, nicht das Recht haben entgegen zu arbeiten, seine Vorstellungen dagegen zu erheben? Oder, damit ich die Sache anders fasse, nachdem das vorige Unterhaus durch seine Opposition wider den Krieg, England selber und das allgemeine Interesse von Europa zu opfern sich bereit gezeigt hatte: sollte da das englische Volk nicht berechtigt sein, den König um die Berufung eines anderen Parlamentes zu bitten?"

Nicht wenige Landedelleute, die für gewöhnlich mit der Tory-Partei gingen, in Betreff der europäischen Stellung von England jedoch sich ihr nicht anschlossen, neigten sich auch in dieser Sache der Whig-Partei zu. Die letztere fühlte ihre Superiorität. Sie verlangte die Fragestellung: ob die Adressen des Volkes an den König vom Sommer zuvor für seditios zu halten, und die Abstimmung über diese Frage. Die Tory-Partei suchte zu entkommen, nicht bloß wegen der einen Frage an sich, sondern um nicht durch eine für sie nachtheilige Abstimmung den bisher behaupteten Schein der Mehrheit zu verlieren. Mitten in diesem heftigen Redekampfe geschah es, daß ein hervorragendes Mitglied der Whig-Partei vom Schlage gerührt wurde. Die Verwirrung, die in Folge dessen entstand, wurde von Harley zu Gunsten seiner gefährdeten Partei rasch benutzt. Er bewog den Präsidenten des Comités, auch ein Mitglied der Tory-Partei, den Sitz zu verlassen, und setzte als Sprecher des Unterhauses sich selber hinein. Damit war das Comité, ohne Abstimmung, formell beendet.

Dessen ungeachtet waren die Tories nicht Willens von der Sache abzustehen. Am nächsten Tage ward von ihrer Seite her beantragt, die Privilegien des Unterhauses abermals vorzunehmen. Die Whig-Partei stimmte bereitwillig zu. Als der Tag ward angesetzt der 26. Februar/9. März.

Von allen Seiten sah man dem Tage mit höchster Spannung entgegen. Und nicht bloß in England. Denn unter die scheinbar local englische Frage, die augenfällig in den Vordergrund trat, barg sich noch einmal die principielle über die künftige Haltung Englands in der europäischen Krisis. Da die Tories den Kampf angeregt, die Whigs

Zwar wies das Unterhaus dann die Clausel ab, und das Oberhaus zog sie in der betreffenden Conferenz zurück. Das Eine wie das Andere jedoch geschah nicht zu Gunsten der Königin, sondern zu dem Zwecke eine eigene Bill gegen sie einzubringen [1]).

Diese Beschlüsse sind für das fernere Schicksal des Hauses Stuart deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil sie die letzte und zwar wohl begründete Hoffnung einer selbständigen Subsistenz abschnitten. Bei Lebzeiten Jacobs II. konnte Wilhelm III. die Zahlung eines Jahrgeldes, unter dem Namen des Witthumes der Königin, an die Wahl eines Aufenthaltes außerhalb Frankreich binden. Mit dem Tode Jacobs II. fiel jeder Rechtsgrund, der Königin selber als Witwe ihr gesetzlich festgestelltes Witthum zu versagen. Dasselbe betrug 50,000 Pfund Sterling. Auch selbst die französische Anerkennung ihres Sohnes als des Königs von England schädigte noch nicht ihr eigenes Recht als Witwe. Erst der selbstthätige Act der bethörten Königin, eine Regentschaft zu beanspruchen und dafür gar jene französische Anerkennung namhaft zu machen, gab nach den Gesetzen von England dem Parlamente das Recht dies Witthum für verwirkt zu erklären. Und damit sank für das unglückliche Haus Stuart jegliche Aussicht anders als von fremder Gnade zu leben. Es war gekettet an die sogenannte Großmuth des Königs von Frankreich, welche gerade eben so lange dauerte, wie die Verwendbarkeit des Hauses Stuart im Dienste der französischen Politik.

Andererseits betrafen die Schritte des Parlamentes gegen den Prinzen in St. Germain die Beziehungen mit den Bundesgenossen.

Jener Antrag des Tory Seymour im Unterhause, an die Zustimmung zu der großen Allianz die Bedingung zu knüpfen, daß der Kaiser sich für England in ähnlicher Weise gegen den Prinzen in St. Germain verpflichte, wie England für ihn in Bezug auf die spanische Succession, war an jenem Tage selbst nicht angenommen worden. Allein dies unterblieb nur, weil der Antrag damals zu stören schien. Bereits am nächsten Tage, dem 10./21. Januar, ward der Beschluß gefaßt, den König durch eine Adresse zu ersuchen: er wolle Sorge tragen, daß den verschiedenen Allianzen ein Zusatz-Artikel beigefügt werde, des Inhalts: es dürfe kein Friede mit Frankreich

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6./17. Februar.

geschlossen werden bis Se. Majestät und die Nation Genugthuung erhalten haben für die große Kränkung, ihnen zugefügt von Seiten des französischen Königs durch die Anerkennung und Erklärung des angeblichen Prinzen von Wales als Königs von England, Schottland und Irland. — Auf diese Adresse erwiederte Wilhelm III.: „Ich werde Sorge tragen Eueren Wunsch zu erfüllen" [1]).

Er ließ durch Marlborough, der schon vorher bei Wratislaw eine Andeutung dieser Art gemacht, und Vernon den kaiserlichen Vertretern Wratislaw und Hoffmann dies Verlangen in officieller Form eröffnen. Wratislaw entgegnete: man bedürfe nicht eines solchen besonderen Artikels, da der Kaiser durch die Allianz an sich schon dieselbe Verpflichtung im allgemeinen auf sich genommen. Marlborough erwiederte, daß dies nicht genüge. Der Zusatz-Artikel sei erforderlich, damit England als Principal-Macht in den Krieg eintrete. Durch die Gewährung des Verlangens werde sich der Kaiser die englische Nation verpflichten und zugleich ihr nahe legen, daß von seiner Wohlfahrt auch die ihrige abhange. Ferner werde der Kaiser auch die Prinzessin Anna von Dänemark sich verbindlich machen und dadurch, für den Fall, daß während des Krieges der Tod den König hinwegnähme, sie nöthigen mit aller Kraft für sein Interesse einzutreten. — Wratislaw hielt entgegen, daß die französische Politik sich einen solchen Artikel zu nutze machen werde, um dem Kaiser bei dem päpstlichen Stuhle und allen katholischen Mächten überhaupt gehässig zu machen. Marlborough erwiederte, daß die Angelegenheit mit der Religion nichts zu thun habe. Die Thronfolge in England sei vorher festgestellt nach den Gesetzen von England: der Kaiser werde sich nur verpflichten nicht zuzugeben, daß Frankreich die Gesetze von England durchbreche. Man werde Sorge tragen, den Artikel so zu fassen, daß er die Religion unberührt lasse [2]).

Wesentlich desselben Inhalts waren die Beredungen zwischen Vernon und Hoffmann. Der letztere hob in seinem Berichte an den Kaiser noch besonders hervor, daß der Antrag im Parlamente von einem Tory gemacht worden, allem Vermuthen nach zu dem Zwecke,

---

[1]) Commons Debates t. III, p. 187.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 13./24. Januar.

um Verwirrung zu erregen, wenn der Kaiser nicht bewillige, und daß daher die Weigerung in England sehr nachtheilig wirken würde. Auch Vernon versicherte auf das nachdrücklichste: der Artikel solle so gefaßt werden, daß in Betreff der Religion Niemand ein Bedenken dagegen erheben könne [1]).

Es ist sehr merkwürdig, daß, nach dem Vorgange Burnets, die späteren englischen Historiker diesem Artikel nur geringe Beachtung geschenkt haben, mehrere sogar ihn nicht einmal erwähnen [2]). Um so wichtiger ist es, die principielle Bedeutung des Artikels klar zu stellen. Er lautet in der von dem Könige von England vorgeschlagenen Form wie folgt [3]).

„Weil, nach dem Abschlusse und der Unterzeichnung des zwischen Sr. Kaiserlichen Majestät, Sr. Großbritannischen Majestät und den Hochmögenden Herren Generalstaaten der vereinigten Niederlande, im Haag am 7. September 1701 errichteten Vertrages, der französische König sich herausgenommen, den prätendirten Prinzen von Wales als König von England, Schottland und Irland anzuerkennen und auszurufen, und weil er durch diese That der vorbesagten Königlichen Majestät von Groß-Britannien und der gesammten britischen Nation eine überaus schwere und unwürdige Beleidigung zugefügt hat: so ist zwischen den genannten hohen Verbündeten, Sr. Kaiserlichen Majestät, Sr. Großbritannischen Majestät und den Hochmögenden Herren Generalstaaten der vereinigten Niederlande, durch diesen vorliegenden Artikel, welcher durchaus die gleiche und dieselbe Kraft, Bedeutung und Geltung haben soll, als wenn er dem vorbesagten Bündnisse von Anfang an einverleibt gewesen wäre, die Uebereinkunft getroffen und beschlossen worden, daß überhaupt kein Friede mit Frankreich eingegangen werden soll, bevor der genannten Königlichen Majestät von Groß-Britannien für diese sehr schwere Beleidigung eine Genugthuung widerfahren ist."

---

[1]) Bericht Hoffmanns vom 13./24. Januar.

[2]) Burnet p. 697 (edition 1857) erwähnt die Sache ganz kurz. — Aehnlich Coxe in dem Werke: The life of Marlborough t. I, p. 105, ohne die principielle Bedeutung zu würdigen. — Aehnlich kurz Somerville p. 558. — Lord Stanhope in Reign of Queen Anne p. 32, erwähnt die Sache nicht einmal.

[3]) Anlage IV.

Da die geringe Geneigtheit des Grafen Wratislaw für diesen Artikel kund wurde, so begaben sich auch viele Parlaments-Glieder zu ihm. Sie brachten dieselben Gründe vor wie Marlborough. Es müsse dem Kaiser alles daran liegen, daß England nicht als Hülfsmacht, sondern als Principalmacht in den Krieg eintrete. Da nun die englische Nation willig sei alles aufzuwenden, um das Interesse des Kaisers bei der spanischen Angelegenheit zu befördern: so dürfe der Kaiser kein Bedenken tragen, für die innere Ruhe des Königreiches England sich zu verbünden. Denn mit der Religion habe dies nichts zu thun. Weigere aber dennoch der Kaiser, so werde er dadurch bei den Engländern das Mistrauen erwecken, daß, nach dem Tode des Königs Wilhelm, die Katholiken in England eine Erhebung beabsichtigten. Und dieses Mistrauen würde sofort eine schärfere Verfolgung der Katholiken in England nach sich ziehen [1]).

Zu diesen Vorstellungen von England aus kamen in Wien diejenigen vom Haag. Der Graf Goes meldete, daß der Rathspensionär Heinsius dem Zusatz-Artikel völlig beistimme. Demnach verlangte der Kaiser Leopold das Gutachten seiner dazu deputirten Räthe. Dasselbe drängt sich zusammen wie folgt.

„Die Deputation hätte lieber gesehen, wenn dieser Artikel vermieden werden könnte. Denn obwohl E. K. M. an den wider den Prinzen von Wales gemachten Gesetzen keinen Antheil haben, noch auch dieselben hindern können, ferner die Allianz geschlossen worden ist, bevor der Sterbefall in St. Germain und die Anerkennung des Prinzen dort eingetreten, E. K. M. endlich auch diesem zur Krone von England zu verhelfen nicht schuldig sind: so kann man doch unseres Ortes nicht umhin, ihn für den ehelichen Sohn Jacobs II. und demnach für den rechtmäßigen Erben der Krone zu halten, der, wenn er die Religion verändern wollte, ohne Zweifel noch einen großen Anhang finden und sich ziemliche Hoffnung machen dürfte, die Krone wieder zu erlangen. Jener Artikel dagegen scheint nach sich zu ziehen, daß E. K. M. sich verbünden würden, mit den Waffen dagegen einzutreten, daß der Prinz sein rechtmäßiges Erbe wieder erlange. Und dies dürfte E. K. M.

[1]) Die sämmtlichen Berichte des Grafen Wratislaw vom 13. Januar bis 26. Februar behandeln diese Frage des Zusatz-Artikels.

bei Sr. Päpstlichen Heiligkeit und bei anderen katholischen Potentaten nicht wohl aufgenommen werden" [1]).

„Indem aber die Deputation E. K. M. anheim gibt, über diesen Punct einen oder anderen einsichtigen Theologen zu befragen, hat sie für die Zustimmung zu dem vorliegenden Artikel die nachfolgenden Gründe vorzubringen."

„Zunächst haben E. K. M. der englischen Nation keine Gesetze vorzuschreiben."

„E. K. M. haben nicht mitgewirkt, weder zu der jetzigen Exclusion des Prinzen von Wales, noch früher zur Entthronung des Königs Jacob, noch zur Einsetzung des Königs Wilhelm."

„Es steht nicht in der Macht E. K. M., die englische Nation zu zwingen, den Prinzen als König anzunehmen."

„Auch sind E. K. M. in keiner Weise dazu verpflichtet."

„Vielmehr liegt es E. K. M. ob für die Sicherheit der eigenen Länder zu sorgen, und daher zu verhindern, daß nicht derjenige auf den Thron von England komme und die Macht zu schaden erlange, welcher unfehlbar dem Feinde anhangen und darum E. K. M. selbst ein immerwährender Feind sein würde."

„Durch die Verwerfung des verlangten Artikels würden E. K. M. der katholischen Religion geringen Vortheil bringen, dagegen weit mehr schaden, weil die englische Nation das Mistrauen fassen würde, daß die Katholiken eine Erhebung beabsichtigten, und unter diesem Vorwande sie noch schärfer als bisher, und nach der ganzen Härte der englischen Gesetze behandeln würde."

„Ferner ist auch dieser Artikel ganz allgemein gefaßt, enthält nicht die Ausschließung des Prinzen von Wales für immer, sondern besagt lediglich, daß dem Könige von England und der Nation für die ihnen durch die Anerkennung des Prinzen widerfahrene Beleidigung eine Genugthuung zu Theil werden soll."

„Nun kann aber die Thatsache dieser Beleidigung durch die Anerkennung des Prinzen, als welche im Widerspruche steht mit dem Ryswycker Frieden, nicht verneint werden."

---

[1]) Protokoll der Conferenz vom 3. und 8. März.

„Ferner ist zu erwägen, daß nur kraft dieses Artikels der König von England als Principalmacht in den Krieg eintritt, und daß daher, wenn E. K. M. diesen Artikel ablehnen, Frankreich sich darüber abermals mit England eben so leicht vergleichen könnte, wie es in den Zeiten Cromwells geschehen ist, indem es wie damals Carl II., so nun den Prinzen von Wales hinaustriebe."

„E. K. M. können, für die Dauer dieses Krieges, dem Prinzen weder helfen noch schaden. Dagegen dürften sich nach dem Ende desselben oder auch bei dem künftigen Friedensschlusse selbst Incidenz-Puncte ergeben, welche die Verpflichtung dieses Artikels aufzuheben geeignet sind."

„Demnach fällt der Beschluß dahin aus, daß genannter Artikel, wenn er nicht zu vermeiden, angenommen werden möge, jedoch nicht mit der Bezeichnung des prätendirten Prinzen von Walis (praetensus Walliae princeps), sondern daß gesetzt würde: es solle kein Friede eingegangen werden, bis nicht die dem Könige und der Nation von England durch die von dem Könige von Frankreich, wider den Ryswycker Frieden, ausgesprochene Anerkennung eines anderen Königs widerfahrene Beleidigung gut gemacht sei. Ueber diese Aenderung und über das Bedenken E. K. M., den Prinzen von Wales als suppositius zu bezeichnen, haben die Engländer sich um so weniger deshalb zu beschweren, weil ihnen erinnerlich sein wird, wie sehr sie sich gesträubt haben, in dem Vertrage der Allianz das unzweifelhafte Recht E. K. M. auf das Erbe der spanischen Monarchie anzuerkennen, und daß sie statt dessen immer nur von Ansprüchen geredet haben."

Die Darlegung ergibt, daß ein hauptsächlicher Einwand der kaiserlichen Räthe entspringt aus einer Unkunde des englischen Staatsrechtes in Betreff des Prinzen von Wales. Auch der Graf Wratislaw in England hielt entgegen: der Kaiser könne nicht die Geburt des Prinzen von Wales in Zweifel ziehen. Er, wie die kaiserlichen Räthe in Wien, vermeinten demnach, daß der Titel des Prinzen von Wales sich binde an die Geburt. Marlborough und Vernon erwiederten, daß der Titel sich nicht beziehe auf die Geburt, sondern erfolge durch Ernennung. Niemand könne den Titel des Prinzen von Wales führen als der rechtmäßige und nächste Erbe der Krone. Da nun aber vielfache Parlaments-Acten dem Prätendenten in St. Germain dieses Recht absprächen: so sei der prätendirte (praetensus) Prinz von Wales die einzig richtige

Bezeichnung. Der Name dagegen: Prinz von Wales, ohne den Zusatz, würde die Anerkennung des Rechtes der Thronfolge in sich schließen, der König von England also durch die Bezeichnung eines princeps Walliae ohne das Wort praetensus in Widerspruch mit sich selber gerathen [1]).

Diese Darlegung schlug indessen in Wien nicht durch. Der Kaiser konnte sich von dem Gedanken nicht lossagen, daß das Wort praetensus ausgelegt würde wie synonym mit supposititius. Er gab dem Inhalte des Zusatz=Artikels seine Zustimmung, nur mit der Bedingung, daß der Sohn Jacobs II. in demselben auf eine andere Weise bezeichnet würde als praetensus princeps Walliae. Die Engländer dagegen beharrten bei ihrem Verlangen. In diesem Zustande blieben die Dinge bis über den Tod des Königs Wilhelm III. hinaus.

Unterdessen bewegten sich die Dinge in England fort in der betretenen Bahn. In den Beschlüssen nach außen hin trat im Parlamente eine Differenz so wenig hervor, daß man in Versailles sagte: dies sei das unterwürfigste Parlament, welches der König Wilhelm je gehabt [2]). Von der Tory=Partei im Unterhause vernahm man die Rede: alles was bisher Gutes geschehen, sei von ihnen ausgegangen. „Der liebe Gott, sagt Hoffmann in seinem betreffenden Berichte, wolle beide Parteien lange in diesem Wetteifer erhalten. Auch die Convocation der Hochkirche hier hat eine gute Adresse eingereicht.“ „In der That, fügt er dann hinzu, ich habe bisher hier noch keinen einzigen Menschen gegen den Krieg reden hören“ [3]).

Dennoch brachte dieser Eifer der Tories ihnen die Neigung des Königs nicht zurück. Ihr hauptsächlicher Führer, der Graf Rochester, traf zu Ende Januar aus seiner Statthalterschaft von Irland in London ein. Er war nicht, wie vorher Godolphin, bereitwillig, um seine Entlassung nachzusuchen. Deshalb ließ der König ihm durch Lord Jersey ankündigen, daß er seiner Dienste nicht mehr bedürfe. Erst dieser Schritt ward als durchschlagend angesehen, daß der König mit den Whigs gehen wolle [4]).

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 18. Februar.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 311.

[3]) Bericht vom 23. Januar/3. Februar.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 27. Januar/7. Februar. Auch für das Folgende.

„Welche Wirkung dieser Schritt auf die Tory-Partei ausübt, meldet Hoffmann, ist leicht zu begreifen. Dennoch ist nicht zu besorgen, daß die allgemeine Sache wider Frankreich dadurch leiden werde. Denn die Strömung in den Gemüthern des Volkes ist so stark, daß Niemand wagen wird sich ihr zu widersetzen. Auch ist dies durchaus nicht die Absicht der Tories. Ihr Plan ist vielmehr, durch die einmüthige Bewilligung alles dessen, was der König für den Krieg verlangen mag, sich mit der Nation auf guten Fuß zu setzen, in der Hoffnung, daß aus der Kriegführung selbst oder den erforderlichen Auflagen irgend ein Anlaß zur Beschwerde erwachsen werde, mittels deren sie das Volk gewinnen und sich wieder ans Steuerruder schwingen können."

Der Plan, den Hoffmann hier zeichnet, trat erst um neun Jahre später ins Leben. Damals hatte die Tory-Partei noch einen anderen vor, den wir sehr bald kennen lernen werden.

Zunächst erfolgte ein gewichtiger Beschluß des Unterhauses im Sinne der Thronrede. Am 14./25. Februar gab das Unterhaus die Erklärung, daß es einstehe für alle Vorschüsse, die der Regierung des Königs Wilhelms III. dargeliehen worden, an Capital und Zinsen. Der Beschluß, indem er den Credit aufs neue befestigte [1]), und zwar am Vorabende eines Krieges von unabsehbarer Tragweite, ist ein merkwürdiges Zeugnis für das moralische Selbstbewußtsein der englischen Nation.

Allein darum war nicht Friede zwischen den Tories und den Whigs.

Wir gelangen vielmehr hier an einen sehr wichtigen Vorgang in dem parlamentarischen Leben der englischen Nation, welcher, von den zeitgenössischen Historikern [2]) nur kurz berührt, von den späteren der Regel nach nicht weiter erörtert ist. Der Grund mag einestheils sein, daß der Versuch der Tory-Partei, weil er mislang, keine augenfälligen Spuren hinterließ, andererseits der Mangel an eingehenden Berichten.

Indem aber mir solche Berichte über diese Vorgänge zu Gebote stehen, halte ich es für meine Aufgabe sie jenen gemäß für die

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14./25. Februar. Der Wortlaut bei ihm ist: Wodurch der verlorene Credit wieder retabliret worden.

[2]) Burnet (London edition 1857) p. 698. — Rapin de Thoyras t. IV, p. 127[a]. — Lord Stanhope in Reign of Queen Anne p. 32 berührt die Angelegenheit Colepepper, geht jedoch auf die principielle Seite der Sache nicht weiter ein. — Eben so wenig Hallam in Constitutional History ch. XVI.

Nachwelt klar zu stellen. Der Inhalt selber wird die Wichtigkeit darthun [1]).

Die Tory-Partei im Unterhause begnügte sich nicht mit ihrem Beschlusse gegen die Wahl Colepeppers, der im Jahre zuvor die Petition der Grafschaft Kent befördert und überreicht hatte. Es war ihre Absicht die Sache principiell vorzunehmen, und sich dadurch den Weg auch zu noch anderen Dingen zu bahnen.

Am 17./28. Februar berieth das Unterhaus als Comité über die Rechte, Freiheiten und Privilegien des Hauses. Es ward der Satz aufgestellt: die Behauptung, daß das Unterhaus nicht die alleinige Repräsentation der Gemeinen von England sei, unterwühle die Rechte und Privilegien des Hauses und die Grundlage der Verfassung des Königreiches. — Man fügte den weiteren Satz hinzu: die Behauptung, daß das Haus der Gemeinen nicht die Macht habe andere Personen als die eigenen Mitglieder strafrechtlich zu verfolgen, untergrabe die Verfassung des Hauses der Gemeinen. — Es folgte ein dritter Satz: der Druck oder die Veröffentlichung irgend welcher Bücher oder Schriften zum Zwecke einer Kritik des Verfahrens im Hause der Gemeinen, oder eines Mitgliedes desselben in Betreff seiner Thätigkeit dort, schließe in sich eine starke Verletzung der Rechte und der Privilegien des Hauses der Gemeinen.

Die Whig-Partei legte den drei Anträgen keine große Wichtigkeit bei, und kämpfte daher nicht mit Nachdruck dagegen. Die Anträge erhielten die Mehrheit.

Sie waren indessen für die Tory-Partei nur die erste Stufe. Am nächsten Tage gedachten sie weiter vorzudringen. In einer abermaligen Comité-Berathung wurden die im Sommer zuvor für die Auflösung des Unterhauses und für das Ausschreiben von Neuwahlen dem Könige eingereichten Adressen zur Besprechung herangezogen. Auf Grund jener drei Beschlüsse bezeichnete man von Seiten der Tories sie als seditios, die Urheber derselben als strafwürdig. Die Whig-Partei ging mit Freuden ein auf den Kampf für dieselben. Es schien sich ihnen die Gelegenheit zu bieten, vor dem englischen Volke als die Vertheidiger der Rechte desselben sich geltend zu machen, und die auch so schon für sie günstige, für die Tories ungünstige Stimmung zu

[1]) Anlage IV.

steigern. Besonderen Eindruck machte die Rede eines der Mitglieder der Whig-Partei. „Ich setze den Fall, sagte er, daß es einem Könige gelänge sich für ein stehendes Heer die Mehrheit des Unterhauses zu sichern. Soll denn da das Volk, um sich vor der Sklaverei zu retten, nicht das Recht haben entgegen zu arbeiten, seine Vorstellungen dagegen zu erheben? Oder, damit ich die Sache anders fasse, nachdem das vorige Unterhaus durch seine Opposition wider den Krieg, England selber und das allgemeine Interesse von Europa zu opfern sich bereit gezeigt hatte: sollte da das englische Volk nicht berechtigt sein, den König um die Berufung eines anderen Parlamentes zu bitten?"

Nicht wenige Landedelleute, die für gewöhnlich mit der Tory-Partei gingen, in Betreff der europäischen Stellung von England jedoch sich ihr nicht anschlossen, neigten sich auch in dieser Sache der Whig-Partei zu. Die letztere fühlte ihre Superiorität. Sie verlangte die Fragestellung: ob die Adressen des Volkes an den König vom Sommer zuvor für seditios zu halten, und die Abstimmung über diese Frage. Die Tory-Partei suchte zu entkommen, nicht bloß wegen der einen Frage an sich, sondern um nicht durch eine für sie nachtheilige Abstimmung den bisher behaupteten Schein der Mehrheit zu verlieren. Mitten in diesem heftigen Redekampfe geschah es, daß ein hervorragendes Mitglied der Whig-Partei vom Schlage gerührt wurde. Die Verwirrung, die in Folge dessen entstand, wurde von Harley zu Gunsten seiner gefährdeten Partei rasch benutzt. Er bewog den Präsidenten des Comités, auch ein Mitglied der Tory-Partei, den Sitz zu verlassen, und setzte als Sprecher des Unterhauses sich selber hinein. Damit war das Comité, ohne Abstimmung, formell beendet.

Dessen ungeachtet waren die Tories nicht Willens von der Sache abzustehen. Am nächsten Tage ward von ihrer Seite her beantragt, die Privilegien des Unterhauses abermals vorzunehmen. Die Whig-Partei stimmte bereitwillig zu. Als der Tag ward angesetzt der 26. Februar/9. März.

Von allen Seiten sah man dem Tage mit höchster Spannung entgegen. Und nicht bloß in England. Denn unter die scheinbar local englische Frage, die augenfällig in den Vordergrund trat, barg sich noch einmal die principielle über die künftige Haltung Englands in der europäischen Krisis. Da die Tories den Kampf angeregt, die Whigs

ihn freudig aufgenommen: so war es offenbar, daß jede der beiden Parteien für sich die Mehrheit hoffte.

Von Seiten der Tories gedachte man die Differenz des vorigen Unterhauses mit dem Oberhause direct wieder aufzunehmen. Es ward der Antrag eingebracht: es sei dem Unterhause in der Verfolgung der Anklage, die es in der letzten Parlamentssession gegen vier Lords erhoben, kein Recht widerfahren. — Wenn es den Tories gelang, diesen Antrag durchzusetzen: so konnte das Oberhaus entweder sich fügen und damit auf die eigene Jurisdiction verzichten, oder im Widerstande beharren. Geschah dieses, so blieb dem Könige, um den völligen Bruch beider Häuser des Parlamentes mit einander zu verhüten, kein Mittel übrig als die abermalige Auflösung des Parlamentes. Dann aber fielen die Bewilligungen, und mit denselben die Kriegsbereitschaft Englands für das Jahr 1702. Die Republik der Niederlande, ohne die Hülfe von England, war der französischen Macht nicht gewachsen, noch auf die Dauer auch der Kaiser, zumal bei der nicht geringen Anzahl der Reichsfürsten im Solde Frankreichs, bei der Unzuverlässigkeit einer Reihe von anderen. Nicht bloß also um die vier angeklagten Lords handelte es sich bei jenem Antrage, sondern um den Bestand und die Ausführung der großen Allianz vom 7. September 1701, und weiter, um die Zukunft Europas.

Vom Mittag an wogte der Kampf im Unterhause fünf Stunden lang mit höchster Erbitterung. Einer der Whigs hob hervor: wenn das Unterhaus jemals in seiner Freiheit gelitten, so sei das nicht geschehen in der Sache der vier Lords, gegen die es mit den Beweisen der Anklagen nicht habe aufkommen können, sondern es habe gelitten durch die eigene Haltung im letzten Jahre, und nicht bloß das Unterhaus, sondern ganz England und das gesammte Europa. Denn damals, wo die Tories die Mehrheit gehabt, habe das Unterhaus dem französischen Könige allen Vorschub geleistet, sich ohne Hindernis Belgiens zu bemächtigen, seinen Enkel auf den Thron von Spanien zu setzen, und durch alles dies den Weg zur Universal-Monarchie zu bahnen. Die Tory-Partei trage die Schuld an der damaligen Verzögerung des Parlamentes bis in den Monat Februar, damit nur Frankreich ja kein Hindernis von Seiten Englands gegen seine Usurpationen finden möge. Die Tory-Partei habe dann den König genöthigt, den Herzog

von Anjou als König anzuerkennen. Das seien die wahren Beschwerden der englischen Nation, und nicht die Angelegenheit der vier Lords, welche die Tory-Partei nur deshalb verfolge, um sie aus ihren Aemtern zu stoßen und dafür Mitglieder ihrer Partei wieder einzubringen.

Der Marquis Hartington behauptete: er erkenne kein anderes Verdienst des vorigen Unterhauses an, als jenes negative, daß es durch sein übeles Verhalten dem englischen Volke den Anlaß gegeben, den König durch Adressen um die Auflösung zu bitten. In so weit fühle er sich dem vorigen Unterhause verpflichtet.

Die Reden beiderseitig wurden heftiger. „Seitdem Parlamente bestehen, meldet Hoffmann, hat man nicht mit solcher Aufwallung, oder, um es richtiger zu sagen, mit solchem Furor, wider einander gestritten. Kein Decorum, kein Respect, keine Höflichkeit ist mehr beachtet worden.“ Da das Haus als Comite berieth, demnach Harley nicht als Sprecher fungirte, wollte auch er sich an der Debatte betheiligen. Man verhöhnte ihn durch die Nachahmung seines in dem Sturme allzu schwachen Organes.

Nachdem der Kampf fünf Stunden gewährt, gedieh die Sache endlich dahin, daß der von Seiten der Tory-Partei gestellte Antrag zur Abstimmung gebracht wurde. Das Ergebnis war 221 Stimmen dafür und 235 dagegen. Die Tory-Partei war geschlagen, die Whig-Partei um 14 Stimmen überlegen.

Sie beutete sofort ihren Sieg aus. Sie stellte zwei Anträge. Der erstere lautete: „Es ist das unzweifelhafte Recht des Volkes von England, in Adressen den König zu bitten, das Parlament zu berufen, sitzen zu lassen oder aufzulösen, sowie zu ersuchen um die Abstellung von Beschwerden“. Der zweite Antrag lautete: „Es ist das unzweifelhafte Recht eines jeden Engländers, gegen den irgend eine Anklage erhoben wird, geschehe es durch Impeachment, oder in anderer Weise, schleunigst vor Gericht gestellt zu werden, sei es zur Freisprechung, sei es zur Verurtheilung“.

Die Kraft der Tories zum Widerstande war gebrochen. Die beiden Anträge wurden angenommen. Der zweite setzte zunächst die vier Lords außer Verfolgung, weil das vorige Unterhaus nicht rechtzeitig seine Anklagen vor dem dazu bereiten Oberhause angebracht hatte, begründete aber zugleich dies freiheitliche Recht für alle Zukunft. Wichtiger aber noch war der erste Satz. Die Whig-Partei hatte damit für

die englische Nation ein Postulat der freiheitlichen Bewegung erstritten, welches den anderen Völkern Europas wie ein unverständliches Mährchen erscheinen mochte. In England dagegen ward für die nächste Zeit die Whig-Partei auf den Wogen der Popularität hoch daher getragen.

Die wichtigste Seite der Entscheidung endlich war diejenige nach außen. Obwohl die Tory-Partei in den Beschlüssen für die große Allianz bis dahin mitgegangen war: so waren doch die Whigs die eigentliche Kriegspartei. Weil der Krieg gegen Frankreich dem Willen der Nation entsprach: so konnten die Jacobiten, welche sich zu der Tory-Partei hielten, direct sich nicht entgegen stemmen. Sie hatten den indirecten Weg versucht. Und auf diesem waren sie geschlagen, indem man ihnen ihr eigentliches Ziel direct vor Augen hielt. Eine Erneuerung des Strebens war auf lange hinaus nicht wieder möglich. Das nachdrückliche Mit-Eintreten Englands für die Ziele der großen Allianz war zunächst gesichert.

Es war hohe Zeit; denn die Tage des Urhebers dieser Allianz waren gezählt.

Wie das Leben des Oraniers für England und für Europa von der höchsten Bedeutung war, nicht bloß in Bezug auf seine Gegenwart, sondern darüber hinaus auch auf die Zukunft: so sind gerade die letzten Monate und Tage in dieser Beziehung reich an Gedanken und Entwürfen, die mehr oder minder in der Folge sich bewährten.

Zunächst beschäftigte ihn jener Zusatz-Artikel zu der großen Allianz, dessen Bedeutung darin bestand, daß er einerseits England als Principal-Macht in den Krieg engagirte, andererseits für den Todesfall Wilhelms III. die Prinzessin Anna im eigenen Interesse ihrer Nachfolge verpflichtete, die Politik ihres Vorgängers ganz und voll aufzunehmen. Wir haben vernommen, daß der Kaiser zwar den Zusatz-Artikel an sich, nicht jedoch den Wortlaut gut hieß. Die Sache zog sich daher so lange hin, daß die Unterschrift des Kaisers nicht mehr vor die Augen Wilhelms III. gelangte. Demnach beschäftigte ihn diese Sache bis zu seinem Tode.

Im engen Zusammenhange damit stand, daß in diesem Falle diejenige Persönlichkeit, auf welche die Nachfolgerin Anna das hauptsächliche Vertrauen setzte, der Graf Marlborough sein würde. Dieser war

seit dem Sommer 1701, und namentlich seit dem Abschlusse der Allianz, für die Angelegenheit des Krieges der erste, oder vielleicht einzige Vertraute des Königs in England. Man darf im Ueberblicke des Ganzen sagen, daß Wilhelm III. darauf ausging, diesen Mann, welcher der Sachlage nach der Erbe seiner Thätigkeit sein würde, zu diesem Zwecke rechtzeitig in alles einzuweihen. Und Marlborough, wenn auch hauptsächlich aus dem persönlichen Motive, daß der Krieg ihm die Aussicht bot, seine überlegene Befähigung zur Geltung zu bringen, wollte den Krieg nicht minder eifrig als Wilhelm III. selbst.

Der Plan des Königs aber ging über die Feststellungen der Allianz vom 7. September 1701 bereits weit hinaus. Er ließ den Grafen Wratislaw zu sich bescheiden. „Melden Sie dem Kaiser, sagte er, daß England und Holland entschlossen sind, Westindien für ihn zu erwerben. Zu diesem Zwecke ist erforderlich, daß für die katholische Religion dort keine Besorgnis entstehe. Daher wünsche ich, daß der Kaiser hierher Priester sende, die der spanischen Sprache kundig, und, wenn möglich, bereits in Westindien gewesen sind. Ich werde sie dann auf der englischen Flotte hinüber führen lassen, damit sie dort im Namen des Kaisers verkünden, daß die Engländer und Holländer als Bundesgenossen des Kaisers nur für ihn und in seinem Interesse handeln. Es würde gut sein, wenn der Kaiser in diesem Sinne ein Handschreiben an den Vicekönig Montezuma erließe, vor allem aber beim päpstlichen Stuhle die Sache in dem rechten Lichte darstellte. Wenn nämlich der Papst die römisch-katholischen Geistlichen in diesem Sinne anweisen will, daß sie beitragen Indien dem Kaiser zu unterwerfen: so ist dadurch das Mittel gegeben die katholische Religion dort zu erhalten und zu schützen. Andererseits aber ist dem Papste vorzuhalten, daß, wenn er aus Furcht vor Frankreich sich weigert, in dieser Sache mitzuwirken, es nicht in der Macht des Kaisers stehe, die Engländer und Holländer abzuhalten sich Westindiens zu bemächtigen und dort zu verfügen nach ihrem Gutdünken. Denn niemals werden die Seemächte Westindien bei dem Hause Bourbon belassen, und dieses hat keine Aussicht es auf die Dauer wider die Seemächte zu behalten. Darum ist das einzige Mittel für die Erhaltung der katholischen Religion dort die Betheiligung des päpstlichen Stuhles. Dieselben Vorstellungen sind an die Ordensgenerale der Jesuiten, Dominikaner und Franziskaner in Rom

zu richten. Damit sie aber nicht glauben, daß sich darunter irgend eine andere Absicht verberge, so steht es ihnen frei einige Ordens-Mitglieder hierher zu deputiren, die dann eben so auf englischen Kriegsschiffen hinüber geführt werden sollen, um dort sich selber zu überzeugen, ob die Unseren meinen Weisungen durch die That entsprechen." [1])

Wir sehen den König denselben Eifer entwickeln nach allen Seiten zugleich, sei es um die Schwankenden und Unentschlossenen zu kräftigen, sei es um die Feindseligen unschädlich zu machen.

In der ersteren Beziehung stand voran die Stadt Amsterdam, wo man bei der sichtlichen Abneigung Ludwigs XIV. gegen den Krieg sich noch nicht lossagen mochte von dem Gedanken, daß dennoch der Friede erhalten bleiben könne. Wilhelm III. schickte Albemarle hinüber mit dem Auftrage die Dinge dahin zu bringen, daß man sich zum Angriffe entschließe [2]).

Schwankende Persönlichkeiten anderer Art waren diejenigen Fürsten, welchen der eigene Gewinn zur alleinigen Richtschnur ihres Handelns diente. Wilhelm III. entschloß sich den König August von Sachsen-Polen zu sichern durch die Uebernahme von 8000 Mann seiner Truppen [3]).

Inzwischen bot noch ein Anderer sich an. Obwohl Ludwig XIV. den Herzog Victor Amadeus zu binden gesucht hatte durch die Heirath der zweiten Prinzessin Marie Louise mit dem neuen Könige Philipp V., dem Herzoge von Anjou: so glaubte doch Victor Amadeus für sich selber besser zu fahren mit der großen Allianz. Im Januar 1702 erfolgten seine Andeutungen in Kensington. Dann ging er weiter. Am 7. Februar ließ er dem Könige dort durch seinen Gesandten die bestimmte Erklärung geben: er wolle übertreten. Nur dürfe es noch Niemand wissen als der König selbst und der Graf Wratislaw. Dann kamen seine Angebote und seine Forderungen. „Eben diese aber, schloß der König seine Mittheilung an Wratislaw, beweisen mir, wie wenig ihm zu trauen ist." [4]).

Dennoch war es dem Herzog, wie die Folgezeit ergeben wird, wirklicher Ernst, wenn nur der Preis hoch genug war. Aber es liegt

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 18. Februar.

[2]) Desgleichen vom 17. Februar.

[3]) Desgleichen vom 7. Februar.

[4]) Desgleichen.

eben so in der Natur der Dinge, daß Wilhelm III. nach den gemachten Erfahrungen in Betreff dieser Persönlichkeit sehr bedenklich war.

Nicht minder war er es in Betreff eines anderen, an Gesinnung dem Herzog Victor Amadeus sehr nahe verwandten Fürsten, nämlich seines Vetters, des neuen Königs Friedrich von Preußen. „Ich werde immer fester in der Ueberzeugung, schreibt er am 14. Februar an Heinsius, daß der Berliner Hof sein Spiel mit uns treibt.“ [1]) Die Thatsachen jedoch ergeben, daß in der Rechnung dieses neuen Königs damals die Zahlungsfähigkeit der Seemächte überwog.

Anders stand die Sache bei den Herzögen Rudolf August und Anton Ulrich in Wolfenbüttel. Ihre für französisches Geld geworbenen Truppen schwollen an. Hier war der erste gewichtige Streich auf das französische Interesse im Reiche zu führen. Wilhelm III. vereinbarte mit seinem alten Freunde, dem Herzog in Celle, und dem Kurfürsten Georg Ludwig in Hannover, daß die vereinigte Macht beider ihre Vettern in Wolfenbüttel entwaffnen solle. Der Kaiser gab dem Plane seine Zustimmung. Die Ausführung erfolgte, wie wir sehen werden, im Monate März.

Mit ganz besonderer Fürsorge hielt der König Wilhelm das Mailändische und den Prinzen Eugen von Savoyen dort im Auge.

Wir haben jene irrige, von Frankreich her künstlich erregte Meinung des Papstes Clemens XI. vernommen, daß Ludwig XIV. eine Unterhandlung mit England angeknüpft habe, zum Zwecke, die Anerkennung des Prinzen Jacob Stuart in St. Germain wieder zurückzunehmen, so wie des weiteren Planes, daß dem Prinzen dann Mailand als selbständiges Fürstenthum zu Theil werden, und die italienischen Mächte sich verbinden würden, mit gesammter Macht die Kaiserlichen hinaus zu schlagen.

In Bezug auf den König von England entbehrte die Nachricht jeglicher Begründung. Nach der anderen Seite war der kaiserliche Feldherr in Italien, der Prinz Eugen von Savoyen, nicht derjenige, den hinauszuwerfen die italienischen Mächte willig oder fähig gewesen wären. Auch war ihm ja nach den eigenen Berichten, wie denjenigen der Franzosen, für seine Erfolge die Neigung der italienischen Bevölkerung zu

---

[1]) Grovestins t. VIII, p. 182.

statten gekommen. Einer ähnlichen Sympathie erfreute er sich in England. Wir haben aus den Reden einiger Mitglieder der Whig-Partei zu Wratislaw vernommen, wie sehr sie dem Prinzen für die Rückwirkung seiner Siege von 1701 auch auf England sich verpflichtet fühlten. Ganz besonders aber der König Wilhelm III. selbst. Er trat bei dem Kaiser mit Nachdruck dem Plane entgegen, daß der Prinz, gemäß dem Wunsche und der Bitte der Neapolitaner, ein Detachement nach Unteritalien entsenden solle. Wir werden den König darüber genauer sich aussprechen hören. Man darf sagen, daß er und die Engländer insgesammt mit Spannung auf jede Kunde aus Italien lauschten. Dies zeigte sich namentlich am 21. Januar/1. Februar, wo eine Nachricht besonderer Art einlief.

Der König Wilhelm III. richtete im Cercle der Gesandten an den Grafen Wratislaw die Rede mit den Worten: er habe über Frankreich die Nachricht, daß auf den Prinzen Eugen meuchlerisch geschossen worden sei: ob Wratislaw Näheres darüber wisse. Dieser erwiederte, daß er aus Privatbriefen eben dasselbe vernommen. Da nach allem was vorgefallen, Boselli (vgl. S. 416 u. f.) sich dennoch in der französischen Armee befinde, ihm sogar ein Regiment Dragoner dort errichtet werde: so erscheine die Nachricht glaublich. Der König entgegnete: die Sache sei so infam, daß er darum sie noch nicht glauben könne. Er führte dann in erregter Weise aus, daß jeder Feldherr des Schicksals gewärtig sein müsse, von einer Kugel hinweg gerafft zu werden; aber ein Anderes sei es durch Mörderhand zu fallen. Er hoffe, daß, wenn die Sache sich bestätige, der Prinz Eugen mit aller Schärfe wider die Kriegsgefangenen verfahre, um dadurch solchen Infamien vorzubauen. Die anwesenden Engländer stimmten ein. Das Lob des Prinzen Eugen war in Aller Munde, und bis zum Ende des Cercles war von nichts Anderem die Rede. Im Laufe des Tages erschienen Mitglieder des Parlamentes in Haufen bei dem Grafen Wratislaw, um ihrem Unmuthe wider Frankreich, so wie ihrer Hochschätzung des Prinzen Eugen Ausdruck zu geben [1]).

Es ist zu bemerken, daß die gedruckten Berichte des Prinzen Eugen an den Kaiser, vom Januar 1702, eines solchen Attentates auf ihn nicht erwähnen [2]).

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 23. Januar/3. Februar.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 1 u. f.

Aber es ist merkwürdig, daß jenes Lob für den Prinzen Eugen in London erklang an einem Tage, an welchem er sich einen neuen voll begründeten Anspruch auf dasselbe erwarb.

Um diesen Anspruch zu würdigen, haben wir zunächst die Sachlage uns klar zu machen.

Wenige Tage vorher, am 23. Januar 1702, meldet der Prinz Eugen aus Luzzara dem Kaiser: „Es ist nicht zu beschreiben, wie es auch Niemand glaubt, der es nicht mit Augen ansieht, in welcher großen Miserie und Elend die Armee sich befindet, und ich spreche vor E. K. M. mit Wahrheit aus, daß ich dergleichen in vielen Jahren nicht gesehen habe". Er führt dann weiter aus, daß die Regimenter nun seit zehn bis zwölf Monaten in Bewegung sind, nicht allein oft vor dem Feinde stehen, sondern auch sonst viele Mühsale erleiden, daß sie weder Ruhe, noch Quartiere haben, das Brot unrichtig empfangen, so wie daß die Pferde des Hartfutters ermangeln. „Dennoch, sagt er dann mit berechtigtem Selbstgefühl, gehen mir von der ersten Armee, die ich herein gebracht, nicht 6000 Mann ab." „Aber nun empfängt der Feind eine Verstärkung über die andere. Er schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß es am Rheine oder in Holland nicht zum Bruche kommen werde. Nur dadurch ist es erklärlich, daß er seine größte Macht und seine besten Truppen hierher sendet. Er rechnet, im März oder April 80- bis 90,000 Mann hier zu haben. Dies ist nicht, wie bei Franzosen gewöhnlich, ein leeres Geschrei oder eine Prahlerei, sondern nur allzu wahr. Ich bin aber, nach Abrechnung der verstreuten Garnisonen, nicht im Stande ihm mehr als 16- bis 18,000 Mann entgegen zu stellen." Darum schließt er mit der dringenden Bitte um allerschleunigsten Nachschub [1]).

Dieser Nachschub war ja bereits auf dem Marsche. Aber bis zum Eintreffen vergingen noch viele Wochen. Dazu lag damals auf dem Prinzen Eugen von Wien aus die Forderung, 10,000 Mann nach Neapel abzusenden.

Und unter diesen Umständen versuchte er in der Morgenfrühe des 1. Februar einen kühnen Handstreich auf die feste Stadt Cremona, in welcher der Marschall Villeroy sich befand.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 26 u. f.

Der Plan war seit langem in der Stille vorbereitet. Durch ein Einverständnis mit einem Einwohner gelangten einige kaiserliche Soldaten in der Morgenfrühe in die Stadt und öffneten von innen ein Thor. Die Truppen strömten ein. Allein ihre Zahl betrug in allem nur 3000 Mann, denen die Besatzung um die Hälfte überlegen war. Die entscheidende Position war das wichtige Thor, welches sich auf den Po-Strom eröffnete. Es gelang den Kaiserlichen nicht, dieses Thor zu nehmen. Nachdem der Kampf in den Straßen vom Morgen bis zur Abenddämmerung gewährt, fehlte den Kaiserlichen die Munition und der Proviant. Der Prinz gebot den Abzug. Unter den zahlreichen Gefangenen, die er mitnahm, befand sich der Marschall Villeroy. Der kaiserliche Offizier, der sich seiner bemächtigt hatte, war ein Irländer, Namens Macdonell. Villeroy bot ihm für die Freilassung 10,000 Pistolen und ein Regiment Cavallerie im französischen Dienste. Macdonell schlug aus und führte seinen Gefangenen zu dem Prinzen Eugen [1]. Der Verlust der Kaiserlichen betrug in allem etwa 800 Mann, derjenige der Gegner 2000 [2].

„Die Franzosen, meldet der Prinz Eugen dem Kaiser, haben der ihnen angeborenen Ruhmredigkeit nach in Mailand ein Tedeum gehalten. Ich lasse sie immerhin prahlen; denn ich weiß ja, daß es ihnen nicht vom Herzen kommt." [3])

Nach diesem Ausgange jedoch berichtete der Prinz als seine und aller Commandanten einmüthige Ansicht, daß er das für Neapel bestimmte Detachement nicht absenden dürfe.

Dies stimmte zu den Gegenvorstellungen des Königs, die in denselben Tagen, zu Anfang Februar, in Wien eingelaufen waren. Aber die Entschlüsse in Wien pflegten langsam zu reifen.

Erst zu Anfang des Monates März erging ein kaiserliches Rescript an den Grafen Wratislaw. Der Kaiser erklärte darin sich bereit den Zusatz-Artikel zu der Allianz in Betreff des prätendirten Prinzen von Wales zu zeichnen. Er willigte in den Vorschlag des Königs, den römischen König zur Armee an den Oberrhein zu entsenden. Er ging

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 56.
[2]) Desgleichen S. 30 u. f.
[3]) Desgleichen S. 43.

auf den Plan ein, Priester nach Westindien zu schicken. Ueber die Frage der Absendung eines Detachements nach Neapel übersandte der Kaiser ein nochmaliges Gutachten des Hofkriegsrathes und verlangte darüber die Ansicht des Königs [1]).

Bevor jedoch noch dies Rescript in die Hände Wratislaws gelangte, oder auch nur bevor es ausgefertigt war, erhielt der König Wilhelm von Stepney in Wien andere Nachrichten. Wir haben sein Verhalten bei diesem Anlasse zu beobachten, nicht so sehr wegen der Wichtigkeit der Thatsache an sich als zur Charakteristik des Königs.

In der Frühe des 19. Februar/2. März erschien Marlborough bei Wratislaw mit der Meldung, daß der König ihn um zwölf Uhr in Kensington erwarte. Marlborough fügte hinzu, daß Wratislaw den König in übeler Stimmung finden werde, ließ sich jedoch nicht weiter aus. Als Wratislaw in Kensington erschien, rief ihm der König in erregter Weise die Frage entgegen: ob seine am gestrigen Tage von Wien erhaltenen Briefe eine besondere Meldung enthielten. Wratislaw verneinte: sie beträfen Einzelnheiten über die Action von Cremona. Der König fragte weiter, ob auf seine Vorstellungen gegen die Entsendung des Detachements nach Neapel eine Antwort von Wien eingelaufen sei. Auch dies verneinte Wratislaw. Der König stellte ferner die Frage, ob dem Gesandten bekannt, daß die ursprünglich für den Rhein bestimmten Regimenter sich auf dem Marsche nach Italien befänden. Auch das verneinte Wratislaw. Eine Veränderung dieser Art sei ihm unbekannt.

Augenscheinlich blickt aus jeder Frage des Königs die Geneigtheit zum Mistrauen hervor. Es steigt dabei die Erinnerung auf an die vielfachen ähnlichen Erfahrungen der Jahre vorher, namentlich an den grundlosen Bericht des Lords Lexington im August 1696, der damals so wichtig in die Friedenssache eingriff. Im Februar 1702 scheint Stepney ähnlich gehandelt zu haben wie damals Lexington, mit ähnlicher Wirkung. Die Geneigtheit des Königs zum Mistrauen prägte sich noch schärfer aus.

---

[1]) Das betreffende Conferenz-Protocoll umfaßt die Berichte Wratislaws vom 13. Januar bis zum 26. Februar n. St. Demnach kann das Rescript frühestens am 7. oder 8. März n. St. erlassen sein.

„Nun, fuhr er mit steigender Heftigkeit fort, da Sie es nicht wissen, oder nicht wissen wollen, so will ich Ihnen sagen, daß die Truppen, die jetzt in Bewegung, Marschbefehl nach Italien haben, nicht minder, daß man am Kaiserhofe bei dem Entschlusse verharrt, das Detachement nach Neapel zu entsenden. Ich habe über diesen unseligen Plan oft mit Ihnen geredet. Ich habe dawider so viele erhebliche Gründe angeführt, daß Alle, mit Ausnahme vielleicht nur derer, die es nicht fassen wollen, erkennen müssen, daß dieses Vorhaben dem kaiserlichen Interesse in Betreff der spanischen Monarchie, im Einzelnen wie im Ganzen, und allen Verbündeten insgesammt, höchst schädlich sein wird. Ihr Courier mit allen diesen Vorstellungen konnte am 3. Februar in Wien eintreffen, und, wenn nach drei bis vier Tagen expedirt, jetzt wieder hier sein. Der Gegenstand ist so wichtig, daß man mir in dieser Zeit eine Antwort hätte senden können und müssen. Ich begreife allerdings die Schlauheit der Herren in Wien. Sie haben gewartet, bis die Neapolitaner von dort wieder abgereist waren, um dann sagen zu können, daß man sich engagirt habe, demnach nicht mehr einen Gegenbefehl geben könne. Weil ich nun aber aus allem diesem ersehe, welche geringe Rücksicht am kaiserlichen Hofe meinen Vorstellungen geschenkt wird, so muß ich ernsthaft und positiv zu Ihnen reden."

„Ich erkläre also, daß ich keinen Mann einschiffen, keine Flotte ins Mittelmeer schicken, noch weniger mit Frankreich brechen werde, wenn nicht der Kaiser die versprochene Anzahl eigener Truppen an den Rhein entsendet. Denn, wenn das nicht geschieht, wenn diese Truppen nicht da: so wird der Kaiser niemals Herr im Reiche sein, und deshalb die Diversion zu unseren Gunsten dort nicht machen können. Ich weiß, daß man sich darum in Wien nicht viel kümmert und lieber die ganze französische Macht auf die Seemächte wälzen würde. Daß ich persönlich und die Republik dadurch in die größte Gefahr gerathen, wird in Wien nicht beachtet, wenn man nur den eigenen besonderen Plan ausführen kann."

„Dies habe ich als König von England Ihnen als kaiserlichem Minister gesagt, und verlange daher, daß Sie diese meine Erklärung durch einen eigenen Courier nach Wien übersenden." [1])

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 20. Februar/3. März. Auch für das Folgende.

Der Vergleich dieser Rede mit den vorerwähnten Aufträgen an Wratislaw, welche ertheilt wurden, bevor eine Kunde der Erklärung Wilhelms III. in Wien eintraf, läßt ersehen, in wie weit sie gerechtfertigt war und in wie weit nicht. Die eigentliche Verschuldung in Wien war lediglich die dort herkömmliche Langsamkeit.

Der König indessen war noch nicht zu Ende. „Bis hier habe ich als König zu Ihnen geredet, fuhr er fort: lassen Sie mich nun vertraulich weiter mit Ihnen sprechen. Sie wissen und müssen wissen, weil Sie in diesem mühsamen Werke mir haben arbeiten helfen, wie viele Sorge, Verdruß und Widerwärtigkeit ich habe ausstehen müssen, bis ich England und Holland auf den gegenwärtigen Stand gebracht habe. Ich habe von beiden Ländern das Mögliche und das Unmögliche mehr erpreßt als erhalten. Und dafür soll nun mein Dank sein, daß, wo man die schönste Gelegenheit Frankreich zu erniedrigen in Händen hat, man durch dies Detachement nach Neapel den eigentlichen Hauptplan durchlöchert! Ich habe auf Ihr Verlangen den Entwurf der Operationen dieses Feldzuges dem Kaiser anheimgestellt, wohl wissend, daß Sie dies nur zu dem Zwecke verlangten, um dem Kaiser allen Vortheil zuzuwenden. Bisher aber ist mir kein solcher Entwurf zugekommen. Ich erhalte die Nachricht von diesem Detachement nach Neapel, nicht damit man es mit mir verabredet, sondern wie von einer beschlossenen Sache. Ja man würdigt mich nicht einmal einer Antwort. Ich bin ja nicht gegen den Plan auf Neapel, sondern nur gegen die Unternehmung gerade in der jetzigen Zeit. Ich will die Flotte schicken und Landungstruppen mit, wenn man nur alles mit mir verabreden will. Ich glaube doch etwas mehr Werthschätzung bei dem kaiserlichen Hof verdient zu haben; denn ich darf sagen, ohne Ruhm zu melden, daß zu der abgeschlossenen Allianz ich persönlich das Meiste, wenn nicht Alles, beigetragen habe. Und wenn man auch selbst das außer Acht lassen will: so sollte man doch wenigstens bedenken, daß der Kaiser ohne mich in der spanischen Angelegenheit wider Frankreich wenig Fruchtbares ausrichten würde. Deshalb ist es aber auch billig, daß der Kaiser die Operationen mit mir vereinbart, bevor er sie ausführen läßt, und zwar dies um so mehr, da ich von ihm nichts verlange als was möglich, thunlich, und dem wahren Interesse des Kaisers conform ist. Es ist nicht mein Brauch zu drohen, namentlich nicht dem kaiserlichen Hofe;

denn ich habe von Jugend auf und noch allezeit für die Person des Kaisers innerlich eine tiefe Verehrung. Aber ich habe auch meinen gefaßten Entschluß nicht verhehlen dürfen, damit man dem Uebel noch rechtzeitig steuere."

Dann erst ließ der König den Gesandten zu Worte kommen. Wratislaw versicherte, daß, eben so wie er diese Erklärung des Königs getreu nach Wien melden werde, er auch bisher immer so gehandelt. Er bat dann den König sich nicht zu ereifern; denn da seine Privatnachrichten die an den König gelangte Meldung nicht bestätigten, so müsse man noch erst abwarten. Was immer der Kaiser beschließe, er werde den Prinzen Eugen nicht unfähig machen, dem Feinde zu widerstehen.

Die Einwürfe Wratislaws beruhigten den König einigermaßen. Er erwiederte: „Es kommt aber auch auf den Rhein an, und dort ist der Unterschied der Truppen erheblicher als es scheint. Wenn der Kaiser eine ausreichende eigene Mannschaft bei der Reichsarmee hat, so ist er der Meister derselben. Haben aber die Reichsfürsten mit ihren Truppen dort das Uebergewicht, so handeln sie nach ihrem Belieben, ohne daß der Kaiser die Fehler wieder gut machen kann. Dies hat uns die Erfahrung der zwei letzten großen Kriege zur Genüge gezeigt, und darum muß diesem Uebel vorgebaut werden". Dann erörterte der König abermals die bereits geäußerten Gedanken, jedoch in ruhigerer Weise. Ein Versuch Wratislaws, ihn abzulenken, schlug fehl. „Ich werde mich auf nichts Weiteres einlassen, erwiederte der König, als bis ich die Antwort habe, daß die versprochene Anzahl Truppen an den Rhein marschirt".

Wratislaw erneuerte seinen Dank in Betreff der Vorschläge des Königs für Indien. Der König nahm dies gut auf und erwiederte: „Auch daran kann der Kaiser erkennen, wie gut ich es meine. Die Aufrichtigkeit meiner Absichten liegt vor Augen. Die englische und die holländische Nation verlangen für ihre großen Ausgaben nichts als das Gleichgewicht in Europa und dadurch ihre Sicherheit. Der Nutzen wird lediglich dem Kaiserhause zufallen. Ich will als guter Freund Ihnen bei dieser Gelegenheit ein Princip aussprechen, weil Sie ja doch länger in dieser Welt sein werden als ich, und daher es sich mit der Zeit zu nutze machen können. Dieses ist: der Kaiser darf in der Disposition

des Gleichgewichtes von Europa nichts unternehmen ohne das Vorwissen der beiden Seemächte. Denn, wenn einmal bei ihnen der Argwohn aufwächst, daß ihre Sicherheit mit solchen Schritten nicht vereinbar ist: so werden sie in diesem Mistrauen andere Maßregeln treffen, welche nicht anders sein können als schädlich für das Interesse des Kaisers."

Der König entließ den Gesandten. Dieser fragte in den nächsten Tagen bei Marlborough vertraulich an um nähere Erklärung über die Aufwallung des Königs. Marlborough erwiederte: „Der König ist in höchster Besorgnis, daß der Feind mit ganzer Macht gegen Holland andringe. Ferner bedarf er eines nachdrücklichen Feldzuges von allen Seiten, damit im Angesichte desselben die Republik bei der Willigkeit erhalten werde, die schwere Bürde auch ferner zu tragen. Ich rathe also dringend ab von dem Detachement nach Neapel. Kann dies aber nicht mehr unterbleiben, so sage ich Ihnen, ohne Vorwissen des Königs und im höchsten Vertrauen, daß die Verstärkung der Armee des Prinzen Eugen nicht unterlassen werden darf. Denn es ist für die allgemeine Sache weniger nachtheilig, wenn etwa der König eine Schlacht verlöre, als wenn der Prinz Eugen über den Haufen geworfen würde. Wenn diese Verstärkung durch Hülfstruppen geschieht, so wird der König wenig dagegen einwenden. Aber er verlangt die eigenen kaiserlichen Truppen an den Rhein, damit er die Sicherheit hat, einerseits, daß der römische König Joseph im Felde erscheint, andererseits, daß der Kaiser Herr ist im Reiche und nicht die Fürsten" [1]).

Jene Rede des Königs Wilhelm ist die letzte längere Aeußerung seiner Gedanken über den Stand der politischen Angelegenheiten.

Am 21. Februar/4. März setzte er eine Jagd auf Damhirsche an. Er bestieg ein Pferd, das er bis dahin nicht geritten. In der Nähe von Hamptoncourt trat das Pferd fehl und überschlug sich dann. Es hieß, daß an dem Fehltritt ein Maulwurfshaufen schuld sei, und daraus entwickelte sich später bei den Jacobiten eine besondere Hochschätzung des Maulwurfs überhaupt. — Der König ward hinweggeschleudert. Man führte ihn nach Hamptoncourt. Dort speiste er zu Mittag. Erst dann ließ er sich vom Arzte untersuchen. Es erfand sich, daß das Schlüsselbein an der rechten Seite gebrochen war. Es

1) Bericht des Grafen Wratislaw vom 24. Februar/7. März.

ward ein Verband angelegt, und dann fuhr der König zurück nach Kensington. Die Erschütterungen der Fahrt bekamen ihm nicht wohl. Man erwog daher die Frage eines Aderlasses. Der holländische Leibarzt Bidloo, der mit herübergekommen war, erklärte sich dagegen, weil gar kein Fieber zu spüren war und ein Aderlaß bei der schwachen Constitution gewagt sein würde. Die Nacht brachte ruhigen Schlaf. In den nächsten Tagen weilte der König bei Tage außer dem Bette. Er empfand keinen Schmerz als beim etwaigen Husten. Nach der Aussage der Chirurgen würde er in zwei bis drei Wochen wieder ausgehen. Eine nahe Gefahr ward in den ersten Tagen nicht besorgt [1]).

So der Graf Wratislaw am 24. Februar/7. März. Doch fügt Hoffmann seinem Berichte vom selben Tage hinzu: „Es sind fünfundzwanzig Tage erforderlich, bis sich der Callus über dem Bruche bildet, und vierzig, bis er zur Perfection gelangt. Dies dürfte schwierig sein in einem Körper, welcher außer dem Geiste, der ihn erhält, fast von allen Kräften destituirt ist".

Indessen auch in den folgenden Tagen gab das Befinden zu keinem besonderen Bedenken Anlaß. Eine Woche nach jenem Sturze, am 28. Februar/11. März, sandte der König eine Botschaft ans Unterhaus. Es war zwei Tage nach jener denkwürdigen Entscheidung, welche die Ueberlegenheit der Whig-Partei klargestellt hatte. Der König kündigte an, daß er, durch einen unglücklichen Zufall gehindert, persönlich im Parlamente zu erscheinen, schriftlich einen besonderen Wunsch kund thun wolle. Bereits im ersten Jahre seiner Regierung habe er den lebhaften Wunsch der Vereinigung von England und Schottland zu Einem Königreiche ausgesprochen, und zu diesem Zwecke Commissäre für Schottland ernannt. Er sei überzeugt, daß nichts so sehr beitragen werde für das Glück von England und Schottland in Gegenwart und Zukunft, wie eine solche Vereinigung. Er würde es für ein großes Glück ansehen, wenn sie noch bei seinen Lebzeiten eintreten könne, und empfehle daher dringend, daß zu diesem Zwecke eine Unterhandlung angesponnen werde.

Das Unterhaus nahm die Botschaft beifällig auf und beschloß, daß demnächst ein Tag zur Berathung angesetzt werden solle.

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 24. Februar/7. März.

Die Durchführung des Gedankens einer solchen Einigung erschien damals durchaus nicht leicht. Es gab von beiden Seiten gar manche Gegensätze und Differenzen zu überwinden. Eine der wichtigsten lag in dem Gesetze der Thronfolge. England hatte dieselbe durch die Successions-Acte von 1701 festgestellt. In Schottland war die Mehrheit dazu nicht geneigt [1]).

Am 2./13. März erschien der König wieder im Cercle, und zwar frei gehend, nachdem er sich die Tage vorher hatte führen lassen. Dann setzte er sich. Sein Aussehen erschien Vielen sogar besser als vor jenem Unglücke. Er begab sich jedoch nicht in das Parlament, weil die Krone und der übrige königliche Ornat ihm zu schwer [2]). Da mehrere Bills der Sanction harrten, so ernannte der König zu diesem Zwecke eine Commission von fünf Lords. Nachdem diese im Oberhause angekommen, bat das Oberhaus das Unterhaus herzu, und es erfolgte von den fünf Lords im Namen des Königs die Zustimmung. Unter den in dieser Weise sanctionirten Gesetzen war die Bill of Attainder gegen den prätendirten Prinzen von Wales.

An demselben Tage, dem 2./13. März, wandelte der König in der Galerie von Kensington auf und ab. Um frischere Luft zu haben, ließ er zwei Fenster öffnen. Bald jedoch ermüdet, gebot er einen Sessel zu bringen und ließ sich darauf nieder, vor dem Kamine gegenüber einem offenen Fenster. Dort schlief er ein. Die Diener getraueten sich nicht, ungerufen heranzugehen. So dauerte es eine Stunde, bis der König, vor Kälte schauernd, erwachte. Am Abende hatte er ein leichtes Fieber [3]).

Die Sache hatte anscheinend keine übelen Folgen. Am folgenden Tage jedoch, dem 3./14. März, erfaßte den König des Nachmittags ein Schüttelfrost. Er währte vier Stunden. Dann trat Fieberhitze ein, eben so lang. Die ähnlichen Erscheinungen wiederholten sich in den zwei nächsten Tagen. Dazu war die Verdauung völlig gestört. Die Aerzte schienen indessen nicht sehr besorgt. Man hatte beobachtet, daß

---

1) Hoffmanns Bericht vom 3./14. März.

2) Wratislaws Bericht vom 3./14. März.

3) Hoffmanns Bericht vom 8./19. März. — Die Leichenrede von Graevius in Utrecht bei Lünig: Orationes procerum Europae t. III, p. 410.

der König in den drei letzten Jahren je beim Eintritte des Frühlings oder des Herbstes in dieser Weise vorübergehend leide [1]).

Der König selbst schien dieser Ansicht zu sein. Nach einer ruhigen Nacht sprach er sich am Freitag Morgen, dem 6./17. März, dahin aus, daß er heute kein Fieber haben werde. Diejenigen, die ihn gesehen, sagten, daß sein Aeußeres viel günstiger sei als am Tage zuvor. Er ließ sich zu essen geben, dann ein Glas spanischen Weines, später etwas Bier. Gegen das letztere erhoben die Aerzte Einwände. „Allein er ist leider also beschaffen, fügt der Graf Wratislaw seinem Berichte hinzu, daß er sich von Niemandem etwas wehren läßt, sondern alles ißt und trinkt, wozu er Appetit zu haben meint“ [2]).

Am Nachmittage um drei Uhr trat Erbrechen ein, und wiederholte sich zwei Stunden später; jedoch war kein Fieber da. Es ward gemeldet, daß der König sich matt und niedergeschlagen befinde. „Es scheint, fügt der Graf Wratislaw seinem Berichte am Abende dieses Tages hinzu, daß man nicht ohne Besorgnis ist. Bei einem so schwachen Körper kann allerdings das Geringste tödtlich sein; jedoch können E. K. M. sich versichert halten, daß bis zur Stunde kein Anzeichen dahin deutet.“ So am Abende des 6./17. März.

Die Nacht war unruhig. Erst gegen Morgen stellte sich ein intermittirender Schlaf ein. Um fünf Uhr Morgens traf Albemarle aus Holland wieder ein. Der König ließ ihn eintreten. Er that, als bemerke er das Weinen Albemarles nicht, und stellte einige Fragen über Holland. Dann ließ er die Diener abtreten und sagte: „Albemarle, es ist mit mir vorbei, und es bleibt mir nur noch übrig, mich der göttlichen Barmherzigkeit zu empfehlen.“ Er gebot dann dem Albemarle, den Schlüssel zu seinen Privatbriefen an sich zu nehmen [3]).

Im weiteren Verlaufe des Morgens des 7./18. März, Samstag, war es Niemandem mehr ein Zweifel, daß in dem Zustande des Königs über Nacht eine bedenkliche Wendung eingetreten war. Dennoch erhob er sich, wie die vorigen Tage, von seinem Bette, verweigerte aber irgend

---

[1]) Sowohl Hoffmann als Wratislaw in ihren Berichten vom 6./17. März.
[2]) Wratislaws Bericht vom 6./17. März.
[3]) Desgleichen vom 8./19. März.

etwas Anderes zu sich nehmen als zur Stärkung. Man gab ihm Thee, später etwas Chocolade [1]).

Auf Befehl des Königs trat der große geheime Rath um zehn Uhr in Kensington zusammen. Der Vorgang ist von besonderer Wichtigkeit als Präcedenzfall für die Ereignisse um reichlich zwölf Jahre später. Dem Herkommen gemäß in solchen Fällen erstatteten die Aerzte dem geheimen Rathe Bericht über den Zustand des Königs. Sie erklärten ihn wegen der großen Schwäche für sehr bedenklich.

Der geheime Rath beschloß daher, daß die Sanction der fertigen Bill der Abschwörung des prätendirten Prinzen von Wales durch Commissarien des Königs zu erfolgen habe, eben so einige andere Bills, Auflagen betreffend. Der geheime Rath that dies dem Oberhause kund. Das letztere ersuchte daher um Mittag das Unterhaus, noch einige Zeit zusammen zu bleiben, weil bis dahin die königliche Unterzeichnung der Commission noch nicht erfolgt sei. Dagegen erhob sich der Toryführer Seymour. Vielleicht, sagte er, sei zur Stunde der König schon todt. Deshalb sei es besser sich bis zum Montage zu vertagen. Das gesammte Haus verwarf den Vorschlag [2]).

In Wirklichkeit schien sich wieder eine Hoffnung zu erheben. Der König behielt die um zehn Uhr Morgens genossene Chocolade bei sich. Wenn er gegen den Abend noch einige Nahrung nehmen könne, erklärten die Aerzte: so seien sie nicht ohne Hoffnung.

Am Nachmittage um vier Uhr fühlte sich der König im Stande die Vollmacht für die Commission zur Sanction der Bills zu zeichnen. Diese erfolgte demnach. Beide Häuser beschlossen, am nächsten Morgen, dem 8./19. März, obwohl es ein Sonntag war, sich zu versammeln.

Unterdessen ließ Marlborough den kaiserlichen Gesandten Wratislaw bitten, mit ihm nach Kensington zu fahren. Es geschah. Unterwegs gab ihm Marlborough die Versicherung, daß die Prinzessin Anna das Interesse des Kaisers, weil es zugleich das ihrige, nie verlassen werde. Wratislaw bat nur, daß die Prinzessin ihre Vorliebe für die Tory-Partei nicht zu sehr hervorkehren möge. Denn es liege doch klar vor Augen, daß die Stadt London und die weit überwiegende Mehrheit

---

1) Hoffmanns Bericht vom 8./19. März.

2) Wratislaws Bericht vom 8./19. März. Auch für das Folgende.

der Engländer whiggistisch gesinnt sei. „Glauben Sie mir, erwiederte Marlborough, die Prinzessin wird als Königin niemals eine der beiden Parteien verfolgen, sondern, wenn es ihr nicht möglich, sich beider zu bedienen, diejenigen Persönlichkeiten hervorziehen, welche für sie und für das Gemeinwohl die beste Neigung tragen" [1]).

Die Worte enthalten vielleicht eher das Programm Marlboroughs für seine Einwirkung auf die künftige Königin als ihr eigenes Princip.

Inzwischen langten sie in Kensington an. Es war Abends sieben Uhr. Das Fieber war am Nachmittage wiedergekehrt, und hatte nach Verlauf von drei bis vier Stunden den König so ermattet, daß nur noch geringe Hoffnung übrig war. Die Aerzte, ungeachtet mancher Bedenken, hatten sich entschlossen ihm Quinquina, oder, wie es damals noch gewöhnlich hieß, Jesuiten-Pulver, zu geben, weil sie befürchteten, daß er, bei nochmaligem Anstoße des Fiebers, vor Schwäche vergehen würde.

Unter diesen Umständen richtete Marlborough im Namen des geheimen Raths, der in Kensington versammelt war, an den kaiserlichen Gesandten die Frage: ob er ein Schreiben des geheimen Rathes an die anderen Mächte, namentlich an die Republik, enthaltend die Versicherung, daß der Tod des Königs keine Aenderung machen werde, für zweckmäßig erachte. Wratislaw verneinte. Der geheime Rath vertrete nicht die Nation. Eine geeignete Wirkung könne nur von einem Votum des Parlamentes erwartet werden, des Inhalts, daß, ungeachtet des Unglücksfalles, die Nation alle ihre Verbindlichkeiten erfüllen werde. Der Vorschlag ward im geheimen Rathe beschlossen. Zugleich erfolgte von da aus der Befehl an den Admiral Rooke sich auf die Flotte zu begeben und auszulaufen in den Canal [2]).

Der Zustand des Königs blieb bis tief in den Abend derselbe. Um acht Uhr legte man ihn auf das Bett. Er selber wußte am besten, wie es um ihn stand. Der Erzbischof von Canterbury befand sich in Kensington. Der König ließ ihn ersuchen, die Nacht dort zu verweilen, für den Fall daß es schlimmer mit ihm würde.

Dies trat ein im Laufe der Nacht auf den 8./19. März. Er ward zusehends schwächer, bis gegen Morgen die Todesängste eintraten,

[1]) Wratislaws Bericht vom 8./19. März.

[2]) Desgleichen.

blieb aber immer bei voller Besinnung. Zwischen fünf und sechs Uhr empfing er die Communion nach anglicanischer Weise. Auch dann noch redete er je zuweilen einige Worte. Er sprach aus, daß er an seinem Sterbelager den Gefährten seiner Jugend vermisse, den Grafen Portland. Um drei Uhr Morgens ließ er nach ihm senden. Der Bote verfehlte seine Bestimmung. Es folgte ein zweiter, ein dritter. Erst dieser traf ihn. Portland erschien um sechs ein halb Uhr, zu spät, weil schon die Agonie eingetreten war. Doch bemerkte ihn der Sterbende. Er vermochte nicht mehr zu sprechen; doch streckte er die Hand aus und zog diejenige des Jugendfreundes an sein Herz. Dann schlummerte er ein, und um acht Uhr Morgens, am 8./19. März, erfolgte ein sanftes Ende [1]).

„Er ist gestorben, meldet Wratislaw, wie er gelebt. Er hat mit einer Ruhe und einem Gleichmuthe den Tod kommen sehen, als wenn es ihn selber nicht anginge. Er hat in seinen letzten Stunden weder eine Furcht vor dem Tode gezeigt, noch Verlangen nach dem Leben. Er selber hat die Aerzte erinnert, es sei Zeit, daß man ihm das Sacrament nach dem Gebrauche der anglicanischen Kirche reiche; denn er wisse, daß es nun bald vorbei."

„Die Betrübnis ist groß. Jedermann ist stumm vor Schmerz über ein solches Unglück noch vor dem Beginne eines großen Krieges. Meine Lage ist schwer" [2]).

Die Leiche des Königs ward geöffnet. Am linken Arme ergab sich eine Reliquie seiner Frau, der Königin Mary, ein Band geflochten aus ihren Haaren. Man fand die edelen Theile gesund bis auf die Lunge, die sich etwas entzündet zeigte. Das Herz war klein, aber fest und stark. Das Gehirn erfand sich perfect. Auffallend war der Mangel an Blut. In der Lunge allein ergab sich mehr Blut als in allen anderen Körpertheilen zusammen, und das wenige, welches sich fand, war von geringer Consistenz.

Nach dem Berichte Burnets war der Fall vom Pferde, weil der Bruch des Schlüsselbeines einen Theil der Lunge beschädigt hatte,

---

1) Hoffmanns Bericht vom 8./19. März. — Lamberty t. II, p. 66.

2) Wratislaws Bericht vom 8./19. März. Auf den letzten Absatz als das unmittelbare Zeugnis eines competenten und unparteiischen Zeitgenossen ist besonderes Gewicht zu legen gegenüber einer neueren Richtung in England, welche sich den König Wilhelm III. in den letzten Lebensjahren als völlig unbeliebt denkt.

die nächste Ursache des Todes [1]). Dem gegenüber ist es von besonderem Interesse zu vernehmen, was der Resident Hoffmann, nach Abwägung alles dessen was er vernommen, dem Kaiser als die Todesursache meldet.

„Man glaubt annehmen zu dürfen, daß der Sturz mit dem Pferde durchaus nicht den Tod befördert habe. Da die edlen Theile, wider alles Vermuthen, sich völlig gesund gezeigt, außer der Lunge, die jedoch auch erst seit geringer Zeit gelitten zu haben scheint: so will man dafür halten, daß die erduldeten großen Fastidien, das beständige in Gedanken Versunken-Sein das Blut aufgesogen und vermindert, und daher den Tod beschleunigt habe" [2]).

Bei wenigen Menschen, welche mächtig in die Geschicke ihrer Mitwelt eingegriffen, tritt so augenfällig wie bei Wilhelm III. hervor, daß ihre Werke sie überdauern. Wir haben aus seinen eigenen Worten wiederholt vernommen, welchen Nachdruck er legte auf die letzte und wichtigste Arbeit seines Lebens, das Zu-Stande-Bringen der großen Allianz. Das Werk war vollbracht: die Bahn, in welcher sich die Geschicke der europäischen Völker für das kommende Jahrzehent zu bewegen hatten, war vorgezeichnet. Es ist merkwürdig, wie wir bereits früher vernommen, daß Niemand darüber so sehr im Irrthume war wie der Papst Clemens XI. Auf die Nachricht des Todes von Wilhelm III. erneuerte er zu dem Grafen Lamberg seine früher ausgesprochene Meinung, daß Wilhelm III. ein heimliches Einverständnis mit Ludwig XIV. gehabt, und sagte: „Wenn der Prinz von Oranien das Leben behalten hätte: so würde in diesem Jahre der Friede erfolgt sein" [3]). Richtiger als Clemens XI. hatte sein Vorgänger, der Papst Innocenz XII., den König Wilhelm III. beurtheilt (man sehe Bd. VII, S. 67), und diese Worte werden gelten müssen für immer.

Wir Spätere, denen es verstattet ist, tiefer als die Zeitgenossen einzublicken in die eigenen Kundgebungen Wilhelms III., haben ihn aus diesen selber nicht als einen politisch immer fleckenlosen Charakter kennen

[1]) Burnet (London edition of 1857) p. 701.

[2]) Bericht Hoffmanns vom 24. März.

[3]) Lambergs Bericht vom 8. April 1702: Hora posse dire, se il Principe d'Oranges havesse vissuto, la pace questo anno sarebbe stata conchiusa.

gelernt. Wie man darum Wilhelm III. nicht auf gleiche Höhe stellen kann mit dem Kaiser Leopold: so gähnt uns eine weite Kluft entgegen zwischen dem Oranier und Ludwig XIV. Denn es ist vor Allem wichtig, daß auch die Irrthümer und Misgriffe, welche Wilhelm III. namentlich bei den Theilungsverträgen über die spanische Monarchie beging, nicht aus Selbstsucht entsprangen, sondern aus der Fürsorge für sein geliebtes Holland, aus dem Streben für die Heimat den ersehnten Frieden zu bewahren. Andererseits hat ja derjenige, an welchem er das Unrecht beging, der Kaiser, dem Oranier für das Bemühen es wieder gut zu machen, seine volle Anerkennung dargebracht (S. 272 u. f.).

Die schwierigste Frage in dem politischen Leben Wilhelms III., an welcher die Urtheile über ihn immer auseinander gehen werden, ist diejenige des moralischen Rechtes zu der Expedition nach England im Jahre 1688. Die Frage ist deshalb so besonders schwierig, weil bei derselben allzu leicht der nationale Standpunct sich geltend macht.

Von dem nationalen Standpuncte aus wird es vor allen Anderen dem Franzosen schwer, zu der richtigen Erkenntnis zu gelangen. Denn die Tradition, welche Ludwig XIV. um sich zu breiten wußte, daß er der großmüthige Beschützer des Hauses Stuart gegen den oranischen Verfolger war, ist zu einer Art von französisch-nationalem Dogma geworden, und wird verkündet durch eine massenhafte Literatur. Diese Tradition steht in scharfem Widerspruche mit dem Thatbestande, daß Ludwig XIV. das Haus Stuart als das Werkzeug verwendete, um die Macht England in sich zu lähmen und seinen Planen unschädlich zu machen, und daß darum Ludwig XIV., anstatt der großmüthige Beschützer zu sein, in der Wirklichkeit das Haus Stuart den Zwecken seiner Politik zum Opfer brachte. Von dem Standpuncte jener Tradition aus ist es daher ganz besonders schwer, dem Oranier Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Aber auch vom englisch-nationalen Standpuncte aus treten einem gerechten Urtheile über Wilhelm III. manche Hindernisse entgegen. Man pflegt dort in Bezug auf die Umwälzung von 1688 die Begriffe des Katholicismus und des Protestantismus einander gegenüber zu stellen, und vergißt dabei, daß Jacob II. als Katholik das erste Jahr seiner Regierung hindurch ein populärer König war, daß er erst dann die Misstimmung wider sich erregte, als er, auf den Rath und das

Antreiben Ludwigs XIV., für die Herstellung eines mehr politischen als wahrhaft kirchlichen Katholicismus die Mittel des Unrechtes anwandte, welche die Kirche nicht gestattet, und von welchen der Papst und der römische Kaiser ihn dringend abmahnten. Weil daher Jacob II. als regierender König nicht ein Vorkämpfer der katholischen Kirche, vielmehr ihr schädlich war: so ist die in England herkömmliche Neigung, den Katholicismus Jacobs II. als die Ursache seines Falles zu bezeichnen, der richtigen Erkenntnis nicht förderlich.

Eben so wenig aber war Wilhelm III. ein Vorkämpfer des Protestantismus. Der Haß der Engländer damaliger Zeit gegen den Papst, so intensiv er sich kund gab, richtete sich dennoch nicht gegen den Papst als solchen, sondern gegen die Verbindung der Begriffe Frankreich und Papstthum, oder Papstthum und willkürliche Gewalt. Das politische Ingrediens dieses Hasses war stärker als das kirchliche: es war der eigentliche Kern. Und zwar dies darum, weil der politische Haß eine reelle Basis hatte, jene Verschmelzung der Begriffe dagegen nur in der Fiction der Engländer bestand. Wilhelm III. war der Vorkämpfer im Sinne jener Verschmelzung der Begriffe, d. h. in Wirklichkeit war er politisch der Vorkämpfer gegen die Uebermacht Frankreichs, welche, wenn sie den Sieg behielt, allerdings die Menschheit mit einem einheitlichen Kirchenthume bedrohete, nicht jedoch mit dem römisch-katholischen, sondern mit einem solchen, in welchem das Oberhaupt der Kirche hinabsank zum Caplane des Hauses Bourbon, also mit einem Cäsareopapismus, der zu der Freiheit der Kirche im schneidenden Gegensatze steht. In dieser Beziehung war allerdings Wilhelm III. durch seinen Gegensatz wider Ludwig XIV. ein Vorkämpfer der wahren kirchlichen Freiheit, und sogar noch mehr als ihm selber klar werden mochte. Die Bezeichnung Wilhelms III. dagegen als eines Vorkämpfers des Protestantismus, auch noch in unserer Zeit, wo das politische Ingrediens jenes vermeintlich gegen Rom gerichteten Hasses der damaligen Engländer aufgehört hat zu existiren, verschiebt die Begriffe, und ist darum der Klarheit der Erkenntnis nicht förderlich. Die Erfahrung, daß dies letztere sich so verhält, liegt in manchem englischen Geschichtswerke vor Augen.

Ein anderes Hindernis, welches in England der richtigen Würdigung Wilhelms III. entgegen steht, ist die der französischen Tradition

nahe verwandte Meinung, daß der Oranier mit dem fertigen Plane gekommen sei, den König Jacob II. zu entthronen und sich an die Stelle zu setzen. Die Thatsachen haben gezeigt, daß vor ihnen diese Meinung nicht besteht.

Ferner ist ein Hindernis die vielfach geltende Meinung von einer Bethätigung Englands besonderer Art in jenen Tagen der Umwälzung von 1688. Diese Meinung findet sich kurz zusammengedrängt in die Worte eines englischen Historikers[1]): We expelled him, nämlich Jacob II. Die Worte sind — und zwar zu Ehren Englands sei es gesagt — nicht richtig. Jacob II. ging, nicht weil er mußte, sondern weil er wollte. Und hauptsächlich dieses Gehen war sein Fehler. Das Convent-Parlament fand die fertige Thatsache vor, daß Jacob II. seine Krone verlassen hatte, und faßte seine Beschlüsse auf Grund dieser Thatsache.

Wilhelm III. verband wiederholt die Hauptmächte Europas zum allgemeinen Kampfe wider Ludwig XIV., und ist darum, wenn auch in verschiedener Weise, neben dem Kaiser Leopold der hauptsächliche Widersacher jenes Königs. Aber wie das Walten und Thun Ludwigs XIV. abhangt von den Ideen, in welchen Mazarin ihn herangebildet; wie man den Kaiser Leopold nicht versteht ohne die Idee des römischen Kaiserthumes, welche seine Seele erfüllte: so kann auch Wilhelm III. nicht begriffen werden ohne die Würdigung des Bodens, auf welchem er emporgewachsen, und an den er sich klammert mit der ganzen Kraft seiner, wenn auch äußerlich wenig sichtbaren, innerlich dennoch um so tieferen Gefühle, des Bodens der Republik Holland. Wilhelm III. war Holländer und blieb es, trotz seines englischen Königthumes. Wie es darum jederzeit ihm leicht war sich in die Seelen seiner Landsleute hinein zu denken und zu fühlen: so konnten auch umgekehrt seine eigenen Landsleute am ehesten sich in ihn hinein denken und fühlen. Es ist, wie nahe liegt, nur von den Zeitgenossen die Rede, welche wesentlich innerhalb desselben Kreises der Anschauungen standen, und daher fallen die Aeußerungen und Urtheile derselben zur Würdigung Wilhelms III. schwerer ins Gewicht, als diejenigen der Nicht-Holländer.

---

[1]) Hallam ch. XIV.

Nun aber dürfte es schwer, ja unmöglich sein, eine Aussage eines kundigen und urtheilsfähigen Holländers aus dem Jahre 1688 beizubringen, daß der Oranier nach England gegangen sei, um Jacob II. vom Throne zu stoßen und sich darauf zu setzen. Die Republik der Niederlande, die sich von Jacob II. bedroht glaubte, lieh dem Prinzen von Oranien ihre Kriegesmittel dar, in der Intention, daß er vermöge derselben den König von England zu einer anderen Politik nöthige, sowohl nach außen, als nach innen, und weiter ihn zwinge, gemäß dem Wunsche eines großen Theiles der Engländer selbst, seine Machtmittel mit denen der Republik wider den endlos drohenden König von Frankreich zu vereinigen.

So der Plan. Daß die Ausführung weit darüber hinausging, war die Consequenz der Thorheit Jacobs II., des falschen Rathes Ludwigs XIV., und erst dann des Willens des Oraniers. Und auch da noch blieb das durchschlagende Motiv bei ihm, daß er als König von England am besten sein Vaterland schützen könne.

Daß die Dinge in dieser Weise sich entwickelt, blieb den Landsleuten des Oraniers auch nach dem in England erfolgten Umschwunge gegenwärtig. Die Anschauung findet sich ausgeprägt in den auf ihn gehaltenen Leichenreden, von Grave vor den Ständen von Utrecht im Dome dieser Stadt, und von Trigland vor den Ständen von Holland in Leiden [1]). Sie beide heben mit Nachdruck hervor, daß Jacob II. geflohen sei nach eigenem Willen. Ich lasse daher, um nicht im geringsten zu ändern, den Wortlaut hier folgen. Der Erstere sagt: (Jacobus II.) se ipsum exuit dignitate Regia, Regnoque deserto, quod, antequam ex illo excederet, diu ante deseruerat, cum bellum indixisset religioni, libertati, legibus, et servituti omnes addiceret, in Galliam a nemine coactus fugit.

Stärker noch sagt Trigland: Sic (Jacobus II.) deserens turpiter imperium, Ordinibus (Angliae) necessitatem attulit, videant ne quid Respublica capiat detrimenti: quare, ultro Patre se abdicante, liberos Guilelmum et Mariam, Principes, quos jus, ordo, haereditas et Regiae dotes eo vocabant, totius populi

---

[1]) Beide Reden sind abgedruckt in Lünigs: Orationes procerum Europae t. III, p. 363 sqq. und 413 sqq.

amor, clamor et unanimis summi Senatus sententia expetebant, in derelictum thronum solenni ritu reponunt.

So in der That ist es und nicht anders. Die Flucht Jacobs II., auf den Rath Ludwigs XIV., war entscheidend gegen ihn und gegen sein Haus. Denn die Wiederkehr eines Stuart auf den Thron von England brachte nicht blos über dies Königreich die französische Vasallenschaft: sie bedrohte zugleich auch oder noch viel mehr die Republik Holland mit dem Kriege der Vernichtung. Die Gerechtigkeit fordert, daß bei einem Urtheile über das Verhalten Wilhelms III. gegen das Haus Stuart dieser Gesichtspunct zur Geltung komme.



Actenstücke und kritische Bemerkungen.

Fünfundzwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 103.

Ich habe im Texte kaum eine andere Veränderung angebracht, als diejenige der Verwandlung der indirecten Rede in die directe. Diese am 18. Januar 1701 gesprochenen Worte Wilhelms III. sind aber so merkwürdig, beweisen so sehr seine Voraussicht, seine Meisterschaft in der Beherrschung der Situation, daß ich es für erforderlich halte, zum bleibenden Gedächtnisse derselben auch den genauen Wortlaut des Berichtes von Wratislaw hierher zu setzen.

K. k. Archiv. Anglica. Aus dem Berichte des Grafen Wratislaw vom 18. Januar 1701.

Der König schupfte zu diesen meinen Reden die Achsel, und sagte mir, daß in diesem fundamento, wenn man gleich anfangs diese zwey nationes zu einem Krieg bringen kunnte, diese meine vorgebrachten rationes mehr als convincent wären. Er erkenne, daß er in dieser Agnoscirung E. K. M. viel Uebles verursache; Er wisse, daß er Deroselben alles schuldig seye; und eben dessen wegen, um nit alles zu verlieren, thue er diesen passum, welcher in sich E. K. M. höchst praejudizirlich. Er bitte aber E. K. M., Sie wollten Ihre confidenz von ihm nit abziehen, sondern seinem Rathe folgen, und mit gefaßtem Muth und allen möglichen Kräften wenigstens das erste Jahr den Krieg anfangen; Er künnte E. K. M. moraliter vor gewiß versichern, daß, ehe diese campagne zu Ende gehe, ja vielleicht, ehe sie recht anfinge, diese zwey nationes ihn zu einem Krieg gleichsam zwingen werden, welches sie nit thun würden, wann sie sehen sollten, daß er zu dem Krieg inclinire. Es wäre ja einmal E. K. M. mit seiner particular Person nit gedienet; man solle an seinem Willen, welchen man doch im höchsten Geheim halten muß, nit zweifeln und ihm Zeit geben,

daß er diese zwey nationes allgemach hinein bringe, welche vielleicht geschwinder hinein laufen werden, als man sich nit einbildete.

Anlage II. Zu S. 105.

Ich gebe auch hier, wie in Anlage I, den Wortlaut des Berichtes.

K. k. Archiv. Anglica. Aus dem Berichte des Grafen Wratislaw vom 18. Januar 1701.

Ich hoffete aber, daß Er vor dem Parlamente diesen passum nicht thun wird. Er antwortete mir von nein; Er könnte so lang nit warten, weilen dadurch E. K. M. interesse auf alle Zeit geschadet würde, indem Er sicher wäre, daß das Parlament diesen passum verlangen würde, und Er hernach nit Meister wäre, daß man ihm hernach nit anderes noch Gefährlicheres auftringen wollte; herentgegen wäre er moraliter vergewissert, daß, wann Er ihn vorhero thun wird, daß das Parlament es nit approbiren, und dadurch ihm Gelegenheit geben kann, E. K. M. realiter und in effectu nützlich zu seyn.

Sechsundzwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 260.

K. k. Archiv. Anglica. Aus dem Berichte des Residenten Hoffmann vom 15. März 1701.

Einige waren der Meinung, daß man sofort zur Denomination des Successors schreiten sollte. Andere haben objicirt: es müsse vorher eine Art von Capitulation eingerichtet werden, welche am füglichsten vorher gemacht werde, da sich der Successor, ehe er benannt, darüber nicht zu beschweren habe, dagegen aber, wenn er zuvor ernennet, sich viele Schmeichler herfür thun würden, die, um sich ein meritum bei ihm zu machen, alle heilsame Vorsicht der Nation zum Praejudiz, obstruiren würden.

Die Denomination ist auf die Kurfürstin Witwe und nach ihr auf ihre leiblichen Erben abgesehen, womit die Succession, was die Protestantische Linie betrifft, in ihrem rechten Lauf verharrt und folglich dem Königreich Schottland (so sich zu Anfang dieser Revolution für dieselbige Linie per actum Parlamenti auch impegnirt) keinen Anlaß gibt sich vom hiesigen diesfalls zu separiren, was es vielleicht gethan, wenn man die Kurfürstin Witwe und den Kurfürsten prateriirt und sogleich auf den Kurprinzen gefallen wäre. Wiewohl in allem dem nicht wenig besorgt wird, daß Schott-

land wegen des in seiner Unternehmung von Darien von England empfangenen übelen Tractamentes sich in dieser Successions-Sache separire.

Obschon nun das Unterhaus Niemanden praeteriren zu wollen scheint, so hat es doch sein einziges Absehen auf den Kurprinzen, als in favorem dessen es sich eine renuntiation von der Großmutter und dem Vater erwartet. —

Bereits in einem früheren Berichte vom 11. März hatte Hoffmann auf die Wahrscheinlichkeit einer solchen Capitulation hingewiesen, mit dem Zusatze: „Die Capitulation wird allem Ansehen nach so beschaffen sein, daß zwischen dem künftigen Könige von England und dem Dogen von Venedig kein Unterschied sein wird".

Anlage II. Zu S. 272.

K. k. Archiv. Anglica. 1701, 16. Julii. Ad regem Angliae.

Leopoldus etc.

Postquam deliberationes Parlamenti Anglicani super moderno temporum habitu nostrum, aliorumque Europae Principum animos hucusque tenuere suspensos, non mediocriter nos recreavit recentissima ejusdem Parlamenti petitio, qua Serenitati Vestrae concordibus suasit suffragiis, supplicavitque, ut pro communi Europae libertate asserenda et reducenda inter orbitam immensa Gallorum potentia nobiscum una et Generalibus uniti Belgii Statibus, aliisque Principibus foedera opportuna sociaret. Et cum abunde persuasum nobis sit, successum hunc adeo optatum, egregiamque istam universi populi sui in scopum adeo salutarem consensionem Serenitatis Vestrae consummatissimae prudentiae et sapientissimae consiliorum moderationi praecipue adscribendam esse: est cur Serenitati Vestrae pro eo quod nostra interest, nos singularem in modum profiteamur obstrictos. Etsi autem post tam luculenta optimae voluntatis Suae indicia nullus nobis dubitandi locus superest, quin Serenitas Vestra populi Sui vota quantocyus effectui datura sit, aequanimitati Suae haud displiciturum confidimus, ut quam celerrimam foederis renovationem tum auxilii maxime necessarii praestationem hisce fraterne enixeque urgeamus. Adiimus jam pridem belli aleam in Italia, causae nostrae justitia et amicorum, ut non ignorat Serenitas Vestra, promissa ope freti, etc.

Anlage III. Zu S. 323.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Residenten Hoffmann aus London, vom 5. August 1701.

Hiesiges Land ist sonst im ziemlichen Ruhestand, außer daß die Partheyen sich einander die Affection des Volkes abzugewinnen suchen, worin die Anglicaner aber so viel weniger reussiren, da sie genug zu thun haben, sich von ihren Proceduren im Parlamente zu exculpiren, zu welchem Ende sie vorgeben, daß sie in allem absolute des Hofes Direction gefolgt haben, wie ihnen darinnen dann des Königs Thun und Lassen zu keinem geringen Vortheil dienet. Der Graf von Rochester als Capo davon stehet in procinctu sich nach seinem Guberno von Irland zu begeben, dessen baldige oder langsame zurückkunft zum Anzeichen dienen wird, ob der König sich bey dieser Parthey halten wird oder nicht, als worinnen S. M. völlig die Wahl haben, und die sachen allhier so disponirt seind, daß beide Parteien nicht allein vor den Krieg seind, sondern die unumgängliche Nothdurft davon predigen, die Anglicaner gegen ihre Inclination, und um sich mit dem Volk wieder zu versöhnen, und sich im Ministerio zu erhalten, die Presbyterianer aus gutem Ernst, um sich vom französischen Joch zu erretten, benebens der Hoffnung dadurch wieder die Oberhand in den Geschäften zu erreichen.

Man ist noch immer mit Ungeduld gewärtig, wie die Sachen in Holland ausschlagen werden. Jedermänniglich bekennet, daß nun alles in des Königs Händen liegt. Kommen S. M. ohne Frieden oder Krieg zurück, so wird es allhier ohnfehlbar vor ein Zeichen genommen werden — wie man sich dann bereits darüber auslasset — daß sie selbsten nicht zum Krieg portiret seind, indem sie durch sothane Indecidirung der Sache dem Parlamente wieder anheim stelleten, aufs neue darüber zu cabaliren und noch einen anderen Winter damit zu verlieren, welches hoffentlich S. M. vermeiden werden.

Daß übrigens E. K. M. Waffen die Franzosen vom Flusse Adige so glücklichen vertrieben, erweckt allhier eine unbeschreibliche Vergnügung und erhöhet des Prinzen Eugenii Reputation solcher Gestalt, daß keine Mahlzeit, unter Groß und Klein, geschiehet, wobei dessen Gesundheit, sogar auch selbige von Sr. Päpstlichen Heiligkeit, um weilen sie mit der Investitur zurückhalten, welches diese Nation in favorem von E. K. M. interpretiret, nicht öffentlich getrunken wird.

Siebenundzwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 366.

K. k. Archiv. Romana. Schreiben des römischen Kaisers Leopold an den Papst Clemens XI., vom 16. Februar 1701. — Dies folgende Schreiben ist allerdings schon gedruckt in J. D. Winklers: Anecdota Hist. Eccl. Novantiqua, Braunschweig, 1754. 3. Stück, S. 307. — Allein bei der Seltenheit dieses Druckes, und andererseits bei der Wichtigkeit des Actenstückes, dürfte ein neuer Abdruck des Originals manchem Leser meines Werkes nicht unerwünscht sein.

Leopoldus E. Rom. Imperator ad Clementem XI Pontificem Romanum. Viennae, 16. Febr. 1701.

Beatissime etc.

Sanctitatem Vestram divina providentia ad catholicae ecclesiae episcopatum evectam esse, cum alias multas ob causas, tum ideo etiam nobis laetissimum accidit, quod spem concepimus, sanctum pacis ecclesiae negotium, authoritate sedis apostolicae et commendatione nostra coeptum tractari cum Protestantibus, si resumatur mature et geratur fortiter in Pontificatu Vestrae Sanctitatis, (quem vel ideo longissimum vovemus) quam proxime ad scopum optatum admoveri posse. Scilicet Sanctitatem Vestram non fugit, jam sub Innocentio XI. beatissimae memoriae Pontifice, et porro deinde re cum delectis S. R. E. Cardinalibus Theologisque catholicis compluribus communicata, consilio etiam Nuntiorum Apostolicae sedis in aula Nostra commorantium habito, multa partim secreto, partim et palam acta esse cum Protestantium Principibus Theologisque, unde magna spes nata est fructus ingentis ad ecclesiam catholicam proventuri. Nam Principes Protestantes non pauci, qui gubernaculis suarum regionum praesunt, et viva voce erga Nostros, et literis ad Nos scriptis, magnam propensionem ad redintegrationem unitatis catholicae sunt testati, et opem omnem polliciti, quam et pro parte nonnulli jam praestitere, procuratis Theologorum inter suos primariorum sententiis, quibus ad summam rerum plurimum profici est visum. Sed res inprimis promota fuit, cum nuper Venerabilis Franciscus Antonius, Neostadiensis in Austria Episcopus, (cujus eximium pro domo Dei zelum omnibus ad res praeclaras gerendas auxiliis instructum, non possumus non commendare Sanctitati Vestrae)

commissae sibi a Sanctitatis Vestrae Praedecessore, laudatissimae memoriae Innocentio XII., visitationi quarundam Germaniae provinciarum et curae propagandae illius fidei catholicae satisfaciens, aliquas etiam Protestantium oras obivit, et cum nonnullis ex ipsis, publica auctoritate munitis, coram contulit, ac declarationem etiam retulit scripto. Ex quo apparet, si umquam, certe nunc divina gratia tempus venisse tantae rei maturum. Quantum enim intelligentes judicant, numquam quicquam a Protestantibus profectum est, quod magis tangat causae substantiam et catholicis principiis magis conspiret. Quae sane animorum inclinationes, coelesti munere oblatae Nos quoque (quos Deus immerentes licet, totius catholicae ecclesiae Advocatum ex imperiali officio constituit) vehementer movent, ut saluberrimum negotium Sanctitati Vestrae (ad quam rerum sacrarum summa procuratio in terris superna authoritate pertinet) intensissimo studio commendemus, eique juvando omnem operam Nostram spondeamus libentes. Et cum secundis occasionibus alacriter utendum esse christiana etiam prudentia dictet, quas saepe neglectas, commutatis hominibus temporibusque, exigua recuperandi spe de manibus amitti constat, ideo pro certo habemus, Sanctitatem Vestram, Nobis etiam non monentibus, pro summa Sibi divinitus data sapientia, omni, quantum fas est, remota mora, (quae in re ad tot animarum salutem pertinente, ubi necessaria non est, nec excusabilis censeri potest) quicquid in amplissima potestate Sua est, collaturam esse, ut admotis generosissimis remediis, vulnus jam inclitum tamque periculosum ecclesiae occidentalis tandem sanetur. Ceterum ipsa causae momenta expendenda gravissimo Sanctitatis Vestrae judicio relinquimus, cui curam rerum spiritualium interiorem prae ceteris commisit Deus, et quam divinitus illustratam, causa cognita et rite discussa, consideratis etiam ex diversis studiorum generalium Universitatibus Doctorum catholicorum, res Germanicas de propinquo noscentium, responsis, pronuntiaturam exspectamus, quod maxime videbitur expediens ecclesiae Dei, novisque etiam expressionibus et pro re porro gerenda praeceptis instruendo Neostadiensem Episcopum, ardenti ejus, nec tamen minus circumspecto studio dignam materiam subministrari curaturam, ita tamen, quod necessario monendum est, ut Romae pariter et alibi secreto adhuc gerantur omnia, ac ne tractari quidem sentiantur, ne forte a malevolis aut zelo, sed insciente, animatis nondum satis coalita disturbentur. Quo vero melius statum rei intelligat Sanctitas Vestra, et consilia maxime

accommodata causae capere possit, non tantum ejus Episcopi relationes inservient, sed et Theologus Noster, ab ipso in itinere adhibitus, harum ad Sanctitatem Vestram literarum lator, rei nuper gestae testis, quem ad Sanctitatis Vestrae pedes se abjicientem suis ipsis commendamus, omnia coram uberius explanabit, et Vestrae Sanctitati tum vivae vocis oraculo, tum scriptis declaratas voluntates poterit referre. Quod superest, Deus Sanctitatem Vestram ecclesiae suae diu vigentem conservet, ut ex agro Domini, antea passim neglecto et zizaniis obsito, melioris cultus et sparsorum late divini verbi seminum fructus uberrimos colligere adhuc ipsa possit. Quemadmodum Nos filiali observantia peroptamus.

Anlage II. Zu S. 425.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Residenten Hoffmann vom 25. November 1701.

In meiner Relation vom 18. dieses habe allerunterthänigst gemeldet, daß S. M. das alte Parlament beybehalten dürften, im Falle Sie eine genugsame Versicherung davon ziehen können, daß die Anglicanische Partey die mit dem Oberhause habende Contestations-Materie nicht wieder auf die Bahn bringen werde, welche Nachricht dann so wohl gegründet gewesen, daß S. M. würklich ein und ander der Häupter davon und zwar dahin sondirt, ob sie sich nicht zu Anfang der Session, um besagte Streitigkeit aus dem Weg zu räumen, zu einem Acte von einer Amnestie verstehen wollte. Diese Häupter haben zwar darauf alles und jedes, was der König in puncto belli von ihnen verlangen würde, zu praestiren versprochen, anbei aber so viel zu erkennen gegeben, daß sie die Contestations-Materie, unter dem Vorwande daß sie die Privilegia vom Unterhause nicht vergeben könnten, nicht fallen lassen würden. Weil nun alle ihre Resolutionen vom Krieg, so gut sie auch hätten sein können, ganz zu nichts kommen wären, wann sie hernach nnd zwar ehe (wie ihr dissegno gewesen) die Bills von den Geld-Subsidien zu Ende gebracht, Ursach zu einer öffentlichen Ruptur mit dem Oberhaus gegeben hätten: als hat sich der König, um nicht eine weitere Session in die Gefahr eines übelen Ausschlages zu setzen, gemüßigt befunden, das extreme Mittel der Berufung eines neuen Parlamentes zu ergreifen. —

So Hoffmann. Auch Burnet kennt die Thatsache. Er zieht aus dem ganzen Verhalten des Königs den Schluß: This convinced the nation that the king was not in a double game. — Dennoch habe ich es für

erforderlich gehalten, durch den Original-Bericht Hoffmanns die Sache genauer darzulegen, weil noch kürzlich Lord Stanhope: Reign of Queen Anne p. 36, zunächst in Bezug auf die Anfragen bei Sunderland und Somers, demgemäß aber dann auch auf das ganze damalige Verhalten Wilhelms III., den Vorwurf der Unaufrichtigkeit in starker Weise wiederholt.

Anlage III. Zu S. 438.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des kaiserlichen Residenten Hoffmann in London, vom 13./23. December 1701.

Mit den Electionen der Deputirten zum Unterhause ist es noch nicht völlig gethan; unter denen aber, so bereits erwählt sind, praetendirt die presbyterianische Partei 30 Stimmen für sich gewonnen zu haben, und, indem die anglicanische so viel dadurch verloren, als wird sothaner Gewinn oder die Superiorität, der hiesigen Manier nach, auf 60 Stimmen gerechnet. Diese jetzt besagte anglicanische Partei thut alles was sie kann, um sich empor zu halten. So sehr sie sich aber äußerlich vantiret, daß sie die majora mit der anderen disputiren werde, so sehr empfindet sie innerlich den Verlust davon. Beide Parteien sind darin eins, daß der König das ganze Werk in seiner Disposition hat, und daß diejenige Partei, zu welcher Se. M. sich mit denen 80 oder 90 Deputirten, so durch ihre besitzende Aemter vom Hoff dependiren, schlagen, die Oberhand im Parlamente haben werde, weswegen dann von beiden Parteien alles angewendet wird, um sich bei Se. M. in Credit zu setzen, worinnenfalls die presbyterianische Partei aber die mehrere Hoffnung auf ihrer Seiten hat, indem S. M. das Parlament nicht dissolvirt haben würden, wofern sie mit der anglicanischen zufrieden gewesen wären. So lang aber diese der Presbyterianer wohl gegründete Hoffnung nicht in eine zuverlässige Versicherung verkehrt ist, so befinden sie sich noch nicht außer aller Unruhe, sondern fallen vielmahlen in die Apprehensions-Gedanken, daß der König wie vorm Jahr (da S. M. sich öffentlich für die Anglicaner erklärt, heimlich aber die Presbyterianer menagirt haben) sich zwischen beiden Parteien halten, und folglich keine recht contentiren werde.

Dieses ist der wahre Zustand, worinnen die große Verschwiegenheit des Königs beide Parteien haltet. Was Se. Majestät für Ursach dazu haben, kann man nicht wissen. Diejenigen aber, so für das allgemeine Wesen am besten intentionirt sein, hätten gewünscht, daß S. M., nachdem Sie den passum gethan, das Parlament zu dissolviren und folglich die Anglicaner dadurch zu disgustiren, sich öffentlich und zwar durch Mutirung des Ministerii für die Presbyterianer erklärt hätten, als welcher weitere

passus in denen Electionen einen so viel größeren Schwung in favorem dieser gegeben hätte, in Ansehung daß der gemeine Mann die Sach besser discerniret, und mit seiner Votirung sich besser in Acht genommen haben würde. Gleichwie nun das Parlament herbei nahet, als wird man in des Königs Intention, wann anders mit Fug daran zu zweifeln ist, bald klar sehen. Denn das subjectum, so der Hoff als Orator des Unterhauses portiren, nemlich aus welcher Partei er solches erwählen wird, ist über die Sache völlig entscheidend.

Anlage IV. Zu S. 458.

Der Zusatz-Artikel ist abgedruckt bei Du Mont: Corps Diplomatique. Da indessen dies Werk nicht vielen Lesern zur Hand sein dürfte: so füge ich den Wortlaut des lateinischen wie des französischen Originales hier bei.

Quandoquidem post foedus inter S. suam C. M^tem^, S. suam M^tem^ Magnae Britanniae, et Celsos et Praepotentes D^nos^ Ordines Generales uniti Belgii, Hagae Comitis die 7mo m. Sept. anno 1701 confectum signatumque, Rex Gallicus sibi tantum arrogaverit, ut praetensum Walliae Principem agnosceret declararetque Regem Angliae. Scotiae et Hiberniae, atque eo facto dictae S. suae R^ae^ M^ti^ Magnae Britanniae, et universae nationi Britannicae gravem admodum et indignam injuriam intulerit: conventum igitur conclusumque est inter praedictos D^nos^ Confoederatos, S. suam Caes. M^tem^, S. suam Regiam M^tem^ Magnae Britanniae et Celsos ac praepotentes D^nos^ O^nes^ G^les^ uniti Belgii, per praesentem hunc Articulum (qui parem et eandem prorsus vim, virtutem et vigorem obtinebit, ac si supradicto Foederi ab initio insertus fuerit): quod nulla omnino pax cum Gallia inibitur, priusquam ante memoratae S. suae Regiae M^ti^ Magnae Britanniae pro eadem atroci injuria Reparatio facta sit.

Puisque depuis que le traité entre S. M. I., S. M. B. et Mss. les E. G. des P. U. des P. B. fut conclu et signé à La Haye, le 7 septembre 1701, le Roy de France s'est resolu de reconnoistre et proclamer le pretendu Prince de Galles pour Roy d'A., d'E. et d'I., et que par là il a fait un grand tort à Sa dite M. B. et à toute la nation ang., les dits H. A., S. M. I., S. M. B., et Mss. les E. G. des P. U. des P. B. sont convenus par cet article (qui aura la même force, nature et effect comme s'il avoit été inséré dès le commence-

ment dans le dit traité) qu'on ne fera point de paix avec la France avant que réparation ne soit faite à S. M. B. du dit très grand tort.

Anlage V. Zu S. 463.

Ich bemerke zunächst, daß die Beschlüsse, um die es sich handelt, sich allerdings abgedruckt finden in dem bei Chandler in London 1742 erschienenen Werke: Commons Debates vol. III, p. 188, so jedoch, daß die drei Beschlüsse vom 17./28. Februar, und die zwei, um neun Tage später gefaßten, welche im moralischen Gegensatze zu den ersten drei stehen, dort unter dem 26. Februar (alten Stiles) vereinigt sind. Die Frage aber eben ist: wie ist das Unterhaus von den ersten drei Puncten aus zu den anderen zwei gekommen?

Es liegen mir darüber die Berichte des kaiserlichen Residenten Hoffmann vor, denen ich in meinem Texte gefolgt bin. Allein die Sache erscheint wichtig genug, auch den Original-Text dieser Berichte hier folgen zu lassen.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Residenten Hoffmann aus London vom 20. Februar/3. März 1702.

E. K. M. habe ich jüngstens allerunterthänigst berichtet, was das Unterhaus zu Vindicirung seiner Privilegien vor drei resolutiones gefaßt hat. Gleich wie aber der Anglicaner Intention nicht gewesen, sich mit sothanen resolutiones zu contentiren, sondern von der geringeren Materie gradatim zu der höheren zu schreiten, und, nachdem sie darin succediret, endlich gar auf die von wegen der vier accusirten Lords mit dem Oberhause habende contestation zu fallen: als haben sie, zufolge dieses ihres Projectes, besagte resolutiones (gegen welche die Presbyterianer als eine Sach von keiner Wichtigkeit sich nicht opponiren wollen) so bald nicht erhalten, daß sie nicht sogleich die vom Volk im verwichenen Sommer dem König praesentirte Adressen, die Convocirung eines neuen Parlaments betreffend, angegriffen, und solche unter dem Vorwande, daß das Volk kein Recht dazu habe, sich, nachdem es einmal seine Repraesentanten erwählet, in die Parlaments-Geschäfte zu immisciren, nicht allein vor seditios, sondern die promotores davon vor reos von einem hohen Verbrechen declariren wollen. Die Presbyterianer haben sich nicht wenig darüber erfreut, daß ihre adversarii auf eine so delicate Materie, worin die ganze Nation interessirt ist, gefallen sein, also eine gute Gelegenheit, sich durch Behauptung von des Volkes Rechten mehr bei ihm beliebt, die Anglicaner hingegen noch mehr als sie sind, dadurch verhaßt zu machen. Worauf es dann von beiden

Seiten zum Peroriren gekommen, und unter anderen vielen Argumenten gar wohl von einem Presbyterianer angezogen worden ist, daß, wann der casus sich ereignete, daß ein König die majora im Unterhause gewinnen und vermittelst derselben die Manutenirung einer beständigen Armee erhalten sollte, ob das Volk alsdann, um sich von der Sclaverei zu erretten, die Macht nicht haben sollte, sich dagegen zu opponiren, und mit seinen Remonstrationen einzukommen. Welches eben so viel sagen wollte, daß, nachdem das vorige Unterhaus, durch seine Opposition gegen den Krieg, England und das allgemeine Interesse von Europa sacrificiren wollen, ob nicht solchem nach das Volk befugt gewesen sei, den König um die Convocirung eines anderen Parlamentes zu bitten. Gleichwie sich nun über diese Materie die Anglicaner selbst dividiret, als worunter viele moderirte Leute sind, die, wie man allzeit vorgesehen und ich es zum öfteren allerunterthänigst berichtet, in Sachen, woran das publicum haftet, nicht mit ihren hitzigen Principalen votiren wollen: als hat sich eine solche Superiorität für die presbyterianische Partei hervor gethan, daß sie nichts mehreres verlangt, als die Sach, ob nämlich die Adressen vom Volk für seditios erklärt werden sollen, oder nicht, zu einer quaestion und decision zu bringen. So stark aber die Presbyterianer darauf insistiret, so sehr haben es die Anglicaner zu vermeiden gesucht, um den Schimpf nicht zu haben, ihre bisher, zwar nur in Particular Elections-Sachen gehabte, Superiorität öffentlich zu verlieren, zu welchem Ende sie dann getrachtet, die Sach auf einen anderen Tag zu verschieben, welches die Presbyterianer nicht eingehen, sondern solche eo ipso ausgeführet haben wollen, und indem sie sich in dieser Contestirung befunden, sich aber zum Unglücke zugetragen, daß einer von den vornehmsten Presbyterianern vom Schlag gerührt worden, als hat sich der Orator, um seine Partei vor der Ueberwältigung zu salviren, dieser Confusion bedient, um den Praesidenten von der Comittee, so auch von seiner Partey war, aus seinem Stuhl gehen zu machen, und sich hinein zu setzen, wodurch dann die Committee geendigt gewesen, und folglich alles gefallen ist.

Obschon man nun hätte glauben sollen, daß die Anglicaner nach diesem ihrem übelen success, sich nicht wieder getrauen würden ein neues tentativum zu thun, so haben sie den folgenden Tag darauf gleichwohl wieder einen Tag als gestern über acht Tage bestimmt, um die Privilegia vom Unterhaus wieder vorzunehmen, welches die Presbyterianer gern geschehen lassen, in Hoffnung daß sich jene nur mehr odios beim Volke dadurch machen, und gleichwohl ihren Zweck nicht erreichen werden.

Es folgt der Bericht über die erneute Verhandlung.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Residenten Hoffmann vom 27. Februar/10. März 1702.

Gestern ist der Tag gewesen, da das Unterhaus, wie jüngstens allerunterthänigst berichtet, seine Rechte, Freiheiten und Privilegien wieder vorzunehmen resolvirt hatte. Jedermänniglich ist vom Ausgang davon in großer Expectanz gestanden. Die Contestirung zwischen beiden Parteien hat mit der größten Violenz von zwölf Uhr des Mittags bis zehn in die Nacht ohne Aufhören gewährt. Das Glück hat aber gewollt, daß die gute Partey über die andere triumphiret, mithin vor sich einen gloriosen, und für das allgemeine Wesen einen höchst ersprießlichen Tag gewonnen hat.

Die Anglicaner, so sich auf ihre Stärke verlassen, haben den Anfang gemacht, und sind, um auf einmal wieder das publicum, wie sie vor einem Jahre gethan, zu verwirren und zu hintertreiben, recta via auf die mit dem Oberhause ratione der vier accusirten Lords habende contestation gefallen, und folgende Proposition formirt:

> daß dem Unterhause in Prosequirung der Accusationen, die es im letzten Parlamente gegen die vier Lords exhibirt, kein Recht widerfahren sei.

Ueber welchen Vorschlag fünf Stunden lang pro et contra disputirt worden, bis es endlich zur quaestion gekommen, ob diese propositio in eine resolutio verkehrt werden solle oder nicht, wobey die Presbyterianer die Negative mit einer Superiorität von 14 Stimmen, nämlich 235 gegen 221 erhalten haben. Hätten die Anglicaner diesen Punct gewonnen, so wären sie zu solcher Extremität geschritten, daß das Oberhaus sich entweder per fas et nefas submittiren, sich seiner Jurisdiction vergeben und die vier accusirte Lords sacrificiren, oder, im Falle es widerstanden, der König, zur Verhütung einer totalen Ruptur zwischen beiden Häusern, das Parlament hätte dissolviren müssen.

Seitdem die Parlamente in esse sind, hat man mit solcher Uebernehmung oder, besser zu sagen, mit solchem furore darinnen nicht contestirt. Kein Decorum, kein Respect, noch Civilität, ist mehr observirt worden, und weil justitia causae so wohl als das dadurch in höchster Gefahr gestandene bonum publicum selbsten, so zu sagen, vor die Presbyterianer gesprochen, als haben sie sich auch dessen zur Admiration prävalirt, wie dann Einer davon dahin peroriret, daß, wann das Unterhaus jemahlen in seinen Freiheiten gelitten, so seye es ja nicht in causa der vier Lords, gegen welche es, Unterhaus, mit denen Proben nicht hätte auf-

kommen können, wohl aber habe es, Unterhaus, ja die ganze Nation und ganz Europa selbst im vorigen Jahre gelitten, da sie, die Anglicaner, die stärksten gewesen und (dem Könige von) Frankreich allen Vorschub gegeben hätten, sich ungehindert von Flandern zu impadroniren, seinen Großsohn in Spanien zu stabiliren und ihm mithin den Weg zu der Universal Monarchie zu bahnen, daß sie, die Anglicaner, den Hof forzirt, den duc d'Anjou zu agnosciren, und das vorige Parlament bis in den Februar hinein zu verschieben, um damit Frankreich ja kein obstaculum von Seiten Englands finden möge sich in seiner Usurpation festzusetzen — daß dieses wahrhafte gravamina seyen, worüber die ganze Nation sich äußerst zu beklagen habe, und nicht die Sach von den Lords, welche man allein so hoch halten mache, um damit sie, die Lords, von den Aemtern excludirt werden, und sie, die Anglicaner, den Genuß davon haben mögen.

Der Marchese Hartington hat sich seinerseits öffentlich dahin ausgelassen, daß er nicht sehe, daß das Unterhaus vorm Jahr ein anderes meritum gehabt, als daß es durch seine übeln Proceduren dem Volke Anlaß gegeben, mit seinen Adressen dagegen beim König einzukommen, und die Cassirung des Parlamentes dadurch zu promoviren, welches das Einzige, wofür man ihm, dem Unterhaus, obligirt seye. Es ist endlich damit so weit gekommen, daß, als der Orator, welcher, indem das Haus in der sogenannten Committee war, seine Functionen nicht ausübte, mit seiner sanften Stimme seiner Partey Angelegenheit vertheidigen helfen wollen, man ihn öffentlich mit Nachahmung seiner Stimme ridiculirt hat.

Nachdem nun die Presbyterianer dieser Gestalten die Oberhand gehabt, als haben sie sich auch deren wohl bedient und folgende resolutiones, ohne daß die Anglicaner sich ihrer Schwäche wegen dagegen opponiren dürfen, gefasset.

(Es folgen dann die in Commons Debates vol. III, p. 189 abgedruckte vierte und fünfte Resolution.)

Durch welche resolutiones einestheils des Volkes Recht und Fug gegen die Proceduren des Parlamentes petitioniren zu können, stabiliret worden ist, und anderentheils die vier accusirte Lords, um weilen man ihnen nicht, wie sie verlangt, und das Oberhaus bereit dazu gewesen, den Prozeß in tempore gemacht, außer Anfechtung sind.

Was nun die Presbyterianer sich vor ein meritum beim Volke gemacht, da sie dessen privilegia solcher Gestalten defendirt, und was e contrario vor ein odium sich die Anglicaner aufgeladen, da sie solche zu

supprimiren getrachtet, ist leichtlich zu ermessen, und werden sich die Effecten davon in den künftigen Electionen der Parlaments-Mitglieder zeigen.

Hiermit kann man nun sagen, daß das publicum für dies Mal in salvo ist, und daß diese Session ein gutes Ende nehmen wird, als wovon man vorher allein die Apparenz und Conjecturen, nicht aber die Gewißheit gehabt hat; denn die Gegenpartey sich schwerlich mehr in dieser Session moviren wird, und thut sie es auch, so wird es ohne Effect sein, zumal ihre übele intentiones und dissegni gar zu wohl beschrieben und an Tag geleget worden, als daß die Land-Deputirten ihnen so leicht beifallen werden.

Alphabetisches Namen- und Sachregister.

A.

B.

C.

D.

E.

F.

G.

H.

J.

K.

L.

M.

N.

O.

P.

Q.

R.

S.

T.

U.

V.

W.



Druck von Adolf Holzhausen in Wien
k. k. Hof- und Universitäts-Buchdrucker.

